Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

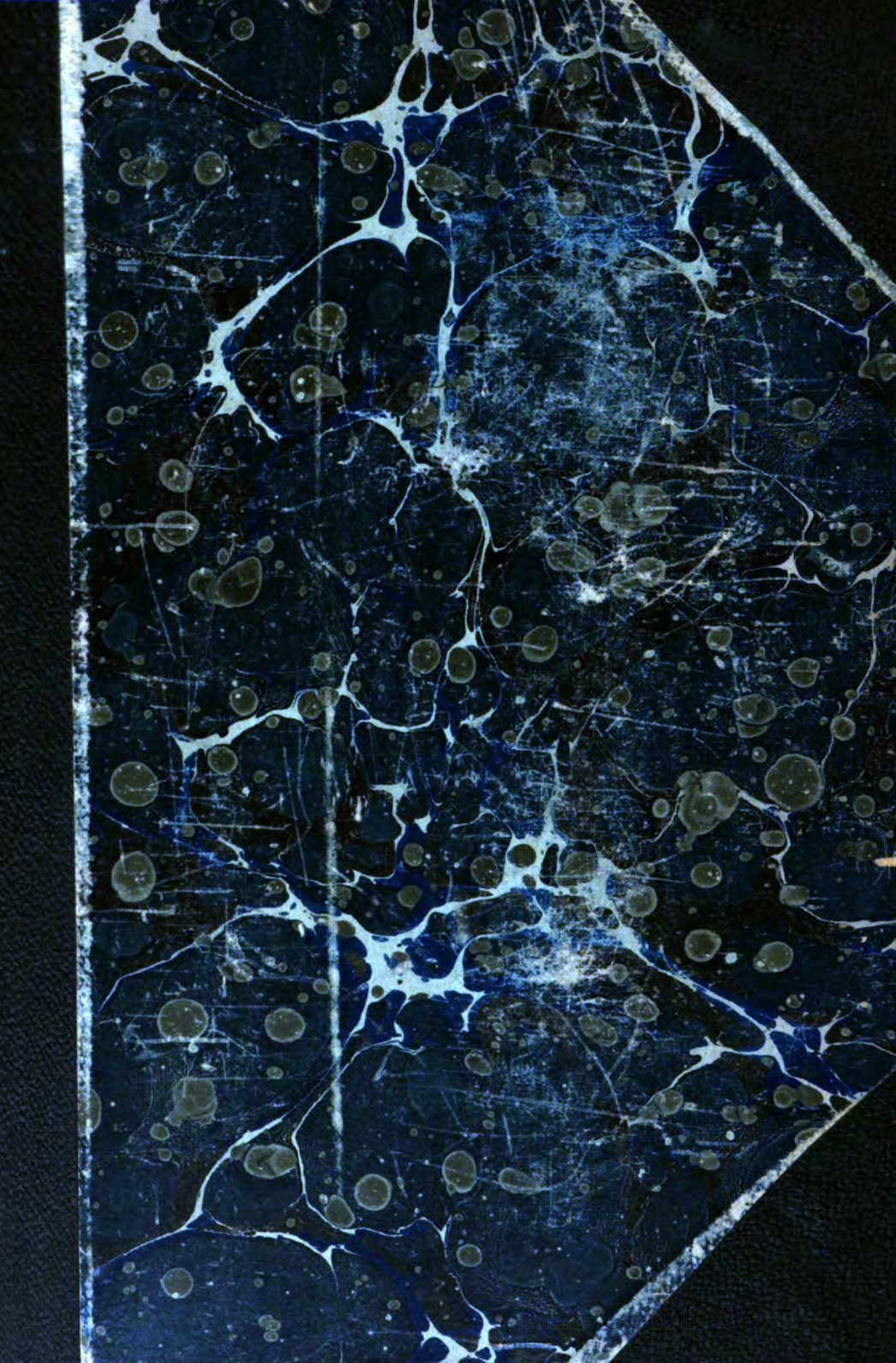
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.



17.4.56. vollst (J+J f. Jan. - Juni) H.

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein

Zweiter Jahrgang

Januar/Juni 1917

...ntar Zentralbibliothek
Seite 1.104
6900

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar-Berlin

Digitized by Google

INDIANA UNIVERSITY LIBRARY

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis

I. Hauptartikel

Seite

Blume, W. v., Grundlagen des Wahlrechts 603
Boehm, M. H., Philosophie im Krieg 271
Briefe an die „Deutsche Politik" 451, 578, 683, 713, 811
Charmatz, R., Die Parlamentslosigkeit und der Parlamentarismus in Österreich 733
Daenell, E., Panamerikanismus 766
Dibelius, W., Das Kabinett Lloyd George 12
— Die neue englische Wahlrechtsvorlage 528
Dix, A., Amerika ohne Einwanderer 826
Dyes, W. A., Deutschlands Rohstoffversorgung nach dem Kriege 798
England und das Völkerrecht 745
Eucken, R., Philosophische Gedanken zur Wahlrechtsfrage 542
Fischer, Joh., Die deutschen und die feindlichen Arbeiter 709
Frante, O., Das ostasiatische Rätsel 430
Französisches Flugblatt, Ein 311
Fuchs, E., Vom innern Frieden des deutschen Volkes 478
Gesunder Menschenverstand ist Not 343
Giesberts, J., Die Gewerkschaften und das Kriegshilfsdienstgesetz 31
— Staatsmonopole und Sozialpolitik 411
Göhre, P., Front und Politik 444
Gottschalk, H., Das unvollendete Reich 837
Haenisch, K., Sozialdemokratie und Monarchie 634
Hall, Th. C., Die Vereinigten Staaten und die Freiheit der Meere 123
Hartung, F., Neuorientierung und auswärtige Politik 757
Hasenclever, A., England und der Sudan 335
Hennig, R., Der Einfluß des U-Bootkriegs auf die Seefrachten 205
Herre, P., Der Ministerwechsel in Spanien 553
Hettner, A., Die geographischen Grundlagen der Politik 562
Heuß, Th., Friedrich Lists Theorie vom Grenzkrieg 59
Jäckh, E., Der amerikanische Friede 137
— Der englische Friede 41
— Frauenbriefe, die ihn erreichten 112
— Das neue Palästina 721
— Wiederum das griechische Paradigma 795
Japans wirtschaftlicher Aufschwung 249
Kahl, W., Deutsches Strafrecht der Zukunft 298
Kolbe, Fr., Die britische „Siegesanleihe" und die Mitwirkung der Lebensversicherungsgesellschaften 372
— Die Freiheit der Meere und die deutsche Kolonialbetätigung nach dem Kriege 152
Kreusch, E., Gibraltar und Calais 695
Der Krieg und die amerikanische Politik 489
Leusch, P., Englands Arbeiterklasse im Kriege 281
Lynceus, „Das Land Goethes" 226

Digitized by Google

Seite

Lynceus, Neu-Orientierung des Denkens 158
— Ein Schrei nach dem Zensor 290
— „Vorwärts und aufwärts“ 415
Mahling, Prof., Sittlichkeit und Politik 739
Marcks, E., Fremde Einflüsse und eigenes Wachstum in der Geschichte eines Staates . . . 657
Meinecke, F., Kriegsziele hüben und drüben 785
Meister, A., Bundesstaat, Nationalstaat und überstaatlicher Staatenbund 472
Meyer, H., Deutschland und die portugiesischen Kolonien 643
Neugeboren, E., Regierungskrise und Wahlrechtsfrage in Ungarn 762
— Die Siebenbürger Sachsen nach dem Weltkrieg 276
— Ungarn und die weltpolitische Stellung Deutschlands 506
Niemeyer, Th., Was sagt das Völkerrecht über die bewaffneten Handelsschiffe? 176
Offensivgeist 371
Osterrieth, A., Die Antwort der Entente 79
— Die Friedensbotschaft Wilsons 182
— Kann die Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick ihre Friedensbedingungen bekanntgeben? 824
Otto, R., Reform des Wahlrechts jetzt! 665
Peus, H., Stockholm und die Fremdvölker 832
Pohle, R., Der russische Kriegswille 51
Preuß, H., Ein Lehrbuch der Politisierung? 574
Rathgen, R., Kolonien und Seemacht 598
Rohrbach, P., Amerikas wahres Gesicht 201
— Die Aufnahme unseres Verhandlungsvorschlages 8
— „Demokratie“ contra „Militarismus“ 425
— Deutsche Worte und englische Sorgen 73
— Die Entscheidung 169
— Friedensfreunde über Krieg und Kriegsziele 330
— Kalt Blut! 617
— Moralische Eroberungspolitik 664
— Noch einmal: Friedensfreunde über Krieg und Kriegsziele 817
— Nochmals der Krieg und die amerikanische Politik 558
— Die radikale Linke und die Revolution in Rußland 521
— Die russischen Fremdvölker und wir 791
— Die russische Revolution 393
— Zur Stockholmer Konferenz 753
— Warum starb Rasputin? Ein Blick ins wirkliche Rußland 265
Roloff, G., England und Napoleon, Napoleon und wir 535
Rub, K. A., Wilson und die Neutralen 241
Seber, M., Zwischen nationalistischer und pazifistischer Gefahr 704
Seppelt, F. H., Die französischen Angriffe auf den deutschen Katholizismus und ihre Abwehr 128
Sieger, R., Die Geographie des Vaterlandes auf deutschen Hochschulen 308
— „Neuordnung“ und Reichsrat 45
— Österreich, Ungarn und „Mitteleuropa“ 628
Schiemann, Prof., Die Weltlage um die Jahreswende 21
— Streiflichter zur Weltlage I 117, II 186, III 252, IV 314, V 379, VI 461, VII 589, VIII 726

Digitized by Google

Schmidt, A., Wetterleuchten im Osten 366
Schmitt, M., Sozialdemokratie und Auslandspolitik 55
Schneider, K., Neue Wege für die Landwirtschaft 349
— Die Änderung des Wahlrechts 407
Schultze, W., Die Reichsgründung 94
Schulze-Gaevernitz, G. v., Die vlamische Bewegung 147
— Die vlamische Bewegung. II. Während des Krieges 220
Stein, Ph., Illusionen und Tatsachen im Wirtschaftskrieg 457
— Rußland und Wir 585
— Unser System der Bewirtschaftung der Nahrungsmittel 345
Thimme, Fr., Bethmann Hollweg und Bismarck 105
— Bethmann Hollweg und Bismarck II 138
— Deutsche Gemeinschaftsarbeit 1
— Krone und Parlament 496
— Die Reform des preußischen Wahlrechts 233
— Revolution und Neuorientierung 361
— U-Bootkrieg und innerer Frieden 173
— Unsere innerpolitischen Friedensziele I 805
— Verfassungsausschuß und Osterbotschaft 673
Tönnies, F., Entwurf einer englischen Wahlreform 689
— Die Lage des englischen Staates 88
Tyszka, C. v., Einkommensverteilung und Lebenshaltung nach dem Kriege 770
Versluys, W. A., Der uneingeschränkte U-Bootkrieg 401
Weil, H., Dem Siege entgegen 623
— H., Götterdämmerung 434
— R., Die polnisch-jüdische Frage 214
Wertheimer, F., China? 399
Wilms, Dr., Der preußische Kommissar für Ernährungsfragen 304
Wolff, W., Die englische Staatskirche und die englische Weltherrschaft 678
Wygodzinski, Prof., Das amerikanische Bevölkerungsproblem 210
— W., Weltwirtschaftliche Möglichkeiten 83
Zimmermann, E., Die Verschwörung unserer Rohstofflieferanten 699

II. Sachregister

Seite

Amerika, Vereinigten Staaten, Alphabeten-Gesetz 829
— und Australien 382
— Bevölkerungsbewegung 828
— „Blutgeschäft" 560
— und China 379, 429
— und Deutsch-Amerikaner 254
— und Deutschland . . . 201, 204, 205, 492
— Die deutschen Bürger in 472
— Einwanderungsstatistik 827
— und England 124, 186, 202, 247, 320, 380, 679

Seite

Amerika, Vereinigte Staaten, Ernteaussichten 625
— und Europa 137
— als Exportstaat, ... 86
— Flottenbeschaffenheit 254
— und Frankreich 202, 490
— und die Freiheit der Meere . . . 191, 193
— Friedenskongreß 732
— Industrie und Ackerbau 213
— und Iren 255
— und Japan . . 126, 185, 247, 252, 735

Digitized by Google

Seite

Amerika, Vereinigte Staaten, Kirche und das deutsche Friedensangebot . . . 678
— und Kolonien 599
— Kongreß zum Kriege gegen Deutschland 471
Amerikas Kriegsvorbereitungen . . . 591
— Kriegsziel 788
Amerika und Mexiko 381, 735
— Monroe-Doktrin 768
Amerikanische Munition 561
Amerika, „Nationalismus und Pazifismus" 193
— und die Neutralen 380
— Politik, äußere 380
— und Rußland 428
— Sozialismus in der Schule 243
— Staatenpolitik 477
— Stimmung der Juden für den Krieg . 470
Amerikas Truppentransporte 592
Amerika und U-Bootkrieg 172, 253, 405, 491
— und das Völkerrecht 770
— Wirtschaftspolitik 768
Amerikanisch-englisches Konzern . . . 789
Argentinien, Ausfuhrverbot für Getreide 444
„Aufstieg der Begabten" 417
Auslanddeutschtum 701
Auswanderungspropaganda, Die Gefahr der 214
Belgiens Neutralitätsverletzung . . 11, 12
China und Amerika 253, 399, 431
— und Deutschland 401, 431
— die Lage 431
Dänemark, Lebensmittellieferungen . . 459
Dardanellen-Expedition 462
Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus 417
Deutschland, Alldeutsche 821
— und Amerika 124
Deutsche Antwort an Herrn Wilson . . 560
Deutschland, Auslandshandel 699
— Auslandpropaganda 490
— und die baltischen Provinzen 794
— Bestand an Erzen und Metallen . . . 802
— Burgfrieden 408
— und China 430, 434
— Demokratisierung 636, 807
— und Elsaß-Lothringen 476
— und England 8, 10, 427, 460

Seite

Deutschland, Ernteaussichten 626
— und die feindliche Presse 334
— und Frankreich 658
Deutsche Frauenbriefe 116
Deutschlands Friedensangebot 3
Deutschland und Galizien 49
— Gefangenenfürsorge 131
Deutscher Handel der Zukunft . . . 86
Deutschlands Handelsflotte 124
Deutschland, Helgolandvertrag . . . 339
— Kaisertum und Demokratie 505
Deutsche Kirchen im Ausland 682
Deutschland, Koalitionsrecht 412
Deutschlands Kolonien . 152, 156, 563, 643, 644
Deutschland, Krieg und Kinoreklame . 291
— Kriegskonjunktur 772
— Kriegslasten und Kraftquellen 372
— Kriegsziele und Mindestforderungen 627, 824
— landwirtschaftliche Fragen . . . 443, 799
— Lebensmittelversorgung 345
— Liberalismus 838
— Militarismus 312
— Ministerverantwortlichkeitsgesetz . . . 504
Deutsches „Mittelafrika" 643
Deutschland, Monopolverwaltung . . 413
— Nationalitätenpolitik 707
— Nationalpolitik 474
— Neugestaltung des Staatswesens . . . 603
Deutsche Neuorientierung und russische Revolution 364
Deutschland und Österreich-Ungarn 46, 541
— Organisation 663
— und Orient 564
— Pazifismus und Weltfriedensbund . . 708
— und Polen 215
— Politik, äußere 107, 364, 408, 429, 478, 490, 658, 665, 705
— Politik, innere 7, 95, 106, 107, 140, 233, 363, 365, 444, 479, 493, 496, 634, 661, 665, 759, 805, 806, 837
Deutsche Politik 1866 und 1870 . . . 96
Deutschland und Portugal 644
— Prostitutionsfrage 741
— Rechtszustände 576
— Reichswirtschaftsamt 414

Digitized by Google

Seite

Deutschland, religiöse Richtungen . . 481
— Rohstoffpolitik und Kolonialpolitik . . 700
— und Rumänien 1, 117
— und Rußland . . . 10, 11, 117, 524, 586
— Sexualpädagogik 741
— Sozialdemokratie . 143, 479, 505, 640, 758
— staatsbürgerliche Erziehung 578
— und Türkei 657
— Verfassungsfragen 842
— Verzichtfrieden 617
— Viehbestand und -weiden 350
— und Flandern 222
— Volks- und Parlamentsrechte 809
— Volksversorgung 31
— Wahlrecht 759, 808
Deutschlands Weltmachtbündnis . . . 107
Deutschland, Weltpolitik 577
— Wirtschaftspolitik . . . 306, 771, 774, 798
— Weltwirtschaftspolitik 702, 778
Elsaß-Lothringen 832
Englands Ablehnung der Friedensverhandlungen 8
England und Ägypten 338
Englands Arbeiterschaft 285, 530
England und Australien 383
Englands Balkanpolitik 17
England, Bedarf an Lebensmitteln 439, 594, 625
— und Calais 698
— und China 401, 430
— „Commonwealth“ 319
— und Deutschland 41, 170
— Diplomatie 428
Englands Dominien 319, 594
— Druck auf die Neutralen 24
England, Einfuhrstatistik 435
— Einfuhrverbote 438
— Einkreisungspolitik 337, 623
— und Europa 460
— und die flandrische Küste 154
— Flotte 463
— und Frankreich 384
— Frauenstimmrecht 531, 690
— und die Freiheit der Meere 746
Englische Gewerkschaftsorganisationen 19, 284
England und Gibraltar 696

Seite

England, Hetzpropaganda 747
Englischer Imperialismus 85
England und Indien 316, 317
— und Irland 89, 316
— und Japan 248
— Kabinettskrisis 24
Englischer Kapitalismus 288
England und Kolonien 89, 152, 463, 598, 600
— Kriegsanleihe 120, 373
Englands Kriegsziel 362, 786
England nach dem Kriege . . . 255, 289
— Nationalismus 707
Englische Note 41
Englands Orientziele 77
— Politik, äußere 91, 266, 315, 336, 477, 746
— Politik, innere . . . 12, 89, 282, 384, 463, 532, 691, 787
— und Portugal 645, 652, 668
— Rückgang des Wirtschaftslebens . . . 207
— und Rußland 187, 266, 362, 397, 469, 524, 527, 585, 596
— Sozialdemokratie 282
— und der Suezkanal 342
— Suffragetten 255
— Steinkohlen-Monopol 406
— und U-Bootkrieg . . . 110, 171, 174, 206
Englands Verletzung des Völkerrechts . 22
— Wehrpflicht 16
— Weltherrschaft 284
— Werbearbeit in Amerika 203
Entente und Amerika 118, 184, 190
— und Balkanstaaten 797
— Bemühungen in Spanien 555
— und deutscher Verhandlungsvorschlag 8, 30
— und der Frieden 73, 79, 332, 824
— Friedensbedingungen 118
— und Griechenland 25, 796
— Kriegsziele 82
— und die Neutralen 194
— Politik 8, 9, 321, 434, 595
— und Rußland 528, 727
Europas Getreideversorgung 624
— Machtstellung 185
Fragen der Kriegswirtschaft 32
Frankreich und Belgien 148
— und Deutschland 312

Digitized by Google

Seite

Frankreich und Elsaß-Lothringen . 332, 786
— Imperialismus 312
— Import und Export an Lebensmitteln . 440
Frankreichs Kabinett 26
Frankreich und Kolonien 599
Frankreichs Kriegsziele 832
Frankreich, Militarismus 332
— Nationalismus 707
— Politik, äußere 312, 470
— Politik, innere 25
— Sozialdemokratie 57
Französische Sozialisten in Petersburg . 425
Frankreich und Türkei 727
Frankreichs „Verzweiflung" 593
Frankreich und Wallonien 224
Friedensfrage 29, 138, 185, 755
Geburtenpolitik 161
Gesandtschaftsberichten, Aus den belgischen 9
Getreidenot des Vierverbandes . . . 75
Griechenlands „Neutralitätswille" . . 796
Griechenland, Politik, äußere 797
— und Rußland 796
Haager Konventionen (1907) . 177, 178, 179
Hilfsdienstpflicht und -Gesetz . . 2, 4, 32
Holland, „Anti-Oorlog-Raad" . . 329, 817
— und der Krieg 329
— Kundgebung der Presse für den Frieden 10
— Lebensmittellieferungen 459
— und die vlamische Bewegung . . 220, 226
— und U-Bootkrieg 406
Indiens Abhängigkeit von England . . 251
— militärische Leistungsfähigkeit 600
Italien und Deutschland 830
— Dynastie 26
— Mißerfolge im Kriege 595
— im Weltkrieg 26
Japan und Amerika 321, 592
— und Australien 249
— und China 126, 248, 400, 432
Japans Einfluß im fernen Osten . . . 248
Japan, ein Gläubigerstaat 28
— und Indien 250
Kanada und die österreichischen Auswanderer 211
Katholizismus und Protestantismus im Kriege 131, 143

Seite

Kolonial-Kämpfe 602
Kolonial-Politik 152, 598
Krieg und Parteiwesen 501
Kriegsbedeutung des Eisenbahnnetzes . 61
Lebensmittelknappheit, Allgemeine . 458
Mahdistische Bewegung im Sudan . . 336
Mittelafrika 43
Mitteleuropa 43, 634
— und Amerika 830
— und Osteuropa 790
Mitteleuropas Weg nach dem Orient . 797
Mitteleuropa und Volkswirtschaft . . 598
„Mitteleuropas" Weltherrschaft . . . 493
Monroe-Doktrin 191
Nationalismus und Imperialismus . 835
Neuorientierungspolitik . . . 146, 501
Neutralen, Die und die Alldeutschen . . 333
— und der Weltkrieg 11, 120
„Neuwertung von Geld und Arbeit", Über 685
Österreich-Ungarn und Balkan-Ausfuhr 125
— und Galizien 48
Österreich als Nationalitätenstaat . . . 632
Österreich-Ungarn, Politik, äußere . 49, 629
— Politik, innere 45, 47, 633, 734
— Wirtschaftspolitik 630
Persien und die Entente 385
Polens Bevölkerungsstatistik 215
Polen, politische Neuorientierung . . . 217
— und Rußland 215
Portugal, Ertragsfähigkeit der Kolonien . 646
— koloniale Privilegiengesellschaften . . . 649
Presse, ausländische 11
Preußen und Polen 476
Propaganda im neutralen Ausland . . 131
Rumänien und Siebenbürger Sachsen . 279
Rußland, Abdankung des Zaren . . . 466
— Adelsorganisationen 366
— Agrarfrage 468, 794
— Aufstände 258, 322
— Autonomie der Ukraine 793
— Bahnbau 54, 469
— und Dardanellen 396
— und England 54, 469
— Freiheit der Fremdvölker 833
— und der Frieden 259, 267, 526, 597, 620, 730, 834

Digitized by Google

Seite

Rußland, Großrussentum . . . 668, 792
Russischer Imperialismus . . 85, 368, 834
Rußland und Japan 321
— und Judentum 429
— Kamarilla 269
— Kriegsmüdigkeit 28
Rußlands Kriegsziele 789
— militärische Zustände 597
Rußland und die Neutralen 467
— Organisationsform 477
— Pazifismus 731
— Petersburger Konferenz . . . 256, 366, 467
— Politik, äußere 469, 523
— Politik, innere 27, 121, 187, 188, 256, 265, 271, 322, 363, 366, 385, 394 f., 426, 521, 727, 730
— Revolution 362, 370, 393, 464, 468, 585, 793
Rußlands Selbstauflösung 596
Rußland, Sozialdemokratie . . . 521, 525
— und Schweden 53
— und Ukraine 621, 666, 667
— und Vorderasien 565
Rußlands Wiedergeburt 267
Rußland, Wirtschaftspolitik 368
— Zarismus und die innere Entwicklung des Reiches 834
Seefrachten-Teuerung 207
Spanien und Amerika 556
— und England 695
— und Frankreich 695
— Politik, äußere 554
— Politik, innere 554
— und Weltkrieg 553
Südamerika und Deutschland 381
— und Vereinigte Staaten . . . 767, 769

Seite

Sudan, wirtschaftliche Lage 342
Syrien 721
Schlußbilanz des Weltkrieges 169
Schuldfrage des Weltkrieges 823
Schützengraben-Lektüre 449
Staatenlenkung, Über 343
Stockholmer Verhandlungen 728
„Überschätzung des Ichs", die Gefahr des Friedens 160
U-Bootkrieg 119, 127, 169, 174, 181, 330, 331, 403, 404, 457, 617, 643, 817
Ultimatum an Griechenland 119
Ungarn und Deutschland 506, 765
— Deutschtum in 277, 279
— Industrie 513
— Magyarentum 764
— und Österreich 508
— Politik, äußere 509
— Politik, innere 509, 766
— und das Slawentum 507
Ungarns staatliche Selbständigkeit . . . 631
— Wert für „Mitteleuropa" 512
Valuta und Devisen der kriegführenden Mächte 802
Vertrag von Chaumont 192
Vlämische Frage 119
— Politik 150, 221, 222
Vlandern und Wallonien 221
Völkerrecht und freie Rechte nach dem Kriege 836
Wahlrecht, Preußisches . 145, 239, 240, 603
Weltstaat und Weltwirtschaftspolitik . . 476
Wirtschaftskrieg und die Neutralen . . 461
Zehnverbandsnote 78
Zentral-Einkaufs-Gesellschaft 345

III. Personenregister

Seite

Abdul Hamid 340
Alexejew 27, 322, 385, 466, 468
Alfons XIII. 557
Andrássy 508, 509
Asquith 12, 14, 16, 17, 18, 20, 25, 30, 255, 462, 505, 532, 534, 535, 690, 692
Balfour . . . 15, 17, 194, 591, 592, 698
Bethmann Hollweg 3, 9, 29, 32, 36, 43,

Seite

105 f., 137, 169, 172 f., 183, 330, 334, 364 f., 380, 416, 469, 495, 504, 586, 623, 635, 643, 677, 712, 729, 798, 801, 809, 899, 826
Bismarck 19, 94, 96 f., 106, 235, 236, 239, 240, 241, 362, 472, 475, 476, 499, 500, 503, 586, 638, 640, 660 f., 665, 669, 759, 763, 807
Bissing, v. 225, 227
Bonar Law . . 12, 15, 24, 120, 194, 373 f.

Digitized by Google

Seite

Botha 319, 463
Briand 25, 26, 30, 80, 83, 119, 120, 384, 470, 727
Buchanan . . . 188, 259, 271, 398, 595
Bülow 107
Cadorna 27, 119
Caillaux 67
Carranza 321, 735
Casement 315
Castelnau 256, 322
Chamberlain 15, 497, 594
Churchill . . . 180, 193, 194, 462, 698
Clémenceau 594
Constantin, König 194, 595, 798
Curzon, Lord 15, 24
Czernin 469
Delbrück 335, 503, 669
Delcassé 22, 312
Dessoir 227
Dohna, Graf 462
Dostojewski 226
Dschemal Pascha 721
Eduard VII., König 9, 203, 319, 333, 336, 337, 728
Emin Pascha 338
Fichte 161, 162, 163, 659
Franz Josef 47, 508, 763
French 384
Friedjung 736
Friedrich der Große . 162, 252, 658, 661 f.
Friedrich Wilhelm IV. 95, 96
Georg V. 595
Gerard 255
Golyßyn 189, 256, 257, 258, 322, 366, 368, 385
Gomperz . . . . . 272 f.
Goremykin 27, 466
Grey 8, 12, 16, 17, 18, 22, 24, 25, 245, 426, 505, 535, 645, 787
Gutschkow 466, 469, 524, 597
Haldane 22, 24
Heinrich, Prinz von Preußen 181
Helfferich 32, 674
Henderson . . . 15, 17, 19, 20, 24, 30, 255
Hervé 710
Hindenburg 1, 2, 21, 38, 61, 105, 172 f., 226, 344, 416, 462, 619

Seite

Hohenlohe, Prinz 45
Hughes 18, 248, 382
Joffre 590, 593
Kaiser Karl I. . . . 45, 47, 117, 597, 738, 806
Kant 161
Kerenski 367, 394, 398, 425, 464, 465, 525, 526, 727, 729
Kitchener 340, 462
Kuropatkin 322, 597
Laband 503
Laffayettes 590
Lassalle 19, 640
Ledebour 637, 710
Leibniz 162
Liebknecht 637
Lloyd George 8, 12, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 24, 26, 30, 31, 41, 76 f., 119, 120, 137, 255, 281, 283, 288, 384, 425, 463, 532, 534 f., 566, 594, 690, 694, 787, 822
Ludendorff 174, 344, 462, 619
Michail Alexandrowitsch 385
Michail Michailowitsch 466
Miljukow 28, 256, 366, 385, 398, 465 f., 469, 522, 524, 595, 727, 834
Milner, Lord 15, 24, 256, 322
Moltke 59, 65
Muhammed Ahmed 335
Napoleon I. 602
Napoleon III. 108
Naumann 669
Nelson 24
Nikolai Nikolajewitsch . . 27, 257, 386
Northcliffe, Lord 13, 16, 18, 19, 22, 255, 379, 434, 464
Petrowski 467
Pitirim 257, 466
Plechanow 523, 793
Poincaré 22, 26, 118, 312, 333, 505, 594, 728, 754
Pokrowski 28, 30, 117, 366, 658
Protopopow 121, 256 f., 322, 366 f., 385, 393, 466
Rasputin. 27, 28, 121 f., 189, 256, 397, 464
Rathenau 227, 228
Rennenkampf 597
Ribot 26, 470, 590, 754, 822
Rodzianko . . . 371, 398, 464, 465, 524

Digitized by Google

Seite

Romain Rolland 68
Romanones 553, 554, 555, 556
Romanow 586
Roosevelt 193, 321, 429, 591
Rußki 468, 524, 727
Salandra 38
Sarrail 25, 593
Shaw 282
Solf 152
Sfassonow . . 22, 107, 121, 188, 259, 271
Scheidemann 415, 729
Schtscheglowitow 465
Stanley 338
Stolypin 256, 370, 395, 793
Strauß, Oskar 470
Stürgkh . . . . . 45, 47, 49, 50, 733 f.
Stürmer 27, 121, 186, 256, 322, 367, 393, 466

Seite

Taft 429
Teretschenko 466, 727
Tisza 138, 509, 631, 734, 762, 763
Trepow 121, 122, 256
Tscheidse 368, 398, 425, 467, 525
Tseretelli 523, 727
Viviani 26, 591, 594
Wahnschaffe 674
Wilhelm II. 29, 105, 106, 119, 462, 482, 495, 542, 597, 623, 635 f., 662, 674, 807
Wilson 11, 29, 118 f., 120, 127, 137 f., 192, 193, 201, 203 f., 252 f., 320 f., 330, 379 f., 399 f., 429, 432, 470 f., 490, 492, 559 f., 588, 590 f., 732, 745 f., 796, 806, 808, 820, 822
Zar Nikolaus II. 27, 28, 51, 121 f., 189, 266, 268, 271, 322, 385, 393, 397, 464 f., 585, 595, 728, 792, 833

IV. Notizen

Seite

Ablehnung der Wehrpflichtvorlage in Australien, Die 325
Abschaffung deutscher Schrift in Basel . . 68
Agrarunruhen in Rußland 749
Amerika und Europa 229
Amerikanische Volksseele, Die 482
Annäherung der russischen und der schwedischen Wissenschaft 166
Anteil der Schweiz an den Friedensverhandlungen 99
Amerika und der Friede 133
Asien nach dem Krieg 419
Ausdehnung des dänischen Handels, Die . 166
Aussichten des Friedens, Die 98
Bauernfrage in Rußland 515
Bedeutung des Eintritts Amerikas in den Krieg, Die 324
Belgische Greuelpropaganda, Die . . . 260
Bindung Italiens an England, Die . . . 196
Briefe an die „Deutsche Politik" 513
Buchpflege im Krieg 388
Bund der Neutralen 195
Caillaux 164
Caprivismus als politisches Prinzip, Der . 545
Charakter des Krieges, Der 100
Charles M. Schwab 326

Seite

China, Japan und die Vereinigten Staaten 547
China und der Weltkrieg 325
Dalmatinischen Frage, Zur 611
Demokratisierung der französischen Diplomatie? 580
Deutschland und Amerika 166
Deutsch-Amerikaner, Die 324
Deutsche Arbeit in der österreichisch-ungarischen Monarchie 387
Deutsches Ausland-Museum Stuttgart . . 688
Deutschland und die französische Kunst . . 357
Deutsche in den französischen Witzblättern, Der 261
Deutsche Friedensangebot, Das . . 196, 293
Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung 358
Deutsche Imperialismus in der Literatur, Der 326
Deutsche Kolonialreich, Das 779
Deutschlands Kriegsziele 356
Deutsch-österreichische Ausgleich, Der. . . 387
Deutsch-österreichisch-ungarische Interessengemeinschaft 454
„Deutsche Weisheit und Kultur" 293
Deutsche Zukunft, Die 327
Durchbruch der Serethlinie 100
Eindruck der Rede Lloyd Georges, Der . . 66

Digitized by Google

	Seite
Englands Eintreten für das russische Kriegsziel	37
Englische Magna Charta aufgehoben, Die	546
Englischer Rat an Rußland, Ein	546
Englische Schiffahrtsgewinne	101
Entscheidung, Vor der	259
Ernennung Ssasonows, Zur	259
Erziehung der neuen Generation, Die	780
Europa und Japan	419
Europäische Zivilisation, Die	260
Fall Hoffmann, Der	844
Fehlen des deutschen Kalis, Das	102
Feindlicher städtischer Grundbesitz	100
Finanzielle Belastung der kriegführenden Staaten in neutraler Beleuchtung, Die	485
Finnlands Streben nach Unabhängigkeit	653
Frage: Bern oder Haag?, Die	293
Frage Elsaß-Lothringen, Die	844
Frage der Sonderstellung Galiziens", „Zur	687
Französische Außenhandel, Der	101
Frankreich und die griechische Note	134
Französisch-italienische Beziehungen	134
Französisch-italienisches Institut, Ein neues	68
Französische öffentliche Meinung und Griechenland, Die	101
Französische Propaganda im Ausland	326
Französische Verdächtigung	166
Französische Verdächtigungen	327
Französischen Waldbestände, Die	748
Freihandel oder Schutzzollpolitik	259
Freiheit der Meere	134
„Freiheit der Meere", Die	229
Friede, Der	324
Friedensaktion der Neutralen, Die	98
Friedensanzeichen? Ein	66
Friedensbewegung des französischen Sozialistenkongresses	99
Friedensbewegung in Italien, Die	99
Friedensfrage, Die	195, 293
Friedensnote, Nachträgliches zur deutschen	65
Gedanken über den Völkerfriedensbund	453
Gegen chauvinistische Kriegsziele	293
Gemeinsame oder einzelne Kriegsziele der Entente?	165
General Smuts, der kommende Mann	813
Gesamt- oder Einzelfrieden der Entente?	195
Gesellschaft für eine französisch-italienische geistige Verständigung, Eine	134
Giolitti	454
Goethe über Revolution	484
Grenzsaum an der Westfront, Der	609
Großrussen gegen Finnlands Selbständigkeit, Die	716
Haller, Prof., über die russische Revolution	780
Handel von Tsingtau, Der	134
Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Finnland, Die	260
Handelsfeindschaft nach dem Kriege	422
Haßpropaganda	357
Hauptproblem des Landkrieges, Das	100
Hindernisse des Friedens	98
Humanismus und Nationalismus	388
Japan und Sibirien	325
Japanische Budget, Das	260
Japans Drang nach dem Süden	101
Illustrierte Zeitungen	68
Irische Ärgernisse	813
Italien	134
Italienische Auffassung der Antwortnote der Entente	165
Italienische Bedingungen für den Frieden	66
Italien als Kritiker Rußlands	230
Italiens Stellung in der Entente	38
Italienische Stimmen über Wilsons Friedensnote	99
Kampf um die Ukrainische Autonomie, Der	654
Kino in England, Das	134
Kongreß der französisch-sozialistischen Partei	99
Konstantinopel als Kriegsziel der Entente	99
Krieg und Vernunft	386
Krieg und Volksbildung	102
Kriegsende, Das	293
Kriegsgewinn und Kriegssteuer in Schweden	68
Kriegsmüdigkeit in Südafrika	230
Kriegswille der Westmächte, Der	98
Kriegszeitungen	196
Künftige Lage der deutschen Industrie, Die	166
Lage in Finnland, Die	164
Lage in Rußland, Die	164
Lateinische Union, Eine	134
Lebensmittelpolitik in England, Die	163
Lloyd Georges Charakter nach Northcliffe	99

Digitized by Google

	Seite
Logik der Wehrpflicht, Die	37
Made in Germany	229
Menschikow über Mitteleuropa	67
Miljukow über die Kriegsziele der Entente	259
Ministerreden, Die	66
Nationale Kunst, Über	485
Nationalisierung der Volkswirtschaft	356
Naturgemäßer Gegensatz Rußlands gegen England	196
Natürliche Sittengesetz, Das	261
„Neuorientierung"	102
Neutralen und der U-Bootkrieg, Die	325
Neutraler Appell an England, Ein	36
„Neutralität zur See"	356
Neutralität der skandinavischen Staaten, Die	195
Norwegische Mahnung an England	68
Note der Zentralmächte an den Papst, Zur	66
Opposition gegen die Regierung in Italien	134
Ort der Friedenskonferenz	99
Paris	230
Pazifistische Schlupfwinkel	420
„Perfide Albion", Das	515
Petersburg an Stelle Leipzig	326
Pressebureau im Vatikan, Ein	39
Reform des Geographie-Unterrichts	261
Rekrutierung in Kanada	134
Revolution in Rußland	100
Rumänien und Schweden	38
Rumänische Feldzug, Der	68
Russische Ansichten über die Wirkung der amerikanischen Friedensnote	133
Rußland braucht eine Erziehung	845
Russisches	102
Russische Linke für die Deutschen, Die	100
Russische Mahnung an die Westmächte	165
Russische Presse zur Reichskanzlerrede, Die	779
Russische Psyche, Die	845
Russische Weltbeglückungspläne	716
Rußland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch	812
Rußlands Drang nach dem freien Meer	67
Rußlands Offensivkraft	100
Sieg der Vernichtungsstrategie, Der	165
Sonderbare Schwärmer	547
System der geheimen Diplomatie, Das	229
Scheidemann-Gebsattel	714
Schiffsbau in Japan	326
Schuldregister des Handelskrieges	37
Schutzzollpolitik	356
Schwedens Kriegsziele	166
Schweizerischer Protest gegen englische Handelspolitik	37
Stärke der englischen Friedensbewegung nach der Note Wilsons, Die	230
Stellung des Ministeriums Lloyd Georges, Die	229
Stimme der Vernunft, Eine	687
Stimmung in Paris, Die	164
Strömung für den Frieden in England, Die	98
Tagesbefehl des Zaren, Der	100
Die täglichen Kriegsunkosten Rußlands	100
Tartarennachrichten	516
Theorie und Praxis eines russischen Sozialdemokraten	579
Übereinkommen in der Dardanellenfrage, Das	67
Ukrainische Bewegung, Die	580
Ukrainer wollen an den Friedensverhandlungen teilnehmen, Die	688
Unmöglichkeit eines annexionslosen Friedens, Die	688
„Unsere Stellung zu England"	453
Utrechter Messe, Die	326
Verarmung im Krieg, Die	326
Verschuldung Europas, Die	386
Vier Kardinalpunkte für den kommenden Frieden	387
Wachsende Friedensbewegung in Frankreich	133
Wahl Roms für die Vierverbandskonferenz	133
Warnung Mr. Protheros, Die	100
Wasserstraße Mitteleuropas, Die	484
Wieviel Blamen gibt es eigentlich?	748
Wilson	294, 324
Wilson und die Neutralen	325
Wilsons Friedensnote	66
Wirkungen des Krieges auf Europa, Die	36
Wirkungen des Weltkrieges auf China, Die	229
Wirtschaftspolitik nach dem Krieg, Die	39
Zukunft des amerikanischen Handels in China	102
Zukunft der deutschen Wissenschaft, Die	388
Zukunft der Entente, Die	133
Zukunft der Schweiz, Die	326
Zukunft unserer Kolonien, Die	812
Zukunftsaussichten, Die	66
Zukunftsaussichten des Friedens	133, 163

Digitized by Google

Hof-Buch- und -Steindruckerei
Dietsch & Brückner in Weimar

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Inhalt:

Z. XI.

Thimme, Deutsche Gemeinschaftsarbeit 1
Rohrbach, Die Aufnahme unseres Verhandlungsvorschlages 8
Dibelius, Das Kabinett Lloyd George 12
Schiemann, Die Weltlage um die Jahreswende 21
Giesberts, Die Gewerkschaften und das Kriegshilfsdienstgesetz 31
Notizen / Neuerscheinungen 36

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 5. Januar 1917 Heft 1

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kultu...tik

Herausgeber:

Ernst Jäckh ◆ Paul Rohrbach ◆ Philipp Stein

unter ständiger Mitarbeit von:

Prof. Dr. Paul Arndt, Frankfurt a. M. Prof Dr. Auhagen, Dahlem-Berlin; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. H. Becker, Berlin; Professor D. Deißmann, Berlin; Prof. Dr. Rudolf Eucken, Jena; Prof. Dr. Eulenburg, Leipzig; Anton Fendrich, Freiburg-Zähringen; Prof. Dr. E. Franke, Berlin; Prof. Dr. O. Franke, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Geßler, Nürnberg; Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig; Prof. Dr. Harms, Kiel; Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau; Prof. Dr. Lampe, Berlin; Dr. Freiherr von Mackay, München; Wilhelm v. Massow, Berlin; Prof. Dr. F. Meinecke, Berlin; Dr. Adrian Molin, Stockholm; Geh. Reg.-Rat Dr. Muthesius, Berlin; Geh. Justizrat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Prof. Dr. Oncken, Heidelberg; Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Pohl, Greifswald; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Prof. Dr. Roloff, Gießen; Prof. Dr. von Rümker, Berlin-Nikolassee; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann, Berlin; Axel Schmidt, Berlin; Wirkl. Geh. Rat Prof. G. v. Schmoller, Berlin; Geh. Rat Dr. Schneider, Frankfurt a. O.; Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Berlin-Halensee; Prof. Dr. Schumacher, Bonn; Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz, Freiburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Sering, Berlin-Grunewald; Dr. Somary, Berlin; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg; Dr. Friedrich Thimme, Berlin; Dr. lic. theol. Gottfried Traub, Dortmund; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Troeltsch, Berlin; Admiral z. D. Gouverneur v. Truppel, Berlin; Prof. Dr. Georg Wegener, Berlin; Dr. Fritz Wertheimer, Berlin; Prof. Dr. Wiedenfeld, Halle; Geh. Rat Prof. Dr. Wohltmann, Halle; Kgl. Ministerialrat Zahn, München; Regierungsrat Zache, Hamburg

Einsendungen (mit Rückporto) für die Schriftleitung sind zu richten nach Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II. Telephon: Amt Lützow 5723. / Einsendungen, welche den Versand und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, dagegen nur an den Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II, Telephon: Amt Lützow 5723; oder Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, Wörthstraße 43. Telephon: 53.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Abt. „Deutsche Politik", Berlin

Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M 3.80, Ausland M 4.50.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 5. Januar 1917 • Heft 1

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Deutsche Gemeinschaftsarbeit

Von Friedrich Thimme

Wir treten in das neue Jahr mit starken und gewissen Hoffnungen ein. Nicht als ob wir darauf rechneten, daß das Friedensangebot, mit dem wir und unsere treuen Verbündeten am 12. Dezember hervorgetreten sind, dem Kriege, der nun bald 2½ Jahre wütet, ein Ende bereiten würde. Es ist ja schon offenbar geworden, daß unsere Feinde nicht den von Deutschland gebotenen, sondern nur einen von ihnen diktierten Frieden wollen. Wir wissen, daß der Krieg bis zum bitteren Ende, vielleicht in noch gesteigerten Formen fortgehen wird. Wir sind uns klar, daß er uns noch viel blutige Opfer und harte Entbehrungen auferlegen wird. Dennoch ist unser Glaube, unser Vertrauen, unsere Siegeszuversicht in diesem Augenblick stärker vielleicht als je. Das liegt nicht nur in der Gunst der Kriegslage begründet, in unserer unerschütterten Abwehr im Westen, unserem siegreichen Vordringen in Rumänien; das hat vielmehr seinen tiefsten Grund vor allem darin, daß das deutsche Volk gerade in den letzten Wochen und Monden seiner selbst, seiner Einheit und Gemeinschaft wieder gewisser geworden ist. Wir verhehlen es nicht: jene Glut der Begeisterung, jenes Bewußtsein einer fast vollkommenen Einigkeit, die in den Augusttagen 1914 wie ein Wunder über uns gekommen waren, sie drohten in der langen Reihe harter Kriegsmonate mehr und mehr zu entschwinden. Der Parteihader, der lange unter dem Zwange des Burgfriedens geschwiegen hatte, lebte wieder auf, die Kämpfe um die besten Methoden der Kriegführung, um die Kriegsziele, um die Ernährungsfragen trugen Verwirrung und Zwiespalt in weite Kreise des Volkes; statt des inneren Friedens, um den man sich von vielen Seiten ehrlich mühte, schien der innere Unfrieden die Oberhand zu gewinnen.

Gott sei es gedankt: es ist wieder anders geworden! Die Wendung zum Besseren fiel just mit dem Eintritt Rumäniens in den Krieg zusammen, der nach dem Willen unserer Feinde uns den Rest geben sollte. Rumänien unser Verbündeter: so dürfen wir in Wahrheit sagen. Mit Hindenburgs Ernennung, die wir unserem Kaiser nicht genug danken können, ergoß es sich wie ein breiter Strom von Vertrauen, Kraft und

Digitized by Google

Zuversicht in das Volk. Alles gewann ein anderes Gesicht. Waren weite Kreise unserer besten Patrioten bis in die letzten Zeiten mit Sorge erfüllt gewesen, ob auch unsere stärksten Kriegsmittel zur rechten Zeit in die Wagschale geworfen werden würden, so ließ diese Sorge von dem Moment nach, seit es offenbar wurde, daß an der Entscheidung die Heeresleitung voll beteiligt sein werde. War durch die Ernährungsschwierigkeiten das gegenseitige Vertrauen der Bevölkerungsklassen stark beeinträchtigt; drohte dort der kränkende Zweifel, ob auch die Landwirtschaft ihr Möglichstes tue, um namentlich der schwer arbeitenden industriellen Bevölkerung das zureichende Maß von Lebensmitteln zu sichern, hier der nicht minder kränkende Vorwurf der Begehrlichkeit der Städter den Frieden zwischen Stadt und Land zu untergraben, so hat Hindenburgs Mahnruf rasch einen Ausgleich der hoch gesteigerten Spannungen angebahnt. Mit Freuden darf man feststellen: Gerade die Gegensätze, an denen sich die Geister am meisten erhitzten, haben in letzter Zeit offensichtlich an Schärfe nachgelassen. Und wenn sich seit den Stürmen der Sommeschlacht manchmal, nicht zuletzt bei unseren Feldgrauen, ein banger Zweifel erhoben hatte, ob wir auch auf die Dauer gegen die ungeheure Menge des Kriegsmaterials aufkommen könnten, die fast die ganze Welt unseren Feinden liefert, so hat uns der mitten im Trommelfeuer der Fronten geborene geniale Gedanken der Hilfsdienstpflicht alsbald die volle Gewißheit zurückgegeben, daß vor der gesammelten und organisierten Kraft des ganzen deutschen Volkes alle Anstrengungen unserer Feinde zuschanden werden müssen.

Kein Gedanke hat während der langen Kriegszeit im deutschen Volk so sehr gezündet wie dieser. Es war, als ob das Volk nur darauf gewartet hätte, jenen unerquicklichen und unfruchtbaren Erörterungen, in die es durch das Wiederaufleben des Parteihaders und der Klassenkämpfe hineingezogen war, durch eine stärkere Heranziehung zu nationalem Hilfsdienst entrissen zu werden. Unzählige hatten schwer darunter gelitten, in einer Zeit, wo Millionen ihr Leben für das Vaterland hingaben, ihre Kraft und ihre Arbeit nicht ganz unmittelbar in den Dienst desselben stellen zu können. Jetzt, wo dem Heeresdienst der vaterländische Hilfsdienst zur Seite gestellt, und in aller Form die Gemeinschaftsarbeit des ganzen Volkes proklamiert ist, winkt dem lang verhaltenen Drang nach nationaler Betätigung vollere Befriedigung. In dem gewaltigen Andrang zu dem Hilfsdienst, an dem nun auch die deutsche Frauenwelt ihren Teil haben darf, erleben wir die erhebende Wiederkehr jener Tage nach dem Kriegsausbruch, wo die ganze deutsche Jugend wie ein Mann zu den Waffen strömte, erleben wir ein Neuerwachen des Geistes der Augusttage, nach dem schon so oft und schmerzlich gerufen ist. Heute sind wir unseres Volkes, seiner inneren Geschlossenheit bei allen Meinungsverschiedenheiten, seiner Ausdauer in allen Nöten und Entbehrungen, seines unbeugsamen Siegeswillens sicherer als je. Diese Stimmung unseres Volkes ist noch mehr als unsere kriegerischen Erfolge der rechte Hintergrund für unser Friedensangebot. Unsere Feinde möchten es als ein Zeichen und ein Eingeständnis

Digitized by Google

unserer Schwäche auslegen. Das verdient nur ein mitleidiges Lächeln. Unser Hindenburg hat recht wie immer, wenn er darin vielmehr eine tiefsittliche Kraftäußerung unseres Volkes sieht. Wir unterstreichen das Wort: unseres Volkes, auch wenn unsere Volksvertretung nicht vor dem Friedensangebot gefragt worden ist, nach Lage der Dinge nicht wohl gefragt werden konnte. Denn die tiefe Bewegung, die das Friedensangebot in unserem ganzen Volk, daheim wie in den Schützengräben ausgelöst hat, beweist, daß diese Tat mit dem innersten sittlichen Empfinden und dem Willen unseres Volkes harmoniert, letzten Endes aus ihm geboren ist.

Mag nun unser Friedensangebot, was kaum noch zu hoffen scheint, zu dem Ziele eines ehrenvollen, die ungehinderte Entwicklung der geistigen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes und unserer Verbündeten sichernden Friedens führen, oder mögen wir dieses Ziel durch eine entschlossene Fortsetzung des Krieges erst noch zu erstreiten haben, das eine ist in beiden Fällen sicher, daß unser Heil und unsere Zukunft mehr wie je davon abhängt, daß das deutsche Volk seine Einheit und Geschlossenheit, seinen einträchtigen Gemeinschaftsgeist und seine Gemeinschaftsarbeit von nun an unverrückbar festhält, womöglich noch über die in den letzten Monaten erreichte Höhe steigert. Nur dann können bei Friedensverhandlungen die Regierungen des Vierbundes mit voller Wucht auftreten, wenn sie nicht nur unter einander einig sind, sondern wenn auch klar und weltkundig zutage tritt, daß sie ihre Völker geschlossen und einig hinter sich haben. Den Krieg kann erst recht nur der einmütigste Siegeswille und die durchgreifendste Gemeinschaftsarbeit des ganzen ungeteilten Volkes gewinnen. Es darf nicht mehr sein, daß ein Teil des Volkes sich von der Regierung abwendet, weil sie sich in dem Drang der Umstände und unter dem Druck der Verantwortung nicht in dem Maße der Mitwirkung der Volksvertretung bedient, wonach diese streben muß. Darüber mag in kommenden Zeiten zu rechten sein, wenn die verheißene und selbstverständliche Neuordnung der Dinge geschaffen wird. Heute gilt es, daß unter Zurückstellung aller Sonderinteressen und aller Sonderwünsche das deutsche Volk vertrauensvoll wie ein Mann hinter seine Regierung und seine Heeresleitung tritt, die nach der Zurückweisung unseres Friedensangebots gar nicht anders können als die Parole für die entschlossenste und rücksichtsloseste Kriegführung auszugeben. Das deutsche Volk darf zu den führenden Männern um so mehr Vertrauen haben, je deutlicher es sieht, daß unsere oberste Heeresleitung mit der Reichsleitung und beide wieder mit den verbündeten Regierungen, mit dem Kaiser zumal, in dessen Händen alle Fäden zusammenlaufen, in einzigartiger Weise zusammenwirken. Hindenburg und Ludendorff, Stein und Gröner, ja und auch Bethmann Hollweg und Zimmermann: wo solche Männer, einer für den anderen einstehend, alle einander fördernd und unterstützend die Geschicke des deutschen Volkes leiten, da darf dieses vertrauensvoll die großen Entscheidungen hinnehmen, auch ohne immer unmittelbar an ihnen beteiligt zu sein.

Digitized by Google

Es soll hier gewiß nicht einem schrankenlosen Vertrauen das Wort geredet werden. Es mag gut und notwendig sein, daß für die Ausführung des Hilfsdienstgesetzes dem Bundesrat und dem Kriegsamt ein Reichstagsausschuß zur Seite gesetzt ist; und wer möchte nicht überhaupt einer stärkeren Berücksichtigung der parlamentarischen Faktoren, immer innerhalb der durch die drangvolle Kriegszeit gezogenen Grenzen, das Wort reden. Aber wenn gerade jetzt von einem Teil unserer Parteien der Kampf um eine Ausdehnung der Rechte der Volksvertretung mit deutlich erkennbarer Spitze geführt wird, so kann man sich der Besorgnis nicht entschlagen, daß dadurch ein Teil der nationalen Energien in einem Augenblick gebunden wird, wo deren einheitliche und ungebrochene Zusammenfassung die höchste Pflicht ist. Eine freiere Gestaltung unserer Verfassungsformen im Sinne eines stärkeren Mitbestimmungsrechtes des Volkes, die ja kommen muß und wird, wird um so segensreichere Folgen nicht allein für unsere innerpolitischen Verhältnisse, sondern auch für unsere weltpolitische Stellung haben, wenn sie nicht jetzt inmitten des Weltkrieges der Regierung in mühsamem Kleinkampf abgerungen, sondern von der Regierung selbst aus den ermutigenden Erfahrungen des Krieges heraus als freies Geschenk geboten wird. Unsere Parteien aber könnten ihre Wünsche nach einem größeren Einfluß der Volksvertretung nicht besser fördern, als wenn sie sich zunächst über Maß und Richtung der erstrebten Reformen unter einander verständigten. Einer einmütigen öffentlichen Meinung des Volkes wird heute keine Regierung widerstehen. Schon Bismarck hat einmal gesagt: „Trotz aller Utopien bleibt herrschendes Prinzip in Deutschland doch immer die öffentliche Meinung des großen Durchschnitts der gebildeten Stände.“ Heute würde ja nicht mehr den gebildeten Ständen allein eine solche herrschende Rolle zuzuweisen sein; neben ihnen hat sich längst das werktätige Volk den Anspruch auf volle Gleichberechtigung erworben. Ja, es ließe sich fragen, ob bei der Abwägung des Gewichts der öffentlichen Meinung der großen Masse des arbeitenden Volkes nicht ein besonders großer Anteil zugewiesen werden müßte. Jenes englische Parlamentsmitglied hat doch recht: „Der Krieg ist in ein Stadium getreten, wo die Arbeiterschaft den Krieg gewinnen oder verlieren wird.“ Wir wissen nicht, ob die Regierung bei ihrem Friedensangebot auf die Wünsche unserer Arbeiterschaft, innerhalb derer ja die Sehnsucht nach Frieden und die Neigung zu einer Verständigung unter den Völkern am stärksten vertreten ist, besonders Bedacht genommen hat. Wenn sie es getan hat, so kann das nur segensreiche Früchte tragen. Eben erst hat es der meistgenannte Führer der Sozialdemokraten ausgesprochen, daß seine Parteigenossen, wenn die Friedenskundgebungen Deutschlands kein Entgegenkommen finden sollten, gezwungen seien, bis zum allerletzten Mann zur Verteidigung des Vaterlandes anzutreten. Ganz in demselben Sinne hat sich der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bauer auf der Gwerkschaftskonferenz vom 12. Dezember geäußert: uns bleibt nichts mehr übrig als den Abwehrkampf mit aller Kraft zu führen. Das sind neue Bekenntnisse der Sozialdemokratie

Digitized by Google

zu dem nationalen Gedanken von höchster Bedeutung. Sie stellen die nationale Einheitsfront, die — nach der Auffassung rechtsstehender Parteien — durch die bisherige Haltung der Sozialdemokratie in der Friedensfrage immer noch gefährdet schien — endgültig und dauernd fest, sie sichern der Sozialdemokratie die Anerkennung als eine nationale Partei, und sie gewähren ein solides Fundament für die weit über den Ausgangspunkt des nationalen Hilfsdienstes auszudehnende deutsche Gemeinschaftsarbeit aller Parteien, Gruppen und Richtungen.

Wir dürfen annehmen, daß die Väter des Hilfsdienstgesetzes, die das vorbildliche, durch keinen Unterschied der Parteien, Klassen und Konfessionen auch nur entfernt beeinträchtigte Zusammenwirken des Volks in Waffen vor Augen hatten, von vornherein die Idee der deutschen Gemeinschaftsarbeit nicht in dem Sinne einer Beschränkung auf das Hilfsdienstgesetz selbst, sondern im weitesten und höchsten Sinne der nationalen Gemeinschaftsarbeit überhaupt gefaßt haben. Es sei nur an die Worte erinnert, die der Chef des Kriegsamts General Gröner nach der nahezu einstimmigen Annahme des Gesetzes an die Reichstagsabgeordneten richtete: „Mit Ihrem Beschluß in dieser heiligen Stunde werden Sie eine neue Saat gelegt haben in das Herz unseres Volkes, nicht nur eine Saat, deren Früchte in dem gegenwärtigen Kampfe ums Dasein reifen werden, sondern auch eine Saat, die fortwirken muß über die Dauer dieses Gesetzes hinaus in eine ferne Zukunft.“ Das ist gewiß nicht so gemeint, als ob die Ansätze zu sozialpolitischen Neuerungen, um nicht zu sagen die „sozialistischen Errungenschaften“, die das Gesetz in sich schließt, über den Krieg hinaus fortdauern sollten, wohl aber in dem Sinne, daß der Geist der Gemeinschaftsarbeit, der einheitliche Wille des deutschen Volkes, die vaterländische Arbeit über das egoistische Interesse der Parteien und Klassen wie der Einzelnen zu stellen, für alle Zeiten zu einem Fundamentalsatz unseres öffentlichen Lebens werden soll.

In diesem Sinne hat auch die gesamte deutsche Arbeiterschaft das Hilfsdienstgesetz aufgefaßt. Von der Bedeutung der Allgemeinen Gewerkschaftskonferenz am 12. Dezember wird in der „Deutschen Politik“ noch öfter die Rede sein. Sie reicht weit über den nächsten Zweck einer großen Kundgebung für die Durchführung des Hilfsdienstes hinaus. Die tiefere Bedeutung der Konferenz liegt vor allem darin, daß zum erstenmal alle inneren Gegensätze der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, die vor dem Kriege so tief wie nur die Gegensätze einander schroff gegenüberstehender Parteien waren, überwunden, zum erstenmal ein gemeinsames, völlig geschlossenes Auftreten der gesamten deutschen organisierten Arbeiterschaft ermöglicht wurde. Nicht weniger als vier Millionen deutscher Arbeiter ohne Unterschied der parteipolitischen und konfessionellen Zugehörigkeit, ihres Standpunktes in wirtschaftlichen und Weltanschauungsfragen zu gemeinsamer Arbeit entschlossen: eine einige, so nie geschaute Arbeiterschaft! Die gemeinsame Arbeit gilt ja zunächst nur dem großen nationalen Hilfswerk. Aber nicht bloß die gemeinsame nationale Gefahr bindet; alle gemeinsame

Digitized by Google

Arbeit selbst kittet, schließt eng zusammen, öffnet dem gegenseitigen Verstehen und Vertrauen, der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung Tür und Tor, und mildert durch alles dieses die vorhandenen Gegensätze. Schon werden aus den verschiedenen Gewerkschaftskreisen gewichtige Stimmen laut, die da fordern, daß die gemeinsame Arbeit auch auf die Vertretung der Arbeiterinteressen ausgedehnt werde. Ebendahin drängt die ganze Entwicklung der Dinge, das riesenhafte Ausmaß der nach dem Kriege zu lösenden sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben. Schwerlich wird es ja zu einer vollen Verschmelzung der deutschen Gewerkschaftsbewegung kommen. Das ist auch nicht nötig und, recht betrachtet, nicht einmal wünschenswert. Das Nebeneinanderbestehen verschiedener Gruppen und Parteien, ihre Auseinandersetzung und gelegentlich selbst ihr Kampf weckt so viel inneres Leben, spornt die Sonderkräfte der einzelnen Richtungen so sehr an, daß man ein Ineinanderaufgehen aller nicht einmal wünschen könnte. Aber ein Nebeneinander der Gewerkschaftsgruppen braucht weder ihrer gemeinsamen Arbeit noch ihrem einheitlichen Auftreten nach außen Eintrag zu tun.

Für unser innerpolitisches Leben fällt das gemeinsame Zusammengehen der Gewerkschaften um so mehr ins Gewicht, als parteipolitisch ein Teil derselben zur sozialdemokratischen, der andere zu den sogenannten bürgerlichen Parteien gehört. Jede Verständigung aber zwischen der einen und der anderen Parteigruppe kann nicht warm genug als ein innerpolitischer Fortschritt begrüßt werden. Es ist der größte innere Gewinn, den der Krieg uns bisher gebracht hat, daß die tiefe Kluft zwischen der Sozialdemokratie auf der einen, dem Staat und den bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite überbrückt worden ist; es muß das höchste innere Friedensziel bleiben, daß diese Kluft nicht bloß überbrückt, sondern innerlich und geistig mehr und mehr ausgefüllt wird. Nach der nationalen Haltung des weitaus größten Teils unserer Sozialdemokratie, die doch unsere innere Einheitsfront erst ermöglicht und vollendet hat, nach der starken inneren Wandlung ihres Verhältnisses zum Staat, nach der zunehmenden Bereitwilligkeit zur positiven Mitarbeit am Staatsleben, an Stelle der früheren grundsätzlichen Verneinung, nach der Steigerung ihres Verständnisses für die Bedeutung des Kapitals, der landwirtschaftlichen Produktion, der Kolonien usw. kann keinerlei Grund mehr bestehen, sie nicht als völlig gleichberechtigt mit den übrigen Parteien anzusehen. Unsere rechtsstehenden Parteien sträuben sich ja noch immer gegen eine solche Anerkennung, und wenn sie sich, wie eben jetzt, mit der Demokratie in der Betonung der Reichstagsrechte treffen, so liegt ihnen doch der Gedanke an eine nähere Gemeinschaft sehr fern. Aber die Konservativen sollten sich sagen, daß eine innigere Verbindung zwischen Aristokratie und Demokratie, zwischen rechts und links keineswegs ein Ding der Unmöglichkeit ist. Den besten Beweis bildet die Existenz des Zentrums, das, insofern gewiß unsere idealste Partei, diese scheinbar so klaffenden Gegensätze auf seinem Boden ausgleicht. Wenn aber der katholische Glauben als Bindeglied solches Wunder vollbringt, so müßte die nationale Gemeinschaft, die Liebe zum Vater-

Digitized by Google

lande dazu erst recht imstande sein. Vielleicht daß sich, so bald erst der Zwiespalt über die Kriegsziele mit dem Frieden sein natürliches Ende erreicht, auf der konservativen Seite die Erkenntnis einstellt, daß in Wahrheit der konservative und der sozialistische Staatsgedanke sich weit näher berühren, als dieser und der individualistisch-liberale, und daß eine Verständigung zwischen der konservativen und der sozialdemokratischen Partei gerade auch auf sozialem Boden nicht ausgeschlossen sein sollte. Auch von konservativer Seite ist es ja schon öfter ausgesprochen worden, daß diese Partei nur dann eine große Zukunft haben könne, wenn sie sich auf ihre eigenen sozialen und arbeiterfreundlichen Traditionen besinne und von neuem den Anschluß an die Arbeiterschaft suche, der ihr heute fast ganz verloren gegangen ist. Es wäre ein großes Glück, wenn das große Beispiel der innigen Gemeinschaftsarbeit, die sich zwischen den sozialdemokratischen und den christlichen usw. Gewerkschaften anbahnt, und die die gewaltige Bedeutung einer geeinten Arbeiterschaft im Staat und für den Staat erst recht augenfällig werden lassen wird, solche Erkenntnisse befördern würde.

Überhaupt, wenn wir beim Eintritt des neuen Jahres unsere Hoffnungen für die innerpolitische Gestaltung unseres Volkslebens in Worte kleiden sollen, so müßte der eine Wunsch allen anderen vorangehen, daß die deutsche Gemeinschaftsidee und die deutsche Gemeinschaftsarbeit, die mit dem Ausbruch des Krieges von selbst ins Leben getreten sind, die aus sich viele fruchtbare Ansätze getrieben haben, die dann in dem Hilfsdienstgesetz in aller Form proklamiert sind und unmittelbar darauf in der Gewerkschaftskonferenz vom 12. Dezember zu dem nie erlebten Zusammenschluß unserer ganzen Arbeiterschaft geführt haben, Gemeingut und herrschendes Prinzip aller unserer Parteien, der politischen wie der kirchlichen, unserer Konfessionen, unserer Klassen und Berufsstände werden möchten. Ohne ein solches herrschendes Prinzip müßte ja, sobald die gemeinsame nationale Gefahr, die alles zu einander hintreibt, geschwunden ist, und sobald die Autorität des Staates, die im Kriege alles beherrscht, wieder nachläßt, der innerpolitsche Hader, der Kampf der Parteien, die Kleinlichkeit des parlamentarischen Lebens, die uns vor dem Kriege schon unerträglich dünkten, in alter Weise einsetzen, vielleicht schlimmer werden als je. Die Gefahr ist groß, daß es geschehe. Sie ist nur zu bannen, wenn die große und weittragende, begeisternde Idee der deutschen Gemeinschaftsarbeit im ganzen deutschen Volke Fuß faßt. Dazu will auch die „Deutsche Politik" beitragen, indem sie alle Parteien, ohne jeden Unterschied zur gemeinsamen Mitarbeit in ihren Blättern auffordert. Gemeinsame Arbeit aller Deutschen an den großen Aufgaben, die unserm Volke im Kriege und nach wiederhergestelltem Frieden beschieden sind, gemeinsame Arbeit am Aufbau unserer Verfassung im erneuerten, nach außen starken, im Inneren befriedeten Deutschen Reich, das ist das Programm der „Deutschen Politik".

Digitized by Google

Die Aufnahme unseres Verhandlungsvorschlages

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Regierungen und die Parlamente in Rußland und England, in Frankreich und Italien haben gesprochen. Es sind hierbei deutlich genug gewisse Abstufungen des Mutes und der Entschlossenheit erkennbar, sich Deutschland gegenüber auf einen ablehnenden oder ausweichenden Standpunkt zu stellen, aber das ist nicht das Wesentliche. Auch darauf wird man nicht allzuviel zu geben brauchen, daß hier und da gewisse mehr formale Vorbehalte gemacht sind, nach denen eine Möglichkeit offen zu bleiben scheint, trotz allem Verhandlungen zu eröffnen. Die Hauptsache ist dabei, daß an den beiden entscheidenden Stellen, Rußland und England, sachlich ein „Nein" erklungen ist. Den Willen zu einem solchen Nein haben wir beim Gegner erwartet, und es ist gut, daß er ihn zu erkennen gegeben hat. Die Gegner wollen weiter kämpfen — also sollen sie es haben. Ehe der Sommer im Lande ist, werden sie vielleicht wünschen, sie hätten sich in diesen Tagen entgegenkommender ausgedrückt. Wir haben rechtzeitig, bevor wir Friedensverhandlungen anboten, die drei entscheidenden Fragen, die Selbständigkeit Polens, das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst und die Niederwerfung Rumäniens ins Reine gebracht, und wir können nun getrosten Mutes das Wort unsern Waffen und unsern Rüstungsfabriken lassen, auf so lange, bis die andern Ohren bekommen, um zu hören.

Durch die feindlichen Antworten geht übereinstimmend das Bemühen, einen bestimmten, in diesem Kriege schon bis zum Überdruß gebrauchten Fechtertrick von neuem anzuwenden. Es ist der Vorwurf gegen Deutschland, wir hätten den Krieg aus Herrschsucht und Militarismus entzündet; daher müßten wir Schadenersatz, Genugtuung und Sicherheit für die Zukunft geben. Die Melodie ist überall dieselbe, aber am lautesten wird sie in England gepaukt. Herr Lloyd George, von dem man vielleicht sagen könnte, wenn nicht Lord Grey und andere schon seine Vorgänger mit ähnlichen Ausdrücken gewesen wäre, daß er sich an gewisse Gepflogenheiten seiner Jugendumgebung zu erinnern scheint, hat mit gewollter Unverschämtheit das „ungebrochene" Heer Englands dem „gebrochenen" Wort Deutschlands gegenübergestellt. Wir können auch hierin nur eine Wiederholung des schon früher bei englischen Ministern bemerkten Versuches erblicken, durch absichtliche Flegeleien im Ausdruck den Beginn einer ernstlichen Friedensunterhandlung unmöglich zu machen. Sehr begreiflich, denn die englischen Kriegsmacher fürchten einen Frieden, der sie persönlich in den Abgrund schleudern würde, wie Gift und Tod. Sie wissen auch genau, daß nicht Deutschland, sondern die Entente die Schuld am Kriege trägt. Woher mag es sonst wohl kommen, daß sie sich so peinlich davor scheuen, auch nur mit einem Wort auf die Zeugnisse einzugehen, die in den belgischen Gesandtschaftsberichten über die Politik der Entente, insbesondere über England, enthalten sind?!

Digitized by Google

Wir wollen hier einmal die schlagendsten Stellen dieser Berichte, die der Reichskanzler in seiner Rede vom 19. August 1915 anführte, wiederholen. Baron Greindl schrieb im Februar 1905 aus Berlin nach Brüssel:

„Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwicklung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie."

Derselbe schrieb zwei Jahre später:

„Die französische Anmaßung wird wieder ebenso groß wie in den schlimmsten Tagen des zweiten Kaiserreichs, und die Entente cordiale ist hieran schuld. Sie ist sogar noch um einen Grad gestiegen, seitdem die Verhandlungen zwischen London und St. Petersburg, denen Frankreich zweifellos nicht fern gestanden hat, zu einer Entente zu führen scheinen."

Und an einer anderen Stelle:

„Die Politik, die König Eduard VII. unter dem Vorwande führt, Europa vor einer eingebildeten deutschen Gefahr zu retten, hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr heraufbeschworen, die für uns in erster Linie bedrohlich ist."

Graf Lalaing, belgischer Gesandter in London, schrieb am 24. Mai 1907:

„Es ist klar, daß das amtliche England im stillen eine Deutschland feindliche Politik befolgt, die auf eine Isolierung abzielt. Aber es ist sicher sehr gefährlich, die öffentliche Meinung in so offenkundiger Weise zu vergiften, wie es die unverantwortliche Presse tut."

Herr Cartier, Geschäftsträger Belgiens in London, schrieb am 28. März 1907:

„Seitdem die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands Herrn Iswolski anvertraut worden ist, hat sich eine merkliche Annäherung zwischen den beiden Kabinetten von St. James und von St. Petersburg vollzogen. Der Doggerbankzwischenfall, die englischen Sympathien für Japan 1904, die erbitterte Nebenbuhlerschaft in Persien, alles das gehört der Vergangenheit an, die ganze Kraft der englischen Diplomaten ist auf die Isolierung Deutschlands gerichtet."

Baron Guillaume, belgischer Gesandter in Paris, schrieb am 6. Januar 1914:

„Ich hatte schon die Ehre, zu berichten, daß es die Herren Poincaré, Delcassé und Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalistische, militaristische, chauvinistische Politik erfanden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir festgestellt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa und — für Belgien!"

Zu diesen vom Reichskanzler angeführten Stellen kommt noch diejenige im Bericht des Baron Greindl vom 13. Februar 1909, wo es heißt:

„Der König von England versichert, daß die Erhaltung des Friedens immer das Ziel seiner Bemühungen gewesen sei; das hat er seit Beginn des erfolgreichen diplomatischen Feldzuges immer gesagt, den er durchgeführt hat, um Deutschland zu isolieren; aber es kann einem nicht entgehen, daß der Weltfrieden niemals ernstlicher bedroht war, als seitdem der König von England sich damit befaßt, ihn zu festigen!"

Gegen diese Zeugnisse für die Politik der Entente in den Jahren vor dem Weltkriege wird sich nichts einwenden lassen, denn sie kommen von einer Seite, die nicht nur formell neutral und uninteressiert an den großen europäischen Gegensätzen war, sondern nach Erziehung und Tradition der betreffenden Persönlichkeiten weit eher geneigt, einem Gefühl französisch-englischer Kulturverwandtschaft, als deutschen

Digitized by Google

Sympathien zu folgen. Von diesen belgischen Dokumenten aber hat die Entente und hat England eine Angst wie vor lebendigem Feuer. Sie werden totgeschwiegen, die englische, französische, italienische und russische Presse darf sie überhaupt nicht erwähnen, und wo sie vorgebracht werden, sucht die Gegenseite ihre Rettung, indem sie sich taub, blind und stumm anstellt. Dafür wird eine andere Praxis befolgt, um Deutschland zu verleiten, das englische Spiel zu spielen, und sie besteht darin, daß sowohl die offiziellen englischen Regierungsstimmen, wie jetzt Lloyd George, als auch die englische Presse durch eine anmaßende und plebejische Tonart Deutschland zu schroffen Handlungen, und wenn dies nicht möglich ist, wenigstens zu schroffen Worten herauszufordern suchen. Auf diese Weise hofft man, für die eigene öffentliche Meinung, für die übrigen Kriegführenden und für das neutrale Ausland Material zur Stütze der Behauptung zu schaffen, daß der gewalttätige und militaristische Wille Deutschlands am Kriege schuldig sei und den Krieg verlängere.

Von England aus ist es gesagt worden, und wir stimmen dem unbedenklich bei, daß der Ausgang der Debatte über die Schuld am Kriege von der größten Bedeutung für die Friedensverhandlungen und den Friedensschluß sein wird. Ein Argument von entscheidender Wichtigkeit für diese Unterhaltung, die Berichte der belgischen Gesandten, haben wir bereits erwähnt. Ein anderes, ebenfalls von durchschlagender Kraft, ist die russische Mobilmachung, von der in Rußland wie in England bekannt war, daß sie Deutschland den schweren Entschluß zur Kriegserklärung zwangsläufig aufnötigen würde. Gerade darum ist ja der Befehl, es solle allgemein mobilisiert werden, in Rußland erfolgt. Hierüber sind von deutscher Seite die allerbündigsten Beweise vorgelegt worden, aber England hat sich an dieser Stelle ebenso blind und taubstumm gestellt, wie bei den belgischen Dokumenten. Wir aber müssen auf diesen Punkt stets von neuem zurückkommeu. Auch die Neutralen haben ihn bisher viel zu wenig beachtet, und in ihren Kundgebungen, auch solchen von wohlmeinender Seite, bleibt er unberücksichtigt. Jetzt eben hat z. B. der niederländische „Anti-Orloog-Raad" folgende Resolution an die Regierungen beider kriegführender Parteien telegraphiert, mit der Bitte um Veröffentlichung in der deutschen Presse:

„Unter dem Eindruck des gegenwärtigen Augenblicks, der entscheiden wird, ob jetzt der Frieden wiederkehren oder der Krieg von neuem auf viele Jahre mit stets wachsender Verbitterung geführt werden wird, vereint sich der Antiorloograad mit unzähligen Stimmen neutraler Länder, welche die kriegführenden Regierungen und Völker flehentlich bitten, die dargebotene Gelegenheit zu Friedensverhandlungen nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen. Mit Freude hat der Antiorloograad festgestellt, daß eine bestimmte Weigerung dem Friedensangebot der Zentralmächte nicht entgegengebracht worden ist. Richtig wurde von der englischen Regierung hervorgehoben, daß jede Regierung, die ohne genügende Gründe dieses schreckliche Blutbad andauern lassen würde, entsetzliche Schuld auf sich ladet. Ob der Friede, dessen die Völker sehnlichst harren, schon jetzt zu erzielen ist, hängt ab von den Bedingungen, unter welchen die Parteien bereit sind, ihn zu akzeptieren. Wo alle sich zum Ziel gesetzt haben, sich selbst und die übrige Welt gegen künftige Kriege zu schützen, ist Übereinstimmung nicht ausgeschlossen. Haben sich doch

Digitized by Google

die führenden Staatsmänner Englands, Frankreichs und auch Deutschlands wiederholt bereit erklärt, einem internationalen Friedensbunde beizutreten. In dieser Weise würden Garantien geschaffen werden, daß in Zukunft Recht statt Macht das internationale Leben beherrschen und Europa vom Militarismus befreien wird. Der richtige Augenblick für den Frieden, der diese Garantien schafft und keinem Volke Unrecht tut, kann scheinbar jetzt herankommen. In der Überzeugung, daß wir der heißen Hoffnung des niederländischen Volkes Ausdruck verleihen, beschwören wir feierlichst die Regierungen und Völker der kriegführenden Länder wenigstens dahin zu wirken, daß der ernste Versuch gemacht werde, um herauszufinden, ob nicht schon jetzt eine Übereinstimmung erreichbar ist, die zu einem solchen gerechten und dauernden Frieden in einem freien Europa führen würde. Im Namen des Vorstandes: Dresselhuys, Vorsitzender, Rütgers de Jong van Beek en Donk, Sekretär."

Wir sind weit entfernt davon, den guten Glauben und auch die tatsächliche Wichtigkeit, die diesem Dokumente eignet, zu unterschätzen. Die niederländischen und die übrigen neutralen Friedensfreunde, auch der Präsident Wilson, die Schweiz, Schweden usw. bemühen sich, in ihren offiziellen Verlautbarungen gerecht zu sein und keine Seite zu verletzen. Wenn man aber die Presse ansieht, so neigt sich die Ansicht dahin, Deutschland doch mehr die Schuld am Kriegsausbruch zuzuschreiben, als seinen Gegnern. Hierin liegt eine tatsächliche und nicht leicht wiegende Erschwerung für den Frieden. Was hat Deutschland in die furchtbare Notwendigkeit versetzt, das Kriegsschicksal auf sich zu nehmen? Nichts anderes als die äußerste Gefährdung seiner Grenzen im Osten durch die keilförmig vorspringende Angriffsstellung Rußlands in Polen, zusammen mit der absoluten Überlegenheit der russischen Heeresziffern und der unmittelbaren Erkenntnis, daß diese Nachteile zu einer Katastrophe führen könnten, sobald Rußland die Zeit erhielt, seine Mobilmachung ungestört zu vollenden und seine ganzen gesammelten Massen à tempo mit den französischen in Bewegung zu setzen.

Was folgt für uns daraus? Daß wir bei den Friedensverhandlungen und beim Friedensschluß auf einer Neugestaltung der Verhältnisse im Osten bestehen müssen, bei der uns in Zukunft die Zwangswahl zwischen dem Hineintreiben in einen Weltkrieg und unmittelbarer schwerer Daseinsgefahr erspart wird. Wenn die Neutralen, wie es doch die Pflicht eines jeden ist, der über Weltkrieg und Weltfrieden mitreden will, sich die Mühe geben wollen, wirklich unbefangen der Entstehung des Krieges nachzuforschen, so müssen sie einsehen, daß Deutschland sich nur dann möglicherweise hätte zurückhalten, auf Konferenzvorschläge und dergleichen hätte eingehen können, wenn entweder die russische Mobilmachung augenblicklich angehalten worden wäre, oder wenn schon damals unsere direkten Grenzen auf irgendeine Weise gegen die Überflutung durch die russischen Armeen, sofort nachdem Rußland die Mobilmachung fertig hatte, geschützt gewesen wären. Es ergibt sich also, daß, wenn jemand dem zukünftigen Weltfrieden wirkliche Dienste leisten will, er sich nicht vor der Erkenntnis verschließen darf, daß die Friedensbedingungen auch eine verstärkte Sicherung Deutschlands gegen Osten enthalten müssen. Ebenso erinnern wir uns jener englischen Mitteilung an Belgien, die vor dem Kriege und vor unserem Ersuchen um den Durch-

Digitized by Google

marsch durch Belgien erging: England werde gegebenenfalls, auch ohne die belgische Einwilligung abzuwarten, dort Truppen landen. Auch dies ist eine Angelegenheit, die auch in vielen neutralen Stimmen verwischt und verdunkelt erscheint.

Daß England und Frankreich, Rußland und Italien unisono behaupten, die Schuld am Kriege sei unser, ist selbstverständlich. Daß die verantwortlichen Staatsmänner und die unterrichteten Politiker jener Länder es wirklich glauben, ist aber unmöglich, mit einziger Ausnahme vielleicht von Lord Grey. Dessen Mangel an Wissen über festländische und namentlich deutsche Angelegenheiten hat sich als so groß herausgestellt, daß die Möglichkeit seines halbwegs guten Glaubens beim Kriegsausbruch nicht vollständig von der Hand gewiesen werden mag. Seine Schuld lag aber dann in seiner insularen Unwissenheit, und wer wollte behaupten, daß diese Schuld bei einem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Englands zugleich eine Entschuldigung für das blinde und törichte Hineintappen in den Weltkrieg bedeutete! Wir verwahren uns daher im voraus gegen jeden Vorwurf, der gegen unsere Friedensliebe etwa daraufhin erhoben werden sollte, daß wir nach allen drei Richtungen Gerechtigkeit des Urteils und wirksame Garantien verlangen: 1. daß wir uns nicht wieder von Rußland gegen unseren Willen zu ähnlichen furchtbaren Entschlüssen zwingen zu lassen brauchen, wie im Juli/August 1914; 2. daß nicht im Westen für die Zukunft eine Angriffsbasis gegen uns vorbereitet wird, die uns noch schwerer bedrohen würde, als vor dem Ausbruch des Krieges das russische Polen; 3. daß niemand es unternimmt, die Lebensbänder zu zerschneiden, die unsere und die Interessen unserer Bundesgenossen unmittelbar mit dem Orient verbinden. Nur solche Friedensbemühungen, die dies berücksichtigen wollen, können uns willkommen sein, mögen sie von jenseits oder von diesseits des Ozeans kommen.

Das Kabinett Lloyd George

Von Wilhelm Dibelius

Am 6. Dezember 1916 ist Asquith endgültig zurückgetreten, und zu seinem Nachfolger hat der König wider Erwarten nicht Bonar Law ernannt, sondern Lloyd George, und dieser hat neben dem Vorsitz im Kabinett auch den Vorsitz im War Council, dem Kriegsrat des Kabinetts, übernommen, der fortan die maßgebende Behörde für das britische Weltreich sein wird. Dreierlei ist damit geschehen:

Erstens: England wird nicht mehr von einem Kabinett regiert, sondern von einem Direktorium von 4—5 Männern, die fast diktatorische Gewalt besitzen. Zweitens: die Koalitionsregierung ist gesprengt und der Burgfriede ernstlich bedroht. Drittens: an der Spitze des englischen Staates stehen nunmehr Machthaber, die alles daran setzen müssen, um den Krieg gegen Deutschland mit den rücksichtslosesten Mitteln zu führen.

Nach der auf dem Festlande ziemlich allgemein herrschenden Vorstellung wird England noch heute von seinem Parlament regiert, d. h. von 670 kleinen Königen im

Digitized by Google

Unterhaus, von denen die Gestaltung der Geschicke Englands abhängt. Mit dieser Vorstellung hat schon Sidney Low in seinem Buche The Governance of England energisch aufgeräumt. Die 670 üben eine gewisse Kontrolle, indem sie die Regierung durch kleine Anfragen dauernd beunruhigen können; sie können, wenn es hart auf hart kommt, durch eine Umgruppierung der Mehrheitsverhältnisse die Regierung stürzen. Aber auf die Einzelfragen der Gesetzgebung haben sie verhältnismäßig wenig Einfluß, und auf die praktischen Fragen der Kriegführung genau so wenig wie z. B. der Deutsche Reichstag. Die ungeheure Fülle des parlamentarischen Stoffes hat es mit sich gebracht, daß die Ausdehnung der Erörterungen immer empfindlicher beschränkt werden mußte, und damit das einzige Mittel, mit dem das Parlament auf die Regierung Einfluß gewinnen kann. Die Zurückdrängung der Macht des Oberhauses durch die Vetobill von 1911 hat dem Unterhaus zwar mehr Ansehen gegeben, aber die Fülle des Gesetzgebungsmaterials, unter dem der Einfluß des Unterhauses zu ersticken beginnt, hat sie naturgemäß nicht beschränken können. Die Leitung der Politik ist immer deutlicher in die Hände des Kabinetts übergegangen, das so lange so gut wie allmächtig ist, wie die Parteidisziplin bei allen entscheidenden Abstimmungen die Mitglieder der herrschenden Partei, mögen sie wollen oder nicht, dazu zwingt, die eigenen Minister zu stützen.

Die Macht des Kabinetts ist im Kriege nur noch größer geworden, denn seit Mai 1915 ist es ein Koalitionskabinett; es gibt also keine organisierte Opposition mehr, die bei jeder Gelegenheit darauf lauert, dem Ministerium ein Bein zu stellen. Eine überragende Persönlichkeit wie Lloyd George, die unter der Herrschaft der alten Parlamentszustände leicht von den Eifersüchteleien parlamentarischer Gruppen erdrückt worden wäre, hatte jetzt viel freiere Bahn. Es kam nur darauf an, ob er sich im Kabinett bei dessen geheimen, vollständig formlosen Sitzungen behaupten konnte, gelang ihm das, so war er gedeckt. Die 670 ehrenwerten Gentlemen konnten ihn hassen und Ränke gegen ihn spinnen — zum Teil haben sie es redlich getan — aber sie konnten ihn nicht stürzen. Ihn deckte das Kabinett, die Volksstimmung und der Mann, der hinter beiden stand, der mit „Times“ und „Daily Mail“ die öffentliche Meinung machte, Lord Northcliffe.

Seit einem Jahre schiebt dieser ungekrönte König von England seinen Schützling Lloyd George langsam aber sicher voran. Als der Krieg begann, hatte der blutarme, aus den niedersten Kreisen stammende Volksschullehrer und spätere Rechtsanwalt Lloyd George es bereits zum Schatzkanzler gebracht und als solcher durch seine rücksichtslose Besteuerung des Großgrundbesitzes sich zum Schrecken der englischen Konservativen gemacht. Lord Northcliffe schob ihn weiter: Lloyd George wurde Munitionsminister, Kriegsminister. Und seit Monaten verkünden die Northcliffe-Blätter, daß das allmächtige Kabinett mit seinen 22 Mitgliedern viel zu groß, daher viel zu schwerfällig ist, daß die Leitung des Krieges in weniger Händen liegen muß, daß jeder

Digitized by Google

Minister sein eigenes Ressort säuberlich pflegen, aber mit den Kriegsangelegenheiten nichts zu tun haben solle, kurz daß der Kriegsausschuß des Kabinetts, der sich im ersten Kriegsjahre allmählich herausgebildet hat, die eigentlich maßgebende Stelle sein müsse, wodurch das Kabinett als Ganzes immer stärker in den Hintergrund geschoben wird. Nun ist diese Entwicklung vollendet: — der Kriegsrat wird das Direktorium, das Englands Geschicke autokratisch beherrschen wird. Er soll über alle Fragen der Kriegführung selbständig entscheiden. Dazu gehört aber u. a. auch die gesamte Handhabung des Reichsverteidigungsgesetzes, das alle Eisenbahnen, alle Fabriken, die Entscheidung über alle Arbeitsstreitigkeiten regelt, unter dem alles Land enteignet, alle Häuser durchsucht, alle Menschen vorläufig verhaftet werden, alle Zeitungen beschlagnahmt werden können. Dazu wird gehören (denn Lloyd George ist nicht der Mann, seine Befugnisse zu eng zu fassen), die Verfügung über alle Einfuhr und Ausfuhr, die Verwendung des Schiffsraums und damit indirekt die Nahrungsmittelpolitik und natürlich alle Wehrpflichtsangelegenheiten mit Einschluß der irischen Frage. Nicht vom „Kriegsrat" abhängig sind also nur die Fragen der inneren Politik, die wie in anderen Ländern, so auch in England, im Augenblick meist ruhen.

Schon das Kabinett war eine Behörde, wie sie nur in England denkbar ist, vollkommen formlos und daher tatsächlich allmächtig. Formell war es ein Ausschuß des „Geheimen Staatsrats", der staatsrechtlich noch immer wie im Mittelalter die oberste englische Behörde ist. Wer aber zu diesem Ausschuß gehören sollte, das sagte kein Gesetz. Alte Übung brachte es mit sich, daß die Minister, die in allen modernen Staaten das Ministerium bilden, ihm angehörten — Kriegsminister, Minister des Innern, des Auswärtigen usw. — aber z. B. der Postminister ist unter Asquith wieder ausgeschlossen worden. Andererseits ist Platz im Kabinett für rein dekorative Staatswürdenträger ohne eigenes Ressort, wie den Kanzler des Herzogtums Lancaster, den Präsidenten des Geheimen Staatsrats und den Großsiegelbewahrer, so daß also der Ministerpräsident, der sich sein Kabinett selbst bildet, wenn er es wünscht, alle möglichen einflußreichen Persönlichkeiten als Minister ohne Portefeuille berufen kann. Welche Angelegenheiten vom Kabinett, welche dagegen von den Einzelministern entschieden werden, darüber besteht keinerlei bindende Vorschrift. Für einzelne wichtige Fragen kann man auch Männer, die nicht englische Minister sind, hinzuziehen, wie es z. B. mit den Ministerpräsidenten der großen Kolonien wiederholt geschehen ist. Andrerseits kann auch der Ministerpräsident nur einzelne Kabinettsmitglieder zu einem „Inneren Kabinett", dem Vorläufer des heutigen „Kriegsrats" berufen. Wer dazu gehört, entscheidet — da jede formelle Bindung ängstlich vermieden worden ist — der Ministerpräsident, natürlich, wie immer in England, nach Maßgabe seiner eigenen politischen Macht und nach der Macht, die andere Gruppen besitzen. Das Parlament beherrscht das Land bis zum Augenblicke des Wahltages, das Kabinett beherrscht das Parlament bis zum Augenblicke, wo es die Parlamentsmehrheit nicht mehr in der

Digitized by Google

Hand hat, der Ministerpräsident beherrscht das Kabinett, so lange er der Mann dazu ist, alle Widerstände durch Ausspielen der einen Gruppe gegen die andere zu zerbrechen oder zu umgehen. Eine gewaltige Machtfülle ist in die Hand dessen gelegt, der sie zu nutzen weiß — und doch sind immer Reibungen vorhanden, immer Widerstände am Werke.

Der neue „Kriegsrat" muß die Machtfülle des einzelnen nur vermehren. In ihm sitzen keine Ressortminister, sondern leitende Persönlichkeiten, um die Fühlung mit den Parteien zu wahren: Lloyd George, sodann Lord Curzon und Lord Milner, und neben diesen beiden Konservativen der Arbeiterführer Henderson. Weder der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten noch der Kriegs- oder Marineminister gehören dazu. Der Finanzminister Bonar Law ist nicht in dieser Eigenschaft, sondern als Führer des Unterhauses Mitglied, „wird aber wahrscheinlich nicht regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen". Alle die Staatsmänner, deren Stimme doch wahrhaftig am schwersten in die Wagschale fallen sollte, haben kein Recht, bei den schwerwiegendsten Entscheidungen hinzugezogen zu werden. Daß man es im allgemeinen tun wird, ist natürlich klar. Aber möglich ist es durchaus, daß z. B. eine Wendung in der Saloniki-Angelegenheit oder ein Vorstoß gegen Helgoland oder Munitionsbestellungen von fabelhafter Höhe in Amerika beschlossen werden, ohne daß der beteiligte Fachminister darüber befragt wird. Solange der „Kriegsrat" besteht, steht England, das einst ausgezogen war, um den Militarismus zu vernichten, unter einem Direktorium von vier bis fünf praktisch unangreifbaren Diktatoren. In den achtziger Jahren sah sich das Parlament gezwungen, um der wachsenden Stoffülle und der Obstruktion der Iren Herr zu werden, die ersten durchgreifenden Beschränkungen der Vielrednerei einzuführen. Das hat zur allmählichen Ausschaltung des Parlaments zugunsten des Kabinetts geführt. Unter Balfour und Joseph Chamberlain beginnt ein „Inneres Kabinett" von wechselnder Größe die wichtigsten Entscheidungen an sich zu reißen. Die Entwicklung, die damals begann, hat jetzt zu einem kaum noch verkappten Direktorium geführt, und an dessen Spitze steht Englands diktatorischste Persönlichkeit, Lloyd George.

Die Laufbahn dieses hervorragenden Politikers ist in Deutschland bekannt. Er ist der erste Plebejer, der englischer Ministerpräsident geworden ist. Die Walliser hoben ihn auf den Schild, weil er unerschrocken und mit hinreißender Beredsamkeit die Einziehung des Vermögens der dort landfremden anglikanischen Staatskirche Englands verlangt hat. Die kleinenglischen Liberalen jubelten, als er den Burenkrieg bekämpfte. Für die Arbeiter und liberalen Kleinbürger ist er der Finanzminister, der Kapital und namentlich Großgrundbesitz durch bis dahin unerhörte Steuern beschnitt, der ihnen soziale Versicherungsgesetze nach deutschem Muster — und über deutsche Vorbilder hinaus — bescherte. Während des Krieges hat nun dieser Mann, der grimmige Kämpe gegen Kapitalismus und Imperialismus, seinen Anschluß an die kon-

Digitized by Google

servative Partei gesucht und gefunden, ist zum Schützling des großen imperialistischen und in konservativer Richtung arbeitenden Lord Northcliffe geworden. Das hat tiefere Gründe. Sie liegen zum Teil auf dem Gebiete persönlichen Ehrgeizes und politischer Ränke, aber das Entscheidende ist Lloyd Georges Auffassung vom Kriege.

Lloyd George war unter den leitenden Politikern Englands der einzige, der im Sommer 1915 erkannte, daß der Krieg, zu dem England ausgezogen war, verloren sei. Dieser Krieg war gedacht gewesen als ein von Frankreich und Rußland geführter, von England im wesentlichen nur bezahlter Krieg. Gelang das Spiel, so war Deutschland niedergebrochen, Frankreich und Rußland erschöpft, England in fast vollzähligem Besitz seiner Flotte. England war unbestrittener Sieger, und es ist sehr wohl glaublich, daß es Deutschland — nach Auslieferung der deutschen Flotte natürlich — vor der Zertrümmerung bewahrt haben würde, wie Grey wollte und daß man dann einen ewigen, natürlich englischen Frieden über die ganze Welt verhängt hätte. Aber es kam anders: Im Frühsommer 1915 war die russische Dampfwalze zerschlagen worden, die deutschen Heere standen in Belgien, Frankreich und Polen, das Dardanellenunternehmen konnte schon damals als gescheitert gelten. Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, bis zum letzten Franzosen zu kämpfen, sondern bis zum letzten Engländer, und Lloyd George war der Mann, dies nicht nur zu sehen, sondern rücksichtslos die Folgerungen daraus zu ziehen, und das Gleiche tat Northcliffe. Lloyd George wurde zum Organisator der englischen Geschoßherstellung, welche die Sommeroffensive ermöglichte, und die treibende Kraft der Wehrpflicht, die Lord Derby für ihn durchsetzte. Bei all dem war Asquith unentbehrlich, denn er besaß das gewaltige Ansehen in den leitenden Kreisen, die den Emporkömmling aus Wales stets über die Achseln ansahen und im innersten Herzen haßten, aber Asquith bremste doch dauernd in einer Weise, die dem Vorwärtsstürmer Lloyd George unerträglich war. Asquith wollte gewiß den Sieg und sah ein, daß er ohne die allgemeine Wehrpflicht nicht zu haben war. Aber er hörte dabei auf Runciman und Lord Selborne, die im Interesse der englichen Ausfuhr und der englischen Landwirtschaft die Wehrpflicht möglichst milde handhaben wollten und die groteske Komödie verschuldeten, daß nach dem Erlaß des ersten Wehrpflichtgesetzes es keine nennenswerten Rekrutenziffern gab, denn schließlich war so ziemlich jedermann in irgendeiner Weise dienstfrei oder zurückgestellt. Und wenn auch Asquith in seinen Kriegsreden sich schließlich zu Worten voll maßloser Schärfe gegen Deutschland hat hinreißen lassen, hinter ihm stand doch Grey, von dem man annimmt, daß er die Politik einer völligen Zerschmetterung Deutschlands nicht mitmachen will. Und als dann die Fehlschläge kamen, als die Sommeoffensive noch immer nicht zum Durchbruch führte, der Unterseebootkrieg immer schärfer wurde und das Hungergespenst an der Wand erschien, dazu die deutschen Seestreitkräfte drohend vor Ramsgate und der Themse auftauchten, die Salonikiexpedition nicht über Monastir hinauskam, dafür aber der Fall von Bukarest bevorstand und die Verbünde-

Digitized by Google

ten in Athen ihr schmähliches Fiasko erlitten, da war Lloyd George am Ziele seines persönlichen Ehrgeizes, und Asquith, der Vertreter der wilderen Tonart, hatte zu gehn.

Von den namhafteren Persönlichkeiten des alten Kabinetts fehlt vor allem Grey. Er ist schuld an der gesamten verfehlten Balkanpolitik Englands, die zum deutsch-bulgarischen Bündnis, zur Opferung von Serbien und Rumänien und zum plötzlichen Erstarken des halb schon erdrosselten Griechenlands geführt hat. Wider alles Erwarten ist sein Nachfolger Balfour, dem man das Versagen der Flotte zur Last legt: er ist offenbar als Vertreter eines alten großen Namens für die Beziehungen zu den Konservativen doch unentbehrlich, gehört aber, wie gesagt, jetzt nicht mehr zu den eigentlich entscheidenden Leuten. Runciman, der Handelsminister, dem man nachsagt, daß er im stillen gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz ist und den Freihandel nach dem Kriege doch möglichst aufrecht erhalten sehen will, fehlt ebenso wie der Finanzminister Mac Kenna und der Minister des Innern Samuel. Von mindestens dem letzteren ist bekannt, daß er sich geweigert hat, dem neuen Kabinett anzugehören, weil er den Ruck nach rechts nicht mitmachen wollte, welcher der zweite charakteristische Zug der Neubildung ist. Die liberalen Mitglieder sind bis auf geringfügige Ausnahmen ausgeschifft und durch Unionisten ersetzt. Äußerlich wird der Schein des Koalitionsministeriums aufrecht erhalten, denn neben den Konservativen sind die Arbeiter verstärkt wiedergekehrt — Henderson vertritt sie im engeren, Hodge und Barnes im erweiterten Kabinett, und auch die Liberalen haben ein Drittel der Ministersitze inne. Aber das ist nur Formsache. Unter den liberalen Ministern befindet sich — abgesehen natürlich von Lloyd George — nicht eine einzige Persönlichkeit von wirklicher politischer Geltung, sie sind sämtlich hervorragende Fachmänner wie der Geschoßminister Addison oder Vertreter gewisser Außenposten — schottische und irische Verwaltung — aber keinesfalls bedeutende Politiker. Ganz offen wird zugegeben, daß Asquith der Führer einer — allerdings gemäßigten — Opposition sein wird und daß Asquith und nicht Lloyd George über Parteimaschine und Parteikasse der Liberalen verfügt. Diese Opposition wird gebildet sein aus der Mehrheit der Liberalen — der rechte Flügel der Liberalen, das sogenannte „Liberale Kriegskomitee" ist mit den liberalen Abgeordneten aus Wales zu Lloyd George übergetreten — und aus der Minderheit der Arbeiterpartei, während die Iren wie üblich unsicher sind. So lange man über die Haltung der letzten Gruppe nichts sagen kann, haben alle Vermutungen über die Größe der Mehrheit von Lloyd George wenig Wert, zumal viel davon abhängen wird, wie viele Abgeordnete bei entscheidenden Abstimmungen von der Front zurück kehren können. Wenig länger als anderthalb Jahre hat das Koalitionsministerium gedauert; auch der starke Druck des Krieges hat England nur zeitweilig aus den gewohnten Bahnen seines parlamentarischen Lebens heraustreten lassen. Dagegen hat Lloyd George es verstanden, sich in einem bisher noch nicht dagewesenen Maße der Unterstützung der großen kapitalistischen Interessen zu versichern, um das Mißtrauen

Digitized by Google

von Handel und Industrie gegen ihn zu beschwichtigen: zu seinem Ministerium gehören der Walliser Bergwerkskönig Lord Rhondda, der Direktor der Londoner Untergrundbahnen Sir Albert Stanley, der Direktor der Londoner Hafenbehörde Lord Devonport als neuer Nahrungsmittelminister, der Glasgower Reeder Sir Joseph Maclay und noch drei andere Vertreter von Großindustrie und Großhandel.

Wird Lloyd George sich halten können? Er hat für sich die Partei, die den Krieg will und aus imperialistischen und Handelsgründen die Zertrümmerung Deutschlands predigt: die Konservativen, Lord Northcliffe und gewisse Kreise der Londoner Finanz, das bedeutet viel. Immerhin darf nicht übersehen werden, daß all diese Gruppen seine geschworenen Feinde von ehedem sind. Sie suchen ihn als Sturmbock zur Zerschlagung Deutschlands zu benutzen und dann ihn fallen zu lassen — oder ihn durch allerhand Schmeicheleien in der Zwischenzeit ins konservative Lager hinüberzuziehen, ganz wie sie vor sechs Monaten den anderen Deutschenfresser und Kapitalistentöter, den australischen Ministerpräsidenten Hughes zum Werkzeug des imperialistischen Kapitalismus gemacht haben. Ganz ohne innere Risse wird das Verhältnis kaum sein, und auf die Dauer wird schwerlich der Schulmeister von Wales mit den Vertretern des höchsten englischen Adels auskommen können. Und allerhand geheimnisvolle Angriffe, die in den letzten Monaten in der „Times" gegen gewisse Stellen im Ministerium erschienen und nur auf Lloyd George gemünzt sein konnten, zeigten deutlich, daß Northcliffe sein Bündnis mit dem von ihm so laut gepriesenen „starken Mann" als einen Bund auffaßt, bei dem der Zeitungsherrscher zu befehlen und der Ministerpräsident zu gehorchen hat. Nach Einführung der Wehrpflicht waren denn auch allerhand Gerüchte verbreitet, daß Lloyd George beabsichtigte, eine eigene Zeitung zu begründen, sicher um sich von der Diktatur Northcliffes zu befreien. Es kam nicht dazu; aber hier liegt sicher der Keim zu allerhand Schwierigkeiten, die schwer zu umgehen sein werden. Noch stärkere Reibungen sind mit den Liberalen zu erwarten. Lloyd George ist einer der Ihren und doch hat er den von ihnen begeistert verehrten Asquith aus seiner Stellung verdrängt — nicht in ehrlichem Kampfe, sondern durch immer erneute, von Monat zu Monat immer bösartiger werdende Wühlerei. Immer wieder versicherte Lloyd George, daß er nichts gegen den Ministerpräsidenten im Schilde führe, aber die Angriffe der Northcliffepresse hörten nicht auf, die Mißverständnisse und Indiskretionen rissen nicht ab, und jede einzelne dieser Episoden endete damit, daß Lloyd George auf Kosten von Asquith einen Schritt vorwärts kam. Nach seinem Rücktritt hat denn auch Asquith im Reformklub am 8. Dezember von einer „wohlorganisierten Verschwörung" gesprochen, der er zum Opfer gefallen sei, Grey wurde noch deutlicher und richtete zwar keine Vorwürfe gegen Lloyd George, aber um so stärker gegen „diejenigen, die für Lloyd George arbeiteten", und die „Daily News" nennt Asquiths erzwungenen Rücktritt eine Schande für die Nation. Lloyd George hat versucht, die Liberalen zum Eintritt in sein Ministerium zu bewegen, von allen wirklich hervor-

Digitized by Google

ragenden Mitgliedern der Partei jedoch scharfe Absagen erhalten. Noch halten die Liberalen an dem Gedanke fest, daß die Neubildnng des Ministeriums keine Sprengung der Koalition bedeutet, und doch ist dies der Fall. Konservative Blätter befürchten bereits, daß die neue liberale Opposition es nicht bei einer milden Kritik der neuen Regierung bewenden lassen wird, und die „Morning Post" droht schon unverblümt mit Neuwahlen. Der Riß ist nicht zu verkleistern; der einzige Weg, auf dem dies vielleicht noch geschehen kann, ist ein durchschlagender Erfolg des neuen Meisters.

Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen aber bei der Arbeiterpartei. Das neue Ministerium besteht aus Konservativen und Arbeitern, damit ist scheinbar der Gedanke Disraelis — den in anderen Formen in Deutschland Stöcker und Lassalle vertraten, dem auch Bismarck zeitweise zuneigte — Wirklichkeit geworden. Aber in Wahrheit liegen die Dinge jetzt umgekehrt wie in den sechziger Jahren. Die neue Gemeinschaft bedeutet jetzt nicht mehr ein Bündnis zwischen Großgrundbesitz und Arbeiterschaft gegen den liberalen Kapitalismus, sondern die konservative Partei ist jetzt mindestens in gleichem Maße kapitalistisch wie die liberale, und der hinter ihr stehende Taufpate des neuen Bundes, Lord Northcliffe, ist geradezu die Verkörperung aller kapitalistischen Interessen. Sein antikapitalistisches Programm hat Lloyd George in der Vergangenheit durch ein Bündnis von Liberalen und Arbeitern durchgekämpft. Will er es jetzt durch ein Bündnis von Konservativen und Arbeitern weiter fördern, so sind gewiß Teilerfolge gegenüber einigen mehr liberal gefärbten kapitalistischen Gruppen möglich — die Verstaatlichung der Schiffahrt z. B., auf die schon die Nahrungsmittelnöte weisen — aber schließlich muß es doch einmal zum Bruche kommen. Unter Disraeli war ein Bündnis zwischen Konservativen und Arbeitern noch möglich, jetzt ist es eine bloße Entente für einen bestimmten Zweck, darüber hinaus aber zum Scheitern bestimmt, so unnatürlich wie die politische Entente der deutschfeindlichen Mächte. Die Konservativen werden Lloyd George stets mit Mißtrauen begegnen — und die Arbeiter auch. Bei dem Zusammenstoß zwischen Asquith und Lord George haben die Arbeitervertreter im Kabinett zunächst unbedingt auf der Seite des ersteren gestanden, und erst der starke Einfluß Hendersons — der daraufhin auch in dem engeren Kabinett einen Sitz erhalten hat, hat sie umgestimmt. Namentlich in Gewerkschaftskreisen flammte das Mißtrauen gegen Lloyd George bei dieser Gelegenheit wieder zur hellen Flamme empor. Lloyd George hat mit fabelhafter Geschicklichkeit die Gewerkschaftsorganisationen in die ehernen Klammern seines Munitionsgesetzes hineingepreßt. Er hat es verstanden, den Gewerkschaften all ihre im Kampfe zweier Menschenalter errungenen Vorrechte bei der Beschäftigung von gelernten gegenüber ungelernten Arbeitern, ja sogar ihr Streikrecht aus den Händen zu winden und all die bedenklichen Unruhen, die in den Industriebezirken im Jahre 1915 drohten, zu beschwichtigen. Aber die Methode war immer die gleiche: zuerst lautes Preßgetöse, das Vaterland sei in Gefahr und von der Schlichtung dieser be-

Digitized by Google

stimmten Streitigkeit hinge das Schicksal des Krieges ab. Zweitens Verhandlungen Lloyd Georges mit den Einzelparteien, bei der er jeder der beiden Parteien im wesentlichen versprach, was sie verlangte und ein zweideutiges Abkommen aufsetzte, bei dem jede Partei glauben mußte, daß sie gewonnen habe. Drittens lautes Jubelgetöse in der Presse aller Schattierungen über die Retter des Vaterlandes, unter dem beide Parteien, trotzdem sie sich nun beide betrogen sahen, sich seufzend in das Unvermeidliche fügten. Aber der Groll blieb haften. Bei den letzten schottischen Arbeiterschwierigkeiten im Frühjahr haben denn auch die Gewerkschaftler Lloyd George als Vermittler energisch abgelehnt. Und in Irland hat kurz darauf Lloyd George Versuch, zwischen Carson und Redmond zu vermitteln, zu einem völligen Fehlschlag geführt. Noch einmal ist es jetzt Lloyd George gelungen, die Arbeiter an seine Fahne zu fesseln indem er ihnen einen Sitz in seinem Kabinett (Henderson), zwei Minister — und anscheinend drei Unterstaatssekretärposten einräumte, also die doppelte Vertretung gegenüber dem Kabinett Asquith. Es ist ganz zweifellos, daß die Arbeiter, die unter der Lebensmittelknappheit aufs schwerste zu leiden haben, ganz energisch ihre Forderungen anmelden werden. Sie werden versuchen, Lloyd George noch weiter auf die Bahn einer antikapitalistischen Gesetzgebung zu drängen, aber allzuviel läßt sich hier nicht erreichen, wenn er es nicht mit den Konservativen verderben will. Oder hat ihnen Lloyd George bereits halbe Versprechungen nach altem Muster gemacht, die er nicht zu halten gedenkt? Eins ist jedenfalls auffällig: „Times" meldet am 8. Dezember, daß die Arbeitervertreter bedingungslos in das neue Kabinett eingetreten sind, „Morning Post" dagegen berichtet von sorgsam verklausulierten Bedingungen, die sie gestellt und durchgesetzt haben, „Daily Telegraph" nennt andere, weniger klar umrissene Punkte, auf die man sich festgelegt haben soll. Ein ähnlicher Wirrwarr von angeblichen Zugeständnissen war fast jedesmal zu beobachten, wenn Lloyd George mit jemandem sich angeblich geeinigt hatte.

Das Kabinett Lloyd George ist also vor eine außerordentlich schwierige Aufgabe gestellt. Schleppt sich der Krieg ohne entscheidendes Ereignis weiter, so wird es sich schwerlich lange behaupten, trotz aller demagogischen Listen und Reklamekünste, trotz aller wirklich großen organisatorischen Gaben seines Leiters. Zusammenhalten kann es nur eins: das Bewußtsein einer schweren nationalen Not, die alle Gegensätze überbrückt und nach dem starken Mann als Retter schreit. Die Ernennung von Lloyd George ist ein Zeichen, daß England nunmehr im dritten Kriegsjahr anfängt, sich bedroht zu fühlen, und Lloyd George braucht die äußerste Aufpeitschung aller Nerven zum Kriege gegen Deutschland, um sich am Ruder zu halten. Oder statt der Kriegsnot — einen Frieden, der einen gewaltigen Sieg für England bedeutet. Gewiß kann auch Lloyd George über Frieden verhandeln. Er kann sich von Amerika den Friedensgedanken aufdrängen lassen und dann versuchen, seine in Deutschland bekannte Kriegsentschlossenheit zu einem gewaltigen Bluff zu benutzen, um vielleicht auf dem Ver-

Digitized by Google

handlungswege von Deutschland Bedingungen zu erzielen, mit denen er sich vor seinen Wählern sehen lassen kann. Aber von allen Staatsmännern ist er der letzte, mit dem wir einen Frieden abschließen können, der uns genügen könnte.

Die Weltlage um die Jahreswende

Von Professor Dr. Schiemann

Wir gehen dem Jahre 1917 mit dem Goetheschen Spruch entgegen:

Im neuen Jahre Glück und Heil;
Auf Weh und Wunden gute Salbe!
Auf groben Klotz ein grober Keil!
Auf einen Schelmen anderthalbe!

Wunsch und Rat sind wie für die Gegenwart gemeißelt. Glück und Heil unseren Waffen, deren Erfolg zugleich der heilende Balsam für all das Weh ist, das der Krieg so vielen, fast allen, Familien gebracht hat, in den groben Klotz der feindlichen Übermacht haben deutsche Hiebe den Keil getrieben, der ihn spalten wird, und den Listen der Feinde haben wir wirkungsreichere List entgegengesetzt: was, um nur ein Beispiel anzuführen, der Erfolg unserer U-Boote gezeigt hat.

Vielleicht die originellste Erscheinung dieses Krieges ist, daß unsere Feinde jede Maßregel nachahmen, die bei uns zum Zwecke der Organisation unseres Kriegslebens ergriffen wird, nachdem sie anfänglich nicht Worte genug finden konnten, um sie lächerlich zu machen und zu schmähen. Heute sind Brotbeschränkung und fleischlose Tage in England, Frankreich und Rußland verhaßte Notwendigkeiten geworden; England hat alle Überlieferungen seiner Geschichte über Bord geworfen, um dem „Militarismus" auf britischem Boden eine Stätte zu bereiten, während die ohnehin militaristischen Ordnungen Rußlands und Frankreichs bis in ihre äußersten Konsequenzen zugespitzt worden sind. Jetzt sind sie alle daran, unserem Hilfsdienstgesetz etwas gleichwertiges entgegenzustellen. Sie suchen ihre Strategie zu einheitlicher Aktion zu gestalten, und alles, was sie erreichen konnten, war nur Gleichzeitigkeit der Operationen, während bei uns, namentlich seit dem 29. August — dem stets denkwürdigen Tage, da Hindenburg die Leitung des großen Generalstabes übernahm —, Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien in ihrer Kriegführung eine Einheitlichkeit der Ziele und der Mittel zeigen, wie sie noch niemals in einem Koalitionskriege erreicht worden sind. Gewiß, wir haben vor diesem 29. August nicht alles erreicht, was wir erstrebten. Auf den glorreichen Anfang folgten Enttäuschungen, vor Paris machten wir kehrt, Calais konnte nicht erreicht werden, Verdun blieb in französischer Hand, aus dem Bewegungskrieg im Westen wurde ein Stellungskrieg, aber bei alledem hat es keinen Tag der Entmutigung gegeben, und wie viel Ruhm knüpft sich trotz allem auch an jene Zeit: Heldentum der Feldgrauen, Umsicht der Führer,

Digitized by Google

Opferfreudigkeit und zähe Pflichterfüllung aller. Auch das ist für das zusammenfassende Urteil wichtig, daß während unsere Feinde nur zerstört und vernichtet haben, ohne auch nur etwas Positives zu schaffen, Deutschland den Flamen das gute Recht ihrer Sprache und eine flämische Universität, den Polen ihr Königreich und alle Kulturfreiheiten, die Rußland ihnen geraubt hatte, in die eigenen Hände gelegt hat.

England hat dagegen seine Gewaltherrschaft in Ägypten durch drückendere Fesseln zu sichern gesucht, in Gemeinschaft mit Frankreich die Schwarzen Afrikas auf die Schlachtfelder Europas geführt, und beide, Franzosen wie Briten, haben durch ihre Bundesgenossenschaft mit Japan dem Anrücken der gelben Gefahr die Wege geebnet. Rußland war der jüngere Bundesgenosse dieses Feindes der weißen Rasse, aber ihm näherstehend als halborientalisches Gebilde, und weil es den Abscheu vor Vermischung mit der bunten Welt Asiens niemals geteilt hat. Wie England den Krieg benutzt hat, um Irland vollends zu entrechten und zu vergewaltigen, hat Rußland seinen finnländischen und deutschen Untertanen alle Menschenrechte geraubt, die man sonst doch selbst am Feinde zu achten sucht. Das Lügenwort, daß dieser Krieg zum Schutze der kleinen Nationen geführt werde, ist durch die rechtswidrige Bedrängung der Neutralen, durch die Knechtung Marokkos, die Vergewaltigung Ägyptens und endlich durch die Behandlung Griechenlands betätigt worden. Es gibt keine Bestimmung des Völkerrechts, über welche die Mächte der Entente sich nicht hinweggesetzt hätten, so daß die Vorstellung aufkommen konnte, das Völkerrecht habe überhaupt alle Geltung verloren. Aber die λόγοι ἄγραφοι, die ungeschriebenen Gesetze, vor denen alle Menschheit sich beugen soll, bestehen trotzdem und werden ihre Geltung wiedergewinnen, so wahr die Sonne uns leuchten und die Stimme des Gewissens nicht verstummen wird. Deshalb ist es völlig ausgeschlossen, daß die Weltanschauung, deren Praxis während dieses Krieges von England, Frankreich, Rußland unter hochklingenden Phrasen tatsächlich vertreten wird, jemals Aussicht hätte, durchzudringen. Das würde einen moralischen Rückschritt bedeuten, eine Verrohung, gegen welche schließlich alle edeldenkenden Menschen, gleichviel welcher Nation sie angehören, sich erheben würden. Damit aber sind wir an den Punkt gelangt, der für die Geschichte dieses Krieges meist bezeichnend ist. Es ist eine Verschwörung weniger Personen, die ihn herbeigeführt hat, und man kann ihre Namen an den Fingern einer Hand herzählen: Grey und Haldane, Delcassé und Poincaré, Ssasonow. Gewiß, es ließe sich eine lange Reihe anderer Namen hinzufügen, aber zur Zeit, da die letzten Vorbereitungen für die große Verschwörung getroffen wurden, die bestimmt war, Deutschland zu isolieren und zu zerschmettern, haben diese Männer das verräterische Spiel geleitet, und die Verantwortung werden zumeist sie zu tragen haben. Neben ihnen die Männer der Presse. Lord Northcliffe mit seinen Zeitungen, die „Temps"-Redakteure und die von England und Frankreich bezahlten Männer der „Nowoje Wremja", die Männer, deren Aufgabe es war, die öffentliche Meinung

Digitized by Google

irrezuleiten und ihnen die Lüge von den finsteren Anschlägen Deutschlands tagtäglich in einer Form, gleichsam als ein langsam, aber sicher wirkendes Gift, zuzuführen. Wie dieser Feldzug von Erfolg zu Erfolg geführt ward und nicht nur die öffentliche Meinung der drei Großmächte der Entente, sondern auch die der heutigen Neutralen, vor allem die Amerikas, vergiftet hat, das ist uns im Verlaufe dieses Krieges so handgreiflich entgegengetreten, daß es weiterer Belege nicht bedarf.

Wenn wir rückwärtsschauend unsere Blicke auf die Kriegsereignisse der letzten Monate werfen, so zeigen sie uns im Westen das Bild einer versuchten Durchbruchsschlacht der Alliierten, die fast ohne Unterbrechung von Woche zu Woche und von Monat zu Monat bis in das Heute fortgesetzt, von uns so nachdrücklich abgewiesen worden ist, daß der Feind zur Erkenntnis gekommen ist, daß es mit den bisher von ihm angewandten Mitteln unmöglich ist, das Ziel zu erreichen. Es ist nicht möglich, die Zahl der gescheiterten Anläufe anzugeben, die in unserem Feuer, in den dem Boden gleichgemachten Schützengräben, und wo sonst deutsche und feindliche Kräfte zusammenstießen, erstorben sind. Das Wort ist buchstäblich zu verstehen. Es waren Menschenopfer von einem Umfange, wie sie nur in diesem Kriege gebracht worden sind, unvergleichlich viel größer bei Engländern und Franzosen, aber auch für uns höchst schmerzlich. Der Erfolg für uns war, daß wir uns behauptet haben; was im gegnerischen Lager zeitweilig als Erfolg gefeiert wurde — wir denken an Douaumont und Vaux — waren Scheinerfolge ohne jeden strategischen Wert. Eintagsfliegen für den Jubel der Zeitungen ganz außer Verhältnis zu den blutigen Opfern, die sie gekostet haben. Einen Erfolg allerdings können sie aufweisen: Verdun ist noch in ihrer Hand geblieben, aber das bedeutet doch nur, daß wir an dieser Stelle den Erfolg nicht errungen haben, den wir gern errungen hätten und den sie fürchteten. Die Geschichte der Kämpfe um Verdun aber ist noch nicht geschrieben. Sie steht in Zusammenhang mit den Schlachten an Somme, Ancre und Maas und führt uns in ein Kapitel der Kriegsgeschichte, das noch nicht seinen Abschluß gefunden hat. Das Charakteristische der Schlachten an unserer Westfront, und darauf vor allem gründeten Engländer und Franzosen ihre Erwartungen und Hoffnungen, war die zeitweilig sehr große Überlegenheit an Artillerie, die sie uns entgegenzusetzen hatten. Diese Überlegenheit aber besteht heute nicht mehr, und ebensowenig hat der Feind den Vorsprung im Flugwesen aufrecht erhalten können, den er ziemlich lange uns gegenüber hatte, und der uns sehr lästig geworden war. Die Engländer geben jetzt zu, daß wir sie wiederum überholt haben und daß sie unsern neuen kleinen Doppeldeckern eine gleichwertige Waffe nicht entgegenzusetzen haben. Fast ganz hilflos stehen sie unseren U-Booten gegenüber, die ihnen den sehr schmerzlichen Beweis erbracht haben, wie groß die Lücken ihrer Blockade sind, wie ihnen die Überlegenheit an Transport- und Handelsschiffen in unheimlich wachsendem Verhältnis verloren geht, und wie von Woche zu Woche die Ernährung der britischen Inseln schwieriger wird. Sie haben aber noch lange nicht die vollen Möglichkeiten kennen gelernt,

Digitized by Google

die uns unsere neuen U-Kreuzer bieten. Trotzdem war die Summe der Mißerfolge, die England zu buchen hat, so groß, daß sie je länger je mehr die Stellung des regierenden Kabinetts erschütterte. Es begann in seinen Grundfesten zu wanken. Das erste Mitglied des Kabinetts, das beseitigt wurde, war der Lordschatzkanzler Haldane, dann sah man sich genötigt, aus dem liberalen Kabinett ein Koalitionskabinett zu machen, Sir Edward, oder vielmehr der Viscount Grey mußte zurücktreten, und jetzt hat man sie alle gehen lassen, um der Kombination Platz zu machen, an deren Spitze Lloyd George als Premierminister oder richtiger als Diktator sich gestellt hat. Er, Lord Curzon — der alte Gegner Rußlands, auf den die gegen das Eindringen Rußlands in den Persischen Golf gerichtete Curzon-Doktrin zurückgeht — Henderson, Lord Milner und Bonar Law bilden den Kriegsrat, dem alle übrigen Interessen des Landes untergeordnet sein werden. Kaltgestellt ist Jellicoe, der Besiegte der Schlacht am Skagerrak, den nun der angeblich weniger besiegte Admiral Beattie ersetzen soll, dem man größere Verwegenheit zutraut. Aber wir erinnern uns noch sehr wohl der Zeit, da man uns den Sir John Jellicoe rühmte als den größten britischen Admiral seit Nelson („The gratest of British Admirals since Nelson"). Vielleicht ist das ganz zutreffend, aber dann reicht der englische Genius nicht für die Kriegführung der Gegenwart. Wenn die Krisis, die zur Konstituierung des jetzigen Kabinetts geführt hat, wirklich nur ein Reflex der allgemeinen Krisis ist, in der England sich heute befindet — wie ein scharfsinniger Beobachter sagt — dann ist sie, wenn nicht ein Akt der Verzweiflung, so doch mindestens der Ausdruck tödlicher Verlegenheit. Man kann mit ziemlicher Sicherheit vorhersehen, welches die nächsten Wirkungen eines Programms Lloyd George sein werden. Vor allem — es sei denn, daß eine Volksbewegung ihn stürzt, was wir für unwahrscheinlich halten — Ablehnung der von uns und unseren Bundesgenossen angebotenen Friedensverhandlungen, Verschärfung des Druckes auf die neutralen Staaten, denen die „Times" vor kurzem zurief: die Alliierten hätten einen gebieterischen Anspruch auf Sympathie und Hilfe der Neutralen, was mit andern Worten bedeutet, daß England Äußerungen der Sympathie für die Mittelmächte zu verbieten gedenkt und den Anschluß an die Alliierten gebieterisch fordern will; Fortsetzung des Angriffs auf unsere Westfront und eine große Aktion der gesamten Seemacht Englands. Nun, das alles können wir abwarten. Es erinnert uns an die ungeheuren Erwartungen, mit denen England der Wirkung seiner neuen Panzerautomobile, der Tanks, entgegensah, die heute zerschossen vor unseren Schützengräben liegen. Die gepanzerte Energie von Lloyd George mahnt allerdings an jene Tanks.

Wenden wir unsere Blicke Frankreich zu, so ist das Bild, das sich uns darbietet, zwar ein verwandtes, aber durch das Temperament der Rasse modifiziertes. Daß die Franzosen bessere Soldaten sind als die Engländer, ist wohl bewiesen und kommt überall zum Ausdruck, wo sie unter guter Führung in größeren Verbänden kämpfen. Auch

Digitized by Google

haben sie stets bessere Feldherren gehabt als ihre angelsächsischen Verbündeten. Sie haben sich vortrefflich geschlagen, und es ist ganz richtig, wenn sie darauf hinweisen, daß die ungeheuren Opfer, die sie durch fünf lange Monate vor Verdun gebracht haben, den Engländern und Russen erst die Möglichkeit zu ihrer, jetzt von uns abgeschlagenen Herbstoffensive gegeben haben. Wenn sie jenen jetzt zurufen: geht hin und tut desgleichen, wenn sie von der Notwendigkeit gemeinsamer Reserven reden (von der bekanntlich die Italiener nichts wissen wollen) und die Russen, die ihnen über Wladiwostok zugeschickt wurden, mit Jubel empfangen haben, so zeugt das alles nur von den ungeheuren Illusionen, in denen sie sich bewegen. England denkt erstens an sich selbst, dann wiederum an sich selbst und schließlich an seine Verbündeten so weit, als diese ihm von Nutzen sind, oder eventuell noch sein könnten. Wann der Augenblick kommen wird, da die Franzosen einsehen, daß sie ein Werkzeug Englands sind, daß die Frage Elsaß-Lothringen jedem Engländer, ohne alle Ausnahme, völlig gleichgültig ist, mag zweifelhaft sein, daß aber die Tatsachen diesen Beweis erbringen werden, das ist über allen Zweifel sicher. Nur werden die Franzosen es erst glauben, wenn sie es erlebt haben. Wer die Geschichte Frankreichs kennt, weiß, wie plötzlich ein völliger Umschwung der Gesinnung und des Empfindungslebens sich in Frankreich vollzieht. Die Stellung des Regierenden ist nirgends unsicherer als in Frankreich und zu keiner Zeit unsicherer gewesen als in den Tagen der ersten und der dritten Republik. Frankreich hat von 1871 bis zum Ausbruch des Krieges beinahe 50 Minister des Auswärtigen gehabt, was doch, um den englischen Ausdruck zu brauchen, ein Rekord ist. Jetzt bereitet sich ein neuer Ministerwechsel vor, denn der starke Mann, den man an Briand gefunden zu haben meinte, hat in einer Frage versagt, die die Eitelkeit der Franzosen auf das tiefste verletzt hat. Die Saloniki-Expedition war das eigenste Unternehmen Briands. Er hat den Gedanken gefaßt, Sarrail war seine Wahl, die Mißhandlung Griechenlands eine Wirkung seiner rücksichtslosen „Energie". Und nun will nichts gelingen. Sarrail hat zwar Monastir genommen, aber weiter vordringen kann er nur unter großen Verlusten und sehr langsam, in steter Sorge, daß die verhältnismäßig schwachen bulgarischen und deutschen Truppen, die ihm gegenüberstehen, von Norden her durch frei gewordene Teile der Armeegruppe Mackensens verstärkt werden könnten, während er sich von Süden her in der Flanke, durch das wider alles Erwarten plötzlich in Heeresmacht wiedererstehende Griechenland bedroht weiß. Die „Morning Post" hat den Gedanken, den dieser Mißerfolg hervorruft, namentlich in Hinblick auf den erzwungenen Rückzug der in Athen eingerückten Engländer und Franzosen, den folgenden drastischen Ausdruck gegeben: es sei „die größte jemals englischen Seeleuten und ihren französischen Kameraden zugefügte Erniedrigung, sie wurde ihnen zufügt vom Auswärtigen Amt, dessen Politik für die jetzt in Griechenland herrschende Schande, Verwirrung, Unentschlossenheit und Anarchie verantwortlich" sei. Diese Philippika galt Asquith und Grey und beide sind darüber gefallen, in Wirklichkeit trifft sie mehr

Digitized by Google

Briand als sie, denn er hat es durchgesetzt, daß die Engländer, obgleich widerwillig, seine Politik mitmachten. Aber Briand, der sich vom Anarchisten zum Haupt des französischen Ministeriums hinaufgestrebt hat, immer bereit, je nach den sich bietenden Aussichten seine Überzeugung umzubilden, ist offenbar entschlossen, seine Stellung um jeden Preis zu behaupten. Er hat ein Kabinett starker Männer gebildet. Drei von ihnen, Viviani, Ribot, Doumergue, sind Ministerpräsidenten gewesen, Ribot zugleich Präsidentschaftskandidat gegen Poincaré; Liautay, der neue Kriegsminister, ist dank seinen Marokko-Erfolgen höchst populär und gilt als äußerst energisch, und wie sehr der Munitionsminister Thomas angesehen ist, hat seine jüngste Sendung nach Rußland bewiesen, wo er die Aufgabe hatte, die gesamten Munitionsfabriken Rußlands zu revidieren und zu reorganisieren. Den bisherigen Kriegsminister Roques hat Briand geopfert als Sündenbock für die mißlungene Saloniki-Expedition, und für die Mißerfolge in Athen den Admiral Dartige de Fournet.

Wenn er jetzt mit Lloyd George Telegramme austauscht, in welchen beide einander die unerschütterliche Entschlossenheit ankündigen, den Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen, so ist das nur eine weitere Konsequenz seines Prinzips, vor allem die eigene Stellung zu behaupten. Es ist keinem von beiden in den Sinn gekommen, die Nation, über deren Schicksal damit entschieden werden soll, vor die Frage zu stellen, wie sie über Krieg oder Frieden denkt.

Über Italien haben wir nur wenig zu sagen. Seit es am 27. August sich auf das Drängen Frankreichs entschloß, auch uns den Krieg zu erklären, hat sich dadurch in der allgemeinen Lage nichts geändert. Militärisch sind die Italiener über Görz nicht hinausgekommen, politisch hatte diese Kriegserklärung nur insofern Bedeutung, als sie die gleichzeitige Kriegserklärung Rumäniens nachdrücklich hervorzuheben bestimmt war. „Eine frische Armee von 500 000 Mann, die in den Kampf eingreift, da er sich schon dem Abschluß zuneigt, bedeutet selbst bei dem kolossalen Maßstab des jetzigen Krieges immerhin etwas, so hat — wie Herr Waliszewski der „Nowoje Wremja“ schreibt, ein Franzose in Anlaß der rumänischen Kriegserklärung sich wörtlich ihm gegenüber ausgedrückt. Das wird wohl auch der Gedankengang der Italiener gewesen sein und die Enttäuschung dieser beiden lateinischen Vettern über den dritten, ist gewiß die gleiche gewesen. Was aber speziell Italien betrifft, so läßt sich wohl sagen, daß es unter allen Umständen seine Opfer an Menschen und Nationalwohlstand pro nihilo gebracht haben wird. Niemand wird ihm Dank wissen. Die alten Bundesgenossen hat es verscherzt, die neuen sind ihm gram, weil es mehr an sich, als an sie gedacht hat. Die mit so viel Blut erkämpfte tripolitanische Kolonie muß neu erobert werden, wenn das noch der Macht Italiens bei Beendigung des Krieges entsprechen wird. Auf Sympathien der österreichischen Italiener kann es nicht länger rechnen, die hat es verspielt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird auch die Stellung der Dynastie unter den Folgen des Krieges zu leiden haben. Er hat sie nicht populärer gemacht.

Digitized by Google

Die großen Rhetoren haben ihren Einfluß verloren, die Minister sind Mittelmäßigkeiten, und auf den Schlachtfeldern ist kein großer Mann erstanden. Cadorna hat getan, was er konnte, und das war nicht viel. Aber gut geschlagen haben sich die Italiener für die schlechte Sache, die sie zu vertreten hatten.

Prophetengabe würde dazu gehören, um mit Sicherheit zu sagen wie die Dinge in Rußland sich weiter entwickeln werden. Was wir gesehen und erlebt haben, bestärkt uns in der Vorstellung, daß wir dem völlig Unberechenbaren gegenüberstehen. Die Faktoren, mit denen zu rechnen ist, sind: der Zar, die Zarin, Herr Rasputin und sein Anhang, der jeweilige Ministerpräsident, die Duma, das Heer, das Volk, so weit es nicht im Heer steht, endlich das ganze große wirtschaftliche und soziale Problem, das auf Rußland lastet.

Von dem Zaren haben wir schon oft zu reden Gelegenheit gehabt. Er hat sich bekanntlich erst spät und wohl auch nur schwer entschlossen, den Oberbefehl über sein Heer zu übernehmen. Zu erwarten, daß er es wirklich geführt hätte, wäre unbillig gewesen, auch ist es weder im großen noch im kleinen je geschehen. Anfänglich hat der Großfürst Nikolai Nikolajewisch alles bestimmt, dann traten neue Männer auf; als Generalstafschef fungiert seit dem 8. September 1915 der vom japanischen Kriege her wohlbekannte General Alexejew, der erst kürzlich beiseite geschoben worden ist, als unerwartet Nikolai Nikolajewitsch wieder auf der Bildfläche erschien, um ebenso unerwartet wieder zu verschwinden. Unzweifelhaft hat in dieser und in den übrigen Personalfragen, den militärischen wie den politischen, das direkte Eingreifen des Zaren die letzten Entscheidungen gegeben, aber wir wissen nicht, wie sie herbeigeführt worden sind. Daß die Frage der persönlichen Sympathie des Zaren dabei sehr wesentlich mitspielt, ist sicher. Seine Ungnade pflegt als Überraschung zu treffen. Auch scheint festzustehen, daß mystische Einflüsse mitbestimmend eingreifen. Er ist sehr kirchlich gesinnt und zugleich spiritistischen Vorstellungen zugänglich. Dies ist der Boden, auf dem auch der Einfluß der Zarin mitspielt; in ihrer Sorge um den nach zehnjähriger Ehe als fünftes und letztes Kind geborenen Großfürsten Thronfolger, Alexej Nikolajewitsch, ist sie der Einwirkung des mystischen Wundermanns Rasputin verfallen, der trotz des übelen Rufes, der ihm mit Recht anhaftet, gelegentlich in den wichtigsten Fragen des staatlichen Lebens durch sein Ja oder Nein die Entscheidung herbeigeführt hat. Wohl daraus erklärt es sich, daß dieser ungebildete sibirische Bauer einen Anhang gefunden hat, zu dem die Erzbischöfe von Nowgorod und Pskow und der Prokureur des heiligen Synod gehören. Jedenfalls stellt Rasputin heute eine Macht dar, mit der trotz der tiefgehenden Erbitterung, die sich in weiten Kreisen gegen ihn richtet, gerechnet wird. Denn der nicht zu unterschätzende Einfluß hochstehender Frauen arbeitet für ihn.

Rußland hat während des Krieges drei Ministerpräsidenten gehabt: Goremykin, der Anfang Februar 1916 zurücktrat, Stürmer, der soeben Trepow Platz gemacht, während dieser unmittelbar vor seiner Beseitigung zu stehen scheint. Es war in allen

Digitized by Google

Ressorts ein starkes Wechseln, und in der ganzen Reihe ist außer Kriwoschein, der heute ausgespielt hat, wohl kein Mann von wirklicher Bedeutung zu nennen. Ob Herr Neratow sich behaupten kann, ist fraglich, und Giers war der Mann, der ihn ersetzen sollte, ernannt wurde Pokrowski. Was nun die Duma und den Reichsrat betrifft, so stehen beide in Opposition zur Regierung, scharf ist der Gegensatz in der Duma, deren Sitzungen in letzter Zeit einen immer stürmischeren Charakter angenommen haben. Der von Miljukow geführte Block der Linken ist die zur Fortsetzung des Krieges treibende Partei, der sich neuerdings auch einer der typischsten Vertreter der Rechten, Purischkewitsch, angeschlossen hat. Die Rechte will Frieden, um mit den tatsächlich oder mit den nur ihrer Meinung nach revolutionären Elementen abzurechnen. Sie will um jeden Preis die sich anbahnende demokratische Umbildung des Reiches verhindern und hat in dieser Hinsicht unzweifelhaft auf die Sympathien (Neigung) des Zaren zu rechnen. Unterstützung findet sie in einer starken Gruppe des Reichsrats und in dem oben erwähnten Kreis der Freunde und Gönner Rasputins. Wie die Strömung des Heeres ist, läßt sich mit einigem Anrecht auf Autorität nicht sagen. Daß es kriegsmüde ist, unterliegt keinem Zweifel, ebensowenig, daß es zahlreiche revolutionäre Elemente einschließt, die nur ihrer Stunde harren, um sich zu betätigen. In der ungeheueren Majorität ist es jedoch ein Heer von Bauern, die es vor allem zum heimatlichen Herd zurückdrängt. Solange die Truppen in Reih und Glied stehen und durch eine mehr als harte Disziplin zusammengehalten werden, werden sie nach wie vor ihre Pflicht tun und in den Tod stürmen, wie sie es bisher getan haben. Was bei einer Entlassung oder Auflösung des Heeres geschehen wird, ist unberechenbar, furchtbar was geschehen kann; denn daß große Enttäuschungen, Not und Ungerechtigkeit sie erwarten, muß mit Sicherheit angenommen werden. Bis zur Stunde steht noch nicht fest, welche Haltung das offizielle Rußland unserer Friedensinitiative gegenüber einnehmen wird. Nach dem wahnsinnigen Programm, das Trepow in der Duma entwickelt hat, mußte man eine schroffe Abweisung erwarten. Aber Trepow kann überraschend verschwinden, wie er überraschend an die Spitze der Regierung getreten ist.

Von Rumänien zu reden, lohnt nicht, es ist politisch und militärisch so gut wie erledigt und wird ebensowenig mitzureden haben wie Montenegro und Serbien. Was endlich Japan betrifft, so ist es noch die Sphinx, die es für europäisches Denken und Berechnen immer gewesen ist. Es geht seinen Interessen nach und wird vor plötzlichem radikalem Wechsel seiner Haltung keinen Augenblick zurückschrecken, sobald diese Intkressen es zu verlangen scheinen. Daß für Japan der Weltkrieg ein politischer Glücksfall war, der reiche Frucht gebracht hat, ist augenscheinlich. Japan hat seine Schulden getilgt und ist aus einem Schuldnerstaat ein Gläubigerstaat geworden. Es hat seine Grenzen auf dem asiatischen Kontinent erheblich erweitert: Rußland und China haben daran glauben müssen; auch seine Machtstellung im Stillen Ozean, auf den Inseln wie auf der hohen See, ist gewachsen und gesichert worden. Man kann

Digitized by Google

vorausſehen, daß es alles daranſetzen wird, dieſe Stellung zu behaupten. England und Amerika, in Zukunft auch Rußland, haben das allergrößte Intereſſe daran, daß Japan zu einer beſcheidenen Rolle zurückgeführt wird.

Die Wiederwahl von Wilſon zum Präſidenten für die nächſten vier Jahre, d. h. bis zum 4. März 1921, ändert an der Lage, wie ſie bis zum 10. November war, der die Entſcheidung brachte, nur inſofern etwas, als die Rückſicht wegfällt, die er während der Wahlkampagne die Deutſchen zu nehmen genötigt war. Wir glauben jedoch, daß er trotz ſeiner Parteinahme für Frankreich und England in der Rede, die er am 2. Dezember in New York hielt, infolge des Pazifismus, den er ſo oft und ſo feierlich verkündet hat, nicht anders können wird als den Gedanken zuzuſtimmen, die Kaiſer Wilhelm durch ſeine Anregung zu einer Friedenskonferenz der Welt geſchenkt hat. Wir können dabei aber auch die merkwürdige Betrachtung nicht umgehen, die Präſident Wilſon an ſeine Worte über die Freiheit knüpfte. Er ſagte, daß der Friede der Welt nicht kommen könne, ſo lange die Geſchicke der Menſchheit durch kleine ſelbſtſüchtige Gruppen gelenkt würden. Der Wortlaut war ſo gefaßt, daß er den republikaniſchen Gedanken im Gegenſatz zum monarchiſchen zu erheben beſtimmt war. In einem Lande, in welchem ein Mann faſt unumſchränkte Gewalt ausübt, wie in Amerika, zeugt dieſer Ausſpruch doch von einer merkwürdigen Verblendung des Urteils.

Von den anderen neutralen Mächten iſt nur wenig zu ſagen. Auch ſie haben faſt ausnahmslos unter der Suggeſtion geſtanden, die von der Preſſe der Entente, namentlich der engliſchen, ausgegangen iſt. Aber wir wollen nicht verkennen, daß die engliſche Blockade, die Zwangsmaßregel der ſchwarzen Liſten, die Kontrolle ihrer geſamten Korreſpondenz, die Bildung der von England beherrſchten Tranſitgeſellſchaften und was ſonſt in London ausgeklügelt war, um Zuckerbrot und Rute wirken zu laſſen, eine überaus ſchwere Lage ſchuf, die zu nachſichtiger Beurteilung drängt. Jetzt ſtellen ſie ſich alle auf Seiten Deutſchlands in der Frage des Friedensangebots. Die wenigen abweichenden Stimmen ſind kurzweg auf engliſche, franzöſiſche oder ruſſiſche Einflüſſe zurückzuführen. Wir wollen damit nicht rechten.

Es ſpricht für uns, für die vier Bundesgenoſſen Deutſchland, Öſterreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien, daß wir in Ruhe mit gutem Gewiſſen und bewaffnetem Arm den Ausgang erwarten dürfen. Dem Zertrümmerungs- und Vernichtungswillen der Feinde haben wir unſere Siege und die Tatſache entgegenzuſtellen, daß wir unſere Stellung allüberall behauptet haben und ſie weiter ausdehnen können, wenn wir wollen. Der Herr Reichskanzler hat den Standpunkt der deutſchen Nation klar und überzeugend dargelegt. Es gibt nichts daran auszuſetzen oder hinzuzufügen.

Seit wir dieſe Zeilen ſchrieben, hat ſich die Zahl der Stimmen gemehrt, die in Anlaß unſeres Angebots Stellung zur Friedensfrage zu nehmen, an die Öffentlichkeit getreten ſind. Es läßt ſich auch jetzt nur wiederholen, ſie ſind keineswegs ermutigend. Zwar die Urteile der neutralen Preſſe, und ſoweit ſie laut geworden ſind, auch der

Digitized by Google

neutralen Regierungen, geben dem allgemeinen Friedensbedürfnis unverkennbar Ausdruck. Aber wir hören wohl einen Wunsch, vermissen aber einen Willen, der entschlossen wäre, sich durchzusetzen. Es wirkt teils die Furcht vor England weiter, teils spielt die Sorge um die gefährdete Aussicht auf große Kriegsgewinne mit, wie sie der bisherige Verlauf des Krieges allen Neutralen so überaus reichlich gebracht hat. Beides ist auf Trübung des Urteils zurückzuführen. Daß England anderen Neutralen tun könnte, wie es Griechenland getan hat, kann wohl als ausgeschlossen gelten. Griechenland war geographisch in ganz Europa der meist exponierte (ausgesetzte) Staat, und trotzdem hat die vereinigte Macht der Entente auch dort das Ziel nicht erreichen können, das sie sich setzte. Was aber den Kriegsgewinn der Neutralen betrifft, so geht ihm eine materielle Not parallel, die von großen Bruchteilen der Bevölkerung sehr schwer getragen wird. Endlich empfinden alle Patrioten schwer die ungeheuere Einbuße an Selbständigkeit, die sie erlitten haben. Diese Einbuße müßte noch größer werden, wenn der unwahrscheinliche Fall eintreten sollte, daß England und seine Verbündeten siegen, während ein ebenfalls nicht gerade wahrscheinlicher Anschluß der Neutralen an uns, nicht nur sofort den Frieden wahrscheinlich machen, sondern auch ihre Ehrenstellung in aller Welt wesentlich erhöhen würde. Aber wir fürchten, daß solche Erwägungen in den Wind geredet sind. Es fehlt eben der Wille, für ein hohes Ziel auch Opfer zu bringen.

Von unseren Feinden waren Asquith (der aber eine gefallene Größe ist) und Lloyd George (der sich nur durch sein Telegramm an Briand geäußert hat), Briand und Sonnio, Pokrowski, der neue russische Minister des Auswärtigen, und Henderson, Minister im englischen Kriegsrat, ihre Stimmen erhoben. Den Eindruck, den diese Äußerungen machen, ist überall der gleiche: Verlegenheit und Wut! Verlegenheit, weil sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen läßt, daß Deutschland und seine Verbündeten in der Tat eine Verhandlung am grünen Tisch in Vorschlag gebracht haben, um der Welt den Frieden wiederzugeben; Wut, weil dadurch der Schleier fortgerissen würde, mit dem sie die Blöße ihrer politischen Heuchelei zu verdecken gewohnt waren. Die Leitung ist, obgleich Frankreich, Rußland und Italien vor England, amtlich vor ihren Kammern gesprochen haben, nach wie vor bei den englischen Führern. Sie haben unter der Hand das Schlagwort ausgegeben: entrüstet ablehnen, und sind jetzt an der Arbeit, eine gemeinsame Formel auszuarbeiten, mit der sie an die Öffentlichkeit treten können, um ihre ablehnende Antwort zu motivieren. Auch deren Inhalt können wir vorhersehen: „Der deutsche Vorschlag sei eine Falle, bestimmt, das Zusammenbrechen der deutschen Militärmacht zu verdecken, die Alliierten aber seien entschlossen, unter allen Umständen ihr Ziel, die Niederkämpfung Deutschlands, zu erreichen und daher nur bereit, schon jetzt die Waffen niederzulegen, wenn Deutschland sich aus eigenem Antrieb in eine politische und militärische Lage versetzen, die den Interessen der Alliierten entspreche." Das wird der Sinn der Antwort sein, die

Digitized by Google

wir zu erwarten haben und wohl auch der Sinn der Erklärung des Lloyd George heute im englischen Unterhause abgeben wird.

Die Gewerkschaften und das Kriegshilfsdienstgesetz

Von J. Giesberts, M. d. R.

Zu den bemerkenswertesten und ruhmreichsten Erscheinungen dieses Krieges gehört die geräuschlose fast selbstverständliche Anpassung der Industrie und ihrer Arbeiterschaft an die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft. Alle düsteren Prophezeiungen, daß der Krieg im Innern unseres Vaterlandes soziale Wirren, Arbeitslosigkeit, Massenstreiks usw. hervorrufen würde, uns die Kriegführung erschweren oder gar unmöglich machen würde, haben sich ins Gegenteil verkehrt. Heldenmütige und hingebende Opfer- und Arbeitswilligkeit aller Volkskreise, um unsere tapfere Armee mit allem zu versehen, was sie zur Kriegführung braucht, hat wesentlich dazu beigetragen, die großen militärischen Erfolge zu sichern. Wenn zu irgendeinem Zeitpunkt ein Mangel an Material für die Kriegführung eingetreten wäre, so würde es niemals seine Ursache haben in dem Mangel an Arbeitbereitschaft der deutschen Arbeiterklasse. Das rechte Verständnis für diese Tatsache gewinnt man, wenn man die gewiß nicht geringen Ernährungsschwierigkeiten, unter denen die industrielle Arbeiterschaft teilweise zu leiden hat, in Betracht zieht. Wo Unzufriedenheit und Mißmutstimmungen zum Ausdruck gekommen sind, beruhten sie im wesentlichen auf Mangel an Fürsorge der verantwortlichen Stellen für die rechtzeitige Beschaffung der Lebensmittel. Heute sind auch diese Schwierigkeiten größtenteils, soweit sie organisatorischer Natur sind, gehoben. Es gehört wirklich ein Stück Heldentum dazu, in rastloser Arbeit im Bergwerk und am Hochofen, im Walzwerk und an der Munitionsmaschine bei den heutigen Ernährungsverhältnissen nicht bloß auszuhalten, sondern mehr Arbeit zu leisten, als unter anderen Verhältnissen in Friedenszeiten gefordert wurde. Die Bereitwilligkeit dieser Leistung schöpfen die deutschen Arbeiter aus der Erkenntnis für das Wesen dieses Krieges und dem Verständnis für die Folgen, die ein ungünstiger Frieden für die deutsche Wirtschaft und damit für die Arbeiter bringen würde. Der Abgeordnete Legien, Vorsitzender der Generalkommission der freien Gewerkschaften, hat das bei der dritten Lesung des Kriegshilfsdienstgesetzes in treffenden Worten gezeichnet. Er sprach von den Folgen, wenn es unseren Feinden gelingen würde, Deutschland niederzuwerfen und vom Weltmarkt abzuschneiden:

„Würde das eintreten, so werden zweifellos die Arbeiter noch mehr als irgendeine andere Bevölkerungsschicht darunter zu leiden haben. Wir wollen nicht, daß Deutschland wieder das Land wird, das es vor einem halben Jahrhundert war, ein Land, das Menschen exportierte. Wir wollen, daß Deutschland das Land bleibt, das es in den letzten Jahrzehnten geworden ist: ein Waren ausführendes Land. Würden unsere Gegner das von ihnen erstrebte Ziel erreichen,

Digitized by Google

würden wir wieder zu einem Menschenexportland werden, so wären es in der Hauptsache unsere Arbeiter, die in anderen Ländern ihr Brot und vielleicht auch ihre Freiheit suchen müßten. Wir aber wollen, daß beides, Brot und Freiheit, die Arbeiter in unserem Lande finden."

Aus der Erkenntnis dieser Tatsache hat sich ein erfreuliches Zusammenwirken der Arbeiterschaft mit den Organen der Regierung entwickelt. Von Kriegsbeginn an hat der Reichskanzler von Bethmann Hollweg den größten Wert darauf gelegt, die strittigen und kritischen Fragen der Kriegswirtschaft entweder selbst oder durch seine Minister mit den Führern der Arbeiterbewegung zu besprechen. Staatssekretär Helfferich in der 77. Sitzung des Reichstags vom 2. Dezember 1916:

„Was nun die Kriegsnotwendigkeit und die Anerkennung der Organisationen und ihrer Organe, der Krankenkassen, der Krankenkassenverbände, der Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anlangt, so habe ich gestern bereits erklärt, daß die verbündeten Regierungen der Ansicht sind, daß diese Organe allerdings für die Volksversorgung und für die Kriegführung bedeutungsvoll sind. Wir haben das ja bezüglich der Arbeiterorganisationen, die Herrn Abgeordneten Bauer besonders interessieren, durch die stetige Fühlung mit ihnen, die wir bisher genommen und gehalten haben, ausdrücklich anerkannt, und diese Anerkennung wird in Zukunft aufrechterhalten werden."

Aber auch für die Gewerkschaftsbewegung selbst hat der Krieg eine bemerkenswerte Entwicklung gebracht, nämlich die Gemeinsamkeitsarbeit der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen. Die Gewerkschaften haben alle Konkurrenzmotive beiseite gestellt, seit Beginn des Krieges. Die Frage der Arbeitslosigkeit im ersten Stadium des Krieges, die Regelung des Arbeitsnachweiswesens, die Einrichtung der Kriegsausschüsse in einzelnen Armeekorps und nicht zuletzt die paritätische Heranziehung der Gewerkschaftsführer seitens der Regierung hat diese Gemeinsamkeitsarbeit veranlaßt und erprobt, und der Gewerkschaftskongreß, welcher am 12. Dezember — dem weltgeschichtlichen historischen Tage des deutschen Friedensangebots — in den Germaniasälen in Berlin tagte, unter Beteiligung aller großen Gewerkschaften und Angestelltenverbände hat dieselbe besiegelt und zu einer Einrichtung gestempelt, die auch nach dem Krieg nicht ohne weiteres verwischt werden kann, wie der zweite Vorsitzende des Kongresses, Stegerwald, vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, in seinem Schlußwort betonte.

Nun soll die Arbeitsleistung unseres Volkes noch weiter gesteigert und auf die volle Höhe gebracht werden. Das Kriegshilfsdienstgesetz bedeutet die Mobilisierung aller Volkskräfte für den Kriegszweck. Es ruft alle Volksgenossen zur tatkräftigen selbstlosen Arbeit auf! Besonders aber die Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftlichen Organisationen werden von diesem Gesetz erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Zehntausende werden ihren Beruf und Arbeitsstelle wechseln und verlassen müssen. Es ist begreiflich und selbstverständlich, daß die Mitwirkung der Gewerkschaften einen hervorragenden Faktor bildet bei der Durchführung des Kriegshilfsdienstgesetzes. Wie es der Reichskanzler mit den Worten zum Ausdruck brachte: „Gelingen aber kann das Werk nur,

Digitized by Google

wenn es sich darstellt als das Ergebnis nicht des Zwanges, sondern der freien Überzeugung des ganzen Volkes, wenn Industrie und Landwirtschaft, wenn Arbeiter und Unternehmer und vor allem ihre bewährten Organisationen sich ihm freiwillig hingeben und widmen."

Und wie es der Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant von Gröner, in der 77. Sitzung des Reichstages bei der zweiten Lesung des Gesetzes mit den Worten aussprach:

„Meine Herren, ich nehme ganz selbstverständlich an, daß die Arbeiterorganisationen sich rückhaltlos auf den Boden dieses Gesetzes stellen werden, und ebenso selbstverständlich ist es, daß die Arbeiter den Einfluß ausüben, den sie im Sinne dieses Gesetzes auch auszuüben haben. Das ist ihre vaterländische Pflicht, und das Kriegsamt wird in diesem Sinne zusammen mit den Führern der Arbeiter wirken."

Daher mußte das Gesetz auch die Gestaltung erfahren, die es den Gewerkschaften ermöglicht, freudig und hingebend sich für die Zwecke des Gesetzes einzusetzen; es mußte die nötige Rechtssicherheit enthalten zum Schutze der Arbeiter. Diese zu schaffen war vornehmste Sorge der Arbeiterführer.

Noch nie ist ein Gesetz im Reichstag verabschiedet worden, an dem die Führer der gewerkschaftlichen Organisationen so ausschlaggebend und unvermittelt mitgewirkt haben, wie das Kriegshilfsdienstgesetz. In den Vorbesprechungen mit der Regierung waren die Grundzüge im allgemeinen festgelegt, die zum Schutze der Arbeiter getroffen werden mußten. Die Gewerkschaften waren bereit, sich damit zufrieden zu stellen, wenn nicht das Gesetz, sondern die Ausführungsbestimmungen diese Grundsätze enthalten würden. Da aber die von der Regierung im Gesetzentwurf beigegebenen Richtlinien diesen Anforderungen nicht entsprachen, bestanden die Gewerkschaften nunmehr darauf, daß die Rechtsgarantien im Gesetz selbst geschaffen werden mußten. Ihre Vorschläge wurden von den Abgeordneten Legien, Bauer, Giesberts, Becker-Arnsberg und Behrens, die Mitglieder der Haushaltskommission waren und sämtlich in führender Stellung der Arbeiterbewegung sind, vorgelegt und fast restlos in das Gesetz hineingearbeitet. Wenn dabei zwischen der Regierung und den Vertretern der Gewerkschaften nicht immer übereinstimmende Meinungen herrschten, so liegt dies in der Natur der Dinge. Sind doch die im Interesse der Arbeiter getroffenen Bestimmungen heiß umstrittene sozialpolitische Probleme gewesen, die ohne den Krieg und die Kriegsnot schwerlich so schnell ihrer Lösung entgegengeführt worden wären. Man hätte wünschen können, daß seitens der Regierung die nun einmal unbedingt erforderlichen Zugeständnisse etwas bereitwilliger gegeben wären. Eine freimütige und weitherzige Sozialpolitik findet stets bessere Aufnahme, als eine mit Mühe und Widerstreben abgerungene. Aber auch diese Disharmonien sind jetzt verschwunden. Man darf der zuversichtlichen Hoffnung sein, daß die Durchführung des Gesetzes so freimütig und weitherzig erfolgen wird, wie es der Zweck erfordert.

Digitized by Google

II.

Das Gesetz enthält für die Gewerkschaften wesentliche Zugeständnisse grundsätzlicher und praktischer Art. Zum erstenmal werden in einem deutschen Reichsgesetz die Arbeiterorganisationen ausdrücklich zur Durchführung des Gesetzeszwecks mit herangezogen, indem der § 10 bestimmt, daß für die Besetzung der Ausschüsse von den wirtschaftlichen Organisationen, also den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, dem Kriegsamt Vorschläge zu machen sind. Der zweite große Erfolg liegt in der Mitwirkung der Arbeitervertreter bei allen Organen, die das Gesetz vorsieht, und endlich ist die pflichtmäßige Einrichtung von Arbeiterausschüssen und Schiedsstellen die Verwirklichung einer seit Jahren von den Gewerkschaften aufgestellten Forderung. Aber zu gleicher Zeit übernehmen damit die Gewerkschaften eine große verantwortungsvolle Aufgabe, die ersichtlich wird, wenn man die Organe überblickt, mit deren Hilfe der Kriegshilfsdienst durchgeführt werden soll.

a) Schon beim Kriegsamt, der Zentralstelle und obersten Instanz des Kriegshilfsdienstes, finden wir zwei wichtige Betätigungsgebiete. Beim Kriegsamt ist ein Dezernat für Arbeiterangelegenheiten eingerichtet. An der Spitze desselben ist der Vorsitzende des deutschen sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Alexander Schlicke berufen, dem ein Vertrauensmännerkollegium von Arbeitern und Angestellten zur Seite steht. Weiter wird auf Grund des Gesetzes beim Kriegsamt ein Ausschuß als Zentralbeschwerdeinstanz eingerichtet, in dem ebenfalls neben Vertretern des Kriegsamts und der Staatsbehörden je ein Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mitwirken.

b) Bei allen stellvertretenden Generalkommandos werden Ausschüsse eingerichtet, welche darüber zu entscheiden haben, ob ein Beruf oder Betrieb der Kriegswirtschaft zuzuweisen ist und in welchem Umfange kriegshilfspflichtige Personen hierfür in Betracht kommen. Auch in diesem Ausschuß wirken zwei Arbeiter mit.

c) Die Heranziehung zum Kriegshilfsdienst sowie die einheitliche schwierige und ziemlich undankbare Arbeit erfolgt durch Ausschüsse, die für die Bezirke der Ersatzkommission geschaffen werden, in der ebenfalls zwei Vertreter der Arbeiter tätig sind.

d) Ein weiterer Ausschuß bei den Ersatzkommissionen dient als Beschwerdeinstanz für die Differenzen, die sich bei dem Wechsel der Arbeitsstelle ergeben, da nach dem Gesetz kein Dienstthilfspflichtiger seine Beschäftigung wechseln darf ohne Einwilligung seines Arbeitsgebers. In diesem Ausschuß wirken drei Vertreter der Arbeitnehmer mit, zwei ständige und ein unständiger; der letztere soll jeweils genommen werden aus der Berufsgruppe, welcher der Dienstpflichtige angehört, dessen Streitfall zu entscheiden ist.

e) Endlich die Arbeiterausschüsse, die in allen Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern gebildet werden müssen; ebenso Angestelltenausschüsse, wo die gleiche Anzahl von Angestellten beschäftigt sind. Als Berufsinstanz für die Arbeiterausschüsse, falls sie

Digitized by Google

keine Einigkeit erzielen in Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, dienen endlich die Schlichtungsstellen (Einigungsämter), als welche die unter c) genannten Ausschüsse zu wirken haben.

Schon allein die Besetzung der Ausschüsse mit geeignetem Personal ist eine schwierige Arbeit für die Gewerkschaften. Kommen doch außer den 24 Armeekorpsbezirken etwa 1050 Ersatzkommissionen in Betracht. Und selbst wenn man so zahlreiche Ausschüsse nicht schaffen wird und je nach Bedarf und Möglichkeit verschiedene Ersatzbezirke zusammennimmt, so bleibt immerhin noch genug zu tun übrig. Dabei ist zu bedenken, daß der größte Teil der tüchtigen und fähigen Mitglieder der Organisationen im Felde steht. Gibt es doch Gewerkschaften, bei denen fast zu 90 Prozent der Beamten eingezogen sind. Es muß dies ausdrücklich hervorgehoben werden, um den Vorurteilen zu begegnen als sei den Gewerkschaften ein billiges Geschenk ohne Gegenleistung gemacht. Im Gegenteil, dieselben übernehmen eine große Verantwortung und schwierige Arbeit. Es hat keinen Zweck zu leugnen, daß das Gesetz die Freizügigkeit der Arbeiter erheblich einschränkt. Wenn die Gewerkschaften sich damit abfinden und von den Mitgliedern das große Opfer verlangen, günstige Lohnangebote nicht als ausschlaggebend zu betrachten für einen beliebigen Stellungswechsel, so müßten sie natürlich andererseits Bestimmungen verlangen, die einen Mißbrauch verhindern. Diese sind gegeben, indem das Gesetz nach erheblichem Widerstreben der Regierung den Grundsatz aufstellt, daß als „wichtiger Grund" für das Verlassen der Arbeitsstelle und Bewilligung des Abkehrscheins eine „angemessene Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen" gelten soll. Auch sonst enthält das Gesetz in zwei Punkten solche Sicherheitsventile. Das Vereins- und Versammlungsrecht darf den Personen in den Kriegshilfsbetrieben nicht beschränkt werden, und für Streitigkeiten der Arbeitnehmer aus der Landwirtschaft sollen die Schlichtungsstellen bei den Ersatzkommissionen zuständig sein. Damit erscheinen die Landarbeiter in der wichtigen Frage des Lohn- und Arbeitsverhältnisses zum erstenmal in einem Reichsgesetz außerhalb der Gesindeordnung und erhalten eine unabhängige Stelle für ihre Lohnbeschwerden.

Die Mitarbeit der Gewerkschaftsorganisationen beschränkt sich nicht allein auf die Mitwirkung in den Vertretungsstellen, sie müssen vielmehr den ganzen Apparat ihrer Verbandsorganisation mit in Bewegung setzen. Das wird sich erst ergeben, wenn die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz erlassen sind und die auf das Gesetz bezüglichen Bekanntmachungen des Kriegsamts. Vor allem wird in erheblichem Umfange eine Aufklärungsarbeit einzusetzen haben, um die Arbeiterbevölkerung mit dem Gesetz bekannt zu machen und noch mehr sie zu bestimmen, im Geist des Gesetzes mitzuwirken; die unvermeidliche Härten zu ertragen in dem Gedanken, daß der vaterländische Hilfsdienst Kriegsdienst ist, der für Volk und Vaterland zu leisten eine unerbittliche Notwendigkeit darstellt. Es wird nicht an kameradschaftlicher Einwirkung fehlen dürfen auf die Arbeiter, welche veranlaßt werden, ihre Arbeits- und Wohnstelle zu

Digitized by Google

wechseln, damit sie die Unbequemlichkeiten ertragen lernen. Hand in Hand muß die Fürsorge gehen für gute Wohnungs- und Unterkunftsräume, deren Beschaffung nicht überall leicht sein wird. Die damit verbundenen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit müssen abgewendet werden. Bei den Wahlen zu den Arbeitsausschüssen wird man Bedacht darauf nehmen müssen, daß geeignete Persönlichkeiten gewählt werden, die im Sinne des Gewerkschaftsgedankens ihre Aufgabe auffassen.

In der Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe werden die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen gestärkt durch das Bewußtsein, daß ihre Arbeit dem vaterländischen Zweck dient und daß im Kriegshilfsdienstgesetz sozialpolitische Fortschritte von überragender Bedeutung enthalten sind. Die letzteren bringen wenigstens für dieses Arbeitsgebiet die Gleichberechtigung der Arbeiter zum vollen Ausdruck und verwirklichen das Programm, welches der Reichskanzler als Staatssekretär des Innern auf dem zweiten Kongreß der christlichnationalen Arbeiter in Berlin aufstellte, nämlich die Eingliederung der deutschen Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft. Rechnet man hierzu die praktische und tatkräftig wirkende Gemeinsamkeitsarbeit unter Ausschaltung aller politischen Gesichtspunkte der verschiedenen Richtungen in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, so bildet das Kriegshilfsdienstgesetz einen Merkstein der innern sozialpolitischen Entwicklung unseres Vaterlandes und die Anbahnung einer Entwicklung, die dem Arbeiter den berechtigten Platz in der Gesellschaft zuweist und nicht zur Verschärfung, sondern zur Milderung der Klassengegensätze führen wird; den Einheitsgedanken im ganzen deutschen Volk stärken wird, und uns damit für die kommende Friedenszeit die Grundlage gibt für eine zukunftsreiche Sozialpolitik.

Notizen

Ein neutraler Appell an England. „Wird es den Staatsmännern und dem Volke Englands endlich klar werden, daß die Last schwer ist, daß England das Opfer einer ungeheuren Täuschung gewesen ist, als es seine Macht für groß genug hielt, um sie übermütig in die Schale gegen Deutschland zu werfen und Deutschland zu vernichten?... Erst dann nähert sich die Zeit, in der die Friedensglocken wieder läuten können, wonach sich sämtliche Völker Europas nbränstig sehnen." („Aftonbladet" vom 6. 12. 16.)

Die Wirkungen des Krieges auf Europa. Das in Stockholm erscheinende „Forum" schreibt in seiner vorletzten Nummer: „Noch sieht man nicht den äußeren Zwang, der die Selbstzerstörung der europäischen Kulturvölker aufhalten könnte. Die Not hat sich schon bei allen gezeigt. Unser Weltteil wird jeden Tag ärmer. Die letzten Trümmer der persönlichen Freiheit werden beiseite geschoben, um die Gesellschaft zu einer Kriegsorganisation umzubilden. In grenzenlosem Patriotismus und in rücksichtsloser nationaler Selbstbehauptung opfern die Völker Europas die gemeinsamen Werte der abendländischen Kultur. Die Macht Amerikas steigt jeden Tag. Die Bedeutung der ostasiatischen Kulturwelt steigt in demselben Maße, wie die Europas sinkt. Die europäischen Staatsmänner pressen den letzten Blutstropfen aus ihren Völkern, um ihre alten politischen Ziele zu erreichen... Der Reichtum an Rasse und Kultur in Europa war die Voraussetzung seiner bisher in der Geschichte der Menschheit unerreichten

Digitized by Google

Zivilisation. Die unbegrenzte nationale Selbstbehauptung bei diesen vielen Völkern droht jetzt, die Auflösung der europäischen Kultur herbeizuführen."

Die Logik der Wehrpflicht. Dieser Krieg hat alle kriegführenden Nationen gelehrt, daß eine jede Regierung, der man die Macht eines Tyrannen gibt, sie sicherlich tyrannisch ausüben wird. Die Nation in Waffen bedeutet unvermeidlich die Nation in Ketten. Das große militärische Kunstwerk, welches die Deutschen als einen ihrer besonderen Beiträge zur Zivilisation in Anspruch nehmen, hat eine so ungeheure und so verzehrende Kriegführung entwickelt, daß nur die Entsklavung der Arbeiterklassen hinter die Kriegszone sie aufrecht erhalten kann. Die Nation wird dazu verdammt, entweder auf dem Schlachtfelde den Tod oder Verstümmelung zu finden oder Sklaverei in der Heimat, weil sie zugegeben hat, daß eine Militärmaschine sich entwickle, die ihr Herr geworden ist und deren Kontrolle in wenigen Händen ruht. Wir nennen diesen Krieg einen Krieg für die kleinen Nationen, aber die großen Nationen sind es, deren Freiheit sich in der tödlichsten Gefahr befindet. (Aus dem „Manchester Guardian" vom 2. 12. 16.)

Das Schuldregister des Handelskrieges wird von der schwedischen Zeitung „Nya Daglight Allehanda" aufgezählt: 1. Mangel an Waren, vor allem an Lebensmitteln, in Deutschland, aber auch in England, Frankreich und Rußland und bei den Neutralen. 2. Verteuerung sämtlicher Waren (teure Frachten, Torpedierung, Minen). 3. Not der Wenigerbemittelten in allen Ländern. 4. Zwecklose Zerstörung ungeheurer Werte. 5. Unlautere Machenschaften und ungeheure Gewinne vieler Menschen. 6. Schuldenbelastung durch Steigerung der Kriegsunkosten. 7. Schwere zukünftige Konsequenzen infolge der erheblichen Änderung des allgemeinen Preisstandes.

Schweizerischer Protest gegen englische Handelspolitik. Die „Neue Zürcher Zeitung" bemerkt zum Ausschluß schweizerischer Industrien von gewissen Märkten zugunsten der französischen und italienischen Konkurrenz: „Man kann eine gewisse Begünstigung der Mitkämpfer im großen Ringen ja durchaus begreiflich finden, auch daß Einfuhrverbote erlassen werden, damit der Import unter die Kontrolle der Regierungen gelange, ist eine Sache, mit der wir uns abfinden gelernt haben. Daß dann aber solche Verbote, welche aller Welt mit Details der Überwachung und Lizenzmodalitäten bekanntgemacht worden sind, in Praxis nur gegen einen schwachen Neutralen angewendet werden, könnte nach und nach auch bei diesem Zweifel an der Aufrichtigkeit derjenigen Kämpfer aufkommen lassen, welche behaupten, besonders die Interessen der kleinen Staaten zu verteidigen." Wie sagte doch Asquith zu Mr. J. Keeley, dem Verleger des Chikagoer „Herald"? Die Pariser Konferenz richte ihre Spitze ausschließlich gegen Deutschland. In neutralen Ländern wird angenommen, wir Alliierten hätten den unheilvollen Plan, uns nach dem Kriege gegen sie zu verbünden und eine undurchdringliche Mauer gegen ihren Handel zu errichten. Das ist eine kindische Erdichtung, denn wenn es zuträfe, müßten wir alle auf wirtschaftlichen Selbstmord ausgehen. Wenn der Friede eintritt, wird für die Ententemächte nichts wichtiger sein, als die besten industriellen und Finanzbeziehungen zu den neutralen Mächten anzustreben und zu erhalten.

Englands Eintreten für das russische Kriegsziel, das infolge der Erklärung Trepows in der Ententepresse viel besprochen wird, veranlaßt die „Times" ihre Zustimmung mit folgendem eigenartigen Satz zu begleiten: Die Alliierten haben den Wunsch, Rußland glücklich, gedeihend und sein eigenes Leben auf eigene Weise führen zu sehen und „das bis diese eigene Weise die des Friedens und großgesinnter Menschlichkeit sein wird". Nur die „Nation" wendet sich gegen die Bindung Englands an das russische Kriegsziel. Wir stimmen mit ihm nur soweit überein, daß Konstantinopel nicht deutsch werden darf. „Wenn eine ganze Serie ähnlicher Abkommen abgefaßt sein sollten in bezug auf Polen, die Aufteilung der Türkei, die italienischen Ansprüche an die adriatische Küste, die rumänischen Ansprüche auf die Theißlinie, und ver-

Digitized by Google

mutlich französische Ansprüche auf das ganze Reichsland — dann hat die Entente eine Programm vor sich, in manchen seiner Einzelheiten sehr debattierbar, das wohl Lord Northcliffes Prophezeiung von weiteren fünf Kriegsjahren rechtfertigen möchte. Das bedeutet den Selbstmord der Zivilisation, und ehe es das bedeutet, werde es auch den Aufstand der Massen bedeuten. Keiner dieser bestimmten Ansprüche ist in der Formel erwähnt gewesen, mit der Mr. Asquith eine friedliebende Nation für die Sache der Alliierten gewonnen hat, und wenn er gesagt hätte, wir werden das Schwert nicht in die Scheide stecken, ehe diese vielfältigen Ehrgeize befriedigt sind, so wäre der Widerhall nicht so ausgefallen, wie er ausgefallen ist. Keine Regierung hat das Recht, mit dem Fleisch und Blut ihrer Bürger einen solchen Handel abzuschließen, und wir lehnen den Gedanken ab, daß ein solcher Handel besteht. Fällt Konstantinopel vor dem Schwert und Bogen eines alliierten Heeres, so wird es Rußland gehören. Aber wir können nicht glauben, daß eine Verpflichtung vorhanden ist, so lange zu kämpfen, bis es errungen ist."

„**Hindenburg** ist ein mächtiger, beherrschender Mann, der weiß, was er will und beabsichtigt seinen Willen durchzusetzen. Es ist nur zu klar, daß Hindenburg im Osten mancherlei vollbracht hat, über das es unmöglich ist leichtherzig hinwegzugehen." („Saturday Review" vom 2. 12. 16.)

Rumänien und Schweden. Die schwedische Presse sieht im Falle Rumäniens eine entscheidende Wendung des Weltkrieges, weil er „mit der Zukunft Rußlands in naher Verbindung steht". Die Rede Trepows hat ihr diesen Zusammenhang zur Gewißheit gemacht. „Sollte", so sagt „Nya Daglight Allehanda" „Trepows Wunsch, die polnischen Provinzen Preußens Rußland einzuverleiben, verwirklicht werden, so würde die Macht Rußlands in der Ostsee in erheblicher Weise erweitert. Die militärischen Anlagen auf den Alands-Inseln, „neue Zeichen in Finnland, Forcierungen der strategischen Bahnen" fügt „Afton Bladet" hinzu, sind „Warnungs-Signale". „Wenn der Feldzug mißlingt und Konstantinopel nicht erobert wird, wird Rußland veranlaßt, sich nach einer anderen Richtung zu wenden. Trepow spricht von der Sehnsucht Rußlands nach den freien Meeren. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß diese Sehnsucht im Süden befriedigt werden wird. Wird Rußland nach dem Kriege, der sicherlich eine Niederlage werden wird, seine Armee nach Hause zu senden wagen, ohne daß irgend etwas „des russischen Reichsgedankens" verwirklicht worden ist? Wir hören in der Rede Trepows, daß Rußland der Meinung ist, ein altes Recht zu haben, eine türkische Hauptstadt und türkische Gebiete zu erobern. Hieraus folgt, daß Rußland es als sein Recht betrachtet, andere Gebiete zu erobern, wie beispielsweise schwedische und norwegische."

Italiens Stellung in der Entente. „Die vielfach unerbittliche Kritik Modiglians an der Politik der Entente wurde von der Kammer mit Interesse angehört," schreibt die „Stampa" am 7. Dezember. Der „Avvenire" am 10.: Als Lucci zeigte, wie Sonnino in seiner Leitung der äußeren Politik Schiffbruch gelitten hat, und die Machenschaften Salandras, um wieder ans Ruder zu gelangen, brandmarkte, brach die große Mehrheit der Versammlung, die sich in den letzten Tagen Salandra und Sonnino gegenüber besonders feindlich zeigte, in lebhafte Beifallsrufe aus. Die Kammerreden selbst enthüllen die Gründe dieser Verstimmung. Am allgemeinsten die Rede des Enriko Ferri: Der Krieg artet schließlich in einen allgemeinen Zusammenbruch zum Vorteil von Amerika und Japan aus. Sicherlich wird im Augenblick niemand von den Kriegführenden die Initiative zu Friedensverhandlungen ergreifen. Im besonderen gilt die Sorge „der Verwirklichung der italienischen nationalen Ansprüche in den irredentistischen Gebieten und an den Ostküsten der Adria, der Erlangung Valonas als Basis für die Ausdehnung der wirtschaftlichen Interessen im Balkan und der Herstellung des Gleichgewichts im östlichen Mittelmeer, schließlich der Gewährung der Garantien in Kleinasien". Folgende Stimmen sprechen das offen aus. Labriola: „Den expansionistischen Ansprüchen Rußlands

Digitized by Google

und seinen imperialistischen Tendenzen wird zuviel Spielraum zugestanden. Jede Kritik an England ist eine Ungerechtigkeit. Aber Rußland muß lernen, mit seinen Untertanen, Polen, Armeniern und anderen Völkerschaften, großmütiger zu verfahren." Lucci: „Trepows Rede bedeutet, daß man zu den mittelländischen Nationen auch Rußland und Serbien rechnen muß. Jeder begreift, welche Rolle Italien zufallen würde bei dem Druck zwischen zwei Kolossen im Mittelmeer: England und Rußland." Rastignac in der „Tribuna": „Bei einer Niederlage des Vierverbands auf dem Balkan wird Italien am meisten leidtragend sein und müssen daher die Ansicht und die Ratschläge Italiens in bezug auf Balkanfragen das meiste Gewicht und die meiste Autorität haben. Wenn man dies verkennt, so verkennt man die Ziele unseres Krieges."

Die Wirtschaftspolitik nach dem Krieg. Die russische Presse beschäftigt sich in letzter Zeit viel mit dem System der allgemeinen staatlichen Wirtschaftspolitik nach dem Kriege. Folgende Leitsätze werden aufgestellt: Unsere Handelspolitik hat nach dem Kriege ihr Hauptaugenmerk auf eine Erhöhung unseres Gesamterlöses für das zu exportierende Getreide auf dem Wege der Verarbeitung des Kornes in wertvollere Produkte zu lenken und ferner auf eine Reorganisation des Getreidehandels zur besseren Ausnutzung der Konjunkturen auf den internationalen Märkten. Das Gleiche hat für andere Produkte unserer Landwirtschaft, und zwar für Butter, Eier und Geflügel zu geschehen. Deutschland muß vor allem in seiner Vermittlerrolle künftig ausgeschaltet werden durch Schaffung einer großen Aktiengesellschaft, die es sich zum Ziel setzt, den Kauf von sogenannten Kolonialwaren aus ersten Händen und ihren Transport womöglich auf russischen Schiffen vorzunehmen. Unsere Baumwollkultur in Turkestan muß entwickelt werden. Der Posten in unserer russischen Handelsbilanz von über 100 Millionen Rubel für importierte Baumwolle würde dadurch verschwinden. Nur eine deutsche Industrie bleibt, die nach Ansicht der russischen Presse nicht entbehrt werden kann: die chemische. Trotz der Entwicklung derselben in Amerika, England und Frankreich werden die deutschen Produkte noch für lange Zeit auf diesem Gebiet die besten sein.

Ein Pressebureau im Vatikan. Auf Anordnung des Papstes soll im Vatikan ein Pressebureau eingerichtet werden, das von dem Staatssekretariat abhängig ist und in dem Journalisten und Schriftsteller in weitem Umfang Informationen erhalten.

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Deutschland im Kriege. Von Gustav W. Eberlein. Art. Institut Orell Füßli, Zürich. M. 7.—. (396 S.) Schilderungen eines Neutralen, der im Kriege durch Deutschland, an die Fronten, nach Belgien gereist ist.

Frankreich im Kriege. Von Dr. Max Müller (Paris). Art. Institut Orell Füßli, Zürich. M. 10.—. Eindrücke eines „Zeugen", der besonderen Anteil an dem „duldenden und heroischen Frankreich" nimmt.

Heinrich Schäff, Eine Balkanfahrt (Zeitbücher Nr. 55 und 56 Reiß & Itta, Konstanz. 79 S. und 66 S. je 50 Pfg.). Schilderungen von Land und Leuten in Serbien und Bulgarien.

Karten und Skizzen zum Weltkrieg 1914 veröffentlicht Eduard Rothert für den Verlag August Bagel, Düsseldorf. Zwei Teile bis Ende 1915. Gut reproduzierte Faustskizzen zu den Kämpfen von Kriegsbeginn an. Zusammenfassende Skizzen und Übersichten der einzelnen Schlachten mit kurzen Erläuterungen am Rande geben eine ganz auf Anschauung gestellte Übersicht über die Entwicklung des Krieges.

Hauptmann Boelckes Feldberichte erschienen mit einer Einleitung des Vaters und zwanzig Aufnahmen aus dem Felde bei F. A. Perthes, A.-G., Gotha (124 Seiten, M. 1.—). Das wohltuend einfache Tagebuch eines vielbewegten tatenreichen Lebens.

Digitized by Google

Karl Ludwig Schleich, Zwei Jahre kriegschirurgischer Erfahrungen aus einem Berliner Lazarett (82 Seiten, M. 1.—. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1916). Kriegschirurgische Plaudereien für Laien und Kollegen, die das medizinische und chirurgische Handeln unserer Tage allgemein faßlich und sympathisch schildern.

Prof. Dr. P. Kannengießer, Leidensfahrten verschleppter Elsaß-Lothringer, von ihnen selbst erzählt (Karl J. Trübner, Straßburg, 82 S., M. 1.—). Authentische Berichte.

Aus der Kriegszeit gegen Kriegsleid. Zwanzig Federzeichnungen von Arthur Volkmann, herausgegeben vom Heidelberger Roten Kreuz, verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1917. (M. 1.50.)

Die Rede von Erich Marcks am 1. August 1916, „An der Schwelle des dritten Kriegsjahres", ist als Sonderdruck der „Süddeutschen Monatshefte", München, erschienen (16 Seiten, 45 Pfg.), die von Georg Bernhard, „Land oder Geld" im „Deutschen Krieg" (Deutsche Verlagsanstalt, 25 S., 50 Pfg.).

Kriegsvorträge in der Heimat. 1. Heft. München-Gladbach, Volksverein-Verlag, 99 Seiten, M. 1.—, Sammlung von 17 Aufrufen zur Mitarbeit der Daheimgebliebenen.

Karl Weitzel, Der deutsche Staatsgedanke der Bürger unserer Zukunft (Berlin, Weidmannsche Buchhandlung 1916, 106 Seiten) versucht, aus dem Vergleich mit der Staatsidee Rußlands, Englands, Frankreichs zur rechten Anschauung vom Wesen des deutschen Staatsgedankens zu gelangen.

Otto von Benigk, Deutschlands künftiger Ruf im Ausland (146 S., Greifswald, L. Bambergs Ratsbuchhandlung). Pläne für deutsche Aufklärungsarbeit.

Länderkunde

A. v. Guttry, Galizien, Land und Leute. Verlag Georg Müller, München. Guttry ist ein ausgezeichneter Kenner Polens. Seine durch 74 Abbildungen erläuterten Schilderungen verdienen ernste Beachtung mit der Einschränkung, daß Guttry als Nationalpole für die Rechte und Wünsche anderer Nationalitäten nur beschränktes Verständnis hat.

Wirtschaft

Englische Expansion und deutsche Durchdringung als Faktoren im Welthandel untersucht in allgemein verständlicher Form Dr. W. St. Edwards (Jena, Gustav Fischer. 87 S. M. 2.40). Die Schrift betont die weltwirtschaftlichen und weltkulturpolitischen Tatsachen des 20. Jahrhunderts, die England durch einen Präventivkrieg zu seinen Gunsten aufzuhalten suchte.

Die englische Gefahr für die weltwirtschaftliche Zukunft des Deutschen Reiches. Von Professor Dr. Hermann Levy. Karl Curtius, Berlin.

Volkswirtschaftslehre von Carl Jentsch. Fr. Wilh. Grunow, Leipzig. Ein unparteiisches Volksbuch.

Das türkische Zollhandbuch, zweites Heft der Flugschriften der „Zentralgeschäftsstelle für deutsch-türkische Wirtschaftsfragen" (Kiepenheuer, Weimar; Preis M. 1.—), enthält den neuen türkischen Zolltarif vom 14. September 1916, die Grundgedanken des Motivenberichts und das Zolltarifgesetz selbst.

Zur gefl. Beachtung! Diesem Heft liegt das Inhaltsverzeichnis des vergangenen Halbjahres Juli—Dezember der „Deutschen Politik" bei, und bitten wir Abonnenten, die dasselbe durch Zufall nicht erhalten sollten und benötigen, um direkte Benachrichtigung an den Verlag. Ferner verweisen wir auf die Anzeige auf der letzten Umschlagseite, daß die Einbanddecke für den gleichen Halbjahresband zum Preise von M. 1,50 erschienen ist.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Jäckh, Der englische Friede 41
Sieger, „Neuordnung" und Reichsrat 45
Pohle, Der russische Kriegswille 51
Schmitt, Sozialdemokratie und Auslandspolitik 55
Heuß, Friedrich Lists Theorie vom Grenzkrieg 59
Notizen / Neuerscheinungen 65

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 12. Januar 1917 Heft 2

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh ◆ Paul Rohrbach ◆ Philipp Stein

unter ständiger Mitarbeit von:

Prof. Dr. Paul Arndt, Frankfurt a. M. Prof Dr. Auhagen, Dahlem-Berlin; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. H. Becker, Berlin; Professor D. Deißmann, Berlin; Prof. Dr. Rudolf Eucken, Jena; Prof. Dr. Eulenburg, Leipzig; Anton Fendrich, Freiburg-Zähringen; Prof. Dr. E. Franke, Berlin; Prof. Dr. O. Franke, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Geßler, Nürnberg; Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig; Prof. Dr. Harms, Kiel; Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau; Prof. Dr. Lampe, Berlin; Dr. Freiherr von Mackay, München; Wilhelm v. Massow, Berlin; Prof. Dr. F. Meinecke, Berlin; Dr. Adrian Molin, Stockholm; Geh. Reg.-Rat Dr. Muthesius, Berlin; Geh. Justizrat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Prof. Dr. Oncken, Heidelberg; Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Pohl, Greifswald; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Prof. Dr. Roloff, Gießen; Prof. Dr. von Rümker, Berlin-Nikolassee; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann, Berlin; Axel Schmidt, Berlin; Wirkl. Geh. Rat Prof. G. v. Schmoller, Berlin; Geh. Rat Dr. Schneider, Frankfurt a. O.; Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Berlin-Halensee; Prof. Dr. Schumacher, Bonn; Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz, Freiburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Sering, Berlin-Grunewald; Dr. Somary, Berlin; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg; Dr. Friedrich Thimme, Berlin; Dr. lic. theol. Gottfried Traub, Dortmund; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Troeltsch, Berlin; Admiral z. D. Gouverneur v. Truppel, Berlin; Prof. Dr. Georg Wegener, Berlin; Dr. Fritz Wertheimer, Berlin; Prof. Dr. Wiedenfeld, Halle; Geh. Rat Prof. Dr. Wohltmann, Halle; Kgl. Ministerialrat Zahn, München; Regierungsrat Zache, Hamburg

Einsendungen (mit Rückporto) für die Schriftleitung sind zu richten nach Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II. Telephon: Amt Lützow 5723. / Einsendungen, welche den Versand und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, dagegen nur an den Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II, Telephon: Amt Lützow 5723; oder Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, Wörthstraße 43. Telephon: 53.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Abt. „Deutsche Politik", Berlin

Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M 3.80, Ausland M 4.50.

Digitized by Google

2. Jahrgang * 12. Januar 1917 * Heft 2

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Der englische Friede

Von Professor Dr. E. Jäckh

Wie steht es nun um den Frieden? Diese Frage bewegt die Welt — der notleidenden Neutralen nicht minder als der kriegverwickelten Völker. Wie steht es um den Frieden? — nun, nachdem auf das deutsche Angebot die englische Antwort gekommen ist. Ist der Friedensstrahl, der gleich dem Licht aus dem Morgenland aufgeflammt ist, wieder untergetaucht in die Nacht fortdauernder, ja gesteigerter Kriegsgreuel — oder gelingt es auch einem Lloyd George nicht, so wenig wie weiland Herodes, den neuen, unbequemen Stern auszulöschen, auch durch neuen, unaufhörlichen Menschenmord nicht? Sind die Friedensglocken — kaum angeschlagen — jäh und ganz verstummt, übertönt von dem krächzenden Geschrei der Kriegsraben — oder klingen sie trotzdem weiter in den Seelen der irregeführten Völker, diesen doch schließlich den rechten Weg weisend, über den Widerstand der wenigen, aber gründlich Schuldigen hinweg?

Zu beiden Deutungen öffnet die englische Note und ihr Kommentar eine Pforte. Und auch eine dritte Deutung ist noch geläufig: daß trotz des scheinbar schroffen Nein das letzte Wort noch nicht gesprochen ist — von England an den amerikanischen Präsidenten und von Wilson weiter. Wie dem auch werde — zunächst geht der Krieg weiter, mit sich steigernder Grausamkeit .... und sein Blut kommt auf die Häupter derer in London, Petersburg und Paris, die es so gewollt.

Wenn man die englische Note aus dem Wust ihrer unguten Verlogenheit und gassenbübischen Grobheit, die eine diplomatische Antwort unmöglich macht, sauber herausschält, so kommt heraus: die Furcht vor einem „deutschen Frieden" auf Grund der „europäischen Kriegskarte", und die Forderung eines englischen Friedens auf Grund der drei Formeln: „Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten; Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten; und Bürgschaften für die Sicherung der Welt."

Ein solcher „englischer Friede" könnte wohl auch ein „deutscher Friede" werden: in diesen drei Grundgesetzen läßt sich eine völlige Übereinstimmung feststellen.

Digitized by Google

1. Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten:

Deutschland kann diese englische Formel noch ausweiten und sie ebenso wie für „Nationalitäten und kleine Staaten" für Nationen und große Staaten anwenden und auch durchführen. Diese englische Formel, von Deutschland angenommen, verpflichtet England zu folgender Neueinrichtung der Welt, von Europa über Afrika und Asien, nach Australien und Amerika:

Irland seine Unabhängigkeit zu geben.

Gibraltar an Spanien zurückzugeben.

Malta und Cypern den zuständigen Nationalitäten zurückzugeben und die griechischen Inseln zu räumen.

Ägypten den Ägyptern zurückzugeben.

Die Burenrepublik den Buren zu lassen.

Arabien den Arabern und dem Kalifen zu lassen und Aden zu verlassen.

Persien den Persern zu lassen.

Indien den Indern zu überlassen.

China den Chinesen zu lassen und Hongkong und Weihaiwei zu verlassen.

Das wären nur einige Hauptpunkte: von afrikanischen Negervölkern oder von malaiischen Schutzstaaten gar nicht zu reden; auch nicht von den Flottenstationen, die früheren holländischen und spanischen Kolonien abgenommen worden sind; auch nicht vom Verhältnis zu Kanadas Dominion und Australiens Kommonwealth.

Aber die Folgerung der englischen Formel wäre auch: Portugal und Griechenland die Freiheit zu lassen; und Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden nicht zu vergewaltigen.

Eine ähnliche Rechnung präsentiert die englische Formel Rußland, dem Reich der „hundert Völker", unter denen die Russen kaum mehr als die Hälfte ausmachen. Polen könnte so seine Nationalität durchsetzen, die Deutschland bereits eingerichtet hat, und Finnland; ebenso Litauer und Letten; der Kaukasus mit den Georgiern; Zentralasien mit Buchara und Afghanistan. China den Chinesen, Persien den Persern, die Türkei den Türken, der Balkan den Balkanvölkern: alles das und noch mehr müßte England durchsetzen und könnte dabei der Mitwirkung Deutschlands sicher sein.

England verpflichtet sich ferner durch seine Formel, den „Nationalstaat" Deutschland und seine „freie Existenz" anzuerkennen und die Anerkennung auch bei seinen Verbündeten durchzusetzen. Deutschland ist doch ein „Nationalstaat" im englischen Sinne wie keiner seiner Feinde: die 150000 Dänen, 200000 Franzdslinge, 100000 Litauer und 3 Millionen Polen ändern an der 92%igen Nationaleinheit Deutschlands nichts; besonders nichts im Vergleich der massigen Nationalitäten innerhalb des englischen und des russischen Imperiums und des franzdsischen Kolonialreichs. Was sind auch

Digitized by Google

die Stammesunterschiede innerhalb Österreich-Ungarn gegenüber den Verschiedenheiten wirklicher Nationen innerhalb jener Weltreiche!

Und 2. Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten:

Gut! Diese englische Formel verpflichtet England:

Frankreich zu räumen und Calais wie Marseille wieder französisch sein zu lassen.

Griechenland zu räumen und Saloniki wie die Inseln wieder griechisch sein zu lassen.

In Afrika die deutschen Kolonien wieder herzustellen.

In Asien arabische, mesopotamische und armenische Gebietsteile der Türkei wieder herzustellen.

Auch dieser englischen Verpflichtung gegenüber ist die deutsche Folgerung geringer. Belgien und Balkan meint England. Es weiß, daß Deutschland an keine Annexion von Belgien denkt, ja daß Deutschland die englische Formel der „Freiheit der Nationalitäten" auch dort bereits durchführt: Wallonien den Wallonen, Flandern den Vlamen. England hat auch die bulgarischen Ansprüche, die bulgarische Nationalität zu einigen, seinerseits anerkannt — durch englische Angebote, die Bulgarien nun seinerseits verwirklicht hat. Daneben hat ein friedliches Serbien-Montenegro Platz und ebenso ein gefahrlos gemachtes Rumänien.

Schließlich 3. Bürgschaften für die Sicherung der Welt:

Auch diese englische Formel ist eine deutsche Forderung. Was hat denn die „Unsicherheit" in die Welt gebracht? Der russische Panslawismus, der den Balkan entnationalisieren, russifizieren und Konstantinopel erobern, die Türkei auflösen wollte. Der französische Chauvinismus, der das deutsche Elsaß-Lothringen erobern wollte. Der englische Imperialismus, der der deutschen Entwicklung die Welt versperren wollte. Nun sind diese drei Tendenzen in diesem Weltkrieg unterlegen: Deutschland und seine Verbündeten haben einer Koalition von Feinden widerstanden, wie sie die Weltgeschichte noch nicht gekannt hat und kaum wieder erleben kann. Deutschland ist — durch den Willen der Feinde genötigt — mit seinen Verbündeten zu einem „Mitteleuropa" zusammengewachsen, das den Balkan befreit und die Türkei rettet. Deutschland und seine Verbündeten haben in diesem „Mitteleuropa" das englische „Grundgesetz von der Freiheit und Selbständigkeit der Nationalitäten" durchgeführt, und dieser freie und selbständige Bund sichert auch die Welt künftig gegen den russischen Panslawismus. England möge das zu Ende bringen, was einige englische Staatsmänner bereits vor dem Kriege gleichfalls als eine „Sicherung der Welt" anerkannt haben: der deutschen Entwicklung in einem „Mittelafrika" freie Bahn zu geben — und Deutschland wird auch das als eine „Bürgschaft für die Sicherung der Welt" anerkennen. Darüber hinaus hat der deutsche Reichskanzler bereits das Ziel eines Weltfriedensbundes gezeigt.

Der „englische Friede" kann wohl ein deutscher Friede werden — wenn England nur will und wenn England dem Schein der Worte die Wirklichkeit der Tat folgen

Digitized by Google

läßt. Dazu braucht es freilich — wie es scheint — noch Zeit zur eigenen Einsicht und noch Nachhilfe durch deutsche Taten.

Heute beurteilt England die Kriegslage so, wie es der „New States-Man" in folgender Darstellung tut:

1. Der Krieg im Westen hat deutlich erkennen lassen, daß der Besitz eines überwältigend großen Angriffsheeres die einzige Form militärischer Vorbereitungen ist, die Wert hat. Die Nation, die das größte Heer innerhalb der möglichst kürzesten Zeit nach der Kriegserklärung oder besser noch vor der Kriegserklärung mobilisieren kann, braucht lediglich in das feindliche Gebiet einzurücken, soweit es kann vorzurücken und sich dann einzugraben. Wenn dies geschehen ist, so hat das angegriffene Land keine andere Wahl mehr als einen Erschöpfungskrieg, der wahrscheinlich verschiedene Jahre dauert, zu führen, oder sich als geschlagen zu bekennen und Frieden auf Grund der Bedingungen des Angreifenden zu machen.

2. Der Krieg im Osten hat deutlich gezeigt, daß Rußland, wenngleich noch immer unbesiegbar, keine Militärmacht ersten Ranges ist, wenn es nicht durch Verbündete unterstützt wird, und daß es mindestens während der Dauer von zwei Generationen auch nicht zu solcher Militärmacht werden kann. Infolgedessen kann Deutschland auch nicht länger im Zaum gehalten werden durch die Furcht vor den „russischen Horden".

3. Der Krieg im Südosten hat bewiesen, daß Frankreich und England nicht mit Deutschland auf dem Balkan rivalisieren können und nicht durch eine direkte Aktion wirksam eingreifen können, da Deutschland einen natürlichen Vorteil in seinen guten Landverbindungen von Berlin nach dem Bosporus besitzt.

4. Der Krieg hat gezeigt, daß Deutschland ein viel kräftigerer Militärstaat ist, als wir vermutet hatten, und vielleicht sogar als Deutschland selbst glaubte, und daß die Vasallenvölker im Kampfe im allgemeinen zuverlässig sind, wenngleich die aus diesen Vasallenvölkern gebildeten Regimenter nicht so wertvoll sind wie die deutschen Regimenter, und daß sie sich unter deutscher Führung ausgezeichnet schlagen.

5. Es muß die Tatsache festgestellt werden, daß der Glaube an Deutschlands Macht im Krieg sich in ganz Südosteuropa außerordentlich verstärkt hat. Diese Tatsache wird die Lage Europas beherrschen, solange die mil.tärische Kraft Deutschlands ungebrochen bleibt, und das ist es, was die Alliierten meinten, wenn sie erklärten, daß sie nicht für Kriegsziele kämpfen, sondern für den Sieg. Man vergegenwärtige sich nur, was diese Tatsachen bedeuten. Angenommen, daß Deutschland jetzt bereit wäre, Frankreich und Belgien zu räumen und diesen beiden Ländern eine Schadenvergütung zu bezahlen, ferner Russisch-Polen, die baltischen Provinzen und Serbien zu räumen, und angenommen, daß Österreich bereit wäre, das Trentino an Italien abzutreten, endlich angenommen, daß Deutschland sogar bereit sei, Elsaß-Lothringen mit Frankreich zu teilen, Triest Italien zuzugestehen und von der Rückgabe einiger Kolonien abzustehen, so sind das Bedingungen, die naturgemäß weit über das hinausgehen, was Deutschland zu bieten gedenkt; aber selbst dann würde Deutschland zweifelsohne den Krieg gewonnen haben, denn es würde in Wirklichkeit der Herrscher des europäischen Kontinents sein, ohne daß die Möglichkeit bestände, daß ihm diese Oberherrschaft bestritten würde. Befreit von der Furcht vor den russischen Millionen, und an der Westgrenze durch ein Laufgrabensystem geschützt, würde sein Wort Gesetz werden: von der Nordsee bis zum Schwarzen Meere. Mitteleuropa könnte ebenso sicher uud bequem gegründet werden, wie das Deutsche Kaiserreich nach dem Krieg von 1870, und nichts könnte seine Ausdehnung über den Balkan nach El Arisch und nach Bagdad verhindern; denn die kleinen Balkanstaaten haben wohl gelernt, Berlin keinen Widerstand zu bieten, und erfahren, daß diejenigen, die dennoch Widerstand

Digitized by Google

leisten, keine Hilfe finden. Die Türkei aber kann ihre Existenz nicht sichern, ohne die gnädige Gunst Deutschlands. Mit einer solchen strategischen Lage und derartigen Hilfsmitteln wird Deutschland imstande sein, während der nächsten zehn Jahre nicht der Welt, wohl aber Europa die Gesetze vorzuschreiben. Großbritannien wird unabhängig und ziemlich sicher bleiben: die entblößte ägyptische Grenze könnte verstärkt werden. Aber das übrige Europa würde der Gnade Deutschlands überliefert werden.

Diese englische Beurteilung der jetzigen Kriegslage enthüllt — neben der üblichen Verdächtigung Deutschlands — die englische Berechnung, warum seine „Staatsmänner" den Frieden noch verzögern wollen: sie werden auch darin Unrecht bekommen!

„Neuordnung" und Reichsrat

Von Robert Sieger, Graz

Als mein am 3. November abgeschlossener Aufsatz über den Stand der österreichischen Probleme in dieser Wochenschrift erschien, war manche seiner Vermutungen bereits verwirklicht. Weitere Klärungen folgten bald, und bald riefen auch die Absichten, die Herr von Koerber nach anfänglicher Zurückhaltung bekundete, wachsenden Widerspruch bei einem erheblichen Teile der Deutschen hervor. Dieser konnte in der Presse, namentlich der deutschradikalen, laut werden, da das Ministerium Koerber — hoffentlich mit dauerndem Erfolg — die Zensur wesentlich gemildert hat[1]. Inwieweit er oder vielmehr die ihm zugrunde liegenden Tatsachen, inwieweit die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn (über deren Verlauf selbstverständlich nichts Zuverlässiges bekannt ist) und andere Ursachen den für die Allgemeinheit überraschenden neuerlichen Ministerwechsel bewirkt haben, läßt sich noch nicht erkennen. Schärfere Beobachter erblickten schon in der Audienz, zu der Kaiser Karl I. die zurückgetretenen Mitglieder des Ministeriums Stürgkh befahl (2. Dezember) und in der Ernennung des Prinzen Hohenlohe zum gemeinsamen Finanzminister (3. Dezember) Anzeichen einer erschütterten Stellung Koerbers. Wie dem auch immer sein mag, und wie immer sich das Ministerium Spitzmüller zu den großen Fragen der inneren Politik stellen mag, in denen die meisten von ihm eine der Koerberschen entgegengesetzte Haltung erwarten (wenn diese Zeilen in Druck gehen, wird man darüber wohl klarer sehen), jedenfalls mag eine kurze Erörterung der Fragen, die Koerber in Gegensatz zu einem großen Teil der deutschösterreichischen Allgemeinheit und der deutschen Abgeordneten brachten, und ihrer Rückwirkung auf die deutschen Parteien angezeigt erscheinen — auch mit Rücksicht auf die zukünftige Haltung der deutschen Vorkämpfer des öster-

[1] Diese Milderung erstreckte sich am wenigsten auf die Ungarns Verhältnis zu Österreich betreffenden Erörterungen, dagegen voll und ganz auf die vorher so schwer zu besprechenden galizischen Fragen. Das Vertrauen, das Koerber in die Presse setzte, wurde im ganzen nicht enttäuscht. Unliebsame Erscheinungen, wie ein empörender Artikel der Wiener „Zeit", der die Reden der englischen und reichsdeutschen Staatsmänner in wenig bundesfreundlicher Art besprach, blieben Ausnahmen.

Digitized by Google

reichischen Staatsgedankens. Diese Fragen betreffen die Art der Durchführung für die von den Deutschen angestrebten „Neuordnungen", insbesondere die Sonderstellung Galiziens, und den Umfang der dem Reichsrate in seiner bevorstehenden Tagung zuzuweisenden Aufgaben.

Die Anschauungen, zu welchen die Deutschen Österreichs durch die Erfahrungen der letzten Friedensjahre und die Notwendigkeiten der Kriegszeit gelangt waren, und denen auch ein Teil des böhmischen Feudaladels nicht mehr ganz ablehnend gegenüberstehen soll, sind bekannt. Wir sehen — im „Osterprogramm" ist dies von einer großen Gruppe zumeist nicht berufsmäßiger Politiker eingehend dargelegt worden — die Voraussetzungen für eine starke Staatsgewalt und ein arbeitsfähiges Parlament vor allem in der Durchführung der deutschen Staats- oder Vermittlungssprache, der deutschen Verhandlungssprache und einer strammen Geschäftsordnung des Reichsrats, der Sonderstellung Galiziens im Rahmen Österreichs, die aus geographischen Gründen irgendwie auch auf die Bukowina zurückwirken muß, im Ausscheiden der galizischen Vertreter aus dem Reichsrate, manche auch in einer Neuregelung der Stellung Dalmatiens. Wir verlangen ferner, daß die rein sachliche, von verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgehende Behandlung von Organisationsfragen ermöglicht werde, wie die Kreisteilung Böhmens und anderer größerer Kronländer, ein richtiges Ausmaß der „Kronlandsautonomie" — deren fortschreitende Entwicklung zu einer hinderlichen und kostspieligen „Doppelverwaltung" geführt hat[1] — der Aufhebung der kronlandweisen Wahl in die Delegationen[2] u. a. m. Gerade diese sind in so hohem Maße zu parteipolitischen und nationalen Machtfragen geworden[3], daß man von dem Reichsrat in seiner gegenwärtigen Zusammen-

[1] Die „Kronlandsautonomie" haben Männer von sehr verschiedenen politischen Anschauungen einer in den Hauptpunkten übereinstimmenden scharfen Kritik, auch vom deutschnationalen Standpunkte aus, unterzogen. So Karl Renner in „Österreichs Erneuerung", insbesondere im 1. und 2. Bande, Albert Ritter (Winterstetten) in dem Werkchen „Autonomie?", Graz 1916, Franz Jesser besonders in dem Aufsatze „Deutschösterreichische Reichspolitik" (Deutsche Arbeit, November 1916), der auch die „nationale Autonomie" im Sinne Renners ablehnt u. a. m. Doch gibt es auch im deutschen Lager, besonders in den Alpenländern, mehr oder weniger ausgesprochene „Autonomisten". Vergl. „Deutsche Politik", August 1916, 1380f.

[2] Dieses Überlebsel aus der Zeit der „indirekten Wahlen", in der der Reichsrat von den Landtagen der Kronländer gewählt wurde, wird der Stellung der Nationen nicht gerecht; so haben die Deutschen nur 13, die Tschechen allein 14 Delegiertenmandate sicher. Gerade die hervorragendsten Führer eines Volks oder einer Partei gehören nicht immer Kronländern an, deren Mandate jenes beherrscht und können also oft nur durch die üblich gewordenen, über mehrere Länder sich erstreckenden „Kompromisse" in die Vertretung der Gesamtmonarchie gelangen.

[3] Die Beherrschung einer Landesverwaltung gibt unter Umständen einem Volk oder einer Partei eine Machtstellung, die weit über das von ihr eingenommene Gebiet hinausreicht. Wie weit diese gehen kann, zeigt eine leider noch nicht veröffentlichte Denkschrift des Deutschen Volksrates in Krain, die nur bekannte, zum Teil schon lange bekannte Tatsachen zusammenstellt.

Digitized by Google

setzung und Zerklüftung selbst bei gutem Willen seiner Mehrheit die erforderliche großzügige und einmütige Arbeit nicht erwarten kann. Man meinte also, daß die „Grundgesetze", durch die das Parlament allein wieder leistungsfähig werden kann, vor seiner Einberufung als Kriegs- und Staatsnotwendigkeiten ins Leben gerufen werden müssen. Darauf, daß dies auch die Meinung des Ministeriums Stürgkh war — wie immer seine Mitglieder über den Zeitpunkt der Neuordnung und der Einberufung denken mochten — deutet auch hin, daß die Erklärung über die Sonderstellung Galiziens schon im Zusammenhang mit der Gründung des Königreichs Polen erfolgte. Das Fehlen dieser „Voraussetzungen" für eine fruchtbare Tätigkeit des Reichsrats war das Hauptbedenken, das gegen seine Einberufung geltend gemacht wurde. Ich habe nun kürzlich ausgeführt[1], aus welchen Gründen eine zunehmende Bewegung für den Zusammentritt des Abgeordnetenhauses einsetzte, und daß man nunmehr wesentlich an andere, viel bescheidenere und mehr im Belieben der Abgeordneten liegende Voraussetzungen der Tagung dachte oder doch fast nur von ihnen sprach. Bei den Gegnern einer vorherigen Regelung der Grundfragen ist das selbstverständlich; bei manchen ihrer Anhänger war die Hoffnung auf ihre Verwirklichung geschwunden, andere waren durch die Bewegung für die Einberufung des Parlaments umgestimmt oder irre gemacht worden und manche verwechselten wohl nach und nach infolge der verwirrenden Preßfehden die eine Art der „Voraussetzungen" mit der andern. Aber auch schärfer Unterscheidende konnten sich angesichts der langen Dauer der parlamentslosen Zeit für eine Einberufung entscheiden, wenn sie dabei lediglich an eine Kriegstagung dachten, welche patriotische Kundgebungen, Äußerungen des Kriegs- und Siegeswillens, Kritik der Verwaltung, Erörterung von Kriegsmaßregeln, Ernährungs-, Steuer-, Bewilligungsfragen, die Wahl der „Delegation" und andere unmittelbare Sorgen des Augenblicks, nicht aber die grundlegenden Probleme der Verfassung und der künftigen Politik zum Inhalt haben sollte. Ich habe in dem mehrerwähnten Aufsatz eine solche als allein wahrscheinlich bezeichnet und von Koerber erwartet, daß er sie einberufen werde. Inzwischen ist sie durch den Tod Kaiser Franz Josefs notwendig geworden; Trauer- und Huldigungskundgebungen auf der einen, der Verfassungseid Kaiser Karls auf der andern Seite machen sie erforderlich. Manchen erscheint sie sogar sehr dringlich, um gegen Ungarn nicht zu sehr „zurückzustehen"! Andere meinen, daß gerade diese Notwendigkeit um so mehr zu einer raschen Schaffung der „Vorbedingungen" zwinge. Alle diese Auffassungen sind in der Presse zu Wort gekommen. Sicher sind unter den Vorkämpfern der Einberufung gerade jene Gruppen, die von der Fortdauer der bisherigen üblen Zustände am meisten politischen Vorteil ziehen würden. Gerade sie dürften bei einer Kriegstagung durch besonders musterhaftes Verhalten um Vertrauen für sich und den Reichsrat werben. Erreichen sie dadurch, daß diesem die großen organisatorischen Aufgaben übertragen werden, so wer-

[1] „Deutsche Politik" vom 24. November 1916, S. 2061 f.

Digitized by Google

den sie dafür sorgen, daß die Neugestaltung nicht so ausfällt, wie der Staat sie braucht und die deutschösterreichische Staatsgesinnung sie wünscht.

Kann man sich schwer vorstellen, wie das heutige Abgeordnetenhaus mit seiner slawischen Mehrheit die Grundgesetze gestalten würde, die man ihm vorlegte, so ist es noch schwerer möglich, sich eine Beratung über Art und Bedingungen der Sonderstellung Galiziens in einem Parlament vorzustellen, in dem die Polen einen wesentlichen Teil der Mehrheit bilden und die Ruthenen eine aufs äußerste erbitterte Opposition. Die Sonderstellung Galiziens unter Ausscheiden seiner Vertreter aus dem Reichsrate, ursprünglich eine Forderung der kleinen radikalen Gruppe Schönerers, ist im Laufe der Zeit ein gemeinsamer Wunsch der Deutschen geworden — auch die Christlichsozialen verlangen sie und der Sozialdemokrat Pernerstorfer hat in einem in mehreren reichsdeutschen Blättern erschienenen Aufsatze erklärt, daß er sie „voraussetze“[1]. Wir verlangen sie nicht etwa bloß, um eine deutsche Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu gewinnen. Denn diese ist nicht stark genug, um die Deutschen zu Herren zu machen. Wohl aber reicht sie aus, um „Koalitionen des Hasses“[2] zwischen sonst zusammenhanglosen Elementen gegen sie wirkungslos zu machen, um durch das Übergewicht des „sozial stärker differenzierten und dabei zu nüchterner Sachlichkeit geneigten“ Deutschtums die politisch-wirtschaftlichen und sozialen Fragen in den Vordergrund des parlamentarischen Lebens zu bringen, dem deutschen Volk zum Vorteile des Staats „die politische Initiative zu sichern“. Die Stellung der Polen als Zünglein an der Wage ist heute vielfach eine entscheidende, auch in solchen Fragen, die Galizien dank seiner sehr weitgehenden Autonomie nicht berühren. Eine solche maßgebende, oft von rein taktischen Erwägungen bestimmte Gruppe ist der sachlichen Arbeit nicht immer förderlich und vermag ihrem Lande auf Kosten des Ganzen jederzeit Vorteile zu erringen. Die Sonderstellung Galiziens kommt also der Arbeitsfähigkeit des Reichsrats zugute. Aber auch jener der Staatsverwaltung, indem sie „ihr Arbeitsgebiet konzentriert“. Angesichts der großen Unterschiede zwischen den kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen Galiziens und jenen „Westösterreichs“, bei dem völligen Fehlen eines Beamtenaustausches zwischen beiden Gebieten, bei der Herrschaft der polnischen „inneren Amtssprache“ in Galizien seit 1869, bei der Besonderheit des Ostjudenproblems, der ruthenischen Autonomiefrage usw. und aus manchen andern Gründen stellt die Verwaltung dieses stark von östlichen Einflüssen bestimmten Landes ganz andere Aufgaben als die von Gebieten, die völlig der mitteleuropäischen

[1] Z. B. „Düsseldorfer Generalanzeiger“ 19. September 1916, „Magdeburger Zeitung“ 16. September 1916. „Freilich“ bezeichnet er sie als „ein Problem der Gesamtmonarchie, nicht mehr eines, das ausschließlich die Deutschen betrifft“.

[2] Die hier unter Anführungszeichen gebrachten Wendungen sind teils meinem Aufsatz „Der österreichische Staatsgedanke und das deutsche Volk“ und anderen meiner Arbeiten, teils einer (unveröffentlichten) kurzen Denkschrift des „Deutschen Klub“ in Wien entnommen.

Digitized by Google

Kultur und Lebensweise unterworfen sind. Von besonderem Gewicht ist endlich die abgesonderte geographische Lage, die Galizien enger an Ungarn als an Österreich anschließt, und die absonderliche Gestalt, die Zisleithanien dadurch erhielt. Längst schon hat man in dieser eine geographische Schwäche erkannt, der die große Autonomie Galiziens entsprang, ihr aber nur zum Teil abhelfen konnte. Erst durch seine Sonderstellung kommt Österreich dem ungarischen Staatsgebiet an Gedrungenheit und einfacher Begrenzung nahe, in etwa dieselbe „geographische Rangsklasse", wie dieses. Ungarn selbst hat sich ähnlichen, wenn auch geringeren, Schwierigkeiten durch die Sonderstellung Kroatiens entzogen, die in vieler Beziehung, wenn auch keineswegs in jeder, als Vorbild für jene Galiziens gelten kann. Jedenfalls darin, daß alle dem Staate wichtigen Verteidigungs-, Wirtschafts- (auch Ernährungs-) und Verkehrsangelegenheiten dem Einflusse Österreichs nach wie vor unterliegen müssen. Die Deutschen erwarten auch Schutz für ihre Siedlungen in Galizien, deren Bedeutung für den Gesamtstaat der Krieg erwiesen hat. Endlich hat A. Grabowsky kürzlich[1] darauf hingewiesen, daß die Regelung der galizischen Angelegenheiten als ein Teil des polnischen Problems auch die Belange des Deutschen Reichs berührt, und es ist wohl jedem klar, daß die Autonomiefrage der Ruthenen, welche gegen die Sonderstellung Verwahrung eingelegt haben, auf das engste mit den Problemen der auswärtigen Politik zusammenhängt. Es ist kaum zu erwarten, daß das gegenwärtige Abgeordnetenhaus allen diesen Gesichtspunkten sachlich gerecht werden kann. Viel eher wären in ihm Ansprüche anderer Kronländer auf eine ähnliche Stellung, denen der Staat um seiner inneren und äußeren Machtstellung willen nicht entgegenkommen kann[2], und das übliche Feilschen um den Preis für die Zustimmung einzelner Gruppen zu gewärtigen.

Unter solchen Umständen mußten es deutsche Abgeordnete als eine erste Pflicht ansehen, sich über die Stellung zu unterrichten, welche Herr von Koerber gegenüber den vom Ministerium Stürgkh mehr oder weniger deutlich in Aussicht gestellten Maßnahmen einnahm. Um so mehr, als am 15. November die Vertreter der nichtdeutschen Parteien ihre gemeinsame Anschauung, daß man „alle Verfassungs- und nationalen Fragen" auf parlamentarischem Wege erledigen müsse, kundgaben. Anfangs beantwortete Herr von Koerber die Anfragen dahin, daß allen politischen Angelegenheiten die dringenden wirtschaftlichen Fragen, wie die — auch alsbald vorgenommene — Einrichtung des Ernährungsamtes, vorausgehen müßten. Bald aber erklärte er in Gesprächen, wie dem mit Präsident Sylvester am 23. November, streng auf dem Boden der Verfassung zu stehen und alle vorliegenden politisch-wirtschaftlichen Fragen parlamentarisch lösen zu wollen; der Weg der „Oktroyierung" und des § 14 solle in allen

[1] In einem auch sonst sehr lesenswerten Aufsatze im „Neuen Deutschland" vom 15. November 1916.
[2] Der Abgeordnete Jesser schreibt in der „Bohemia" vom 15. November 1916: „Wir dürfen diese Sonderstellung (d. i. die Galiziens) nur zugeben, wenn der straffe Einheitsstaat Österreich gesichert ist." Als erster Schritt zur Föderalisierung wäre sie verhängnisvoll.

Digitized by Google

Fällen streng vermieden werden. Zahlreiche verwandte Äußerungen — einzelne konnte man auch dahin deuten, daß man es mit dem Reichsrat „versuchen" und im Falle seines „Versagens" anders vorgehen wolle (wohl ein bedenkliches Vorgehen von jedem Standpunkt aus) — sind zwar nicht öffentlich gefallen, ihr Wortlaut und ihre politische Bedeutung ist vielfach umstritten. Es ist aber kaum zu glauben, daß die Ankündigung des parlamentarischen Wegs sich nur auf das Budgetprovisorium und andere Kriegstagungsaufgaben oder auch den ungarischen Ausgleich bezog. Die Erregung, die zunächst die deutschradikale, aber auch die christlichsoziale Partei und ihre Presse ergriff, spiegelte sich auch in der Wiedergabe von Gerüchten, wie daß der Ministerpräsident die Sonderstellung Galiziens als eine üble von Stürgkh übernommene Erbschaft bezeichnet und sich durch ein Wörtchen in dem sonst von den Deutschen günstig beurteilten Handschreiben vom 5. November die Handhabe zu ihrer parlamentarischen Verhandlung und damit Verhinderung gesichert habe[1]. Im Nationalverband war die Meinung über die Absage an Herrn von Koerber geteilt; viele Mitglieder der Deutschen Arbeitsgemeinschaft hielten an ihrem früheren Parteibeschluß einer „freundlich zuwartenden Haltung" fest. In nichtparlamentarischen nationalen Kreisen scheint die Beunruhigung weit überwogen zu haben — wenn mich nicht etwa die Vorliebe für meine eigene Anschauung trügt. Die Einigkeit der Deutschösterreicher war aufs schwerste, man konnte fürchten, auf die Dauer bedroht. Daß die Gefahr vorüberging, danken wir den Bemühungen einsichtiger Abgeordneter, dem Ministerwechsel, der eine Ruhepause in der Preßfehde bewirkte, aber auch dem Eindruck, den gerade auf nationale Deutsche gewisse Begleiterscheinungen dieser Preßfehde machen mußten. Man hätte erwarten dürfen, daß auch die Gegner der „deutschradikalen Taktik", ja auch die Anhänger der parlamentarischen Erledigung der galizischen und anderer Grundgesetze die gemeinsamen, dem Herrn von Koerber z. B. von den deutschböhmischen Abgeordneten vorgetragenen deutschen Anschauungen gerade in dieser erregten Zeit als außer Frage stehende allgemeine Auffassung bezeichnen, wenn schon nicht vertreten würden. Statt dessen trat in der „großen Presse" — und, wenn ich recht sehe, auch in einer Zahl liberaler Provinzzeitungen — neben dem unbedingten Vertrauen zu Koerber und seinen wirtschaftlichen Zukunftsplänen, die sein Sturz gefährden mußte, neben einer doktrinären Auffassung von der unbedingten Verfassungsmäßigkeit[2] und anderen Gesichtspunkten, auch das unverkennbare Bestreben hervor,

[1] Das kaiserliche Handschreiben verkündet die Absicht, „dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklang steht, selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten. „Indem ich Ihnen", schließt es, „diese Absicht kundtue, beauftrage ich Sie, zu ihrer gesetzmäßigen Verwirklichung geeignete Vorschläge auszuarbeiten und mir vorzulegen."

[2] Das Bedenken, daß außerparlamentarische Verfügungen jederzeit auf dem gleichen Wege wieder aufgehoben und ins Gegenteil verkehrt werden können, ist im Laufe der Zeit immer öfter laut geworden.

Digitized by Google

die weit vorgeschrittene Annäherung der Deutschradikalen und der Christlichsozialen zu sprengen oder diese doch von den andern deutschen Parteien zu trennen. Das geschah in erster Linie nicht aus parteimäßiger Engherzigkeit, sondern aus Besorgnis vor einem Zusammenschluß der großen deutschen Parteien auf „antisemitischer" und sozialer Grundlage. Gerade diese Anschauungen sind aber durch die rücksichtslosen Beutezüge der Kriegswucherer (im weitesten Wortsinn) volkstümlich geworden. Das darf man sich nicht verhehlen.

Die Gefahr einer Zersplitterung der Deutschen in einander heftig anfeindende Parteien ist wieder einmal vorübergezogen. Um so mehr müssen wir aus ihrem plötzlichen Auftauchen die nötige Lehre ziehen. Ob die deutschen Forderungen von oben Unterstützung finden — mit Recht warnen Abgeordnete, wie Dobernig und Jesser davor, von ihr mehr zu erhoffen, als von der eigenen Tatkraft und Einigkeit — oder ob die Deutschösterreicher im harten parlamentarischen Kampf sich und dem Staat den Lebensraum verteidigen und sichern müssen, in jedem Fall ist nichts so notwendig, als Zusammenhalt und feste Zucht, bestimmte Ziele und klare Wege. Nur wenn sie stark sind, winkt ihnen Ansehen und Erfolg. Das Zusammengehen des Nationalverbands mit den Christlichsozialen ist um so wichtiger und wertvoller, als es auch auf die innere Festigung des Verbandes[1] günstig zurückwirken muß.

Nachschrift. Diese Zeilen sind während der Versuche des Herrn von Spitzmüller, ein Ministerium zu bilden, geschrieben worden. Die Überraschung, daß statt dessen ein Ministerium Clam zustande kam, hat den Verfasser zu keiner Änderung veranlaßt. Einerseits sollte die Stimmung jener stürmischen Tage festgehalten, andererseits zu der neuen Regierung, die Männer sehr verschiedener Richtung umfaßt, nicht vorschnell Stellung genommen werden. Nur so viel sei bemerkt: In der Hoffnung, daß die Regierung den österreichischen Staatsgedanken über alle anderen Erwägungen stellen werde, verhalten sich die Deutschen gegen sie freundlich zuwartend.

Der russische Kriegswille

Von Dr. Richard Pohle

Als die Russen den großen Krieg begannen, bezeichneten sie ihn vor aller Welt als Vaterländischen Krieg. Damals sprach der Zar von seinem Palais aus zu einer vieltausendköpfigen Menge, zu Reichswürdenträgern und kleinen Beamten, Minister-

Formell ist es durchaus berechtigt. Aber wenn die getroffenen Maßnahmen gut sind und sich einleben und bewähren, vor allem, wenn sie den nationalen Frieden fördern, ist eher eine nachträgliche parlamentarische Genehmigung zu irgendeiner Zeit, als eine Wiederaufhebung zu erwarten.

[1] Er umfaßt die Deutsche Arbeitsgemeinschaft mit 44, die Deutsche Agrarpartei mit 29, die Deutschradikalen mit 23, die Deutsche Arbeiterpartei mit 2 Abgeordneten. Heute, am 20. Dezember, konnte endlich das 1915 festgelegte und im März 1916 verbreitete „Programm" des Nationalverbands veröffentlicht werden.

Digitized by Google

frauen und Weibern der Halle, Großkaufleuten, Lastträgern, Generalen und gemeinen Soldaten, die barhäuptig vor ihm knieten. Damals leistete er den Eid, er wolle nicht Frieden schließen, so lange noch der Fuß eines Feindes auf russischer Erde weile. Über diesen Schwur ist viel gespottet worden — auch in Rußland. Wenn man aber hinhörte, wer sich darüber lustig machte, so waren es stets Angehörige der verschiedenen „Fremdvölker" — niemals Nationalrussen oder solche, die in ihrem Inneren *national-russisch* fühlten. Gerade *dieses Element* aber ist bei allen großen und ernsten Ereignissen, die das Russische Reich bis in die tiefsten Tiefen ergriffen haben, stets, so lange es eine öffentliche Meinung in Rußland gibt, *ausschlaggebend* gewesen. Für diese Leute wäre die grandiose Deutschenhetze, die in der Presse, in Versammlungen und Vereinen, in einer ganzen Broschürenliteratur betrieben wurde, nicht nötig gewesen. Diesen Leuten sagte auch der Ministerpräsident Goremykin nichts Neues mit seinem Ausspruch: „Wir führen Krieg nicht nur gegen das Deutsche Reich, sondern gegen das Deutschtum überhaupt." Für wen mußte denn trotz alledem der Deutschenhaß entfacht werden? Einesteils für diejenigen Gebildeten, die, bis dahin vom kernrussischen Stamme unterdrückt, im deutschen Volk den Hort von Kultur und Sitte sahen, vor allem aber — für den gemeinen Mann, die große „graue" Masse der Bauernbevölkerung. Ich habe eine Reihe von Jahren in enger Fühlung mit dieser Schicht gelebt, habe Gelegenheit gehabt ihren Charakter zu studieren. Immer sprachen sie vom Deutschen mit einer gewissen Hochachtung. Stets habe ich feststellen können, daß der kleine Mann, der Bauer, der Kleinbürger, als real denkender und nüchtern urteilender Mensch den Deutschen als eine Art höher organisierten Wesens betrachtete, dessen Überlegenheit er deutlich fühlte. Aber noch ein anderes Gefühl war beigemischt: ein verborgener, tiefer Haß. „Der Deutsche hat den Affen erfunden", spricht der Volksmund; das klügste, menschenähnlichste Tier — eine „Erfindung" des Deutschen! Darin zeigt sich der Respekt. „Der Deutsche ist zwar ein guter Mensch, aber es ist dennoch besser ihn aufzuhängen!"

Im Herbst des Jahres 1915, als Rußland nach furchtbaren Niederlagen und ungeheuren Menschenverlusten ganze Länder verloren hatte, meinte man bei uns: nun werde Rußland bald Frieden schließen, denn es müsse doch endlich zu der Einsicht kommen, daß weitere Kämpfe keinen Zweck hätten. Tatsächlich tobte die russische Gesellschaft wider ihre Regierung, man forderte neue Minister und um ihre Verantwortlichkeit vor der Duma, nicht um Frieden zu machen, sondern zur Fortsetzung des Krieges bis aufs Messer und bis zum letzten Blutstropfen. Das Volk, d. h. die kernrussische Bevölkerung, sieht eben in diesem Kampf den Vaterländischen Krieg. Rußland wähnt, von uns vergewaltigt zu sein, nicht erst seit heute oder gestern, sondern seit der Zeit, wo Deutsche als Kulturträgerin Rußland eine Rolle gespielt haben. Wie der Engländer davon überzeugt ist, daß Deutschland vernichtet werden müsse, damit England seinem Welthandel nachgehen könne; wie der Franzose es seiner Ehre

Digitized by Google

schuldig zu sein glaubt, nicht eher zu ruhn, als bis wir machtlos am Boden liegen — so strebt der Russe nach Vernichtung des Deutschen Reiches, weil er nur darin seine Befreiung von einem ihm unerträglich scheinenden Joch erblickt.

1914/1915 erlebten wir das Schauspiel, das Russische Reich wenige Monate nach Beginn des Krieges von allen westlichen Meeren völlig abgeschnitten zu sehen; nur das Nördliche Eismeer blieb geöffnet. Sodann verlor Rußland Polen, Litauen und Kurland. Das zweite Kriegsjahr verlief anders. Zuerst tritt Ruhe ein. Rußland benutzt sie, um den Schiffsverkehr auf der Ostsee wieder einzurichten, die Ålands-Inseln zu befestigen, seine militärische Lage im Norden, in Finnland, zu verstärken und dadurch in einen besseren Verkehr mit seinen Verbündeten zu treten. Südlich vom Kaukasus gewinnt das russische Heer Boden, indem es über Erzerum und Trapezunt hinaus vorgeht. Gegen Ende des Jahres bringt die russische Offensive an der Südwest-Front Landzuwachs in der Bukowina.

Fassen wir die Ergebnisse der Jahre 1914—1916 zusammen, so sehen wir vor allem, daß Rußland eines seiner drei Ausfalltore nach dem Westen verloren hat. Polen und Litauen gewähren uns jetzt einen Schutzwall für die südliche Ostsee, mit anderen Worten für Norddeutschland. Beide Länder bilden ein organisches Ganze, das für uns eine wichtige Rolle spielt. Von Kurland läßt sich ein Gleiches nicht behaupten. Dieses Gebiet ist eben nur als Teil eines anderen geschlossenen Länderkomplexes, der Ostseeprovinzen, zu betrachten. Die Besetzung Kurlands hat lediglich die Bedeutung, daß wir eine (auch nur zum Teil günstige) Nordfront erhalten. Eine abgeschlossene, abgerundete Leistung, wie sie bei Polen und Litauen vorliegt, ist hier noch nicht zuwege gebracht. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß die Russen einen ungehinderten Seeverkehr im Rigaschen Meerbusen aufrecht erhalten. Während Rußland an einem Teil seiner mittleren Front zurückgedrängt worden ist, bestehen seine beiden anderen Ausfalltore — Finnland und die Länder zu beiden Seiten des Schwarzen Meeres — nach wie vor. Die Umklammerung hat somit scheinbar keine Änderung erfahren. Dabei hat Rußland im Norden unleugbar gewaltige Vorteile errungen. Es beherrscht die finnischen Gewässer vollständig. Das vergewaltigte Finnland selbst bildet einen Teil jener nordischen Brücke, die Rußland über Schweden und Norwegen mit seinen Kampfgenossen und Freunden verbindet, die es instandsetzt, sich mit allen zum Kriegführen notwendigen Dingen zu versorgen. Rußlands Stellung im Norden eröffnet ihm indessen noch eine neue Aussicht, nämlich die Möglichkeit der Besetzung von Nordschweden; denn dahin zielt doch letzten Endes die Befestigung der Ålands-Inseln. Ob diese Bewegung nach Westen noch während des Krieges oder später, nach dem Kriege, vor sich gehen soll, — in jedem Fall würde sie uns völlig von der Ostsee hinwegdrängen. Unser Vorteil in Polen und Litauen wäre dann hinfällig geworden. Jedoch, zum Glück für uns, besitzt Rußland im Norden einen schwachen Punkt: die Landenge zwischen Ladogasee und Finnischem Meerbusen. Denn hier münden in und

Digitized by Google

um Petersburg alle diejenigen Eisenbahnlinien (auch die vom Weißen Meer herführenden), die das Russische Reich mit dem Ausland verbinden. Sie können bedroht, ja, sie können sogar durchschnitten werden. Damit würde Rußland der Möglichkeit verlustig gehen, sich Kriegsmaterial und Industrieprodukte aller Art zu beschaffen.

Doch auch im Süden spielen die Russen zurzeit mit hohem Einsatz ein gewagtes Spiel. Durch ihr Vordringen in der Bukowina übermütig geworden, haben sie Rumänien in den Krieg getrieben; mit dessen Hilfe wollen sie unmittelbar nach Süden, nach Konstantinopel, dem von Generationen heiß ersehnten Ziel, durchdringen. Aber sie haben die Rechnung ohne Bulgarien gemacht. Hier bietet sich eine zweite Achillesferse der russischen Stellung dar; durchschneiden wir Rumänien, so können wir unsere Front um ein Bedeutendes verkürzen und andere Vorteile erringen. Während der russische Koloß in der Mitte zurückgewichen ist, hat er seine Flanken nach Möglichkeit verstärkt. Rußland könnte seine Front in der Mitte sogar noch weiter zurücknehmen; denn es weiß, daß ein weiteres Vordringen unsererseits an dieser Stelle uns keinen Vorteil bringen würde. In jedem Fall muß die Entscheidung an den Flügeln, die uns umklammern sollen, erfolgen. Im Zentrum herrscht ein gewisses Gleichgewicht, an den Flanken dagegen könnte der Koloß gezwungen werden, in die Knie zu brechen.

Doch der russische Wille zum Krieg ist stark und lebendig. Die Vorbereitungen für einen „endlosen" Kampf, der auf Erschöpfung unseres Menschenmaterials und unserer Nahrungsmittel hinzielt, haben ihren Abschluß noch lange nicht erreicht. Das beweisen die Vorgänge, die sich zurzeit im Innern des Reichs abspielen. Zunächst auf dem Gebiete des Verkehrswesens. Es werden Bahnen gebaut, um alle Teile des Reiches gleichmäßig mit Lebensmitteln, Roh- und Brennmaterial zu versorgen. Nach russischen Zeitungsmeldungen sind mehr als 100 000 chinesische und koreanische Kulis im Reiche tätig; sichere Nachrichten aus Finnland bezeugen, daß dort allein Tausende von Chinesen arbeiten. Frankreich zieht Farbige aus allen Teilen der Alten Welt ins Land, Rußland tut das Gleiche — ihm stehen Mongolen in beliebiger Zahl zur Verfügung. Denn Rußlands Einfluß, richtiger gesagt, seine Herrschaft reicht nunmehr durch die Mongolei bis vor die Tore Pekings. Angehörige der gelben Rasse liefern Arbeiter, die in erster Linie bei Bahnbauten und an der Front, sodann in Landwirtschaft und Industrie Verwendung finden. In Frankreich zwar kämpfen in der Front Farbige, die mit allen Mitteln der Gewalt gegen unsere Truppen vorgetrieben werden; in Rußland bedarf es dessen nicht. Unsere östlichen Nachbarn gebieten immer noch über Menschen genug, die sie für England ins Feld zu führen imstande sind. Auch in Rußland kämpft England und immer wieder England gegen uns. Trotz ungeheurer Verluste gelangen gerade jetzt wieder ältere Jahrgänge zur Einberufung; bis zum nächsten Sommer werden neue Millionen bereit sein, sich für England totschießen zu lassen. Uns Deutschen ist es nicht gegeben, zu begreifen, warum Rußland seine Soldaten in dieser Weise opfert. Wir werden das auch nie verstehen können, so lange wir nicht wissen,

Digitized by Google

wie niedrig Menschenleben dort drüben immer noch im Preise stehen. Solange Rußland zu kämpfen gewillt ist, wird es von England und dessen Verbündeten und Freunden mit den nötigen Mitteln versehen werden. Rußland ist Englands mächtigster Vasall. Das Beschämende dieser Tatsache ist den Russen wohl bewußt. Aber stärker und lebendiger als alles andere ist in Rußland der Wille zum Krieg. Daher unterdrückt der einzelne das ihn bitter kränkende Bewußtsein der Abhängigkeit von England.

Sozialdemokratie und Auslandspolitik

Zu Steffens neuem Buche über Demokratie und Weltkrieg[1]

Von M. Schmitt

Gustav F. Steffen, der bekannte schwedische Soziologe und Sozialdemokrat, läßt seinen bald und mit Recht berühmt gewordenen Büchern über den Weltkrieg ein drittes folgen, das das Problem Demokratie und Weltkrieg behandelt. Man darf sich durch den Titel nicht täuschen lassen; denn das bezeichnete Thema füllt keineswegs den ganzen Band; es stehen noch andere, nur lose damit zusammenhängende Betrachtungen daneben. Und man darf auch keine systematische Behandlung der Aufgabe erwarten. Steffen macht es auf die Art, die er auch in den früheren Kriegsbüchern angewendet hat. Er legt einige wichtige Dokumente vor, kritisiert sie und knüpft wohl auch Zukunftsbetrachtungen daran.

Diesmal unternimmt es Steffen zu zeigen, wie sich die Sozialdemokratie zum Weltkrieg verhalten hat; zu diesem Zweck greift er zurück bis auf Marx und gibt so im Grundriß einen alles Wesentliche enthaltenden Überblick über die Stellung der Sozialdemokratie zur auswärtigen Politik und den Problemen, die damit zusammenhängen.

Wenn man an die Auslandspolitik der Sozialdemokratie dachte, so stellte sich gewöhnlich der Begriff eines internationalistischen Pazifismus ein, der jeder Expansionspolitik, dem Militarismus und Marinismus grundsätzlich feindlich gegenübersteht. Marx und Engels haben sich im Kommunistischen Manifest zu dieser Anschauung bekannt, die dann später die längste Zeit das auslandspolitische Denken und Handeln der deutschen Sozialdemokratie beherrscht hat. „Die Vorstellungen, die sich Marx, als er das Kommunistische Manifest schrieb (1847), von dem Wesen und der Zukunft der Nationalität machte, haben augenscheinlich unter dem Einfluß nationalitätsverneinender Ideenströmungen gestanden. Seine Äußerungen über diesen Punkt, über die Entstehung des Krieges und ähnliche Fragen sind oberflächlich und unreif." Aber Marx hat später gezeigt, daß er kein eigensinniger Doktrinär war und den Blick für politische Realitäten hatte, indem er „die scheidende nationale und staatliche Bedeutung des deutsch-französischen Krieges" voll anerkannte. Dies zeigt Steffen an ein paar Stücken aus dem Briefwechsel, den Marx und Engels im Jahre 1870

[1] Gustav F. Steffen: Demokratie und Weltkrieg. Jena, Eugen Diederichs. 5.— (6.—) Mk.

Digitized by Google

in England führten. Auch noch durch andere Zeugnisse ließe sich mit Leichtigkeit zeigen, daß die Gründer der deutschen Sozialdemokratie alles andere, nur keine geschworenen Anhänger der internationalistisch-pazifistischen Doktrin waren. Übrigens war dieser Grundsatz auch nicht von allem Anfang bei der deutschen Sozialdemokratie alleinherrschend; in den 60er Jahren war diese in zwei Lager gespalten, die Lasalleaner, geführt von Lasalle und später von Herrn von Schweitzer, und die Internationalisten, geführt von Bebel und Wilhelm Liebknecht. Erst Ende der 60er Jahre beginnt die Entwicklung, die das Prinzip des Internationalismus zur Alleinherrschaft in der deutschen Sozialdemokratie bringt, auf einer Bahn, die gekennzeichnet ist durch die Stationen Eisenach 1869, Gotha 1875, Erfurt 1891. In Erfurt wurden endlich die Grundsätze des Kommunistischen Manifestes von 1848 als offizielles Parteiprogramm angenommen — beinah ein halbes Jahrhundert seit seiner Entstehung, während unterdessen eine kolossale Entwicklung auf allen Gebieten stattgefunden hatte, zu der Marx und Engels in freier Unbefangenheit Stellung genommen hatten, die erkennen ließ, daß sie nicht an der Doktrin von 1848 kleben bleiben wollten. Für die geistigen Führer der Partei ergab sich jetzt — wenn sie das Erbe der genialen Begründer der deutschen Sozialdemokratie in würdiger Art wahren wollten, die Aufgabe, nicht in ödem Doktrinarismus an den Grundsätzen, die längst durch die Entwicklung überholt waren, festzuhalten, sondern sie mit dieser Entwicklung in Einklang zu bringen und für noch nicht entschiedene Fragen Grundsätze neu zu formulieren. Diese Aufgabe wurde von den Revisionisten unternommen. Diese haben aber nicht die Parteimeinung bestimmen können; die kam vielmehr auf den Parteitagen zum Ausdruck, denen Steffen eine eingehende Besprechung widmet; in diesem Abschnitt sehe ich den Hauptwert des Buches. Mit einer Schärfe, die wir sonst an Steffen nicht gewohnt sind, analysiert er die großartigen Kongreßresolutionen, „an deren großen realen Wert man mit beinahe religiöser Empfindung glaubt; nichts charakterisiert die Unfähigkeit der Partei zu gesundem, politischem Realismus besser als gerade dieser Glaube; hier, auf den Kongressen, unterliegen die beiden ehrlichen Willen, entweder radikale oder revisionistische Politik zu treiben, und an ihre Stelle tritt der Wille, zu gleicher Zeit zwei unvereinbare Dinge zu wollen und Phrasen auszuklügeln, die einen Kompromiß zwischen dem Willen, ehrlich an der Auslandspolitik der Kapitalistengesellschaft mitzuwirken, und dem Willen, dies ganz und gar nicht zu tun, zustande bringen. Dieser Wille ist weder intellektuell stark, noch ehrlich, noch moralisch gesund und rein. Aber er ist die Lebensluft sozialdemokratischer Führer eines gewissen wohlbekannten Typus." (S. 127.) An dem Beispiel der Kolonialpolitik wird Steffen nicht müde zu zeigen, wie der Mangel an Sachlichkeit und Verantwortungsgefühl zu einer jämmerlichen Phrasenpolitik geführt hat; einmal findet er Worte tiefster Empörung: „Als 1907 auf dem Parteitag zu Karlsruhe ein Delegierter die Einsetzung eines Ausschusses für Kolonialfragen beantragte, wurde dies, wie das Protokoll angibt, mit

Digitized by Google

‚Lachen' begrüßt — ein geradezu scheußlicher Beweis für die Erkenntnislosigkeit, welche die deutsche Sozialdemokratie gegen die unabänderliche politische Entwicklung, die über die Marokkokrise des Jahres 1911 hinweg zur Katastrophe des Weltkriegs führen sollte, gezeigt hat." (S. 131.) „Wer gegen die fundamentale Sinnlosigkeit der auf den Kongressen zusammengebrauten Kompromisse opponiert, der stellt sich in schärfsten Gegensatz zur ganzen Bewegung, der bricht mit den grundlegenden Prinzipien der Bewegung, wie sie von der höchsten Autorität, ihren Kongressen, festgestellt worden sind," der wird als Ketzer ausgeschlossen, wie es Gerhard Hildebrand gegangen ist, weil er zur Zeit der Marokkokrise für die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands einzutreten wagte. Ein ähnliches Bild wie diese Kongresse der deutschen Sozialdemokratie bieten die der Internationale. Die utopistischen Resolutionen, die hier gefaßt wurden, daß z. B. bei Ausbruch eines Krieges ein Generalstreik inszeniert werden sollte, haben, als es Ernst wurde, kläglich Fiasko gemacht. Vielmehr haben die Sozialdemokraten aller Länder die Solidarität mit ihrem Staatswesen erklärt und insbesondere die Kriegskredite bewilligt. Hierbei tritt zwischen Deutschen und Franzosen ein charakteristischer Unterschied zutage, auf den Steffen hinweist: „Während man sich in Deutschland die grundsätzliche Schwierigkeit nicht verhehlte, einen nationalen Standpunkt in einer kapitalistischen Gesellschaft, überhaupt mit dem sozialdemokratisch-internationalistischen in Einklang zu bringen, während eine deutsche Parteiminderheit — die sich später vergrößert hat — sogar versuchte, die internationalistische, rein sozialdemokratische Forderung kräftig hervorzuheben, wurde in Frankreich der sozialdemokratische Internationalismus sofort mit Haut und Haar von der Flut des französischen Nationalgefühls verschlungen — von einer Flut, die mit den Wassern der heißen Quellen des französischen ‚Nationalismus' stark vermischt war. Frankreichs Sache ist die Sache der Internationale — sowie auch die Sache der ‚Menschheit', die Sache der ‚Zivilisation', die Sache der ‚Freiheit', die Sache des ‚Rechtes', die Sache der ‚Kultur', die Sache der ‚Humanität' usw." (S. 190.)

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß wir die Franzosen um ihre durch keinen Widerspruch getrübte Einigkeit zu beneiden hätten. Aber wer tiefer nachdenkt, wird in diesem verschiedenen Verhalten den Ausdruck eigentümlich-nationaler Eigenschaften der beiden Völker finden und zu dem Glauben gelangen, daß die tiefe Verbundenheit der deutschen Arbeiter mit dem deutschen Vaterlande im Kampf gegen die Minderheit geläutert und gefestigt werde. Wer durch den Beschluß des 4. August 1914 überrascht worden ist, hat die Entwicklung der letzten Zeit nicht gekannt. Denn in der deutschen Arbeiterschaft war die nationale und staatliche Gesinnung etwa seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts stetig i m Wachsen, wenn auch latent. Wie das geschehen ist, was für Tatsachen in dieser Richtung gewirkt haben, davon spricht Professor Heinrich Herkner in einem vorzüglichen Aufsatz über Sozialdemokratie und Auslandspolitik im Septemberheft 1915 der Preußischen Jahr-

Digitized by Google

bücher. Indem er mehr als die Kundgebungen der Partei selbst die leitenden Ideen darlegt, welche die bedeutsamsten Führer hinsichtlich der auswärtigen Verhältnisse entwickelt haben, gibt er die wichtige positive Ergänzung zu Steffens Darstellung. Während Steffen bei Betrachtung der neueren Entwicklung vorwiegend eine Darstellung der Politik der Kongresse gibt und damit eine erledigende Beurteilung der innerlich unwahren Phrasenpolitik, die Bankerott machen mußte, zeigt Herkner, wie im Laufe der letzten 10—15 Jahre die Ansichten der Revisionisten, „die eine gewisse Rückkehr zu den kräftigeren nationalpolitischen Ideen von Engels und Lasalle bekunden", immer mehr und mehr den Ausdruck und die bestimmende Kraft der Entwicklung wurden und so die lebendige Kraft des nationalen Bewußtseins immer stärker wurde, bis ihr schließlich der Sieg zuteil wurde.

Im Manifest von 1848 hatte es geheißen: Die Arbeiter haben kein Vaterland; für lange Zeit war es der Grundsatz der deutschen Sozialdemokratie geworden und hatte eine Außenpolitik inauguriert, deren bezeichnendste Errungenschaften in den Resolutionen der Parteitage zutage traten. Nun — etwa in den Jahren seit dem Jahrhundertbeginn wurde es immer mehr und mehr zur Wahrheit, daß der deutsche Arbeiter ein Vaterland hatte. Nicht so laut und tönend geschah das, wie wenn man auf den Kongressen „einigende Beschlüsse" faßte — sondern in der Tiefe der deutschen Seele; durch Dokumente nicht zu belegen, von vielen nur als dämmerndes Gefühl oder überhaupt nicht bewußt empfunden; bis endlich, als die Stunde schlug, aus Millionen Herzen das Bekenntnis zum Vaterland befreit aufstieg; ein Arbeiter, Karl Bröger, hat dem Erlebnis dieser Stunde die endgültige dichterische Form gegeben; ich meine jene schlichten, tiefen Verse, die ja längst Tausenden unverlierbarer Besitz geworden sind.

Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt,
Bloß wir haben sie nie mit einem Namen genannt.
Als man uns rief, da zogen wir freudig fort,
Auf den Lippen nicht, aber im Herzen das Wort:
Deutschland!

Unsere Liebe war schweigsam, sie brütete tiefversteckt;
Nun ihre Zeit gekommen, hat sie sich hochgereckt.
Schon seit Monden schirmt sie in Ost und West dein Haus,
Und sie schreitet gelassen durch Sturm und Wettergraus:
Deutschland!

Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt,
Bloß wir haben sie nie mit ihrem Namen genannt.
Herrlich zeigte es aber deine größte Gefahr,
Daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war,
Denk es, o Deutschland!

Digitized by Google

Bei anderen geschah es erst nach schweren Kämpfen und Zweifeln, daß sie sich zu diesem Bekenntnis durchringen konnten. Davon gibt Konrad Häniſch, der vor dem Krieg ganz links gestanden hat, einen menschlich ergreifenden und dokumentarisch wertvollen Bericht in seiner Schrift: Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg. (Berlin 1916.) Und noch genug andere Zeugnisse liegen vor, die diese Entwicklung bezeugen können.

Von all dem spricht Steffen nicht, und dadurch entsteht eine Lücke in dem wertvollen Buche, die in einer hoffentlich bald erscheinenden zweiten Auflage ausgefüllt werden möge. Seinem klaren und feinen Sinn wird es ein Leichtes sein, aus der Masse dieser Dokumente das Richtige herauszufinden.

Friedrich Lists Theorie vom Grenzkrieg

Von Theodor Heuß (Heilbronn)

Moltke ist der Schöpfer unseres militärischen Eisenbahnwesens. Vor allem die Erfahrung seiner Feldzüge hat ihn veranlaßt, diesem Teil der Kriegsvorbereitung die gründlichste Pflege zuzuwenden. Man weiß aber, daß schon früher, in den Lehrjahren, die Eisenbahn eine Art von „Liebhaberei" von ihm war; er hat in den Jahren, da dieses Verkehrsmittel eben begann, sich in der öffentlichen Beachtung durchzusetzen, selber für die Festigung des Eisenbahngedankens publizistisch mitgewirkt. In Cottas „Deutscher Vierteljahrsschrift" war 1841 ein ziemlich alberner, gegen Lists Propaganda gerichteter Aufsatz erschienen, der die volkswirtschaftliche Unerheblichkeit einer rascheren Güterbeförderung dartun sollte; an derselben einflußreichen Stelle konnte 1843 „M." die umgekehrte These verfechten. Der Aufsatz des Majors Moltke lautete: „Welche Rücksichten kommen bei der Wahl der Richtung von Eisenbahnen in Betracht?" Man liest diese Arbeit auch heute noch nicht bloß mit historisch persönlichem Interesse, sondern mit sachlichem Gewinn; Moltkes ungemein leichte und fast graziöse Art einer klaren Lehrhaftigkeit entwickelt den spröden Stoff aufs lebendigste. Und doch ist man überrascht von dem, was nicht dasteht. Es wird von der Technik der Bahnanlagen gesprochen, von Kurven, Tunnels, Trassenführung, von der wirtschaftlichen Belebung für Städte und Landstriche, von Kosten und Rentabilität. Doch das Wort Krieg fehlt. Moltke stand damals beim Stab des 4. (sächsischen) Armeekorps; aber man kann nicht annehmen, daß diese Dienststellung ihn zu besonderer Zurückhaltung veranlaßt hätte. Denn wenige Zeit vorher hat er in Cottas Heften sich sehr unbefangen militärisch und politisch ausgesprochen, als er gegenüber Reden von Thiers die Verteidigungsmöglichkeit der deutschen Westgrenze, namentlich im Süden, erörterte. Jene Arbeit des Jahres 1843 verrät den heimlichen Ingenieur; sie ist sozusagen aus dem topographischen Gesichtswinkel geschrieben und man erinnert sich, daß die Militärtopographie der Ausgangspunkt von Moltkes Aufstieg war.

Digitized by Google

Aber nichts davon, daß militärische Rücksichten die Richtung von Eisenbahnen bestimmen; war er sich dessen noch nicht bewußt worden oder galt es ihm schon als Selbstverständlichkeit, die man nicht weiter bespricht?

An sich war den hohen preußischen Offizieren der militärische Eisenbahngedanke nicht fremd geblieben. Zwischen ihnen war im Jahr 1835 die Figur des amerikanischen Konsuls für Baden, Friedrich List, zur Zeit wohnhaft in Leipzig, aufgetaucht; der klopfte so lange an allen Türen, bis sie aufsprangen. Er schrieb später über seine Berliner Erlebnisse: „Ich war anfangs glücklich genug in meinen Bestrebungen. Mehrere der ersten Handlungshäuser in Berlin, empört über die Unbill, die mir in Leipzig widerfahren war, erklärten sich bereit, auf das Unternehmen einzugehen und mich an die Spitze zu stellen; ich ward autorisirt, der Regierung deßhalb Anträge zu stellen. Es geschah, aber ohne Erfolg. Ich erhielt keine offizielle Antwort. In Privataudienzen sagte man mir, die Sache sey noch nicht reif, man müsse erst überlegen, die Erfahrungen Anderer benützen usw. Vergebens stellte ich den Herren v. Rochow und v. Lottum vor, es werde nicht ewig Friede bleiben; eine Eisenbahn durch das Herz von Deutschland nach Köln und die Verbindung mit dem belgischen Systeme sey für sich selbst mehr als ein siegreicher Krieg; es sey ein wahres Glück für Deutschland, daß Frankreich in diesem Augenblick und vielleicht noch ein Jahrzehnt durch seine inneren Wirren im Schach gehalten werde; es sey Schade, wenn diese Zeit nicht sollte benützt werden. Es werde den Geist der deutschen Nation unendlich erheben, wenn man den Franzosen einmal voranginge, statt ihnen zu folgen; ja es könnte sich begeben, daß einst Frankreich und Rußland sich die Hände reichten und für einen solchen Fall seyen die Vortheile eines deutschen Eisenbahnsystems unberechenbar. General Rühle war ganz meiner Ansicht, auch Herr v. Humboldt. Letzterer gab mir den Rath, mich an den Kronprinzen zu wenden und vermittelte meine Introduktion bei Herrn v. Willisen, seinem Adjutanten. In diesem fand ich auch wirklich einen Mann von dem hellsten Verstand und dem besten Willen, der unverweilt mit dem Kronprinzen kommunicirte und mir eine Audienz auswirkte, die aber leider nicht statt hatte, weil der Kronprinz eine unvorhergesehene Reise unternahm und meine Privatverhältnisse mich verhinderten, länger in Berlin zu verweilen."

*

Lists „Auferstehung" während des Weltkriegs wendet sich vor allem zu den politischen Problemen: wir sehen nach, was er über die Gefahr des russisch-französischen Bündnisses und über die Triebkräfte dieser beiden Nachbarn gesagt hat, über Ungarns Bedeutung für Mitteleuropa, was von Donau, Balkan und Anatolien gesprochen ist, von Englands Orientpolitik und den Aufgaben der deutschen Flotte. Seiner Verdienste um die deutschen Eisenbahnen braucht dabei nie mit einem aktuellen Hinweis gedacht zu werden; denn die gehören dem allgemeinen Bewußtsein.

Digitized by Google

Aber es mag doch dankbar sein, einiges aus der Vergessenheit zu holen, was List im engeren Sinn als militärischen Publizisten zeigt. Der Kriegsbedeutung des Bahnnetzes ist er sich von vornherein klar, als er über Deutschlands Verkehrszukunft nachzudenken beginnt; dafür gaben ihm Amerika und England keine Anregung. Er beschränkt sich nie auf die wirtschaftliche Bewertung seines Stoffes, sondern beschreibt die politisch-nationale, geistige und kulturelle Auswirkung. Ihm erscheint das Bahnsystem „als Nationalverteidigungssystem, denn es erleichtert die Zusammenziehung, Verteilung und Direktion der Nationalstreitkräfte; als Stärkungsmittel des Nationalgeistes; denn es vernichtet die Übel der Kleinstädterei und des provinziellen Eigendünkels und Vorurteils; als ein fester Gürtel in den Ländern der deutschen Nation, der ihre Glieder zu einem streitbaren und kraftvollen Körper verbindet" (Stuttgart 1841).

In der geographischen Bedingtheit der deutschen Nation sieht er eine besondere Aufforderung zu strategischer Vorsicht: „Keine bedarf so sehr künstlicher Mittel, um ihre Verteidigungskräfte zu konzentrieren und sie mit Schnelligkeit von einem Grenzpunkt zum andern zu werfen." Und als er im Südwesten Eisenbahnpropaganda treibt, nutzt er den Nachhall des Franzosenschreckens von 1840: „Offenbar haben in allem, was die Verteidigung des meist bedrohten, des verwundbarsten Punktes von Deutschland, der westlichen Grenze betrifft, die westlichen Länder und Staaten ein überwiegendes Interesse."

An einer Stelle nun hat sich List breiter in die militärische Fragestellung eingelassen; dem „dritten Bericht des Eisenbahnkomités zu Leipzig an das Publikum" ist ein „Gutachten, die Vorteile und Nachteile der Eisenbahnen in Kriegszeiten betreffend" beigefügt. Der Bericht erschien im Juli 1834; er wird in der geplanten Neuausgabe der heute ja nicht mehr käuflichen Listschen Werke aufgenommen werden. Dies Dokument muß uns in der Ära Hindenburg und Gröner besonders fesseln.

Der Anlaß der Ausführungen ist zunächst sehr prosaisch: List will die Aktionäre beruhigen, daß ihr Kapital hier im Kriegsfall nicht stärker gefährdet als etwa bei anderer Anlage. Das Kostspieligste, das Planum, ist im großen überhaupt unzerstörbar; es handelt sich eigentlich nur um den Oberbau. „Aber auch hier fehlt es der fliehenden Partei an Zeit, große Strecken zu zerstören. Daneben liegt es in ihrem Interesse, nur kurze Zwischenstrecken aufzubrechen, weil die Bahn, sobald die Defensivpartei wieder die Offensive ergreift, Vorteile gewährt, welcher sie sich nicht zum voraus mutwillig berauben wird ... Die vorrückende Partei wird stets beflissen sein, die aufgebrochenen Stellen schnell wieder in fahrbaren Stand zu setzen, um ihre Zufuhr und ihren Rückzug zu decken." (Wer denkt nicht an die Technik von Hindenburgs polnischem Rückzug vom Spätherbst 1914?) Die Kapitalisten können also ruhig ihr Geld hergeben, um so mehr, als sie „durch Unterstützung dieser Unternehmungen das ihrige dazu beitragen, den Krieg selbst tot zu machen".

Wie das?

Digitized by Google

List bekennt sich als vollkommener Laie in strategischen Dingen und will nur einige „Urteile des simplen Menschenverstands" vortragen, um „gründliche strategische Urteile Kunstverständiger zu veranlassen".

Schon ein nur feindlichen Zwecken dienendes Eisenbahnnetz muß die Verteidigungskräfte einer Nation zu solchem Grad vervollkommnen, daß es „in der Wirkung einen dreifachen Kranz von Festungen weit übertrifft"; schon der Fahrapparat des Friedens wird „zu Kriegszeiten ziemlich weit reichen, die größten Massen von Truppen, von Artillerie, Munition und Proviant fortzuschaffen". Er berechnet dann Schnelligkeit und Kosten: einen ganz ausgerüsteten Infanteristen 100 Meilen zu transportieren, mag auf 1 3/4 Taler zu stehen kommen, und legt dar, wie auch größere militärische Bereitschaftsstellungen ungeheuer viel billiger sind als die Anlage einer großen Festung. Dort steht auch der in seiner Bescheidenheit und offenbar genialen Kühnheit fast rührende Satz: „Der Verfasser will gerade nicht vorschlagen, die Kavallerie mit Roß und Mann fahren zu lassen, allein aus den obigen Sätzen erhellt doch so viel, daß im Notfall auch Kavallerie mit bedeutender Kostenersparnis transportiert werden kann, indem dieselben, das Gewicht eines Kavalleristen mit Roß und Armatur zu 20 Zentner angeschlagen, sich pro 100 Meilen nicht höher belaufen als auf 17 1/2 Tlr."

Sehen wir nur zu, wie sich die Phantasie des schwäbischen Denkers Mobilmachung und Aufmarsch ausmalt, in einem Zeitpunkt, da die großen, Deutschland durchquerenden Heeressäulen der napoleonischen Feldzüge noch als das normale Kriegsbild in aller Bewußtsein waren, und da noch kein Kilometer Eisenbahn auf deutschem Boden sich in Betrieb befand: „Nun erst kann man sich die Stellung einer mit solcher Maschinenkraft ausgerüsteten Nation denken. In der kürzesten Frist kann sie aus den entferntesten Gegenden im Zentrum Streitkräfte sammeln und dieselben nach den vom Feinde bedrohten Punkten werfen. Mit ebenso großer Leichtigkeit wird sie Artillerie, Munition und Proviantvorräte konzentrieren und den verschiedenen Armeekorps nachsenden. Die Heerzüge werden das Innere des Landes durch Einquartierungen, Vorspann usw. nicht erschöpfen oder die Straßen ruinieren, bevor sie ins Treffen kommen. Auf den Wagen ausgeruht, werden sie im ersten Moment ihrer Ankunft am besten imstande sein, sich mit dem Feind zu messen. Und haben sie ihn auf einem Punkt lahm geschlagen, so können sie am zweiten oder dritten Tag der Schlacht auf einem andern, 50 bis 100 Meilen entfernten Punkt mit gleichem Erfolg verwendet werden, denn sie werden sich während des Transportes von ihren Strapazen erholt haben. Verwundete und Kranke schafft man nun mit der größten Schnelligkeit und Schonung in die Lazarette im Innern. Man braucht nicht Monate und Jahre, um eine Armee zum Behuf der Verteidigung zu sammeln, nicht Beobachtungsarmeen jahrelang mit großen Kosten an den Grenzen aufzustellen. So leicht und wenig kostspielig es ist, eine Armee auf die Beine zu stellen, so leicht ist es nach beendigtem Krieg, sie aufzulösen und jeden wieder nach seiner Heimat zu versetzen."

Digitized by Google

Diese Dinge, uns heute zur breitbeschwätzten Selbstverständlichkeit geworden, sind immerhin durch ihre plastische Logik wunderbar für die Zeit, da sie geschrieben wurden. List geht aber noch einen Schritt weiter, indem er sich die Folge der vollkommenen Eisenbahnsysteme für die Möglichkeit künftiger Kriege überhaupt vorstellt: „Im schönsten Lichte stellen sich uns aber diese Wirkungen dar, wenn wir bedenken, daß alle diese Vorteile fast ausschließlich der Verteidigung zustatten kommen, daß es zehnmal leichter ist, defensiv und zehnmal schwerer als bisher, offensiv zu agieren." Das wird näher ausgeführt: wie der Angreifer bestimmte Punkte sucht, wie der Verteidiger, zumal wenn geschickt verteilte Festungen ihn stützen, es in der Hand hat, seine Kräfte hin und her zu schieben, wie die Stoßkraft des Angreifers mit der Entfernung von seiner Basis sich mindert, die des Verteidigers, „dessen Territorium sich in eine große Festung verwandelt", ungeschwächt bleibt.

Daraus ergibt sich, sofern man nur die Ratio der Kriegstechnik entscheiden läßt, eine pazifistische Folgerung: „Die erste und größte Hauptwirkung der Eisenbahnsysteme ist demnach die, daß die Invasionskriege aufhören; es kann nur noch von Grenzkriegen die Rede sein. Da aber die Erfahrung bald lehren wird, daß Grenzkriege, deren Siege nicht bis ins Innere verfolgt werden können, sich als zweck- und erfolglose Raufereien im großen darstellen, so dürften die Kontinentalnationen demnächst zur Überzeugung gelangen, daß es für alle am klügsten wäre, wenn sie in Fried' und Freundschaft nebeneinander wohnten und bei entstehenden Differenzen den Forderungen des Rechts und der Vernunft Gehör gäben. So wird das Eisenbahnsystem aus einer Kriegsmilderungs-, Abkürzungs- und Verminderungsmaschine am Ende gar eine Maschine, die den Krieg selbst zerstört."

Die Voraussetzung dieses Gedankens ist, daß alle Staaten die gleiche Durchbildung ihres Eisenbahnwesens besitzen; eignet sich nur eine einzige dessen an, so gewinnt sie ein furchtbares Übergewicht, auch für den Angriff. Das wird zur Lehre für Deutschland. Es hat gar keine freie Wahl mehr in diesen Dingen, so wenig wie unsere Vorfahren, als sie Pfeil und Bogen weglegten: „Wie sie, wenn ihre Feinde sich des Feuerrohrs bedienten, sich genötigt sahen, diese Waffe gleichfalls zu ergreifen, so sind auch wir nicht bloß durch Rücksichten für unseren Handel und unsere Industrie, sondern durch höhere Rücksichten für unsere Nationalsicherheit und Unabhängigkeit gezwungen, uns der Wohltat der neuen Erfindung zu bemächtigen. Jede Meile Eisenbahn, die eine benachbarte Nation früher hat als wir, jede Meile, die sie mehr besitzt, gibt ihr in strategischer Hinsicht eine Überlegenheit über uns." Die geographische Lage Deutschlands und die bitteren Erfahrungen seiner Geschichte mahnen zum entschlossenen Handeln. Die Regierungen möchten, so hofft List, hier mithelfen, „die zentrale Lage des Vaterlandes, die bis jetzt im Kriege eine Quelle unermeßlicher Übel gewesen ist, in eine Quelle unermeßlicher Wohltaten zu verwandeln, indem sie künftig dem deutschen Volke im Frieden den Zwischenhandel und die

Digitized by Google

Spedition des europäischen Kontinents sichern und im Kriege die deutschen Mächte in den Stand setzen wird, nach allen Seiten hin als Vermittler und Moderatoren aufzutreten."

Übersetzt man diesen letzten Gedanken in ein zeitgenössisches Deutsch, so könnte man etwas drastisch sagen: ein überlegenes Eisenbahnsystem gibt Deutschland die Möglichkeit und den Beruf, sich an die Spitze eines internationalen Bundes zur Sicherung des Friedens zu stellen. Das könnte die Pointierung eines Monomanen sein; List, so besessen er von einzelnen Gedanken war (wie der Zukunft der Eisenbahn und etwa der Niedertracht aller Bureaukratie), ist ein viel zu geschichtlicher Kopf, um nun in seinen glatten Formulierungen die Lösungen des Weltverlaufs zu sehen. Er war nur sehr bedingt-Rationalist, auch wo er spekulierte, ging er nicht so sehr von Vernunftsätzen aus, als von der Anschauung und dem geschichtlichen Tatsachensinn, der seine Phantasie nährte.

Gewiß hat sich das Prophetentum des Jahres 1834 nicht erfüllt — aber es kommt ja gar nicht auf die fast ein bißchen unleidlich werdenden Feststellungen an, wo eine Listsche Aussage ins Schwarze traf oder doch in die inneren Ringe der Scheibe. Daß der Krieg des Jahres 1870—71 typischer Invasionskrieg war, wissen wir; das gleiche gilt für die kurländische, die serbische, für die rumänische Ausräumung. Und doch erscheint Lists Gedankengang nicht nur als der gelegentliche geistreiche Einfall eines Publizisten, sondern geschichtlich fruchtbar. Sein „Grenzkrieg" ist in gewissem Sinn doch das, was wir heute als „Frontenkrieg" haben (man überlegt sich dabei nebenher rasch, daß frons und frontière sprachlich und sachlich zusammenhängen); daß politische Landesgrenze und Front nicht mit einanderzusammenfallen, hebt den tiefen Sinn seiner Anmerkung nicht auf.

Das war ja doch der innere Grund und der weltgeschichtliche Zwang unseres plötzlichen und zerschmetternden Einmarsches in Belgien, das glänzende Eisenbahnsystem des Landes nicht den Franzosen zu lassen, sondern es in den eigenen Rücken zu bekommen: Der Kampf um das Bahnnetz, dessen Mißlingen uns wohl auch nicht den Einbruch des Gegners, sondern einen für uns ungünstigeren, faustpfandlosen Verlauf der Front gebracht hätte. List hätte seine Vermutungen über den strategischen Wert eines guten Netzes bestätigt gefunden. Aber als an der Marne die Wirkung der auf den Bahnen herbeigeschafften südlichen Reserven spürbar wurde, als an der Aisne eine „Grenze" wuchs, als sich diese von Noyon zum Artois, über Flandern zur Küste schob — da war das auch ein Kampf der Achsen und Lokomotiven. Seitdem steht die Grenze, und so furchtbar der Krieg in ihr anstieg, er riß sich nicht mehr von ihr los. Er ist an sie angebunden. Nicht nur weil auf beiden Seiten die Tapferkeit der Abwehr dem Angreifer sich entgegenstemmt, sondern weil die Bahnen hinter der Front neue ausgeruhte Massen an die undichten Sellen werfen. Man wird das nicht mißverstehen, wenn man meint, daß Lists Theorie vom „Grenzkrieg" im Westen seit

Digitized by Google

zwei Jahren, so ungeheuer die militärischen Anstrengungen waren, ihr Exempel fand. Wie sehr die zwei Vorstöße nach Polen und ihr Frontverlauf das Gesetz von der Bahn erhielten (die erst hinter der Weichsel durchgebildet war), bedarf keiner Erklärung.

Im übrigen kommt es List ja nicht so sehr darauf an, daß er mit der Meinung recht behalte: die Eisenbahnen werden einmal den Krieg selber „tot machen", als darauf: die Deutschen mögen alles tun, diese neue Kriegswaffe als Werkzeug der Verteidigung durchzubilden. So schreibt er noch einmal 1841, sieben Jahre nach dem besprochenen „Bericht an das Publikum" in einem anderen Zusammenhang: „Die Franzosen berechnen die Kosten ihrer beiden Invasionen auf 6 Milliarden Franken, wenn wir nicht irren, und eine deutsche dürfte kaum wohlfeiler zu stehen kommen. Verhindert also das Eisenbahnsystem in einem Jahrhundert nur eine Invasion, so vergütet es schon damit seine Anlagekosten zehnfältig." Nicht der theoretische Rechthaber, sondern der Patriot lenkt seinen Eifer in diesen Dingen.

List, der so vieles der Zukunft sah, wußte noch nichts von Schützengräben, Unterständen, Luftaufklärung, Gasangriffen und was sonst noch zum Handwerk der neuen Kriegstechnik gehört. Er will ja auch gar nicht als „Militär" gehört werden, sondern die Soldaten zur Aussprache herauslocken. Wir sahen, wie Moltke, der zu den frühesten Militärpubliziſten auf diesem Gebiet gehört, an den eigentlichen Kriegsfragen vorbeiging. Es ist ein Stück seiner ganz persönlichen, genialen Intuition, mit der List in einem fast zufälligen, nur ein paar Seiten großen Aufsatz so nebenher die organisatorischen Probleme der Eisenbahn im Krieg hinskizziert — uns schien es lohnend, diese geistreichen Anmerkungen der Vergessenheit zu entreißen. Erst unserem Geschlecht konnten sich diese propagandistisch gemeinten Phantastereien aus der Biedermeierzeit in ihrem ganzen wirklichkeitsgesättigten Sachwert erschließen.

Notizen

Nachträgliches zur deutschen Friedensnote. „Auch wenn die Entente noch nicht in den Frieden eintreten wollte, die Gebärde ist zu deutlich, sie bestürmt alle Völker zu sehr, als daß sie in Vergessenheit geraden könnte. Die Friedenseinladung wird in weiterer Folge sehr wahrscheinlich zum Frieden führen, denn sie gibt den Wünschen aller Menschen einen zu starken Auftrieb, sie lähmt den gerade jetzt bei der Entente so sehr gesteigerten Kriegswillen, sie zeigt endlich den Weg, sie will wieder eine Aussprache. Schon in dieser Forderung liegt eine Anerkennung, daß die Entente unbesiegt ist, dem besiegten Feinde diktiert der Sieger den Frieden. Indem der Vierverband heute durch den Mund der Neutralen zur Entente spricht und sich mit ihr zum Verhandlungstische setzen will, liegt die erste Anerkennung, daß es wieder ein Europa geben kann. Das war in Vergessenheit geraten, doch nun ist es festgestellt und kann nicht wieder vergessen werden. Das Tor des Friedenstempels bleibt geöffnet und kann, wenn sich die Entente auch vielleicht noch sträubt, nie wieder ganz geschlossen werden. Dann werden auch keine Armeebefehle die Noten mehr unerwünscht begleiten. Die Regierungen der Zentralmächte haben den ersten Schritt zum Frieden auf der Grundlage der pazifistischen

Digitized by Google

Hauptforderung einer künftigen Rechtsorganisation getan, an die Stelle des Machtbegriffs ist der Menschheitsbegriff getreten." („Basler Nationalzeitung".)

Der Friedensvorschlag ist ein Sieg des vernünftigen Deutschland über das Alldeutschtum in jeder Form, ein Sieg derjenigen Kreise, die einen politischen und nicht einen militärischen Frieden wollen, weil sie einsehen, daß dieser Krieg überhaupt nicht militärisch wirklich entschieden werden kann. („N. Z. Z.".)

Daß die vielgeschmähte Note des deutschen Kanzlers der erste Schritt zu einer nunmehr unausweichlichen Lösung sein mußte, hat die Note Wilsons in glänzendster Weise bezeugt. („Avanti".)

Die italienischen Bedingungen für den Frieden. Im Anschluß an die Kammerverhandlungen über das deutsche Friedensangebot billigt die „Stampa" die Forderungen Turatis für den Frieden: Die Erlangung der Grenzen und aller wahrhaft italienischen Gebiete, sowie günstige strategische Garantien (Adria). Der „Avanti" übernimmt sie in folgender Form: Berichtigung der Grenzen, Anerkennung des Nationalitätenprinzips, Garantie für die Freiheit der Adria.

Zur Note der Zentralmächte an den Papst schreibt Marchese Filippo Crispolti im „Avvenire": Etwas fehlt in der Note und etwas ist darin zuviel. Das Zuviel besteht in diesem Satz: „Immer mehr enthüllen unsere Feinde ihre Eroberungspläne". Zunächst findet sich kein ähnlicher Satz in der an die Mächte gerichteten Note. Ferner, wenn man jemand ersucht, einen Friedensschritt zu begünstigen, nimmt man ihm nicht die Hoffnung auf das Gelingen, indem man die Gegner als eigensinnig auf dem Kampf, nicht nur um des Sieges, sondern um der Eroberungen willen, beharrend hinstellt.

Die Ministerreden: Die Angst vor der kommenden Abrechnung mit den eigenen Völkern macht sich bei allen Machthabern bemerkbar. Nur Sonnino versuchte den Weg gangbar zu halten, auf dem sich ja doch die Völker einmal finden müssen. („Basler National-Zeitung".)

Der Eindruck der Rede Lloyd Georges wird von einem Londoner Korrespondenten der „Berlingske Tidende" beschrieben: Mein Eindruck von Lloyd George und der Lage war der, daß ich einem Manne gegenüber stand, der nur für das eine atmet und lebt, um alle Kräfte der Nationen und des Reiches zu sammeln, damit jedes Opfer gebracht wird, um die Oberhand im Kriege zu erhalten, weil er in einer Niederlage die Zertrümmerung der heiligsten während mehrerer Generationen gepflegten Ideale Westeuropas erblickt. Deshalb wirft er alle politischen Rücksichten, die bis jetzt für das englische politische Leben bestimmend gewesen sind, beiseite.

Ein Friedensanzeichen? Der Rotterdamer Korrespondent des „Allgemeen Handelsblad" teilte kürzlich mit, daß in der Charter eines kleinen Schiffes, das zwischen dem 15. und 30. Dezember eine Fracht von London nach Holland zu überbringen hatte, verzeichnet wurde, daß sie in Wegfall kommen würde, wenn während dieser Zeit den Feindseligkeiten ein Ende bereitet werde. Das Blatt bemerkt dazu, man dürfe jedenfalls aus der Tatsache entnehmen, daß auch in England eine Beendigung des Krieges doch nicht für gar so unmöglich erachtet werde, wie die Presse vermuten lasse.

Wilsons Friedensnote. „Man kann davon überzeugt sein, daß der der Seele und dem Herzen nach englandfreundliche Präsident Amerikas nur unter dem Gefühl einer unberechenbar gesteigerten Gefahr für die Welt und die Zivilisation die Friedensinitiative ergriffen hat." („Nya Daglight Allehanda".)

Die Zukunftsaussichten: Mehr wie je hat man heute nach der rücksichtslos aufdeckenden Rede Lloyd Georges das Gefühl, daß am Ende eines noch Jahre dauernden Abnutzungskrieges nicht ein Sieger stehen wird, sondern der Ruin Europas. Ein Friede ist heute auf der Grundlage ehrlicher Verständigung möglich. Wird er ausgeschlagen, dann heißt es für Europa: Vernichtung. („Züricher Post".)

Digitized by Google

Die Lage gilt nicht als hoffnungslos, da man ein weiteres Entgegenkommen Deutschlands erwartet. (Haager Meldung der „N. Z. Z.")

So ungünstig im allgemeinen die Aussichten dafür stehen, daß die Friedensnote der Zentralmächte ohne weiteres zu ernsthaften Friedensverhandlungen und zum Erfolg führt, so sollte man doch meinen, daß wenigstens die Frage der Garantien und deren Präzisierung nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwindet. („N. Z. Z.")

Menschikow über Mitteleuropa. Menschikow spricht in der „Nowoje Wremja" über den Plan, eine deutsche Einflußzone von Pommern bis zum Persischen Golf zu schaffen. „Dieser Gedanke Deutschlands ist nicht extrem, sondern vom gesunden Menschenverstand gemäßigt. Deutschland muß unbedingt neues feindliches Territorium besetzen, nicht nur um sein eigenes Gebiet vor der Okkupation zu schützen, sondern auch um Tauschobjekte für die verlorenen transozeanischen Kolonien zu haben."

Das Übereinkommen in der Dardanellenfrage. Im Anschluß an die Rede Trepows schreibt „Birschewyja Wjedomostji": Ist die Verwirklichung des jahrhundertealten Traums nicht ein lichtes Ziel, das dem titanischen Ringen einen Sinn gibt? Krönt der Besitz von Konstantinopel und den Dardanellen das Haupt des erschöpften Rußlands nicht mit Lorbeeren? Wir wissen jetzt, daß der Sieg uns den grenzenlosen Horizont eröffnet und daß sich vor uns das freie Meer dehnen wird. Bisher waren die wirtschaftlichen Möglichkeiten Rußlands begrenzt. Nicht nur die wirtschaftlichen, auch die kulturellen Ziele wurden behindert. Jetzt aber kann Rußland seine Türen weit auftun und in seinem ganzen Wuchs vor Europa stehen. Außer den unmittelbaren Perspektiven, die sich vor Rußland durch die Besitzergreifung Konstantinopels und der Dardanellen eröffnet, hat die Vereinbarung auch noch eine ungeheure symptomatische Bedeutung für die Geschicke Europas im allgemeinen. Man muß sich daran erinnern, wie fast das ganze 19. Jahrhundert unter dem Zeichen des offenen und geheimen Widerstands Englands und Frankreichs gegen die nationalen Ideale Rußlands vor sich ging, das fieberhaft einen Ausgang zum freien Meere suchte. Der „kranke Mann" hätte schon lange die internationale Bühne verlassen und die Hohe Pforte wäre schon lange nicht mehr der europäische Schlüsselbewahrer, wenn nicht das tiefe Mißtrauen, das sich während langer Jahrzehnte zwischen England und Rußland gelagert hatte, eine Daseinsberechtigung der Türkei fingiert hätte. Die Trepowsche Erklärung sagt mit jedem Buchstaben laut und unwiderleglich, daß das frühere Mißtrauen in die Ewigkeit versunken ist. Würden England, Frankreich und Italien Rußland dann gestatten, am Mittelmeer festen Fuß zu fassen, wenn sie ihm gegenüber auch nur das geringste Mißtrauen hegten? Im internationalen Leben hat sich zusammen mit der Vereinbarung über die Dardanellen ein neuer Faktor gebildet, dessen Bedeutung kaum abzusehen ist, so ungeheuer ist sie. In der Welt beginnt eine neue internationale Gruppierung wirksam zu werden, deren Grundstock die durch gemeinsame wirtschaftliche Pläne verbündeten England und Rußland bilden.

Rußlands Drang nach dem freien Meer. Die Persische Diskont-Darlehens-Bank hat die Frage der russischen Kolonisation in den nördlichen Gebieten Persiens angeregt. Die Bank beabsichtigt, Landparzellen im nördlichen Teile der persischen Provinz Astrabad aufzukaufen und sie an russische Ansiedler abzutreten. Auf diese Weise ergibt sich die Möglichkeit, den russischen Einfluß in Persien zu stärken und eine gewisse Anzahl russischer Auswanderer mit Land zu versorgen. Ebenso wie in Armenien versucht die russische Regierung jetzt also auch in Persien die strategisch wichtigen Gebiete mit russischen Ansiedlern zu besiedeln.

Caillaux. „Ein Mann drängt sich durch sein Talent und seine Willenskraft auf; ein Mann, der verkannt, beleidigt wurde, ein Mann, gegen den ein gewaltiger Haß wütete und der trotzdem aufrecht bleibt, trotz der entfesselten Wut, trotz seines aufrührerischen Geistes, aufrecht

Digitized by Google

unter dem Beifall und den Ermunterungen von Franzosen, die um die Größe ihres Landes besorgt sind, wie über die Beleidigung und Drohung derjenigen, die die Waffen nicht niederlegen wollen. Dieser Mann ist Joseph Caillaux. Wir wollen die ersten sein, ihm unser Vertrauen in einer Stunde auszudrücken, in der unser heldenmütiges Vaterland die zwingende Pflicht kennt, das Genie all seiner Kinder aufzurufen. Frankreich braucht einen Finanzier. — Frankreich will einen ersten Minister, der klar zu sprechen versteht, um Gehorsam zu erlangen. — Ich kenne niemand, der das besser könnte als Caillaux ... Mögen die Patrioten wachen!" („Parole".)

Der rumänische Feldzug gleicht fast vollständig dem Herbstfeldzug in Deutschland 1813 ... der große Plan der Entente für den Krieg auf dem Balkan, der sich hauptsächlich auf die Orient-Armee Sarrails gestützt, ist kläglich gescheitert. („Nya Daglight Allehanda".) — Ein Gewährsmann der „Basler Nationalzeitung" sagt über den Feldzug: Man mag über Deutschland denken, wie man will: etwas Verblüffenderes als diesen gewaltigen Feldzug, der wie eine Gleichung ausgerechnet war, als diese Zyfternenwagen, die bereits an die Front befördert wurden, bevor noch ein deutscher Soldat in Rumänien stand, läßt sich nicht denken!"

Norwegische Mahnung an England. Solange im Verhältnis zum Risiko bezahlt wird, hört der Schiffsverkehr nicht auf. Unterläßt man dies, wird er früher oder später von selbst aufhören, denn er kann auf Kosten der neutralen Reeder nicht aufrechterhalten werden. („Sydsvenska Dagbladet".)

Kriegsgewinn und Kriegssteuer in Schweden. Die vorgeschlagene Kriegsgewinnsteuer in der Höhe von 70 Millionen Kronen wird vom „Dagens Nyheter" als eine recht geringe Abgabe an den Staat bezeichnet. Man versteht das aus den Betrachtungen Sven Prismans in der schwedischen „Sozialen Zeitschrift", der nachweist, in Schweden könnten die neuen Vermögenswerte nach Milliarden gezählt werden.

Romain Rolland hat in der schwedischen Zeitung „Forum" einen Artikel veröffentlicht, der von dem größeren Vaterland der Völker spricht, das kommen wird und das Europa heißen wird.

Spitteler befaßt sich mit einem Protest gegen die Vergewaltigung Griechenlands.

Ein neues französisch-italienisches Institut. Das Instituto Francese di Milano beginnt mit dem neuen Jahr in Mailand seine Tätigkeit. Es wurde von der Universität Grenoble gegründet und wird gleich dem Instituto Francese di Firenze von Professor Luchaire geleitet. Das Florentiner Institut befaßt sich mit Literatur, Sprachen, Geschichte und Kunst, das Mailänder ist den ökonomischen und sozialen Wissenschaften gewidmet und wird folgende Abteilungen umfassen: 1. Eine Anstalt für internationale Wirtschaftsstudien. 2. Eine solche für internationale soziale Studien. 3. Ein Informations- und Publikationsbureau, das periodische Mitteilungen über die Strömungen der italienischen nnd französischen öffentlichen Meinung, über franko-italienische Wirtschaftsprobleme, täglich aber Informationen über Italien für das französische und über Frankreich für das italienische Publikum ausgeben wird. Ferner organisiert es die Verteilung und Verleihung von Dokumenten, Büchern, Broschüren, Zeitungen, Photographien und Diapositiven. 4. Eine Bibliothek mit allen großen französischen und italienischen Zeitungen und Zeitschriften, auch russischen und englischen usw., sowie Büchern und Schriften über internationale Probleme. 5. Abhaltung von Vorträgen in französischer Sprache.

Abschaffung deutscher Schrift in Basel. Der Große Rat von Basel hat einen Kredit von 20 000 Franken für den Druck einer neuen Fibel in Antiqua bewilligt. Die deutsche Schrift soll aus der Schule verdrängt und die lateinische an ihre Stelle gesetzt werden.

Illustrierte Zeitungen. In einer der landläufigen illustrierten Zeitungen ist eine Seite mit gefallenen Russen in einem erstürmten Schützengraben und einer toten rumänischen Schützenlinie ausgefüllt, die durch Flankierung mit einem Maschinengewehr erfaßt wurden. Beide

Digitized by Google

Bilder steigern das Grauen der Wirklichkeit durch die Starrheit mit der sie festgehalten wird so entsetzlich, daß man sich fragt, wie eine solche Brutalität in eine deutsche Zeitschrift kommen und dort geduldet werden kann.

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. I. Band „Politische Urkunden zur Vorgeschichte", herausgegeben von Th. Niemeyer und K. Strupp. Jahrbuch des Völkerrechts. III. Band. Verlag Duncker & Humblot, München und Leipzig. Preis geheftet M. 20.—, geb. M. 24.—. Sammlung sämtlicher, den Weltkrieg betreffender Urkunden. Der vorliegende Band ist der erste Teil des auf drei Bände berechneten Werkes. Er enthält die politische Vorgeschichte des Krieges bis zum 28. Aug. 1914.

Österreichisch-ungarische Kriegsberichte. Heft 5: „Der Herbstfeldzug 1914 am San und an der Weichsel". Wien 1916, Verlag L. W. Seidel & Sohn, Preis 3 Kr. = M. 2.40. Authentische und fachmännische Berichte.

E. Baumann, „Mit der Garde im Osten" (Mühlmann, Halle, 1916, 183 S.). Feldpostbriefe und Tagebuchblätter eines Feldgeistlichen.

Kriegszeichnungen aus dem serbischen Feldzug gibt Albert Reich bei R. Oldenburg, München (64 S. geheftet M. 3.60). (Skizzen vom Marsch und aus dem Quartier, vom Schlachtfeld, von Land und Leuten.)

J. Versluys, Baarn in Holland, Die Kriegsziele unserer Feinde (Rembrandt-Verlag, Oberweimar i. Th. 87 Seiten). Zusammenstellung der feindlichen Äußerungen über Annexionsabsichten.

Die russische Gefahr. Die von Paul Rohrbach herausgegebenen Beiträge und Urkunden zur russischen Zeitgeschichte sind um zwei Hefte vermehrt. Heft 3 enthält die Niederschrift der 1905 gepflogenen Beratungen über die Einführung der ersten russischen Verfassung; Heft 4 legt eine Übersetzung von Äußerungen der russischen Liberalen zum Krieg vor. (Heft 3, 77 S., br. M. 1.50; Heft 4, 80 S., br. M. 1.50.)

Deutschland und China nach dem Krieg. II. Heft des Deutsch-chinesischen Verbandes (Verlag Karl Curtius, Berlin. 105 S.) Rohrbach, „Deutschland und das chinesische Geistesleben" und Wolf von Dewall, „Die wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands in China". Material zur Frage der Gestaltung der deutsch-chinesischen Beziehungen nach dem Krieg.

Flanderns Wehklage und Wir, ein vlämischer Weckruf und ein deutsches Echo (Winter, Heidelberg, 63 S. 1 M.). Wiedergabe der belgischen Flugschrift „Flanderns Klage" und der deutschen Sympathiekundgebungen.

Das Weltreich und sein Kanzler (vom Verfasser des Fenriswolf) Eugen Diederichs in Jena (165 S. M. 3.60). Roman eines Mitgliedes der Quadriga in Briefform. Aufruf der Finanzmacht der Vereinigten Staaten zur Vereinigung des gesamten Weltwirtschaftskapitals zur Sicherung der Weltwirtschaftsmacht und des Völkerfriedens gegen politische Machtäußerungen.

Die Kriegsanleihen in der volkswirtschaftlichen Eigenart der einzelnen Länder (1916, geh. M. 1.80. 49 S.). Finanzwirtsch. Zeitfragen, Heft 26. Vergleichung der einzelnen Volkswirtschaften als Gesamterscheinungen. Wichtig durch den Vergleich der deutschen und englischen Kriegs- und Finanzwirtschaft.

Der internationale Kapitalmarkt im Kriege und nach dem Kriege (1916, geh. M. 2.60. 68 S.). Finanzwirtsch. Zeitfragen, Heft 27. Darstellung der durch den Krieg veranlaßten Veränderungen auf dem Markte der Leihkapitalien, der inneren Märkte und der Beziehungen der Länder untereinander.

Unser Geldwesen nach dem Kriege (1916, 46 S., geh. M. 1.80). Finanzwirtsch. Zeitfragen, Heft 28. Untersucht die künftige Einrichtung

Digitized by Google

unseres Geldwesens, die Fragen des Goldbedarfs, der Geldwährung und Goldkernwährung.

Prof. Dr. K. Th. von Eheberg, Die Kriegsfinanzen. (124 S. M. 2.—. A. Deichertsche Verlagsbuchh., Leipzig.) Behandlung der finanzwirtschaftlichen Maßnahmen des Deutschen Reichs und der wichtigsten anderen Staaten.

Vaterländischer Hilfsdienst, Reden zur Vorlage des Gesetzes im Reichstag. 86. Heft der Sammlung „Der Deutsche Krieg". Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. (32 S. 50 Pfg.)

Adolf v. Harnack, Aus der Friedens- und Kriegsarbeit (Verlag Toepelmann, Gießen 1916, VIII und 373 S., geb. 10 M.). Reden und Vorträge aus der Geschichte des Christentums und der Kirchen, der Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Schriften und Reden zum Weltkrieg, Äußerungen einer ruhigen, vornehmen Gesinnung, geben diesem dritten Band der Reden und Aufsätze allgemeinen Gegenwartswert.

Hermann Jaques, Erinnerungen eines Zivilisten 1914—1916. (137 Seiten, E. Köpke, München 45.) Tagebuchblätter aus Holland, Belgien und deutschen Städten.

Frauenberufsfragen und Bevölkerungspolitik nennt sich das Jahrbuch 1917 des Bundes deutscher Frauenvereine (B. G. Teubner, Leipzig). In der Hauptsache Aufsätze zur wirtschaftlichen Überleitung in den Frieden und einbevölkerungspolitisches Programm der Frauenbewegung.

Franz Köhler, „Die Reichskalorienkarte". Vorschlag zur einheitlichen Regelung und Lösung der Ernährungsfrage. (J. F. Lehmanns Verlag, München. 38 S. M. 1.20.)

Schafft billige Lebensmittel, zwei Flugschriften von Germanus, bei Piloty & Löhle, München (187 S. und 68 S. 2 und 1 M.) treten für die kleine Privatwirtschaft ein.

Länderkunde

Dr. A. Wirth, Vorderasien und Ägypten. (Union, Deutsche Verlagsges., Stuttgart. 396 Seiten mit 82 Abb. und 1 Karte.) Schilderung der Geschichte, Ethnologie, Religion und Wirtschaft Vorderasiens mit Heranziehung des für die Gegenwart wesentlichen historischen Stoffes und hauptsächlicher Konzentration auf die Darstellung der gegenwärtigen Zustände, gesehen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen der Großmächte.

Das schöne Kurland. Von Carl Meißner. Mit 155 Abb. R. Piper & Co., München. M. 2.80. Abbildungen, die uns eine Vorstellung von der deutschen Kultur Kurlands geben. Sowie ein kurzer Abriß der Geschichte Kurlands, besonders seiner deutschen Kultur.

Kolonien

Dr. H. W. Solf, „Die Lehren des Weltkriegs für unsere Kolonialpolitik" (Nr. 85 des „Deutschen Kriegs", Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 25 S. 50 Pf.) Wiedergabe des ruhigen weitausschauenden Vortrages.

F. Baltzer, Die Kolonialbahnen, mit besonderer Berücksichtigung Afrikas. (G. J. Göschen.) Geschichte und Beschreibung der bisher in Afrika gebauten Kolonialbahnen, Übersicht über ihre wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung; leicht verständliche Darstellung des Baues und Betriebes deutscher Kolonialbahnen. Ausstattung mustergültig.

Recht

Heinz Horstmann: Handelsverträge und Meistbegünstigung (Karl Heymann's Verlag Berlin, 189 S. 5 Mark). Zusammenstellung der europäischen Handels- und Meistbegünstigungsverträge Deutschlands, Nachweis der Wirkung der Meistbegünstigung mit dem Schluß, daß wir „mit einer Verfeinerung des Systems auf dem bisherigen Wege unserer Handelspolitik weiter voranschreiten können."

Kriegsschäden und Wiederherstellung, eine Skizze von Dr. Ernst Buzicka (Manzsche Buchhandlung, Wien 1916. 69 S. 3 Kr.). Systematische, kurz zusammenfassende Darstellung der Kriegsschäden und ihrer Tilgung.

Biographien

Briefwechsel Johann Kaspar Bluntschlis mit Savigny, Niebuhr, Leopold Ranke,

Digitized by Google

Jakob Grimm und Ferdinand Meyer, hsg. von Wilhelm Oechsli. Verlag Huber & Co., Frauenfeld. Preis M. 5,50 X und 243 S. Wichtige Quelle zur Geschichte der Schweiz in den 20er und 40er Jahren und Zeugnisse eines wechselseitig anregenden geistigen Verkehrs.

Werner Siemens, seine Person und sein Werk. Festrede zum Gedächtnis der hundertsten Wiederkehr des Geburtstages von Werner Siemens. Von C. Diblmann. (Verlag Julius Springer, Berlin 1916. 39 Seiten, M. 1.—.)

Conrad Matschoß, Werner Siemens. (Auswahl seiner Briefe.) Zwei Bände. Julius Springer, Berlin. 1916. Geb. Preis M. 20.—. Ergänzung zu den Lebenserinnerungen durch tausend Briefe aus einem vielverzweigten inhaltsreichen Briefwechsel in zwei gut gedruckten Bänden.

Ernst von Wildenbruch erhält im Zusammenhang mit der Ausgabe seiner gesammelten (in 17 Bänden zu je M. 5.—) durch B. Litzmann die erste wissenschaftlich angelegte Biographie in zwei Bänden (I. Band 390 Seiten, II. Band IX und 413 Seiten; geh. je M. 7.—, geb. je M. 10.—.) In einem reichen Lebenswerk spiegeln sich Geist, Geschichte und Gestaltung des heranwachsenden Deutschen Reiches.

A. Riedler: Emil Rathenau und das Werden der Großwirtschaft. Jul. Springer, Berlin 1916. VIII, 249 S. br. M. 5.—. Biographie eines modernen Großindustriellen auf dem Hintergrunde der wissenschaftlich technisch fundierten Großbetriebe und Großwirtschaften.

Eine Gedächtnisnummer für Kaiser Franz Joseph ist die Kriegsnummer 124 der Leipziger Illustrierten Zeitung des Verlags J. J. Weber, Leipzig, mit vielen Abbildungen aus dem gesamten Leben des Kaisers. M. 2.—.

Der Kaiser. (Ein Bildnis Wilhelms II.) Von Willy Pastor, 1916. 8°. M. 1.—. Reichsverlag Hermann Kalkoff, Berlin.

Philosophie; Erziehung

G. W. Leibniz Deutsche Schriften. 1. Band Muttersprache und völkische Gesinnung. 2. Band Vaterland und Reichspolitik. (161—162 der philosoph. Bibl. Felix Meiner, Leipzig, br. M. 2.—, geb. M. 2,60.) Ausgrabung vergessener Schriften zur Politik. Aufsätze älterer Art und Betrachtungen über die Gegenwartsfragen seiner Zeit. Beide Gruppen für die Klärung völkischer Gesinnung noch heute fruchtbar.

Wilhelm Wundt: „Leibniz" (132 Seiten, Alfred Kröner, Leipzig 1917) skizziert Leibniz in seinem Verhältnis zur Zeit, zu vorausgegangenen Denkern und in seinem Wirken für die neue Wissenschaft und Philosophie.

Max Stirner. Kleinere Schriften und seine Entgegnungen auf die Kritik seines Werkes „Der Einzige und sein Eigentum" aus den Jahren 1842—48, herausgegeben von John Henry Mackay, zweite durchgesehene und sehr vermehrte Auflage. (Treptow, Bernhard Sacks Verlag. 417 S.)

Valckenier Kips, Professor des Staatsrechts zu Delft, Der deutsche Staatsgedanke. (S. Hirzel Verlag, Leipzig. 70 Seiten, M. 1.20.) Vergleich der germanischen und romanischen Staatsauffassung.

Zur staatsbürgerlichen Erziehung vor und nach dem Kriege äußert sich Dr. Ad. Matthias in einer klärenden Schrift (Verlag S. Hirzel, Leipzig. 47 Seiten, M. 1.20) im Hinblick auf die allgemeine Neuorientierung gegenüber der bisherigen Überwertung des Beamtentums, des Intellektualismus in der Gelehrtenwelt, den parteipolitischen, sozialen, konfessionellen Engherzigkeiten.

Karl Ludwig Schleich, Aus Asklepios Werkstatt (268 Seiten, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart. Geb. M. 4.—). Populäre Betrachtungen über das Wesen und die Art der Krankheiten, über Einrichtungen, Schädigungen und gesundheitliche Vorzüge der Lebensweise, Ratschläge für das Haus und die Reise.

Geschichte

Das geschäftliche Leben im alten Babylon von Dr. Walter Schwenzner. (Leipzig, J. C. Hinrichs 1916, 32 Seiten, M. —.60). Gemeinverständliche Bilder aus einem wohlorganisierten Kaufmannsstaat des alten Orient.

Heinr. Margulies: Der Kampf zwischen

Digitized by Google

Bagdad und Suez im Altertum. Deutsche Orient-Bücherei. Heft 21. G. Kiepenheuer, Weimar. 54 S. M. 1.20.) Darstellung des Kampfes zwischen Babylon und Ägypten um ein einheitliches Wirtschaftsgebiet vom Indischen Ozean zum Mittelmeer (mit den Außenposten Suez und Bagdad) als ursprünglichen Ziels der orientalischen Weltpolitik. Nachweis der weltpolitischen Bedeutung Palästinas.

Prof. Adam Szelagowski, Der Kampf um die Ostsee (1544—1621). Mit einem Vorwort von Geh. Hofrat Professor Dr. S. Günther. Berlin Neue Deutsche Bücherei, geh. M. 3.— Historische Bilder vom Beginn der Zeit, wo die Ostsee eine geschichtliche Rolle zu spielen anfing bis zur Zeit Gustav Adolfs mit besonderer Betonung der Jahre 1544 bis 1621 dem einstweilen entscheidenden Augenblick der Festsetzung Schwedens.

Dr. Paul Simon, Geschichte der Stadt Danzig, (Verlag A. W. Kafemann, Danzig). Von dem auf vier Bände berechneten Werk wird die 5. Lieferung (Bd. II) vorgelegt. (Danzig in der ersten Hälfte des 16. Jahrh.)

Dr. Bassermann Jordan, Die Verwüstungen des pfälzischen Weinbaugebietes durch die Franzosen in früheren Kriegen. Pfälzische Verlagsanstalt, Neustadt a. d. Haardt, 31 S. mit 16 Abb.

Das Charakterbild Karls II. von England (1660—85), von Marquis von Halifax geschrieben, wird in erster deutscher Übersetzung von Tönnies bei Karl Curtius, Berlin (107 Seiten) herausgegeben. Einen großen Teil des Buches nehmen die weisen politischen Gedanken ein.

Thomas Carlyles Geschichte Friedrich II. von Preußen beginnt in einer neuen deutschen Übersetzung von J. Neuberg in sechs Bänden in R. von Deckers Verlag, Berlin, zu erscheinen. Der erste Band (in Pappe M. 7.—) ist Gewähr für die zuverlässige Neuauflage des Werkes, mit dem der englische Geist dem deutschen und sich selbst ein dauerndes Denkmal gesetzt hat.

Prof. Herm. Schilling, „Englands Werdegang" (44 S. 80 Pfg. Walter Möschke Verlag, Leipzig).

Theodor Preyer, Ägypten und Indien. (203 Seiten. Ullstein Verlag, Berlin. M. 1.—) Schilderung des Kampfes Englands um Indien und den Suezkanal, „die beiden Säulen des britischen Weltreiches", und der Bestrebungen Englands um den Ausbau eines zusammenhängenden asiatisch-afrikanischen Imperiums.

Die Denkschrift über die russische Agrarreform von 1909 bis 1913, wenige Monate vor Ausbruch des Krieges von Kriwoschein verfaßt, wird in deutscher Übersetzung vom Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar (55 Seiten, M. 2.—) herausgebracht. Ausgezeichneter Einblick in das russische Wirtschaftsleben.

Die deutsche Geschichtschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen von Georg von Below, der Freiburger Historiker (XIII und 184 Seiten. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig. Geb. M. 4.—). Würdigung aller historischen Betrachtungsweisen vom 18. Jahrhundert an mit Einbeziehung der Kultur- und Wirtschaftsgeschichte. Die inneren Zusammenhänge aufzeigender Führer durch die geschichtliche Literatur des 19. Jahrhunderts: von der Erweckung des deutschen Volksgeistes durch die romantische Wissenschaft bis zum nationalen Staat unserer Zeit.

Aus Deutschlands Vergangenheit. (Geschichtsbilder in der Erzählungskunst.) Herausgegeben von A. Enzinger und W. Hausmann, Verlag R. Oldenbourg, München. 1916 (V und 492 S., geb. 5 M.) Zeitlich geordnetes gutes Lesebuch für das Haus.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Deutsche Worte und englische Sorgen 73
Osterrieth, Die Antwort der Entente 79
Wygodzinski, Weltwirtschaftliche Möglichkeiten 83
Tönnies, Die Lage des englischen Staates 88
Schultze, Die Reichsgründung 94
Notizen / Neuerscheinungen 98

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 19. Januar 1917 Heft 3

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar-Berlin

Digitized by Google

Rottweiler Jagdpatronen

Rottweiler rauchloses Scheibenpulver „P" für Bleigeschosse

Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken Berlin NW 7

2. Jahrgang • 19. Januar 1917 • Heft 3

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Deutsche Worte und englische Sorgen

Von Dr. Paul Rohrbach

Die deutsche Note vom 11. Januar war eine vortreffliche Überraschung, vortrefflich in ihrem Wortlaut und ihrer Anlage, und daher auch in ihrer Wirkung. Mit Kraft und Geschick, in wenigen Worten, wird die Schuld am Kriege, von der England selbst gesagt hat, ihre fortgesetzte Diskussion sei notwendig für die Friedensverhandlungen und den Frieden, der Entente zugewiesen. Eben die Erwerbungen, die England und Rußland, Frankreich und Italien jetzt in ihren amtlichen Kundgebungen als Kriegsziel aufstellen, bildeten schon Jahrzehnte vorher den offen verlangten Gegenstand des Begehrens unserer heutigen Feinde. Was hat Rußland vorher gewollt? Konstantinopel, die Vorherrschaft im Balkan, die Zertrümmerung Österreich-Ungarns! Was England? Beseitigung der deutschen Konkurrenz, Brechung der deutschen Weltpolitik! Was Frankreich? Elsaß-Lothringen! Was Italien? Trient, Triest, die Alleinherrschaft über die Adria, ein Stück Balkanhalbinsel! Von diesen und ähnlichen Forderungen hallten die Presse, die politischen Bankette, ja sogar Parlamentsreden und Äußerungen verantwortlicher Staatsmänner von Moskau bis Paris, von London bis Rom Jahrzehntelang wider. Wir bringen über dieses Thema im selben Hefte aus geschätzter Feder noch einen besonderen Aufsatz und können uns daher hier auf den kurzen Hinweis beschränken, daß eben in diesem Zusammenfallen der alten Wünsche und der neuen Kriegszielforderungen unserer Gegner der schlagendste Beweis dafür liegt, daß unsere Note den Kern der Sache trifft, indem sie kurz auf die Einkreisungspolitik Englands, die Revanchepolitik Frankreichs, das Streben Rußlands nach Konstantinopel usw. hinweist. Auch die Erinnerung daran, daß England noch im Jahre 1887 unter gewissen Voraussetzungen nichts gegen einen deutschen Durchmarsch durch Belgien gegen Frankreich hatte, ist schlagend — so schlagend, daß man fragt, warum dieser Trumpf nicht schon viel früher statt in den Spalten halbamtlicher Blätter auch in amtlichen Noten oder Reden verwendet worden ist. Dort wird er von den Feinden totgeschwiegen, hier erzwingt er sich Beachtung und Wirksamkeit.

Digitized by Google

Die deutsche Note richtet sich nur an die Neutralen und verzichtet auf Weitergabe an die Feinde. Die Gegner, heißt es, hätten den deutschen Vorschlag zu Verhandlungen abgelehnt, weil es ein Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung sei — und die Form, in die sie ihre Mitteilung kleideten, schließe eine Antwort an sie aus. In der Tat, so ist es. Brutalität und Unaufrichtigkeit erreichen in der feindlichen Antwort ein Maß, daß wir uns nur etwas vergeben würden, wollten wir den Verfassern noch weitere Mitteilungen zukommen lassen, als durch das Schwert. Das Schwert ist gut; es wird eine so deutliche Sprache führen, wie nötig ist, um die Ententegenossen, wenn sie die Unterhaltung wieder aufnehmen wollen, erst sauberere und ehrlichere Ausdrücke finden zu lassen.

Den Rekord der Unanständigkeit hat übrigens wohl der englische Minister Barnes erreicht. Dieser sagte neulich: mit einem wilden Tiere — Deutschland — könne man nicht verhandeln und Frieden schließen. Herr Barnes ist, wie die Zeitungen mitteilen, Arbeitervertreter im englischen Ministerium und war vorher Maschinenschlosser. Das ist ein sehr ehrenwerter Beruf, und man kann nur bedauern, daß Barnes ihn durch ein so ödes Geschimpfe kompromittiert. An dem Ruf eines ordentlichen Gewerkschaftsvertreters, mag er Schlosser oder sonst etwas sein, ist, was anständige Tonart betrifft, nach unseren bisherigen Erfahrungen in diesem Kriege immer noch mehr zu verderben, als an dem Ruf manches englischen Ministers. Schade, daß Gewohnheiten, die Barnes in seinem neuen Kreise vorfand, so schnell auf ihn abgefärbt haben.

Im übrigen: Wer schimpft, hat unrecht, das ist ein altes Sprichwort, und man kann hinzufügen, daß der Schimpfende in der Regel nicht nur unrecht hat, sondern auch selber fühlt, daß er im Unrecht ist. Im ersten Augenblick des Zornes und der Verbitterung, zumal wenn sich Lüge und Verachtung alles Anstandes in einer solchen Flut offenbarten, wie von der englischen Seite gegen uns, mag auch Schelten verzeihlich sein. Mit der Zeit hört das aber bei ehrlichen und tapferen Kämpfern auf. Solche wissen, daß man den Gegner nicht mit Worten bezwingen kann. Wo hört man heute noch in Deutschland „Gott strafe England" sagen? Wo hört man noch „Haßgesänge"? Diese Dinge sind bei uns vorbei. Wir haben uns schon lange darauf besonnen, daß es Taten, nur Taten gilt, um einen Gegner wie England niederzuzwingen. Am Anfang des Krieges hörte ich einmal eine Geschichte aus dem Gefangenlager von Ruhleben erzählen. Jemand hatte mit Kreide an den Zaun geschrieben: „Gott strafe England!" Darunter stand von der Hand eines Engländers: because you can't do it yourself! Weil ihr es nicht selber könnt! Was der Engländer damit ausdrücken wollte, das haben wir uns in Deutschland sehr bald gesagt, und wenn wir jetzt Minister vom Kaliber des Herrn Barnes in ihrer blinden Wut gegen Deutschland sich so weit vergessen sehen, so empfinden wir mit Befriedigung, daß unsere Kriegführung gegen England doch recht wirksam geworden sein muß.

Fünfhunderttausend Tonnen Schiffsraum im Monat, davon mehr als die Hälfte

Digitized by Google

englisch — bei dieser Versenkungsziffer ist es schon begreiflich, wenn Leute wie Barnes, da ihnen offenbar nichts besseres zur Hand ist, zu einem bösen und ohnmächtigen Schimpfwort greifen. Uns berührt das nicht weiter, und wir finden es falsch, wenn die Zeitungen bei uns Entrüstung äußern. Entrüstung lohnt hier gar nicht; es liegt nur Grund zur Befriedigung vor. An der Tonart drüben kann man wie an einem Barometer ablesen, wie gut dort unsere Lage eingeschätzt wird und wie schlecht die eigene. Schlecht steht es bei der Entente vor allen Dingen militärisch. Auf diesem Gebiet sind die Dinge aber noch im Fluß, und ohne Zweifel haben wir im Winter oder Frühjahr starke feindliche Anstrengungen zu erwarten. Wir wollen also nicht weiter von den augenblicklichen militärischen Nöten der Entente sprechen, sondern statt dessen an etwas anderes erinnern, wovon zuerst vor einigen Monaten ausführlich in der „Deutschen Politik" die Rede war. Das ist die drohende und teilweise schon eingetretene Getreidenot des Vierverbandes. Ein Hamburger Kaufmann, Henry P. Newman, weist in den Mitteilungen des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse" von neuem darauf hin, wie schlecht es in dieser Hinsicht den Feinden zum Frühjahr gehen wird, schlechter jedenfalls als uns. Newman stellt in seinem Aufsatze fest:

1. Die Ernten in den europäischen Konsumländern sind in Frankreich und England, unter besonders ungünstigem Gewitterwetter, noch schlechter als bisher angenommen ausgefallen. Italien hat, bei einer leidlichen Weizenernte, durch seine gänzlich verunglückte Maisernte ein enormes Defizit.

2. Die Ernten in den Ausfuhrländern der nördlichen Halbkugel — Vereinigte Staaten und Kanada — sind jetzt beendet und so schlecht ausgefallen, daß man in ersterem Lande, in welchem die Anbaufläche von Weizen jetzt wiederum erheblich zurückgegangen ist, zum Schutze der eigenen Versorgung an ein Getreide-Ausfuhrverbot denkt und schon jetzt, ein bisher beispielloses Vorkommen, Mais aus Argentinien einführt.

3. Die Ernteaussichten auf der südlichen Halbkugel — Erntebeginn im Januar/Februar — haben sich in dem wichtigsten, weil den Konsumländern am nächsten gelegenen Argentinien fabelhaft verschlechtert. Starke Trockenheit vernichtete die Leinsaatfelder bereits. Die Weizenaussichten sind nur im Süden der Republik ziemlich gut zu nennen, überall sonst immer laut englischen Kabelberichten direkt schlecht. Die Aussichten für die erst im April/Mai reifende Maisernte sind schlecht, und man rechnet mit einem so kleinen Ertrag, daß auch dort die Idee eines Ausfuhrverbotes erörtert wird, zumal der eigene Bedarf in Argentinien infolge der durch die Trockenheit ausgefallenen Heuernte beträchtlich gesteigert wird. In Indien sind die Aussichten bis jetzt, bei günstigem Monsun, nicht schlecht; immerhin kann Indiens Ausfuhr unter den jetzigen Verhältnissen niemals eine maßgebende Rolle spielen. Australien wird, bei einer allerdings 10% kleineren Anbaufläche und eine normale, noch keineswegs gesicherte Entwicklung des Korns vorausgesetzt, einen Ausfall von 25% gegen das Vorjahr, immerhin aber mit den Restanten der letzten großen Ernte einen ziemlich erheblichen Exportüberschuß haben dessen Verwertung aber infolge der ungeheuer langen Reisedauer der Schiffe sowohl der Regierung des Commonwealth wie derjenigen Großbritanniens böses Kopfzerbrechen macht.

4. Die Dardanellen und damit die Kornkammer Rußlands und Rumäniens bleiben, wie jetzt auch die Engländer wissen müssen, der Entente verschlossen.

Digitized by Google

Es ist begreiflich, daß in England diese Dinge nicht zu laut behandelt werden, und man kann sich im Grunde nur wundern, daß immerhin noch ziemlich viel, wenn auch in gedämpften Tönen, von ihnen die Rede ist. Die Sorge ist groß, und das Wort „regardless of price" — „koste es was es wolle" — in bezug auf das notwendige Quantum Brotgetreide ist heute schon das stillschweigend befolgte Motto für die Heranschaffung des Korns. Die Weizenpreise in England sind jetzt bedeutend höher als bei uns; nach englischen Begriffen unerhört hoch, aber es gibt genug Stimmen, die da sagen, es könnten vor der nächsten Ernte noch Zeiten kommen, wo man die Preise von heute für „lächerlich billig" halten würde.

Ist es nicht eine wirklich grimmige Ironie der Weltgeschichte, daß England und seine Bundesgenossen sich jetzt schon mehr Sorge machen müssen als wir, wie sie den Krieg durchhalten sollen, bis es wieder neues Brot gibt? Der Weltmarkt und alle Wege über den Ozean stehen den Engländern offen, und doch klopft die Not an ihre Tore; das belagerte Mitteleuropa aber hat seinen Vorrat in der Scheuer, und wenn er auch knapp ist, so wissen wir doch, daß wir reichen werden und daß das Brot in drei oder sechs Monaten bei uns nicht teurer sein wird als heute.

Englands fernerer Kriegswille ist also, abgesehen von den sonstigen Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen, mit der Ernährungsfrage belastet und diese Last wiegt schwer, schwerer als die öffentliche Meinung in den Ententeländern heute im Durchschnitt sich schon bewußt ist. Der große Kriegsrat in Rom hat natürlich auch über die Getreidenot verhandelt. Italien ist besonders schlimm dran, denn außer Brot fehlt den Italienern auch die Kohle. Kohle liefert ihnen England zu Wucherpreisen, aber Brot kann es nicht aus der Erde graben. Trotzdem hat Lloyd George Fortsetzung des Krieges verkündet, bis Deutschland zu Boden geworfen sei. Es scheint nach zahlreichen Anzeichen in der englischen Presse, daß hinter diesen Worten diesmal ein ganz besonderer Entschluß steckt, der indes in Wahrheit weniger auf die direkte Niederwerfung Deutschlands abzielt, als darauf, England in den Besitz eines entscheidenden Vorteils zu bringen, durch den gleichzeitig die deutsche Zukunft verbaut wird. Schon früher haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß es in England zwei „Schulen" in bezug auf die Methode und das Ziel des Krieges gibt, die westliche und die östliche. Die eine sucht die Entscheidung in Flandern und Frankreich durch Zerbrechung der deutschen Front, die andere sucht sie im Orient, indem sie die beiden europäischen Mittelmächte vom Balkan und der Türkei trennen, die Seeverbindung mit Rußland herstellen und die Türken zugleich an den Meerengen, in Kleinasien, Armenien, Syrien und Mesopotamien überwältigen will. Dies letztere Ziel tritt jetzt offensichtlich in den Vordergrund der englischen Kriegsidee. Anscheinend stellt sich Lloyd George den weiteren Verlauf der Dinge so vor, daß England durch einen Angriff mit gewaltigen Kräften gleichzeitig vom Mittelmeer und vom Persischen Golfe her die dazwischen liegenden türkischen Länder erobert; auf ihren Besitz gestützt, seine Friedensbereitschaft erklärt —

Digitized by Google

und dann im Frieden Herr zwischen der syrischen Mittelmeerküste und der Mündung des Euphrat und Tigris bleibt!

Unser Mitherausgeber Jäckh hat im vorigen Hefte, in seinem Artikel über den englischen Frieden, auf Seite 44, die Ausführungen des englischen Blattes „New Statesman" über die Kriegslage, so wie sie sich diesem Engländer darstellt, mitgeteilt. Sie sind ein Zeugnis dafür, wie gewaltig auch bei den Engländern der Eindruck unserer Stärke ist. Der „New Statesman" übertreibt in ganz lächerlicher Weise, und es wird weder in England, noch sonstwo auf der Welt jemanden geben, der da glaubte, daß Deutschland mit Friedensbedingungen, wie sie dort genannt sind, gesiegt oder überhaupt einen Erfolg erreicht hätte. Das aber ist nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist vielmehr etwas anderes. Unsere Leser werden bemerkt haben, wie sehr die Ausführungen des „New Statesman" an den Vortrag erinnerten, den der englische Politiker Garvin, der Herausgebers des „Observer" und anderer Blätter, im vergangenen Sommer in der Kolonial-Gesellschaft in London hielt. In der „Deutschen Politik" ist damals wiederholt von Garvins Hauptthese die Rede gewesen: Einstweilen habe Deutschland den Krieg gewonnen, denn die Mittelmächte behaupteten die Verbindung mit dem Orient, das bedeute Bedrohung Ägyptens und in weiterer Folge Indiens und des gesamten englischen Reichs! Garvin sagte im Zusammenhang hiermit, so lange die Verbindung zwischen Mitteleuropa und dem Orient, d. h. die Okkupation von Serbien und das Bündnis mit Bulgarien, für Deutschland bestehe, sei und bleibe der Krieg für England verloren. Ganz ähnlich heißt es jetzt im „New Statesman", nur mit der Übertreibung, Deutschland könne sogar alle besetzten Gebiete zurückgeben, auf einen Teil Elsaß-Lothringens und auf seine Kolonien verzichten, und es würde immer noch Sieger sein, wenn es nur seinen Einfluß bis nach Bagdad und bis nach El Arisch geltend zu machen vermöge! Das ist heller Unsinn, aber man sieht daraus, wie stark sich das englische Denken auf diese Gebiete konzentriert, und man kann als sicher annehmen, daß Lloyd George, mögen seine Reden lauten wie sie wollen, genau entschlossen ist, als die wirklich maßgebenden englischen Interessen diejenigen im Orient zu behandeln. Um die Bundesgenossen und die „Schakale" Englands — wir machen darauf aufmerksam, daß dieser Ausdruck für die kleinen englischen Verbündeten aus englischem Munde, der Wochenschrift „Truth" stammt, die der Abgeordnete Dr. Naumann in seiner Reichstagsrede vom 11. Oktober/November zitierte — bei den Beratungen in Rom für Englands Orientziele gefügig zu machen, wird wohl auch Lloyd George persönlich in erster Linie dorthin gegangen sein.

Ganz ohne Zweifel bedeutet Lloyd George einen neuen und starken Faktor für den englischen Entschluß, „durchzuhalten", einen Faktor, mit dem man eigentlich erst anfing zu rechnen, als deutlich wurde, wie Großes der Mann für die Munitionsherstellung geleistet hatte. Sein Gedanke als Munitionsminister war, den Krieg an unserer Westfront durch einen unerhörten und überraschenden Aufwand an Geschossen

Digitized by Google

für England siegreich zu beenden, indem wir unter Granaten verschüttet wurden. Der Hagel der englischen Artillerie war furchtbar, aber unsere Truppen haben standgehalten, und es ist klar, daß eine Wiederholung des Versuchs vom Juni bis zum Dezember 1916 den Engländern und Franzosen jetzt nichts mehr fruchten würde. Wir sind vorbereitet und gerüstet, auch wenn es noch schlimmer kommen sollte, als es das erstemal kam. Also will Lloyd George den Sieg für England oder wenigstens den Gewinn für England aus dem Kriege jetzt an einer anderen Stelle suchen, und zwar, wenn nicht alles täuscht, auf der Linie zwischen Zypern und Basra. Er mag kommen — er wird unsere Bundesgenossen samt uns auch hier gerüstet finden und seine Niederlage erleben!

*

Unmittelbar nach dem Abschluß dieser Zeilen kommt die Veröffentlichung der Zehnverbandsnote an den Präsidenten Wilson. Zunächst wird die Entente nicht sehr glücklich darüber sein, daß wir mit unserer Anrede an die Neutralen zwölf Stunden früher da waren. Wären wir hinterhergekommen, so hätte es geheißen: Welch matter Aufguß nach unserer kräftigen Sprache! Jetzt geht das nicht; umgekehrt — wir haben anständig, friedensbereit und fest geredet, die Feinde aber als die säbelrasselnden militaristischen Bramarbasse. Die Ententegenossen sind wie die Spieler, die mit schlechten Karten beim Pokern sitzen. Man kann auch dann gewinnen, — wenn man den Gegner zu „bluffen" vermag, das heißt, ihn einzuschüchtern, indem man tut, als ob man ein sicheres Spiel in der Hand hätte. Wer blufft, muß aber auf jeden Fall den Vorteil für sich haben, daß ihm niemand in die Karten sehen kann. Bis zu einem gewissen Grade ist natürlich die Lage in jedem der kriegführenden Länder für die Gegenpartei undurchsichtig, und je nach dem Temperament scheinen dem einen die eigenen Schwierigkeiten, dem anderen die beim Gegner vermuteten schwerer für den Ausgang zu wiegen. So weiß zwar auch die Entente, wie es bei ihr steht, aber sie hofft auf die Not bei uns, und sie hofft, wenn sie nur den Mund recht weit aufreißt, würden die eigenen Völker und die Neutralen weniger an die Entente-Nöte, als an die mitteleuropäisch-orientalischen glauben. Daher das mit dem Maurerquast auf eine Riesenfläche hingemalte Kriegsziel! Wenn aber irgendwo, so gilt hier das Wort: weniger wäre mehr gewesen! Die Hälfte oder ein Drittel — und man hätte für möglich halten können, daß die Optimisten unter den Ententepolitikern selbst an den Zauber glauben, den sie der Welt vormachen wollen. Das aber, was sie jetzt als „Bluff" produziert haben, ist, wenn man es mit der wirklichen Lage, wie jedermann über sie urteilen kann, vergleicht, zugleich so frech und so lächerlich, daß es einstweilen nicht lohnt, mehr Worte darauf zu verwenden!

Digitized by Google

Die Antwort der Entente

Von Albert Osterrieth

Nach mehr als zweijähriger Dauer des Krieges, der Millionen Menschenleben vernichtet, weite Gebiete verwüstet, den Wohlstand der Völker zerrüttet, der die Macht- und Kulturstellung Europas schwer gefährdet, haben die Mittelmächte das Angebot gemacht, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Nach 14tägiger Beratung antwortet die Entente. Die Antwort bringt eine glatte Ablehnung. Das war nach den Preßäußerungen des feindlichen Auslandes zu erwarten und hat niemanden überrascht.

Welche Gründe führt nun die Entente für ihren folgenschweren Entschluß an, den Kampf weitergehen zu lassen?

Eine genaue Prüfung dieser denkwürdigen Urkunde ergibt, daß die Ententemächte ihre wirklichen Gründe nicht angeben wollen und sich hinter Ausflüchten verstecken, die trotz der advokatorischen Geschicklichkeit ihrer Verfasser ziemlich durchsichtig sind.

Zunächst werden rein formalistische Einwände erhoben:

Der Versuch, die Verantwortung für den Krieg auf die Alliierten abzuwälzen und die Verkündung des Sieges der Mittelmächte seien geeignet, jeden Verhandlungsversuch zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen. Außerdem sei eine Friedensanregung ohne Bedingungen für Eröffnung der Verhandlungen kein Friedensangebot.

Jeder unbefangen Urteilende muß erkennen, daß das keine stichhaltigen Gründe für den folgenschweren Entschluß sind, die Einleitung einer Erörterung über Friedensverhandlungen abzulehnen.

Es ist niemals der Zweck einer Friedensverhandlung gewesen, die geschichtliche Wahrheit über die Ursachen und den Anlaß eines Krieges festzustellen, noch ein richterliches Urteil über die Schuld an dem Ausbruch des Krieges zu fällen. Wenn sich auch feindliche Staatsmänner und die jeder Selstbeherrschung bare Presse der Ententeländer das Richteramt über die Zentralmächte angemaßt haben, werden die Ententeregierungen nicht erwarten, daß man ihr Urteil anders als parteiisch auffasse.

Daß die Mittelmächte in der Rolle des Siegers in die Friedensverhandlungen eintreten wollen, haben sie nie erklärt. Der deutsche Reichskanzler hat lediglich seiner Pflicht und dem guten Recht Deutschlands entsprechend kraftvoll betont, daß die gegenwärtige Kriegslage den Verdacht ausschließe, als ob es ein Gefühl der Schwäche und der Besorgnis vor dem Ausgang des Krieges sei, das die Mittelmächte veranlaßt habe, die Friedenshand auszustrecken. Hat doch der Reichskanzler zugleich verkündet, daß die Vorschläge, die die Mittelmächte zu machen hätten, eine geeignete Grundlage für eine Verständigung seien. Darin lag die Anerkennung, daß die Mittelmächte nicht

Digitized by Google

daran denken, die Friedensbedingungen einseitig vorzuschreiben, wie dies wohl der Sieger zu tun in der Lage ist.

Und — eine Friedensanregung ohne Friedensbedingungen sei kein Friedensangebot!

Der Widersinn dieser Worte liegt am Tage, so sehr am Tage, daß er die bittere Verlegenheit der Ententeregierungen offenbart, sich offen und ehrlich auszusprechen.

Eine Friedensanregung hat den Zweck, den Gegner zu einer Äußerung zu veranlassen, ob er ein Friedensangebot anhören oder erwägen wolle. Nur darum konnte es sich im Dezember 1916 handeln.

Und schon diese Anregung haben unsere Gegner höhnisch zurückgewiesen. Auf das „Warum?" — gibt die Ententenote keine Antwort.

Dagegen enthält die Note Ausführungen, die in gewissem Sinne die Friedensbedingungen der Entente darlegen sollen: Sanctions, réparations, garanties. Volltönende Worte, deren Klang dem Ohr schmeichelt, in die aber die Willkür jedes Beteiligten alles Beliebige hineinlegen kann. Der anmaßende Ton dieser Forderungen soll unzweifelhaft die Zuversicht der in ihrer Stimmung gedrückten Ententevölker heben und auf naive Neutrale Eindruck machen.

Aber eine Bekundung bestimmter politischer Ziele geben diese Worte nicht.

Kriege werden geführt und Frieden geschlossen um Lebensinteressen der Völker, um wirkliche, greifbare, wägbare Interessen, nicht um Begriffe; auch nicht um grundsätzliche Fragen, wie die der Anerkennung des Nationalitätenprinzips oder der freien Existenz kleiner Staaten. — Um Anerkennung welcher Nationalitäten soll es sich handeln — etwa um die irische oder die finnische? Welche kleine Staaten sollen in ihrer Existenz geschützt werden — vielleicht Griechenland oder Persien? Nicht für eigene Interessen, sondern für die fremder Nationalitäten und kleiner Staaten führen Frankreich, England, Rußland den Krieg — opfern sie das Blut und den Wohlstand ihrer Völker? — Es wäre zum Lachen, wenn die Sache nicht so furchtbar ernst wäre!

Leere Phrasen und aufdringliche Stimmungsmache, das tönt uns aus dem mühsam zusammengearbeiteten Plaidoyer der Entente entgegen. — In ihrem Kern birgt die Note aber noch etwas viel Bedeutsameres und für die Erkenntnis der wahren Lage Wertvolleres! —

Die wahren Ablehnungsgründe und die wahren Kriegsziele der Entente spricht die Note nicht aus. Und doch dient sie dazu, uns diese Gründe zu enthüllen und ihre Kriegsziele zu bestätigen.

Die wahren Kriegsziele der Entente kennen wir.

Die russischen Minister Trepow und Pokrowski haben das Ziel Rußlands bezeichnet: den Besitz Konstantinopels. Und Hervé hat verraten, daß die Bundesgenossen Rußlands diesem Ziel zustimmen und ihre Unterstützung zusichern mußten, weil sonst Rußland nicht mehr mitgespielt hätte.

Das Kriegsziel Frankreichs hat Briand verkündet; wir kennen es seit langem; es heißt: die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens.

Digitized by Google

Italien begehrt das Trentino, Triest und die Herrschaft über die Adria; England die Vernichtung der deutschen Flotte und die Ausschaltung des deutschen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt durch die Zertrümmerung des deutschen Wohlstandes[1]. —

Warum hat die Entente diese der ganzen Welt bekannten Kriegsziele nicht in ihrer Note genannt? —

Weil damit das Märchen, daß Deutschland den Krieg verschuldet und angestiftet hat, endgültig zusammengebrochen wäre.

Die Kriegsziele enthalten den Kriegsgrund. —

Diese wahren Ziele der Entente sind nicht durch den Krieg ins Leben gerufen worden; sie wären auch nicht die Folge einer Anstiftung des Krieges durch Deutschland gewesen.

---

[1] Anders steht es wohl mit den Zielen Belgiens, dem man für die Zeit vor dem Kriege die selbständige Absicht eines Angriffs auf Deutschland nicht zuschreiben wird. Es ist in tragischer Weise durch seine unglückliche geographische Lage in den Krieg verwickelt worden. Wie schon seit Jahrhunderten sein Boden das Schlachtfeld für die Kriege zwischen Frankreich, England und Deutschland abgab, mußte es auch unvermeidlich in diesen Völkerbrand hineingezogen werden. Die Frage war nur, ob Deutschland oder die Westmächte sich sein Gebiet zuerst sichern würden.

Deutschland gelang es zuerst. Das ist sein Verbrechen!

Daß England keinen Augenblick gezögert hätte, Belgien als Einfallstor gegen Deutschland zu benutzen, kann für niemanden zweifelhaft sein, der die vergangene und gegenwärtige Geschichte Englands kennt: Persien, Griechenland usw. . . . Die in Brüssel aufgefundenen Urkunden beweisen auch, daß England schon seit Jahren den Einmarsch durch Belgien vorbereitete, und daß die belgische Regierung in ihren Neutralitätspflichten keinen Anlaß fand, die Forderungen Englands abzulehnen.

Sie hat vielmehr mit England gemeinsame Sache gegen Deutschland gemacht.

Wir wollen diesen Vorsatz zum Neutralitätsbruch Belgien nicht als Schuld zurechnen. Das Schicksal des Krieges ist zu schwer, um die Maßstäbe strafrechtlicher oder moralischer Verantwortung, die immer nur für einzelne gelten, auf ganze Völker anwenden zu wollen. Auch hat das belgische Volk an den Fehlern seiner Regierung keinen Anteil gehabt. Seine Sympathien für Frankreich kann man dem Volk ebenfalls nicht zum Vorwurf machen. Es ist also tragisch und zu bedauern, daß belgischer Boden in den Krieg hineingezogen werden mußte. —

Unnötig war allerdings, daß Belgien, das von seiner eigenen Geschichte hätte lernen können, als selbständig Beteiligter Deutschland gegenüber in den Krieg eingriff. Griechenland hat gezeigt, daß ein Land eine unvermeidliche kriegerische Besetzung mit Würde tragen kann, ohne selbst Krieg zu führen. Hätte Belgien den Durchmarsch der deutschen Heere hingenommen, wie Griechenland die Besetzung Salonikis, so wäre ihm gewiß nicht die schimpfliche Behandlung zuteil geworden, die die Beschützer der kleinen Staaten Griechenland angedeihen ließen.

Noch schlimmer war es, daß die Bevölkerung Belgiens über die völkerrechtlichen Grundsätze der Kriegführung nicht aufgeklärt und zum Franktireurkrieg gereizt wurde. Die notwendigen, traurigen Folgen dieser rechtlosen Kriegführung muß auch der Gegner beklagen.

Eine Entschädigung hatte der Reichskanzler Belgien in Aussicht gestellt, solange eine durch die Kriegsumstände erzwungene Besetzung des Bodens in Frage stand.

Nachdem Belgien ohne zwingenden Grund als Gegner Deutschlands in den Krieg eingegriffen hat, scheidet die Frage der Entschädigungen grundsätzlich aus. Das Leid des Krieges ist die Folge des Krieges.

Da Belgien aus freier Wahl Kriegführender wurde, wird die Frage seines künftigen Schicksals im Rahmen des großen europäischen Friedensausgleichs zu regeln sein.

Digitized by Google

Diese Ziele haben nichts mit der Forderung der „sanctions“, der „réparations“, der „garanties“ zu tun.

Sie bestanden längst schon, bevor der Krieg ausbrach.

Seit 200 Jahren drängen die Russen, zur Verwirklichung des Testaments Peters des Großen, durch die Dardanellenpforte an das Mittelmeer; seit 46 Jahren haben die Franzosen die „Revanche“ und die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens zum Angelpunkt ihres politischen und nationalen Lebens gemacht. Seit Jahren haben die Italiener die „Erlösung“ des Trentino und Triests verlangt. Seit Jahren schon hat England in stets wachsendem Maße den deutschen Wettbewerb zu bekämpfen — „made in Germany“, Patentgesetz von 1907 — und Deutschland zum Aufgeben seiner Flottenpläne zu bestimmen gesucht.

Diese Ziele haben zur Bildung der Entente cordiale und der Triple-Entente geführt und um dieser Ziele willen ist der Krieg unternommen worden.

Diese Tatsachen stehen unverrückbar fest und sind durch keine Reden, Noten, Beschimpfungen und Lügen aus der Welt zu schaffen.

Diesen Tatsachen gegenüber tritt die Frage nach dem Anlaß des Krieges in den Hintergrund.

Und doch beweisen die Ereignisse, daß das Bestehen und die Wirksamkeit der Entente mit unerbittlicher Folgerichtigkeit zum Ausbruch des Krieges geführt haben. Die Entente hat mit ihrer Einkreisungspolitik allmählich den Zündstoff um die Grenzen des Deutschen Reiches herum aufgehäuft, daß ein Funke genügte, den zu Brand zu entfachen.

Der Brandherd lag im Balkan, wo Rußland 1912 den Balkankrieg anstiftete, dann durch seinen Agenten Hartwig das kleine Serbien zu seinen Umtrieben gegen Österreich reizte. Der Mord des Thronfolgers hatte das österreichische Ultimatum zur Folge. Rußland trat als Schützer Serbiens auf; Rußland und Frankreich sekundierten ihm. — Vielleicht haben die beiden Westmächte im Juli 1914 den Krieg noch nicht gewollt. — Aber da die Einheit der politischen Front innerhalb der Entente noch nicht bestand, hat Rußland, das schon seit dem Frühjahr 1914 seine Rüstung begonnen hatte, durch seine Mobilmachung die Ausgleichsversuche zum Scheitern gebracht.

Frankreich und England, die durch ihre Unterstützung und Ermutigung Rußland zur Vorbereitung des Krieges gedrängt hatten, haben, durch ihre Zusagen an Rußland gebunden, nicht ausbrechen wollen. So wurde der Weltkrieg unvermeidlich.

So entstand aus den Kriegszielen der Entente der Kriegsanlaß!

Ist es ein Wunder, daß die Entente heute diese Kriegsziele noch nicht aufdecken kann, die Kriegsziele, deren Bekundung der Welt offenbaren würde, wer die Verantwortung für den Krieg trägt?

Und dann kommt noch ein Wesentliches hinzu: Diese Kriegsziele stehen mit der jetzigen Kriegslage in einem so schreienden Mißverhältnis, daß die Entente es ernsthaft nicht

Digitized by Google

wagen kann, sie heute als Friedensbedingungen aufzustellen. Diesen, den wahren Ablehnungsgrund der Entente, gibt ihre Note auch merkwürdigerweise zu — da scheint der große Briand geschlafen zu haben. — Auf die europäische Kriegskarte könne ein Frieden nicht geschlossen werden: „Ein Friede, der unter solchen Voraussetzungen geschlossen wird, würde einzig den Angreifern — damit sind nach der Ausdrucksweise der Entente die Mittelmächte gemeint — zum Vorteil gereichen, die geglaubt haben, ihr Ziel in zwei Monaten erreichen zu können, und nun nach zwei Jahren bemerken, daß sie es niemals erreichen werden." — Eigentümlich ist, daß die Note von den nicht erreichbaren deutschen Kriegszielen spricht, ohne auch nur mit einem Wort anzudeuten, welches diese Ziele sein sollen, oder wie sie sich diese vorstellt. Ob man wirklich meint, der gegenwärtigen und der künftigen Welt den Glauben beizubringen, Deutschland habe aus eigener Entschließung einen gleichzeitigen Angriff auf seine drei mächtigen, um sein Gebiet herumliegenden Nachbarn unternommen, der Kreismittelpunkt habe den Kreisumfang gleichzeitig an allen Punkten angreifen wollen?

Nein, diese dürre Legende spielt nicht; sie wird auch nicht durch die mit eherner Unverfrorenheit vorgebrachten Wiederholungen glaubhafter. —

Wohl aber gilt das, was die Note von Deutschland sagt, von den Ententemächten selbst.

Der Ablehnungsgrund, den die Note — ohne es zu wollen — offenbart, ist der, daß die Ententemächte heute nicht in der Lage sind, „ihren Sieg zu verkünden", und daß sie ohne einen solchen Sieg ihre Ziele nicht erreichen können; daß damit alles zusammenbricht, wofür sie ihre Völker auf die Schlachtbank geführt haben[1]. —

Weltwirtschaftliche Möglichkeiten

Von Prof. Dr. W. Wygodzinski, Bonn

Die lange Dauer des Krieges unterbricht unsere Handelsbeziehungen zum Ausland in immer stärkerem Maße, teils infolge der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen Englands und seiner Bundesgenossen, teils weil wir unsere Produktion mehr

[1] Die Antwort an Wilson verkündet die Ziele der Fortführung des Krieges. In diesen versteckt finden sich auch die ursprünglichen Kriegsziele; nicht mit bestimmter Angabe ihrer Sonderforderungen, sondern in grundsätzlicher Einkleidung, um den Anschein zu bewahren, als kämpfe man nicht für ein selbstsüchtiges Interesse, sondern für Freiheit und Recht. — Vergeblich! „Die Maske ist gefallen." — Da ein Frieden bei heutiger Kriegslage einen Zusammenbruch der Kriegsziele der Entente bedeutet, suchen ihre Machthaber die Friedensbewegung durch ein brutales Kriegsprogramm tot zu machen. Erwägt man die Rede Trepows und die Beratung in Rom — zwischen den beiden Noten —, regt sich der Verdacht, daß die wahnsinnigen Forderungen für Rußland und Italien nur Versprechungen sind, um die beiden vergrämten Mächte bei der Entente festzuhalten. Das wäre ein verzweifeltes Mittel. — Bezeichnend ist, daß England sich im Hintergrunde hält. Seine Kriegsziele können in der Note enthalten sein — „Schutz der Seegrenzen" —; es kann sie aber auch später verleugnen. Dann hat es nur für ideale Ziele gekämpft. — Die Note ist, um mit Kjellen zu reden, ein „planetares" Stück „Cant"! —

Digitized by Google

und mehr auf unsere eigenen Bedürfnisse einstellen müssen. So ist denn die Frage sehr wohl aufzuwerfen, wie es nach dem Kriege mit der Wiederaufnahme unserer Beziehungen zum Weltmarkt stehen wird, ob wir wieder da anknüpfen können, wo der Faden unterbrochen wurde, oder ob Englands Plan einer dauernden wirtschaftlichen Isolierung Aussicht auf Erfolg hat. Einer der besten Kenner der Handelspolitik, der Leipziger Nationalökonom Franz Eulenburg, versucht auf diese Fragen in einer fesselnd geschriebenen Untersuchung über „Weltwirtschaftliche Möglichkeiten" (Berlin, S. Fischer 1916) zu antworten.

Er geht davon aus, daß die neue Friedenswirtschaft in keinem Falle eine unmittelbare Fortsetzung der Vergangenheit sein kann. Äußerlich müssen die Veränderungen des territorialen Bestandes, die Verschiebungen in der Stellung der Neutralen, die engeren Verflechtungen zwischen den Verbündeten wirksam werden. Nicht minder müssen die inneren Umgestaltungen der Länder die Wirtschaft beeinflussen: die sozialen Umschichtungen und die Bildung einer neuen Armut und eines neuen Reichtums, der Einfluß des gestiegenen Preisniveaus auf den Bedarf, die verringerte Produktivität unsres Menschenmaterials infolge des riesigen Ausfalls der Gefallenen und Verletzten gerade der kräftigsten Lebensalter, dazu der enorme Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften, all das muß eine im wesentlichen dämpfende Wirkung auf unsere Wirtschaftsentfaltung haben.

Aber es ist doch nicht zu übersehen, daß die Grundlage und die Grundtatsachen der ganzen Wirtschaft und des sozialen Aufbaues durch den Krieg gar nicht berührt worden sind. Die elementaren Bedürfnisse unserer Kultur sind geblieben (Bedarf an Nahrungsmitteln, Kleidung usw.), das „kapitalistische" Wirtschaftssystem wird das gleiche bleiben, trotz des Notsozialismus unserer Kriegswirtschaftsgesellschaften und mancher kommender Monopole, und endlich bleiben die internationalen Austauschbeziehungen die gleichen. Das letztere ist für unsere besondere Frage hier entscheidend.

Allerdings ist der Handelskrieg während des Krieges wie nach ihm auf dem umgekehrten Gedanken aufgebaut, auf der Annahme einer Ausschaltung oder doch Rückdrängung der Zentralmächte im Wirtschaftsleben, wie auch umgekehrt bei uns der Gedanke eines geschlossenen Handelsstaates oder eines wirtschaftlich geschlossenen „Mitteleuropas" mehr oder minder bestimmt in vielen Köpfen spukt. Dieser Gedanke, daß man den anderen Teil nicht nötig habe, ja daß er nur ein lästiger Konkurrent sei, hat dann zu den Maßnahmen geführt, mit denen England und in seinem Gefolge der größte Teil seiner Gefolgsgenossen die Brücke zu einer künftigen wirtschaftlichen Wiederverständigung abzureißen sich bemüht haben: der Boykott deutscher Waren, die Unterbindung der persönlichen Beziehungen, die Wegnahme deutschen Eigentums, die Vernichtung der Geschäftsbücher, die Neuschaffung eigener Industrien, die Herausdrängung aus dem Handel mit den Neutralen. Diese Pläne sind freilich zum großen Teil unausführbar. Zwischen den Märkten der Entente besteht schon geographisch

Digitized by Google

kein Zusammenhang, wie überhaupt ihre vitalsten Interessen wirtschaftlich durchaus nicht zusammengehen. Mit der Sicherung der „Ausgleichmärkte" sieht es deshalb mißlich aus; desgleichen mit der Möglichkeit einer Mehrproduktion in dem Umfange, wie sie der Boykott der Mittelmächte notwendig machen würde. Insbesondere ist die industrielle Leistungsfähigkeit Englands durchaus beschränkt. Es besitzt keine proletarische Reservearmee, die es in die Industrie stecken könnte, keine eigenen wertvollen Rohstoffe, die es sich allein vorzubehalten vermöchte. Es ist in allen diesen Beziehungen beschränkt und auf fremde Einfuhr angewiesen. Sollte es aber die Wehrpflicht auch in Friedenszeiten beibehalten und sogar versuchen, die Landwirtschaft stärker als bisher zu pflegen, so würde seine industrielle Leistungsfähigkeit und damit die Möglichkeit der wirtschaftlichen Beherrschung seiner Bundesgenossen noch mehr vermindert.

Wenn also ein gemeinsames Vorgehen unserer Gegner zwar nicht übersehen, aber auch nicht überschätzt werden darf, so werden andere Bestrebungen weit ernster beurteilt. Sie sind auf einen innerpolitischen Zusammenschluß der großen Wirtschaftsgebiete eingestellt, die in sich Rohstoff- und Nahrungsmittelhilfsquellen und industrielle Kapazität in vollem Ausgleich vereinigen. Daß damit der politische Gedanke der Entente durchkreuzt wird, ist kein genügender Einwand; denn dieses unnatürliche, nur durch den Haß gegen die Mittelmächte zusammengehaltene Gebilde wird den Krieg schwerlich lange überleben. Es ist das britische, das russische und das amerikanische Imperium, deren Grundlagen Eulenburg nunmehr genauer untersucht.

Die Gefahr einer solchen Imperialbildung sind nach ihm recht gering. Größer-Britannien bleibt ein fast ebenso unvollständiges Gebilde wie Altengland, besitzt für das Mutterland weder die notwendigen Urprodukte noch als Absatzgebiet den kaufkräftigen Markt. Zudem sind innerhalb des Imperiums starke Gegensätze als Sprengmittel vorhanden, wie die zwischen der jungen kanadischen Industrie und der alten englischen, oder zwischen dem Schutz des indischen Textilgewerbes und dem des Mutterlandes, oder zwischen dem Interesse der indischen Auswanderung und dem Selbstschutz der südafrikanischen oder australischen Arbeiterbevölkerung.

Für das russische Weltreich scheint die Möglichkeit eines autarkischen (sich selbst genügenden) Wirtschaftsgebietes auf Grund seiner kontinentalen Basis in viel stärkerem Maße vorhanden zu sein als bei dem britischen Imperium, zumal das ideologische Moment des Panslawismus diese Tendenz offenbar nährt. Rußland erstrebt ein Sichbesinnen auf die eigenen Kulturwerte, ein Beruhen in sich selbst unter Ausschluß aller deutschen oder überhaupt westlichen Elemente, — also ein nationales Ziel auf wirtschaftlicher Grundlage. Gerade aber bei Rußland ist eine Loslösung von der Weltwirtschaft auf absehbare Zeit so gut wie unmöglich. Seine Wirtschaft bedarf durchaus noch der fremden Erzieher und des fremden Kapitals; zur Deckung der Zinsen dieser Schuldkapitalien ist Rußland ebenso unbedingt auf die Ausfuhr seiner landwirtschaftlichen Produkte angewiesen. Historische Beziehungen wie die geographischen Verhält-

Digitized by Google

nisse weisen dabei das Zarenreich in erster Linie nach wie vor auf Deutschland hin. Der amerikanische Wirtschaftskonzern ist das ausgesprochene Ziel der Vereinigten Staaten. Die Monroedoktrin, die politische Fassung des Panamerikanismus, wird wirtschaftlich durch die Wilsondoktrin von 1913 ergänzt, wonach in Südamerika Konzessionen an europäische Unternehmer nach Möglichkeit vermieden werden sollen. Ein politischer Zusammenschluß ist allerdings höchst unwahrscheinlich, zollpolitisch hat bisher nur Kanada eine Zuneigung zur Union gezeigt, die jetzt unter dem Einfluß des Krieges zudem erlahmt sein wird. Anders steht es allerdings mit der wirtschaftlichen Durchdringung Mittel- und Südamerikas. Die Tatsache, daß die Union nicht nur außerhalb des Krieges blieb, sondern sich durch ihn finanziell unerhört stärken konnte, hat ihr einen entschiedenen Vorsprung auf dem südlichen Kontinent verschafft, den England vielleicht noch stärker spüren wird als wir. Gegentendenzen sind freilich vorhanden; vor allem haben die Vereinigten Staaten viel zu wenig Menschen, um sich in der nächsten Zukunft zu einem Exportstaat ersten Ranges auf dem Gebiete der Industrie entwickeln zu können. Die Deckung des Eigenbedarfes wird die Kräfte so ziemlich beanspruchen. Also: eine Rückdrängung europäischen Einflusses in den beiden Amerikas, nicht aber eine ausschließliche Herrschaft der Union.

Wie steht es nun nach alledem mit der Zukunft des deutschen Handels? Sehen wir von den schwierigen Übergangszeiten ab, so müssen die freien Kräfte der Weltwirtschaft wieder wirksam werden. Eine Anzahl von Änderungen wird der Krieg freilich im Gefolge haben. Das kapitalistische Schwergewicht wird sich teilweise von London nach New York verschieben, Frankreich wird geraume Zeit als internationaler Geldgeber der Welt ganz ausfallen, Rußland wird möglicherweise einen Staatsbankerott durchführen. Der an sich nach einem Kriege stets eintretende Aufschwung wird in allen beteiligten Ländern durch den Mangel an Kapitalien und die starken Verluste an Nationalvermögen notwendig verlangsamt werden. Dieser negativen Verschiebung auf der einen Seite stehen aber vom Standpunkte der Weltwirtschaft positive Gewinne auf der anderen gegenüber: das sind Japan und die Vereinigten Staaten, für die beide der Krieg wirtschaftlich wie politisch ein besonderer Glücksfall war. Insbesondere urteilt Eulenburg von Japan, im Gegensatz zu der sonst üblichen Auffassung, daß es viel weniger Konkurrent, als Pionier auf dem für Europäer äußerst schwierigen Boden Chinas sein werde, so daß aus dem japanischen Vordringen, wenn man den Blick auf weite Sichten einstelle, für die Weltwirtschaft nur Vorteile entstehen würden. Und was den amerikanischen Kontinent betreffe, so hungere dieser geradezu nach Einwanderung, Kapital, Verkehrsmitteln und Technik, so daß der Wettkampf sowohl zwischen den europäischen Nationen wie mit der Union um dieses Gebiet, namentlich um Südamerika, noch weiteste Möglichkeiten gebe.

Die Veränderungen, welche die Weltwirtschaft im ganzen erleiden wird, werden, soweit Deutschland in Betracht kommt, nicht so erheblich sein, als man zunächst an-

Digitized by Google

zunehmen geneigt sein sollte. Wir werden nach wie vor auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen sein; bezüglich der Herkunftsländer wie des Bedarfs im einzelnen sind zwar Veränderungen und Verschiebungen möglich und wahrscheinlich, aber doch kaum wesentlich größeren Umfangs als sie auch sonst im Laufe der Entwicklung stattfinden. Auch bezüglich der Deckung des Nahrungsmittelbedarfs aus dem Auslande wird nach Eulenburgs Meinung alles beim alten bleiben, insbesondere wird es auf absehbare Zeit nicht möglich sein, Rußland als Nahrungsmittellieferanten durch den nahen Orient zu ersetzen. Vielleicht unterschätzt er etwas die Bedeutung einer Erweiterung unserer kontinentalen Basis, insbesondere der Leistungsfähigkeit Kurlands; aber es ist ihm zuzugeben, daß eine vollständige Ersetzung der bisherigen Bezugsquellen durch Kurland nicht anzunehmen ist.

Etwas anders steht es mit dem Absatz unserer Produkte, vor allem der Fabrikatausfuhr. Auf diese Ausfuhr sind wir wegen der Notwendigkeit der Einfuhr angewiesen, da wir letztere endgültig nur mit Waren bezahlen können. Eulenburg schätzt, daß ungefähr der sechste Teil unserer gewerblichen Produktion für das Ausland bestimmt sei; mindestens 11 Millionen Menschen lebten in Deutschland direkt oder indirekt davon. Letztere Ziffer scheint mir allerdings mit Rücksicht auf den hohen Prozentsatz der ganz überwiegend für den inneren Markt arbeitenden landwirtschaftlichen Bevölkerung reichlich hoch gegriffen; jedenfalls aber ist es richtig, daß wir mit dem Steigen der Bevölkerungszahl immer mehr von den Ausfuhrmöglichkeiten abhängig werden. Auf dem Gebiete der Ausfuhr ist nun tatsächlich mit Verschiebungen nicht unwichtiger Art zu rechnen.

Zunächst ist die Kaufkraft vieler Staaten, auch der neutralen, durch den Krieg ganz wesentlich geschwächt; die Kriegsgewinne einer kleinen Anzahl von Personen dürfen darüber nicht täuschen. Dazu kommen die starken Wertverluste durch die Verminderung des Vermögens in den fremden Staaten und die allgemeine Preissteigerung, die eine verminderte Kaufkraft zur Folge hat. Wir müssen weiter damit rechnen, daß eine bewußte Nationalisierung der Volkswirtschaften in vielen Ländern eintreten wird, die wieder den Weltmarkt verengert. Ich selbst habe kürzlich in einer Untersuchung über die „Nationalisierung der Volkswirtschaft" (Tübingen, Mohr 1917) diese Erscheinung untersucht und bin wie Eulenburg zu dem Ergebnis gekommen, daß sie sich in verhältnismäßig engen Grenzen halten wird; aber im Zusammenhang mit den anderen Motiven der Einschränkung fremder Bezüge spricht sie doch nicht unbedeutend mit. Die Unterbrechung der persönlichen Beziehungen während des Krieges und die Ersetzung der deutschen Lieferanten durch andere, namentlich amerikanische und japanische, aber auch solche der feindlichen Länder Europas, wird ihre Wirkung auch nicht verfehlen.

Mangels aller genauer Unterlagen und der ganz unbekannten nächsten Zukunft ist es Temperamentsache, wie hoch man diese Hemmnisse der deutschen Wirtschafts-

Digitized by Google

entfaltung im Auslande einschätzen will. Eulenburg denkt optimistisch, und zwar legt er besonderen Wert auf die Tatsache, daß eben anderwärts alle die Momente fehlen, die bisher uns die Überlegenheit verschafft haben und die man mit dem Gesamtausdruck der „deutschen Methode" charakterisieren kann.

Die zukünftigen Wege der deutschen Handelsentfaltung sucht Eulenburg nicht im nahen und im fernen Orient und nicht in Afrika, deshalb, weil die Bevölkerungen dieser Länder vorläufig und vielleicht teilweise auf unabsehbare Zeit zu wenig kaufkräftig seien. Das scheint mir eine etwas pessimistische Auffassung; die wenn auch nur allmähliche Ausbildung der Arbeitsqualitäten und Weckung der Bedürfnisse dieser „nichtkapitalistischen" Völkerschaften unter dem Drucke der kapitalistischen Welt ist doch wahrscheinlich genug. Trotzdem bleibt es richtig, wie Eulenburg ausführt, daß unsere nächste Zukunft im Kontinentalhandel liegt und daß darauf die große Stärke der mitteleuropäischen Stellung Deutschlands beruht, während in zweiter Linie der amerikanische Kontinent große Zukunftsaussichten bietet.

Vor allem aber — und das ist gerade dann zu betonen, wenn man die Schwierigkeiten der ersten Wiederanknüpfung recht hoch bewertet — ist die Weltwirtschaft doch auf Gegenseitigkeit aufgebaut. „Wir brauchen gewiß die Welt, um unsere Kultur aufrecht zu erhalten, um unsere Bevölkerung mit dem Notwendigsten versehen zu können. Aber die Welt braucht auch uns als Abnehmer wie als Käufer, als Vermittler wie als Produzenten."

Die Lage des englischen Staates[1]

Von Ferdinand Tönnies

Bisher galt ein Wechsel der Parteiregierungen für normal und für heilsam, weil auch ein Wechsel der Mehrheit des Hauses dafür galt. In verhältnismäßig ruhigem Fahrwasser konnte das Staatsschiff kreuzen gegen den widrigen Wind ungewisser öffentlicher Meinung. Der Aristokratie gehörte das Fahrzeug, wenn auch ihre Steuermänner sich ablösten und einander die Macht nicht gönnten. Aus den inneren — sozialen — Lebensbedingungen der Nation wird dies so leicht nicht anders, wenn auch die Ausdehnung des Wahlrechts mit den noch bevorstehenden Erweiterungen und Erneuerungen ein mächtiger Faktor der Veränderung ist. Aber auch die äußeren Lebensbedingungen wandeln sich. Auch wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre — ja, wenn nicht um so mehr, so doch sicherlich um so eher —, hätte der englische Staat sich in einer außerordentlich schwierigen Lage befunden. Nicht nur das Verhältnis zu (dem feindlichen) Irland, sondern auch das Verhältnis zu den (befreundeten) sich selbst regierenden Kolonien barg ungeheure Probleme in sich. Die Not-

[1] Aus der demnächst erscheinenden Schrift „Der englische Staat und der deutsche Staat". Berlin, K. Curtius.

Digitized by Google

wendigkeit eines Zusammenschlusses mit diesen Vasallenstaaten wird lebhaft empfunden: der Bildung eines zusammenhängenden Wirtschaftsgebiets und einer Bundesverfassung, um es zu regeln. Eine Bundesverfassung verlangt eine Bundesregierung. Bis jetzt ist dem Namen nach die Krone, in Wirklichkeit das Kabinett und das von ihm beherrschte House of Commons die höchste Regierung für das gesamte Reich. Eine Bundesverfassung verlangt eine andere Regierung. Soll man einen höchsten Reichsrat bilden, dem das Vereinigte Königreich wie die Kolonien untergeben wären? Also das Haus der Gemeinen seiner mühsam errungenen Suprematie — richtiger Souveränität — berauben? Wie könnte sich der britische Stolz dazu verstehen? Oder soll man Delegationen der Kolonien ins Haus der Gemeinen aufnehmen? Also diese Fremden mitentscheiden lassen über eine Bill, die Großbritannien für sich beschließen oder ablehnen will? Oder jenen nur das Recht geben, in Angelegenheiten des Imperiums an Debatten und Abstimmungen teilzunehmen? Wie läßt sich dann die Einheitlichkeit der Politik wahren? Die Fremdlinge werden vielleicht der auswärtigen Politik einer Tory-Regierung, die in inneren Fragen eine völlig zuverlässige Mehrheit hat, Blöcke in den Weg werfen! Und die Regierung selber — sollen die Kolonien auch eine Vertretung im Kabinett haben? Wenn nicht, wo bleibt das Prinzip, daß die Regierung gebildet wird durch die Mehrheit der Regierten, den sogenannten Volkswillen? da doch das Volk des Reichsbundes die Einwohner von Kanada, Australien, Südafrika einschließen würde — von Irland zu schweigen? Natürlich müßte ein Reichskabinett gebildet werden — wie aber, wenn in Großbritannien eine konservative, in Kanada eine liberale, in Australien eine Arbeitermehrheit am Ruder wäre? Und wie soll es mit den gemeinsamen Finanzen gehalten werden, wenn wirklich ein „Zollverein" zustande kommt, trotz der widerstreitenden Interessen? Steuern, gleichmäßig auf das sogenannte Mutterland und auf die Tochterländer gelegt? direkte? indirekte? Das eine wie das andere würde im günstigsten Falle Majorisierung der abhängigen Länder durch das nach wie vor herrschende Land bedeuten, also in der Wirkung Besteurung jener ohne ihre Einwilligung und gegen ihre Wünsche, so gut wie jene es war, die zum Abfall der dreizehn Kolonien von Nordamerika führte; sie würden also ihre Lage verschlechtern und ihre finanzielle Unabhängigkeit einbüßen.

In der Tat, die Schwierigkeiten dieses Reichsbundes sind unausmeßbar. Man darf einstweilen mit Sicherheit voraussagen: es wird beim alten bleiben. Nur Irlands Trennung wird sich nicht rückgängig machen lassen, wenn auch eines verkleinerten Irlands (durch die Ausschließung der sechs Grafschaften). Wie wird die Trennung auf das parlamentarische System Großbritanniens wirken? Erleichternd, so hofft man auf liberaler Seite, und auch die Konservativen werden zufrieden sein, nicht mehr im üblen Fall auf Unterstützung durch die Nationalisten angewiesen zu sein (nur eine kleine Zahl irischer Abgeordneter soll, und zwar nur für Reichsangelegenheiten, d. h. solche der drei Königreiche, worin die Herrschaft über Kolonien, Depen-

Digitized by Google

denzen und Indien eingeschlossen ist, im Hause der Gemeinen bleiben) und von dem Ärgernis befreit zu werden, daß diese regelmäßig eine liberale Mehrheit verstärkten oder gar erst bewirkten. Um so reiner wird sich nun das Zwei-Parteien-System darstellen; denn daß die dritte, die Partei der Arbeit, sich zur Ebenbürtigkeit erhebe, daß sie, wie der bezeichnende Ausdruck lautet, des „Kabinettranges" fähig werde, ist durch die Festigkeit der gesellschaftlichen aristokratischen Zustände auf lange Zeit hin völlig ausgeschlossen. Wohl aber wird die herrschende Klasse immer mehr mit den Wählern der Arbeiterschaft, ja auch mit ihren erwählten Abgeordneten, möge deren Zahl auch gering bleiben, rechnen müssen. Nachdem die Iren ausgeschlossen sein werden, stellen jene um so mehr das Zünglein an der Wage dar. Die beiden „historischen" Parteien werden sich um die Gunst der modernsten Partei reißen müssen, Grundbesitz und Kapital um die Gunst des Proletariats! Dabei könnte der Wechsel der Parteiregierungen und ihrer Premierminister von minderer Bedeutung scheinen, wenn wirklich eine einheitliche Richtung der Sozialreform oder geradezu des Sozialismus sich herausstellen würde, in der beide Parteien miteinander wetteiferten und beflissen wären, eine das Werk der anderen zu übertreffen. Aber dies ist durchaus unwahrscheinlich. Vielmehr wird die unterlegene Partei, sich wie bisher, an die Fehler und an die Mißerfolge der jedesmal neuen Gesetzgebung heften, sie wird sich bemühen, zu beweisen, daß deren Methode falsch war, und daß das wahre Wohl der Arbeiterklasse in einer ganz anderen Richtung liege! Insbesondere wird man beflissen sein, die Vertretung dieser Klasse zu spalten, die „Arbeiteraristokratie" der Gewerkvereine, die bis jetzt noch in der parlamentarischen Partei die Oberhand hat, gegen die „Plebs" mobil zu machen, und sie etwa an die alten Schlagwörter von Selbsthilfe, freiem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, Zollreform und Imperialismus, im Gegensatz gegen die sozialistischen Neigungen zu fesseln. Zugleich wird der Parteikampf immer heftiger und schonungsloser sich gestalten, je mehr die Fragen des Eigentums, der Verteilung, der Organisation in den Vordergrund treten, je mehr die Grundlagen der Gesellschaft in Frage gestellt sind.

Eine zielbewußte und zweckmäßig, planmäßig vorgehende Regierung verlangt Kontinuität. Schon darum ist das Schwingen des Pendels, woran der behäbige und gutmütige Marquis von Salisbury — ein sehr kluger Mann, aber Politiker ehrwürdigen Stils — seine Freude hatte, eine veraltete Sache, die dem Leviathan von heute nicht mehr ansteht. Dieser Leviathan[1] ist nicht mehr ein einfaches Uhrwerk, sondern ist eine ungeheure Maschine, die einen stetig arbeitenden Motor in Anspruch nimmt, und dieser bedarf einer nicht versiegenden Kraftquelle, um die regelmäßige Bewegung einer riesigen Gesetzfabrik und des Beamtenheeres zu bewirken, das zum Vollzug immer neuer und verwickelterer Gesetze erfordert wird. Vollends die auswärtige

[1] Ein ungeheurer Walfisch im Buche Hiob, danach Titel eines berühmten Werkes von Th. Hobbes über den Staat (1651): seitdem oft für die Allgewalt des Staates gebraucht.

Digitized by Google

Politik! Ist sie schon bisher im englischen Staat ein relativ stetiges Element gewesen, so wird doch die Einheitlichkeit und Folgerichtigkeit ihrer Leitung immer mehr notwendig, je schwieriger in allen Weltteilen die Aufgaben durch den Wettbewerb der Weltmächte sich gestalten, je schwerer es insbesondere wird, das eroberte Weltreich zusammenzuhalten, von dem Verhältnisse zu den sich selbst regierenden Kolonien jetzt nicht zu reden!

Ein wirklicher Staatsmann, wenn einmal an die Spitze des englischen Staates gekommen, wird aus sachlichen und persönlichen Beweggründen alles daran setzen müssen, sich an der Spitze zu halten, also die andere Partei niederzudrücken und zu verhindern, daß sie wieder hochkomme. Wenn ein Premierminister jetzt schon das Kabinett, und durch das Kabinett das Parlament in seinen Händen hält, so wird er beflissen sein müssen, auch die Wahlkreise und die Mehrheiten der Wählerschaften fest in seine Gewalt zu bekommen, so daß er darüber verfügen kann zur „demokratischen" Bestätigung und Siche ung *seiner* Ohmacht, *seiner* Regierung, die nach wie vor die Regierung „Seiner Majestät" heißen mag.

Roscher sagt (Politik § 140), eine der wichtigsten Eigentümlichkeiten, aber auch Stärken des Cäsarismus liege in dem Janushaupte, das er trage, mit einem extrem monarchischen, einem extrem demokratischen Angesicht; und er führt den Ausspruch Mommsens an (Röm. Staatsrecht II, 2, S. 1034) der „*Prinzipat*" (das war der amtliche Name des Kaisertums, das den Senat und das Volk, die zwei Konsuln und alle übrigen Ämter in ihrem historischen Glanze bestehen ließ) habe juristisch durch den Volkswillen immer gestürzt werden können, sei also eine durch die permanente Revolution gemäßigte Autokra ie gewesen. Die Ähnlichkeiten des britischen mit dem antiken römischen Reiche sind in mehr als einer Hinsicht schlagend. An den Prinzipat erinnert nicht nur dem Namen nach die Stellung des Prime Minister, den bis vor kurzem (2. Dezember 1905) das Recht nicht kannte, und auch jetzt noch nur der hofamtliche Sprachgebrauch. Der Ausdruck wird geradezu als verfassungswidrig bezeichnet, man haßte im 18. Jahrhundert den Titel und fürchtete offenbar, daß eine Alleinherrschaft wie diejenige Richelieus und Mazarins oder auch nur Fleurys daraus erwachsen möge. Heute aber „kann der Premier nicht mehr bloß primus inter pares sein" (wie die Theorie es verlangte), und neuerdings ist er fast immer etwas mehr gewesen: er ist der in Wirklichkeit „verantwortliche" Minister, er ist es, „den das Volk zu seinem Führer ernannt hat bei einer allgemeinen Wahl" (Low S. 158). Und „ein englischer Premierminister, der seiner Mehrheit im Parlament sicher ist, kann tun, was der Deutsche Kaiser und der amerikanische Präsident und alle Vorsitzenden von Kommissionen im Kongreß der Vereinigten Staaten nicht tun können. Er kann die Gesetze verändern, kann Steuern auflegen oder abschaffen, kann alle Kräfte des Staates lenken und leiten" (*eb.* S. 47).

Treffend schildert Low (in der Einleitung seiner neuen Ausgabe des Buches Tho

Digitized by Google

Governance of England), wie gerade die Reichsprobleme immer mehr die zunehmende Wichtigkeit, den wachsenden Einfluß des Princeps Parliamenti — wenn er auch diesen Ausdruck nicht gebraucht — begünstigen. „Er ist der hauptsächliche Berater der Krone, nicht nur in den Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs, sondern auch in denen des Britischen Reiches. Diese Verantwortung ist ihm von jeher eigen gewesen, aber sie ist mit einer neuen Bedeutung umkleidet. Indem man zur Verganzung der verschiedenen Einheiten des Reiches in bezug auf Verteidigung zu Wasser und zu Lande schreitet, dieselbe in ökonomischer Organisation, in Leitung der auswärtigen Politik anstrebt, wird anerkannt, daß die Krone verantwortlichen Rat in diesen und anderen Dingen, die die Angelegenheiten mehr als eines Staates berühren, nötig hat." Er verweist dann auf die Reichskonferenz und auf den Ausschuß für Reichsverteidigung — in beiden hat naturgemäß der erste Minister den Vorsitz — als neue, wenn auch noch schattenhafte Organe des Reiches, worin die sich selbst regierenden Kolonien den Anspruch erheben, auf dem Fuße der Gleichheit mit dem Inselreiche zu stehen. „Die Dominions behaupten, daß ihre eigenen Ministerien (executive councils) dem „Reichskabinett" nicht untergeordnet, sondern nebengeordnet seien; und sie blicken mit Eifersucht auf alle Überwachung der Reichsmaschinerie durch ein Ministerium, das von einer Parteimehrheit im englischen gesetzgebenden Körper abhängig ist. Sie sind bereit, die Lenkung der Maschine dem Premierminister zu überlassen, aber nur in seiner Eigenschaft als Haupt-Ratgeber der Krone." Man bemerke wohl: das heißt doch nichts anderes, als daß sie den leitenden Minister als ihren Gebieter anerkennen, insofern als er unabhängig ist, denn daß er vom König abhängig sei, wird man nur im Scherze behaupten wollen. Low betont als charakteristisch, daß die „Reichskonferenz" — eine formlose Versammlung, worin Vertreter der Reichsteile unverbindliche Beratungen über die gemeinsamen Angelegenheiten pflegen — im Jahre 1907 beschlossen habe, es solle in Zukunft der Premierminister, nicht der Kolonialsekretär in ihr den Vorsitz führen. Noch größere Bedeutung habe jener als Präsident der Kommission für Reichsverteidigung, eines im Jahre 1910 gebildeten Ausschusses des Kabinetts, der im Unterschiede von jener Konferenz eine amtliche Stellung einnimmt; der „Reichskanzler" — in einen solchen verwandle sich der Premier allmählich — könne zu diesem Ausschusse nicht nur Minister der Dominions und die Führer der Opposition heranziehen, sondern wen immer er wolle, Beamte des Kriegsministeriums, der Admiralität usw.

Die Krone allein ist das gemeinsame Dach über den verbundenen Häusern; ebenso wie zwischen dem „Mutterland" und den Kolonien, wird sie die einzige Stelle sein, die zwischen Großbritannien und Irland zu vermitteln berufen ist, nach Einführung der Homerule. Aber der Träger der Krone, der „Souverän", kann nur handeln nach verantwortlichem Rat und durch verantwortliche Vertreter. Er könnte ein besonderes Reichskabinett ins Leben rufen — das würde eine Erniedrigung des englischen Kabi-

Digitized by Google

netts bedeuten, worin England sicherlich nicht willigen wird; einen besonderen Reichskanzler — der Premierminister von England kann sich diesem nicht unterordnen. Er ist der gegebene Reichskanzler, und dieser Reichskanzler wird keinen Bundesrat, noch weniger einen Reichstag neben sich haben. Er wird nur der Krone unmittelbar verantwortlich sein, d. h. nach englischen Verhältnissen unmittelbar gar nicht verantwortlich sein; mittelbar wird er der Wählerschaft verantwortlich sein, d. h. er wird verstehen müssen, sich in der Gunst des Volkes zu erhalten. Die Entwicklung, deren Ursachen schon die inneren Verhältnisse in sich tragen, wird durch Einfluß der auswärtigen Angelegenheiten sich vollenden.

Mithin darf man sagen: der Premierminister von England hat eine große Zukunft, und diese Zukunft ist cäsaristisch. Wie jeder Cäsar wird er bedingt bleiben durch die „Volonté du peuple," aber dieser Volkswille ist, solange er stark und klug ist und solange er Glück hat, sein Wille[1]. Und seine Staatskunst wird dahin gerichtet sein müssen, die Identität dieses Volkswillens mit seinem Willen dauernd festzustellen. Es ist nicht notwendig, daß er seine persönlichen Zwecke dabei in den Vordergrund stelle, also wesentlich durch Ehrgeiz und Herrschsucht geleitet werde. Vielmehr kann er im besten Glauben und mit redlichem Gewissen das Gemeinwohl und die Erhaltung des Reiches sich angelegen sein lassen. Diese werden aber ein straffes persönliches Regiment notwendig machen. Daß eine solche tatsächliche Monarchie auch bemüht sein muß, sich, wenn nicht rechtlich, so doch tatsächlich zu einer Dynastie zu machen, also sich in der Familie zu vererben, lehrt nicht nur mehrfache Erfahrung. Es liegt auch in der Natur der Sache. Es bedeutet auch nicht notwendig Verderbnis und Entartung, wenn diese gleich in cäsaristischen Familien häufiger aufzutreten scheint als in altgewurzelten Monarchien. Das Verhängnis des Genies hat sich hier freilich oft geltend gemacht. Aber aus den mehreren Fällen folgt keine Notwendigkeit. Die Gefahr kann durch glückliche Kreuzungen abgewandt werden. Es wird auch für die Zukunft der Monarchie bedeutend werden, daß man heute auf Grund wissenschaftlichen Denkens gelernt hat, der richtigen Blutverbindung — um der Eugenik willen — gehörige Aufmerksamkeit zuzuwenden, wenn auch die Erforschung der Tatsachen noch unzulänglich ist und in keinem Staate so gefördert wird, wie sie dessen würdig wäre.

[1] Schon jetzt kümmert sich das Kabinett, also der Premier, in Angelegenheiten Indiens sehr wenig um das Parlament. Am 10. April 1891 ging im Unterhaus ein Antrag durch, der die Einkünfte aus dem Opiumhandel verurteilte; die Regierung behandelte diesen Beschluß als Luft. Am 2. Juni 1893 ging eine Entschließung durch, daß die Prüfungen für den Beamtendienst in Indien in Indien selber sollten gehalten werden dürfen, anstatt wie bisher ausschließlich in England. Auch dies ließ die Regierung „gut sein".

Digitized by Google

Die Reichsgründung

Von Walther Schultze

Die Erörterung der Kriegsziele wird bei unseren Feinden in umfangreichem Maße in den Artikeln der Tagespresse, in Aufsätzen der Zeitschriften, in selbständigen Broschüren behandelt. Naturgemäß weichen auch bei unseren Gegnern, diesseits und jenseits des Kanals, die Ansichten über die Ausbreitung des Sieges, an dem nicht zu zweifeln man sich noch immer ostentativ den Anschein gibt, sehr erheblich von einander ab; eines aber ist, abgesehen von ganz vereinzelten Stimmen, allen gemeinsam: alle wollen sie Deutschland zurückschrauben auf die Zeit vor 1870, vor der Reichsgründung. Eben dadurch bringen sie uns so recht zum Bewußtsein, ein Besitz von welch unendlichem Werte diese Reichsgründung nicht bloß für unsere inneren Verhältnisse, sondern auch für unsere äußere Machtstellung, bedeutet. Es ist deshalb nicht etwa bloß aus der Freude an historischer Betrachtung, sondern gerade aus den gegenwärtigen politischen Interessen für uns dringend geboten, den Blick nach rückwärts zu richten, sich klar zu machen, wie unendlich schwierig es war, dieses Reich, das unsere Feinde so richtig als den Kern der Weltgeltung Deutschlands erkannt haben, der deshalb beseitigt werden muß, überhaupt zu schaffen, wie erst so manche vergebliche Anläufe nötig waren, bis der genia'e Baumeister seinen Bau so festgefügt aufführen konnte, daß er jetzt erfolgreich den furchtbaren Stürmen des Weltkrieges Trotz bietet.

Bisher war man, wenn man sich in die Geschichte der Reichsgründung vertiefen wollte, auf die siebenbändige Darstellung Heinrich von Sybels angewiesen. Sie bedeutete, als sie erschien, einen ungeheuren Fortschritt, vor allem weil der Verfasser, dank Bismarcks Liberalität, für die Zeit bis 1866 die preußischen Akten benutzen durfte — die beiden letzten Bände mußten, da Bismarcks Nachfolger diese Erlaubnis zurückgezogen, ohne den festen Grund der Akten geschrieben werden; die Hauptquelle Sybels bildeten hier Bismarcks persönliche Mitteilungen. — Dieser Vorzug des Werkes wurde zugleich seine Schwäche: die Darstellung wurde unabsichtlich einseitig; die Politik der Kabinette erschien nicht bloß als ein Faktor neben andern, wenn auch der wichtigste, sondern als das allein maßgebende Motiv; die Bestrebungen der Gegner Preußens wurden so dargestellt, wie sie sich in der Auffassung der preußischen Staatsmänner abspiegelten; die Politik Bismarcks sah Sybel ganz so, wie jener sie gesehen wissen wollte. In den sechsundzwanzig Jahren seit dem Erscheinen des Sybelschen Werkes sind eine Fülle neuer Materialien bekannt geworden; insbesondere sind in reichem Maße Denkwürdigkeiten und Briefe der beteiligten Staatsmänner veröffentlicht worden. Sollte all dies ebenso wertvolle wie schwer übersichtliche, an vielen Orten zerstreute Material wirklich nutzbar gemacht werden, so war dringend seine Zusammenfassung geboten. Sie gibt in ausgezeichneter Weise Erich

Digitized by Google

Brandenburg in einem zweibändigen Werke[1]. Er beherrscht den Stoff vollkommen, bewahrt sich stets die Unbefangenheit des Historikers, der es für Pflicht erachtet, nicht nur den siegreichen, sondern auch den unterlegenen Kräften gerecht zu werden. Auch sachlich gibt er seiner Arbeit eine wesentlich weitere Grundlage, als es Sybel getan; ohne daß in seiner Darstellung die Arbeit der Staatsmänner zu kurz käme, gelangt doch auch die Arbeit der Massen zu ihrem Rechte; insbesondere wird der Anteil der Parteien, in erster Linie des Liberalismus, eingehend und mit maßvollem Urteil, das sich von zu hoher wie zu geringer Einschätzung dieses Moments gleich freizuhalten weiß, gewürdigt. Das Bild, das wir in dieser trefflichen neuen Darstellung der Gründung des Reiches erhalten, weicht doch von dem, was uns Sybel gezeichnet, nicht erheblich ab. Wenigstens die Grundzüge mögen hier kurz angedeutet werden.

Der nationale Gedanke ist in Deutschland keineswegs so alt, wie zumal der Laie anzunehmen geneigt ist. Erst unter der drückenden Franzosenzeit erwacht die Sehnsucht nach dem nationalen Staat, mit ihr aber zugleich auch ihr Gegenpol, der Partikularismus; dieser hat seine Wurzeln nicht etwa in der Besonderheit der Stämme, sondern in den Selbständigkeitsgelüsten jener Dynastien, denen es gelungen ist, ihre Gebiete zu selbständigen Staaten auszubilden. Die nationale Bewegung ist zunächst wenig stark, deshalb ihr erstes Resultat, der Deutsche Bund, auch nur negativer Natur. Auch weiter, und bis in die Zeit der Reichsgründung selbst, tritt die nationale Strömung in den Massen nur dann mit elementarer Macht auf, wenn die äußere Unabhängigkeit Deutschlands bedroht erscheint. Wohl aber faßt nur bei den Gebildeten dauernd das Streben nach einem starken, gemeinsamen, innerlich freiheitlichen Staatsleben Wurzel. Der erste Versuch einer Verwirklichung ist die Bewegung von 1848. Auch jetzt haben die nationalen Bestrebungen keineswegs die Massen hinter sich; den unteren Schichten ist es nur um wirtschaftliche Vorteile zu tun; sie hängen noch fest mit den einzelstaatlichen Einrichtungen zusammen. Bei den Kreisen, die die Einheit wollen, besteht der Gegensatz von Liberalismus und Demokratie. Seine Bedeutung ist, wie Brandenburg überzeugend dartut, erheblich größer, als man bisher angenommen; hier liegt ein wesentlicher Grund für das Scheitern der Bewegung: Entscheidend freilich wurde doch die Haltung des Königs. Friedrich Wilhelm IV. ist keineswegs der schwache und wankelmütige Politiker, wie ihn sich die vulgäre Anschauung vorstellt; er hielt ganz konsequent an seinen grundsätzlichen Anschauungen fest. Nie denkt er daran, die Revolution zu benutzen, um an die Spitze der nationalen Bewegung zu treten; nie faßt er eine Machterweiterung Preußens als Selbstzweck ins Auge; er will sein Ziel nur in engster Fühlung mit Österreich erreichen; er beabsichtigt keineswegs eine dauernde Harmonie Preußens über ein außerösterreichisches Deutschland. Von allen damaligen preußischen Staatsmännern

[1] Erich Brandenburg, Die Reichsgründung, 2 Bände, Leipzig, Quelle & Meyer, 1916, XIV, 444 und VII, 452 S., 8°.

Digitized by Google

hat dieser König am wenigsten preußisch gedacht; er wirkt nur negativ, verhindert den Sieg des Unitarismus und Parlamentarismus. Am meisten Einsicht in die Dinge zeigt damals auf preußischer Seite Camphausen, dessen Bedeutung von Brandenburg zum erstenmal voll gewürdigt wird. Es finden sich bei ihm bereits viele Gedanken, die Bismarck nachher verwirklicht: so die Einsicht, daß eine Einigung nur ohne Österreich möglich ist, daß man die Einzelstaaten nur dadurch zum Beitritt bewegen kann, indem man ihnen die Verantwortung für das Scheitern des Einheitswerks zuschiebt, daß die Rechte der einzelnen Staaten gemäß ihrer Bedeutung abzustufen sind. Freilich ein großer und entscheidender Unterschied besteht zwischen Camphausen und Bismarck: es fehlt diesem die Kraft des Entschlusses, es fehlt ihm der intuitive Blick dafür, was bei der internationalen politischen Lage jeweilig ausführbar ist, was nicht.

So mußte, um die Einheit aus dem Reich der Gedanken in die Wirklichkeit überzuführen, doch erst der Gewaltige kommen, der der eigentliche Schöpfer des Deutschen Reiches ist. Es ist Brandenburg vortrefflich gelungen, die Gestalt und die Politik Bismarcks dem Leser plastisch vorzuführen. Er erscheint hier doch nicht wie ihn Sybel gezeichnet als der im Grunde harmlose, immer aufrichtige Staatsmann, sondern als der in allen Sätteln gerechte Realpolitiker, dem auch Härte und Hinterlist nicht fremd ist, der, wenn es not tut, unter scheinbar aufrichtigster Miene doch vor keiner Verschlagenheit, vor keinem Doppelspiel zurückscheut. Alles betrachtet er unter dem Gesichtspunkte der auswärtigen Politik; die innere Politik ist ihm nur ein Mittel der auswärtigen; wenn er 1866 dem Liberalismus große Zugeständnisse macht, so geschieht es, um auch Süddeutschland später mit dem Norddeutschen Bund vereinigen zu können. Mit großer Kunst versteht er es, den seinen Plänen anfangs oft stark widerstrebenden Monarchen schließlich doch auf die Wege zu leiten, die er für richtig hielt. Der keineswegs unbeträchtliche Gegensatz zwischen ihm und dem König, der bei Sybel so retouchiert war, daß er kaum noch vorhanden erschien, wird von Brandenburg scharf hervorgehoben. Als den Glanzpunkt seiner diplomatischen Leistung hat Bismarck selbst die Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage angesehen; die recht komplizierte Politik, die er hier einschlug, um alles zu dem gewünschten Ende zu führen, hat Brandenburg sehr klar dargestellt. War vielleicht die diplomatische Kunst hier feiner, so ist doch als staatsmännische Tat und historische Leistung die Entfesselung und Durchführung des Entscheidungskampfes von 1866 wesentlich größer und bedeutender. Entschlossen und von Anfang an stürmt Bismarck auf den Krieg los; trefflich weiß er Österreichs Fehler zu benutzen, um die Schuld des Angriffs auf den Gegner zu wälzen und dadurch König Wilhelm die Überzeugung zu verschaffen, daß er in gerechter Sache zum Schwert greift. Er spielt ein hohes und kühnes, aber doch nicht leichtsinniges und waghalsiges Spiel, wenn er ohne Rücksicht auf Frankreich vorgeht; er hat vielmehr Napoleon ganz richtig beurteilt und eingeschätzt. Der Gedanke an Annexionen geht von Bismarck aus; er versteht es, den ihm zuerst widerstrebenden König für die Sache zu gewinnen. Die

Digitized by Google

Art, wie er bei den Friedensverhandlungen die Intervention Napoleons zu vereiteln weiß, ist ein Höhestück diplomatischen Könnens. Für den Ursprung des Krieges von 1870 liegen die Dinge wesentlich komplizierter als 1866. Bismarck so wenig wie Napoleon haben direkt den Krieg veranlaßt oder gewollt, aber beide rechnen mit der Möglichkeit des Kampfes. Bismarck ist das treibende Element in der Frage der spanischen Thronkandidatur; er will mit ihr die internationale Stellung Preußens stärken, auch auf die mögliche Gefahr eines Krieges hin. Auch Gramont will nicht direkt den Konflikt, wohl aber eine diplomatische Niederlage Preußens, wieder auch auf die Gefahr des Krieges hin. Daß diese Niederlage vermieden wird, ist das Verdienst Bismarcks durch sein Eingreifen bei der Emser Depesche, freilich führt er damit auch den Krieg herbei. In den Versailler Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten benutzt er mit großem Geschick die nationale Strömung; er lockt und droht zugleich. Um den Widerstand Bayerns zu überwinden, der doch wesentlich größer war, als man zumeist glaubt, spielt er die einzelnen süddeutschen Staaten gegeneinander aus: indem er Württemberg und Baden veranlaßt, selbständig vorzugehen, zwingt er das zögernde Bayern zum Handeln. Sein leitender Grundsatz ist, daß das innere Gefüge des 1866 geschaffenen Staatswesens erhalten bleiben muß einerlei ob und wie viel hinzukommt. Gerade die eingehende Darstellung dieser Verhandlungen seitens Brandenburgs bringt so recht zum Bewußtsein, wie schwer es noch im letzten Studium selbst für einen Bismarck war, das Schiff Deutschland über alle Klippen hinwegzubekommen, wie er aber mit unübertrefflicher Kunst alles erreichte, was zu erlangen war, ohne direkten Zwang anzuwenden, der für die Zukunft Verbitterung wecken mußte. Das Werk des großen Staatsmannes, unter unendlichen Schwierigkeiten geschaffen, hat erst die staunenswerten Erfolge Deutschlands ermöglicht, die wir vor dem Kriege und noch mehr jetzt im Kriege mit andächtiger Bewunderung erleben durften.

Man kann nur den Wunsch aussprechen, daß alle deutschen Diplomaten, die irgendwie berufen sein könnten, an den kommenden Friedensverhandlungen mitzuwirken, sich an der Hand des trefflichen Buches Brandenburgs in die diplomatische Arbeit Bismarcks bei den Nikolsburger und Versailler Verhandlungen vertiefen möchten. Sie haben hier ein Musterbeispiel, nicht nur wie überhaupt solche Verhandlungen zu führen sind, sondern vor allem, wie selbst in schwierigster Lage doch bei zutreffender Abschätzung der in Betracht kommenden politischen Machtverhältnisse und bei richtiger Verwertung der immer vorhandenen Gegensätze im feindlichen Lager Erfolge zu erzielen sind, die beim ersten Ansehen unmöglich erscheinen. Wir dürfen und können nicht hoffen, daß uns für die kommenden Friedensverhandlungen ein Bismarck neu ersteht; wir wollen zufrieden sein, wenn unsere Politiker zeigen, daß sie von Bismarck doch etwas gelernt haben, daß sie nicht versagen, wenn es gilt, auf Grund des militärisch Errungenen das Erreichbare weder zu hoch oder auch nicht zu niedrig abzuschätzen. Möchte Brandenburgs Werk in diesen Kreisen recht viele und recht aufmerksame Leser finden.

Digitized by Google

Notizen

Die Aussichten des Friedens. Welche Aussichten hat die Intervention zugunsten des Friedens? Es wäre verfrüht, diese Frage endgültig zu beantworten. Eine Wirkung ist sicher. Präsident Wilson und der schweizerische Bundesrat haben im wichtigen Moment verhindert, daß der mit der Friedensidee befrachtete Wagen auf ein totes Geleise geschoben wird. („St. Gall. Tagbl.")

Verschiedenes deutet darauf hin daß die Verhandlungen zwischen den Alliierten zu einem Frieden führen werden. Die Friedenszeichen und die Friedensströmungen wachsen und üben ihren Einfluß auf die Regierungen der kriegführenden Länder aus. Käme der Frieden in den nächsten Monaten zustande, wäre es nicht die Folge eines militärischen Erfolgs, wie es der französische Präsident vor einem Jahre versprach. Keines der militärischen Ergebnisse ist derartig, daß es den Gegner zu einem Frieden zwingen könnte. Kommt der Friede, wird er durch andere Ursachen als durch militärische herbeigeführt. („Politiken".)

Auch „Westminster Gazette" hatte ein paar Tage zuvor sich ähnlich geäußert: Wir haben sehr gute Gründe zu glauben, daß wirtschaftliche Erschöpfung und schwindender Mannschaftsersatz mächtige Faktoren in der neuen Friedensbewegung sind.

Der „Morning Post" wird „von pazifistischen Führern im Vertrauen gesagt", daß die neue Regierung nicht mehr als zwei bis drei Monate dauern werde, bis Asquith wiederkomme und Friedensverhandlungen über Amerika eröffne.

Hindernisse des Friedens. Professor Kjellén schreibt in „Nya Dagligt Allehanda": Die Menschen haben zwar genug vom Krieg bekommen, die Staaten aber nicht. — Die Friedenssehnsucht des Volkes ist ohne Organ. Die Allgemeinheit vermag nichts gegen ihre Behörden, die über alle Machtmittel verfügen. — Der Krieg ist das Geschäft der Staaten: Geht das Geschäft mit Gewinn, muß der Gewinn die Leiden der einzelnen übertünchen; geht es mit Verlust, — dann ist keine Entschuldigung vorhanden, und dann darf man mit keiner Vergebung rechnen. — Es handelt sich nicht um die Wahrheit: es handelt sich um die Frage des Siegs. — Die Debatte über 1917 muß von dem Kampf über 1914 losgelöst werden, und ein Modus vivendi muß in einer lebenden Realität statt in der Vergangenheit gesucht werden.

Die Friedensaktion der Neutralen. „Stockholms Tidningen" begleitet die skandinavische Note mit folgenden Worten: Wir können selbstverständlich nicht viel ausrichten; aber das, was wir tun, muß eine Stärkung der Friedenssehnsucht werden, die bei allen kriegführenden Völkern vorhanden ist. Auch eine so begrenzte Friedensaktion von seiten der Neutralen wird sich dem Mißfallen gewisser Gruppen der kriegführenden Staaten aussetzen, die nur noch von Eroberungen träumen.

Der Kriegswille der Westmächte. Werden die Westmächte wirklich geneigt sein, den Krieg zu verlängern, um die russischen Ziele zu erreichen, nachdem es Rußland so wenig gelungen ist, sie durchzusetzen, trotz der Hilfe im Westen? („Gotenburger Handelszeitung".)

Die Strömung für den Frieden in England. Nicht nur überzeugte Pazifisten, auch Leute, die anfangs kriegslustig waren, aber in einem gewissen Stadium der Sache überdrüssig wurden, sagen sich heute, daß nun doch einmal jeder Krieg irgendwie mit Verhandlungen enden müsse. („New Statesman" vom 23. Dez.)

Auch „Manchester Guardian" hält den Augenblick für gekommen, den man noch nicht nahe geglaubt hätte, wo die Alliierten über ihre letzten Ziele eine Entscheidung treffen müßten. Ob Deutschland aufgehört habe, einen Angriffskrieg zu führen, würden seine Bedingungen erweisen. Ebenso müßten die Alliierten durch ihre Bedingungen zeigen, daß auch sie keinen Aggressivkrieg führen wollen.

Digitized by Google

In den Schützengräben, in allen Ländern, besonders in den besetzten Gebieten, ist eine Friedensstimmung entstanden. Deutschland hat sein Kriegsziel nicht erreicht, aber obwohl England im ganzen günstiger steht (besonders infolge der Seemacht) hat auch England sein Ziel nicht erreicht, und wenn auch Aussicht sei, daß im Laufe der Zeit die Alliierten siegen müßten, so seien doch die Kosten so schwer, daß die Erwägung der Menschlichkeit in ihr Recht treten müßte. („Nation" vom 16. Dez.)

Italienische Stimmen über Wilsons Friedensnote. Die amerikanische Note ist der zweite Akt eines Vorgangs, der bestimmt ist, in dem europäischen Konflikt eine Rolle zu spielen. Tatsache ist, daß die größte neutrale Macht jetzt Stellung nimmt. Eine Stellung für den Frieden, aber deshalb nicht weniger bedeutsam und interessant für die Wirkungen des Krieges. Man muß sich all das vergegenwärtigen, was die Vereinigten Staaten im gegenwärtigen Augenblick in der Ökonomie des europäischen Konflikts bedeuten, um den Wert des Wilsonschen Schritts zu ermessen. („Carlino".) — Wir zögern nicht, unsere volle Befriedigung auszudrücken über dieses höchst wichtige Dokument, durch welches mitten im Waffenlärm eine so angesehene Stimme die streitenden Parteien aufruft, die enormen Schädigungen, die ihre Streitigkeiten der Menschheit zugefügt haben und die große Verantwortlichkeit, die sie bei einer Fortsetzung des Kampfes auf sich laden, in Betracht zu ziehen, und ihnen zu gleicher Zeit Mittel an die Hand gibt, um das Ende zu beschleunigen. („Osservatore Romano".)

Die Friedensbewegung des französischen Sozialistenkongresses „Das Beachtenswerteste an der Bewegung ist, daß sie im Grunde die schärferen Spitzen gegen England als gegen Deutschland und den Vierbund enthält. Sie fordert kategorisch ‚die Freiheit der Meere' und interpretiert diesen etwas vagen Begriff zugleich und zutreffend mit der ‚Internationalisierung der Seewege'. Das ist nun ein förmlicher Keulenschlag gegen die Prätentionen Englands, diesem versetzt von der stärksten Partei Frankreichs, und ist vielleicht mehr, als Deutschland im Augenblick von England zu fordern beabsichtigte, denn es bedeutet u. a. die Internationalisierung des Ärmelkanals, des Sund und Großen Belt, der Straße von Gibraltar, des Suezkanals, der Rotes Meer Straße der Dardanellen, des Bosporus, der Beringstraße, der Koreastraße, des Panamakanals usw. Der französische Kongreß hat damit dem Vierbund eine Friedensbasis geboten über die man sich in London entsetzen wird, und in Petersburg wohl auch." („N. Z. Z.")

Der Kongreß der französischen sozialistischen Partei. „Die fast einstimmig beschlossene Erklärung besagt schlecht aber verständlich, daß man nicht für den ‚deutschen Frieden' ist. Sie bezeugt eine verdienstliche Leitung der Minorität, sich den rein nationalen Gesichtspunkten zu nähern." (Hervé im „Victoire".)

Die Friedensbewegung in Italien. „Die antipatriotische Tätigkeit der dem Kriege feindlichen Parteien und Fraktionen ist in ständigem Wachsen begriffen." („Gazetta del Popolo".)

Konstantinopel als Kriegsziel der Entente. „Es muß wohl oder übel zugegeben werden, daß Frankreich und England sowie Italien durch einen Vertrag 1915 Rußland das Recht zuerkannt haben, sich in Konstantinopel festzusetzen." (Hervé im „Victoire".)

Als Ort der Friedenskonferenz wird vom „Berner Tageblatt" Bern bezeichnet.

Der Anteil der Schweiz an den Friedensverhandlungen. Auch wir erstreben Sitz und Stimme am künftigen Friedenskongreß. Es darf nicht mehr zugehen wie vor hundert Jahren am Wiener Kongreß, wo die wichtigsten Angelegenheiten der Schweiz verhandelt wurden, ohne daß die Schweiz am Kongreß vertreten war. Auf der künftigen Mächtekonferenz werden wir darum viele Fragen diskutiert werden, die uns nahe berühren, z. B. das Recht auf geregelte Zufuhren, die Revision der Rheinschiffahrtsakte, Angriffe gegen Neutrale ohne Kriegsgrund. Da will auch die Schweiz gehört sein. („Basler Nachrichten".)

Lloyd Georges Charakter nach Northcliffe. Der Mann hat sich (bei den entscheidenden

Digitized by Google

Gelegenheiten) als ein menschlicher Dynamo enthüllt. Jede Einheit von Energie wird auf die unmittelbar vorliegende Aufgabe eingestellt... Seine Kritiker sagen, daß er zu schnell bei einer Aufgabe ermüdet. Das glaube ich nicht. Er widmet jede Unze Aufmerksamkeit der Ausführung des besonderen Zwecks, den er vorhat, und wendet sich dann zu der nächsten wichtigen Anstrengung. Einige seiner Gewohnheiten beim Konzentrieren sind für seine Mitarbeiter etwas quälend. Wenn ihn ein Plan beschäftigt, ist er ein schlechter Einhalter von Verabredungen und ein unmöglicher Korrespondent. Die Briefe, die er schreibt, sind gerade die absolut notwendigen Mitteilungen des Augenblicks. Zu solchen Zeiten scheint er keine feststehenden Essensstunden zu haben. Soweit ich erfahren kann, schien seine Diät während der verflossenen Woche hauptsächlich aus Zigarren und Tee zu bestehen. Er besitzt die übliche Gabe des Ingenium, andere Leute dazu zu bringen, für ihn dies und jenes zu tun — und oft die richtigen Leute zu bekommen — aber nicht immer. („Times" v. 11. 12.)

Der Charakter des Krieges. Jede Stunde stempelt dem Angesicht der Zivilisation den wahren Charakter dieses Krieges auf. Es sind, wie Mr. Bonar Law es ansieht, diesem Kriege gerade durch seine verschwenderischen Forderungen an Männer und Frauen und an die Arbeit ihrer Hände Grenzen gesetzt. Nahezu ganz Europa ist heute eine „belagerte" Stadt. Selbst bei uns soll alles genommen werden. Jede Stunde sieht eine neue Einschränkung des winzigen Fleckchens, worin noch die Einfachen leben, einen neuen Akt der Mobilisierung zum Tode, der Annäherung an einen vollkommenen Zustand der staatlichen Sklaverei. Der Staat leidet ebenfalls, denn die Weltmacht wird in schnellem Fortschritt neu verteilt. Europas Kriegswille beschwert die Wagschale der Macht und neigt sie Amerika zu. Gerade der Adel und die verschwenderische Hingabe, womit die Jugend ihre Opfer darbringt, enthüllt uns die unermeßlichen Reichtümer, die weggeworfen werden. Ein solches Opfer darf nicht länger einem unbekannten Gotte gebracht werden. Wir müssen wissen, wo wir stehen oder der Krieg kann nicht weitergehen. („Nation" vom 23. Dezember.)

Das Hauptproblem des Landkrieges, sagt der Militärkritiker des „Observer", liegt in der steten Versorgung Rußlands mit Munition, die nur durch eine freie Zufahrtsstraße vom Süden nach Rußland möglich sei. „Der ungeheuerliche Irrtum des Rückzuges von Gallipoli muß auf die eine oder die andern Weise wieder gut gemacht werden, das sieht jetzt jederman ein."

„An einen Durchbruch der Serethlinie werden wohl auch die Deutschen nicht denken." („Spectator" vom 13. Dezember)

Rußlands Offensivkraft ist wahrscheinlich endgültig gebrochen. („Berner Intelligenz-Blatt".)

Die täglichen Kriegsunkosten Rußlands betragen nach Angaben des Finanzministers täglich 45 Millionen Rubel.

Der Tagesbefehl des Zaren. „Von Serbien, um dessentwillen Rußland angeblich in den Krieg gezogen ist, kein Wort. Vom russischen Imperialismus um so mehr." („Berner Tagwacht".)

Revolution in Rußland. „Wir verspüren keine Anzeichen der Revolution in Rußland, jedoch wenn diese Anzeichen jetzt noch nicht vorhanden sind, so bedeutet das nicht, das sie sich überhaupt nicht einstellen können." („Kolokol".) „Wird die bestehende Desorganisation aufrecht erhalten, so wird das Volk zur Revolution geführt," sagt „Birsch. Wjed". im Anschluß an den landwirtschaftlichen Kongreß in Petersburg.

Die russische Linke für die Deutschen. In der Reichsduma vom 21. Dezember sagte der Abgeordnete Kerenski von der Arbeitergruppe: „Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche jede Entlehnung aus der deutschen Kultur für unannehmbar halten. Die deutsche Kultur ist ein ebenso großer Faktor der Entwicklung der Menschheit wie die englische und französische Kultur.

Digitized by Google

Entlehnen Sie die ausgezeichnete Arbeitergesetzgebung, die unbestechlichen Beamten, das allgemeine Wahlrecht, welches für den deutschen Reichstag eingeführt ist, usw. Sie erheben hier in der Reichsduma ein Geschrei über die Gewaltherrschaft des Junkerstandes in Deutschland, Sie selbst aber, Sie russische Junker, russische Gutsbesitzer, haben es nicht vermocht, über das preußische Kuriensystem hinauszukommen, während Ihre Lehrmeisterin — die preußische Regierung — versprochen hat, das Kuriensystem aufzugeben.

Feindlicher städtischer Grundbesitz unterliegt nach den neuen russischen Bestimmungen nicht der Liquidation.

Die Warnung Mr. Protheros. „Es ist meine ernste Überzeugung, daß auf den Kornfeldern und Kartoffeläckern Großbritanniens der Sieg in diesem großen Kriege gewonnen oder verloren werden kann." („Times" v. 21. 12.)

Die englischen Schiffahrtsgewinne. Der englische Staat beansprucht 60% der Gewinne, die über die Gewinne der letzten Jahre vor Kriegsausbruch hinausgehen, für sich. Trotzdem haben die englischen Schiffahrtsgesellschaften sehr bemerkenswerte Ergebnisse erzielt.

	1915—1916	1914—1915	Vor dem Krieg
Britain S. S.	242 100	75 700	150 000
Century Shipping	250 400	723 900	77 800
Empire Transport	318 300	186 000	103 500
Fargrove Steam	271 100	57 700	100 500
Forneß Withy	1 386 950	674 700	714 750
Hanewring S. S.	140 300	46 500	31 400
Indo-China Steam. . . .	297 850	78 260	111 200
W. & C. T. Jones	517 500	89 400	86 000
London and Nother. . . .	657 200	200 100	171 400
Pymen S. S.	346 300	85 900	106 000
Tempus Shipping	153 300	20 600	22 350
Scholefield S. S.	99 900	46 900	32 800
Sutherland S. S.	296 950	109 900	89 300
West Hartlepool S. S. . .	315 800	121 800	117 500
Wetherall S. S.	66 100	29 000	13 400

(„Bataille".)

Die französische öffentliche Meinung und Griechenland. „Die Proklamation des Königs an seine Soldaten bestätigt in den Augen aller seine Würdelosigkeit. Diese Haltung kann der Verstand der Engländer und Russen ebensowenig begreifen wie das Gefühl des französischen Volkes, welches auch immer die Gründe sein mögen, die gewisse Regierungen zum Zögern veranlassen." („Temps".)

Der französische Außenhandel verzeichnet für die ersten 11 Monate des Jahres 1916 ein Defizit von 13 Milliarden Franken. „Immer und immer wieder müssen wir darauf hinweisen, daß es unumgänglich notwendig ist, alle nicht unbedingt notwendigen Einkäufe im Ausland zu unterlassen", sagt dazu der „Temps".

Japans Drang nach dem Süden. K. Yamada, Herausgeber der „Koknm in Shimbun" hat, wie „Peking Daily News" meldet, ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht „Der Vormarsch nach Süden und die Ogasawara-Inseln (= Bonin-Inseln)". Yamada legt darin dar, warum sich Japan nach Süden ausdehnen muß. Die Japaner müßten eigene Kolonien gründen, anstatt in Hawai und Amerika die Werkzeuge für andere zu werden. Niemals würde Japan die Mariannen-, Karolinen- und Marschall-Inseln wieder aus der Hand geben. Aber es würden nach dem Krieg Zwistigkeeiten mit Amrika nicht ausbleiben. Die antijapanische Gesinnung, die

Digitized by Google

bisher dort auf die niederen Stände beschränkt geblieben sei, ergreife jetzt auch die höheren Klassen. Dazu das Wachstum der amerikanischen Flotte; die Verlegung eines großen Teils aus dem Atlantischen in den Großen Ozean. Es bestehe die Besorgnis, daß nach Vollendung des Panamakanals der amerikanische Krieg ebenso kommen werde, wie nach Vollendung der Sibirischen Bahn der russische. — Unter diesen Umständen seien die Bonin-Inseln mit ihren guten Häfen und reichen Naturschätzen von unschätzbarem Wert; sie müßten zur Basis gegen einen etwaigen Angriff Amerikas gemacht werden; so lange sie in japanischer Hand, sei Japan gesichert. — Andererseits müsse Japan sich auch rüsten gegen einen Feind, der in der Nähe der Straße von Malacca auftauchen könne. Es sei veraltet, die Formosa-Straße zur ersten Verteidigungslinie zu machen.

Die Zukunft des amerikanischen Handels in China. Der frühere Finanzminister Chontsi-chi spricht sich in einem längeren Aufsatz in der „New York Times" über Chinas fortschreitende industrielle Umwandlung und die großen Zukunftsmöglichkeiten für den amerikanischen Handel aus. Diesem habe es bisher an einer kräftigen Organisation gefehlt. Er sei meist von deutschen und englischen Firmen besorgt worden. Der Vorzug der Engländer sei, daß sie lange in China ansässig und als zuverlässig bekannt seien. Der Vorzug der Deutschen, daß sie den Chinesen weit entgegenkommen, jede Mühe auf sich nehmen, um mit ihren Waren den Käufer zu befriedigen, kurzum, den Chinesen sich anzupassen. Die Amerikaner könnten nichts Besseres tun, als das Beste der englischen und deutschen Methode zu vereinigen.

Das Fehlen des deutschen Kalis als wichtigsten Düngemittels wird in „Daily Trade Record" als Grund der schlechten Ernte in den Vereinigten Staaten und in der übrigen Welt bezeichnet. „Boston Transcription" macht die englische Blockade für diesen Zustand verantwortlich und stellt fest, daß ein längeres Ausbleiben des Kalis verhängnisvoll auf die Landwirtschaft, besonders im Süden und an der atlantischen Küne, wirken wird.

„Neuorientierung". „Das erste Erfordernis ist, den Krieg zu gewinnen. Es ist einfach unmöglich, Änderungen und Verbesserungen in Angriff zu nehmen, solange das Haus brennt" („Morning Post" v. 20. 12)

Krieg und Volksbildung. Aus einer Statistik der Unterrichtsverwaltung in England geht hervor, daß im Jahre 1915 etwa 45000 Kinder im Alter von 12—15 Jahren mehr als sonst von der Schule entlassen worden sind, um früher ins Erwerbsleben einzutreten. Nicht eingerechnet sind dabei die für landwirtschaftliche und andere Dienste zeitweise vom Unterricht befreiten Schulkinder. Die Zahl der allein für landwirtschaftliche Arbeiten beurlaubten Kinder betrug am 31. Mai 1916 allein 15000.

Russisches. Der Unterrichtsminister hat die Ermächtigung zur Schaffung eines ukrainischen Gymnasiums in Kiew und eines solchen in Lublin gegeben, wo Unterricht in kleinrussischer Sprache erteilt werden soll. — In Kasan wurde eine Kriegsuniversität eröffnet. Dort soll Kriegsgefangenen mit akademischer Bildung Gelegenheit gegeben werden, Bibliothek und Labaratorien der dortigen Universität zur Weiterführung ihrer Studien zu benutzen.

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

W. Beckmann: Briefe im Krieg. Verlag Bruno Cassirer, Berlin 1916. 75 S. 17 Abb leungen. Scharfe Skizzen und Bilder eines Mannes, der Kämpfe und Kämpfer mit den Augen des Malers betrachtet, und mit klarem Wort und Stift festhält.

Aage Madelung: Aus Ungarn und Galizien. (S. Fischer Verlag, Berlin 1916. M. 2.—.) Außergewöhnlich farbige, anschauliche Schilderungen eines Kriegsberichterstatters.

Unser deutsches Alpenkorps in Tirol. Von Kriegsteilnehmer A. Reich. Verlag O. Huber, Dießen-München. 80 S. Preis M. 1.60. Schöne

Digitized by Google

Wiedergabe von Zeichnungen aus den Bergen und die Tätigkeit des Alpenkorps.

Paul Schweder: Im türkischen Hauptquartier. (Eingeleitet von Marschall Liman von Sanders.) Berichte eines Kriegsberichterstatters. Mit zahlreichen Bildbeigaben. Hesse & Becker, Leipzig. Kart. M. 3.-0.

Veit Valentin: Entente und Neutralität. (Leipzig, S. Hirzel Verlag. Kart. M. 1.50. 97 S.) Stellt die militärischen Übergriffe, die wirtschaftliche Knebelung und politische Vergewaltigung der Neutralen durch die Länder der Entente auf Grund von Zeitungsstimmen und ungedrucktem Material dar.

J. P. Buß: Amerikanische Menschlichkeit im Lichte des diplomatischen Notenwechsels. M. 1.50. C. A. Schwetschke & Sohn, Berlin. (Kriegspolit. Einzelschriften, Heft 6.)

Heinrich Schrörs: „Kriegsziele und Moral". (IV und 68 S.) Herder, Freiburg 1917. M. 1.20. Zeigt, welche ethischen Grundsätze bei der Aufstellung von Kriegszielen und Friedensbedingungen beachtet werden müssen.

Gustav Eichhorn: „Deutsche Kriegspolitik und England". Zürich, Leemann. 84 S. M. 1.—. Zusammenfassung der antienglischen deutschen Pressestimmen.

Lothar von Taube: Zur Frage deutscher Siedelung auf neu erworbenem Gebiet. (Eine Brücke zu den baltischen Provinzen. [F. Lehmann, Berlin. 16 S.])

Ferdinand von Gerhardt: Die „Politik der Tat". (36 S. br. M. 1.—.)

Die Reden des Munitionsministers Lloyd George werden unter dem Titel „Das gewappnete Deutschland", ein englisches Lob deutscher Organisation, in Auswahl bei Georg Müller, München, herausgegeben. 122 S. In Übersetzung von R. Friedmann.

Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf: Reden aus der Kriegszeit. 5. Heft. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung 1916. (67 S. M. 1.—.) Enthält einen Vortrag über Alexander den Großen und die Rede zum Jahresfeste der Universität, womit das Heft den inhaltsreichen vorausgegangenen Heften sich würdig anschließt.

Die Lebensmittelversorgung der Städte. Von Dr. E. Zitzen. Volksvereinsverlag München-Gladbach. 55 S. Preis M. 1.40. Zusammenfassung der Organisationen des Konsums mit gutem Nachschlageregister.

Landeskunde

Anton Dürwächter: Bayerns Eigenart vom Weltkrieg aus. (Kösel, Kempten 1916. VIII und 141 S., geb. M. 3.—.) Bayerns Eigenart und Eigenwert wird geographisch, völkisch, kulturell, geschichtlich, religiös aus der durch den Krieg geschaffenen Verbindung von Stammes- und deutschem Einheitsgefühl als einer der Einzelstaaten geschildert, die auch nach dem Weltkrieg den Wert der Vielgestaltigkeit neben der Einheit erweisen.

Shamra, Mpori und Bahari von Gerh. v. Byern. E. F. Amelang, Leipzig. Br. M. 2.50. 124 S. Ostafrikanische Momentbilder aus den Pflanzungen, von Steppenfahrten, Raubtierjagden und dem Leben auf dem Meere.

J. Wronka: Kurland und Litauen. (176 S. mit 12 Bildern und einem Kärtchen. M. 3.—. Herder, Freiburg.) Breit angelegte Landeskunde und Geschichte Kurlands und Litauens.

W. Weibel: „Rußland". 205 Abbildungen, 24 S. Text, Delphinverlag München. Ein überraschend schön ausgeführtes Bilderheft von den Städten, dem Land und den Leuten in Rußland, kurze klare Übersicht über die Landeskunde.

Dr. Franz Kuypers: „Spanien" unter Kreuz und Halbmond. Eine geruhsame Wanderfahrt durch Geistes- und Wirtschaftsleben, Land und Literatur von einst und heute. Klinkhardt & Biermann, Leipzig. Br. M. 9.—, geb. M. 10.—.

Wirtschaft

Carl von Tyszka: Das wirtschaftliche Problem der modernen Industriestaaten. Jena, Gustav Fischer 1916. (VI und 200 S.). Untersucht die Grundlagen der alten Friedenswirtschaft, um daraus die Grundlinien zum Neuaufbau des wirtschaftlichen Lebens nach dem Kriege zu bestimmen, das in liberal-demokratischer Wirtschaftspolitik Deutschland wieder zur Weltwirtschaft und Weltmachtstellung zu führen imstande ist. Bemerkenswert durch die Voraussetzung, daß die Grundlagen des neuen Wirtschaftslebens im kommenden Frieden die im Frieden bisher geleistete Arbeit ist.

J. Jastrow: Die handelspolitische Zukunft Deutschlands. Mit einer Karte und vier Tabellen. M. 1.20. C. A. Schwetschke & Sohn, Berlin. (Kriegspolitische Einzelschrift n Heft 15.) Anregungen zur Wahrung der Interessen auf handelspolitischem Gebiet.

E. Doelter: Die Mineralschätze der Balkanländer und Kleinasiens. Verlag Ferd. Enke, Stuttgart 1916. VII und 138 S. Br. M. 0.40. Wissenschaftlich geologische und bergtechnische Schilderung der Mineralschätze der Balkanländer, einschließlich der asiatischen Türkei. Kaum oder noch nicht allgemein bekannte Feststellungen.

H. Baclesse-Luxemburg: „Die belgische Großindustrie vor und während des Krieges." Verlag des Zentralblattes der Hütten- und Walzwerke, Berlin. 36 S.

Geschichte

J. L. Runeburg: Finnlands Heldenkampf.

Digitized by Google

In Dichtungen seines Volksdichters übersetzt von Wolrad Eigenbrodt. Verlag Callwey, München. 161 S. Eine Auswahl aus den Werken des finnischen Volksdichters Runeburg (1804—1877).

Biographien

Paul Wiegler: Figuren. Verlag der „Weißen Blätter", Leipzig. (243 Seiten, br. M. 5.—) Impressionistische, in geselligem Ton geschriebene Studien über Persönlichkeiten der Politik (Napoleon, Disraeli, Taine) der Kunst, des Lebens.

Erziehung

W. Stern: Jugendkunde als Kulturforderung, Quelle & Meyer 1916 (83 S., M. 1.40), fordert vom Standpunkt der Psychologie Begründung der Erziehung, Jugendbildung, Berufsvorbereitung auf der Jugendkunde und ihrer Trennung von politischen Forderungen.

Schöne Literatur

Der Verlag Eugen Diederichs in Jena setzt seine Sammlung „Die Märchen der Weltliteratur" mit zwei Bänden fort, die hauptsächlich eine volkskundliche Bereicherung darstellen: Neuen Märchen aus dem griechischen Festland und den griechischen Inseln und aus der Südsee (in Lappband je M. 3.60).

Neue Romane: 1. Deutsche: „Das Abendrot", Novellen von Hermann Stehr, einem zu wenig gekannten Meister der Erzählung; „Der rechte Liebhaber des Schicksals" von Albert Steffen, ein empfindsames, glaubenerfülltes Buch. 2. Ausländische: „Die Brüder Menthe", Roman von Peter Nansen, dem feinen Dänen; „Florentinischer Abendtraum" von Per Hallström, dem aus der Mitarbeit an der „Deutschen Politik" den Lesern bekannten ernsten Schweden. (Die ersten bei S. Fischer in Berlin, das letzte im Insel-Verlag.)

Charles de Coster: Vlämische Legenden sind mit Holzschnitten in der Liebhaber-Bibliothek von G. Kiepenheuer Verlag, Weimar, zu M. 1.50 erschienen.

Der neue Roman nennt sich die Sammlung zeitgenössischer Erzählungen, die bei Kurt Wolff, Leipzig, erscheint und neben der Bibliothek der Romane des Inselverlags Werke aus dem jungen und jüngsten Deutschland in einheitlicher Ausstattung und zu einheitlichen Preisen bringt. Zu den bis jetzt erschienenen Werken von C. Hauptmann, Eulenberg, H. Mann usf. legt sie als erstes fremdländisches eine gute Übersetzung von „November" von Gustave Flaubert mit Steindrucken vor.

Der Insel-Almanach auf das Jahr 1917 (Insel-Verlag, Leipzig. 170 S. M. —.5) gibt wieder eine durch den Krieg nicht beeinträchtigte Auswahl aus den Büchern des Jahres und ihrer hauptsächlichsten Mitarbeiter.

Die schönsten Geschichten der Lagerlöf hat Walter von Molo ausgewählt und als schmales Buch bei Albert Langen in München herausgegeben. In Pappe M. 3.—.

Artur Fürst und Alexander Monszkowski: Das Buch der 1000 Wunder. (400 S. M. 6.—, in Leinen geb. M. 8.—. Albert Langen in München.) Sammlung von erträumten und wirklichen Wundern aus dem menschlichen und der Tierwelt, aus dem Reiche der Physik und Chemie, der Technik, der Erde, des Himmels, der Sprache, der Mystik. Ein Buch, das mit Glück die Punkte der Erscheinungen und Gedankenwelt auffindet, die aus der Regel herausfallen.

Die Weltliteratur bringt jede Woche ein gutes Werk eines Dichters, die Auswahl zeigt Geschmack; der Preis von 10 Pfg. ist denkbar wohlfeil.

Die Heimat. Herausgegeben von Heinrich Mohr. (VIII und 272 S.; Freiberg 1917, Herder, in Pappband M. 4.50.) Ein Wiener Sammelband gediegener Erzählungen, Gedichte, kulturgeschichtlicher Schilderungen für das Haus.

Kunst

André Jolles: „Ausgelöste Klänge" Briefe aus dem Felde über antike Kunst (Berlin, Weidmannsche Buchhandlung, 101 S. M. 2.50). Briefe über das Lebendige in der griechischen Kulturwelt, also vor allem über die archaische Zeit, voll eigenartiger Gedanken und starker eigener Meinungen. Eines der schönsten Zeugnisse für das Weiterleben des deutschen Denkens in der Kriegszeit.

Fromentin: Die alten Meister, neu übersetzt, mit vielen guten Abbildungen, herausgegeben von Gustav Kiepenheuer Verlag, Weimar.

Georg Simmel: „Rembrandt". (Kurt Wolff Verlag, Leipzig VIII und 205 S., geheftet M. 3.50.) Ein Versuch, die Kunstwerke Rembrandts philosophisch zu deuten und auszuwerten.

„Die Innendekoration", die Zeitschrift für Wohnungskunst (Alexander Koch, Darmstadt) hat auch ihren verflossenen Jahrgang ernst und aufrecht „durchgehalten" — ein ehrenhaftes Zeugnis für das Kunst- und Buchgewerbe.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolb, Berlin W 50, Augsburgerstr 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Thimme, Bethmann-Hollweg und Bismarck 105
Jäckh, Frauenbriefe, die ihn erreichten 112
Schiemann, Streiflichter zur Weltlage I 117
Hall, Die Vereinigten Staaten und der Freiheit der Meere 123
Seppelt, Die französischen Angriffe auf den deutschen Katholizismus und ihre Abwehr 128
Notizen / Neuerscheinungen 133

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 26. Januar 1917 Heft 4

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Berli

Digitized by Google

Vergessene Legenden und Idyllen

Soeben erschien in der Liebhaber-Bibliothek:

Charles de Coster
Vlämische Legenden

Deutsch von Georg Goyert
Mit 4 Holzschnitten von M. Thalmann

Diese altertümlichen Legenden vom Verfasser des Ulenspiegels sind jede einzelne in sich echte Meisterwerke, aus denen ganz unmittelbar echtes, wahres Volksempfinden entgegensprudelt, das alles Konventionelle verabscheut. Voll bunter Beweglichkeit sind sie, bald heiter, bald ernst, dann wieder grausig und voll köstlichen Humors, Geschichten voll lustigen und düsteren Geschehens. Und dabei wahr in allem, im Empfinden wie im Milieu, das uns durch die Ereignisse jetzt besonders nahe gebracht ist.

Salomon Geßner
Idyllen

Mit 4 Abbildungen der Kupfer von Salomon Geßner
Herausgegeben von Hans Th. Kroeber

Geßners idyllische Dichtungen sind durchaus fertige und stilvolle kleine Kunstwerke innerhalb der Barock- und Rokokozeit. Sie sind eines der wertvollsten Denkmale für die Empfindsamkeit des 18. Jahrhunderts. Als „Früchte seiner vergnüglichen Stunden" sind sie erfüllt von Zartheit einer empfindungsreichen Phantasie gesunden und starken Naturgefühls. Mit einem, seiner Zeit weit voraus gehenden Verständnis für die Wechselbeziehungen zwischen Malerei und Dichtkunst hat er zu seinen Idyllen, die literarisch in ihrer abgeklärten Reife ein Unikum der Weltliteratur sind, Kupferstiche und Vignetten in stilvoller Einheit geschaffen, von denen einige im Lichtdruck dem Bändchen beigegeben sind.

Jeder Band kartoniert Mk. 1.20, gut gebunden Mk. 1.80

In jeder guten Buchhandlung zu haben oder bei Einsendung von 1.30, resp. 2.— direkt vom Verlag

Gustav Kiepenheuer Verlag in Weimar

Digitized by Google

2. Jahrgang • 26. Januar 1917 • Heft 4

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Bethmann Hollweg und Bismarck

Von Friedrich Thimme

I.

Die flammenden Worte, mit denen unser Kaiser sich am 12. Januar an das deutsche Volk gewandt hat, haben ein millionenfaches Echo gefunden. Ganz Deutschland, so darf man sagen, hat dem Kaiser das Gelübde des denkwürdigen 4. August 1914, mit ihm durch Dick und Dünn, durch Not und Tod zusammenzuhalten, erneuert: kein Zweifel, daß es mit der stahlgewordenen Entschlossenheit, mit der verdoppelten Kraft, die der Kaiser von jedem deutschen Mann und jedem deutschen Weib verlangt, bis zum vollen Siege ausharren wird. Vielleicht noch nie hat das einmütige Vertrauen des deutschen Volkes zu dem Kaiser und seiner Führung einen so überwältigenden Ausdruck gefunden!

Man sollte meinen, daß das unbedingte Vertrauen in die kaiserliche Führung, das in den unzähligen Kundgebungen der letzten Tage ausgesprochen ist, auch das Vertrauen zu dem vornehmsten Berater des Kaisers in sich schlösse, der von Amtswegen nach einem Bismarckschen Ausdrucke der Hauptvertrauensmann seines kaiserlichen Herrn ist, zu dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg. Aber es scheint, daß diejenigen Richtungen, die man als die Anhänger einer starken Politik bezeichnen kann, dabei beharren, dem Kanzler ein Vertrauen zu versagen, dessen er in seinem schweren und verantwortungsvollen Amt doch so dringend bedürfte. Mit deutlicher Spitze spricht es Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" vom 17. Januar aus. Das deutsche Volk vertraut auf seinen Kaiser und den Ausführer seiner Weisungen, den Feldmarschall von Hindenburg — als ob nicht auch Bethmann Hollweg der Ausführer der kaiserlichen Weisungen wäre —, daß der Befreiungskampf gegen unsere Feinde unbeirrt durch Verhandlungslockungen mit allen Kräften und Mitteln bis zum siegreichen Ende geführt werde. Andere Anhänger der gleichen Richtung suchen einen Gegensatz zwischen der Sprache des kaiserlichen Aufrufs und den Kundgebungen der Reichsleitung zu konstruieren, obwohl der Kanzler doch auch für jenen verantwortlich und darum seiner teilhaftig ist. Der Abgeordnete Roesicke hat in seiner kürzlichen Kieler Rede sogar den Versuch

Digitized by Google

gemacht, den Kaiser in der Friedensfrage von dem Kanzler zu trennen: „Scheidemann und Bethmann fassen eben die Friedensfrage anders auf, als wir sie nach den Proklamationen, die unser kaiserlicher Herr an Heer und Marine und an sein Volk erlassen hat, auffassen." Der jüngst veröffentlichte Brief des Kaisers an den Kanzler vom 31. Oktober wird ja den Abgeordneten Roesicke eines Besseren belehrt haben. Uns scheint, daß das unbedingte Vertrauensverhältnis zwischen dem Oberhaupt der deutschen Nation, unserer Reichsleitung und unserer Heeresverwaltung, wie es sich gerade in der Friedensfrage augenfällig dokumentiert hat, unserem ganzen Volk Bürgschaft genug für die rücksichtslose Entschlossenheit sei, mit der alle unsere leitenden Instanzen nach der schnöden Zurückweisung unseres Friedensangebots den Krieg bis zum siegreichen Ende durchführen werden. Wer heute noch in den amtlichen Auslassungen der Reichsleitung den Klang von Kraft und Willen vermißt, der nach der „Deutschen Tageszeitung" vom 18. Januar allein den Furor teutonicus entfachen könnte, mag seine Ungeduld um ein Geringes zügeln: sicherlich werden auch die nächsten Reden und Noten des Kanzlers und des Auswärtigen Amtes ganz auf den ehernen Klang des kaiserlichen Aufrufs gestimmt sein. Im übrigen sollten die Anhänger einer starken Sprache nicht vergessen, daß Bismarck, dem wir jene gewaltigen Worte über den Furor teutonicus verdanken, der das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine auffliegen lassen werde, während des Krieges von 1870/71 von sich aus keinerlei Kundgebungen von der Art erlassen hat, wie sie jetzt an seinem Nachfolger vermißt werden. Bismarck wußte eben, daß es nicht erst irgendwelcher Kundgebungen von oben bedürfe, um den vollen Siegeswillen des deutschen Volkes auf der Höhe zu halten. Auch wir können felsenfest davon überzeugt sein, daß die stählerne Willenskraft, mit der nach den Worten des kaiserlichen Aufrufs unser kämpfendes Volk vor dem Feind und daheim jedwede Mühsal und Not des Krieges getragen hat, sich bis zum Sieg und Frieden bewähren wird, selbst wenn unsere Regierung nicht in jeder weiteren Note und Auslassung mit Kürassierstiefeln auftreten sollte.

Der heute so gern zitierte Ausspruch Bismarcks über den Furor teutonicus legt die Frage nahe, ob die Haltung unseres Reichskanzlers an den Maßen Bismarckscher Staatsweisheit und Politik gemessen, wirklich den harten Tadel verdient, der ihr so oft zuteil wird. Noch heute gilt ja der erste Kanzler, auch den Anhängern einer starken Politik, als die höchste Autorität und als leuchtendes Vorbild. Nichts könnte also mehr geeignet sein, ihnen das Vertrauen auf Herrn von Bethmann Hollweg zurückzugeben, als wenn sich zeigen sollte, daß dessen Politik, soweit die seit Bismarcks Tagen von Grund aus umgestaltete Weltlage und die im Verhältnis zu den Kriegen von 1866 und 1870/71 ins Gigantische gesteigerten Ausmaße des Weltkrieges es zulassen, orientiert ist an der Politik unseres nationalen Heros.

Dreierlei ist es, was dem fünften Kanzler zum Vorwurf gemacht wird: seine Friedensliebe, die ihn schon vor dem Kriege zu zwecklosen Verständigungsversuchen mit

Digitized by Google

England verführt habe, seine „schwächliche" Rücksichtnahme auf die Neutralen, insbesondere Amerika, die ihn hindere, die stärksten Kampfmittel gegen unsere Feinde anzuwenden, und das „ängstliche" Streben, die weitere Ausdehnung des Weltkrieges zu vermeiden. Ob und wie weit diese Vorwürfe im Zusammenhang stehen mit einer durch die innerpolitische Haltung des Kanzlers erzeugten Gegnerschaft, soll hier nicht untersucht werden; eine loyale Betrachtungsweise wird unbedingt die wiederholte Erklärung der „Kanzlerfronde", daß ihr in diesem Moment innerpolitische Gesichtspunkte fern lägen, zu respektieren haben. Immerhin wird es sich lohnen, in einem zweiten Artikel auch der Frage näher zu treten, wie sich Bismarck wohl, nach seinem eigenen Verhalten in den Jahren 1866 und 1870/71 zu schließen, zu den durch den Krieg heraufgeführten Fragen der Neuorientierung stellen würde.

Bismarcks Politik ist bekanntlich seit dem Frankfurter Frieden von 1871 immer dahin gerichtet gewesen, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Es war und blieb sein Augenmerk und seine vornehmste Sorge, eine Übereinstimmung von Rußland, Frankreich und England — auch Österreich mußte zunächst noch in Betracht gezogen werden — in Mißtrauen und eventuell in aktivem Vorgehen gegen das neue Reich zu verhindern. Der Gedanke an feindliche Koalitionen hat Bismarck, er selbst hat es erzählt, oft schlaflose Nächte bereitet. So lange Bismarck das Staatsruder in den Händen behielt, ist es ihm ja auch gelungen, ein Weltgegenbündnis gegen seine Schöpfung hintanzuhalten; auch die französisch-russische Annäherung, in der wir doch wohl den ersten Keim des Weltkrieges zu sehen haben, ist unter ihm nicht über die ersten Ansätze hinausgediehen. Leider ist die staatskluge und weitausschauende Politik Bismarcks, die auch trotz des Bündnisses mit Österreich 1879 den Draht mit Rußland nie abreißen ließ, und vorsichtig alle Reibungsflächen mit den Nachbarstaaten zu beseitigen suchte, unter seinen Nachfolgern verlassen worden. Immer hat Bismarck die fortschreitende Annäherung zwischen dem absoluten Zarentum und der französischen Republik seit 1890 auf die Mißgriffe Caprivis zurückgeführt, der den Rückversicherungsvertrag mit Rußland fallen ließ. Schwerlich würde Bismarck auch mit der auswärtigen Politik des Fürsten Bülow einverstanden gewesen sein; das immer stärkere Eintreten für Österreichs Orientpolitik, vor dem Bismarck so oft gewarnt hat, die Politik der Bagdadbahn, die Marokkopolitik mußten ja nacheinander die Reibungsflächen und Konfliktsmöglichkeiten mit Rußland, Frankreich und England vervielfachen.

Im Grunde genommen ist erst Herr von Bethmann Hollweg wieder in die Bahnen Bismarcks mit dem Versuch eingelenkt, das Weltmachtsbündnis gegen Deutschland, das seinen drohenden Charakter in der Einkreisungspolitik immer mehr offenbarte, von innen heraus durch die allmähliche Hinwegräumung der Konfliktsstoffe und Reibungsmöglichkeiten aufzulösen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Bismarck die Abmachung zwischen Bethmann Hollweg und Ssasonow vom November 1910: daß sich

Digitized by Google

beide Regierungen in keinerlei Kombinationen einlassen würden, die eine aggressive Spitze gegen die andere enthielten, mit Freuden begrüßt haben würde. Auch daß in den letzten Jahren vor dem Kriege der deutsche Einfluß auf die österreichische Balkan- und Orientpolitik wiederholt in mäßigendem Sinne ausgeübt worden ist, hätte sicherlich Bismarcks vollen Beifall gefunden. Ein Gleiches gilt von den Verständigungsversuchen mit England. Die Unwahrscheinlichkeit des Erfolges würde für Bismarck nie ein Grund gewesen sein, von einem derartigen Versuche abzustehen. Er hat in solchem Zusammenhange oft auf die göttliche Vorsehung hingewiesen, die vielleicht noch im letzten Momente, etwa durch das Eintreten von Veränderungen in der Verfassung und Politik des betreffenden Landes, die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen könne. Freilich, die Voraussetzung war für Bismarck dabei, daß Deutschland in dem vollen Bewußtsein seiner Stärke, in dem Bewußtsein dastehe, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen würden, stark genug zu sein zur Abwehr[1]. Und durfte etwa Herr von Bethmann Hollweg nicht in dem vollen Bewußtsein solcher Stärke England die Hand zur Verständigung reichen? Ist unter ihm das deutsche Rüstungswerk, in dem doch auch Bismarck das stärkste Unterpfand des Friedens sah — ein Unterpfand, das nur darum versagen konnte, weil der Vernichtungswille der feindlichen Koalition alle Hemmungen des Verstandes und der Voraussicht durchbrach — ist dieses Rüstungswerk unter Bethmann Hollweg je vernachlässigt worden? Wir dächten, das Heeresgesetz, der Wehrbeitrag und die energische Fortführung des Flottenbaues wären Beweise genug für das Gegenteil. Nach alledem kann es nicht fraglich sein, daß die Politik des Herrn von Bethmann Hollweg bis zum Kriege und noch beim Ausbruch des Krieges selbst, ganz im Sinne Bismarcks gehalten war. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß ein jeder Schachzug, den die deutsche Politik in der letzten Krise tat, um den Ausbruch des Krieges zu vermeiden, durch die Autorität Bismarcks gedeckt werde. Wir können es nicht wissen, ob das Genie Bismarcks nicht noch zuguterletzt Mittel und Wege gefunden hätte, um die Koalition unserer Gegner zu sprengen — wahrscheinlich ist es eben nicht —, können nicht wissen, ob er es nicht wenigstens verstanden hätte, im Moment des Ausbruches selbst unsere Position, etwa auch in den Augen des neutralen Auslands günstiger zu gestalten. Aber im Prinzip würde Bismarck unzweifelhaft alles gutgeheißen haben, was deutscherseits geschehen ist, um den großen Weltkrieg fernzuhalten, den er ahnend doch, wenn auch nicht in diesem Umfang, vorausgesehen hat.

Schwieriger ist es zu entscheiden, wie sich Bismarck nach dem einmal erfolgten Ausbruch des Krieges zu den Fragen der Haltung der Neutralen, ihrer Einmischung in den Krieg und einer weiteren Ausdehnung des Krieges gestellt haben würde. Zwar ergibt sein Verhalten in den Kriegen von 1866 und 1870/71 auch dafür allerlei Anhaltspunkte. Er war doch von dem Versuche einer Vermittlung, den Napoleon III.

[1] Siehe Bismarcks Reichstagsrede vom 6. Februar 1888.

Digitized by Google

nach der Schlacht von Königgrätz unternahm, schwer betroffen; freilich hat er, als er die Schwäche der Position des französischen Kaisers erkannte, die Dinge in seiner unvergleichlichen Meisterschaft so zu leiten gewußt, daß die französische Intervention, die bekanntlich höchst selbstsüchtiger Natur war, vollkommen vereitelt wurde. Auch 1870/71 hat Bismarck die Gefahr einer europäischen Einmischung — er besorgte selbst die Geltendmachung republikanischer Sympathien in Amerika! — höchst ernst genommen. Wir kennen aus Busch „Tagebuchblättern" seine Klagen über Englands „fraudulent neutrality"[1]: „die englische Regierung handhabt die Neutralität in betreff des jetzt beginnenden Krieges liberal und gewissenhaft. Sie erlaubt unparteiisch beiden kriegführenden Teilen Pferde und Munition aus England zu beziehen; nur will freilich das Unglück, daß einzig und allein Frankreich von dieser Liberalität Gebrauch machen kann, was ein Blick auf die geographische Lage beider Länder und auch den Umstand ergibt, daß die Franzosen uns zur See überlegen sind." Auch in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" tönt noch der Groll über den Widerstand nach, den englische Stimmen im Winter 1870 gegen die Beschießung der Festung Paris erhoben, „mit der Redensart von dem Mekka der Zivilisation und andern in dem Cant der öffentlichen Meinung in England üblichen und wirksamen Wendungen der Humanitätsgefühle, deren Betätigung England von allen anderen Mächten erwartet, aber seinen eignen Gegnern nicht immer zugute kommen läßt." Aber so zornig Bismarck 1870 vor allem die Haltung Englands empfand, so hat er sich doch sorgsam gehütet, durch Auftrumpfen mit starker Sprache die Neutralen zu reizen. Behutsamer und klüger ist selten ein Diplomat in gleicher Lage vorgegangen. Er hat, um die Einmischung der Neutralen und ihres Kongresses zu verhindern, die Friedensverhandlungen nach Möglichkeit beschleunigt, ja er hat sich schließlich nur aus diesem Grunde mit sehr gemäßigten Friedensbedingungen begnügt und unter anderem auf Belfort verzichtet. Es gemahnt lebhaft an heutige Verhältnisse, wenn der alte Bismarck noch in seinem Memoirenwerk über nationalliberale Parlamentarier spottet, die einander im August 1870 schrieben, „daß jede fremde Friedensvermittlung unbedingt abzuweisen sei", die ihn aber nicht hätten wissen lassen, wie dem vorzubeugen sei, es sei denn nach dem uns bekannten Bismarckschen Rezept.

So viel läßt sich doch aus all diesen Vorgängen abnehmen, daß Bismarck, wenn er an der Stelle Bethmann Hollwegs stände, die Frage, ob aus einer Einmischung der Neutralen im gegenwärtigen Weltkriege sich weitere Kriege entwickeln könnten, auf das allersorgsamste und gewissenhafteste erwägen würde. Ganz zweifellos würde für ihn, gerade so wie hier seinen Nachfolger die brennendste Frage des Krieges die sein, ob und wie es verhindert werden könnte, daß weitere Neutrale und nach Lage der Dinge vor allem Amerika, dessen Neutralität Bismarck ja schwerlich in einem anderen Lichte erschienen wäre als die fraudalent neutrality Englands im Jahre 1870, in

[1] Betrügerische Neutralität.

Digitized by Google

den Krieg eingriffen. Und ebenso sicherlich würde er das Äußerste aufgeboten haben, um ein solches Eingreifen zu verhüten, auch im Hinblick auf eine spätere Zukunft nach dem Kriege, die sein den Ereignissen weit vorauseilender Geist immer zu berücksichtigen pflegte. Selbstverständlich kann nicht gesagt werden, daß Bismarck, in dem sich mit der höchsten Vorsicht die höchste Kühnheit paarte, sich schließlich gegen den U-Bootkrieg erklärt hätte, immer vorausgesetzt, daß ihm die gewisse Möglichkeit dargetan wäre, damit England auf die Knie zu zwingen. Wir dürfen unbedenklich annehmen, daß dem eisernen Kanzler jedes Mittel, das den Krieg abkürzen und entscheidend zu unseren Gunsten beeinflussen könnte, an sich höchst willkommen gewesen wäre. Aber das ist nicht minder gewiß, daß er so zweischneidige Maßnahmen erst in dem Augenblick getroffen haben würde, wo die gesamte militärische und diplomatische Lage sich so zu unseren Gunsten gewandt hätte, daß die Gefahr eines kriegerischen Eingreifens neutraler Staaten auf ein Minimum reduziert wäre, und weiterhin, daß auch Bismarck zuvor nach Formen gesucht hätte, die die Anwendung dieses Mittels den Neutralen erträglicher gemacht hätten. Sollte, wie wir vermuten, Herr von Bethmann Hollweg — der im übrigen auch ganz im Bismarckschen Sinn, einer Einmischung Wilsons durch seine Antwortnote in höflichster Form vorgebeugt hat — den gleichen Standpunkt einnehmen, so würde er sich also auch in der Frage des U-Bootkrieges auf seinen großen Vorgänger berufen können.

Fragen wir uns endlich, wie Bismarck sich zu den Kriegszielen unserer Kriegsleitung stellen würde, so muß unsere Antwort, die bisher durch Rückschlüsse auf einen einigermaßen sicheren Boden gelangen konnte, stark ins Schwanken geraten. Die Analogien des Nikolsburger Friedens von 1866, wo Bismarck die Hauptgegner Österreich und Bayern so überaus schonend behandelte (um dafür Hannover, Hessen und Nassau zu annektieren), und des Frankfurter Friedens, wo er wieder Frankreich Bedingungen zugestand, die im Verhältnis zu der Größe des erfochtenen Sieges als höchst mäßig bezeichnet werden müssen, können heute keine Geltung mehr beanspruchen, denn die Situation hat sich von Grund aus geändert. Bismarck hat in seiner berühmten Reichstagsrede vom 11. Januar 1887, als von der Möglichkeit eines künftigen Krieges mit Frankreich die Rede war, gesagt, daß dann, wer auch gewinnen möge, das saigner à blanc Platz greifen werde, d. h. ein Aderlaß bis zur völligen Blutleere. „Wir würden uns bemühen, Frankreich auf dreißig Jahre außerstand zu setzen, uns anzugreifen, und uns in den Stand zu setzen, daß wir gegen Frankreich mindestens für ein Menschenalter vollständig gesichert sind. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderspiel sein gegen den von 1890 — ich weiß nicht wann — in seinen Wirkungen für Frankreich." Natürlich kann diese Äußerung Bismarcks, die 1887 in erster Linie wohl als eine abschreckende Drohung gemeint war, keine Norm abgeben für einen künftigen Frieden, auch nicht in Bismarcks Sinn. Wir haben es ja heute nicht mit Frankreich allein zu tun, sondern mit einer Koalition von Gegnern, von denen nicht Frankreich, sondern

Digitized by Google

England und Rußland die gefährlichsten sind. Kein Zweifel, daß der große Realpolitiker diese am stärksten und an ihren empfindlichsten Stellen zu schwächen suchen, Frankreich aber — vielleicht — am glimpflichsten ausgehen lassen würde. Von seiner früheren Vorliebe für Rußland, die ihn immer die polnische Frage im Zusammenhang mit dem einstigen freundschaftlichen Verhältnis zu dem Zarenreich betrachten ließ, würde Bismarck heute ja unter dem Einfluß des Weltkrieges völlig zurückgekommen sein. Ob er darum die vorzeitige Lösung der Polenfrage gut heißen würde, erscheint gleichwohl zweifelhaft; beurteilen wir Bismarck recht, so würde er wohl vorgezogen haben — wenn es die militärische Lage gestattet hätte – die Lösung so lange hinauszuschieben, als noch irgendeine Möglichkeit bestand, Rußland auf dem Wege eines Sonderfriedens von der Koalition der Gegner zu trennen. Im übrigen würde Bismarck vermutlich — etwas Sicheres läßt sich freilich nicht sagen — den vorerst nur in allgemeinen Umrissen bekannt gegebenen Kriegszielen der Reichsleitung zustimmen; voll unterschreiben würde er in jedem Fall das Wort Herrn von Bethmann Hollwegs von der Unmöglichkeit, den Status quo ante wiederherzustellen, und ebenso das andere, daß von aller Sentimentalität Abstand zu nehmen sei. Gewiß würde ein so großer und fruchtbarer Geist auch die gewaltigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich aus dem werdenden Mitteleuropa ergeben, voll erfassen und für uns auszunutzen suchen. Bismarck selbst ist es im Grunde gewesen, der durch das enge Bündnis mit Österreich den Keim zu dem mitteleuropäischen Bunde gelegt hat; würde er in seiner Ausgestaltung, Abrundung und Konsolidierung, die ja die eine Eingliederung von Serbien und Rumänien, wohl auch die von Polen und Belgien in sich schlösse, nicht eine der realsten Garantien für unsere machtvolle Zukunft und für den künftigen Frieden sehen?

Wie dem auch sei: „Mut, Weitgriff, Stärke, das war Er; er war die Entschlossenheit, die Festigkeit, der stählerne Wille, ganze Arbeit zu tun[1].“ Setzen wir hinzu: er war auch höchste Vorsicht und Behutsamkeit, war bei aller Kühnheit seiner Kombinationen und Entschlüsse doch wieder ganz auf das Mögliche und Erreichbare gestellt; gleich dem genialen Schlachtendenker, der neben ihm an der Gründung des Deutschen Reichs so großen Anteil genommen hat, befolgte er den Grundsatz: erst wägen, dann wagen!

Wir glaubten zu erkennen, daß Bismarcks Geist in seinem jetzigen Nachfolger lebendig sei; möchte er in ihm nach beiden Richtungen, zu höchster Kühnheit und höchster Vorsicht voll wirksam werden! Dann wird die Hoffnung berechtigt sein, daß der kommende Friede ein deutscher Friede im Sinne unseres Nationalheros sein wird.

[1] Marcks, Vom Erbe Bismarcks f. S. 44.

Digitized by Google

Frauenbriefe, die ihn erreichten . . .

Von Professor Dr. E. Jäckh

Nämlich den Feind! Briefe deutscher Frauen, die den Feind erreichten! Also daß eine sozialdemokratische Zeitung zu sagen weiß: „Ein entsetzlicher Gedanke, wenn unsere Kriegerfrauen sich sagen müßten, daß sie mit ihren Briefen, wenn auch ungewollt, mit dazu beigetragen hätten, den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern. Darum sollte jeder Brief ins Feld recht sorgsam abgefaßt, und alles vermieden werden, was dem Feinde nützen, den Krieg verlängern könnte."

Briefe sind es, die von deutschen Frauen geschrieben worden sind — an ihre Männer im Schützengraben und die mit diesen Männern eines Tages in die Hände der Feinde gefallen sind; oder an ihre Männer in die französische Kriegsgefangenschaft gerichtet und von der feindlichen Zensur gelesen worden sind. So oder so — in beiden Fällen hat der Feind diese Frauenbriefe ausgebeutet, um — wie er meint und sagt — „ein klares Bild" von Deutschland zu erhalten, „eine offene und ehrliche Auskunft", „einen wahren, man möchte sagen realistischen Einblick in das deutsche Kriegselend"; und um darnach zu handeln.

Was ist der Eindruck unserer Feinde vom deutschen „Kriegselend" gemäß diesen Frauenbriefen? Hungersnot und Hungerstod; Unruhen und Aufruhr, ja Revolution! Man lese und höre eine kleine Auswahl aus der großen Anzahl, die der Bund deutscher Gelehrter und Künstler in photographischen Faksimiles nach der französischen Wiedergabe jetzt veröffentlicht und die — das sei gleich vorweggenommen — leider echt sind:

Basel, den 4. August 1916.

. . . Weißt du, mein lieber Mann, es ist traurig, wie es hier zugeht. Sei froh, daß du kein Deutscher mehr bist, denn da wird der Arbeiter so unterdrückt, daß es eine Schande ist, und die elenden Stinkpreußen drücken sich wo sie können und die armen Badischen müssen den Kopf hinhalten . . .

Osterfeld, d. 22. 7. 16.

Es sterben viele Menschen hier. Die Leute bekommen ja nicht mehr was ihnen zusteht. In Essen haben sie an der Verkaufsstelle einen Schutzmann totgeschlagen und zwei Frauen totgedrückt, eine Frau von 8 Kindern und eine von 2 Kindern. Es wird alle Tage noch toller. Wenn du was haben willst jeden Tag für in Pot, dann mußt du den ganzen Tag mit zwei Mann unterwegs sein, sonst ist es Abend und hast noch nichts. Das kann überhaupt nicht mehr so gehen, hier sich die Köppe kaput hauen, und die armen Männer im Schützengraben auch.

München, 25. Juli 1916.

. . . Als Entschädigung bietet man mir „das Betteln" an. Mein Fluch soll die Bande treffen, die so viel Unheil über die Menschen bringen kann. Der Arbeiter und der Geschäftsmann muß sich alles bieten lassen, — die Herren Beamten, wenn sie um Gehaltszulage ersuchen in Anbetracht der großen Teuerung, da wird sofort bewilligt und der Geschäftsmann, der unverschuldet um Hab und Gut gebracht wurde, der kann verrecken oder betteln. — Eine Verbitterung ist über mich gekommen, lieber Hans, ich kann sie dir gar nicht schildern. Und dabei muß ich immer daran denken, wie du als Erster hast laufen müssen, das Herz voll Begeisterung und

Digitized by Google

wie du beim Weggehen auf meine geahnten Sorgen nur erwidert hast: „Sorge dich nur nicht, jeder wird dir beistehen und die Behörde wird dich auch in Schutz nehmen", — ein netter Schutz, das muß ich sagen! Es wird eine Zeit kommen, in der unsereins auch ein Wort zu reden kriegt, dann werde ich schon reden!

Anrath, den 6. 8. 1916.

Teile dir nun noch eben mit, daß A... auch vergangene Woche gestorben ist. Man hört und sieht nichts mehr als Tod und Verderben, es sollte mich gar nicht wundern, wenn die ganze Welt ausstirbt. Von mir ist auch nicht viel mehr da, ich wiege noch knapp hundert Pfund; du würdest dich wundern, wenn du mich sehen könntest, ebenso meine Schwester, sie hat 40 Pfund abgenommen. Alle Leute werden so modern schlank.

Hindenburg, 29. 7. 16.

... Mich dauern nur meine lieben Kinderchen, denn sie können dann noch genug ohne Mama sein; denn Liebling, ich werde dir die Wahrheit schreiben, ich fühle mich sehr ungesund, meine Schwester Gustel ist lungenkrank, die wird wohl auch nicht lange machen, jetzt sterben alle Leute auf lungenkrank; das ist alles von der Kost, denn man bekommt alles sehr knapp. Ach mein Gold, jetzt würde es mir sehr leid tun zu sterben...

Jocketa, d. 23. 7. 16.

... immer plagt einem der Hunger, kaum hat man gegessen, schon wieder meldet sich Hunger, es geht aber nicht bloß mir so, jedem geht das so, manchmal bin ich ganz verdrießlich; Walters gehen alle drei in Steinbruch, da koche ich mit, die werden auch nicht satt. Ja, so lange man überhaupt in der Stube ist, immer quält der Hunger...

Oetzsch-Gautsch, d. 6. 8. 16.

... Eine erwachsene Person hat in sieben Tagen 5 Pfd. Brot und 7 Pfd. Kartoffeln, 100 Gramm Butter und $^1/_4$ Pfd. Fleisch. Nun kannst du dir denken, daß deine Brüder, die im Wachstum stehen, tüchtig hungern müssen; mir bricht fast mein Herz, dies mit anzusehen. Die Teuerung ist zu groß, daß man mit den paar Pf. nicht durchkommen kann...

Plagwitz, 2. 9. 16.

... Du schreibst, es kann noch ein Jahr dauern; nun, ich glaube nicht, daß du uns da noch lebendig wiedersiehst; es braucht bloß noch ein Vierteljahr so fort zu gehen, dann sind wir aber vollständig fertig mit unserem Bissel Kraft; wir kriegen doch nichts mehr. Ja, wenn man die ganzen Marken, Verordnungen und Bekanntmachungen fressen könnte, da haben wir übergenug. Diese Woche habe ich Nachtschicht, da nimmt man sich so ein Bissel trockenen Kleister und ein Bissel braunes Wasser mit. Ich will dich nicht anlamentieren; du wirst es auch nicht besser haben, aber man kann sich bloß über die Ungerechtigkeit ärgern; die Geldwänste haben sich alles eingehamstert...

Gommern, den 25. 8. 16.

... Es ist doch manchmal zum Verzweifeln, man muß sich immer wieder fassen. Wenn mir es um euch nicht wäre, da hätte ich mich schon weggeräumt. Denn es ist doch kaum mehr zu ertragen. Es kann doch, mein lieber Ernst, nicht mehr so lange fort gehen, wie es gegangen ist...

Leipzig-Plagwitz, den 18. 7. 16.

... Mit einem Mal wird Mutter sehr krank, schweres Lungenasthma, Herzmuskelschwäche und doppelseitige Lungenentzündung. Mutter hat sich eben furchtbar erkältet; es ist ja auch kein Wunder; nach jedem Ei muß man stundenlang stehen, bei Wind und Wetter und da zieht man sich eben solche Erkältungen zu. Georg, wir haben's alle so furchtbar satt. Wir werden jetzt alle so dünn; ich habe jetzt mindestens 35 Pfd. abgenommen, hauptsächlich vor Sorgen und nun die ganze Kost! Otto arbeitet jetzt Sonntag und Woche, bloß für das bischen Essen...

Digitized by Google

...(bei Saarbrücken), den 22. Juli 1916.

Wenn du in Urlaub kommst, kannst du dich ausruhen, aber bringe eine Portion Fett oder Fleisch mit, denn hier ist nichts mehr. Heute morgen sagte mir ein Mann, der in Urlaub von Saarbrücken ging, es seien aus jeder Kompanie 40 Mann ausgesucht. Jedenfalls für gegen Zivilbevölkerung im Fall eines Aufruhrs, denn es sind keine Kartoffeln mehr da und sonst nichts mehr...

Bautzen, den 20. 8. 16.

...was werden wir trinken? womit werden wir uns kleiden? das soll nach der Bibel ein Trachten der Heiden sein, doch die christliche Kultur hat es so weit gebracht, daß auch wir uns mit solchen Fragen allen Ernstes befassen müssen. Marie wird bald aus München zurückkehren, die Hungerleiderei gibt ihr auf die Nerven, es ist ihr schrecklich, daß sie im Tage nur zwei Stückchen Zucker bekommt; sie meint, als sie in Frankreich gefangen war, konnte sie sich um ihr Geld noch das Leben mit Confitüren und Zucker versüßen; jetzt heißt es das Maul halten und schwarzen Kaffee trinken, bis man grün und gelb ist.

Wittenberg, den 21. Juli 1916.

...denn von meinen Verwandten kann ich nichts verlangen und die Kinder kosten mich viel Geld. Es gibt in Wittenberg Revolution, denn es gibt nichts mehr zu essen. 6 Pfund Brot die Woche, das ist zu wenig, und Butter ein halbes Stückchen für 3 Personen. Ich weiß nicht wie ich mit auskomme...

München, den 22. Juni 1916. Fronleichnam.

...17.—18. Juni kann für München eine Erinnerung sein . . . . . .
. . . . . .
alle Schaufenster. Es war ein Graus zum ansehen, aber heute am Fronleichnam getraute sich doch niemand. In Chemnitz soll es auch schon so gewesen sein zu mehreren ... doch davon mündlich.

Chemnitz, den 25. 7. 1916.

... daß in Deutschland die obere Klasse die untere ganz vernichten will, wird aber nicht dazu kommen, denn wahrscheinlich bis auf den Oktober wird Revolution ausbrechen von der unteren Klasse...

Leipzig, den 4. 7. 16.

Es ist jetzt schrecklich. Alles gibt es auf Marken. Fleisch gibt es bald gar nicht mehr zu kaufen. Eine vierköpfige Familie bekommt die Woche 1 1/2 Pfund Fleisch, aber im ganzen gerechnet, mit Wurst und allem. Vor 3 Wochen war hier in Leipzig ein großer Krach. Die Leute haben mehrere Schaufenster eingeschmissen, und die Läden, in welchen Schinken und Fleisch waren, haben sie ausgeräumt. Die Schutzleute haben gar nichts ausrichten können. Dann wurde alles mit berittenem Militär und Schutzleuten abgesperrt. Ein Sohn von einem Geschäft, der gerade hier auf Urlaub war, haben sie so sehr geschlagen, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Dort ist er gestorben. Der Grund war, er soll sehr gemein den Leuten gegenüber gewesen sein. Es ist gar nicht mehr schön...

G... (bei Leipzig), 3. 8. 1916.

Nun, mein lieber guter Männe, vielleicht kommt dies Schreiben in Deine Hände. Ich muß Dir mal die Wahrheit schreiben, wie's in Deutschland zugeht. Du wirst vielleicht schon gehört haben, daß Deutschland nichts mehr zu essen hat, und wirst es nicht glauben, aber es ist schon so. Allerdings, wenn Du die Pakete erhälst, glaubst Du es nicht, aber, mein Lieb, wir haben uns vorgesehen, sonst müßten wir auch mithungern, aber wir dürfen niemand etwas sagen, denn Hunger tut weh! Auch bin ich froh, daß Alfred da ist: der ist auf dem Truppen-Ernäh-

Digitized by Google

rungsamt, der sorgt auch mit. Nun, mein lieber guter Mann, will ich Dir genau schreiben, wie es hier aussieht: also für alles gibt es Marken, nur das S..... ist noch gestattet ohne Marken. Also 1/8 Pfd. Butter auf den Kopf, für die ganze Woche (meistens gibt es keine). 3 Pfd. Kartoffeln. 3 Pfd. Mehl oder Brot. 50 g Margarine oder Fett alle 14 Tage. 150 g Fleisch oder Wurst die ganze Woche (es gibt immer weniger). Reis, Gries, Graupen, Seife gibt es nicht mehr. Überhaupt alles ist alle. Nur noch Marmelade im ganzen Staate. Die Leute stehen schon nachts um 2 Uhr auf, und stellen sich hin. Wer früh um 7 Uhr kommt, kriegt einfach nichts mehr. Straßenlang stehen jeden Tag die Leute an den Läden, vielleicht 500 Frauen und davon bekommt der 4. Teil nur etwas. Zumal an der Markthalle, die Schutzleute bekommen Keile. Und nun noch die Hauptsache: jetzt war bei uns die reine Revolution, in der .... straße bis zu .... sind die Schaufenster eingehauen worden; bei .... fing es an, alles ist geplündert worden, die Leute schrieen Hunger, Militär ist aufgezogen, die ganze Schutzmannschaft ist immer auf den Beinen, geschossen ist auch worden, natürlich gibt es hierauf schwere Strafen, jetzt ist wieder etwas Ruhe eingetreten, wer abends um 9 Uhr mit noch jemand zusammen steht, wird abgeführt, es herrscht große Strenge. Aber am Rathaus in Leipzig stehen jeden Tag 1000 Menschen und wollen zu essen haben; es ist schauderhaft wie es in Leipzig zugeht, es ist aber auch nur in Leipzig so schlimm, der Rat sorgt nicht genug. Die Einfuhr von Bayern und Preußen ist nicht erlaubt. Die Soldaten, welche auf Urlaub kommen, sagen, draußen gibt es nichts mehr zu fressen, aber hier ist es noch schlimmer. Die ausgetauschten Gefangenen sehen sich erst um, sie sehnen sich alle wieder zurück. Also, mein Lieb, gib Dich drüben zufrieden, denn uns geht es viel schlechter. Die Bauern haben immer noch mehr wie die Städter. Also, mein Lieb, mache Dir um mich keine Sorgen, ich komm schon durch. Wenn es noch schlimmer wird, schließe ich meine Bude zu und gehe nach ..... Also Angst habe ich nicht, ich gehe noch nicht druff. Glaub' mir, ich bin froh, daß Du nicht mehr in der Front mit bist, denn in Verdun geht es schwer zu, die Toten liegen haushoch, aber es ist bald in unseren Händen. Siege haben wir, aber nichts zu fressen. Jetzt müssen wir Kirschkerne sammeln, da wird Öl daraus gezogen. Kartoffeln kosten der Zentner 15 Mk. Fleisch das Pfd. 3 Mk. Wurst dasselbe, Bier 30 Pf. das Liter, Fett das Pfd. 2,75 M. Strumpfbandgummi 2,75 M. Spiritus gibt es schon lange nicht mehr, und so manches, also nur das Wasser ist noch frei, das Bier ist auch sehr teuer. Also nun weißt Du ein bischen etwas. Sei herzlich geküßt von Deiner ....

Chemnitz, den 5. 9. 16.

Lieber Paul.

Ich will dir einmal mitteilen, wie es bei uns aussieht. Du wirst es wohl auch schon gehört haben, wenn andere in dein Lager gekommen sind. Bei uns ist es bald nicht mehr zum Aushalten, wir müßten bald verhungern; Kartoffeln bekommen wir jedes die Woche 3 Pfund; Brot die Kinder 3 Pfund; Fleisch bekommen wir die ganze Woche gar keins, außer Sonnabend 1 Pfund, das soll die ganze Woche reichen und 1/2 Pfund Wurst, Fett kennen wir, schon seit du fort bist, nicht mehr. Butter 1/8 Pfund die ganze Woche, Zucker 1/2 Pfund und alles auf Marken, und jedes Mal ein Paar Stunden anstellen und das andere, was Gemüse ist, können wir nicht bezahlen, das ist alles so teuer, daß das Geld nicht dazu langt. Wir müssen jetzt alle Tage Essen aus der Speiseanstalt holen, wenn ich mit den Kindern um Mittag etwas essen will, da muß ich mich schon um 9 Uhr anstellen, und 12 Uhr gibt es erst etwas zu essen; da hole ich jedes Mal für 1 Mark, da können wir uns satt essen, das ist auch das Ganze, was man hat, denn sonst haben wir nur Honig, da gibt es auch bald keinen mehr; was wir dann essen sollen, das wissen wir noch nicht. Bei uns war auch bald einmal Revolution ausgebrochen, da haben die Leute schon die Fensterscheiben eingeschlagen und alles rausgeholt; es ist ihnen aber schlecht bekommen, denn da waren es meistens Frauen, die haben sie alle eingesteckt, sie

Digitized by Google

haben auch schon ihre Strafe bekommen; du weißt doch, wie Ida, wegen Landfriedensbruchs, so sind auch die Frauen bestraft; sie haben alle 7 Monat bis zu einem Jahr bekommen, aber ich bin froh, daß ich nicht mit war, denn sie haben es alle aus Hunger getan; es war ein Sonnabend. Sonntag war es noch viel schlechter, da sind die Ulanen mit den Pferden in die Leute geritten, die anderen Soldaten mit aufgepflanztem Gewehr, haben die Leute auseinandergejagt, da haben sie auch geschossen, aber es gab noch keine Toten. Da kannst du dir kein Bild machen, wie es bei uns zugeht; es ist halbe Hungersnot bei uns. Mit dem Kriege ist es noch nicht am Ende, sie sprechen wohl alle davon, daß es bald alle sein soll, aber es sieht noch nicht so aus, aber es steht jetzt auf dem Höhepunkte, jetzt geht es haarig her, es wird auch bald Zeit, daß der Mist ein Ende nimmt, daß ihr bald wieder zu Hause kommt. Lieber Paul, ich habe dir nur ein bischen geschrieben, wie es bei uns ist, denn die Männer wollen alle nicht wieder auf Urlaub kommen, weil es nichts zu essen gibt; sei du froh, daß du gefangen bist, da hast du wenigstens etwas zu essen . . .

Der französische Zensor faßt seinen Eindruck so zusammen: „Die wenigen, meistens an Offiziere gerichteten Briefe aus bürgerlichen, gutsituierten Kreisen lassen eine zwar im Abnehmen begriffene Zuversicht auf den Gang der Ereignisse, eine gewisse Entschlossenheit zum Durchhalten erkennen. Die anderen in sehr hohem Prozentsatz stehenden Briefe, und zwar alle Briefe aus Proletarierkreisen, enthalten ein solches Maß von Entmutigung, von Elend und teilweise von Verzweiflung, daß deren Äußerungen sogar der deutschen Zensur über den Kopf zu wachsen scheinen." Und der feindliche Generalstab verwendet diese „Beweise" von deutscher „Verzweiflung" in photographischer Vervielfältigung in doppelter Weise: einmal indem er jene Briefe durch Flieger über deutsche Schützengräben abwerfen läßt, um durch solche Eindrücke die Festigkeit unserer Soldaten zu erschüttern und zu entmutigen — wie wir glauben, ohne Erfolg; sodann indem er die Briefe dem eigenen Volk vorhält, um die eigene Entmutigung und Erschütterung zu beseitigen und die wankende Stimmung zu festigen — wie wir wissen, mit Erfolg. Der französische Zensor kann versichern, daß er vom 20. August bis 10. September v. J. 120 solche Briefe gelesen hat, also sechs täglich. Und die Tatsache, daß jene Briefe zumeist aus den Kreisen kommen, die als „das Volk" bezeichnet werden, sind als Beweis für die gesamte Volksstimmung gewertet.

Wir in Deutschland wissen, daß all das falsch ist; wir wissen, daß wir es schwer haben; aber wir wissen auch, daß jene Darstellungen böse Übertreibungen und völlige Unrichtigkeiten sind, daß weder „Hungerstod" noch „Revolution" uns bedrohen. Auch unsere Feinde, die leitenden Staatsmänner werden das wohl wissen und selbst diesen „Frauenbriefen" nicht allzuviel glauben; aber sie wollen und müssen ihre Völker glauben machen, daß Deutschland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, vor „Hungerstod und Revolution" steht, und daß es für unsere Feinde nur noch kurze Zeit auszuhalten gilt — und Deutschland muß sich auf Gnade und Ungnade ergeben! Wir wissen, daß die Ententeleiter den Mut zu ihrer leichtfertigen Ablehnung des deutschen Friedensangebotes auch aus dieser Hoffnung und Rechnung geschöpft haben: Deutschland sei bald am Ende! Da sind jene Briefe ein willkommenes und wirksames Mittel geworden.

Digitized by Google

Unsere Frauen haben in diesem Krieg Wunderbares geleistet — im Schaffen wie im Dulden, und keine jener Briefschreiberinnen hat daran gedacht, daß ihre übertreibenden Klagen den Feind erreichen. Aber sie müssen es jetzt wissen — und jede mag und muß bei jedem Wort daran denken, daß der Feind darauf lauert, daraus seine Waffe zu schmieden — gerade gegen die, deren Wohl ihre Sorge ist.

Streiflichter zur Weltlage I

(15. Januar 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

Das Ende des alten Jahres hat uns den entscheidenden Erfolg von Rimnicul Sarat gebracht, durch den die russisch-rumänische Front der östlichen Walachei durchbrochen ward und die überwältigenden späteren Erfolge unserer Waffen, die den Feind über den Sereth warfen, eingeleitet wurden. Der glorreiche Feldzug der 9. Armee hat in bewunderungswürdiger Weise die genialen Pläne unseres Großen Generalstabes verwirklicht und eine politische und militärische Lage geschaffen, die nicht nur zermalmt hat, was an rumänischer Widerstandskraft noch übrig war, sondern auch ihren russischen Helfern die höchste Sorge um den eigenen Besitzstand in Südrußland: Beßarabien und die Ukraine erregte. Odessa und Kiew stehen in Kriegszustand, und zu dem bunten Völkergemisch, das die Armee darstellt, ist jetzt noch der Schwarm der flüchtenden Rumänen gekommen.

Aber welche Summe bedeutsamer Ereignisse drängt sich in die Spanne Zeit zusammen, die zwischen Rimnicul Sarat und der Flucht über den Sereth liegt! Am 30. Dezember fand die Königskrönung Kaiser Karls und der Kaiserin in Budapest statt. Die nächsten vierzehn Tage brachten die Neubesetzung der wichtigsten Ministerposten in Österreich und Ungarn. Am 2. Januar überreichte der schweizerische Gesandte dem Staatssekretär Zimmermann die endlich fertiggestellte Antwortnote der Entente auf unser Friedensverhandlungsangebot. Wie wir jetzt durch den „Manchester Guardian“ erfahren, ist ihr Text in russischer Sprache entworfen worden, daraus in schlechtes Französisch und schließlich in noch schlechteres Englisch übersetzt worden. Sollte das, wie wir nicht bestreiten wollen, richtig sein, so hätten wir entweder in Herrn Pokrowski, dem russischen Minister des Auswärtigen, oder in Herrn Iswolski den Verfasser des Textes zu suchen, wobei offen bleibt, von wem die schlechten Übersetzungen stammen. Man hat keinen Augenblick daran gedacht, diese Ablehnung der zehn „zur Verteidigung der Freiheit der Völker“ verschworenen Mächte durch eine neue Note zu beantworten, das schloß Ton und Inhalt dieser russisch-französisch-englischen Kundgebung aus. Der Krieg nimmt seinen Fortgang. Nicht um einen Tag haben die Operationen unserer Heere und hat die Arbeit in unseren Werkstätten gestockt. Schon am 6. konnte der Bericht des Großen Hauptquartiers melden, daß kein Russe mehr in der Dobrudscha stehe. Braila wurde eingenommen und Galatz beschossen. Am 7. zogen wir in Fokşani ein, jetzt stehen wir an der

Digitized by Google

Mündung des Sereth. Inzwischen aber waren die Häupter der Entente beschäftigt, die Fassung auszuklügeln, die sie ihrer Entgegnung auf die Note des Präsidenten Wilson geben mußten.

Die umgehende Antwort, die wir der Wilson-Note gegeben hatten, war ihnen sehr unbequem. Ihr ursprünglicher Entwurf erwies sich als unbrauchbar, und durch den Wortlaut der Antwort, die sie uns hatten zugehen lassen, waren ihnen die Hände gebunden. Die drei großen Schlagworte „sanctions, réparations, garanties" mußten inhaltlich wiederholt und erklärt werden. Erst am 10. Januar waren sie so weit, daß Herr Poincaré dem amerikanischen Botschafter Sharp die Antwort überreichen konnte.

Nach einer quasi historischen Einleitung, die an unverfrorener Verkehrung der Wahrheit in ihr Gegenteil ihresgleichen nicht hat, und nur noch durch die brutale Grobheit der Formulierung überboten wird, tritt die Antwort der Entente mit der Angabe hervor, was sie unter Wiedergutmachung (sanctions), Rückerstattungen (réparations) und Bürgschaften (garanties) versteht, also mit ihren Friedensbedingungen. Im 2. Heft dieser Zeitschrift hat Professor Dr. Jäckh diese Forderung, die kurz gefaßt die Vernichtung Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens voraussetzt, analysiert und nachgewiesen, daß die jenen Forderungen zugrunde liegenden Gedanken, auf England, Rußland, Frankreich und Italien übertragen, diese Staaten selbst in eine lange Reihe unabhängiger Bestandteile zerlegen würden. Ein Stockholmer Blatt bemerkt im Hinblick auf den ungeheuerlichen Inhalt der Note, sie müsse wohl aus einem Lande stammen, in welchem das Dämonische und Verrückte einen zu großen Spielraum hat! Welches aber die Gesinnung ist, die hinter den Komplimenten steht, mit denen die Note den Präsidenten Wilson und das amerikanische Volk bedenkt, das zeigt ein von Henri de Varigny gezeichneter Artikel im „Journal des Débats" vom 11. Januar 1917, der folgendermaßen anhebt:

„Nachdem die Amerikaner im Licht der Ereignisse der jetzigen Zeit erkannt zu haben glaubten, daß, um sich den Frieden zu erhalten, es nicht genügt, daß ein Volk pazifistische Aufrufe blökt, die ebenso kindisch wie entehrend sind, und jeden Schimpf hinnimmt, um nach jeder Ohrfeige die andere Backe zu reichen und dankend weitere Schläge zu empfangen, nachdem sie festgestellt haben, daß Humanität eine Atrappe für Dummköpfe und Brüderlichkeit der Völker ein Scherz ist, den man zum Überdruß gehört hat (une plaisanterie fatiguée), sind sie zur Erkenntnis gelangt, daß, wenn man alles erwägt, das beste Mittel, den Greueln des Krieges zu entgehen, darin zu finden ist, daß man stets vollkommen bereit ist, denjenigen mit Krieg zu überziehen, der Miene macht, die Kriegsfurie zu entfesseln." Offenbar ist der Vordersatz dieser langen Periode direkt gegen den Präsidenten Wilson gerichtet, während der Nachsatz und die ganze spaltenlange weitere Ausführung Varignys den bekehrten Wilson feiert, der den Präventivkrieg gegen kriegslustige Völker predigt, die nicht den Vorzug haben, Amerikaner zu sein!

Digitized by Google

Doch wir wollen bei diesem Spiel der offiziellen und nichtoffiziellen Vertreter der Ententepolitik uns nicht länger aufhalten. Sobald der offizielle Text der Antwort feststand, die Mr. Sharp dem Präsidenten übermittelt hat, ließ Kaiser Wilhelm seinem Aufruf an Heer und Marine einen Aufruf „An das deutsche Volk" folgen. Was er uns zurief, hat sich in unser aller Herzen tief eingegraben. Den Sieg, an den wir glauben, werden wir mit Gottes Hilfe auch erkämpfen mit allen Kräften unseres Volkes und denen unserer Bundesgenossen, denen wie uns mit dem Joch gedroht wird, das England und seine Gefolgsleute der Welt auferlegen wollen. Mit welchen Mitteln sie dieses Ziel erreichen wollen, darüber haben in der Zeit vom 7. bis zum 9. Januar in Rom Briand, Lyautey, Thomas, als Vertreter Frankreichs, Lloyd George, Lord Milner, General Robertson für England, mit Boselli, Cadorna und den anderen Italienern und mit dem General Golitzyn für Rußland beraten. Wahrscheinlich ist dort die endgültige Fassung der für Wilson bestimmten Note genehmigt worden. Engländer und Franzosen trafen bereits am 5. ein, erst am 7. Sarrail aus Saloniki. Man hat wie stets über die bisher noch niemals verwirklichte Einheitlichkeit der Kriegführung gesprochen, nicht näher feststehende Differenzen mit Italien, so gut es gehen wollte, ausgeglichen und endlich das dritte Ultimatum an Griechenland formuliert. Das erste datierte vom 14. Dezember, das zweite vom 31., das dritte trägt das Datum des 9. Januar. Am 11. hat König Konstantin sich gefügt und die unerhörten Forderungen des Ultimatums zu erfüllen sich bereit erklärt. Trotzdem gibt die Entente sich nicht zufrieden; sie wird die Blockade, die Griechenland auszuhungern droht, fortsetzen, bis sie sich überzeugt hat, daß alles erfüllt sei, was sie verlangt. Die französischen Zeitungen machen aus ihrem Mißtrauen kein Hehl. Auch ist das eine, was sie vor allem erreichen wollten, nicht geschehen. Griechenland schließt sich ihrem Krieg gegen die Zentralmächte nicht an, es bleibt neutral, und es steht auch nicht unbedingt fest, ob Sarrail Verstärkungen zur Fortsetzung des Kampfes in Mazedonien erhalten wird oder ob er, wie die Engländer aus Gallipoli, einen unrühmlichen Rückzug antreten wird. Es gibt heute kaum einen Wunsch, der einmütiger gehegt wird, als der, daß, nachdem unsere Feinde so zynisch vor aller Welt ihre Kriegsziele bloßgelegt haben, auch wir nunmehr, da es sich um Sein oder Nichtsein handelt, alle Schonung fahren lassen und den U-Bootkrieg mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln in voller Rücksichtslosigkeit führen. Wir sehen auch keinen Grund ein, weshalb wir nicht schon jetzt den Wunsch der Vlamen erfüllen sollten, der schon am 27. Oktober 1914 von der national-vlämischen Bewegung und danach am 17. Oktober 1915 in dem Manifest der 52 Vertreter aller Gaue des vlämischen Landes kundgetan worden ist. Was sie wünschen, ist, daß noch in währendem Kriege die vlämischen Bestandteile Belgiens (Ost- und Westflandern, Antwerpen, Limburg, Vlämisch-Brabant mit Brüssel, die Strecken um Landen, Edingen und alle zum Wallonenlande gehörenden vlämischen Gemeinden, sowie die Umgebungen von Bolle, Hazebroek und Dünkirchen) zu einem selbständigen vlämischen Staatswesen

Digitized by Google

„Groß-Flandern" zusammengefügt und dem Deutschen Reich angegliedert, nicht eingegliedert werden, in militärischer und wirtschaftlicher Verbindung mit demselben. Ein erster Schritt ist ja bereits durch Gründung der vlämischen Universität Gent geschehen, das Beispiel, das die Proklamierung des Königreichs Polen bot, bringt dieses vlämische Programm unserem Denken und unseren Interessen besonders nahe. Ist doch eine Stärkung des germanischen Blutes im Hinblick auf die prinzipielle Feindseligkeit der von Engländern und Russen geführten romanischen Staaten nicht nur erwünscht, sondern im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeiten der Zukunft zu einer Notwendigkeit geworden.

Der Eindruck, den die Periode des Notenkrieges, der unserem Friedensangebot folgte, auf die neutralen Staaten in Europa hinterlassen hat, kann als uns entschieden günstig bezeichnet werden. Sogar in Norwegen und Dänemark gewinnt eine Strömung an Boden, die von den Sympathien für die Entente abrückt. Holland, Schweden, die Schweiz machen aus ihrer Verurteilung der Note, mit der die „Alliierten" den Fühler Wilsons beantwortet haben, kein Hehl und dasselbe darf von Spanien gesagt werden, trotz der Verwandtschaft des Königs mit England und trotz der Zugehörigkeit der Nation zum romanischen Sprachstamm.

Wir sind zudem überzeugt, daß die innere Entwicklung in den uns feindlichen Staaten je länger je mehr eine Lage ausreifen läßt, die uns zugute kommen muß. Die Diktatur, die Lloyd George jetzt in England ausübt, wird so lange währen, als er Erfolg hat. Bisher aber hat seine Energie keine anderen Früchte gezeitigt, als große Worte, die nicht einmal den Anspruch erheben können originell zu sein. Es sind die abgebrauchten Phrasen, die wir während dieses Krieges so oft gehört haben, und Pläne, die großartig scheinen, so lange sie auf dem Papier bleiben, deren Wert aber erst die Prüfung der Ausführung bestehen muß. Die Agitationsrede, die er am 11. Januar in Guildhall hielt, war inhaltlich ebenso dürftig, wie die seiner Helfer Bonar Low und Mc Kenna, und ist in den großen Finanzblättern Englands entsprechend gewürdigt worden. Die „Financial News" schlagen vor, die neue Anleihe, die größte, die England je aufgelegt hat, und die im wesentlichen durch frühere Emissionen gedeckt werden soll, die „Kriegs- bis aufs Messer-Anleihe" zu nennen, offenbar eine Anlehnung an die „Siegesanleihe" der Franzosen, die bekanntlich alles andere, nur nicht einen Sieg gebracht hat. Zum 25. Februar hat Lloyd George die großen Dominien zu einer Reichskonferenz berufen, aber es ist doch zweifelhaft, ob sie den Krieg- bis zum Messer-Enthusiasmus des Diktators werden mitmachen wollen. In bezug auf Kanada, Neuseeland und Australien scheint es zweifelhaft zu sein und absolut sicher ist nur, daß die Misera contribuens plebs der englischen Dependenzen nach wie vor ihren Tribut an Blut und Gold wird entrichten müssen.

In Frankreich, wo Briand gern die Rolle spielen möchte, die Lloyd George in England zugefallen ist, hat die Kommission der Kammer den Antrag Briands als ver-

Digitized by Google

fassungswidrig abgelehnt, ihm das Recht zu übertragen, Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen. Überhaupt erscheint es uns zweifelhaft, ob er sich noch lange in seiner Stellung wird behaupten können. Man ist in Frankreich allmählich durch den Eindruck der Tatsache nervös geworden, daß das wesentlichste Ergebnis der Kämpfe an Ancre, Somme und Maas die Zerstörung belgischer und französischer Städte und Dörfer durch englische und französische Geschütze ist, und dann sehnt man sich danach, endlich einmal neue Namen und neue Gesichter an der Spitze der Geschäfte zu sehen. Man sucht den „Retter", der das große Wunder des Sieges verwirklichen soll, das seit 2½ Jahren tagtäglich angekündigt wird.

Wir schließen mit einem Blick in die Verhältnisse, die sich inzwischen auf russischem Boden abgespielt haben. Die militärischen Mißerfolge in den Waldkarpathen, der Walachai und Dobrudscha haben einen verhältnismäßig geringen Eindruck auf die russische Gesellschaft gemacht. Das alles liegt von Petersburg und Moskau weit weg. Dagegen erregte es in Petersburg eine wahre Panik, als falsche Nachrichten über die Kämpfe an der Düna einliefen. Es war, als seien unsere Truppen bereits auf dem Wege nach Petersburg. Ebenso schnell beruhigte man sich aber wieder, denn das allgemeine Interesse ist weit mehr den inneren als den auswärtigen Fragen zugewandt. Man stand unter dem Eindruck der stürmischen Debatten der letzten Dezembertage, die lebhaft an den Sturm erinnern, der die Revolution vor 10 Jahren begleitete. Die Veranlassung hatte das Verbot der Semstwo und Städtekongresse, der Adelsversammlungen und der wissenschaftlichen Veranstaltungen in Moskau und Petersburg gegeben. Das Gewitter entlud sich über den Häuptern der Minister: Trepow und Protopopow, der vom Zaren neuerdings wieder besonders ausgezeichnete frühere Ministerpräsident Stürmer wurden schonungslos abgekanzelt, und nebenher ging der Angriff auf den Einfluß „dunkeler Mächte", womit Rasputin (was übrigens ein Spitzname ist, und der Ausschweifende, Brünstige bedeutet) und seine Beschützer und Anhänger gemeint waren. Zu den russischen Weihnachten war der Zar aus dem Großen Hauptquartier im Süden nach Zarskoje Selo zurückgekehrt. Eine Audienz, die er am 1. Januar dem Minister des Innern Protopopow gewährte, der ihm offenbar über die Vorgänge in der Duma und über das auf seine Initiative erfolgte Verbot der erwähnten Moskauer und Petersburger Versammlungen Bericht erstattete, auch die mit dem Sturz von Ssuchomlinow in Zusammenhang stehenden Prozesse Rubinstein und Manassewitsch-Manuilow, deren Unterdrückung den Rücktritt des Justizministers Makarow zur Folge hatten, mußten zur Sprache gekommen sein. Der Ausgang dieser Audienz war für Protopopow sehr günstig, seine Stellung wurde fester als je. An Makarows Stelle wurde Dobrowolski zum Justizminister ernannt. Schon vorher war Ssasonow, den Herr Buchanan nachdrücklich begünstigt, zum Vorsitzenden der russisch-englischen Handelskompanie ernannt worden, auch daß der Zar ihn als Mitberater in auswärtigen Angelegenheiten Herrn Pokrowski an die Seite stellte, scheint auf den

Digitized by Google

gleichen Einfluß zurückzugehen. Aber es muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß es nicht möglich ist, die einzelnen Ereignisse mehr als annähernd richtig zu datieren, da der Tag der Ernennung der höchsten Beamten meist vor der Mitteilung in der Presse, geschweige denn vor dem Bekanntwerden im Auslande liegt. So haben wir erst am 5. Januar von der Ernennung Dobrowolskis zum Nachfolger des Justizministers Makarow erfahren, sie ist aber ohne Zweifel schon früher erfolgt. Wir können auch nicht mit Sicherheit feststellen, ob die politisch überaus wichtige Ermordung Rasputins am 1. Januar oder am letzten Dezember stattfand, bekannt wurde die Tatsache bei uns erst am 8. Januar[1]. Wahrscheinlich ist dieser schmutzige Heilige einer privaten Rache zum Opfer gefallen. Ob aber wirklich der Fürst Jussupow und seine Gemahlin, die eine Nichte des Zaren ist, bei dieser Tragödie direkt oder indirekt eine Rolle gespielt haben, ist zweifelhaft geworden. Die letzteingetroffenen Nachrichten wollen wissen, daß Rasputin als Opfer von russischen Patrioten gefallen sei, die das Reich von der Schmach seiner unsauberen und zugleich politisch einflußreichen Tätigkeit befreien wollten. Französische Zeitungen melden, in Petersburg habe man sich bei der Nachricht von Rasputins Tode umarmt und beglückwünscht. Es muß ein Straßenbild gewesen sein, wie nach der Ermordung Kaiser Paul I. Aufrichtig beklagt wird Rasputin wohl nur in gewissen Salons der Residenz und von der Zarin werden, die dem Einfluß Rasputins eine heilsame Wirkung auf die Gesundheit des Großfürsten-Thronfolgers zuschrieb. Daß der Mann hypnotische Wirkungen erzielte, scheint in der Tat festzustehen und mag mit dazu beigetragen haben, ihm so viele weibliche Opfer zuzuführen. Die „Rjetsch“ vom 2. Januar bringt eine ausführliche Biographie des Mannes, die jedoch seine Beziehungen zum Zarenhause völlig verschweigt, während sie sonst an ungenierter Offenheit kaum übertroffen werden kann. Die religiösen Theorien, durch die er wirkte, erinnern an Gebräuche der Sekte des Chlysty, der Tänzer, und führten zu ähnlichen sinnlichen Ausschreitungen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß Rasputin, der einige Jahre eifrig religiöse Schriften gelesen hat, die Rechtfertigung seines unerhörten Treibens aus den Schriften russischer Sektierer schöpfte. Wie dem auch sei, daß er eine große politische Rolle gespielt hat, ist eine unbestreitbare Tatsache und ebenso, daß er in Petersburg eine Lücke zurückläßt, die ausgefüllt werden wird. Nach Rasputins Tode hat es einige Zeit keine großen Sensationen gegeben. Darnach erfolgte der unerwartete Sturz des Ministerpräsidenten Trepow (wahrscheinlich am 10. Januar) und gleichzeitig die Entlassung des Unterrichtsministers Ignatiew. An Stelle des ersteren trat der Fürst Dmitri Petrowitsch Golitzyn, Mitglied des Reichsrats und Senator, bisher als Leiter an den Institutionen der Kaiserin Maria Feodorowna tätig, und als entschiedener Reaktionär bekannt, Ignatiew wurde durch den Kurator der Universität Petersburg Kulschitzki ersetzt, der ebenfalls als entschiedener Absolutist gilt. Am 15. endlich wurde bekannt, daß der frühere Justizminister

[1] Aus den neuesten russischen Zeitungen ergibt sich, daß Rasputin am 31. Dezember ermordet wurde.

Digitized by Google

Schtscheglowitow, der einst von der Duma gestürzt wurde, zum Präsidenten des Reichsrats ernannt worden ist. Die Duma aber ist bis zum 25. Januar russischen Stils vertagt, und es ist fraglich, ob eine weitere Vertagung nicht folgen wird. Das alles gibt doch ein erstaunliches Bild von der Zerrüttung Rußlands, zeigt aber zugleich, daß der englische Einfluß nicht mehr in früherer Weise vorherrscht. Was fest steht, ist der sichtliche Entschluß des Zaren, in den leitenden Stellungen niemanden zu dulden, der nicht Gegner jeder Einwirkung der Volksvertretung oder gar der Landschafts- und Städtevertretungen ist. Man wird die Folgen dieses Regiments abwarten müssen. Das russische Volk ist geduldig, ob so geduldig wie Nikolaus II. annimmt, ist freilich nicht sicher.

Die Vereinigten Staaten und die Freiheit der Meere

Von Professor Dr. Thomas C. Hall

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten ist von Anfang an überwiegend eine Handelsentwicklung gewesen. Selbst der Boden wurde hauptsächlich nur bebaut, um Tauschgegenstände zu gewinnen. Einen Bauernstand gibt es in den Vereinigten Staaten nicht, und sobald die aus Europa eingewanderten Bauern in der neuen Heimat Fuß gefaßt haben, hören sie auch meistens auf, Bauern zu sein, und werden in dem Strome der Handels- und industriellen Entwicklung mit fortgerissen. Man mag es bedauern und hätte wohl einen ruhigeren, beständigeren Werdegang für das Volksleben vorgezogen, an der Tatsache jedoch läßt sich jetzt kaum noch etwas ändern. Eine Hochzollpolitik hat noch dazu ein fieberhaftes industrielles Leben hervorgerufen, das gänzlich von der massenhaften Anfertigung von Waren abhängig ist. Infolge dessen sind die Vereinigten Staaten immer von neuem gezwungen worden, weitere Ausfuhrgebiete zu suchen und gegebenenfalls sogar im Kriege zu erobern. Es ist geradezu lächerlich, wenn sich Amerika als eine Art Friedenstaube aufspielen möchte. Ohne etwas Abenteuerliches im Blute zu haben, wandern die meisten Menschen nicht von ihrer Scholle aus, und Kriegslust und Abenteuerdrang sind Zwillinge! Das Deutsche Reich hat vierundvierzig Jahre keinen Krieg geführt, die Vereinigten Staaten haben nie ein Menschenalter durchlebt, ohne einen größeren Krieg zu führen, abgesehen von allen möglichen kleinen Kriegen, wie mit Frankreich, Marokko, Japan, China und den Indianern. Infolge der Handelsentwicklung hat die Bevölkerung von Nordamerika dreimal angefangen, eine Flotte zu bauen, und dreimal hat England diesen heranwachsenden Nebenbuhler gewaltsam und rücksichtlos vernichtet. Das erstemal hat die Unterdrückung allerdings England den größeren Teil seiner nordamerikanischen Kolonien gekostet; aber es ist trotzdem eine Frage, ob England nicht doch sein Hauptziel erreicht hat, denn nach dem Befreiungskriege blieb von der amerikanischen Handelsflotte nicht viel übrig, und das war eben für England die Hauptsache.

Digitized by Google

Kaum waren die Kolonien selbständig geworden, so fingen sie wieder an, eine zweite Handelsflotte zu bauen, und die Folge dieses Versuchs war der zweite Krieg mit England im Jahre 1812, und wieder ist es England gelungen, obschon es den Krieg nicht gewinnen konnte, die Handelsflotte gänzlich zu vernichten. Dann wurden die großen Ländereien im Westen von Amerika erschlossen, und eine Zeitlang waren die Kräfte und die Unternehmungslust der amerikanischen Bevölkerung dadurch völlig in Anspruch genommen; dann aber fing man zum drittenmal an, eine Handelsflotte zu bauen, und noch einmal benützte England die Gelegenheit des Bürgerkriegs, um die neue, kräftige, junge Flotte gänzlich zu beseitigen. Später hat England zwar die lumpige kleine Summe von ungefähr fünfundeinhalb Millionen Dollars für diese Vernichtung bezahlen müssen — aber die Flotte war hin!

Nach dem Bürgerkriege wurden die großen Eisenbahnverbindungen von New York nach San Franzisko in Angriff genommen, und nachdem im Jahre 1870 die beiden Küsten verbunden waren, hatte man wieder eine Zeitlang mit dem neuen Handel alle Hände voll zu tun, und Kapital und Volkskraft fehlten, um zum viertenmal eine neue Flotte anzufangen, um so mehr, als Deutschland vom Jahre 1870 an den Amerikanern große Erleichterung gegenüber dem drückenden englischen Schiffahrtsmonopol verschaffte und durch seinen Wettbewerb England zwang, bessere Beförderungszustände einzuführen. Der Weltkrieg ist leider noch nicht zu Ende, aber eins steht schon fest, daß weder Deutschland noch seine Handelsflotte vernichtet werden können, und die Zeit nach dem Kriege wird einen neuen und nie dagewesenen Wettstreit zwischen England, Deutschland, Japan und den Vereinigten Staaten erleben. Das Kapital ist jetzt in Amerika vorhanden und die Zeit ist wiedergekommen, wo die Handelsbedürfnisse der Vereinigten Staaten nach China und Südamerika, nach den westindischen Inseln wie nach Europa hin eine Flotte ins Leben rufen müssen. Wieder einmal wird die Freiheit des Meeres ein Gegenstand dringenden Verlangens für die Vereinigten Staaten werden, und England, anstatt die ihm lästig gewordene wirtschaftliche Bedrohung durch Deutschland los zu sein, wird sich nur noch zwei neue Konkurrenten dazu auf den Hals geladen haben, nämlich Amerika und Japan. Schon weint Lord Roseberry Krokodilstränen über diese traurige „wirtschaftliche Verschwendung". Schon schimpfen die englischen Zeitungen über das Schlagwort „Freiheit des Meeres" und behaupten, es wäre „made in Germany" (in Deutschland gemacht) und ganz gedankenlos in Washington angenommen. Durch Schimpfereien wird aber nun dieses unzweifelhaft geschichtliche Ergebnis nicht aus der Welt zu schaffen sein. Von diesen Mitbewerbern Englands hat keiner ein Interesse daran, ein imperialistisches Monopol nach englischer Art aufzurichten, und zwar aus geographischen Gründen nicht. Deutschland wird nie imstande sein, durch seine Seemacht das Stille Meer zu beherrschen, selbst wenn es das wollte. Japan wird auch nie imstande sein, im Atlantischen Meere eine große Rolle zu spielen, und die Vereinigten Staaten werden nie das Gefühl haben, welches

Digitized by Google

das ganze englische politische Leben beherrscht hat und noch beherrscht, daß ein Weltmonopol auf dem Meere für sie eine Lebensbedingung sei; im Gegenteil, Wettbewerb und die dazu gehörigen niedrigen Frachtsätze werden den amerikanischen Fabrikanten willkommener sein, als ein solches teueres Monopol. Die neutralen Staaten haben auch die Kriegszeit benützt, um ihre Handelsbeziehungen zu stärken, und sie werden auch künftig eine viel größere Rolle spielen, als vor dem Kriege. Es wird auch anzunehmen sein, daß Österreich-Ungarn einen steigenden Anteil an der immer größer werdenden Balkan-Ausfuhr nehmen wird, und im Anfang jedenfalls wird die österreichische Kriegsflotte dem Balkanhandel den nötigen Schutz gewähren. Der italienische Traum von überseeischer Ausdehnung ist auf unabsehbare Zeit ausgeträumt; und die Adria und das Mittelländische Meer werden immer stärker unter den Einfluß der Mittelmächte kommen. Die Freiheit des Meeres wird in zunehmendem Grade einen gemeinsamen Vorteil für alle Staaten bedeuten, die zwar von Englands Gunst oder Ungunst abhängig sein sollen, aber doch nicht imstande sind, allein gegen England zu kämpfen. Ob die Vereinigten Staaten es wollen oder nicht, sie werden mit der Zeit gezwungen sein, an der Seite Deutschlands für ein freies Meer zu kämpfen. Englands Begeisterung für einen Weltfriedensbund, um den ewigen Frieden zu sichern, wird sich stark abkühlen, sollte Deutschland mit ungeschwächter Kriegs- und Handelsflotte aus dem Weltkrieg hervorgehen. Die Northcliffe-Presse macht schon jetzt kein Hehl daraus, daß, wenn es England nicht gelingen sollte, die deutsche Flotte zu vernichten, der Krieg für England verloren und alle Opfer vergeblich gebracht sein würden. Was England mit einem Weltfriedensbund wollte, war, den Status quo (gegenwärtigen Zustand) festzulegen, denn in diesem Falle wäre sein Seemonopol für alle Zeiten gesichert; aber eine Hauptbedingung dieses Friedensweltbundes wäre die vorherige Vernichtung des deutschen Wettbewerbs.

Die Vereinigten Staaten haben mit dem Boden eine förmliche Raubwirtschaft getrieben. Die Wälder sind rücksichtslos abgeholzt, die Felder ausgesogen, die natürlichen Schätze des Landes, wie Kohlen, Öl, Kupfer usw., an Privatgesellschaften ausgeliefert worden, die nur an augenblicklichen Gewinn denken. Nach und nach wird eine Änderung eintreten, und eine sorgfältige Bebauung des Bodens wird wohl für den Bedarf an Lebensmitteln Sorge tragen, aber vorläufig geht die Lebensmitelerzeugung im Verhältnis zu der zunehmenden Bevölkerung zurück, und die Folge macht sich in einer beständig größer werdenden Teuerung besonders in den Städten sehr fühlbar. Diese Teuerung macht eine Lohnerhöhung nötig, und um die zu erzwingen, sind Arbeiterausstände und allerhand kostspielige Arbeitsbewegungen immer an der Tagesordnung. Rastlos muß dann weiter gearbeitet werden, um diese Verteuerungen wett zu machen, und es müssen neue Ausfuhrgebiete für die erzeugten Waren gefunden werden. Erst nach dem Weltkriege wird der Wettstreit vermutlich seine schärfste Form annehmen, und es wird sicherlich eine große Umwälzung in der Frachtbeförde-

Digitized by Google

rung eintreten. Der Panamakanal wird eine große Handelsflotte für die Frachtbeförderung von der Ost- bis Westküste Amerikas möglich machen, und für den Schutz dieser Flotte bauen die Vereinigten Staaten schon jetzt eine mächtige Kriegsflotte. Eine Verständigung zwischen Deutschland, Japan und den Vereinigten Staaten wird unausbleiblich werden, und diese wird um so leichter sein, weil die englische Flotte auf zwei oder drei Jahre durch Verluste, Abnützung und Beschlagnahme für Truppenzurückbeförderung lahmgelegt sein wird. England wird nicht imstande sein, wie bis jetzt, seinen Willen gewaltsam durchzusetzen.

Der Verfasser gehört nicht zu denjenigen, die einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan für unbedingt sicher halten. Reibungsflächen gibt es wohl genug, aber obschon Japan vorläufig den Vereinigten Staaten militärisch überlegen ist, weiß es doch ganz genau, daß es wirtschaftlich den Kampf mit Amerika nicht aushalten könnte. Es ist sogar viel wahrscheinlicher, daß die Vereinigten Staaten die Philippinen an Japan verkaufen und dafür eine Sicherung der offenen Tür in China bekommen, und damit auch eine Verständigung über das freie Meer. Hierbei muß die deutsche Diplomatie sorgen, daß auch Deutschland hier berücksichtigt wird und seine Handelsansprüche nicht gänzlich vergessen werden. In den kommenden sehr schwierigen Friedensverhandlungen wird die Abrechnung mit Japan und den Vereinigten Staaten eine der allerschwierigsten sein. Es liegt nicht im Interesse Deutschlands, daß Japan China völlig beherrscht, und es liegt ebensowenig im Interesse der Vereinigten Staaten. Das freie Meer, einige freie Häfen und der freie Wettbewerb werden die beste Lösung sein. Hier ist auch die Grundlage gegeben für eine Verständigung unter den genannten Staaten, die das englische Monopol wohl beseitigt, aber den Weltfrieden gerade deswegen näher bringt.

Vorläufig hat die Stellungnahme der einflußreichen Kreise für die Alliierten das amerikanische Volk gänzlich verblendet. Die amtlichen Proteste Washingtons gegen die völkerrechtlichen Übergriffe Englands sind aber doch nicht bloß weggeworfenes Papier, wie man in Deutschland allgemein annimmt, sondern sie bilden die Grundlage für eine Abrechnung mit England, die selbst diese einflußreichen Kreise voraussehen, und die stattfinden wird, ehe die neue Handelsflotte zum vierten Male gefährdet wird. Man hat in Amerika fest geglaubt, daß England bald siegreich und sogar gestärkt aus dem Kriege hervorgehen würde und für alle Übergriffe sofort Entschädigung leisten könnte. Langsam, aber sicher werden die amerikanischen Augen geöffnet. Leise steigt der Zweifel auf, ob England imstande sein wird, die versprochenen Entschädigungen für die Verluste, die durch beschlagnahmte Briefe, unterschlagene Telegramme und abgebrochene Handelsbeziehungen entstanden sind, zu bezahlen. Schon warnen einige alliiertenfreundliche Zeitungen vor den allzuhoffnungsvollen Nachrichten aus London, und in gut unterrichteten Kreisen in Washington sollen schon viele jetzt glauben, daß England höchstens einen unentschiedenen Kampf gekämpft haben wird,

Digitized by Google

und auch den nur mit großen Kosten. Die Warnung der „Reserve-Bank“[1] vor den Schatzscheinen der Alliierten war kein unüberlegter Schritt und war sicherlich nicht nur aus Freundschaft für die Mittelmächte unternommen. Der Friedensvorschlag des Präsidenten Wilson ist auch ein Beweis, daß der Glaube an einen vollen und endgültigen Sieg der Alliierten schwankend geworden ist. Was das für die amerikanische Politik bedeutet, kann nur der sich vorstellen, der die gänzliche Verblendung des amerikanischen Volkes durch die Lügennachrichten der Entente selbst miterlebt hat. Nicht allein die alliiertenfreundlichen Bestandteile der Bevölkerung, sondern auch die Deutschamerikaner, die die deutschfreundlichen Zeitungen täglich lesen, werden unbewußt beeinflußt durch das ewige Siegesgeschrei der Engländer, obschon die Karte am nächsten Morgen nichts von alledem aufzuweisen hat. Selbstverständlich werden die Vereinigten Staaten nach dem Kriege von neuem Umschau halten müssen, und der Vorschlag des Präsidenten Wilson gibt Deutschland die beste Gelegenheit, den gemeinsamen Vorteil — *nein, das gemeinsame Bedürfnis nach einem freien Meere zu betonen*. Die Post muß gesichert werden, die telegraphische Verbindung geschützt, persönliches Eigentum zur See unantastbar gemacht, die ganze Frage der Bannware von neuem einer Untersuchung unterworfen der Begriff eines Hilfskreuzers und der eines „bewaffneten Handelsschiffes“ festgestellt werden. Vorläufig werden alle diese Fragen und viele andere nur nach der Willkür der Northcliffe-Presse beantwortet, und selbst die dauernden Interessen Englands sind über der Kriegshetzerei vergessen worden, weil ein vorübergehender Vorteil in Sicht zu sein schien. Wie ganz anders hätte England die Londoner Erklärung ausgelegt, hätte man den U-Bootkrieg voraussehen können! Das Versenken von Handelsschiffen ist grausam und sollte nicht notwendig sein; es wäre aber zu vermeiden durch weitgreifende Maßregeln gegen die noch größere Grausamkeit einer Hungerblockade. Solche Fragen werden nie unparteiisch entschieden werden können, so lange ein einzelnes Volk den Anspruch erhebt, das Meer zu beherrschen, und jene Fragen nach dem eigenen Vorteil beantworten zu dürfen. Die Freiheit des Meeres ist eine Kulturfrage von der allergrößten Bedeutung, und ihre richtige Beantwortung ist so wichtig, daß, wenn sie durch den Krieg in befriedigender Weise erfolgen sollte, selbst dieser grausame Weltkrieg nicht gänzlich unnütz gewesen sein würde.

[1] Kurz vor dem Kriege wurde in den Vereinigten Staaten eine Art Reichsbank gegründet. Diese Bank kann Papiergeld ausgeben gegen Werte, die von angesehenen Banken als Sicherung hinterlegt und von ihnen garantiert sind.

Digitized by Google

Die französischen Angriffe auf den deutschen Katholizismus und ihre Abwehr

Von Professor Dr. F. X. Seppelt

Die Leser der „Deutschen Politik" werden sich noch des Aufsatzes erinnern (Erster Jahrgang 1916, Heft 18), in dem E. Troeltsch auf den Wert und die Bedeutung des „katholischen Kriegsbuches" hinwies[1]; er bezeichnete es als ein wichtiges Dokument der inneren deutschen Verhältnisse, des Wesens des deutschen Katholizismus, als eine allgemein verständliche, umfassende und grundsätzliche Selbstdarstellung des deutschen Katholizismus, die bislang gefehlt habe. Ähnlich anerkennend lautete das Urteil auch anderer hervorragender protestantischer Gelehrter, wie etwa das Adolfs von Harnack, der in den „Preußischen Jahrbüchern" schrieb, es komme diesem Werke eine bleibende Stelle in der deutschen Geschichte zu. Angesichts dieser gerade auch von nichtkatholischer Seite reichlich gespendeten Anerkennung ist es nicht unbegründet, von diesem Werk günstige Rückwirkungen auf das Verhältnis der christlichen Konfessionen in unserem Vaterland zu erhoffen: denn sonder Zweifel ist dieses katholische Kriegsbuch, hinter dem geschlossen das gesamte katholische Deutschland steht, wohl geeignet, den Nichtkatholiken ein besseres Verständnis des deutschen Katholizismus zu erleichtern und eine gerechtere Beurteilung und Einschätzung desselben anzubahnen, als sie vor dem Kriege des öfteren unter dem Bann mancherlei Vorurteile zum Schaden des konfessionellen Friedens anzutreffen war.

So erfreulich und begrüßenswert das ist, so darf aber doch nicht vergessen werden, daß dies nur eine zunächst nicht beabsichtigte Nebenwirkung ist. Der Hauptzweck bei der Herausgabe des Werkes war ein anderer: es galt, die unerhörten Angriffe des „Katholischen Komitees für französische Werbetätigkeit im Auslande" abzuwehren. Denn die erste größere Veröffentlichung dieses Komitees, das sich selbst rühmte, die Elite der französischen Katholiken darzustellen, und zu dessen hohem Patronat zwei französische Kardinäle und neun Bischöfe gehören, das Buch „La guerre allemande et le catholicisme" — es wurde bald auch eine deutsche Übersetzung verbreitet: Der deutsche Krieg und der Katholizismus — erhob den Anspruch, für die schier unglaubliche Anklage den Nachweis zu erbringen, Deutschland habe diesen Krieg angezettelt um die katholische Kirche und das Christentum überhaupt zu vernichten. Nachdem jetzt ein Jahr seit dem Erscheinen der deutschen Abwehrschrift verflossen ist, läßt sich die damals von Troeltsch in dieser Zeitschrift gestellte Frage, welche Verbreitung und Aufnahme sie gefunden hat, einigermaßen beantworten. Die Abwehrschrift, von der inzwischen eine französische und italienische Übersetzung erschienen ist — weitere Über-

[1] Gemeint ist das Werk: Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg. In Verbindung mit 19 Gelehrten herausgegeben von Georg Pfeilschifter. Freiburg, Herder 1915 (VIII u. 494 S.), von dem eben das 14.—16. Tausend erschienen ist.

Digitized by Google

setzungen werden noch folgen — ist in mehreren Tausend Exemplaren gelehrten und gebildeten Kreisen des neutralen Auslandes zugänglich gemacht worden; es sollte jenen nicht unsere Meinung aufgedrängt werden, aber gegenüber der rastlosen französischen Werbearbeit und der französischen Schmähliteratur sollte ihnen doch auch die deutsche Auffassung der Dinge bekannt werden, und dadurch sollten sie in den Stand gesetzt werden, sich selbst ein Urteil über die französischen Anschuldigungen zu bilden. Die Erfolge, die erzielt wurden, sind recht erfreulich. Schon vor mehreren Monaten waren auf die Zusendung des Werkes mehrere Hundert Zuschriften eingegangen aus einer Reihe neutraler Länder wie Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Griechenland, Schweiz, Amerika, die mit einer einzigen Ausnahme freundlich gehalten waren, zum Teil sich im Tone begeisterter Zustimmung bewegten; ja, manche der Empfänger haben unter persönlichen Opfern sich um Weiterverbreitung des Werkes unter ihren Landsleuten bemüht. Und auch die neutrale Presse hat im allgemeinen in Worten hoher Anerkennung das katholische Kriegsbuch gewürdigt. —

Noch bevor dieses erschienen war, hatte das französische Komitee einen neuen schweren Angriff unternommen durch Herausgabe des Buches „L'Allemagne et les alliés devant la conscience chrétienne" (Deutschland und die Verbündeten vor dem christlichen Gewissen). Der Titel läßt schon zur Genüge die Anmaßung erkennen, mit der es auftritt: die Mitarbeiter dieses Buches setzen sich auf den Richterstuhl, um nach den Grundsätzen des Christentums Gericht zu halten über Deutschland, speziell die deutschen Katholiken. Es ist fast überflüssig, zu bemerken, daß letztere in diesem Gerichte nicht bestehen, ja, die gestrengen Richter erklären gar, daß ihre Verurteilung jeder Widerlegung trotze, daß sie den Wert eines Sieges und noch mehr Tragweite haben werde. Infolge der Kriegserfahrungen verwundert man sich nicht weiter, daß die Verfasser über der gründlich betriebenen Brandmarkung der deutschen Katholiken ganz vergessen haben, gemäß der Ankündigung im Titel auch die Alliierten, d. h. die Ententemächte samt ihrem Anhang vor das Forum des christlichen Gewissens zu ziehen, und dabei wäre es so interessant gewesen, zu sehen, wie etwa das Vorgehen der Entente gegen Griechenland oder die Russengreuel in Ostpreußen oder Italiens Treubruch an den strengen Grundsätzen des Christentums gemessen werden. Und schließlich ist man auch nicht erstaunt, daß die Sprache noch maßloser und reicher mit Schimpfworten und Kraftausdrücken durchsetzt ist als in der ersten französischen Angriffsschrift, obwohl auch die Namen der Mitarbeiter an der neuen Schrift, wie der des Bischofs Chapon von Nizza, des Ministers Denys Cochin, der Historiker De Lanzac de Laborie und Pierre Batiffol bisher einen guten Klang hatten. — Mit einem solchen Buch sich auseinanderzusetzen, war keine Annehmlichkeit; aber da schon der Versuch gemacht wurde, die schweigende Hinnahme der „Verurteilung" als Eingeständnis der Schuld zu deuten, und in diesem Sinne die Katholiken des Erdkreises zu beeinflussen, war eine Antwort nicht zu umgehen. Sie ist ebenso gründlich

Digitized by Google

und überzeugend wie würdig von Heinrich Schrörs gegeben worden in der eben erschienenen Schrift: „Das christliche Gewissen im Weltkriege" (Freiburg, Herder, 1916. XIV und 263 S. M. 3.40). In dieser neuen Abwehrschrift handelte es sich darum, all die französischen Vorwürfe, die eine mitunter kaum glaubliche Unkenntnis deutscher Verhältnisse bekunden, und nur durch Verfälschungen und Entstellungen des Sinnes von Dokumenten, ja durch freie Erfindungen schwankende Stützen erhalten konnten, zu prüfen und in ihrer Haltlosigkeit zu erweisen. Im Gegensatz zur ersten Abwehrschrift treten daher hier die prinzipiellen Erörterungen mehr zurück. Doch deshalb ist das Schrörssche Buch nicht weniger interessant und der Beachtung wert, so gleich das Einleitungskapitel, welches das Treiben der französischen Katholiken als eine schwere Gefährdung der Einheit der katholischen Kirche brandmarkt und die Bedeutung der kirchlichen Einheit ins Licht setzt, oder jenes andere, in dem Schrörs mit leichter Mühe das Phantom des „Pangermanismus" in Stücke schlägt, von dem der Bischof von Nizza, durch den Beifall fast des gesamten französischen Episkopates unterstützt, mit Hilfe komischer Mißverständnisse und bösartiger Mißdeutungen ein furchterregendes Bild entworfen hatte. Vor allem aber möchte ich die Aufmerksamkeit der Leser auf einige weitere Kapitel des Buches lenken: eines behandelt vorsichtig und besonnen abwägend den Anteil der romanischen Freimaurerei an der Vorgeschichte des Krieges, in zwei längeren Abschnitten werden sodann von Schrörs mit der Umsicht des Fachhistorikers die Grundgedanken und Ziele von Rußlands religiöser Politik gegenüber den slawischen Kirchen und gegenüber der orientalischen Christenheit auf Grund der Tatsachen aus Vergangenheit und Gegenwart beleuchtet. Der Wucht der Tatsachen gegenüber zerrinnen die phantastischen Hoffnungen der französischen Katholiken auf die künftige Haltung ihres russischen Bundesgenossen in ein Nichts: Von Rußland „Toleranz und Anerkennung fremder Religionen verlangen, hieße von ihm, wie es nun einmal ist und besteht, das Aufgeben seiner selbst verlangen, die Vernichtung seines innersten Wesens und den Verzicht auf seine wichtigste Lebenskraft, weil die Religion nach dem Ausdrucke eines Franzosen ‚bei dem russischen Volke noch die erste moralische Macht' ist".

Einen Aufsatz der neuen französischen Schmähschrift hat Schrörs unberücksichtigt gelassen, den des Gesandten Baron d'Anthouard über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland und Frankreich. Die Verleumdungen desselben sind im Auftrag des „Arbeitsausschusses zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg[1]" in einer besonderen eben erschienenen Schrift widerlegt worden: Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland. Von D. Dr. Engelbert Krebs (Freiburg, Herder 1917. XVI und 237 S. M. 3.—). Auf Grund amtlicher Informationen seitens des preußischen Kriegsministeriums, auf Grund eigener Besuche in

[1] Ehrenvorsitzender desselben ist Staatsminister Graf von Hertling, Vorsitzender Universitätsprofessor Dr. Mausbach.

Digitized by Google

verschiedenen Gefangenenlagern und Gefangenenfürsorgestellen, und schließlich auf Grund von literarischen Studien und Mitteilungen unterrichteter Kreise, wie namentlich mehrerer Seelsorger von Gefangenenlagern, entwirft der Verfasser ein umfassendes, durch schlichte Wahrhaftigkeit ausgezeichnetes Bild, wie es sich in Wirklichkeit mit der Gefangenenunterbringung und Gefangenenfürsorge in Deutschland verhält. Besondere Kapitel beschäftigen sich mit der Ernährung der Kriegsgefangenen, der Gesundheitspflege, der Disziplin und Repressalien, der Seelsorge und dem Unterricht, und mit Gefangenenfürsorge, Vermißtennachweis und Liebesgabenvermittlung. Ganz abgesehen davon, daß diese Darstellung dem Leser sachlich viel Neues und Unbekanntes bietet, — das Entscheidende ist, daß man einen tiefen Eindruck empfängt von der gewaltigen, bewundernswerten Organisationsarbeit und der umsichtigen, vorbildlichen Fürsorge, die in den deutschen Gefangenenlagern unter schwierigen Umständen geleistet worden ist und fortdauernd geleistet wird. Mag sein, daß Baron d'Anthouard und seine Gesinnungsgenossen auch weiter unentwegt an der herausfordernden Behauptung festhalten werden, daß in den deutschen Gefangenenlagern nur „die Grundsätze der Härte und die Praxis des Terrorismus" herrschen, die Wahrheit wird sich doch Bahn brechen; dann wird das Urteil allgemein anerkannt werden, das schon jetzt jedem Unbefangenen sich aufdrängt, daß hier von deutscher Seite ein zuverlässiges, auf unanfechtbarer Grundlage ruhendes Gesamtbild der deutschen Gefangenenbehandlung dargeboten wird, das der künftigen Geschichtschreibung als wertvolle Quelle zu dienen berufen ist. — Nach Lage der Dinge war es nicht möglich, in gleicher Weise ein vollständiges Bild von dem Schicksal unserer Gefangenen in Feindes Gewalt zu entwerfen, Krebs hat sich daher begnügt, in mehreren Anhängen bezeichnende Berichte aus englischen, französischen und russischen Gefangenenlagern zusammenzustellen, in denen neben vielem, was unser Grauen und unsere Empörung erregt, doch auch Züge von Güte und Menschenfreundlichkeit nicht gänzlich fehlen. —

Sehr bald zeigte es sich, daß es nicht genügte, der zähen und geschäftigen Werbe- und Hetzarbeit der französischen Katholiken mit ihren leidenschaftlichen Angriffen gegen das kriegführende Deutschland, die deutsche Kultur und besonders den deutschen Katholizismus nur in größeren Aufklärungsschriften entgegenzutreten. Es wurde daher von dem genannten Arbeitsausschuß die Verdffentlichung einer Monatskorrespondenz beschlossen, um eine regelmäßige Verbindung mit den Katholiken des neutralen Auslandes zwecks Abwehr und Aufklärung aufrecht zu erhalten. Die Herausgabe derselben hat Professor Krebs in Freiburg im Breisgau übernommen. Unterstützt durch die Mitarbeit sachkundiger Fachmänner hat Krebs in den seit Dezember 1915 regelmäßig erscheinenden „Katholischen Monatsbriefen" wertvolle Aufklärungsarbeit über die deutsche Tätigkeit auf den verschiedenen Gebieten materieller und geistiger Kultur geleistet, so wurde in denselben u. a. gehandelt vom deutschen Geist und seinem Kriegsziel, von der deutschen Liebestätigkeit an unseren Feinden, von der volks-

Digitized by Google

wirtschaftlichen Kraft Deutschlands und den in ihr lebendigen sittlichen Volkskräften, von der Ordnung der Rohstoffversorgung und der Volksernährung, von der Lage der Kirche in Belgien unter deutscher Verwaltung, von der Heilung der Kriegsschäden in Deutschland, von der deutschen Wissenschaft im Kriege; der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann schrieb über soziale Fürsorge und Krieg, der Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland Dr. Pieper schilderte die Kriegsarbeit des Volksvereins, und Josef Kohler steuerte eine Studie über den Kaiser bei. — Diese Monatsbriefe, die, von der deutschen Ausgabe abgesehen, in holländischer, spanischer, portugiesischer (für Südamerika), italienischer, französischer und englischer Sprache erscheinen, werden in mehr als 10000 Exemplaren an die katholische Intelligenz des neutralen Auslandes versandt, an Staatsmänner, Bischöfe, Priester, Beamte, Ärzte, Juristen, Kaufleute, Industrielle, Professoren, Lehrer, Politiker und Journalisten. Die Briefsendungen erstreben, wie der Herausgeber selbst einmal dargelegt hat, einen dreifachen Zweck: es soll den Neutralen, die sich wirklich ein gerechtes Urteil bilden wollen, das nötige deutsche Material geliefert werden, den schon deutschfreundlich gesinnten Neutralen soll noch mehr Material an die Hand gegeben werden, damit sie in ihren Kreisen aufklärend wirken können, desgleichen den deutschen Landsleuten im Ausland, damit sie nicht gegenüber den Behauptungen der feindlichen Propaganda ratlos dastehen. —

Welche Aufnahme haben diese „Katholischen Monatsbriefe" gefunden? Schon in einer Beilage zum fünften Brief (April 1916) konnte erfreulicherweise der Herausgeber unter Beibringung zahlreicher Belege berichten, daß der Zweck der Briefsendungen in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle durchaus erreicht worden ist, und daß zahlreiche Adressaten in Zuschriften an den Herausgeber ihre aufrichtige Dankbarkeit und Freude über die Zusendungen bezeugt haben. Fragt man nach den Gründen dieses günstigen Ergebnisses, das im Gegensatz steht zu den Erfahrungen, die namentlich in der ersten Kriegszeit bei der von verschiedenen Seiten unternommenen Aufklärungsarbeit gemacht worden waren, so wird neben der trefflichen Organisation des Unternehmens und der geschickten Umgrenzung des Adressatenkreises auf die innere sachliche Gediegenheit und die ruhige, stets vornehme Haltung der „Katholischen Monatsbriefe" zur Erklärung hinzuweisen sein.

Daß angesichts der erfreulichen Erfolge die Monatsbriefe während der Kriegsdauer weiter erscheinen werden, ist selbstverständlich. Es sollte aber erwogen werden, ob sie nicht — in dieser oder anderer Form — auch über den Krieg hinaus ihr Erscheinen fortsetzen sollen. Jedenfalls würde das ebenso im deutschen wie im katholischen Interesse liegen.

Digitized by Google

Notizen

Zukunftsaussichten des Friedens. Unseres Erachtens ist das Wort Friede doch nicht vergeblich ausgesprochen worden. Die Völker haben nie so wie in diesem Augenblick gefühlt, daß sie um des Friedens willen kämpfen. Die Besprechung wird weiterdauern, während der Krieg fortgesetzt wird, daran können wir nicht zweifeln. Die Friedensbewegung der Neutralen, wenn auch übereilt, wird einen neuen Austausch von Noten und Ideen zur unmittelbaren Folge haben, die Ideen aber machen ihren Weg und breiten sich aus. („Carlino".) — Da das Wort Friede einmal ausgesprochen wurde, gärt es wie ein heiliger Sauerteig, dessen Kraft niemand unterdrücken kann. („Messaggero".) — Vielleicht wird sich die Initiative Wilsons als kraftvoller Helfer zeigen. („Sozialdemokraten".) — Die Aussichten sind nicht ganz so schwarz, wie man aus den pessimistischen Äußerungen schließen könnte. Trotz der starken Worte von kriegerischer Klangfarbe vergißt keine der Parteien, den Friedenswünschen und dem Friedensbedürfnis Ausdruck zu geben. („Politiken".) — Als alle Welt vom Kriege sprach, kam er. Es ist zu befürchten, daß jetzt, wo alle Welt von Frieden spricht, der Frieden kommt, ehe Frankreich ihn diktieren kann. (Arthur Meyer im „Gaulois".)

Die Wahl Roms für die Vierverbandskonferenz war eine Anerkennung der Gleichberechtigung Italiens und Zugeständnis, daß zurzeit die orientalische Frage im Vordergrunde steht, und Italien ein besonderes Interesse daran hat. („Giornale d'Italia".)

Amerika und der Friede. „Je mehr sich Amerika für den Frieden interessiert, um so deutlicher wird seine eigene Absicht, sich einer allgemeinen Garantie der Staatsfreiheiten Europas anzuschließen." „Mit dieser Absicht ist Amerika seit der Rede Wilsons vom vorigen Mai mehr als ein Vermittler gewesen. Jede neue Demarche seinerseits ist eine Annahme der Greyschen Aufforderung, mit Hand anzulegen (play up): Jede Note aus Washington wird nicht eine platonische Übung, sondern ein wirklicher Zug im Kriegsspiel. Nun, hoffen wir, daß dieses teilnahmsvoll gestimmte Amerika der Tatsache nicht zu großes Gewicht beilegen wird, daß gegen die Partei in unserem Lande, welche für den Sieg um einer Sache willen kämpft, eine andere Partei steht, welche die Sache als Entschuldigung benutzt, für einen Sieg en outrance, und deshalb geneigt ist, jede Straße zu einem Sieg auf dem Wege der Verhandlungen zu versperren." („Nation".)

Russische Ansichten über die Wirkung der amerikanischen Friedensnote. Das Mitglied des russischen Reichsrates, Fürst Golizin-Murawlin sagte nach der „Birschewyje Wjedomosti": „Die Befürchtung, daß Amerika im Falle einer Ablehnung eine strenge Neutralität einnehmen und die Versorgung der Kriegführenden mit Munition einstellen wird, hat natürlich ihre Begründung." Auch einige andere Mitglieder der Körperschaft äußerten sich ähnlich.

Wachsende Friedensbewegung in Frankreich sucht Henri Guilbeaux in der „Internationalen Rundschau" nachzuweisen.

Die Zukunft der Entente. Daß die Kriegführung uns noch nicht den Sieg gegeben hat, ist nicht bedingt durch die fehlende Einsicht des Kommandos, durch fehlenden Kampfgeist unserer Truppen, sondern durch die negierend wirkende, zentrifugale und egoistische Kraft, die die Staaten der Entente mehr an die ungewisse und weit entfernte Zeit nach dem Krieg denken läßt, als an die Jetztzeit, und die das eigene Kleininteresse den allgemeinen Kriegsinteressen vorzieht; die diplomatische Hartnäckigkeit tritt an die Stelle der klaren Beurteilung der Gesamtlage, und der sehr unerfreuliche Gedanke stellt sich ein, daß nach dem Kriege unter den heute Verbündeten neue Streitigkeiten entstehen, alte Eifersüchteleien wieder aufleben, unerledigte Zwistigkeiten sich wieder einstellen werden, die alle doch erledigt sein sollten. („Revue des Nations Latines".) — „Deutschland wird nie wieder eine so mächtige Kombination gegen sich haben wie heute." („Observer".)

Digitized by Google

Die Rekrutierung in Kanada ist nach „New York American" auf einem toten Punkt angelangt.

„Freiheit der Meere". „Die Freiheit, vor allem die handelspolitische Freiheit, die in diesen Zeiten den kleinen Mächten gewährt wird, ist wahrhaftig relativ. Man sieht dies deutlich an der jüngsten Geschichte und an den Ursachen des norwegisch-englischen Konflikts." („Politiken".)

Der Handel von Tsingtau liegt nach japanischen Meldungen darnieder.

Frankreich und die griechische Note. „Leider ist die Note lange nicht so energisch wie die vorhergehende. Man ist immer zu nachsichtig mit den Griechen." („Gaulois".)

Italien ist augenblicklich die eigentliche Schutzmacht Griechenlands und genießt in Griechenland eine bevorzugte Stellung. („Stampa".) — Diese Sonderstellung ist von der französischen Presse allgemein schlecht aufgenommen worden. „Es entspricht nicht den Interessen der Alliierten, den Standpunkt Italiens zu erörtern." („Echo".) „Wie man voraussehen mußte, gibt die italienische Note den Griechen Anlaß, den Alliierten Widerstand zu leisten." („Temps".) „Es ist nötig, daß die Alliierten ein einheitliches Programm verfolgen." („Gaulois".)

Französisch-italienische Beziehungen. „Man darf heute, nach 1½ Jahren französisch-italienischer Waffenbrüderschaft, doch wohl fragen, warum die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern heute schlechter sind als jemals, warum die französischen Handelskammern der Aufforderung, in Italien zu wirken, nicht Folge leisten; warum die Anwesenheit eines italienischen Konsuls in Frankreich uns weiter mit Bitterkeit erfüllt, warum die Verwaltungsschikanen den französisch-italienischen Handel so sehr belästigen. Wir verlangen die Schaffung einer einheitlichen wirtschaftlichen Front; man soll mit dem Skandal der behindernden Maßnahmen aufhören und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den alliierten Nationen auf jede Weise fördern. Die wirtschaftlichen Bindungen, die absolut notwendig sind, um das politische Bündnis zu festigen, müssen ausgebaut werden. („Revue des Nations Latines".)

Eine lateinische Union Frankreichs, Italiens und Spaniens empfiehlt Professor Borgbese im „Corriere". Sie würde den Bedürfnissen aller Kontrahenten genügen, würde jeden von ihnen von der Notwendigkeit befreien, in dem politischen Manöver zu lavieren.

Eine Gesellschaft für eine französisch-italienische geistige Verständigung wurde unter dem Vorsitz von Henri Hauvette in Paris gegründet. Die Gesellschaft soll Propagandavorträge veranstalten.

Die Opposition gegen die Regierung in Italien. „Die wachsende Beistimmung, die in einem Teil der Presse das Eintreten für eine Kriegsregierung findet, läßt darauf schließen, daß die Lage des nationalen Ministeriums schwierig und unsicher zu werden beginnt. („Stampa".)

Das Kino in England. Die erste geheime Tagung der Kommission zur Untersuchung der Kinoverhältnisse ergab erstaunliche Ziffern: es wurde festgestellt, daß jeder zweite Mensch in Großbritannien jede Woche einmal das Kino besucht (Frauen und Kinder jedes Alters eingeschlossen). („Daily News".)

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Vom Isonzo zum Balkan. Ein Kriegstagebuch in 252 Bildern. Herausgegeben von Oberst A. Veltze. (R. Piper & Co., München.) 215 S. Preis br. M. 3.—. Erster Band eines dreibändigen Bilderwerkes aus dem Kriegsland Österreich-Ungarn, die Landschaft, Kultur, Bewohner und das Kriegsleben in 252 klar ausgeführten Bildern veranschaulichen.

Dimo Kôrtschoff: Hinter der Front. Eindrücke von der Reise der bulgarischen Abgeordneten durch Österreich-Ungarn und Deutschland. Verlag Josef Habbel, Regensburg 1916. 199 S.

Dietrich Schäfer: Der Krieg 1914/16. Werden und Wesen des Weltkrieges, dargestellt in umfassenden Abhandlungen und kleineren Sonderartikeln. Mit vielen Karten, Plänen, Kunstblättern, Textbildern und statistischen Beilagen. Erster Teil, geb. M. 10.— Bibliographisches Institut, Leipzig. (VIII und 440 S.) Geschichtlich,

Digitized by Google

lexikalisch und inhaltlich aufgebaute systematische Darstellung des Krieges von den geschichtlichen Voraussetzungen an bis zu den innersten Wirkungen des Krieges auf das staatliche und geistige Leben, dargestellt von Sachkennern in knapper, volkstümlicher Form. Mit guten Hilfsmitteln für Anschauung und Erklärung des Textes. Mit Recht als ein Hausbuch und Ergänzung des Konversationslexikons gedacht.

Äußere Politik. Januarheft der Süddeutschen Monatshefte mit Beiträgen von Haller, Reventlow, Buhl und anderen.

Franz Blei: Menschliche Betrachtungen zur Politik. Verlag Georg Müller, München 1916 (316 S.). Geistvolle zum Widerspruch und zum Nachdenken reizende Glossen eines Mannes, der die herrschenden Fragen der Politik von eigenwilliger menschlicher Seite betrachtet.

Heinrich Tilemann: Woher das Selbstgefühl der Engländer? Hahnsche Buchhandlung, Hannover (31 S. 75 Pfg.).

Ein neuer Gesichtspunkt zur Friedensfrage. Von Henry Lambert. (Zürich 1916. Verlag Orell Füßli.) 38 S. Preis M. 0.80. Die Schrift sieht im Freihandel den Friedensstifter. „Freihandel, Industrialismus und Frieden sind untrennbar verknüpft".

Der Weltkrieg und die Zukunft des deutschen Volkes. Von Dr. h. c. Carl Jentsch. 5. Aufl. Verlag Emil Felber, Berlin 1915. Geh. M. 2.—, geb. M. 2.60. Neu aufgelegte, durch die gegenwärtige Lage aktuell gewordene Kampfschrift aus dem Jahre 1905, die gegenüber der einseitigen Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat die Schaffung einer breiteren landwirtschaftlichen Grundlage durch Gewinnung von Siedelungsland im Osten verlangt.

Emil Zimmermann: Die Bedeutung Afrikas für die deutsche Weltpolitik. (Berlin 1917. E. S. Mittler & Sohn.) 65 S. Preis M. 1.75. Beleuchtet das Kolonialproblem im Zusammenhang mit der großen Politik und dem wirtschaftlichen und weltpolitischen Wert für die Zukunft.

Dr. Ernst Mayer: Über die Deckung der Kriegsausgaben. (München 1916. Verlag A. Buchholz.) VII und 157 S. Preis M. 3.—. Vermittelt zwischen der Frage, ob Kriegsausgaben durch Steuer oder Anleihe zu decken sind, und geht auf die anderen Deckungsmöglichkeiten (durch Banknoten und Papiergeldvermehrung) ein. Übersicht über die Deckungsmaßnahmen der kriegführenden Mächte bis Dezember 1915.

Der Triumph der Organisation und ihr Siegespreis. Von Arthur Traves-Bergstroem. Übersetzung von Dr. F. Heinemann. (Zürich 1916. Verlag Orell Füßli.) 65 S. Preis M. 1.—. Verlangt Überbrückung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit durch Übergewicht des Staates.

Georg Banzhaf: Volkswirtschaftliche Kriegsbetrachtungen 1914—1916 (20 S. 50 Pfg.). Verlag Georg Banzhaf & Co., Charlottenburg.

Dr. Kuczinski und Dr. Mansfeld: Der Pflichtteil des Reiches. (Berlin 1917, Verl. J. Springer.) 42 S., Preis M. 1.40. Regt an, das Reich pflichtteilberechtigt zu machen, wenn der Erblasser nicht mindestens drei Kinder hinterläßt. Als Reinertrag werden 3/8 Milliarden veranschlagt.

M. Baerting: Der Männermangel nach dem Kriege. Verlag der Ärztlichen Rundschau Otto Gmelin, München. (84 S. M. 2.—.) Untersuchung der Mittel, welche dem durch den Krieg bedingten Männermangel abhelfen können, auf zahlreiches statistisches Material und reiche ärztliche Erfahrung gestützt.

Max Seber: Die Schicksalsstunde des Pazifismus. (Basel, Ernst Finckh, Verlag. 1917. M. 2.80.) Stellt den Zusammenbruch des „wissenschaftlichen Pazifismus" fest, entwickelt die Lehre von Mitteleuropa als übernationalem Reich zum Gegengewicht gegen die Annektionsstaaten und mahnt zu nationalem deutschem Pazifismus.

Deutschland und das Ausland

Die deutsch-spanische Vereinigung München beginnt die allgemeinen Versuche Deutschlands, das Wesen und Leben der spanischen Kultur verständlich zu machen, mit einem einführenden Buch von Rudolf Lothar: „Die Seele Spaniens", das eine auf die Kultur der Vergangenheit und das Leben der Gegenwart aufgebaute Charakterisierung des spanischen Lebens und vor allem des künstlerischen Schaffens und damit ein Bild des modernen geistigen Spaniens gibt. Als die nächsten Veröffentlichungen sind von demselben Verlag Georg Müller in München Ausgaben ausgewählter Dramen von Jacinto Benavente und Martines Sierra vorgesehen. Wir begrüßen das Bestreben der Vereinigung, auf diesem Wege einer Verständigung mit Spanien vorzuarbeiten.

Hermann Becker: Das Deutschtum im Ausland, München 1916, Georg Müller (246 S.). Überblick über das Deutschtum in den fremden Staaten und die Hemmung und Förderung des Auslandsdeutschtums durch den Krieg. Forderung kultureller denkender Arbeit nach dem Krieg und Wahrung des Zusammenhangs des Deutschtums in der ganzen Welt. Zum Schluß Bibliographie der Schriften über das Auslandsdeutschtum.

Landeskunde

Karte des Königreichs Polen und Galiziens. Von G. Freytag. Maßstab 1:2000000. Kartographische Anstalt G. Freytag & Behrendt,

Digitized by Google

G. m. b. H., Wien. Gibt die Grenzen des Königreichs Polen nach dem Wiener Frieden von 1815, Galizien, die Bukowina, Rußland bis zur Linie Wiedbst—Kiew und im Norden bis Livland.

Lechner: Übersichtskarte von Rumänien und der Bukowina, des östlichen Teiles von Galizien und Ungarn (Lechners Kriegskarte, Blatt XXV) gibt im Maße 1 : 1 000 000 in Fünffarbenbruck eine Übersicht des jetzigen Kriegsschauplatzes.

Welt des Islam. Band I, Länder und Menschen von Marokko bis Persien. Von Dr. Walter Ph. Schulz. (München 1917, Roland-Verlag.) Preis M. 2.80. Sammlung von 200 zum Teil noch unveröffentlichten Photographien aus den Ländern des Islams sowie dem Volksleben mit kurzem Hinweis auf Land und Leute und einer Geschichte des Islams sowie der islamischen Staaten.

Geschichte

Weltgeschichte der Neuzeit. Von Dietrich Schäfer. (Berlin 1917, E. S. Mittler & Sohn, Hofbuchhdlg.). 2 Bände. Siebente, neu durchgesehene und erweiterte Auflage, fortgeführt bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Wichtig durch die letzten Kapitel: „Die Aufteilung der Erde im letzten Menschenalter" und „In dem Weltkrieg".

Richard Augst: Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht. (Leipzig 1917, Fr. Brandstetter.) XI 192 S., geh. M. 3.50. Darstellung der Entwicklungslinie in Bismarcks Denken über das Verfassungswesen und die Wahlrechtsfrage bis zur Aufnahme des allgemeinen Wahlrechts in das deutsche Recht. Zusammenfassung aller Äußerungen Bismarcks über Natur und Zweck des Wahlrechts.

Stefan Tisza: Von Sadowa nach Sedan. Autorisierte Übersetzung aus dem Ungarischen von Dr. J. Schwartz. Verlag Ed. Strache, Warnsdorf i. B. 1916. (123 S., Kr. 4.—.) Studie des ungarischen Ministerpräsidenten über die Entwicklung des Deutschen Reiches unter Bismarcks und Preußens Führung. Besonders wertvoller Einblick in die diplomatische Lage der Jahre um den siebziger Krieg.

Erziehung

Ratschläge für die Berufswahl im Rechts-Wirtschafts- und Verwaltungsleben. Herausg. von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität. Tübingen 1916. Verl. J. C. B. Mohr. 83 S. Preis br. M. 1.—.

Bericht der Königl. Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem für die Etatsjahre 1914 und 1915. Herausg. von Th. Echtermeyer, Kgl. Ökonomierat. Berlin 1916 (Verlagsbhg. Paul Parey). Besonders hervorgehoben sei die Kriegstätigkeit der Anstalt, insbesondere die Kurse für Kriegsinvaliden, weiter der Lehrgang für Obst- und Gemüseverwertung, die Verarbeitung von Liebesgaben in der Obst- und Gemüseverwertungsstation und die Untersuchung über die Verwendbarkeit von Wild- und Halbfrüchten zu Marmeladen. Auf die noch viel zu wenig bekannten Lehrgänge für Obst- und Gemüseverarbeitung seien alle Gartenbesitzer hingewiesen.

Islamische Ethik. Über Intention, reine Absicht und Wahrhaftigkeit. Von Al-Gazali. Übers. und erläutert von H. Bauer. (Halle 1916. Verl. M. Niemeyer.) X. 93 S. Eröffnet eine Bücherreihe, die die wichtigsten Denkmäler der bei uns zum größten Teil noch unbekannten ethischen Literatur des Islams weiteren Kreisen erschließen soll. Allgemeine Pflichten- und Tugendlehre des hervorragendsten Theologen des Islam und Darstellung der religiös-sittlichen Bestrebungen des Islam bei den Türken. Wissenschaftlich zuverlässige Ausgabe, gut lesbare Übersetzung.

Schöne Literatur

Friedrich Gundolf: „Goethe". (804 S. in Großoktav-Format br. M. 14.50, geb. M. 17.50.) Verlag Georg Bondi, Berlin 1916. Darstellung der Entwicklung von Goethes gesamter Gestalt als „der größten Einheit", worin deutscher Geist sich verkörpert hat, und Deutung aller Werke als „der verschiedenen Attribute der geistigen leiblichen Einheit" aus der „Bewegung des Lebens" des Dichters. Das Werk einer neuen, gesichtliches, ethisches und menschliches Schauen vereinigenden Darstellung.

Der neue Roman. Der neueste Band bringt drei Novellen des jungen Kasimir Edschmid unter dem Titel „Timur". (222 S., kart. M. 3.—, geb. M. 3.50. Kurt Wolff, Leipzig.)

Deutsche Wohnkultur fördert die von A. Koch, Darmstadt, herausgegebene Zeitschrift für Innendekoration, die ihren neuen Jahrgang mit einem sehr schön ausgestatteten Heft eröffnet.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diesch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Jäckh, Der amerikanische Friede 137
Thimme, Bethmann Hollweg und Bismarck II 140
Schulze-Gaevernitz, Die vlamische Bewegung 147
Kolbe, Die Freiheit der Meere und die deutsche Kolonialbetätigung nach dem Kriege 152
Lynceus, „Neu-Orientierung des Denkens" 158
Notizen / Neuerscheinungen 163

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 2. Februar 1917 Heft 5

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar / Berlin

Digitized by Google

Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. und 20. jeden Monats
Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):
Vierteljährlich M. 3.50, Einzelheft 40 Pfennig
Probehefte gratis und franko

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter":

Berliner Tageblatt Nr. 508: „Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „Polnische Blätter". Das erste uns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge."

Germania vom 8. X. 1915: „Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter" heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge usw. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen."

Das Größere Deutschland Nr. 45: „Herr W. Feldman, der als Herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder, sein Name bietet eine Gewähr dafür, daß die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleitet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben" von Prof. von Jaworski und „Zur deutsch-polnischen Verständigung" von K. von Srokowski."

Der Panther Nr. XI, 1915: „Eine interessante Kriegsgründung sind die „Polnischen Blätter". Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären."

Der Tag 30. Januar 1916: „Über Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnischen Blätter". Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber läßt auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlaßt sogar Äußerungen von deutscher Seite."

Die Welt auf Reisen Nr. 1, 1916: „Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhältnisse Polens und seiner Volksseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber."

Die Welt am Montag 21. August 1916: „Es ist mit Dank zu begrüßen, daß die in Berlin seit fast Jahresfrist erscheinende Zeitschrift „Polnische Blätter" uns ... einen Einblick in die Haltung eines bestimmten Teiles des Polentums eröffnet. Polen geben die Zeitschrift heraus, deutschfreundlich natürlich, jedoch Männer, denen in erster Linie die bestmögliche Zukunft ihrer eigenen Nation am Herzen liegt."

Redaktion und Administration: Charlottenburg, Schlüterstr. 28

2. Jahrgang • 2. Februar 1917 • Heft 5

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Der amerikanische Friede

Von Professor Dr. E. Jäckh

Nach dem deutschen Angebot und der englischen Ablehnung hat sich eine amerikanische Mahnung gemeldet. Bethmann Hollweg hat den Friedensfaden angesponnen; Lloyd George wollte ihn kurzerhand abschneiden, weil er befürchtete, die Völker könnten sich darein verstricken; aber Wilson will ihn nicht abreißen lassen.

Der Notenwechsel zwischen Vierbund und Zehnverband war ein Dialog zwischen den zwei feindlich gespaltenen Teilen des alten Europa; die Senatsrede des Präsidenten Wilson ist ein amerikanischer Monolog über ein neues Europa. Dieser Monolog wählt die feierlichste Form, die die Vereinigten Staaten ermöglichen: nicht mehr nur die Formulierung einer Note des Präsidenten an eine europäische Macht, sondern das Forum des Senats, der amerikanischen Instanz für die auswärtige Politik, für Frieden und Krieg. Wilson ist Präsident geworden — als „Friedens-Präsident", durch das Programm und mit der Verpflichtung, Frieden zu halten und zu machen. Wilson hat sich und fühlt sich persönlich engagiert: er will den Frieden. Fragt sich nur: was für einen ....

Der Professor, der Präsident wurde, diktiert als Praeceptor Europae. Je mehr sich Europa schwächt, um so mehr stärkt sich Amerika — finanziell, wirtschaftlich, politisch. Ein Monroe konnte noch vor drei Generationen seine Doktrin so fassen: Amerika gehöre den Amerikanern! Ein Wilson will heutzutage weiter greifen: Europa höre auf die Amerikaner! Solche Wendung und Verschiebung hat der Weltkrieg vermocht. Und Wilson tut, als ob's ihm Ernst damit wäre: als ob auch dieser akademische Vortrag noch nicht sein letztes Wort wäre; als ob er der Theorie seiner Ideen eine Praxis der Tat einmal folgen lassen wollte. Fragt sich nur: wie und was für eine ...

Des Professor-Präsidenten Wilsons Rezept mischt zweierlei: Ideologisches und Realpolitisches, gewissermaßen Ziele und Mittel.

Ideologien sind heute alle die Wünsche von Wilson, die sich als „Pazifismus" zusammenfassen lassen: Ziele wie ein „Einvernehmen der Mächte", ein „allumfassender Bund", der „Beitritt zu einer Friedensliga", die „Abrüstungen". Solange Mars die

Digitized by Google

Stunde regiert, tönt im „Konzert der Mächte“ nicht die Friedensschalmei, sondern dröhnt der Kriegsdonner. Das weiß auch Wilson, dessen Regierung zurzeit nicht „abrüstet“, sondern wie nie zuvor zurüstet — im Flottenbau, wie durch Landmacht. Ein so humanes Ethos dieser Ideenflug auch bekundet — er ist heute noch ein Ikarusflug: sehnsüchtig geschaut, als unwirklich erkannt — vielleicht gleichermaßen vom Vierbund wie vom Zehnverband.

Anders werden die beiden Kriegsparteien das realpolitische Friedensprogramm entgegennehmen; anders auch seine einzelnen Teile:

Da wird schon strittig der „Friede ohne Sieg“, schon weniger der „Friede mit Opfern und Konzessionen“. Die erste Formulierung scheint vom amerikanischen Standpunkt diktiert, der unterscheidet beispielsweise zwischen einem europäischen Sieg Deutschlands und einem afrikanischen Sieg Englands; von Asien nicht zu reden. Solche Abwägung kann einen „Frieden mit Opfern und Konzessionen“ vorschlagen. Solche Formeln ändern nichts an der Tatsache, daß Deutschland seinen Sieg sich gesichert hat — schon dadurch, daß es überhaupt sich behauptet hat gegenüber einer Welt von Angreifern, wie sie stärker und zahlreicher kaum gedacht werden könne; und auch dadurch, daß Deutschland mit seinen Verbündeten den neuen Weltteil von „Mitteleuropa“ geschaffen und gewonnen hat. Ein „Mittelafrika“ wird uns in Belgien und Frankreich erstritten und gesichert werden müssen.

Besonders angenehm für die Entente klingen in Wilsons Darlegung zwei Meinungen: einmal, „daß es nicht in ihrer Absicht liege, den Gegner zu vernichten“. Da hat Wilson nicht nur alle verbindlichen Ministerreden in London, Petersburg und Paris überhört und übersehen, sondern selbst auch die letzte Entente-Note, die mit zynischer Offenheit die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und die Aufteilung der Türkei proklamiert hat.

Ähnlich angenehm mag der „westeuropäischen“, nicht der russischen Entente der amerikanisch-demokratische Grundsatz klingen, „daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten“. Doch auch solche Weisheit braucht keinen besonderen Streit zu erregen.

Andere Punkte — und zwar die wesentlichsten — können die Zustimmung des Vierbundes beanspruchen. Das sind:

1. Das Nationalitätenprinzip,
2. das polnische Beispiel,
3. der Anspruch auf einen Ausgang zu den großen Heerstraßen der See und
4. die Freiheit der Meere.

Ad 1. Nach dem Nationalitätenprinzip ist Deutschland die einheitlichste unteilbarste Nation. Dagegen müßten England und Rußland einen förmlichen Selbstzerteilungsprozeß vornehmen (wie wir das in Heft 2 der „Deutschen Politik“ nachgewiesen haben, auch für Frankreichs Kolonialreich). Wilsons Formel von den Minoritäten schützt auch Österreich-Ungarn, und der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza hat mit gutem

Digitized by Google

Grund seine ausdrückliche Zustimmung ausgesprochen, indem er im Parlament erwiderte:

„Unsere ganze öffentliche Meinung wünscht die freie Entwicklung und das Gedeihen der Nation. Das Nationalitätenprinzip kann jedoch in der Bildung von Nationalstaaten nur dort unbeschränkt zur Geltung kommen, wo einzelne Nationen innerhalb scharf gezogener ethnographischer Grenzen in kompakten Massen auf einem zur Staatenbildung geeigneten Gebiet leben. In solchen Territorien, auf welchen verschiedene Volksstämme und Nationen gemischt wohnen, ist es unmöglich, daß jeder einzelne Volksstamm einen Nationalstaat bilde. (Zustimmung.) Dort kann nur ein Staat geschaffen werden ohne nationalen Charakter, oder dasjenige Volk drückt dem Staate den nationalen Stempel auf, welches seiner Zahl und seinem Gewicht nach vorherrscht. Unter solchen Umständen ist daher nur jene beschränkte Geltendmachung des Nationalitätenprinzips möglich, welche der Präsident der Vereinigten Staaten richtig ausdrückt, indem er folgende Forderung aufstellt: Man muß für jedes Volk Sicherung des Lebens, des Gottesdienstes und der individuellen und sozialen Entwicklung schaffen. Ich glaube, daß diese Forderung nirgend in solchem Maße verwirklicht wird, wie in den beiden Staaten der Monarchie (lebhafte Zustimmung) und auch in dem einen kräftigen nationalen Charakter besitzenden ungarischen Staate. Ich glaube, daß auf den von einem bunten Gemisch von Völkern und Nationen bewohnten Gebieten im Südosten Europas die Forderung der freien Entwicklung der Nationen vollständiger nicht wird verwirklicht werden können, als dies durch den Bestand und die Herrschaft der österreichisch-ungarischen Monarchie gewährleistet wird. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.) Wir fühlen uns daher vollständig eins mit den vom Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellten und jetzt verlesenen Forderungen, und wir werden bestrebt sein, daß in dem in unserer unmittelbaren Nähe liegenden Gebiete dieses Prinzip möglichst verwirklicht werde."

Wilsons Nationalitätenprinzip schützt auch das türkische Konstantinopel vor der russischen Gier und gewährt auch Bulgarien seine nationale Einheit.

Ad 2. Das polnische Beispiel Wilsons ist vom Vierbund verwirklicht worden — unter dem Widerspruch der Entente: „ein einiges, unabhängiges, selbständiges Polen." „Einig" ist Polen, wenn es alle reinpolnischen Bevölkerungsgebiete vereinigt; und „unabhängig-selbständig" wird Polen, wenn es mit „Mitteleuropa" gegen den russischen Bedrücker gesiegt hat.

Ad 3. „Ein direkter Ausgang zu den großen Heerstraßen der See soll jedem großen Volk gesichert sein." Solche Straßen sind die von Calais, von Gibraltar und von Suez und die Dardanellen. Für Calais, Gibraltar und Suez kann Wilson der eifrigsten Mitwirkung Deutschlands versichert sein (ob auch Englands?). Ebenso wird Wilson in den Dardanellen bei der Türkei wie bei Deutschland auf keinen Widerstand stoßen (ob auch bei England?). Die Dardanellenfrage war solange eine „Frage", als die Türkei schwach war oder schien.

Digitized by Google

Dieser Krieg hat die Leistungsfähigkeit der Dardanellen wie der Türkei gesichert und bewiesen, und so kann die Türkei durch die türkischen Dardanellen künftighin ohne Gefahr russische Schiffe durchlassen: im Frieden russische Kriegsschiffe in einer Anzahl und Folge, die eine Bedrohung von Konstantinopel ausschließen, und auch in einem türkischen Krieg mit einer andern Nation russische Handelsschiffe durch eine Rinne mitten durch die Minenfelder hindurch. Damit wird Rußland „der direkte Ausgang zur großen Seestraße" gesichert sein — durch die Türkei und durch Deutschland, entgegen einem fast jahrhundertlangen Widerstand von England.

Ad 4. „Die Freiheit der Meere ist eine conditio sine qua non für den Frieden, für Gleichheit und Zusammenarbeit." Da nimmt Wilson in aller Form eine deutsche Formel des Kriegsziels auf. Ob Wilson die amerikanische Karte daraufhin angesehen hat? Dann hat er finden müssen, daß vom Norden bis zum Süden des amerikanischen Weltteils englische Stationen die Freiheit der Meere bedrohen, ja beseitigen! Von Neufundland über Bermudainseln und Bahamainseln bis Jamaika, über Barbados und Trinidad bis zu den Falklandinseln: eine ganze Sperrkette englischer Forts entlang den amerikanischen Küsten, lauter „englische Helgolands"! Amerika hat genau das gleiche Interesse, aus seinem „nassen Dreieck" herauszukommen, wie Deutschland — beide in gleicher Weise gegenüber England, dem Feind der „Freiheit der Meere".

Man sieht: Dieser Wilson will amerikanisch-neutral sein und wirkt auch so — gleich dem „Mädchen aus der Fremde", das jedem sein Teil mitbringt. In diesem Wilson-Strauß sind Ententeblüten und Vierbundsblumen zusammengebunden; ein Friedensparadies soll daraus ersprießen. So ist es Wilsons Wille...

Einstweilen bereiten Europas Völker den letzten, blutigsten Zusammenprall vor: wird er den amerikanischen Frieden vernichten oder erfüllen? Wilson mag beides in seiner Toga wägen...

Bethmann Hollweg und Bismarck

Von Friedrich Thimme

II.

Wie würde sich Bismarck zu der Bethmann Hollwegschen Politik der inneren Erneuerung stellen, die ihren Ausgangspunkt in dem prachtvollen Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" genommen hat, die seither in den Reden unseres Reichskanzlers vom 2. Dezember 1914, vom 5. Juni, 28. September und 29. November 1916 immer deutlicher in dem Sinne der Gleichberechtigung aller Volksklassen und Parteien, einer freien Entfaltung und Nutzbarmachung aller der unendlichen im Schoß der Nation schlummernden Kräfte, letzten Endes der einigen und geschlossenen Gemeinschaftsarbeit aller Deutschen umrissen worden ist, und die durch die Thronrede vom 13. Januar 1916 ausdrücklich auch für Preußen proklamiert ist?

Digitized by Google

Die Antwort auf diese Frage hat Bismarck im voraus durch seine Haltung in den Jahren 1866 und 1870/71 gegeben.

Bismarck selbst ist es gewesen, der im Kriege von 1866 die Grundlagen zu einer allgemeinen Neuorientierung gelegt hat. Jahrelang hatte er mit den liberalen Parteien im allerschärfsten Kampf wegen der Verfassungsfrage gelebt; nun bot er auf der stolzen Höhe seiner Erfolge, wo er jeden inneren Widerstand mit Leichtigkeit hinwegfegen konnte, in der Indemnitätsvorlage der Opposition die Hand zur Versöhnung. Es ist ein grandioses Beispiel für die Jahrhunderte: „Die stärkste Regierung, welche Preußen je gehabt hat und kaum wieder haben wird, die vom Sommer 1866, erachtete es für ihre erste Pflicht, den glorreichen Erfolgen eines militärischen und diplomatischen Feldzuges ohnegleichen den inneren Frieden hinzuzufügen, *welcher allein der ewige Jungbrunnen der Stärke der Nationen und der Festigkeit der Dynastien ist*[1]."

Aber diese Versöhnung mit der bisherigen Opposition bedeutet doch nur die eine Seite der Neuorientierung von 1866. Von nicht geringerer weltgeschichtlicher Bedeutung ist es, daß Bismarck die „damals stärkste der freiheitlichen Künste", das allgemeine gleiche Wahlrecht, in die Wagschale warf. Beides hat er ja im Hinblick auf die kommende deutsche Einheit, die er sich als höchstes Ziel gesetzt hatte, getan. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck es selbst ausgesprochen: er habe bei der Indemnitätsfrage unter dem Druck des Bedürfnisses gestanden, dem Auslande keine Spur von vorhandenen oder bevorstehenden Hemmnissen durch unsere innere Lage, sondern nur die einige nationale Stimmung zur Anschauung zu bringen. „Eine Fortdauer des inneren Konflikts", hat er an anderer Stelle gesagt, „wäre eine äußerst ungeschickte Vorbereitung auf den französischen Krieg und auf die Durchführung der nationalen Einheit in Deutschland gewesen." Ähnlich hat er sich in bezug auf die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit der ihm höchst unsympathischen Zugabe der geheimen Abstimmung geäußert: „Die Annahme des allgemeinen Wahlrechts war eine Waffe im Kampf gegen Österreich und weiteres Ausland, im Kampfe für die deutsche Einheit, zugleich eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen Koalitionen." Und an anderer Stelle: „Für die preußische Regierung blieb im Hinblick auf die Möglichkeit eines schweren Krieges zur Verteidigung der gewonnenen norddeutschen Einigkeit das letzte Auskunftsmittel immer die volle Entwicklung der deutschen Nationalkraft, ihres Einverständnisses mit den gesamten neuen Einrichtungen. Die Voraussicht künftiger Kriege mußte notwendig die preußische Regierung ermahnen, die nationale Stimmung für sich im weitesten Umfange zu gewinnen und jede Abschwächung derselben zu verhüten. So ist diese Kriegs- und Koalitionsbesorgnis das Hauptmotiv zu der Nachgiebigkeit allen liberalen Forderungen gegenüber gewesen, auch in bezug auf das Wahlrecht."

[1] Nach einer von Bismarck inspirierten Auslassung in der Münchener „Allgemeinen Zeitung" vom 8. März 1892.

Digitized by Google

Heute aber liegt die Situation wieder ganz ähnlich wie die von 1866, nur noch tausendmal ernster und bedrohlicher. Im Jahre 1866 handelte es sich — wieder nach einem Bismarckschen Ausspruche — um Preußens Ansehen in Deutschland und seine europäische Aktionsfähigkeit; heute gilt es Deutschlands Ansehen in der Welt und seine weltpolitische Aktionsfähigkeit, gilt es schlechthin Deutschlands Existenz und Zukunft. Schon 1866 war die Situation so, daß wir kein inneres Hilfsmittel, das die Umstände bieten konnten, abweisen durften, einerlei, ob es allen Anforderungen, die wir daran stellen konnten, entsprach oder nicht. Heute ist es erst recht so, daß auch die letzten Kräfte, die in unserem Volke schlummern, herausgeholt, und daß alles beseitigt werden muß, was die freie, willige und freudige Entfaltung dieser Kräfte nicht bloß in den führenden und gebildeten Schichten, sondern auch in den breiten Massen des Volkes, in der Arbeiterschaft zumal, deren gewaltige Bedeutung für Krieg und Sieg von unseren Feinden rückhaltlos anerkannt und aufs stärkste betont wird, hemmen und lahmlegen könnte. Heute muß es die heiligste Pflicht der Regierung sein, die trennenden Schranken, die vor dem Kriege zwischen ihr und einzelnen Parteien, zwischen den Parteien und Volksklassen überhaupt bestanden, restlos niederzureißen, und die volle Geschlossenheit und Einheit der ganzen Nation zum höchsten Grundsatz zu erheben, dem sich alles, aber auch alles unterzuordnen hat.

Den Weg dazu hat der eiserne Kanzler im Jahre 1866 klar und deutlich vorgezeichnet. Versöhnung und aufrichtiges Entgegenkommen gegen diejenigen Parteien und Richtungen, mit denen sie in Konflikt oder auch nur nicht in Harmonie lebte, so müßte die eine Parole der Regierung im Sinne Bismarcks lauten. Man wende nicht ein, daß Bismarck selbst trotz seiner Haltung in den Jahren 1866 und 1870/71 sich wieder in schwere und leidenschaftliche Kämpfe mit großen Parteien verwickelt habe. Das geschah doch nur, weil er seine Schöpfung, das Deutsche Reich, in seiner Ausgestaltung und Sicherung durch diese Parteien, nicht immer mit Recht, bedroht glaubte. Wir wissen, daß Bismarck Zeit seines Lebens in der Vorstellung befangen geblieben ist, daß sowohl das Zentrum wie die Sozialdemokratie im Grunde reichsfeindlich gesinnt seien. Dem Zentrum hat Bismarck es noch in seinen letzten Lebensjahren vorgeworfen, daß es in seiner ganzen Tendenz ein Gegner des Reiches sei, und daß es als seinen eigentlichen Souverän den Papst ansehe: eine Auffassung, die, nebenbei bemerkt, in letzterer Beziehung doch schon durch die Vorgänge beim Septennat von 1887 widerlegt worden ist. Mehr noch als das Zentrum hat Bismarck die Sozialdemokratie leidenschaftlich befehdet, bis zu dem Grade, daß er wieder und wieder nach Ausnahmemaßregeln gegen sie rief. Aber man vergesse nicht, daß Bismarck den Kampf auch mit den am schärfsten angegriffenen Parteien immer nur als ein Mittel zum Frieden angesehen hat. Am 30. November 1881 hat er es selbst nachdrücklich betont: „Kein Kampf im Inneren zwischen Parteien und der Regierung, kein Konflikt kann von mir als eine dauernde und nützliche Institution behandelt werden. Ich muß Kämpfe führen,

Digitized by Google

aber doch nur zu dem Zwecke, den Frieden zu erlangen. Diese Kämpfe können sehr heiß werden, das hängt nicht immer von mir allein ab, aber mein Endziel ist dabei immer doch der Friede." Und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Bismarck die Zeit zu solchem Frieden für gekommen erachten würde von dem Augenblick an, wo sich mit klarer und zweifelloser Gewißheit zeigte, daß auch die von ihm befehdeten Parteien aus allen Kräften für das bedrohte Vaterland eintraten. Der kennt Bismarck schlecht, der da glauben könnte, daß er in solchem erhebenden Momente noch irgendein Vorurteil, irgendeinen Zweifel festgehalten hätte. Wie grimmig doch hat der gewaltige Mann in seinen Reden wieder und wieder der Armseligen gespottet, die jedes Zu- und Umlernen, jedes Anerkenntnis begangenen Unrechts ablehnten. „Ein Mensch, der nicht lernt, schreitet nicht fort mit seiner Zeit, und bleibt also auch der Zeit nicht gewachsen; Der bleibt zurück, wer fest steht auf dem Standpunkt, den er einmal gehabt hat."

Heute duldet es gar keinen Zweifel, daß Bismarck dem katholischen Volksteil, der in heißer Vaterlandsliebe, in Aufopferung und Hingabe, in wirksamer Geltendmachung aller christkatholischen Motive für die nationale Verteidigung, auch gegenüber den Glaubensgenossen in den uns feindlichen Ländern, in herzlichem und bereitwilligem Entgegenkommen gegen die andersgläubigen eigenen Volksgenossen wahrlich nicht hinter dem protestantischen Volksteil zurückgeblieben ist, manches Vorurteil abbitten würde, nicht minder, daß er auch das Zentrum, das doch wenigstens zum größten Teil mit der katholischen Bevölkerung zusammenfällt, schlechthin als eine nationale Partei anerkennen würde. Es kann ebensowenig bezweifelt werden, daß Bismarck, auch wenn er prinzipiell den oft betonten Grundsatz der weltlichen Leitung eines evangelischen Kaisertums, der staatsrechtlich doch nur eine Fiktion ist, festgehalten hätte, jetzt die Parität restlos im vollen Umfang des Begriffes durchführen und jedes Ausnahmegesetz auch gegen katholische Orden fallen lassen würde. Nach der vorbildlichen neutralen Haltung, die das Oberhaupt der katholischen Kirche während des ganzen Krieges eingenommen hat, würde Bismarck endlich auch ganz sicherlich hinfort den Wünschen unseres katholischen Volksteils in der römischen Frage soweit als möglich entgegenkommen.

Nicht viel anders aber würde sich Bismarck heutigen Tages gegenüber der in der Stärke ihrer vaterländischen Instinkte weit unterschätzten Sozialdemokratie verhalten. Es ist bekannt genug, daß Bismarck einst ein Bündnis mit dem sozialdemokratischen Agitator Lassalle zu dem Zweck gesucht hat, um die Arbeiterbewegung in nationale Bahnen zu lenken. Und heute, wo ein großer, wir dürfen unbedenklich sagen der weitaus größte Teil der Sozialdemokratie zu den Idealen Lassalles zurückgekehrt ist und sich auf den Boden des nationalen Staates gestellt hat, heute sollte Bismarck solche Entwicklung nicht mit der tiefsten Freude und Bewegung gut heißen? sollte nicht der nationalen Sozialdemokratie, wie einst der liberalen Opposition im Jahre 1866, die Hände weit

Digitized by Google

entgegenstrecken und es ihr möglichst leicht machen, sich auf dem Boden des nationalen Staates heimisch und wohl zu fühlen? Wir dürfen darauf hinweisen, daß auch Hermann Hofmann, der Redakteur der „Hamburger Nachrichten", der in den Hunderten von Unterredungen, die er in den neunziger Jahren mit dem Einsiedler von Friedrichsruh hatte, tiefer in seine Anschauungsweise wie jeder andere eingedrungen ist, im letzten Bande seines Bismarckswerks die gleiche Überzeugung ausgesprochen hat: nämlich, daß Fürst Bismarck, wenn er es erlebt hätte, daß die Sozialdemokratie in der entscheidungsvollen Stunde dem Vaterlande treu blieb und auch nicht den leisesten Versuch machte, durch Erhebung im Inneren seine Stoßkraft nach außen lahm zu legen oder abzuschwächen, sein Urteil über die Sozialdemokratie einer völligen Revision unterzogen haben würde.

Es ist ja möglich, daß Bismarck seine frühere Ansicht, wonach der Staat eines Schutzes gegen Hemmnisse und Störungen bedürfe, mit denen die Sozialdemokratie unsere staatliche und bürgerliche Arbeit bedrohe, auch heute noch in bezug auf die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und verwandte Gruppen festhalten würde. Aber der übergroßen Mehrzahl der Sozialdemokraten, die bereit sind, an unserer nationalen, staatlichen und bürgerlichen Arbeit positiv mitzuwirken, würde er, der Vater des Sozialistengesetzes, die Tore so hoch und weit wie nur irgend möglich aufmachen. Er, unser nationaler Heros, wäre der erste gewesen, der die Unterscheidung zwischen nationalen und nichtnationalen Parteien, die er einst selbst mit festgelegt hat, als durch die Ereignisse wesentlich gegenstandlos geworden, zum alten Eisen geworfen hätte.

Es kann denn auch nicht zweifelhaft sein — und damit kommen wir auf den zweiten Teil der vorbildlichen Neuorientierung von 1866 zurück — daß nach Bismarcks Auffassung jetzt, da die Parteien, die er vorzugsweise als reichsfeindlich ansah, Zentrum und Sozialdemokratie, gar nicht zu reden von kleineren Parteien, wie etwa den Welfen, sich als durch und durch vaterlandsliebend, als durch und durch von Staatsgesinnung erfüllt gezeigt und damit aufgehört haben, eine Gefahr für Bestand und Erhaltung des Staates zu bedeuten, daß er jetzt den Zeitpunkt für eine Neugestaltung des Reiches wie des preußischen Staates in freiheitlichem Sinne für gekommen erachten würde. Bismarck hat es oft und sehr eindringlich gesagt: „Wir erstreben und wollen alle dasjenige Maß von Freiheit und Unabhängigkeit und freier Bewegung der Volksvertretung, was mit der Sicherheit und Stetigkeit unserer Einrichtungen überhaupt nur irgend verträglich ist." Daß aber heute, wo mit der vermeintlichen, tatsächlich gar nicht oder doch nicht mehr begründeten reichs- und staatsfeindlichen Gesinnung großer Massen und ganzer Parteien die Gefahren für die Sicherheit unserer Einrichtungen stark vermindert sind, ein größeres Maß von Freiheit und Unabhängigkeit, von Volksrechten und Parlamentsrechten „verträglich", ja geboten ist, als es vor einem Menschenalter schien, das ist völlig klar. Es sei in diesem Zusammenhange daran er-

Digitized by Google

innert, daß Bismarck in seinen letzten Jahren immer wieder für eine größere Autorität der Parlamente, die er mit einem starken Königtum für durchaus vereinbar hielt, eingetreten ist, und daß er sich selbst für volle Ministerverantwortlichkeit ausgesprochen hat. Wie würde der eiserne Kanzler heute lächeln über die schwarzen Besorgnisse reaktionärer Kreise, daß wir auf dem geraden Wege zur Parlamentsherrschaft seien! Mit welchem Hohn würde er, der sich immer und zu jeder Zeit für eine gründliche Änderung des preußischen Dreiklassenwahlrechts ausgesprochen hat, die Prophezeiung lesen, die jüngst in einer Zuschrift an die „Kreuzzeitung" stand: daß die Änderung des preußischen Landtagswahlrechts um keinen geringeren Preis als das Preußen Friedrichs des Großen, den ruhmreichen Staat der Hohenzollern, den Hort der Monarchie und der staatlichen Ordnung errungen werden könne! Wahrlich, Bismarck würde heute keinen Augenblick zögern, die Axt an das preußische Dreiklassenwahlrecht zu legen. Man wende nicht ein: Bismarck habe dieses Wahlrecht, obwohl er es so herbe verurteilte, doch nicht angetastet; also könne er es nicht für so ganz schlecht gehalten haben. Das hieße übersehen, daß zu den Zeiten des ersten Kanzlers, den immer andere und dringlichere Sorgen in Anspruch nahmen, ein starker motorischer Auftrieb für eine Wahlrechtsreform gefehlt hat. Heute aber, nachdem die Überzeugung von der Reformbedürftigkeit des preußischen Wahlrechts bis in die weitesten Kreise gedrungen ist, nachdem die Krone selbst sich in feierlicher Erklärung auf diesen Standpunkt gestellt und noch während des Krieges die „Neugestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften" als etwas Selbstverständliches anerkannt hat, heute würde auch Bismarck sicherlich den Zeitpunkt für eine durchgreifende Reform des preußischen Wahlrechts für nahe gerückt halten.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß Bismarck an die Stelle des Dreiklassenwahlrechts das Reichstagswahlrecht setzen würde, hat doch auch dieses seine Schwächen und Fehler, und ist doch die Abneigung vor seiner Übertragung auf preußische Verhältnisse in zahlreichen Schichten der Bevölkerung verbreitet, auf die Bismarck immerhin Gewicht legen würde. Aber keinenfalls könnte eine Reform des preußischen Wahlrechts, wie Bismarck sie in die Hand nehmen würde, eine ängstliche und kleinliche sein; sie würde vielmehr auf die Grundlagen selbst sich erstrecken und unbedingt das eine berücksichtigen, daß den breiten Schichten des preußischen Volkes ein größeres Maß des Mitbestimmungs- und Mitverantwortungsrechts eingeräumt werde, sei es nun auf dem Wege einer Interessenvertretung, für den Bismarck immer eine besondere Vorliebe gehabt hat, sei es auf dem Wege eines Pluralwahlrechts. Daß Bismarck aber gerade hier, gerade bei dem preußischen Staatswesen mit einer Reformtätigkeit großen Stiles eingesetzt haben würde, ist um so gewisser, als es doch klar zutage liegt, daß just die preußischen Verhältnisse uns vor der Welt den Ruf allzu enger Unfreiheit und Gebundenheit eingetragen haben. Erinnern wir uns daran, wie hoch Bismarck schon 1866 und noch viel früher „Preußens Ansehen in Deutschland und seine eure-

Digitized by Google

päische Aktionsfähigkeit" in seine großen politischen Kombinationen eingestellt hat. Aus Rücksicht auf diese seine Hauptgesichtspunkte hat Bismarck 1866 die „damals stärkste der freiheitlichen Künste" als Trumpf ausgespielt, zwar nicht in Preußen, wohl aber in Deutschland; würde er heute nicht erst recht hier wie dort alle nur denkbaren freiheitlichen Künste ausspielen, wenn er damit auf der einen Seite unsere nationalen Kräfte höher anspannen, auf der anderen Seite Deutschlands weltpolitische Aktionsfähigkeit, die geradezu die Grundlage unserer ganzen Existenz und unserer Zukunft ist, günstig beeinflussen könnte? Wer Bismarck in seiner gewaltigen Größe erfaßt hat, die vor keinem Mittel, und selbst nicht vor revolutionären, unbekümmert vor späteren Folgen, zurückschreckte, dem kann die Antwort auf diese Frage nicht zweifelhaft sein.

Muß es nach alle diesem erst noch ausdrücklich gesagt und betont werden, daß die ganze Neuorientierungspolitik des Herrn von Bethmann Hollweg in vollem Umfange von der Autorität Bismarcks gedeckt wird? Weder in bezug auf Bethmann Hollwegs Verhalten zur Sozialdemokratie, noch in bezug auf die Verheißung einer freiheitlichen Neugestaltung würde der eiserne Kanzler im wesentlichen (von Einzelheiten sehen wir natürlich ab) anders gehandelt haben. Die Frage kann nur sein, ob Bismarck nicht noch weit kühner und durchgreifender vorgeschritten, ob er nicht von vornherein, wie er 1866 gleich mit dem allgemeinen Wahlrecht hervortrat, statt mit der Verheißung der Neuorientierung, mit der Neuorientierung selbst, mindestens in ihren Grundzügen herausgekommen wäre. Möglich, daß die Erfahrungen, die Bismarck mit dem allgemeinen Wahlrecht gemacht hat, ihn später doch behutsamer hätten vorgehen lassen und genau auf die gleiche Bahn geführt hätten, die Herr von Bethmann Hollweg mit seinen allgemeinen Verheißungen eingeschlagen hat.

Das aber ist wieder vollkommen gewiß, daß Bismarck der Mann gewesen wäre, das einmal Verheißene voll, ohne jeden Abstrich, durchzuführen. Er hat es einmal (6. Februar 1868) ausgesprochen: „Welcher Weg der richtige, welcher der fehlerhafte ist, entscheidet die Zukunft, vielleicht, wenn wir alle nicht mehr leben. Aber der Weg, auf dem eine Regierung zugrunde geht, ist der, wenn sie bald dies, bald jenes tut, wenn sie heute etwas zusagt und dies morgen nicht mehr befolgt. Eine Regierung muß nicht schwanken; hat sie ihren Weg gewählt, so muß sie, ohne nach rechts oder links zu sehen, vorwärts gehen; kommt sie ins Schwanken, so wird sie schwach, und darunter leidet das ganze Staatswesen."

Bismarck würde also an der einmal verheißenen Neuorientierung mit völlig unbeirrbarer Festigkeit, unbekümmert um alle Hindernisse festhalten. Er würde sich durch den Widerstand keiner Partei abschrecken lassen, so wenig wie er in den Jahren nach 1866 und 1870/71 durch die Opposition der konservativen Partei von seiner vorgezeichneten Bahn abgelenkt worden ist. Er hat den Konservativen wohl einmal mahnend das eigene Beispiel seiner junkerlichen Kreuzzeitungsjahre vorgehalten: „Wo die Re-

Digitized by Google

gierung engagiert ist, wo die Sache nicht mehr res integra[1] war, da habe ich, so lange ich auf jenen Bänken der konservativen Partei saß, niemals der Regierung Verlegenheiten zu bereiten gesucht." Er hat ein anderes Mal warnend im Abgeordnetenhause darauf hingewiesen: „Wir haben hier Zeiten gehabt, wo infolge von ein, zwei Auflösungen die sehr starke und die Majorität habende konservative Partei auf 11—12 Mitglieder reduziert wurde, weil der Wind, der von der Regierung ausging, die Segel nach der anderen Seite hin blähte." Ganz sicherlich würde Bismarck auch heute die Regierung zum unbeugsamen Festhalten an allem auffordern, was dem deutschen Volk in dieser gewaltigen Zeit, wo es bereitwillig auch das Letzte auf dem Altar des Vaterlandes opfert, zugesagt worden ist. Wir können freilich gewiß sein, daß Herr von Bethmann Hollweg einer solchen Mahnung seines Vorgängers nicht erst bedarf. Er weiß es sicherlich, daß das deutsche und das preußische Volk nie darüber hinwegzukommen vermocht hat, daß die Versprechungen, die die preußische Regierung in einer ähnlichen Lage, in den Jahren der Befreiungskriege, gemacht hat, nicht gehalten worden sind, und er weiß, daß das deutsche Volk auch die größten Erfolge, die der Weltkrieg uns bringen mag, nur dann in allen seinen Schichten mit reiner Freude genießen könnte und würde, wenn ein jeder und auch der niedrigste der Volksgenossen sagen könnte: Was mein Kaiser und sein verantwortlicher Ratgeber in stolzer und schwerer Stunde uns versprochen haben, das ist restlos zu vollem Leben und Wirklichkeit durchgeführt.

Bethmann Hollweg und Bismarck! Das Schicksal selbst hat beide Männer in Parallele gestellt, indem es dem einen die Aufgabe wies, das deutsche Volk zu einigen, und dem anderen die vielleicht noch schwerere Aufgabe, die hergestellte Einheit gegen den übermächtigen Ansturm der halben Welt zu behaupten. Beide haben für die Lösung ihrer Aufgaben, wie grundverschieden sie sonst nach Art und nach Größe sein mögen im wesentlichen dieselben Wege eingeschlagen. Möge, was Bismarck über die Maßen herrlich hinausgeführt hat, auch seinem Nachfolger gelingen! Das wäre heute Bismarcks einziger Wunsch. Und in diesem Wunsch werden sicherlich alle Deutschen, mögen sie nun zu den Anhängern oder zu den Gegnern des Herrn von Bethmann Hollweg zählen, völlig und restlos einig sein.

Die vlamische Bewegung

Von G. v. Schulze-Gaevernitz, M. d. R.

I. Vor dem Kriege

Das Königreich Belgien von 1830 war geplant als eine politische und kulturelle Provinz Frankreichs. Der erstere Plan scheiterte an der Gegenwirkung Englands, welches damals noch in Frankreich seinen hauptsächlichsten Mitbewerber um die

[1] unversehrt.

Digitized by Google

Weltmacht erblickte. Das Ergebnis war die Herstellung eines Kleinstaates, dem die Neutralität von den Großmächten auferlegt wurde. Ein Wandel trat hierin erst ein, nachdem Frankreich in Faschoda vor England abgedankt hatte; seitdem war Belgien auch ein politischer Annex der englisch-französischen Entente. Viel schneller und vollständiger verwirklichten sich die kulturellen Pläne Frankreichs. Das Belgien von 1830 wurde eine französische Zwergnation, deren ganzer Ehrgeiz es war, als französisch voll genommen zu werden. Insofern hatte Frankreich schon damals mehr als halb gesiegt. Der neue Staat entließ die alten niederländischen Beamten und führte das bürgerliche Recht Frankreichs ein. Französisch war die Regierung und die Beamtenschaft, das Recht und die Juristen, das nunmehr aufkommende industrielle Großkapital, sowie der seit alter Zeit urbanisierte Landadel; französisch waren die Intellektuellen, der Episkopat, wie die Loge — „alles was Macht ist". Das innerste Wesen eines Staates sprach der belgische Ministerpräsident Rogier 1842 dahin aus, daß das germanische Element in Belgien allmählich ausgerottet werden müsse. Nunmehr erst wurde das Vlamische zur Sprache „der Kneipe und Küche", während in österreichischer Zeit die provinziale Regierung wenigstens noch vlamisch verhandelt hatte und das Vlamische die Sprache des besseren Bürgerstandes gewesen ist, wie etwa die Grabsteine aus dem 18. Jahrhundert in den Kirchen Vlanderns beweisen.

Das vlamische Volk, welches seit 1830 insbesondere auch der Verwelschung durch den Unterricht ausgesetzt war, ist in seiner breiten Masse ungebildet und kulturfern. Der Vlame, welcher gesellschaftlich oder staatlich aufsteigt, nimmt die französische Sprache und Bildung an und bricht so mit seinem innersten Wesen. Auf der anderen Seite wird der soziale Aufstieg des Volkes durch die fremde Sprache gehemmt: „indem jemand in die höhere Bourgeoisie aufsteigt, steigt er in eine französische Welt, die mit dem Volke nichts mehr gemein hat." (L. de Raedt.) Die Sprachgrenze geht damit zugleich „horizontal". Bei einer großen Menge von Analphabeten in den Unterschichten wird aller gehobene Unterricht in fremder Sprache erteilt. Es gilt dies insbesondere von dem höheren Mädchenunterricht, der nicht nur der Sprache, sondern auch der Seele nach französisch ist. Die häufige Folge ist, daß keine der beiden Sprachen vollständig beherrscht wird, und die beschämende Einsicht, weder dem Vollblutfranzosen, noch dem Niederländer sprachlich gewachsen zu sein, hat manche Intellektuelle zum glühenden Anhänger der vlamischen Sache gemacht. Nur mit persönlicher Anstrengung, die von wenigen geleistet werden kann, erwarben die bewußten Flamingganten neben der französischen Schulbildung eine höhere niederländische Bildung.

Der Vlame war der Kuli, auf dessen Rücken sich der belgische Industrie- und Börsenkapitalismus aufbaute, der dem Träger sprach- und wesensfremd war — ein unsozialer Bourgeoisstaat. Man sagte mit Recht, daß man in diesem Staate habe Minister werden können mit alleiniger Kenntnis des Französischen, dagegen nicht Türsteher in dem Ministerium mit alleiniger Kenntnis des Vlamischen.

Digitized by Google

Diesen Mißständen entsprang die vlamische Bewegung[1]. Dieselbe trug, wie auch anderwärts die Anfänge nationalen Erwachens, in ihren Ursprüngen einen literarischen Charakter. Unter ihren Begründern stehen Schriftsteller wie Willems, Prudens von Duyze, Conscience, sowie der Deutsche Hoffmann von Fallersleben voran. Ihnen allen lag das Sprachliche zunächst am Herzen:

„Die Sprache ist ganz das Volk"
(De taal is gansch het volk).

In seinem weltberühmten Buche Till Ulenspiegel entdeckte de Coster die Seele Vlanderns. „Begräbt man Ulenspiegel, den Geist, und Nele, das Herz der Mutter Vlandern? Sie kann schlafen, aber sterben, nein!" Diesen literarischen Zug hat die vlamische Bewegung bis heute gewahrt und gemahnt uns Deutsche darin an die Zeit unserer Großväter. Noch heute ist „Dichter" der beste Ehrentitel, über den ein Volk verfügt, das in der Literatur allein seinem Wesen vollen Ausdruck geben kann. Noch heute grünt's und blüht's — abseits von der großen Heerstraße, — überreich im vlamischen Dichterwalde. Aus dem breitverschlungenen Geäste wuchs ein Guido Gezelle[2] in die Höhen der Weltliteratur — Gärtnerskind und katholischer Priester, Hüter der Schollennähe und Himmelssehnsucht der niederdeutschen Volksseele. In der unendlichen Biegsamkeit seiner Sprache, jugendfrisch und altertümlich zugleich, gemahnt er uns Hochdeutsche an Walther von der Vogelweide.

Verächtlich scheinen dem bewußten Vlamen jene Abtrünnlinge, welche der Weltsprache Frankreichs die Seele Vlanderns anvertrauten — glatter Form die schmelzende Stimmung. Um klingender Berühmtheit willen zerschnitt ein Maeterlinck die Wurzeln mit dem Mutterboden, aus dessen Tiefe seinen Versen der Blütenduft und der Blumenglanz zusteigt. Ihm gegenüber ist ein Stijn Streuvels der Liebling seines Volkes, — auch heute noch, trotzdem er in seinem Kriegstagebuch erklärte, daß er die Deutschen nicht hassen und von deutschen Greueln nichts berichten könne.

Seit den achtziger Jahren entstand daneben, anknüpfend an Sprachenforderungen in Schule und Staatsleben, eine vlamische Bewegung mehr politischer Natur. Die literarische Vorzeit hinterließ ihr als Streitlied die wuchtigen Verse H. van Peenes:

„Sie sollen ihn nicht zähmen,
den stolzen vlamschen Leu,

„Zy zullen hem niet temmen
den fieren Vlaamschen Leeuw

[1] Vergl. die sachkundigen Aufsätze von Dr. Dirr im „Belfried", Juli und August 1916. Ferner in niederländischer Sprache: M. Josson, Frankryk de eeuwenoude vyand van Vlandern en Wallonie. Breda, Engelbrecht, 1913. — Paul Frederic, Geschiedenis der vlaamsche Beweging. Victor de Horn Fonds, Gent. — L. de Raedt, Over vlaamsche Volkstracht. Nederlandsche Boekhandel. Antwerpen. — Die beste neuere Zusammenfassung enthält Labberton, De vlaamsche Beweging. Haag bei Stockum 1916.

[2] Vergl. Rud. Al. Schröder: Guido Gezelle, „Belfried", Okt. 1916, sowie um einen Eindruck zu gewinnen von der vlamischen Lyrik, Vlamische Dichtung. Eine Auswahl im Urtext und Übersetzung. Jena, Diederichs. 1916.

Digitized by Google

so lang der Leu kann klauen, so lang er Zähne trägt.“

Zoo lang de Leeuw kan klauwen, Zoo lang hy tanden heeft.“

Diese politische Bewegung vermochte jedoch nicht die alten politischen Parteien aus dem Sattel zu heben, welche vor den Wahlen alles versprachen und nach den Wahlen im besten Falle mit papiernen Paragraphen bezahlten. Nicht nur das Zensuswahlrecht schaltete die vlämschen Führer aus der politischen Arena aus, sondern ebenso die Verwelschung der oberen Klassen, wie die Dumpfheit der vlamischen Masse.

Die Begründung einer besonderen „vlamischen Volkspartei“ im Parlament mißglückte. Dagegen bedienten sich politische Streber der vlamischen Bewegung als eines Sprungbrettes: in die politische Welt emporgeschnellt, verrieten sie die vlamische Sache, um mit den bestehenden Mächten sich zu vertragen und auf Abgeordnetenstühle und in Ministersessel sich zu setzen.

Obgleich die Führer der vlamischen Bewegung die ganze Schwere politischer Ächtung, z. B. bei Staatsanstellungen, zu tragen hatten, so waren sie trotzdem mit Ausdehnung des Wahlrechts schrittweise dazu gelangt, bei den Wahlen ihre Bedingungen zu stellen. Dieselben umfaßten kurz vor dem Kriege drei Hauptforderungen — aber ohne Aussicht auf Erfolg in nächster Zukunft:

1. Voran stand die Vervlamschung der Genter Hochschule, ein Hauptwunsch der Vlamen, der bis in die bäuerlichen Kreise hinein volkstümlich war. Mir selbst sagte ein Bauer in Westvlandern, daß ein Arzt, der ausschließlich französisch vorgebildet sei, einen nur vlamisch sprechenden Kranken nicht gut behandeln könne. Die Vervlamschung der Genter Hochschule war in der Kammer diskutiert, aber von der Regierung abgelehnt worden, insbesondere von den Ministern de Brocqeville, Carton de Wiart; in dem damit betrauten Kammerausschuß wurde die Forderung von Woeste als Referenten bekämpft.

2. Man verlangte die Durchführung des Schulgesetzes vom Juni 1914, das in den Volksschulen die Muttersprache zur Unterrichtssprache machte (moedertaal — voertaal!), ein Gesetz, das zur Zeit des Kriegsausbruches noch nicht zur Ausführung gekommen war.

3. Man verlangte die Trennung des Heeres nach vlamischen und wallonischen Regimentern mit eigener Kommandosprache. Diese Forderung ist von der Regierung abgelehnt und durch van Cauwelaert, dem einstigen Fahnenträger des Vlamentums, preisgegeben worden.

Über diese vereinzelten Sprachenforderungen hinaus war die vlamische Bewegung kurz vor dem Kriege bei der allgemeinen Forderung der Verwaltungstrennung angelangt.

Diese Forderung war zuerst von radikalen Wallonen — Dupont (Vizepräsident des Senats), Jenissen, Destrée — aufgestellt worden: „séparation administrative“. Sie entsprang der Besorgnis vor dem allmählichen Aufstieg des bis dahin in Unbildung niedergehaltenen, aber kinderreichen vlamischen Volksteiles, welcher mit Erweiterung

Digitized by Google

des politischen Wahlrechtes im Vordrängen begriffen war. Auf dem Wege der Verwaltungstrennung wollte man Wallonien der Gefahr der Doppelsprachigkeit entziehen und einen festen Damm gegen die germanische Flut aufwerfen. Man hoffte damit, den Wallonen auf alle Zeit die unbedingte Herrschaft im eigenen Lande zu sichern, ohne dabei auf die Eroberung Vlanderns durch französische Einflüsse zu verzichten.

„Wallonien einsprachig, Vlandern zweisprachig!" Die Urheber dieses Programms wandten sich damit zugleich und nicht ohne Erfolg an die wallonische Arbeiterschaft, welche, vom Sozialismus durchtränkt, ebenso den Klerikalismus, wie die wirschaftliche Konkurrenz des gläubigen und genügsamen Vlamen fürchtet. Dr. Dirr schildert dieses soziale Verhältnis mit folgenden Worten:

„Am Montag pflegen die vlamischen Wochenarbeiter in Scharen mit den Zügen herbeizufahren aus ihren fernen Dörfern, um bei bescheidenem Lohne und größter Genügsamkeit die Woche über in den Fabriken und Gruben zu schaffen, um am Samstag auf einige kurze Erholungsstunden zu Weib und Kind in die Heimat zurückzukehren, und dann wieder ihr Wochenwerk von vorn anzufangen. Nur mit Unbehagen ertrug der geschmeidige, bewegliche Wallone diese zähen Menschen, deren geduldiges und ausdauerndes Wesen sich auch einer Disziplin fügte, die der Wallone verabscheute."

Juli 1912 nahmen die Provinzräte von Lüttich und von Hennegau, welche beide liberal-sozialistische Mehrheiten haben — unter dem Schlagwort: „Los vom klerikalen Vlandern" — Entschließungen im Sinne einer umstürzenden Reform der belgischen Staatsverfassung an. Man wandte sich gegen den belgischen Zentralismus als „das Werk napoleonischer Tyrannei" und stellte die Forderung des staatlichen Föderativsystems. Die älteren Vlamenführer, Pol de Mont, Hippolit Meert u. a. verhielten sich demgegenüber zwar nicht ablehnend, aber abwartend und mäßigend. „Wir verlangen zwar keine Scheidung, aber fürchten sie nicht." Die radikale Richtung dagegen hat den hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen: nur durch völlige Trennung Vlanderns von Wallonien in staatlicher Verwaltung, „bestuurlijke scheiding" glaubten sie das Leitwort der Vlamen verwirklichen zu können: „in Vlaanderen Vlaamsch". Diese Richtung hat kurz vor dem Kriege in Gent einen Verein und eine Zeitschrift gegründet, welche den Gedanken der Verwaltungstrennung verfochten. Aber auch die altbewährten vlamischen Führer, welche im Vlaamschen Volksraad zu Worte kamen, (Franz Reinhard, Vital de Vos) beschäftigten sich mit der Frage der Verwaltungstrennung; bei seiner Sitzung vom 14. April 1914 hat der Volksraad einen Studienausschuß für diesen Gegenstand ernannt. Die Stammesgegensätze hatten sich kurz vor dem Kriege so zugespitzt, daß Destrée und andere Eingeweihte einen Bürgerkrieg für unvermeidlich erklärten.

Digitized by Google

Die Freiheit der Meere und die deutsche Kolonialbetätigung nach dem Kriege

Von Franz Kolbe

Wer im Laufe des letzten Sommers die Äußerungen der deutschen Presse zur Kolonialfrage verfolgt hat, dem bot sich ein eigentümliches Bild. Rechterhand — linkerhand — alles vertauschet! Während in der sozialdemokratischen Presse, vor allem in den „Sozialistischen Monatsheften" und der Gewerkschaftspresse, ein Arbeiterführer nach dem andern sich zu der Überzeugung bekannte, daß im Interesse gerade unserer Arbeiterbevölkerung und der ausreichenden Versorgung der deutschen Industrie mit tropischen Rohstoffen eine koloniale Betätigung Deutschlands unerläßlich sei, fanden wir in den früher kolonialfreundlichsten Blättern Artikel, die von einer Fortsetzung unserer Kolonialpolitik nach dem Kriege nur unter gewissen Bedingungen etwas wissen wollten.

Diese Erörterungen nahmen ihren Ausgang von den Vorträgen, die der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Dr. Solf, im Laufe des Frühjahrs in einer Anzahl von größeren Städten gehalten hatte. Verschiedene der äußersten Rechten angehörigen Blätter wollten daraus eine Geneigtheit des Staatssekretärs herauslesen, die von uns besetzten belgischen und französischen Gebiete gegen den vom Feinde genommenen deutschen Kolonialbesitz auszutauschen, überhaupt ein Zeichen der Nachgiebigkeit gegen England. Sie betonten demgegenüber die Notwendigkeit eines Ausbaues der deutschen Festland- und Küstenstellung und der Überseegeltung, sowie des Ausbaues der heimischen Seemacht — ohne diese sei unser Kolonialbesitz von der Gnade Englands abhängig.

Inzwischen ist in der Jäckhschen Flugschriftensammlung „Der deutsche Krieg" der Wortlaut des Solfschen Vortrages „Die Gefahren des Weltkrieges für unsere Kolonialpolitik" als Heft 85 dieser Sammlung erschienen. Wer den Vortrag mit Aufmerksamkeit durchliest, wird zugeben müssen, daß eine solche Auslegung der Worte des Staatssekretärs nicht gut haltbar ist. Wohl hat Staatssekretär Dr. Solf erklärt, selbst wenn es nicht möglich sei, die Freiheit der Meere in diesem Kriege zu erkämpfen, müsse Deutschland auch nach dem Kriege Kolonialpolitik treiben. — Er hat aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch er die deutsche Seegeltung und den weiteren Ausbau unserer Flotte für notwendig hält und noch besonders betont, daß ein deutscher Kolonialbesitz eine wertvolle Unterstützung der deutschen Seegeltung bilden kann.

Im weiteren Verlaufe der Preßerörterungen haben erfreulicherweise auch die Hauptrufer im Streite, die „Deutsche Tageszeitung" und die „Kreuzzeitung", anerkannt, daß weder der Besitz der flandrischen Küste die Freiheit der Meere und die Seeherrschaft verbürgt, noch ein Verzicht auf deutsche koloniale Betätigung von ihnen für richtig gehalten wird. Es handele für sie sich lediglich darum, die deutsche koloniale

Digitized by Google

Betätigung durch entsprechende Verstärkung der deutschen Flotte und ihrer Machtstellung an der Küste der Nordsee sicher zu stellen, vor allem aber zu verhindern, daß einerseits von uns Kolonien zurückerworben werden im Austausch gegen die von uns besetzten Gebiete, andererseits auf den Ausbau der deutschen Flotte auf Grund des Risikogedankens verzichtet wird. Diese Forderungen dürften offene Türen einrennen.

In Nr. 31 des „Größeren Deutschland" hat sich insbesondere Herr Graf zu Reventlow ausführlich mit diesen Fragen beschäftigt. Er hat dabei sowohl die Bedeutung unserer Kolonien als Lieferanten von Rohstoffen, als auch ihre Bewertung als Siedelungsland und ihre Verteidigungsfähigkeit in Frage gezogen. Für die Wiedererlangung des Kolonialbesitzes stellt Herr Graf zu Reventlow folgende drei Forderungen. Es dürfen als Gegenwerte nicht gegeben werden:

1. der Hochseeflottengedanke und seine Verwirklichung;
2. nicht die erforderlichen Sicherheiten und realen Garantien an der belgischen Küste bezw. in Belgien überhaupt;
3. nicht eine aktive selbständige Weltwirtschaftspolitik.

Da ich mich persönlich als Anhänger dieser drei Forderungen bekenne, insbesondere der Überzeugung bin, daß keine amtliche Stelle des Deutschen Reiches je daran gedacht hat, die Verwirklichung des Hochseeflottengedankens und eine aktive selbständige Weltwirtschaftspolitik aufzugeben, glaube ich, daß auch Herr Graf Reventlow mir das Recht zugestehen wird, meine von der seinigen abweichende Meinung in der Frage der Beherrschung der Meere und der Verteidigungsfähigkeit unseres künftigen deutschen Kolonialbesitzes auseinander zu setzen.

Bevor ich dazu übergehe, noch einige Worte über den Wert unserer Kolonien für die Rohstoffversorgung unserer Industrie und als Siedelungsland. Richtig ist, daß die aus unseren Kolonien gelieferten Rohstoffe bisher nur einen verhältnismäßig geringen Teil unseres Rohstoffbedarfes ausmachten. Schuld daran sind wir aber zum großen Teil selber, weil wir die Kolonien noch nicht genügend durch Verkehrswege erschlossen haben. Sobald die vom Reichskolonialamt geplanten Eisenbahnen in Kamerun fertiggestellt sind, wird z. B. unsere Versorgung mit Palmkernen und Palmöl von dorther sich mindestens verzehnfachen. Man vergleiche nur die steigende Ausfuhr an Palmfrüchten durch die Kameruner Nordbahn. Weiter ist aber zu beachten, daß der Friede uns sicher eine bedeutende Vergrößerung unseres Kolonialreiches bringen wird. Einiges darüber wird in meinem Aufsatze weiter unten angedeutet. Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß das neue deutsche Kolonialreich einen großen Teil des Bedarfes an gewissen Rohstoffen zu decken imstande ist, sobald es genügend erschlossen ist, so daß von weiteren Rohstoffen von Jahr zu Jahr steigende Mengen nach Deutschland von dorther eingeführt werden können.

Es ist ferner ausgeführt worden, daß unsere Kolonien nur einen geringen Teil unseres Rohstoffbedarfes decken können und daß deshalb der Welthandel für uns

Digitized by Google

wichtiger sei, als der Besitz eigener Kolonien. Über den ersten Teil haben wir uns bereits ausgesprochen. Was letzteres anbetrifft, so mag doch nicht vergessen werden, daß auch unser Welthandel ebenso wie die Verbindung nach den Kolonien zurzeit für uns gesperrt ist und daß daher dieselben Argumente, die gegen die Fortführung unserer Kolonialpolitik sprechen, ebensogut gegen einen deutschen Überseehandel nach dem Kriege angeführt werden könnten. Deutsche Kolonien brauchen wir aber gerade, um uns mit der Zeit von der Lieferung der Rohstoffe durch das Ausland unabhängig zu machen. Wir müssen selbst in die Lage kommen, den Preis der Rohstoffe zu bestimmen — sollen wir diese teurer bezahlen, als das Ausland, dann ist unsere Industrie auf die Dauer nicht mehr wettbewerbsfähig.

Was den Wert als Siedelungsland anbetrifft, so ist sowohl der Wert Deutsch-Südwestafrikas als auch der Hochländer Deutsch-Ostafrikas noch immer nicht genügend anerkannt — mit Angola dürften neue zur Besiedelung durch Weiße geeignete Gebiete in deutschen Besitz übergehen. Wenn Herr Graf Reventlow darauf hinweist, wir hätten keinen Auswandererüberschuß, so wollen wir doch nicht verkennen, daß noch in den letzten Jahren vor dem Kriege jährlich etwa 20000 Deutsche das Vaterland verließen, um sich in der Fremde eine neue Heimat zu gründen. Diese Ziffer allein würde schon genügen, um eine genügende Besiedelung der Kolonien sicher zu stellen. Nach dem Kriege ist aber eine starke Rückwanderung Deutscher, insbesondere deutscher Landwirte, aus einer Anzahl fremder Gebiete, mit Sicherheit zu erwarten. Es handelt sich zum Teil um Leute, die an tropische oder subtropische Landwirtschaft bereits gewöhnt sind.

Nun zur Frage der Beherrschung der Meere. Auch die „Deutsche Tageszeitung" hat zugestanden, daß selbst der Besitz der flandrischen Küste noch keine Garantie für die Beherrschung der Meere ist. Er kann lediglich die Erkämpfung der Seeherrschaft erleichtern, insofern, als er es der deutschen Hochseeflotte ermöglichen würde, die englische Flotte, die sich im Norden Schottlands in ihren dortigen Stützpunkten versteckt, ohne Gefährdung des Rückzuges dort aufzusuchen und anzugreifen. Eine Erkämpfung der Freiheit der Meere in dem Sinne, daß die Schiffahrt zwischen den deutschen Kolonien und dem Mutterlande auch während eines Krieges mit England in keiner Weise gestört ist, ist doch wohl überhaupt in diesem Kriege nicht zu erreichen. Dazu wäre die Niederkämpfung der englischen Flotte Voraussetzung. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die englische Flotte sich in diesem Kriege der deutschen noch einmal stellt.

Sollten wir die flandrische Küste behalten, so wird England voraussichtlich durch Einbehaltung der französischen Kanalküste eine weitere Sicherung seiner Kanalstellung zu erlangen suchen. Selbst also, wenn es uns gelänge, durch den Besitz der flandrischen Küste die Osteinfahrt in den Kanal frei zu machen, könnten wir England nicht daran hindern, den Westausgang des Kanals zu sperren, oder innerhalb des Kanals mit Unter-

Digitized by Google

seebooten, Torpedozerstörern und Kreuzern einen Handelskrieg zu führen. In gleicher Weise könnten wir einen englischen Handelskrieg auf dem Atlantischen Ozean nicht verhindern. Insofern also könnte weder der Ausbau der deutschen Hochseeflotte noch der Besitz der flandrischen Küste uns die Freiheit der Meere sichern. Wohl aber könnte bis zu einem gewissen Grade ein entsprechender Ausbau der Verteidigungsfähigkeit eines großen deutschen Kolonialreiches in Mittelafrika hierzu mithelfen.

Vor allen Dingen möchte ich hier darauf hinweisen, daß, *wenn der diesem Weltkriege folgende Frieden uns keinen großen Kolonialbesitz bringt, die Erringung eines solchen wohl überhaupt ausgeschlossen sein dürfte.* Wir haben von Frankreich und Belgien große Teile besetzt. Diese beiden Länder werden also in erster Linie einen Teil der Kriegsentschädigung durch kolonialen Besitz zu zahlen haben, nicht in dem Sinne etwa, daß mechanisch aufgerechnet wird: der Besitz Belgiens ist so und so viel wert, der belgische Kongo dagegen so und so viel, sondern in dem Sinne, daß der unterliegende Teil verpflichtet ist, dem Sieger seine Kriegskosten und Kriegsschäden zu ersetzen. Im Jahre 1870/71 betrugen die baren Kriegskosten des Deutschen Reiches 1024 Millionen Mark, die französische Kriegsentschädigung dagegen bestand in der Abtretung von Elsaß und Lothringen und in der Zahlung von 5 Milliarden Mark. Da durch den jetzigen Krieg die Finanzen aller Teilnehmer in einer Weise in Anspruch genommen werden, daß an eine bare Kriegsentschädigung in Höhe der Kriegskosten und Kriegsschäden nicht zu denken ist, muß ein Teil der Kriegsentschädigung in Kolonialbesitz gezahlt werden. Was Frankreich anbetrifft, ist eine derartige Kriegsentschädigung auch aus dem Grunde noch notwendig, weil Frankreich bereits in diesem Kriege einen Teil der Eingeborenenbevölkerung seiner Kolonien mobil gemacht und auf dem europäischen Kriegsschauplatz verwendet hat und weil aus allen Erklärungen der französischen Staatsmänner der feste Wille hervorgeht, die Abnahme der weißen Bevölkerung Frankreichs durch entsprechende Vermehrung seiner Eingeborenentruppen wieder wett zu machen, um in einem zukünftigen Kriege gerade aus dieser Eingeborenenbevölkerung den Hauptteil des gegen uns kämpfenden Heeres stellen zu können. Es ist daher für uns direkt eine Pflicht der Notwehr, den französischen Kolonialbesitz in Afrika so zu verkleinern, daß die Gefährdung durch die schwarze Armee Frankreichs in erträglichen Grenzen gehalten wird.

Eine Erörterung über die Größe des zukünftigen Kolonialreiches verbietet sich zurzeit aus bekannten Gründen noch von selbst. Nehmen wir daher an, daß der Friede uns lediglich ein mittelafrikanisches Kolonialreich im ungefähren Ausmaße desjenigen bringt, was England uns bei den Kolonialverhandlungen des Jahres 1914 zuzustehen bereit war. Nehmen wir also an, daß wir außer der Rückgabe unserer deutschen Kolonien als zukünftigen Kolonialbesitz den gesamten belgischen Kongo, ganz Französisch Äquatorialafrika und Angola erhalten.

Digitized by Google

Wie steht es um die Verteidungsfähigkeit dieses deutsch-mittelafrikanischen Reiches? Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die Gefährdung der Grenzen unserer einzelnen Kolonien bedeutend vermindert ist. Bei Kamerun ist sie z. B. auf etwa 1/3 herabgesetzt, da nur noch die Grenze gegen Nigeria zu schützen ist, während die gesamte französische Grenze in Zukunft fortfiele. Für Deutsch-Ostafrika käme in Fortfall der Schutz der Westgrenze, für Deutsch-Südwestafrika der Schutz der Nordgrenze. Neu hinzu träte allerdings für das frühere Französisch Äquatorialafrika im Norden die leicht zu schützende Saharagrenze und im Osten die Grenze mit dem Ägyptischen Sudan. Auch diese ist aber lange nicht in dem Maße gefährdet, wie früher die französische Kamerungrenze, weil der ägyptische Sudan von fanatischen Mohammedanern bewohnt wird, die eher vom deutschen Besitze her zum Aufstand veranlaßt werden könnten, als zum Angriff auf den Besitz Deutschlands, des Freundes und Verbündeten des Kalifen. Deutsch-Ostafrika würde allerdings die Grenze gegen Britisch Ostafrika und damit die Gefährdung von Norden her behalten. Der Süden des belgischen Kongo, der Osten von Angola, der Osten und Süden Deutsch-Südwestafrikas grenzen an englisches Gebiet. England wäre also auch hier unser Hauptfeind. Wenn man aber bedenkt, daß Deutsch-Südwestafrika sich trotz seiner stark verminderten Schutztruppe, die lediglich zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, ebenso wie die Schutztruppen der anderen Kolonien, gegen Eingeborenenaufstände berechnet war, 12 Monate, Kamerun 17 Monate und Deutsch-Ostafrika jetzt bereits 26 Monate hält und noch immer tapferen Widerstand leistet, so wird man zugeben müssen, daß es den Engländern bei einem Feldzuge gegen dieses mittelafrikanische Kolonialreich schwer werden dürfte, auch nur ähnliche Erfolge wie jetzt in Deutsch-Ostafrika zu erzielen, wenn von vornherein die Verteidigungsfähigkeit des deutschen Kolonialreiches in genügendem Maße von uns gesichert wird. An Menschenmaterial fehlt es nicht, insbesondere nicht an Eingeborenen. Deutsch-Südwestafrika und Kamerun mußten sich ergeben, hauptsächlich wegen Mangel an Munition, in zweiter Linie infolge Mangel an Lebensmitteln. Beides wäre unschwer sicher zu stellen, sofern die einzelnen Teile von Deutsch-Mittelafrika durch Eisenbahnen derart in Verbindung gebracht sind, daß die strategisch wichtigen Punkte in kürzester Zeit besetzt und die verfügbaren Lebensmittel von den Orten ihrer Produktion an die Orte des Bedarfes gebracht werden können. Daß dies mittelafrikanische Kolonialreich genügend Lebensmittel für die weiße Bevölkerung, insbesondere an Weizen, Mais, Reis, Fleisch usw. erzeugen kann, ist zweifellos. Bei Festsetzung der abzutretenden Gebiete wäre natürlich auf möglichst strategisch gesicherte Grenzen Rücksicht zu nehmen. Die Versorgung der Schutztruppen mit Waffen und Munition könnte wohl für die erste Ausrüstung und auch für eine hinreichende Verstärkung im Kriegsfalle ohne Schwierigkeit aus der Kriegsbeute an Gewehren, Maschinengewehren und Geschützen, sowie Munition, bereitgestellt werden. Sorge zu tragen wäre lediglich für einen hinreichenden Vorrat

Digitized by Google

an Munition und für die Möglichkeit, die verbrauchte Munition in den Kolonien selbst durch Neuanfertigung zu ergänzen — als die Anlage von Munitionsfabriken. Außerdem wären natürlich strategisch wichtige Punkte zu befestigen. Die Unverfrorenheit, mit welcher die Engländer in den unbefestigten Hafen von Daressalam eindrangen, obwohl ihnen die Ausführung kriegerischer Handlungen dort ausdrücklich untersagt worden war, hat uns den Beweis geliefert, daß die Sicherheit unserer Kolonien nicht genügend gewährt ist ohne Anlage einer hinreichenden Zahl befestigter Flottenstützpunkte. Außerdem müßte natürlich ein Geschwader von schnellen Kreuzern in hinreichender Stärke, sowie die sonstigen Hilfsschiffe zur Verteidigung, Unterseeboote, Kanonenboote, Minenleger usw. in hinreichender Zahl vorhanden sein.

Wie aber sollen wir diese Kosten decken — höre ich meine Leser fragen! Auch hierfür wäre unschwer Rat zu schaffen. Sämtliche Kolonien Afrikas haben mehr oder minder große Anleihen bei dem betreffenden Mutterlande aufgenommen für den Bau von Eisenbahnen, Häfen usw. So z. B. der belgische Kongo etwa 100 Millionen Mark, Französisch Äquatorialafrika etwa 20 Millionen Mark, Angola etwa ebensoviel. Es dürfte doch wohl beim Friedensschlusse durchzudrücken sein, daß — als Ergänzung der baren Kriegsentschädigung — die uns abzutretenden Kolonien völlig schulden- und lastenfrei abgetreten werden. Hierdurch würde einerseits die Rentabilität dieser abgetretenen Kolonien garantiert, andererseits aber dürfte voraussichtlich ein genügender Überschuß über die jährlichen Ausgaben verbleiben, der schon von Beginn der Übertragung auf das Deutsche Reich an die Aufnahme einer Anleihe zu Verteidigungszwecken ermöglichen würde. Es dürften wohl mit Leichtigkeit die Zinsen für eine Verteidigungsanleihe von 50—100 Millionen Mark sichergestellt werden. Für diesen Betrag wären einerseits eine Anzahl von Häfen als Flottenstützpunkte auszubauen — z. B. Daressalam, die Mündung des Kamerun-Ästuar, die Mündung des Kongo, ein Hafen an der Küste von Angola, ein Hafen an der Küste von Südwestafrika (etwa Lüderitzbucht).

Was dürfte dieser Ausbau der deutschen Kolonialhäfen zu Flottenstützpunkten für Folgen haben? Die ganze Küste Westafrikas von der Mündung des Croßflusses bis zur Mündung des Oranje wäre in deutschem Besitz. Wenn man sich nur erinnert, welche gewaltigen Leistungen unsere „Emden" im Indischen Ozean, die „Karlsruhe" im Atlantischen Ozean vollbracht haben, ohne jeden Flottenstützpunkt, ohne jede Möglichkeit, ihre Ausrüstung an Munition, Lebensmitteln und sonstigen Ausrüstungsgegenständen in einem Hafen zu ergänzen — dann erst wird man sich klar werden darüber, was die Befestigung der halben Westküste Westafrikas für Deutschland und für England zu bedeuten hätte! Sobald in einem neuen Kriege der Suezkanal gegen England von den Türken gesperrt wird, muß der gesamte Verkehr zwischen England und seinen Kolonien: Indien, Australien und Südafrika um das Kap der Guten Hoffnung herum gehen. Der gesamte Schiffahrtsverkehr um das Kap der Guten

Digitized by Google

Hoffnung aber müßte alsdann die Küste von Deutsch-Mittelafrika passieren! Was wäre die Folge? Unmöglich könnte England seine gesamte Flotte mehr in der Nordsee zusammenhalten und Deutschland bedrohen. Es wäre vielmehr gezwungen, zur Sicherung seines Handels eine bedeutende Flotte in Südafrika zu stationieren. Das würde eine nicht unbeträchtliche Schwächung der Seestreitkräfte in den europäischen Gewässern bedeuten. Die deutschen Kolonien würden nicht nur — wie von einem großen Teil der deutschen Presse behauptet wurde — zur Schwächung der deutschen Seegeltung, sondern vielmehr, wie Herr Staatssekretär Dr. Solf dies in seinen Vorträgen bereits ausgeführt hat, eine wertvolle Unterstützung der deutschen Seegeltung bilden.

„Neu-Orientierung des Denkens"

Von Lynceus

Der „Deutschen Politik" geht aus dem Felde folgender Brief zu:

„Man spricht und hört viel von „Neuorientierung". Mir scheint es notwendig zu betonen, daß jeder Neuorientierung politischen und sozialen Handelns eine solche des Denkens vorangehen muß. Und es scheint mir ferner, daß das durchschnittliche Denken des Deutschen — in Friedenszeiten — einen der gedeihlichen Entwicklung der Gesamtheit schädlichen Grundzug aufweist, den ich gewohnt bin, als „Überschätzung des Ich's" zu bezeichnen. Die Organisation der Armee, die so Unerhörtes leistet, beruht auf der Unterordnung unter den Willen der Führer, ohne daß darum der einzelne, Offizier oder Mann, seine individuelle Entschließungs- und Handelsfreiheit innerhalb des gegebenen Rahmens verlöre. Ja gerade diese bilden einen der wichtigsten Faktoren in der Trefflichkeit des Heeres. Im Hinterland haben es auch weiteste Kreise gelernt, ihre individuellen Wünsche, Bedürfnisse, Ziele usw. dem gemeinsamen Zwecke unterzuordnen. Im Frieden aber nicht. Im Frieden hält der Deutsche vor allem die Entwicklung seiner Persönlichkeit für hauptsächlich wichtig und überspannt, wie ich glaube, dieses an sich berechtigte und wertvolle Prinzip bedeutend. Gestatten Sie mir an zwei, anscheinend sehr heterogenen Problemen dies zu illustrieren. Der Geburtenrückgang beruht, wie man wohl einig ist und Geh. Rat Bumm unlängst wieder betonte, im wesentlichen auf dem Mangel des Willens zum Kinde. Dieser Mangel entsteht aber aus zwei Hauptwurzeln: der Wertschätzung materieller Bequemlichkeit und der Furcht vor der zu übernehmenden Verantwortung für ein neues Lebewesen. Letzten Endes bedeutet das nichts anderes, als eine Überschätzung der Lust- und Unlustgefühle des Individuums zuungunsten der Gesamtheit. Die wissenschaftliche Arbeit ist bei uns durchaus unorganisiert. Versuche, zur „Organisation der Intelligenz", die „Brücke" u. dgl. haben keine Erfolge zu zeitigen vermocht. Wenn man die wissenschaftliche Arbeit Amerikas der letzten Jahre verfolgt, so sieht man — ich spreche von den mir allein vertrauten naturwissenschaftlichen Disziplinen

Digitized by Google

— ein ungeheures Ansteigen der Leistungen. Der einzelne Forscher findet dort nicht nur die entsprechende, unsere Verhältnisse weit übertreffende materielle Förderung, sondern vor allem zahlreiche Hilfskräfte. Der Chemiker etwa am Rockefeller-Institut, der sieben Wege zur Lösung eines Problems sieht, findet sieben Hilfsarbeiter, die ihm erlauben, in einem Jahr die Frage zu lösen, die der Deutsche mit einem Assistenten vielleicht fünf Jahre lang bearbeiten muß. Denn es widerstrebt anscheinend dem wissenschaftlich ausgebildeten Deutschen, sich einer fremden Idee unterzuordnen. Und das, m. E., deshalb, weil wiederum der einzelne seine Gedanken, Einfälle und seine Arbeit zu hoch einschätzt, um sie einem größerm Ziele aufzuopfern. Beide Probleme gehen also für mich auf die „Überschätzung des Ich's“ zurück. Daß diese sich noch in tausend anderen Gestalten zeigt, will ich nicht erst ausführen.“

Ein anderer Brief aus dem Felde führt die Worte eines „Bremer Majors“ an: „Wer heute nicht an sich denkt, ist verrückt.“

Um diese Zeugnisse aus dem Felde durch Worte von Zurückgebliebenen zu beleuchten, sei auf einige Sätze verwiesen, die in einer und derselben Nummer des „Berliner Tageblatt“ zu Neujahr ausgesprochen wurden.

Theobald Ziegler läßt an „jeden einzelnen“ den Ruf ergehen: „Nimm mehr als bisher teil am öffentlichen Leben und sei dir bewußt, daß auch du dafür zu sorgen hast, ob das Wahre oder das Falsche im Spiegelbild der öffentlichen Meinung überwiegen soll. Glaube nicht zu leicht und mißtraue nicht zu viel; vor allem aber — habe die Zivilcourage nach oben und nach unten, dir dein eigenes Urteil zu bilden und dir keine Ansicht einreden oder gar anbefehlen zu lassen. Charaktervolle Menschen tun uns am meisten not und werden uns nach dem Frieden erst recht not tun. Nicht nur, wir der Dichter sagt, das höchste Glück, auch das höchste Recht und die höchste Pflicht der Erdenkinder ist die Persönlichkeit. Und Persönlichkeiten werden wir gerade im Jahre 1917 sehr notwendig brauchen.

Bruno Wille entwickelt eine „Geheimlehre für solche, die Sinn haben für höhere Dinge als das Treiben der ‚Sudelköche‘.“ „Das höchste Gut, das Himmelreich, ja Gott und Heiland sind nichts Fernes und Fremdes, nicht einmal etwas Äußeres, das uns als Gegenstand gegenüber steht, sondern sind in uns zu suchen und zu finden, im Gemüte zu entwickeln, gleich wie aus erstem Morgengrauen leuchtender Tag wird. Wie spricht das Evangelium?“ Das Himmelreich kommt nicht mit äußeren Gebärden, es ist inwendig in euch“... „Wißt ihr nicht, daß ihr Götter seid?“ Und hat nicht Paulus seinen Glauben auf das Erlebnis innerlicher Heilkraft gegründet? So mag denn jeder Wünschende und Strebende im neuen Jahre auf seine Weise Gold suchen und die Losung beherzigen: Vergiß das Beste nicht!“

Und folgende Verse stehen in einem Gedicht:

„Neu wird das Jahr, wenn ihr euch selbst erneuert!
Die ganze Zukunft steht euch himmeloffen!
Wenn ihr den Mut zur großen Tat befeuert!“

Digitized by Google

Die Anschauungen prallen hart und scharf auf einander. Hat der Bremer Major und die Gruppe des „Berliner Tageblatt" oder der erste Briefschreiber aus dem Felde recht? Daß das Schlagwort, mit dem er seine Gedanken anführt, schlecht ist, ist eine Äußerlichkeit. Das Wort „Neu-Orientierung" ist die unglückseligste Sprachschöpfung unserer Zeit. Es gibt nur eine Orientierung, genau wie es nur eine Richtigkeit und nur eine Wahrheit gibt. Das gilt für alles andere und erst recht für das Denken. Aber von dieser äußeren Form abgesehen: was besagt der Kern? Die Gefahr des Friedens, also der Zukunft, ist die „Überschätzung des Ichs". Als Beweis dient „die Organisation des Heeres, die auf der Unterordnung unter den Willen der Führer beruht, „ohne daß darum der einzelne, Offizier oder Mann, seine individuelle Entscheidungs- und Handelsfreiheit innerhalb des gegebenen Rahmens verlöre". In diesem Satz steckt ein ungewollter Widerspruch. Wäre er gewollt, würde er das Gegenteil von dem beweisen, was der Briefschreiber sagen will. Daß er unbewußt das richtige gesehen hat, zeigt, wie recht der dänische Schriftsteller Karl Larsen hatte, als er in einem kürzlich erschienenen Buch „Arbeit — Dienst" das Wesen des Militarismus so umschrieb: „Wie das Individuum von der militärischen Erziehung zu einem automatisch fungierenden Maschinenteil des größeren Ganzen entwickelt werden muß, muß es unter Umständen als eine selbständige Persönlichkeit auftreten, alle persönlichen Fähigkeiten in potenzierter Form besitzen. Der gemeine Mann, der bei einem Sturmangriff als ein kleiner Bruchteil seiner Kolonne empfunden wird, kann bei besonderen Aufgaben, als Wachtposten, Ordonnanz oder Patrouillenführer eine hochentwickelte selbständige Handlungsweise anwenden müssen. Die Tendenz der modernen militärischen Ausbildung läuft darauf hinaus, in jedem Führer einen Gemeinen zu erhalten und in jedem Gemeinen einen Führer zu entwickeln." (Nur ist es nicht an der Ordnung, daß wir uns von Fremden über Grundfragen unserer Existenz aufklären lassen.) Setzen wir aber einen Augenblick voraus, was der Briefschreiber mit diesem Beispiel eigentlich hat sagen wollen: daß die Unterordnung unter den Willen der Führer die Pflicht und die Überschätzung der Entwicklung der einzelnen Persönlichkeit die Gefahr der Zukunft sei. Der Briefschreiber setzt den Fall, daß vom Rockefeller-Institut dem Chemiker sieben Hilfsarbeiter für die sieben Wege zur Lösung seines Problems zur Verfügung stehen. Jeder dieser sieben Hilfsarbeiter verfolgt einen eigenen besonderen Weg. Wird er ihn sicherer gehen, wenn er nur gelernt hat, sich einer „fremden Idee unterzuordnen", oder wenn er die „Entwicklung seiner Persönlichkeit" für „hauptsächlich wichtig" angesehen hat, bevor er wissenschaftlich arbeitet? Der Briefschreiber setzt den zweiten Fall: der Geburtenrückgang beruht auf der Überschätzung der „Lust- und Unlustgefühle des Individuums zuungunsten der Gesamtheit." Mit welchen Eltern und Kindern ist dem Staat gedient: den Eltern, die Kinder erzeugen, um ihrer Staatspflicht gerecht zu werden und mit Kindern, die nur Erfüllung einer staatlichen Pflicht sind. Oder mit Kindern, die dem gesunden Lebenstrieb der Eltern

Digitized by Google

ihr Dasein verdanken? Diese Fragen stellen heißt sie beantworten. Es wäre also überflüssig, wenn die Auffassung dieses Briefschreibers nicht schon weitere Kreise gezogen hätte als man annehmen sollte. Selbst bei denen, die diese Frage am nächsten angeht. In dem Jahrbuch des Bundes der Deutschen Frauen-Vereine 1917 (erschienen bei B. G. Teubner, Leipzig) nämlich finden sich Sätze wie die folgenden:

„Ist es wünschenswert, wenn es möglich wäre, den Willen zu größeren Familien — innerhalb der Grenzen der Verantwortungsmöglichkeit selbstverständlich — bei solchen zu wecken, die ihn jetzt nicht haben? Längst vor dem Kriege habe ich mir privatim meine eigene Meinung gebildet. Meine Antwort hieß damals und heißt heute: ja.“ „Das Wort Bevölkerungspolitik bedeutet die Unterstellung der Geburtenfrage unter den Gesichtspunkt des Volksinteresses. Wenn diese Betrachtungsweise uns im Kriege besonders geläufig geworden ist, so erklärt sich das nicht nur aus dem äußeren Zusammenhang, daß der Ersatz verlorenen Lebens besonders wichtig wird, sondern auch aus der grundsätzlich höheren Bewertung des Staates als einer lebendigen, wirklichen Wesenheit über den einzelnen, die von ihm ihre Daseinsbedingungen empfangen.“ Wie weit sind also selbst diese Führerinnen der deutschen „Frauenbewegung“ vom Leben entfernt, wenn sie die Fragen der „Geburtenpolitik“ unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Pflicht und der Quantität betrachten!

Diese Wendung der Dinge in der Theorie über die Geburt führt zum Ausgang der Betrachtung zurück. Man fordert Rücksicht auf die Menge. nicht auf die Qualität. Man will Menschen, immer mehr Menschen, aber man verliert über diesem Ziel das Wichtigere aus dem Auge: Daß die Qualität über der Quantität steht, daß die eigenschaftslose Masse unfruchtbar ist. Wir müßten die großen Menschen unseres Volkes aus unserer Erinnerung streichen, wenn wir es anders dächten. Müßten Walter von der Vogelweide und Luther, Schiller und Goethe, Kant und Fichte ausschreiben, um die Überlegenheit der entwickelten Persönlichkeit über die unentwickelte zu beweisen.

Wir haben es einfacher. Vor einigen Wochen hat Ernst Cassirer die Frage auf dem Boden der deutschen Geistesgeschichte mit einem Buche ausgetragen, das unter dem Titel „Freiheit und Form“ bei Bruno Cassirer (Berlin) erschienen ist. Er stellt darin die Rechtfertigung dar, die der Staat als solcher in der fortschreitenden Entwicklung des deutschen Geisteslebens erfahren hat. Freiheitsbegriff und Staatsidee treten sich seit der Reformation gegenüber, um sich wechselseitig zu begrenzen und zu bestreiten. Die Kräfte, die zunächst gegen den Staat aufgerufen werden, helfen in dem Kampf, den sie gegen einander führen, die immer weiter gehende ideelle Vertiefung des Staatsbegriffs selbst vollziehen. Das Individuum verlangt in den religiösen Kämpfen der Reformation für sich die Anerkennung der Gewissensfreiheit und strebt in den Kämpfen der Aufklärung danach, die Anerkennung der Denkfreiheit für sich durchzusetzen. Aber der religiöse wie der ethische Individualismus, die so entstehen, entbehren und verleugnen nirgends die Beziehung auf das Gegenbild: das staatliche und gesellschaft-

Digitized by Google

liche Leben. Um einige Denker herauszugreifen: dem Philosophen Leibniz liegt der höchste Sinn der staatlichen Gemeinschaft nicht in dem physischen Schutz oder in der materiellen Förderung, die sie dem einzelnen gewährt, oder in dem Nutzen, den sie von dem einzelnen hat, sondern in dem Zusammenschluß der Sonderwillen zu einer einzigen „Geistesrepublik". Deshalb ist die Erziehung ein Grundrecht und eine Grundpflicht der staatlichen Gemeinschaft. Keines ihrer Glieder darf von der Möglichkeit ausgeschlossen bleiben, sich zur Selbständigkeit der Einsicht und der Willensbestimmung fortschreitend zu erheben. Durch keinen Gesellschaftsvertrag kann das Individuum auf diesen Anspruch Verzicht leisten. Denn das Eigentum, das jede „vernünftige Seele" auf sich selbst besitzt, läßt sich nicht aufgeben. An der natürlichen, unveräußerlichen Freiheit des einzelnen bricht sich jeder Absolutismus. Nach Leibniz hat Wolff „die Forderung der freien Entfaltung der Allheit der menschlichen Kräfte in überraschender Schärfe und Klarheit" ausgesprochen. Von Leibniz und Wolff übernimmt Friedrich der Große den Satz, daß „nur das Einzelne das wahrhaft Wirkliche" ist. Durch Friedrich den Großen als Herrscher und Kant und Fichte, die Lehrer ihres Volkes, wird der Staat zum Endziel. Aber die höchste Aufgabe findet dieser Staat „in der fortschreitenden Verwirklichung der Freiheit". Nicht aus dem Pathos der ästhetischen Betrachtung, etwa dem Humanitätsideal Wilhelms von Humboldt, ist diese Vollendung des Staatsbegriffs als eine ästhetische Angelegenheit herausgewachsen, sondern aus der Weltanschauung Fichtes, die rein und ausschließlich im Grundbegriff des Tuns wurzelt". Fichtes Staatslehre aber wurzelt und gipfelt in dem Satze: „Das Recht zum ‚Ich' ist das Grundrecht, das jedem einzelnen verbürgt sein muß." „Durch das Sittengesetz in mir wird die Form meines reinen Ich unabänderlich bestimmt: ich soll ein Ich — ein selbständiges Wesen, eine Person sein — ich soll meine Pflicht immer wollen; ich habe demnach ein Recht, eine Person zu sein und meine Pflicht zu wollen." „Es ist die Bestimmung des Staates, jedem erst das Seinige zu geben, ihn in sein Eigentum erst einzusetzen, und sodann erst, ihn dabei zu schützen." Mit Fichte und danach mit Hegel ist der Abschluß der gedanklichen Entwicklung erreicht worden, die darauf gerichtet war, den Staat von einer Mechanisierung zu befreien und ihm seine Stelle im Ganzen der geistigen Werte zuzuweisen. Sie haben, indem sie die Ergebnisse der großen deutschen Denker der Vergangenheit mit dem ihrigen vereinigten, „das neue gedankliche Fundament für die Entwicklung der modernen politisch-sozialen Probleme des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts" geschaffen.

Die Stimmen, von denen wir ausgingen, erhärten den Satz, mit dem Cassirer sein Buch beschließt: „Wir fühlen es mehr und mehr, daß der Gedanke des deutschen Staates, wie er von den Denkern des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts erfaßt und ausgesprochen wurde, seine eigentliche schwerste und tiefste geschichtliche Probe noch zu bestehen hat." Er fügt hinzu: „Wenn eine gemeinsame Grundtendenz in Luthers religiösem Prinzip und in Leibniz' philosophischem Wahrheitsbegriff, in Lessings Lehre

Digitized by Google

vom Genie und in Kants Gedanken von der Selbstgesetzlichkeit des Geistes, in der Form der Goethischen Dichtung und Weltanschauung wie in Schillers und Fichtes Freiheitslehre erkennbar ist: so liegt hierin zugleich die Zuversicht gegründet, daß die Kraft, die hier am Werke war, nicht erloschen ist, sondern daß sie sich an allen entscheidenden Wendepunkten der deutschen Geschichte von neuem bewähren wird." Diese Hoffnung teilen wir. Aber es gilt darum auch sie zu einer allgemeinen Angelegenheit zu machen.

Im Krieg schweigen die Musen.

Aber die Muse darf und muß sprechen, die über die „Orientierung des Denkens" wacht.

Notizen

Zukunftsaussichten des Friedens. „Wir geben keinesfalls den Mut auf. Gerade, daß jetzt das Elend so schnell wächst, verstärkt unsere Hoffnung, daß ein billiges und nüchternes Urteil sich bald durchsetzen muß." („Allg. Handelsblad".) — „Die Männer der neuen Entente wissen, daß sie sich nicht auf den Abnützungskrieg verlassen dürfen; sämtliche Stimmen des Zehnverbandes klingen darin übereinstimmend. Darin liegt eine richtige Einschätzung der Lage. Auch die Entente kann den Krieg nicht mehr jahrelang hinausziehen. Das einmal gesprochene Wort „Frieden" wirkt weiter in den Gemütern, und die Ablehnung des Friedensangebotes muß vor den Ententevölkern durch rasche und unzweideutige Erfolge legitimiert werden, sonst würde der Friedenswunsch dort unwiderstehlich anwachsen. („Basl. N.-Z.") — „... Ob gewollt oder nicht, die in letzter Zeit lawinenartig über uns niedergegangene Fülle von Dokumenten hat in allen Gehirnen einen Gedanken erstehen lassen, den nichts wieder ausmerzen wird: den Gedanken des Friedens. Ob man ihm folgen oder ihn ablehnen will, jedenfalls muß man wissen, worin er bestehen kann und soll. Man gebe sich keinen Täuschungen mehr hin, die Allgemeinplätze sind zu abgebraucht, sie befriedigen heute niemand mehr. Je ehrgeiziger und unbegrenzter sie sind, desto weniger ernst werden sie genommen werden und desto geringeren Erfolg werden sie haben. Die Vernichtung Deutschlands und die ganze Litanei derartiger Übertreibungen scheinen mir hinfort zu den überwundenen rednerischen Verfahren gezählt werden zu dürfen. Reden wir ernst und zweckentsprechend." („Correspondant".) — „Die Friedensaktion darf nicht als geschlossen angesehen werden. Sie wird fortfahren, wenn auch mit geringer Hoffnung auf unmittelbare konkrete Ergebnisse." („Stampa".)

Die Lebensmittelpolitik in England hat zu nachfolgenden Verordnungen geführt: Dem Bann gegen das frische Brot, dem Anbau der Londoner Parks, der Vollmacht des Diktators, Lebensmittelvorräte zu enteignen und alles zu tun, was ihn in den Stand setzt, die Vorräte in irgendeiner Ware genau festzustellen, um Besitzer von Land zu einem Anbau nach den Wünschen des Amtes zu zwingen. Wohl äußert sich „Daily News" zustimmend zu diesen Maßnahmen, aber mit dem „Daily Telegraf" beginnt ungefähr gleichzeitig die Unzufriedenheit sich zu äußern, wenn diese Zeitung die heutige Lage der Dinge auf „Sünden der früheren Regierung" zurückführt. Es wundert darum nicht, daß auch die Maßregeln im einzelnen einer Kritik unterworfen werden, so das Verbot des frischen Brotes durch den „Manch. Guard.": Wenn frisches Brot verboten ist, wird zweifellos mehr geröstetes gegessen und mehr Heizstoff verbraucht, mehr Butter oder Margarine verzehrt werden. Lohnt diese Art der Gesetzgebung wirklich der Mühe? „Daily News" nimmt die Entscheidung über den Anbau der Londoner Parks mit einer Mischung von Erleichterung und Besorgnis auf. Die Londoner Parks taugten zu Ackerland überhaupt nicht und als Parks erwiesen sie der Londoner Bevölkerung größeren Dienst als jeder Lebensmittel-

Digitized by Google

vorrat, der möglicherweise auf ihrer verhältnismäßig sehr beschränkten Fläche erzeugt werden könne.

Die Lage in Rußland. Drei Fragen stehen nach der „Züricher Post" im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens: 1. Die Lebensmittelversorgung, die katastrophal zu werden droht. 2. Die Frage Krieg oder Frieden. Es gibt eine mächtige Strömung für einen Sonderfrieden. Die Reaktionäre außerhalb der Regierung sind dafür. Die mächtige Hofpartei, die für ihn arbeitet, ist durch die Haltung der Regierung auch nicht aus der Welt zu schaffen. Dagegen sind eigentlich nur die Liberalen. 3. Innerpolitische Fragen. Die Liberalen rufen nach einer Regierung, zu der das Volk Vertrauen haben könne. Und zwar wollen die radikaleren Elemente ein verantwortliches Ministerium, das mit der Bureaukratie nichts zu tun hat. Aber auch innerhalb der Rechten und im Reichsrat beginnt eine Gärung, die zusammen mit dem Verlangen der Liberalen die Regierung immer mehr politisch isoliert. — „Für jeden ersteht die Frage, was für ihn teurer sei: Rußland oder jenes Rußland zugrunde richtende Staatssystem. . . . Indem es auf der schiefen Ebene zum unvermeidlichen Untergang hinabgleitet und sich an alte zerrüttete Satzungen klammert, zieht dieses System das ganze Land nach sich in den Abgrund." („Russk. Wjed.") — „Der Zerfall der Kirche und der Zerfall des Staates haben sich in einem unlösbaren Knäuel verflochten. Der Weg ihrer Beseitigung ist ein und derselbe. („Russk. Wjed.") — Selbst ein rechtsstehendes Blatt wie die „Nowoje Wremja" bezeichnet das gegenwärtige innere Leben Rußlands als ein „politisches Chaos".

Die Lage in Finnland. „An den wichtigsten Lebensmitteln herrscht Mangel. Aber an Geld herrscht ein solcher Überfluß, daß die Banken nichts mehr in Empfang nehmen können; jedenfalls geben sie nicht mehr als ½ % Zinsen. Das Börsenleben in Helsingfors ist lebhafter als je. Man spekuliert äußerst lebhaft in Waldbesitzungen, die während des Krieges um 100 % gestiegen sind. Die Zelluloſepapiere- und Holzwarenfabriken arbeiten deshalb Tag und Nacht. Aber die andere Industrie liegt vollkommen brach. Die Höchstpreise sind so niedrig, daß die Waren nach Rußland gesandt werden. Das Volk muß das Jahr hindurch 200000 russische Soldaten ernähren, und der russische Staat beschlagnahmt ohne weiteres die Kühe, Pferde und die Hafervorräte der Bevölkerung. Der Schatten des Krieges liegt auf dem Lande." („Verdens Gang".)

Die Stimmung in Paris. Ein schwedischer Student der Sorbonne schreibt „Stockholms Dagblad" einen Brief über die „Stimmung in Paris während des Krieges". „Die physische und moralische Energie, die jetzt von allen gesellschaftlichen Schichten Frankreichs entwickelt wird, ist die Frucht einer nervösen Spannung, die durch den Krieg geschaffen und erhalten worden ist. — Der Haß gegen Deutschland hat schon lange die Grenzen eines ausschließlich politischen Antagonismus überschritten. Er ist zu einem persönlichen Widerwillen eines Temperaments gegenüber einem anderen geworden. Viele Franzosen empfinden es als ein ästhetisches Leiden, deutscher Musik zu lauschen, deutsche Philosophie und schöne Literatur zu studieren. — Schon der Klang der feindlichen Sprache verursacht ihnen Schmerz. Und das ernsteste ist, daß die Summe der physischen und moralischen Leiden, die das französische Volk aushält, ihnen nicht einmal die Möglichkeit gibt, sich darauf zu besinnen, daß gleichartige Leiden auch im feindlichen Lager vorhanden sind. — Der Selbsterhaltungstrieb beherrscht sämtliche Bestrebungen der französischen Nation, und auf seinem Altar opfert das französische Volk seine frondierende Eigenart, seine Vergnügungssucht und das, was im weitesten Sinne in seinen nationalen Traditionen menschlich war."

Caillaux. „Wer ist als Nachfolger Ribots geeigneter als Caillaux? Aber vor Kriegsende wird sich der Ehrgeiz Caillaux' wahrscheinlich nicht erfüllen. Caillaux ist auch der rechte Mann für die wirtschaftliche Wiederannäherung an Deutschland. Das wird ihm jetzt weder zur französischen Gunst noch zur Gunst der Minister verhelfen. Doch wird er vielleicht berufen werden,

Digitized by Google

die zukünftigen Friedensverhandlungen mit Deutschland zu führen. Jedenfalls wird er ein Hauptanwalt für den „wackligen Frieden" werden, wenn derselbe, was Gott verhüte, sich bewahrheiten sollte." („Gaz. de Laus".)

Italienische Auffassung der Antwortnote der Entente. Beachtenswert ist, daß die Note keine scharfen Worte noch verletzende Wendungen gegen die Zentralmächte enthält. Der italienische Standpunkt, der davon ausgeht, in das Dokument keine Weigerungen von definitivem Charakter aufzunehmen, hat vollständig triumphiert. („Stampa".) — Sicher war die öffentliche Meinung in den verbündeten Staaten auf eine Ablehnung vorbereitet, und diese wird auch bei denjenigen keine übermäßige Bewegung hervorrufen, die nicht zwischen den Zeilen der Ablehnung zu lesen verstehen, daß nicht alle Türen verschlossen werden, um mit der Zeit das zu erreichen, was jetzt selbst den Optimisten verfrüht erschien. („Avvenire".)

Gemeinsame oder einzelne Kriegsziele der Entente? („Nuova Antologia") „Wir glauben, das Triebwerk der Entente muß von Grund aus geändert werden. Ist ein einheitlicher Generalstab nötig? Oder eine einheitliche und ständige politische Oberleitung? Oder ein ebenfalls einheitlicher und ständiger Wirtschaftsrat? So führe man sie schleunigst ein, denn wir wollen siegen." „Popolo Romano" entgegnet: Eine solche Art der Kriegführung kann nur dann von Vorteil sein, wenn es sich um solche Ziele handelt, die eine Verschmelzung zulassen. Aber wenn die Ziele verschiedenartig sind und ihrer Natur und ihren Endzwecken nach untereinander gar keine Verbindung haben, so läuft man Gefahr, durch eine künstliche Verschmelzung die Resultate aller zu schädigen.

Russische Mahnung an die Westmächte. Bis jetzt hat unser Gegner mit seltenen Ausnahmen die Verbündeten darin weit übertroffen, daß er das wertvollste Element des Sieges, — die Zeit —, richtig auszunutzen verstand. Unseren westlichen Verbündeten wird eine energischere Führung des Landkrieges durch neue Zuspitzung des U-Bootkrieges eindringlich vorgeschrieben. („Ruskoje Slowo".) — Es scheint uns, daß es notwendig wäre, während des Gedankenaustausches über die amerikanische Note die Londoner Deklaration durch eine besondere Vereinbarung zu ergänzen, in welcher die Rechte aller Koalitionsglieder auf dem Gebiete der Friedensbedingungen genau vereinbart würden. Es wäre wünschenswert festzustellen, daß die Friedensbedingungen nur gemeinsam ausgearbeitet und mit gemeinsamem Einverständnis dem Gegner vorgelegt werden können, besonders in dem Falle, wenn es den Verbündeten infolge unvorhergesehener Umstände nicht gelingen sollte, das Programm einer völligen Vernichtung des preußischen Militarismus vollständig zu verwirklichen. („Birsch. Wjed.".)

Der Sieg der Vernichtungsstrategie. Scheinbar liegen tiefere Gründe für die Meinungsverschiedenheiten vor, die den Generalissimus Joffre veranlaßt haben, sogar den Posten eines technischen Beirats im Obersten Kriegsrat abzulehnen. Joffre war ein Anhänger der Strategie der Erschöpfung und sah die Aufgabe der englisch-französischen Armee in Frankreich und Belgien als die einer strategischen Verteidigung an. Wenn die Unerschöpflichkeit des Hinterlandes unbegrenzt wäre, und andere Kriegsschauplätze nicht existieren würden, so wäre eine solche passive Strategie vielleicht wirklich das beste Mittel gewesen, Deutschland niederzuringen. Jetzt fühlt aber die öffentliche Meinung in England und Frankreich die Notwendigkeit einer energischen Kriegführung: die Strategie der Erschöpfung soll durch die Strategie der Vernichtung abgelöst werden. Joffre war ein heißer Anhänger der Idee Napoleons von den Haupt- und Nebenkriegsschauplätzen. Der Krieg hat aber gerade die Nebenkriegsschauplätze im nahen Osten in den Vordergrund gestellt. Der Nachfolger Joffres, General Nivelle, steht nur an der Spitze der in Frankreich befindlichen Armeen, General Sarrail wird dagegen mit seiner Ostarmee unmittelbar dem Kriegsminister unterstellt. General Sarrail erhält also eine größere Handelsfreiheit, und die Saloniki-Armee wird sich nicht mehr den Interessen der Westfront unbedingt unterzuordnen haben. („Russk. Slowo".)

Digitized by Google

Deutschland und Amerika. Man muß annehmen, daß Amerika und Deutschland sich einander genähert haben, infolge des Wunsches, den Frieden wieder herzustellen, und des Starrsinns der Entente. Amerika ist außerdem jetzt sicherlich davon überzeugt, daß Deutschland nicht besiegt werden kann. („Nationaltidende".)

Schwedens Kriegsziele. Schweden muß sich bei Friedensschluß zwei zusammengehörende und fast zusammenfallende Forderungen an sich selbst stellen: Die Schleifung der Alandsbefestigungen und das Wiederaufrichten des finnländischen Staates in der Art und Weise, wie Finnland es selbst wünscht. Es ist nicht Schwedens Sache, sich an dem Kriege zu beteiligen und Finnland zu befreien, aber es liegt im Interesse Schwedens, daß Finnland frei wird. — Ob wir es wollen oder nicht. Beim Friedensschluß wird auch das Lebensinteresse Schwedens ein aktuelles Problem. („Aftonbladet".)

Die Ausdehnung des dänischen Handels. Während des Krieges ist Kopenhagen allmählich ein Zentrum für den internationalen Handel geworden. Insbesondere sind mehrere große kapitalstarke Gesellschaften gegründet worden, deren Zweck es ist, auf dem Weltmarkt zu arbeiten. („Verdens Gang".)

Die künftige Lage der deutschen Industrie. „Der Mangel an Rohwaren nach dem Kriege scheint nicht erheblich zu sein. Deutschland hat während des Krieges große Mengen an Rohmaterial in Amerika eingekauft und gelagert, wie beispielsweise Baumwolle, Wolle, Kupfer und andere Metalle. Andererseits haben die deutschen Maschinenfabriken Mengen von Fabrikaten angefertigt, die fertig liegen, um nach den überseeischen Ländern als Bezahlungsmittel für neue Rohwaren transportiert zu werden. Die Deutschen haben außerdem ungeheure Kalimengen aufgespeichert, die die Amerikaner sehr notwendig brauchen." (Hjalmar Cassel in „Svenska Dagbladet".)

Annäherung der russischen und der schwedischen Wissenschaft. Der russische Gelehrte Papkow legte bei Überreichung eines geschichtlichen Werkes des Großfürsten Nikolai Michailowitsch dem König von Schweden den Plan zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen englischen und russischen Gelehrten dar, die vor allem der Erforschung der Geschichte beider Länder zugute kommen soll. Der Plan habe den König interessiert, fügt „Svenska Dagbladet" zu der Nachricht hinzu.

Französische Verdächtigung. Nach dem „Temps" soll der Berliner Pastor Philip folgendes „Gebet" gesprochen haben: „Danket Gott, daß er den Ausbruch des Krieges zugelassen hat, danket Gott, daß er den Friedensschluß verhindert hat. Gelobt sei Gott, daß er diesen Krieg entfesselt hat, nichts auf der Welt, als der Krieg konnte dem deutschen Volke das Heil bringen!"

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Eine neue Karte von der Kampffront in Rumänien bringt Dietrich Reimer, Berlin, heraus. (Kriegsstandkarte Nr. 10.) M. 1.—.

M. Slevogt: Ein Kriegstagebuch. (Berlin, Bruno Cassirer.) 97 S., Preis M. 12.—. Landschaftliche, Lager- und Kriegsbilder aus dem Westen in Zeichnung und Aquarell. Das Lebendigste und künstlerisch Wertvollste, was die deutsche Malerei aus dem Krieg nach Haus gebracht hat.

Die Sommeschlacht. Kriegsplaudereien von Fr. Willy Frert. (Herm. Montanus, Verlagsbuchhg., Siegen 1916.) 159 S., M. 1.—. Schilderungen eines Teilnehmers an den schweren Kämpfen in Sumpf und Schlamm.

Der Weltkrieg zur See. Von Vizeadmiral Kirchhoff. (Berlin 1916, Askanischer Verl. G. m. b. H.) 173 S., geb. M. 2.—. Schildert auf Grund von Berichten der Teilnehmer die Kämpfe der deutschen Flotte und die Schicksale der einzelnen Schiffe.

Kriegserlebnisse eines Marinearztes. Zwischen Kämpfen und Wunden. (Oldenburg 1916, G. Stalling. 164 S., 4 Taf., M. 1.20.) Eindrücke eines Arztes auf den Schlachtfeldern, auf hoher See. Ein Blick in die menschliche Seite des Kriegslebens.

Digitized by Google

Volksschriften zum großen Krieg. 96/97. Deutsche Kriegsweihnacht 1916. 32 S., Preis M. 0.20. Nr. 100: Kriegsarbeit des Evang. Bundes. 40 S., Preis 10 Pf. Beides Verl. des Ev. Bundes, Berlin.

„Ich bin ein jung Soldat." Skizzen aus dem schweizerischen Grenzkrieg von Ordonnanz Bader. Mit Zeichnungen von Ernst Hodel. Verlag Orell Füßli, Zürich. (Fr. 3.—.) Ein fröhliches, gesundes Buch voll herzlicher und aufrichtiger Kameradschaftlichkeit.

Bernh. Baumstetten: Wird Holland eingreifen? (Verlag Otto Hillmann, Leipzig) 19 S., Preis M. 0.50.

Friedrich Bendixen: Sozialismus und Volkswirtschaft in der Kriegsverfassung. (Berlin 1916, J. Guttentag, Verlag) 32 S. Bedenken gegen die Höchstpreise und Beschlagnahme, denen die freie Preisentwicklung vorzuziehen gewesen sei.

Reinhard Piand: Der Sieg des Deutschen. Flugschrift des Dürerbundes. (Verlag D. W. Callwey, München) 84 S., Preis M. 1. —. Aufruf zur Ausrottung des Handelswuchers, zu sozialer Organisation größten Stils und Erweckung der deutschen „Geistes- und Herzenskräfte und des Glaubens".

Hans Niemann: Unser Kriegsziel. (Berlin 1916, E. S. Mittler & Sohn) 29 S. Dem Verf. ist das Kriegsziel die „vor dem Krieg nicht hinreichend gesicherte Unabhängigkeit und Unüberwindlichkeit Deutschlands".

Paul de Lagarde und das Deutschland von morgen. Von Paul Friedrich. (Weimar 1916, Weckruf Verlag) 44 S., Preis M. 1. —. Sucht aus Lagarde den Boden für einen neuen „Idealismus' der Tat und des täglichen Daseins.

Dr. Paul Fleischer: Welche Gefahr droht Deutschland und seiner Arbeiterschaft von einem unbesiegten England? (Berlin, Auskunftsstelle Vereinigter Verbände) 16 S.

Cornelius Gurlitt: Die Zukunft Belgiens. (Der Zirkel. Architekturverlag G. m. b. H., Berlin) 160 S., Preis 3.—. Verlangt Selbständigkeit der Vlamen, Vereinigung der Wallonen zu einem Reichsland. Neubesiedelung der französischen Grenzgebiete durch Deutschland.

Frederik Böök: Deutschland und Polen. Übersetzung aus dem Schwedischen von Fr. Stieve. (München 1917, F. Bruckmann A.-G.) 132 S., Preis M. 2.—. „Jeder, der daran interessiert ist, einen dauerhaften Wall gegen die Machterweiterung Rußlands nach Westen hin zu richten, kann einzig und allein nur wünschen, daß Polen soviel Freiheit als nur möglich erhält."

Der Handelskrieg von England, Frankreich und Italien gegen Deutschland und Österreich-Ungarn. (Berlin 1917, E. Heymanns Verlag. XII und 146 S., Preis M. 4.—.) Nach Ländern geordnete Übersicht über die Eingriffe der Entente in die „feindlichen Privatrechte auf dem Lande" Zusammenstellung der Ausnahmegesetze gegen die „feindlichen Vermögensinteressen".

Dr. Th. Schuchart, Zur Frage der deutschen Außenhandelsförderung. Zeitgemäße Mahnungen und Vorschläge. (Berlin 1916, Verlag L. Simion, 61 S.) Beschäftigt sich hauptsächlich mit der Reform des deutschen Wirtschafts-Nachrichtenwesens, zu der neue Wege gezeigt werden sollen.

Zur Frage eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. (Berlin 1916, I. Guttentag Verlag.) Verlangt als Vorbedingung eines Wirtschaftsbundes ein langfristiges enges handelspolitisches Abkommen zwischen den beiden Reichshälften der Donaumonarchie.

Österreichs Erneuerung. Unter diesem Titel faßt der Reichsratsabgeordnete Dr. Karl Renner eine Reihe politisch-programmatischer Aufsätze zusammen, die in drei Bänden im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand erschienen sind. (Band I M. 3.—; Band II M. 2.50; Band III M. 4.—.) Er erörtert die Aufgabe der inneren Politik, Maßnahmen zur Reform des politischen Bewußtseins, der Verwaltung, der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, die Neugestaltung der österreichischen Wirtschaftspolitik nach dem Krieg, das Verhältnis der Nationalitäten zu Österreich-Ungarn, die Probleme der auswärtigen Politik, Mitteleuropa, den nahen und fernen Südosten, Italien und Polen. Zeugnisse für die innerpolitische Haltung Österreichs während des Krieges, die Erwartung und Arbeit an „Österreichs Erneuerung".

Dr. jur. Heinz Brauweiler: Deutsche und romanische Freimaurerei. (Verlag J. P. Bachem, Köln) 77 S., Preis M. 1.60. Entwirft auf geschichtlicher Grundlage ein Bild des Freimaurerwesens mit dem Ergebnis, daß „trotz der theoretischen Anerkennung einer internationalen Solidarität eine wirkliche Einheitlichkeit der Freimaurerei, was alle Organisationen anbelangt, nicht besteht". „Die internationalen Beziehungen können leicht für geheime Machenschaften ausgenützt werden."

Alexander von Bülow: Fahneneid. Eine Kriegsnovelle. (Leipzig, F. A. Brockhaus, 160 S., Preis M. 1.—.)

Hans Grimm: Der Gang durch den Sand und andere Geschichten aus südafrikanischer Not. Geh. M. 5.—. Verlag Albert Langen, München. Geschichten aus dem Burenkrieg und Weltkrieg von einem guten Kenner.

Kolonialkriegerdank-Kalender für das Jahr 1917. (Verlag des Kolonialkriegerdankes Berlin.) Herausgeber Dr. Paul Rohrbach, 128 S., M. 1.—.

Digitized by Google

Geschichte — Biographien

Karl Sturmhoefel: Deutsche Geschichte. Zwei Teile, 243 und 255 S., geb. M. 3.—. (Alfred Kröner, Leipzig.) Veranschaulicht knapp den Gang der politischen Entwicklung Deutschlands in der Darstellungsart Rankes und Treitschkes. Bei dem Mangel an kurzgefaßten zuverlässigen Handbüchern sehr zu begrüßen.

Richard Schwemer: Restauration und Revolution. Skizzen zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Einheit bei B. G. Teubner, Leipzig „Aus Natur und Geisteswelt" (Nr. 137, 3. Auflage, 132 S., geb. M. 1.50) verfolgt die Herauslösung des nationalen Staates aus seiner universellen „Verpuppung".

J. Hashagen: Umrisse der Weltpolitik. B. G. Teubner, Leipzig, zwei Bände der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt" (Nr. 153/54) Band I 1871—1907 V und 140 S., Band II 1908—1914 138 S., geb. je M. 1.50. Durch die wegen der orientalischen Fragen seit dem Jahre 1871 vorhandene Konzentrierung der internationalen Politik in Europa werden diese Umrisse der Weltpolitik eine Einführung in das geschichtliche Verständnis der Vorgeschichte des Weltkrieges, so daß dadurch die Vereinigung der Weltpolitik seit der bosnischen Krise in einem Band gerechtfertigt wird.

A. Fürst: Werner von Siemens. (Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart.) 13 Abb., 188 S., geh. M. 3.—. Gut geschriebene Biographie, deren Vorzug in der allgemein-verständlichen Aufzeigung der technischen und wissenschaftlichen Verdienste Siemens' liegt.

Philosophie — Erziehung

Platons Staat, neu übersetzt und erläutert, sowie mit griechisch-deutschem und deutsch-griechischem Wörterverzeichnis versehen von Otto Apelt. Der philosophischen Bibliothek Band 80, Felix Meiner, Leipzig 1916, XXXII und 568 S., M. 7.50. Beste deutsche Übertragung der durch tiefe Sittlichkeit ausgezeichneten Staatslehre des griechischen Philosophen mit ausführlichen Erläuterungen. Welch ehrendes Zeugnis für Deutschland, daß die noch junge Übersetzung schon in vierter Auflage erscheint.

Veröffentlichungen der Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums. 7. Heft, herausgegeben von Dr. Eugen Grünwald. (Berlin, Weidmannsche Buchhandlung) 160 S. Beschäftigt sich in mehreren Einzelaufsätzen mit dem Kampf um das humanistische Gymnasium, seinem Wert in der Vergangenheit und für die Zukunft.

Bildende Kunst — Schöne Literatur

Curt Glaser: Zwei Jahrhunderte deutscher Malerei. (F. Bruckmann, A.-G., München 1916.) 317 S., Preis geb. M. 11.50. Zusammenfassung der durch viele Einzelfunde und Einzelforschungen der letzten Jahre bekannt gewordenen Erscheinungen einer bis dahin noch wenig geklärten Epoche der deutschen Kunst. Stilgeschichtliche Entwicklung an Hand reichen Bildmaterials meist unbekannter, wertvoller Tafelbilder.

Bernhard Shaw: John Bulls andere Insel. (S. Fischer Verlag, Berlin) 292 S. Komödie über die Behandlung Irlands durch England; mit einem scharfen klugen Vorwort des Dichters gegen die englische Gewaltherrschaft. (Am 20. Januar erste deutsche Aufführung im Berliner Lessingtheater.)

Goethe-Kalender auf das Jahr 1917. Herausgegeben von Karl Schüddekopf. Mit 8 Tafeln. (Dieterichsche Verlagsbuchh. Leipzig VIII und 136 S., M. 2.—.) Erscheint nach zweijähriger Ruhe mit einem Inhalt, der Goethes Stellung zur Geschichte seiner Zeit und Vergangenheit veranschaulicht.

Das Bodenseebuch 1917. Ein Buch für Land und Leute. (Reuß & Itta, Verlags-Anstalt, Konstanz) 200 S. Mit zahlreichen Bildern. Preis M. 2.—. Gut ausgestatteter Band mit vielen Beiträgen der besten süddeutschen Dichter und Maler.

A. von Gleichen-Rußwurm: Die Schönheit. Ein Buch der Sehnsucht. Stuttgart, Verlag von Julius Hoffmann. (Geh. M. 6.—, geb. M. 8.—.) Zusammenstellung der Worte und Meinungen von Denkern und Dichtern aller Zeiten und Völker über das Wesen der Schönheit.

Ignaz Paul Maase: Deutsches Frühlicht. Kulturhistorische Erzählung aus Oberschlesiens Vergangenheit. (Breslau 1917, Verlag S. Schottlaender A.-G.) 376 S., br. 4.—.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant z. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20. Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Die Entscheidung 169
Thimme, U-Bootkrieg und innerer Frieden 173
Niemeyer, Was sagt das Völkerrecht über die bewaffneten Handelsschiffe? 176
Osterrieth, Die Friedensbotschaft Wilsons 182
Schiemann, Streiflichter zur Weltlage II 186
Notizen / Neuerscheinungen 195

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang | 9. Februar 1917 | Heft 6

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

Rottweiler Jagdpatronen

Rottweiler rauchloses Scheibenpulver „P" für Bleigeschosse

Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken Berlin NW 7

2. Jahrgang • 9. Februar 1917 • Heft 6

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Die Entscheidung

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Würfel über den U-Bootkrieg sind gefallen, und mit wenigen Ausnahmen hat sich unsere öffentliche Meinung, soweit sie in der Presse zum Ausdruck kommt, mit der wünschenswerten Entschiedenheit zu dem Entschluß der obersten Heeresleitung und der Regierung bekannt. Auch wir tun es ohne Rück- und Vorbehalte, gemäß dem Grundsatze, den die „Deutsche Politik", was die U-Bootfrage betrifft, von Anfang an vertreten hat: daß nur die obersten und verantwortlichen Stellen eine Angelegenheit von so ungeheurem Gewicht zu entscheiden befähigt sind; daß noch so wohlgemeinte, agitatorisch fordernde Leidenschaft ebenso verkehrt ist, wie ängstlich warnende Zaghaftigkeit; endlich daß, wie auch immer der Entscheid der Heeres- und Staatsleitung ausfallen möge, das Volk geschlossen hinter den Kaiser, den Feldherrn, den Kanzler treten müsse.

Diese Stunde ist nun gekommen, und es heißt jetzt: Vorwärts und Durch ohne Rückwärts- und Seitwärtsschauen. Davon können nur Unsicherheit und Verwirrung kommen. Auch über die eigentlichen und tiefsten Gründe, die zu dem Entschluß geführt haben, empfiehlt es sich nicht zu sprechen. Einesteils sind sie in der Rede des Reichskanzlers und in der dazu gehörigen Denkschrift genannt — vor allem die Nemesis der kärglichen Welt-Getreideernte, von der England und seine Verbündeten betroffen sind, wodurch der U-Bootkrieg in den kommenden Monaten doppelt aussichtsreich erscheint. Zum andern Teil liegen sie wohl tiefer verborgen und mögen dort ruhen, bis es Zeit sein wird, auch darüber zu sprechen.

Eins steht für uns fest: daß es noch nie, seit das Reich besteht, eine Entscheidung von größerer Verantwortlichkeit für die Männer an der Spitze gegeben hat als diese. Selbst der Entschluß der Mobilmachung und Kriegserklärung in den ersten Augusttagen 1914 reicht kaum an das heran, was jetzt geschehen ist. Nur die vollkommene Einigkeit, der feste Wille des ganzen Volkes daheim in der Arbeit und draußen unter den Waffen, die unerschütterliche Erkenntnis, daß es jetzt gilt, auch das Allerletzte an den Sieg zu setzen, werden imstande sein, wenn die Schlußbilanz des Weltkrieges

Digitized by Google

gezogen wird, die Lenker Deutschlands mit erhobenem Haupt hintreten und sagen zu lassen: wir haben das Äußerste gewagt — aber es war nichts Größeres, als uns die innere Kraft unseres Volkes zu wagen erlaubte und gebot!

Menschlich betrachtet ist es sehr verständlich, wenn an dem Tage, wo der Entschluß zu dem rücksichtslosen U-Bootkrieg bekannt wurde, ein Gefühl tiefer, befreiender Genugtuung durch die Herzen zog. Es ist aber nicht gut, wenn dies Gefühl sich in lautem Jubel, in demonstrativem Triumphieren oder in leichtfertigen Großsprechereien äußert. Erstens wissen wir, welch ein Gegner uns gegenübersteht. An dieser Stelle ist schon öfter davon die Rede gewesen, daß der Entschluß zum Frieden für England darum so schwer zu fassen ist, weil ein Frieden ohne Sieg nur eine verhüllte Niederlage für England bedeutet. Allerdings nicht für ein England, das sich bereitfinden läßt, in Zukunft Gleichberechtigung unter den Weltvölkern anstatt „Suprematie" einzutauschen; wohl aber für dasjenige England, das weiter darauf bestehen will, statt des Ausgleichs unter den Lebensinteressen der Nationen nur sein eigenes „höheres" Recht und seine Völkertyrannei zu verfolgen. Dieses zweite England aber ist Jahrhunderte alt, und viele Generationen haben es im Genuß einer solchen Stellung voll Reichtum, Stolz und Verachtung der übrigen Menschheit gelenkt. Solch ein Sinn läßt sich nicht brechen außer durch die Erfahrung der harten Unmöglichkeit, und bevor er sich besiegt gibt, ist auch er bereit, das Äußerste zu versuchen. Ich habe schon am Anfang dieses Krieges daran erinnert und wiederhole es heute, daß während der napoleonischen Kriege unter dem Druck der Kontinentalsperre die Londoner City bei der Regierung darum nachsuchte, es möge Frieden mit Frankreich geschlossen werden. Der Hauptgrund des Krieges war damals die Annektion Belgiens und Hollands durch Napoleon. Die englische Regierung blieb fest, obwohl die Geschäftskrisis stieg und die Bankrotte sich häuften, und wies ihre Kaufleute ab.

Was damals für England auf dem Spiele stand, war wenig im Vergleich zu heute. Dazu kommt die für England, so wie es bis heute geartet ist, furchtbare Erfahrung, daß die Deutschen bessere Schlachtschiffe, bessere Geschütze und Geschosse, reichlich so gute Seeleute, leistungsfähigere und womöglich auch zahlreichere Tauchboote haben als England. Das alles im Friedensschluß als unabänderliche Tatsache anzuerkennen, würde eben die Verwandlung jenes zweiten, vermessenen und tyrannisch frevelnden Englands in das zuerst gedachte bessere und menschliche bedeuten. Das ist es, worum jetzt gekämpft wird, und anders als durch eine schwere, an Herz und Nieren greifende Krisis, die uns entsprechende Opfer kostet, wird England sich nicht wandeln.

Der zweite Grund, aus dem es uns nicht schicklich scheinen will, den scharfen U-Bootkrieg mit dem „Jubel der Erlösung" zu begrüßen, ist der, daß wir mit ihm neue Bahnen gehen, Bahnen, die einzuschlagen wir durch Rechtsbruch, Treulosigkeit und Brutalität des englischen Gegners gezwungen worden sind, Bahnen, auf denen wir mit gutem menschlichen und deutschen Gewissen verharren werden, weil wir auf

Digitized by Google

ihnen die Rettung unseres Volkes und Vaterlandes suchen, die wir aber doch im Gedenken an ein früheres humaneres Zeitalter der Kriegführung, so viel an uns lag, lieber nicht beschritten hätten. England hat diesen Krieg unmenschlich gemacht, indem es den Plan faßte, ein Volk von siebzig Millionen im Herzen Europas durch Hunger, Krankheit und Siechtum all seiner Ärmeren und Schwächeren dazu zu zwingen, daß es sich berauben und zerstückeln ließ, damit sein Feind reich, mächtig und üppig bliebe. Nie wäre es uns in den Sinn gekommen, Handelsschiffen — englischen wie neutralen — die rücksichtslose Versenkung mit Mann und Maus anzudrohen, wenn England nicht neben den zähnefletschenden Schwarzen Afrikas und den Halsabschneidern aus dem Himalaya auch noch die Hungerhölle nicht gegen eine belagerte Festung, nicht gegen bewaffnete Krieger, sondern gegen Frauen, Kinder und Greise eines ganzen großen Landes zu Bundesgenossen geworben hätte. Von Ernte zu Ernte hofft England inbrünstig, daß es nun mit den Lebensmitteln bei uns zu Ende gehen möge. Was 1915 und 1916 nicht geschah, das könnte, so sehnt es sich, vielleicht 1917 oder 1918 geschehen! Gibt es doch Menschen in England, die in wahrhaft gotteslästerlicher Weise selbst die Form des religiösen Gebets dazu benutzen, um der zügellosen Wildheit ihres Hasses gegen Deutschland Genüge zu tun. Zwei der ersten Männer Englands, Lord Roseberry und der Jurist und Historiker Harrison, haben neulich einem Buch aus der Feder eines gewissen Skribenten mit ihrem Namen das Geleit gegeben: Degenerated Germany (1916), heißt es. Hier findet sich auf der Rückseite des Titelblattes in gotischen Lettern eine Ermahnung an die Christenwelt, die sich an die übliche Form der englischen Liturgie anschließt und folgendermaßen anhebt:

Forevermore Remember, O ye Christian Nations of the Earth the vile Germanic race!

In your schools teach ye your Youth the everlasting iniquity of these impious and depraved barbarians!

(Für immer gedenket, o ihr christlichen Nationen der Erde, der gemeinen deutschen Rasse! In euren Schulen lehrt eure Jugend die unaufhörliche Ungerechtigkeit dieser gottlosen und entarteten Barbaren!)

Die Anrede schließt mit den Worten:

Upon the doors of your Churches, ay, and above your altars, let those who worship read:

Father, forgiv them not, for they know, what they do.

(Auf den Türen eurer Kirchen, ja, und über euren Altären laßt die Betenden lesen: Vater, vergib ihnen nicht, denn sie wissen, was sie tun!)

Das ist die Gesinnung, in der England gegen uns kämpft. Aus dieser Gesinnung heraus hat es seinem Kriege den barbarischen Charakter gegeben, der uns gegen unsern Willen genötigt hat, zu der Härte des U-Bootkrieges in seiner jetzigen Form zu greifen

Digitized by Google

— und vielleicht steht die Welt, wenigstens was Englands Willen und Handeln angeht, immer noch nicht am Ende des Entsetzens.

So ist unsere Lage, und so sprechen unsere Not und unser Gewissen zu ihr. Trotzdem werden wir draußen von vielen nicht verstanden, und ein großes Volk jenseits des Ozeans hat uns durch den Mund seines gewählten Oberhaupts im vorigen Jahre mit Krieg bedroht für den Fall, daß wir beim U-Bootkrieg keine Rücksicht auf das Leben von Nichtkämpfern, insbesondere von Neutralen an Bord der Schiffe nehmen sollten, die nach England fahren oder von England kommen.

Jeder von uns fühlt, daß dies auch jetzt die Stelle ist, wo, wenn auch sicher nicht alles, so doch außerordentlich viel für uns darauf ankommt, wie die Entscheidung fällt. Wir haben versucht, es dem Volke und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika so deutlich wie möglich zu machen, daß wir den schweren Konflikt fühlen zwischen der Gewöhnung unseres Denkens und unserem Verlangen, möglichste Rücksicht walten zu lassen, auf der einen Seite — und der Zwangslage, in die uns England durch den Anschlag, unsere Kinder und Alten, unsere Schwachen, überhaupt alles was weniger widerstandsfähig in unserem Volke ist, durch Hunger zu töten, auf der andern Seite, daß wir aber um des heiligen Rechtes auf unsere Freiheit und auf unser Dasein willen nicht anders handeln können, als wir getan haben. Ob die Amerikaner diese unsere Lage würdigen wollen, steht bei ihnen. Der Einwand, den das schlechte Gewissens unseres englischen Gegners zum besten gibt, daß wir ja dem ganzen Hungerkrieg und allen drohenden Nöten ein Ende machen könnten, sobald wir uns besiegt geben und um Frieden bitten, der ist nur ein gedankenloses oder böswilliges Gerede. Wir erwidern darauf nur, was wir schon bei einer früheren Gelegenheit an dieser Stelle gesagt haben: daß, bevor ein Volk sich in solche Bedingungen fügt, wie England und die Entente sie ihm zumuten, erst das Äußerste an unerträglichem Elend wirklich hereingebrochen sein muß. Davon wird bei uns nie die Rede sein, weil wir dafür zu stark sind, auch wenn jede überhaupt denkbare Feindschaft sich noch gegen uns entladen sollte. Wohl aber könnte es geschehen, daß vorübergehend die Schwierigkeiten der Ernährung, die uns bedrängen, noch größer werden, als jetzt. Wir werden auch das überstehen und getrösten uns der Zukunft, es komme was da kommen mag, indem wir uns die Worte Hindenburgs an den Reichskanzler vor Augen halten:

„Unsere Front steht auf allen Seiten fest. Wir haben überall die nötigen Reserven. Die Stimmung der Truppen ist gut und zuversichtlich. Die militärische Gesamtlage läßt es zu, alle Folgen auf uns zu nehmen, die der uneingeschränkte U-Bootkrieg nach sich ziehen könnte. Und weil dieser U-Bootkrieg unter allen Umständen ein Mittel ist, um unsere Feinde auf das schwerste zu schädigen, muß er begonnen werden."

Wenn Hindenburg so spricht, dann wissen wir: Hier steht kein Wort zu viel oder zu wenig; hier ist jeder Satz getragen vom Bewußtsein vollkommener Verantwortung

Digitized by Google

für das, was er besagt. Alle Folgen — alle! — die der uneingeschränkte U-Bootkrieg nach sich ziehen könnte, sind wir auf uns zu nehmen in der Lage. Nie ist ein gewaltigeres Gewicht nationaler Zukunft mit wenigeren und schlichteren Worten von einem sterblichen Menschen auf seine Schultern genommen worden! Hindenburgs Gestalt erscheint uns in dem Augenblick, wo das deutsche Volk diese seine Worte erfährt, wie ein Atlas von übermenschlicher Kraft — aber wir glauben und vertrauen ihm, denn wir fühlen es: dieser da ist stark genug, um unser aller Last mit zu tragen und sie leicht zu machen durch sein Wort: es wird auch im ungünstigsten Fall menschlicher Voraussicht nach nicht über unser Vermögen gehen!

Nicht leichten und nicht freudigen Herzens gehen wir in den U-Bootkrieg, denn wir wollen uns auch in der Erregung des Krieges die Fähigkeit bewahren, Furchtbares als furchtbar zu erkennen und Gefahren nach ihrer wirklichen Größe, nicht nach der Verkürzung unseres Augenmaßes durch Leidenschaft, zu bewerten. Wir sind wie in einem Boot auf hochgehender See — vor uns das Land, das wir erreichen müssen, und dazwischen mit himmelansteigendem Schwall und tosendem Brechen die Brandung. Nur eins kann uns hindurchtragen: die aufs höchste gespannte vereinte Kraft unserer rudernden Armee, die dem Manne am Steuer gehorcht. Der Augenblick ist da, wo wir hinein müssen — vorwärts mit Gott für Vaterland und Freiheit!

U-Bootkrieg und innerer Frieden

Von Friedrich Thimme

Was noch vor kurzem undenkbar schien, ist Tatsache geworden: die Verkündung des ungehemmten Tauchbootkrieges hat ein einiges und geschlossenes Deutschland gefunden. Bisher schien es, als ob durch die mit solcher Leidenschaft betriebene Agitation für oder wider den uneingeschränkten Gebrauch der U-Bootwaffe, richtiger gesagt, für oder wider ihre alsbaldige Anwendung, Deutschland mehr als durch irgendeine andere Frage gespalten und zerrissen wäre. Den grundsätzlichen Anhängern dieses Kampfmittels, die schon seit Jahr und Tag für seine rücksichtslose Anwendung eintraten, standen ebenso grundsätzliche Gegner gegenüber, die das Mittel als allzugefährlich oder allzuunsicher in seinem Enderfolg verwarfen. Zwischen beiden Lagern verharrte, von den verschiedensten Eindrücken und Empfindungen hin- und hergetrieben, im ganzen sich doch mehr und mehr den Anhängern des U-Bootkrieges zuneigend, die große Masse derjenigen, die sich beschieden, ein sachliches Urteil in der Frage nicht zu haben. Leider verboten es die Umstände, über die Verhandlungen, die im Hauptausschuß des Reichstages im März, im Mai und im September des vorigen Jahres über die Führung des Tauchbootkrieges stattfanden, etwas Greifbares an die Öffentlichkeit zu bringen. Wenn der Standpunkt des Reichskanzlers schon damals allem Volk bekannt geworden wäre: auch das rücksichtsloseste Mittel, das uns

Digitized by Google

zum Siege und zum schnellen Siege führe, müsse angewandt werden; es gelte nur, den rechten Zeitpunkt abzuwarten, so hätte das Vertrauen auf unsere Reichsleitung gewiß nicht ins Wanken geraten können. So mußte sich das Vertrauen an die im Sommer bekannt gewordene Tatsache klammern, daß unsere Oberste Heeresleitung, daß Hindenburg und Ludendorff an der Entscheidung über den U-Bootkrieg teilnehmen würden. Von neuem nahm die Agitation wegen des U-Bootkrieges zu, als unser Friedensangebot die Möglichkeit nahe legte, daß es zu der Anwendung unseres schärfsten Kampfmittels gegen England überhaupt nicht kommen werde. Tatsächlich aber hat erst das Friedensangebot eine einheitliche Front des deutschen Volkes in der U-Bootfrage ermöglicht. Die schnöde und aberwitzige Antwort der Entente auf unser wahrlich ernst gemeintes Anerbieten hat auch diejenigen Kreise unseres Volkes, die einen Verständigungsfrieden der Anwendung der schärfsten Kampfesformen vorzogen, davon überzeugt, daß jede Verständigung mit den Feinden zurzeit vollkommen ausgeschlossen ist, und daß wir dem Vernichtungswillen der Entente nur mit der rücksichtslosesten Kriegführung begegnen können. Jetzt geht durch unser ganzes Volk das eine Gefühl: es muß sein und es darf sein! Nicht, daß die Stimmung der verschiedenen Parteien und Richtungen in dieser Stunde eine völlig einheitliche sein könnte. Waltet auf der einen Seite das Gefühl der Erleichterung und des Aufatmens vor, daß endlich Klarheit und Sicherheit und damit auch eine bisher nicht vorhandene Gewißheit des Sieges gegeben sei, steigert sich dieses Gefühl sogar in weiten Kreisen bis zur Begeisterung, so mag auf der anderen Seite das schmerzliche Bedauern überwiegen, daß dieses äußerste und letzte Kampfmittel nicht vermieden werden konnte, und daß damit der Verständigung der Völker ein neues und schweres Hemmnis bereitet werde. Aber in der Grundstimmung: es mußte sein, und es mußte jetzt sein, wenn wir nicht in die Not und Schmach verfallen wollten, die unsere Feinde uns und unseren treuen Verbündeten zugedacht haben, ist das deutsche Volk völlig einig.

Auch darin besteht kein Unterschied unter den Parteien mehr, einerlei, wie sie bisher zu der Frage des U-Bootkrieges gestanden haben: alle treten sie in dieser Stunde, unter Zurückstellung alles bisherigen Meinungsstreits, aller kritischen Bedenken, aller sorgenden Gedanken entschlossen hinter die Regierung. Keine einzige Partei — wir sehen hier von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einstweilen ab — denkt daran, wegen der aus der absoluten militärischen Notwendigkeit heraus getroffenen Entscheidung der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Mag immerhin der „Vorwärts", der sich im übrigen ganz auf den Boden der Tatsachen stellt, erklären, daß die Sozialdemokratie für die Taten der Regierung nur insoweit Verantwortung trage, als diese zuvor von ihr verlangt und nachher in Wort und Schrift gebilligt seien, mag in anderen Blättern der Gedanke zum Ausdruck gelangen, daß die Regierung allein die Verantwortung treffe, da sie die Volksvertretung nicht zuvor gefragt habe, so fühlt sich doch das Volk in seiner überwältigenden Mehrheit, bis weit in die Reihen derer,

Digitized by Google

die sich ursprünglich keineswegs mit dem U-Bootkrieg zu befreunden vermochten, solidarisch mit der Regierung. Es ist in der Tat so, daß das deutsche und das preußische Volk, wie jüngst der Abgeordnete von Heydebrand und der Lasa sagte, bereit und mehr als bereit, daß es entschlossen ist, die Konsequenzen des U-Bootkrieges zu tragen, sobald dieser von den maßgebenden Instanzen beschlossen wurde.

Daß dem so ist, daß diese Entschlossenheit sich bis auf die Reihen der Sozialdemokratie erstreckt, verdanken wir — die Gerechtigkeit gebietet es zu betonen — nicht zuletzt unserm Kanzler. Gerade weil ganz Deutschland sich davon überzeugt halten durfte, daß Herr von Bethmann Hollweg in seiner großen, echt deutschen Gewissenhaftigkeit, in seiner nüchternen Ruhe und Umsicht nicht leichthin zu den äußersten, ihrer Natur nach zweischneidigen Entschlüssen greifen würde, daß er vielmehr erst jede Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens erschöpft haben würde, ehe er zu den letzten und stärksten Zwangsmitteln griff, daß er endlich alles für ein möglichst wirksames und überwältigendes Einsetzen dieser Mittel und für eine Herabminderung der daraus zu besorgenden Gefahren vorsehen werde, gerade darum bestand im voraus die größtmögliche, heute zur unbeschreiblich freudigen Tatsache gewordene Gewißheit, daß im entscheidenden Moment das ganze deutsche Volk sich einmütig um den Kaiser scharen werde. Was immer die Gegner des Kanzlers an ihm aussetzen mögen, dies Eine werden und müssen sie ihm lassen: schwerlich hätte ein anderer Kanzler es zuwegegebracht, daß die Einigkeit des deutschen Volkes, die durch den U-Bootkrieg schwerer wie durch irgendeine andere Frage bedroht schien, gerade durch die Entscheidung in dieser Frage fester wie je verankert worden ist. Die volle Einmütigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes aber ist und bleibt die schlechthin unerläßliche Voraussetzung unseres Endsieges. Nicht Roß noch Reisige, auch nicht die schärfsten und besten Kampfmittel allein sichern die steile Höhe ragenden Erfolges; siegen wird letzten Endes doch nur das Volk, das auch und gerade in der letzten Phase des gewaltigen Kampfes einig und geschlossen hinter seiner Regierung stehen bleibt. Noch nie ward Deutschland überwunden, wenn es einig war, dies goldene Kaiserwort müßte heute mehr wie je in alle deutschen Herzen eingehämmert werden.

Wir wollen es hoffen, daß alle Deutschen und vor allem auch die, die in der heutigen Entscheidung ihre Wünsche und Hoffnungen erfüllt sehen, sich des großen, weltgeschichtlichen Moments wert und würdig erweisen. Sie würden es nicht tun, wenn sie ihren „Erfolg" zum Anlaß nehmen wollten, um in der größeren Gewißheit des Sieges auch ihre Kriegszielforderungen zu steigern. Herr von Heydebrand, den wir schon einmal zitierten, hat kürzlich noch ein höchst beherzigenswertes Wort gesprochen: daß es in der heutigen Lage nicht auf Geltendmachung irgendwelcher Kriegsziele, sondern nur noch auf das Eine ankomme: Siegen, siegen, siegen! Wird diese Mahnung, die erfreulicherweise gegenüber alldeutschen Angriffen von der konservativen Presse stark unterstrichen wird, beherzigt, hört auf der anderen Seite die Agitation

Digitized by Google

für einen Verständigungs- und Verzichtfrieden auf, die in dem gegenwärtigen Moment doch wahrlich überflüssig erscheint, so sehen wir wenig Gefahr für die Einheitsfront des deutsches Volkes in dem letzten Akt des titanenhaften Ringens. Daß der Streit um den Kanzler, in dem die Gemüter der Anhänger und Gegner des U-Bootkrieges sich so lange erhitzt haben, endlich aufhöre, erscheint als ein selbstverständliches Gebot der Stunde. Dieser Streit ist nahezu gegenstandlos geworden, seit der Kanzler in voller Einmütigkeit mit der militärischer Leitung auf die Seite des hemmungslosen U-Bootkrieges trat. Der Kanzler und seine bisherigen Widersacher, Anhänger und Gegner des U-Bootkrieges, und was sich sonst an gegensätzlichen Strömungen in unserem Vaterlande zur Stunde breit machte, alles einander genähert, alles mit einander verbunden zur Erreichung des großen Endziels — das scheint uns der innere Gewinn des denkwürdigen 1. Februar.

Und so möge denn dieser Tag für immer in der Reihe der großen und bedeutsamen Tage — 4. August 1914; 2. und 6. Dezember 1916 — genannt werden, in denen sich die Einheit und der innere Friede des deutschen Volkes verjüngte und neu belebte!

Was sagt das Völkerrecht über die bewaffneten Handelsschiffe?

Von Geh. Justizrat Prof. Dr. Theodor Niemeyer, Kiel

Die Antwort auf die in der Überschrift gestellte Frage muß ehrlicherweise lauten: Es gibt hierfür kein positives Völkerrecht; maßgebend ist lediglich die Natur der Sache. Diese Antwort zu begründen und in Kürze die daraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen, ist der Zweck der folgenden Zeilen.

Das positive Völkerrecht beruht wie alles Recht teils auf Satzung, teils auf Übung. Satzungen des Völkerrechts sind die in Staatsverträgen (Völkerrechtsvereinbarungen) niederlegten Rechtsvorschriften. Die Übung (Staatenpraxis) schafft völkerrechtliches Gewohnheitsrecht, wenn fortgesetzt und im Sinne unbezweifelter Rechtsgeltung bestimmte Grundsätze zur tatsächlichen Anwendung kommen. Neben dem positiven Recht kommt wie in allem Recht so auch im Völkerrecht die Natur der Sache in Betracht. Die im Völkerrecht wie in allem Recht vorhandenen Lücken des positiven Rechts (wohl zu unterscheiden von den Mängeln des Rechtes) heischen Ausfüllung. Für die Lückenfüllung gibt es gewisse technisch-juristische Hilfen, welche durch Begriffe wie „erweiternde Auslegung" (Extensive Interpretation) „entsprechende Rechtsanwendung" (Gesetzes- und Rechtsanalogie) u. a. m. vermittelt worden. Man ist aber heute darüber einig, daß die Lückenfüllung im wesentlichen auf freier schöpferischer Rechtsfindung gemäß der Natur der Sache beruht. Natur der Sache aber ist die aus dem Wesen des Rechtes sich ergebende Ordnung des gegebenen Lebensverhältnisses.

Digitized by Google

Die Entscheidung aus der Natur der Sache hat den Nachteil, daß sie von der Anschauung abhängt, welche der Entscheidende persönlich vom Wesen des Rechtes und von der Natur des zu entscheidenden Lebensverhältnisses hat. Sie hat den Vorteil, daß die Entscheidung von dem Zwang starrer Rechtsformeln befreit, durch keine juristische Technik beengt und somit in der glücklichen Lage ist, der Vielgestaltigkeit des Lebens und der Eigenart des besonderen Verhältnisses zu entsprechen, das heißt „dem Rechte, das mit uns geboren ist", Geltung zu verschaffen. Auch bei dem Recht der bewaffneten Handelsschiffe muß der Nachteil in Kauf genommen werden, daß das auf die Natur der Sache gestützte Urteil mit dem Vorwurf der Befangenheit oder der Willkürlichkeit von demjenigen gescholten wird, dem die Entscheidung nicht einleuchtet oder nicht gefällt, während der Mangel positiver Bestimmungen den Vorteil der Anpassung an die Besonderheit der Lage, also wirklich sachgemäßer Entscheidung bietet.

Zunächst sei eine Überschau über die in Betracht kommenden Bestimmungen in den Völkerrechtsvereinbarungen gegeben: I. Die Pariser Deklaration (1856) verbot die Kaperschiffe, das heißt Handelsschiffe, welche unter staatlicher Autorität feindliche Schiffe in Ausübung des Seebeuterechts kapern. II. Die Haager Konventionen von 1907 machten die Wirksamkeit der Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe von der Erfüllung bestimmter, die Realität der Umwandlung und die Kriegsschiffeigenschaft sicherstellenden Bedingungen militärischer Befehlshaber, militärischer Besatzung, Kriegsflagge usw. abhängig. III. Die Haager Konventionen von 1907 enthalten ferner unter der Überschrift: „Beschränkungen in der Ausübung des Seebeuterechtes" Bestimmungen zugunsten der Mannschaften (équipage) eines weggenommenen feindlichen Handelsschiffes. Von der Anwendbarkeit dieser Bestimmungen werden diejenigen Handelsschiffe ausgeschlossen, „die an den Feindseligkeiten teilnehmen". IV. In der Londoner Deklaration (1909) finden sich unter der Überschrift: „Widerstand gegen die Durchsuchung (visite)" folgende Vorschriften für neutrale Handelsschiffe: „Der gewaltsame Widerstand gegen die rechtmäßige Ausübung des Anhaltungs-, Durchsuchungs- oder Beschlagnahmerechtes hat in allen Fällen die Einziehung des Schiffes zur Folge. Die Ladung unterliegt derselben Behandlung, welche die Ladung eines feindlichen Schiffes erfahren würde; die dem Kapitän oder dem Eigentümer des Schiffes gehörenden Waren werden als feindliche Waren angesehen." Aus diesen Bestimmungen ist ebensowenig wie aus irgendwelchen anderen bisher aufgestellten Völkerrechtsregeln irgend etwas zu entnehmen, was die Behandlung eines feindlichen bewaffneten Handelsschiffesdurch gegnerische Kriegsschiffe bestimmt.

Dies ist in bezug auf die einzelnen soeben angeführten Bestimmungen noch näher zu begründen.

I. Kaperschiffe im Sinne der Pariser Deklaration, das heißt mit Kaperbriefen („lettres de marque") ausgestattete und auf Grund dieser staatlichen Autorisation nach Seebeute jagende Kauffahrteischiffe sind die bewaffneten Handelsschiffe

Digitized by Google

des gegenwärtigen Krieges nicht. Man hat zwar den Versuch unternommen, auf das Verbot der Kaperei das Dogma zu stützen: „Nur militärisch organisierte Streitkräfte sind zulässig." Dieses Dogma hat aber keine Geltung. Die Theorie des reinen Militärkrieges ist auch selbst für den Landkrieg nicht gültig. Die Haager Landkriegsordnung erkennt ausdrücklich die unorganisierte Massenerhebung in Artikel 2 an: „Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antriebe zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne Zeit gehabt zu haben, sich zu organisieren, ist als kriegführend zu betrachten, wenn sie die Waffen offen führt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachtet," ein Satz, welcher, weit entfernt das Schlagwort der organisierten Streitkräfte zu stützen, geradezu das Gegenteil bestimmt, und als wichtigste positive Stütze für die Berechtigung bewaffneter Handelsdampfer in Anspruch genommen werden könnte, wenn es solcher Stützen bedürfte und wenn nicht das Recht des See-Krieges so unabhängig neben dem Landkriegsrecht stünde, daß die analoge Anwendung nur mit größter Vorsicht gebraucht werden darf und niemals ausschlaggebend sein kann. Das Verbot der Kaperei muß lediglich aus dem Zusammenhang des Seekrieges selbst verstanden werden. In diesem Zusammenhange aber sagt es schlechterdings nichts anderes, als daß die Staaten keine Kaperbriefe ausstellen dürfen, und daß das Seebeuterecht nur durch Kriegsschiffe ausgeübt werden darf.

II. Nach den vorhin angeführten Bestimmungen der Haager Konventionen von 1907 sind die bewaffneten Handelsschiffe nicht Kriegsschiffe. Sie selbst wollen es nicht sein. Auch die deutsche Denkschrift an Amerika vom 8. Februar 1916 wendet nicht den Ausdruck „Kriegsschiffe", sondern „Kriegführende" auf sie an. Mit Recht. Zwar würde sprachlich nichts im Wege stehen, bestückte Handelsschiffe als Kriegsschiffe im weiteren Sinn das Wortes zu bezeichnen. Aber dem Tatbestandsbegriff der Haager Konventionen und den auch sonst geltenden Voraussetzungen des Kriegsschiffbegriffes entsprechen sie durchaus nicht. Man muß sich erinnern, was der Sinn der Begriffsbestimmung des Kriegsschiffes ist. Der Zweck und Sinn dieses Begriffes besteht in der Festlegung des Tatbestandes, an welchen sich die Privilegien — teils günstige, teils ungünstige — des Kriegsschiffes ein für allemal knüpfen, deren feierlichster Ausdruck die Kriegsflagge ist. Kriegsschiffe in diesem Sinn werden Kauffahrteischiffe durch Anbringung auch von schweren Deckgeschützen nicht. Es gibt nun aber eine Reihe von Grundsätzen und Rechtsfolgen, welche nicht nur für Kriegsschiffe — in dem eben angegebenen besonderen Sinn — gelten, sondern auch für andere Schiffe, nur mit dem Unterschied, daß sie bei diesen als vereinzelte und gelegentliche Folge besonderer Umstände eintreten, während sie bei Kriegsschiffen generell und ohne weiteres gelten. So z. B. ist die Exterritorialität ein allgemeines und unverlierbares Attribut der Kriegsschiffe, kommt aber auch Kauffahrteischiffen gelegentlich zu, z. B. wenn sie Staatsoberhäupter an Bord haben oder wenn sie Truppentransporten dienen, welche das Schiff zur schwim-

Digitized by Google

menden Festung machen, ohne daß die Kriegsflagge geführt wird. Fremde Kriegsschiffe kann jeder Staat (Seenot ausgenommen) von seinen Häfen ausschließen, Kauffahrteischiffe nicht. Wenn aber Kauffahrteischiffe wie in dem eben bezeichneten Fall als schwimmende Kasernen oder Festungen eingerichtet sind, so kann sie jeder Staat, auch wenn sie nicht Kriegsschiffe im Vollsinn sind, gerade so zurückweisen, wie wenn sie Kriegsschiffe wären. Man kann dies so ausdrücken: „Sie sind wie Kriegsschiffe zu behandeln", oder „sie sind im Sinne der vorliegenden Völkerrechtsfrage „Kriegsschiffe", oder etwa auch: „sie sind Kriegsschiffe im weiteren Sinne des Wortes". Ganz in derselben Weise kann auch für die mit Kanonen und mit entsprechenden Gebrauchsanweisungen versehenen Handelsschiffe, obwohl sie sicher nicht Kriegsschiffe im Sinne der Haager Konventionen und im Sinne der generellen Privilegien der Kriegsschiffe sind, die Frage gestellt werden, ob sie in bestimmten Beziehungen wie Kriegsschiffe zu behandeln sind. Und damit wird zugleich die Frage gestreift, ob sie beschossen werden dürfen wie Kriegsschiffe. Der Frage auf dem Umweg über Definition der Kriegsschiffe nachzugehen, ist nach dem Gesagten gründlich verfehlt. Man muß vielmehr unmittelbar untersuchen, ob und wann Kriegsschiffe auf bewaffnete Handelsschiffe schießen dürfen. Die Haager Konventionen geben in ihren Vorschriften über den Begriff der Kriegsschiffe weder hierfür noch für andere Fragen der bewaffneten Handelsschiffe Aufschluß. III. Die Bestimmungen der Haager Konventionen über die Besatzung weggenommener feindlicher Kauffahrteischiffe heben als besonderen Begriff hervor: „Schiffe, die an den Feindseligkeiten teilnehmen." Auf diese sollen die die Besatzung schützenden Vorschriften der Konvention keine Anwendung finden. Da es sich nur um Schiffe handelt, welche nicht Kriegsschiffe sind, so läßt sich der Gedanke nicht von der Hand weisen, daß nach dem Sinn der Konvention Handelsschiffe, welche an den Feindseligkeiten teilnehmen, keine Schonung genießen sollen, was aber nach der Konvention unter Teilnahme an den Feindseligkeiten zu verstehen ist, bleibt so sehr im Ungewissen, daß sich für die bewaffneten Handelsschiffe aus der Konvention nur der ohnehin selbstverständliche Gedanke ergibt, daß Handelsschiffe, welche an den Feindseligkeiten teilnehmen, demgemäß zu behandeln sind. Eine positive Vorschrift über bewaffnete Kriegsschiffe liegt also nicht vor.

IV. Die Sätze der Londoner Deklaration beziehen sich nur auf neutrale Schiffe. Eine Analogie für die Behandlung feindlicher Handelsschiffe darf an sie nicht geknüpft werden. Die Visitation neutraler Handelsschiffe und die Begegnung mit feindlichen Handelsschiffen sind zwei von Grund auf verschiedene Vorgänge. Der erstere ist von der Londoner Deklaration mit dem Charakter einer völkerrechtspolizeilichen Amtshandlung ausgestattet, während die Behandlung feindlicher Handelsschiffe ganz in den Bereich der Maßnahmen der Kriegführung fällt. Das Verhältnis wird in Literatur und Praxis durch die entschieden abzulehnende Anschauung verdunkelt, jede kriegerische Handlung, die nicht verboten sei, sei Rechtsausübung. Diese Auffassung wird unterstützt durch

Digitized by Google

die oberflächliche Anwendung der Begriffe „erlaubt", „unerlaubt", „berechtigt", „unberechtigt" und durch die ebenso gedankenlose als gebräuchliche Wendung: „Was nicht verboten ist, ist erlaubt." Auf die Handelsschiffe angewendet, führt dieser Gedanke, wie die Tagesliteratur lehrt, leicht zu der folgenden Auffassung: Weil die Londoner Deklaration den Widerstand neutraler Schiffe gegen die Visitation feindlicher Kriegsschiffe als unerlaubtes Verhalten behandelt und bestraft, während eine gleiche Vorschrift für feindliche Handelsschiffe nicht besteht, so beruht der Widerstand feindlicher Handelsschiffe gegen Kriegsschiffe auf einer völkerrechtlichen Rechtsausübung. Der hierin liegende Fehlschuß hängt zusammen mit dem weit verbreiteten Irrtum, man könnte auch sagen dem dialektischen Unfug, welcher, durch ein dialektisches Entweder — Oder, alles Geschehen restlos unter beliebige logische Alternativen bringt. Der Jurist, welcher im Banne dieser Denkart steht, kommt unter die Zwangsvorstellung, daß jedwedes Tun und Lassen der Menschen dem Maßstab des Rechtes unterworfen sei. Aus dieser Anschauung ergibt sich für das Völkerrecht des Krieges wiederum leicht die wie manches andere Sophisma bestechende Formel, jedes Verhalten im Kriege sei Rechtsausübung oder Delikt. Diese Meinung verkennt, daß es im Völkerrecht sehr viele gewaltig klaffende Lücken gibt, daß keineswegs alle im Verhältnis der Staaten vorkommende Tatbestände völkerrechtlich geregelt sind, und daß namentlich der Krieg eine furchtbare Fülle solcher völkerrechtlichen Lücken gebiert. Der Krieg sei aber doch als solcher ein Rechtsverhältnis, — so hört man sagen. Daß der Krieg ein Rechtsverhältnis sei, ist eine unerhörte Fiktion. Nicht der Krieg ist rechtlich normiert, sondern einzelne geringfügige episodenhafte Tatbestände des Krieges sind Gegenstand völkerrechtlicher Regelung. Seinem Wesen nach ist der Krieg das, was das Wort sagt. Was nicht durch Staatenkonsens positiv in den Bereich rechtlicher Ordnung hineingezogen ist, ist „res meae facultatis", liegt außerhalb aller Rechtsordnung. Dazu gehört auch der Tatbestand der bewaffneten Handelsschiffe und das Verhalten der Kriegsschiffe ihnen gegenüber. Die bewaffneten Handelsschiffe sind nicht völkerrechtlich verboten. Aber auch das gegnerische Kriegsschiff ist durch Völkerrecht in seiner Handlungsfreiheit nicht beschränkt. Dieses ist das Ergebnis der Umschau in den Völkerrechtsvereinbarungen.

Befragen wir das Gewohnheitsrecht, so ist das Ergebnis dasselbe. Sehr begreiflich. Erst seit März 1913 ist das Problem aufgetaucht. Damals gab Churchill im englischen Parlament die zu jener Zeit wenig verstandene Erklärung ab, England müsse seine Handelsschiffe mit Kanonen bewaffnen, um den Vorteil auszugleichen, welchen die Kontinentalstaaten dadurch hätten, daß sie das Recht beanspruchten, Handelsschiffe auf hoher See in Kriegsschiffe zu verwandeln. Heute sehen wir ganz klar, daß mit jener Maßnahme die englische Admiralität den Handelskrieg mit seinen grausamsten Konsequenzen in äußerster Energie ins Auge faßte. Wir müssen andererseits feststellen, daß ein ernstlicher Widerspruch gegen die völkerrechtliche Zulässigkeit der

Digitized by Google

Bewaffnung damals von keiner Seite geäußert ist. Eben damit aber ist zugleich die Feststellung gegeben, daß die übrigen Staaten stillschweigend den Kampf gegen das neue Kampfmittel ins Auge faßten, daß von völkerrechtlichen Beschränkungen Abstand genommen und daß die Kriegsräson als das in dieser Sache allein maßgebende Prinzip akzeptiert wurde. Und die Natur der Sache? Es ist die Unnatur der Sache, welche hier an die Stelle der Natur tritt. Der englische Admiral, spätere See-Lord R. Fisher, wurde vor einer Reihe von Jahren gesprächsweise von dem deutschen Admiral Prinz Heinrich von Preußen gefragt: „Was würden Sie als Kommandant eines Torpedobootes tun, wenn Sie einen Passagierdampfer der feindlichen Flagge auf hoher See träfen?" worauf Fisher ohne Besinnen hart einfiel: „Sink her!" Und der Engländer begründete seinen Vorsatz damit, daß man den Krieg so grausam wie tunlich führen müsse, damit er rasch beendet werde und der Gegner für so lange Zeit als irgendmöglich niedergeworfen sei. „Sink, burn, distroy", ist das Merkwort des englischen Seekrieges geblieben, wie es immer gewesen ist. Nur die Ausführung hat sich anders gestaltet als früher. Was an deutschen Schiffen, Waren, Menschen auf See zu fassen war, dessen hat sich England alsbald ohne irgendwelche Rücksicht und Schonung bemächtigt. Was zu gebrauchen war und abgeschleppt werden konnte wurde abgeschleppt, das übrige zerstört. Nachdem die See ausgeräubert war, kamen die neutralen Küstengewässer und Häfen an die Reihe. Mit Gewalt, Erkaufung und List wurde das neutrale Ausland in den See- und Wirtschaftskrieg hineingezogen. England lehrt die Welt, was der Krieg seiner fürchterlichen Natur gemäß ist, mit der letzten Konsequenz: Er ist das Ringen der Staaten bis zum letzten Atemzug und bis zum letzten Blutstropfen, der Kampf um Sein und Nichtsein. Von Deutschland ist dem Gegner bei Kriegsbeginn vorgeschlagen worden, beiderseits die Grenzen innezuhalten, auf welche man sich im Haag und in London geeint hatte. England zuerst und dann seine Verbündeten haben sich alsbald von diesen Schranken losgesagt. Die Frage der bewaffneten Handelsdampfer lag von vornherein außerhalb jener Schranken. England nennt die Bewaffnung und die Haltung seiner bewaffneten Handelsdampfer Selbstverteidigung. Es schärft den Kapitänen ein, daß dies nicht heißt, sie dürften nicht den ersten Schuß auf ein ihnen begegnendes U-Boot abgeben. Es instruiert die Kapitäne so, daß diese es für ihre Pflicht halten, das Prävenire zu spielen. Kapitäne, welche nicht energisch genug gegen U-Boote vorgehen, werden bestraft. In zahlreichen Fällen haben bewaffnete Handelsschiffe feindliche U-Boote angegriffen. Kann hiernach noch der leiseste Zweifel bestehen, daß die armierten Handelsdampfer der Engländer Kampfmittel sind? Sind sie nicht zu dem Zweck bewaffnet, damit sie die gemäß den harten Aufgaben des Krieges unseren U-Booten obliegende Tätigkeit, das heißt die Vernichtung der feindlichen Seemacht, bekämpfen und mit Waffengewalt vereiteln? Wer darf den ersten Schuß tun? Völkerrecht bestimmt dies nicht. Vielleicht wird es später einmal festgesetzt. In dem jetzt über die Welt hereingebrochenen Kriege stehen

Digitized by Google

die Gewalten sich in solcher Spannung gegenüber, daß die Aufstellung einer mechanischen Regel als Aberwitz erscheinen muß. Beide Parteien stehen infolge der England begangenen Lossagung von den wenigen Grundsätzen des bisher anerkannten Seekriegsrechtes im Zustande ungemessener Repressalien, von denen Frauen und Kinder noch mehr betroffen werden als die streitenden Männer. Beide Parteien stehen in einem Kampfe, in welchem Zaudern zum Selbstmord, Schwäche zum Verbrechen werden kann. Das ist die Natur der Sache, welche das Recht der bewaffneten Handelsschiffe bestimmt.

Die Friedensbotschaft Wilsons

Von Albert Osterrieth

Die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den Senat vom 22. Januar ist eine Kundgebung von großer geschichtlicher Bedeutung. Über ihren Zweck und ihre Tragweite herrscht jedoch vielfach noch Unklarheit.

Zunächst springen zwei Punkte in die Augen: zuerst die Erklärung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten keinen unmittelbaren Einfluß auf den Friedensschluß beansprucht, d. h. auf die Bedingungen, unter denen der Krieg beendet wird. Man kann darin eine öffentliche Bekundung des festen Willens der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten erblicken, auch bei dem Friedensschluß nicht aus ihrer Neutralität herauszutreten. Wohl aber legt Wilson andrerseits das größte Gewicht darauf, daß im Anschluß an diesen Friedensschluß eine Vereinbarung zustande komme, die dem Frieden einen dauernden, die Wiederkehr solcher Kriege ausschließenden Charakter verleihe. Es soll ein Dauerfrieden zustande kommen und zwar unter Mitwirkung der neutralen Staaten, darunter in erster Linie der Vereinigten Staaten. Den wesentlichen Inhalt der Botschaft bildet die Darlegung des Programms für diesen Dauerfrieden. Man kann annehmen, daß in diesem Programm die persönliche Überzeugung Wilsons und die politischen Ziele seiner Regierung zusammenfließen. In welcher Art und in welchem Maße die Vereinigten Staaten ihren Einfluß üben werden, damit der Friedensschluß zu einer geeigneten Grundlage für das von Wilson erstrebte Zustandekommen des Friedensbündnisses werde, ist ein Punkt, der in der Botschaft Wilsons im dunkeln bleibt. Jedenfalls gibt aber schon die Erwägung, daß die Vereinigten Staaten nach dem Ausspruch ihres Staatsoberhaupts ein mittelbares Interesse an dem Zustandekommen des Friedensschlusses haben, besonderen Anlaß, auch sein Programm für einen Dauerfrieden einer Prüfung zu unterziehen.

Er hat die Bildung eines die Staaten Europas und Amerikas umfassenden Friedensbundes im Auge, der durch die in seiner Organisation verkörperte Macht den Gemeinfrieden verbürgen, also offenbar Friedensstörer durch Zwang in Schranken halten soll. Für die Ausführung dieses Planes eines Friedensbundes gibt Wilson einige Leitsätze:

Digitized by Google

1. Der Friedensbund soll sich aufbauen auf den Grundsatz der Gleichheit der Rechte der Staaten. Die gegenseitigen Bürgschaften sollen für alle gleich sein, so daß also die großen Staaten nicht berechtigt wären, durch Geltendmachung ihres Machtübergewichts gegenüber den kleinen den Gemeinfrieden zu stören.

2. Der Friedensbund soll sich gründen auf den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Zu beachten ist, daß Wilson den Nationolitätengrundsatz nicht unter seine Leitsätze aufnimmt. Er hält zwar eine gerechte Lösung der Frage der Rassen- und Stammeszugehörigkeit für wünschenswert, stellt aber nicht die Forderung, daß die nationale Zugehörigkeit einer Bevölkerung auch die staatlichen Grenzen des Landes bestimme.

3. Die Forderung eines offenen Zuganges an die See für jedes große Volk ist wohl nur aufgestellt worden, um Rußland sein Interesse an dem Friedensbund zu zeigen.

4. Die Forderung der Freiheit der Meere hängt mit der vorigen eng zusammen. Sie richtet sich gegen den Anspruch einzelner Länder auf die Alleinherrschaft zur See. Es soll in dem künftigen Friedensbund jedem Land das freie Recht zustehen, alle Weltmeere zu befahren, sich Kohlenstationen anzulegen, Kabellinien zu unterhalten usw.

5. Schließlich macht Wilson den Vorschlag der Begrenzung maritimer Rüstungen und einer Beschränkung der Landarmeen.

Wie man sieht, sind seine Vorschläge nicht vollständig genug, um ein klares Bild zu geben, wie er sich den Friedensbund vorstellt, wie seine Organisation beschaffen sein soll, welches die Rechte und Pflichten seiner Teilnehmer sein werden, und wie das Organ der gemeinsamen höheren Macht beschaffen sein soll, das die einzelnen Bundesmitglieder zur Einhaltung ihrer Pflichten anhält. Offenbar ist Wilson der Ansicht, daß es noch nicht an der Zeit ist, ein genaueres Programm hiefür zu entwerfen. Er will nur seinen Gedanken in die Welt setzen.

Seine Anregung wird in Deutschland freundliches Interesse finden. Auch wir erstreben Sicherungen für einen dauernden Frieden. Der Reichskanzler hat ausgesprochen, daß wir dem Gedanken einer Friedensorganisation wohlwollend gegenüberstehen. Auch die Leitsätze Wilsons werden wir mit grundsätzlicher Zustimmung aufnehmen können, natürlich mit einigen Vorbehalten, die sich aus geschichtlichen Bedingtheiten ergeben, und die jeder Kenner der Geschichte Europas zu würdigen wissen wird.

Allerdings wird der großartige Plan Wilsons dadurch, daß wir seinen Leitsätzen grundsätzlich zustimmen können, seiner Verwirklichung nicht näher gebracht. In welchem Zusammenhang stehen nun Wilsons Friedensbundgedanken mit der Frage der Beendigung des jetzigen Krieges? Welche Zwecke verfolgt Wilson, wenn er seine weitausschauenden Gedanken heute ausspricht und sie mit dem Friedensschluß verknüpft, der den jetzigen Völkerkrieg beenden soll? Welches ist das wirkliche, sachliche Interesse der Vereinigten Staaten an Wilsons Anregung?

Zunächst muß man in Betracht ziehen, daß Wilsons Botschaft in die Zeit fällt, welche

Digitized by Google

die Entente, angesichts der gegenwärtigen Kriegslage, nicht als die geeignete bezeichnet, um in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Entente bereitet die gewaltigsten Anstrengungen vor, um die Kriegslage so zu ändern, daß sie ihren Frieden mit den von ihr angekündigten Kriegszielen durchsetzen kann, — mit Kriegszielen, die gerade das Gegenteil dessen sind, was Wilson als geeignete Grundlage für seinen Friedensbund bezeichnet. Denn die Erreichung dieser Ziele setzt die Vernichtung Deutschlands, als eines Reiches, sowie Österreichs und der Türkei voraus. Die Entente will zwar, wie sie mit feiner Unterscheidung betont, die deutschen Völker bestehen lassen. Aber das Reich wäre zu Ende. — Selbstverständlich würden die deutschen Völker — falls es denkbar wäre, daß die Entente ihre Ziele erreicht — wieder den Zusammenschluß suchen und finden, und damit wäre nicht der Frieden, sondern der Krieg für absehbare Zukunft der Dauerzustand in Europa. Abgesehen davon, daß also der Friedensplan Wilsons mit den Kriegs- und Friedenszielen, die die Entente feierlich verkündet hat, in schroffstem Widerspruch steht, muß die Friedensbotschaft den Ententeregierungen gegenwärtig sehr unbequem sein. Ihr Streben ist, den Kriegswillen ihrer Völker zum äußersten anzuspornen; dagegen nährt Wilsons Botschaft die Bewegung derer, die eine Verständigung mit Deutschland auf Grund bescheidenerer Ziele erstreben. Diese Strömungen sind innerhalb der Ententevölker in solchem Maße vorhanden, daß die gegenwärtigen Regierungen eine Verstärkung oder Unterstützung dieser Bewegung nicht für wünschenswert halten können. Den heute herrschenden Gruppen der äußersten Kriegshetzer muß also Wilsons Botschaft ungelegen kommen. Wir brauchen daher nicht an der Ehrlichkeit seiner Absichten zu zweifeln.

Damit wird das Verständnis der Friedensbotschaft Wilsons noch schwieriger, da man von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht annehmen darf, daß er nur menschenfreundliche Ziele verfolgt. In diesem Zusammenhang fällt ein Wort der Botschaft auf:

„Nur ein ruhiges Europa kann ein dauerndes Europa sein." Also haben die Vereinigten Staaten ein dringendes Interesse an einem dauernden Europa! —

Allerdings werden die Vereinigten Staaten durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen. Aber das berührt noch kein Lebensinteresse. Es scheint auch, daß die Vereinigten Staaten an einem Goldüberfluß leiden, der die heimische Währung stark drückt und im Zusammenhang mit den gewaltigen Lieferungen für die Entente eine ernste Teuerung hervorgerufen hat. Das würde zur Genüge erklären, daß die Vereinigten Staaten ein lebhaftes Interesse an der baldigen Beendigung des Krieges haben. Ob aber dieser Grund ausreicht, Wilsons Botschaft zu erklären, ist zweifelhaft. Auch hat dieser Gesichtspunkt nichts mit dem Wunsche nach einem „dauernden Europa" zu tun.

Die Vereinigten Staaten sind bei aller Anhänglichkeit und Neigung, die sie für Europa, namentlich für ihr ehemaliges Mutterland, haben, ein Staatswesen für sich, mit eigenen Daseins- und Machtbedingungen, die sich mit denen Europas nicht

Digitized by Google

decken und heute, noch mehr in Zukunft, in Gegensatz zudenen Europas treten können. — Sollte Europa seine Machtstellung verlieren, so würde — wenn man sich die beiderseitige Entwicklung der letzten hundert Jahre vergegenwärtigt — wohl Amerika das Erbe Europas antreten; würden die Vereinigten Staaten das an Macht gewinnen, was Europa verlöre. — Dann wäre also der Wunsch nach einem dauernden Europa nur ein Vorwand für ein Dreinreden, selbst auf die Gefahr, es mit beiden kämpfenden Gruppen zu verderben? Oder sollte Wilson befürchten, daß die Vereinigten Staaten noch schwere innere Krisen, wirtschaftliche und Bevölkerungskrisen, zu überwinden haben werden, bevor sie stark genug wären, Europas Machtstellung einzunehmen, und daß in dieser Zwischenzeit seinem Lande eine Gefahr von anderer Seite, von jenseits des Stillen Ozeans, drohen könnte?

Hier liegt vielleicht die Lösung des Rätsels. Die Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan um die Herrschaft im Großen Ozean scheint vielen unvermeidlich. Käme sie heute oder in nächster Zukunft, so wäre die Gefahr für die Vereinigten Staaten, deren Flottenpläne noch in der Ausführung begriffen sind, deren Panamakanal noch nicht betriebsfertig ist, die kein Landheer besitzen, sehr ernst. Der einzige, der heute Japan in Schranken halten kann, wäre England. Englands Macht ist aber mit der Europas verkettet. Daneben würden in dem zweiten Weltkriege — zwischen Asien und Amerika — auch die übrigen Länder Europas — Rußland, die Mittelmächte — eine wichtige Rolle spielen. Bricht die Macht Europas infolge des jetzigen Krieges zusammen — auch nur vorübergehend für eine Reihe von Jahren — dann sind die Vereinigten Staaten Japan gegenüber ohne Hilfe. Sollte das das Interesse der Vereinigten Staaten an einem „dauernden" Frieden sein? Diese Sorge wäre unbegründet, wenn England einen solchen Sieg davontrüge, daß es mit ungeschwächter Macht aus dem Kriege hervorginge. Wilsons Wünsche werden wohl in dieser Richtung gegangen sein. Aber wenn er an einen solchen Ausgang für England nicht mehr glaubt, — was kann dann die Vereinigten Staaten retten? — Nur ein baldiges Kriegsende!

Ist dieser Gedankengang richtig, dann wird auch das zunächst befremdende Wort verständlich, daß der Frieden ein Frieden ohne Sieg sein muß. Da dieses Wort deutungsfähig ist, gibt Wilson gleich selbst die Erklärung dazu: er will nicht einen Frieden, der dem Besiegten aufgezwungen wird, der das dem Besiegten auferlegte Gesetz des Siegers ist. Er fügt bei, daß ein solcher Sieg den Stachel der Rachsucht zurücklassen und dem Frieden die Aussicht auf Dauerhaftigkeit nehmen würde.

Man versteht aus den dargelegten Gründen, daß Wilson auch im Interesse der Vereinigten Staaten die Gefahr eines jederzeit drohenden Wiederausbruchs des Krieges beseitigen will, der Amerika die Möglichkeit einer Anlehnung an ein starkes Europa rauben würde.

Digitized by Google

Aber wesentlich scheint noch die Frage, ob nach Wilsons Meinung heute überhaupt ein Sieg möglich wäre, der den Vereinigten Staaten den gewünschten Rückhalt sichert. Im Interesse der Vereinigten Staaten darf England nicht besiegt werden! — Es darf aber auch als Sieger oder in der Verfolgung des Sieges nicht derart geschwächt werden, daß ihm die Kraft zu einer nachdrücklichen Unterstützung der Vereinigten Staaten gegen Japan geraubt wird. Ein glatter, leichter und vollständiger Sieg der Entente über Deutschland hätte dieses Lebensinteresse der Vereinigten Staaten nicht berührt. Wenn aber Wilson glaubt, daß England nicht siegen kann, oder wenigstens nicht ohne den Preis einer vollständigen eigenen Erschöpfung, dann ist es von diesem Standpunkte aus nur folgerichtig, wenn er sagt, im Interesse des Dauerfriedens, d. h. im Interesse der Vereinigten Staaten, darf es in diesem Frieden keinen Sieger geben; natürlich nicht in dem Sinn, daß derjenige, der seinen Zielen am nächsten kommt, sich nicht als Sieger betrachten darf, sondern nur in dem Sinn, daß der eine Teil den anderen nicht derart niederwirft, daß er ihm das Gesetz des Siegers vorschreiben kann. Ist diese Erklärung richtig, dann ist die Friedensanregung Wilsons ehrlich gemeint, und dann stimmen die idealen, menschlichen Erwägungen, die er in den Vordergrund stellt, mit dem eigenen Lebensinteresse des Landes, dessen Diener und Leiter er ist, vollkommen zusammen.

Dann kann aber auch das Deutschland, das als Erster die Anregung zum Frieden gegeben hat, Wilsons Botschaft mit Genugtuung und ehrlicher Anerkennung der hochherzigen Gedanken, die er ausgesprochen hat, begrüßen. Deutschland hat keinerlei Interesse, Wilsons Friedensplan abzulehnen, sobald England bereit ist, ehrlich darauf einzugehen. Denn auch die weitestgehenden Pläne, die der Krieg in Deutschland geweckt hat, sind nur auf die künftige Sicherung, allerdings auf eine unbedingte und wirksame Sicherung unseres Bestandes und unserer Wohlfahrt gerichtet. Wird dieses Ziel durch einen Friedensbund — mit den erforderlichen Sicherheiten — erreicht, hat Deutschland seine ihm durch die Verteidigung seines Daseins aufgezwungenen Kriegsziele erreicht. Danach kann Wilson beurteilen, wo die Freunde und die Gegner seines großzügigen Friedensprogramms sitzen. Gelingt es ihm, letztere zu bekehren, dann hat er sich ein Verdienst erworben, das ihm die Geschichte lohnen wird.

Streiflichter zur Weltlage II

(30. Januar 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

Als der russische Ministerpräsident Stürmer gestürzt wurde, hatte auf die Nachricht davon der kürzlich verstorbene russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, eine Unterredung mit Herrn Amphitheatrow, einem bekannten radikalen russischen Schriftsteller, die überaus charakteristisches Licht auf die jetzigen Verhältnisse in Rußland wirft.

Digitized by Google

„Entweder" — sagte Benckendorff — „werde ich alt und stumpfsinnig, oder eine Art geheimnisvoller Geisteskrankheit beherrscht die diplomatischen Kreise Petersburgs. In Petersburg wirft man mir vor, liberal zu sein. Natürlich bin ich es, verglichen mit denen, die die Macht in Händen haben. Ich habe mein ganzes Leben in Europa verbracht und Beziehungen zwischen Rußland und England, das eine erziehende Nation ist, geschaffen. Aber in Rußland herrscht Verblendung. Man will weder sehen, noch hören. Ich wünsche Rußland alles mögliche Gute, aber ich muß gestehen, daß jeder Kurier aus Petersburg mich mehr und mehr zu tiefstem Pessimismus führt." Die „Times" und nach ihr der „Temps" vom 20. Januar drucken die Äußerung Benckendorffs ab. Wir können sie dahin ergänzen, daß Benckendorff keineswegs mit der Politik einverstanden gewesen ist, die im August 1914 zum Bruch zwischen Rußland und Deutschland führte. Er war in der Tat „Europäer" und kannte zudem die Politik Englands zu genau, um nicht zu wissen, daß die Interessen beider Mächte auseinandergehen. Wenn er England eine „erziehende Nation" nennt, ist das wohl dahin zu verstehen, daß er von englisch-russischen Beziehungen, wie er sie „geschaffen" zu haben, für sich in Anspruch nimmt, eine zivilisierende Wirkung auf die Richtung der inneren Politik Rußlands erwartete. Die Promulgierung des „Krieges gegen das Deutschtum" ist ihm gewiß unsympathisch gewesen. Er verstand den russischen Patriotismus, zu dem er sich bekannte, ganz anders, denn es lebten in ihm noch die Überlieferungen Nikolaus I. und Alexander II. fort, von denen im heutigen Rußland nichts mehr übrig geblieben ist, als die Karrikatur.

Von den russischen Ministern der letzten Jahre sind wider ihren Willen beseitigt worden: Poliwanow, Kriwoschein, Ssasanow, Ssamarin, Chwostow, aus eigenem Antriebe zurückgetreten Makarow, Schuwajew, Ignatiew, Pokrowski, Schachowskoi und endlich Bark, der Finanzminister, der als einziger sich aus der Reihe der Friedensminister während des ganzen Verlaufes des Krieges behauptet hatte. Er ist soeben durch Nikolajenko ersetzt worden.

Ebenso charakteristisch ist der Wandel, der sich in der Besetzung des Reichsrats vollzogen hat. Den mißliebigen Mitgliedern dieser höchsten politischen Körperschaft des Reiches ist die Mitteilung zugegangen, daß sie in Zukunft den Sitzungen fernzubleiben hätten, und zwar traf diese Maßregelung zunächst den Präsidenten Staatssekretär A. N. Kulomsin und den Vizepräsidenten P. Ja. Golubow, die durch Schtscheglowitow und Deutrich ersetzt wurden. Ganz wie die früheren Präsidenten wurden noch die folgenden Reichsratsmitglieder gleichfalls — nun sagen wir — an die Luft gesetzt: J. A. Kaufmann-Turkestanski, die Generale Palitzyn, Seliiwanow, von der Roop, die früheren Minister Goremykin und Stürmer, endlich Gerbel, Professor Guerrier und Pichnow. Neu berufen in den Reichsrat wurden Werewkin (ehemals im Justizministerium Ministergehilfe), Plewe, Baron Taube (früher Gehilfe des Ministers des Auswärtigen), Trusewitsch (früher Direktor im Polizeidepartement), die Sena-

Digitized by Google

toren Ochotnikow und Barsow, Professor Rasumowski, Adelsmarschall Jewropkin und der zum Justizminister ernannte Senator Dobrowoliki. Die Führer des so gebildeten ultrakonservativen Blocks werden die Herren Schischeglowitow, Maklakow und Markow sein, und eine nahe Zukunft wird uns beweisen, daß sie zuverlässige Stützen des neuen Kurses sind, den der Ministerpräsident Fürst Golitzyn auf allerhöchsten Befehl zu vertreten hat. Die „Nowoje Wremja" vom 13. Januar hat das Programm veröffentlicht, zu dem er sich bekannt hat. Es geht selbstverständlich von der Versicherung aus, die alle Führer der Entente in den letzten Tagen zum Überdruß wiederholt haben, daß nämlich auch Rußland entschlossen sei, bis zu errungenem vollen Siege zu kämpfen. Die Richtung seiner inneren Politik werde zwar die gesetzgebenden Institutionen des Reichs aufrecht erhalten, jedoch so, daß die Grundgesetze in voller Unantastbarkeit fortbestehen, woraus folgt, daß er den Gedanken nicht aufkommen läßt, daß die Regierung des Reichs den gesetzgebenden Institutionen (d. h. Duma und Reichsrat) verantwortlich sei. „Die Regierung, an deren Spitze ich stehe, ist im vollen Sinne des Wortes nur der höchsten Autorität (d. h. dem Zaren) verantwortlich." „Duma und Reichsrat hätten das Recht, Anfragen zu stellen, und das solle ihnen gewahrt bleiben." Ausschreitungen, wie sie in letzter Zeit stattgefunden hätten, würden die Regierung gleichgültig lassen. Mit den Organisationen der Gesellschaft, deren wohltätige Bedeutung er zu schätzen wisse, wolle er in den Fällen zusammenarbeiten, in denen diese Organisationen die ihnen auferlegten Aufgaben direkt erfüllen. Im Prinzip sei er nicht dafür, daß man Kongresse in Bausch und Bogen auflöse. Jeder einzelne Fall solle im Ministerrat und bei besonders wichtigen Anlässen vom Minister des Innern objektiv erwogen werden, ob ein Kongreß oder eine Versammlung zu gestatten sei, und festzustellen ob solche Zusammenkünfte zurzeit notwendig seien, ob ihr Programm den Gesetzen entspreche und ob der Personalbestand als befriedigend betrachtet werden könne. Einige Schlußworte betonten die Notwendigkeit eines einheitlichen Bestandes des Kabinetts.

Offenbar haben wir hier die authentische Auslegung des zarischen Manifestes, und es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß es sich um Beseitigung der Oktoberverfassuug und um Durchführung eines scharf autokratischen Regiments handelt. Ssasanows Überführung als Botschafter nach London wird jetzt wieder bestätigt. Um die Enttäuschung zu versüßen, die das Manifest sonder Zweifel dem Botschafter Buchanan gebracht hat, ist seiner Gemahlin die 1. Klasse des russischen Roten Kreuzes verliehen worden. Die Dame habe, erläutert der „Temps" diese Nachricht, „eine sehr ausgesprochene Tätigkeit gegen die deutschen Einflüsse in den politischen Kreisen und in den hohen reaktionären Sphären Petersburgs entfaltet". Wie unzufrieden man aber in Paris mit der jüngsten Entwickelung Rußlands ist, zeigt ein Artikel über die innere Lage Rußlands, den der nach Paris zurückgekehrte Petersburger Korrespondent des Blattes veröffentlicht. Die Zensur hat ihn nicht weniger als fünfmal durch ihre Strei-

Digitized by Google

chungen unterbrochen, was immerhin noch gnädig ist, wenn man an die „Débats“ denkt, denen — wie das Blatt erklärt — alle Artikel über Rußland gestrichen worden sind. Der „Temps“ vergleicht die Zustände im heutigen Rußland mit der „terreur blanche“ nach der Restauration in Frankreich, und da die Zensur diesen gewiß für Rußland nicht schmeichelhaften Vergleich hat stehen lassen, kann man sich ungefähr eine Vorstellung von den Kraftworten machen, welche sie ausgemerzt hat. Stehengeblieben ist auch die Bemerkung, daß Rasputin „le personage central“ Rußlands gewesen sei. was für den Zaren ebensowenig schmeichelhaft ist wie die Schlußbetrachtung von Charles Rivet — so heißt dieser Exkorrespondent —, die den Gedanken ausführt, daß die Kaste der Bureaukraten den Zaren mit dem Gespenst der Revolution geschreckt und dadurch zu den oben dargelegten reaktionären Personalveränderungen veranlaßt habe. Man versteht unter diesen Verhältnissen den schmerzlichen Ausruf des „Utro Rossii“ (Russischer Morgen): „Ist es nicht entsetzlich, daß unser ganzes politisches Leben eine Lotterie ist?“ Dieses Bewußtsein ist so allgemein, daß selbst die „Nowoje Wremja“, die, wie von jeher, auch jetzt mit den Machthabern des Augenblicks durch dick und dünn geht, sich ihm nicht entziehen kann und in Anlaß der Unsicherheit, die in den ersten Stunden des 10. Januar darüber bestand, welcher Golitzyn denn eigentlich zum Ministerpräsidenten ernannt sei, sich zu der folgenden Satire aufschwang:

„Seine Exzellenz schrie vor Schrecken auf — und erwachte. Er hatte geträumt — man habe ihn „ernannt“. Er stand mit schwerem Kopf vom Bett auf, kletterte in seinen Schlafrock und wollte ins Speisezimmer gehen. Unterwegs brummte er fortwährend: Gott gebe, daß aus dem Traum nichts wird. Beim Tee bemerkte seine Frau, wie gequält er aussah: Was ist mit dir, hast du schlecht geschlafen? Ja! Gewiß hast du gestern abend zu viel gegessen! Gar nichts habe ich gegessen! Woher kommt es dann? Ich habe gestern mit deinen Gästen zu viel geschwatzt. Man kam auf diese „Ernennungen“ zu sprechen... Nicht wahr, unser Weihnachtsbaum war gelungen. Man hat sich amüsiert wie noch nie... Gewiß, es war nicht übel... Aber diese dummen Gespräche... Als alle lachten, setztest du deine Narrenkappe auf. Und dieses Jahr waren in der Knallbüchse reizende Überraschungen. Nicht wahr? Bitte, höre auf. Ich habe entsetzliches Kopfweh. — Soll ich dir etwas eingeben? Nein. Ist heute noch Festtag? Natürlich! weshalb? Ein Festtagstraum — vormittags? Ja, man sagt so. Hast du einen bösen Traum gehabt? Jedenfalls wäre es gut, bald Mittag zu essen. Was ist's mit dir. Noch hat die Uhr nicht elf geschlagen. Du erschreckst mich. Zerstreue dich, um Gottes willen. Hier sind Zeitungen... Öffne sie nicht! Schaffe alle Zeitungen fort... Ich werde nach dem Essen lesen... In diesem Augenblick stürmte ins Eßzimmer — die Freude des Hauses — die Tochter Seiner Exzellenz. Mit ihr die Hunde. Alle waren in einem Freudenrausch. Sie winselten und bellten. Seine Exzellenz traute ihren Ohren nicht. Die letzten Spuren von Migräne vergingen ihm darüber.

Digitized by Google

Popa, man hat ernannt! Man hat dich ernannt! Laß dich von mir küssen! Frau, Tochter und Hunde stürzten auf den Neuernannten los. Ich habe es dir gesagt, Mischel, daß man auf dich anspielte. Sie haben es getroffen, Mutterchen. Aber du scheinst dich nicht zu freuen, Popa. Wir liegen alle in Gottes Hand, Mädchen! Aber sprich doch nicht so, Mischel, verstehst du denn nicht, du bist „ernannt". Ich verstehe, was kann ich aber dafür, daß mein Gefühl mir sagt, daß ich schon nahe daran bin, wieder entlassen zu werden? Im Kabinett meldet sich das Telephon. Alles erhebt sich, die Hunde laufen natürlich voran. Als zweiter kommt der Diener. — Was ist Ihr Programm, hohe Exzellenz? Ich stehe ganz zu Diensten. Endlich spricht auch der Neuernannte ins Telephon: — Mein Programm ist: „siegreiches Wohlwollen, Wohlwollen bis ans Ende ... Wohlwollen und bis ans Ende". Das ist meine Devise, so weit ich meine Ernennung erfaßt habe. Ich gratuliere Ew. hohen Exzellenz und kondoliere. Die Pappe wird schwer sein ... hört man aus dem Telephon. Was? Pappe, Portefeuilles gibt es ja jetzt wegen des Mangels an Leder nicht, Ew. hohe Exzellenz. Ach ja, es ist schade. Ärgern Sie sich nicht, es ist ja nicht auf lange. Freilich, freilich, aber immerhin ... Vielleicht befehlen Sie zu dementieren? Was? Daß nicht Sie es sind, sondern Ihr Namensvetter. Sie haben ja einen. Das ist ein Gedanke! Rufen Sie bitte durch das Telephon an: Nr. 0832 ... Und gratulieren Sie Seiner Hochwürden: vielleicht wird er sich freuen, und dann wundert sich alles zu allgemeiner Befriedigung — kokettiert mit seinem Telephonrohr der neue Machthaber. Das Gespräch hörte auf. Seine hohe Exzellenz fühlte sich bereits mit der Ernennung versöhnt. Als er in das Speisezimmer zurückkehrte, hatte er seine volle Parade-Uniform angelegt. Aber im Speisezimmer wußte man bereits von einer traurigen Neuigkeit. Popa, du bist schon ... Ja, ich bin schon in Uniform und fahre ... Aber verstehe doch, Mischel, du bist bereits verabschiedet."

Nachträglich sucht man in Frankreich aus den Petersburger Ereignissen das Bestmögliche zu machen und zweierlei hat man plötzlich als erfreuliche Anzeichen feststellen können: ein Manifest des Zaren, daß er bis zu errungenem Siege weiter kämpfen werde, und die Ernennung Beljajews zum Kriegsminister. Alle Tugenden und Vorzüge, die früher jedesmal seinen Vorgängern zugeschrieben wurden, mochten sie Poliwanow, Ssuchomlinow oder Schuwajew heißen, werden jetzt auf ihn gehäuft, natürlich, um gegebenenfalls auf seinen Nachfolger übertragen zu werden. Aber ist es nicht erstaunlich, daß gerade jetzt die „Nowoje Wremja" es möglich findet, über „die endlose Ministerkrisis in Österreich" zu leitartikeln? Es wird eben Komödie gespielt, und man darf wohl fragen, wer getäuscht werden soll? Eine ähnliche Komödie wird übrigens jetzt in der Presse der Entente aus Anlaß der Wilson-Note aufgeführt. Nachdem die erste große Enttäuschung überstanden war, welche gewisse Punkte des Wilsonschen Programms (in seiner Rede vor dem Senat der Vereinigten Staaten) hervorgerufen hatten, ging man ans Werk, sie zum besten zu kehren und ihnen eine Wendung zu

Digitized by Google

geben, die uns möglichst feindselig klang. Gleich bei der Einführung seiner Betrachtungen habe Mr. Wilson gezeigt, daß die Antwort der Entente auf seine Note ihn mehr befriedigt habe als unsere Antwort, und die „Débats" ziehen daraus den Schluß, „daß, was die territorialen Bedingungen des Friedens betrifft, wir (d. h. die Entente) berechtigt sind, anzunehmen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten uns in enger Sympathie zur Seite steht". Dagegen würde Herr Wilson wahrscheinlich Widerspruch erheben, so bald man ihn vor Tatsachen stellt, die ihn nötigen den unbestimmten Boden einer über den Dingen schwebenden philosophischen Phantasie zu verlassen. Es ist aber höchst charakteristisch, daß die „Débats" in ihrer Besprechung der Wilsonschen Senatsrede die Frage der Freiheit der Meere völlig übergehen. Wundern wollen wir uns nicht darüber. Im Prinzip muß natürlich auch jeder Franzose, wie überhaupt jeder Nichtengländer, die Freiheit der Meere wünschen, aber die Rücksicht auf England schließt ihnen den Mund. Von unserem Standpunkt aus ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß die Freiheit der Meere, die dem Präsidenten Wilson als Ideal vorschwebt, etwas ganz besonderes ist, wie die Erfahrungen dieses Krieges bewiesen haben. Es ist der Anspruch, daß die Anwesenheit eines Amerikaners die Bedeutung einer Assekuranz habe, die den Vertrieb von Bannware dem Kriegsrecht entzieht. Das hat natürlich mit dem Begriff der Freiheit der Meere nichts gemein. Der Kampf um die Freiheit der Meere kann unter den jetzigen Verhältnissen nicht anders geführt werden, als im Kampf gegen die englische Seeherrschaft. Offenbar aber liegt den amerikanischen Staatsmännern nichts ferner, als sich zu dieser logischen Konsequenz aufzuschwingen. Die Senatsrede des Präsidenten ist, abgesehen von der Äußerung über die Freiheit der Meere, eher darauf gerichtet, Beifall in den Kreisen der Entente, als in denen des Vierbundes zu finden. Im großen und ganzen aber ist sie amerikanisch, und so sehr von der europäischen Wirklichkeit abstrahierend gedacht, daß sich nur annehmen läßt, daß die Unkenntnis der europäischen Verhältnisse die Voraussetzung ist, die ihr den lauten Beifall der Herren Senatoren in Washington eingetragen hat. Es wäre noch manches an Sonderbarkeiten hervorzuheben, was sie charakterisiert: Die Auslegung der Doktrin des Präsidenten Monroe vom 2. Dezember 1826, wie sie uns Präsident Wilson vorführt, steht im Gegensatz zu dem Kernpunkt dieser Doktrin, welche die Einmischung in europäische Angelegenheiten ebenso bestimmt ausschließt, als sie das Eingreifen Europas in Amerika ablehnte. Staatssekretär J. Q. Adams, der als führender Kopf der auswärtigen Politik Monroes, auch als der beste Interpret derselben gelten muß, ist unser Zeuge dafür. Die Botschaft des Präsidenten Monroe hat drei Ursachen ihre Entstehung zu danken, der Aufforderung Alexanders, der Heiligen Allianz beizutreten, dem Ukas Kaiser Alexander I. vom 4./16. April 1821, und der Frage der Unabhängigkeit der spanischen Kolonien. Aus diesen Tatsachen ist die Monroe-Doktrin erwachsen, und in den ihr vorausgegangenen diplomatischen Verhandlungen und Erklärungen ist ihre Inter-

Digitized by Google

pretation zu finden. In der vortrefflichen Studie von John C. Hildt: Early Diplomatic Negotiations of the United States with Russia, Baltimore 1906 („Alte diplomatische Verhandlungen der Vereinigten Staaten mit Rußland") sind uns zum erstenmal die Quellen zur Vorgeschichte der Monroe-Doktrin zugänglich gemacht worden. Die Unterhandlungen in den oben erwähnten drei Fragen sind durchweg von Adams geführt worden, und er hat speaking officially for Monroes administration (als offizieller Vertreter Monroes) bereits am 5. Juli 1820 die folgende Instruktion an den Gesandten der Vereinigten Staaten in Petersburg H. Middleton gerichtet (in wörtlicher Übersetzung): „Das politische System der Vereinigten ist ... seinem Wesen nach extra-europäisch. Fest und in vorsichtiger Unabhängigkeit allen Verwickelungen des europäischen Systems gegenüber zu stehen, ist der Kardinalpunkt ihrer Politik unter jeder Regierung seit dem Frieden von 1783 bis zum heutigen Tage gewesen ... Der Ruhe Europas, sowohl wie Amerikas wegen, sollten die Systeme Amerikas und Europas so getrennt und unterschieden von einander gehalten werden, als irgend möglich ist."

Auch darauf mag hingewiesen werden, daß Quincy Adams wenige Monate vor der Botschaft des Präsidenten Monroe dem Gesandten Middleton den Entwurf eines Vertrages zuschickte (13. August 1823), der eine Regelung der Rechte der Neutralen wie der kriegführenden Mächte in Kriegszeiten feststellen sollte. Der Vertrag kam zwar nicht zustande, ist aber für uns interessant als weitere Quelle für die Feststellung der politischen Anschauungen Monroes. Wäre er völkerrechtlich anerkannt worden, so hätte er sowohl die englische Blockade zur Aushungerung Deutschlands und konsequenterweise auch unsere Gegenmaßregeln ausgeschlossen. Wir meinen also, daß ein eingehenderes Studium der Monroe-Doktrin und ihrer Geschichte den Präsidenten Wilson zu Ansichten hätte führen müssen, die im Gegensatz zu den von ihm kundgegebenen Prinzipien stehen. So würde, um ein weiteres Beispiel anzuführen, die Liga zur Erhaltung des Weltfriedens genau den Tendenzen entsprechen, die Amerika entschieden ablehnte, als es sich weigerte, der Heiligen Allianz beizutreten, die sich bekanntlich die gleichen Ziele gestellt hatte, aber zugleich den Vertrag von Chaumont (1. März 1814) fortbestehen ließ, der England, Rußland, Österreich und Deutschland verpflichtete, je 150 000 Mann bereit zu halten, um eine Störung des allgemeinen Friedens durch Frankreich zu verhindern. Wie viele Millionen würde wohl Präsident Wilson für erforderlich halten, um seiner Weltfriedensliga eine wirkliche Bedeutung zu sichern, und wie kombiniert sich dieser Plan mit den Abrüstungsgedanken, die zum Rüstzeug seiner politischen Ideale gehören? Das alles ist so widerspruchsvoll, daß es außerordentlich schwer fällt, sich in die Vorstellung zu finden, daß die wohlklingenden Sätze jener Senatsrede wirklich — wie wir doch annehmen müssen — die Frucht eindringender Erwägung gewesen sind. So bleibt nur übrig, daß es in der Tat kaum möglich sein muß, von Washington aus zu erkennen, wo die

Digitized by Google

Grenzen liegen, die politische Möglichkeiten von dem Unmöglichen scheiden, so bald es sich um Dinge handelt, die außerhalb des amerikanischen Horizonts liegen. In dem 1915 von der Carnegie-Friedensgesellschaft („Carnegie Endowement for International Peace") herausgegebenen Buch eines Diplomaten „Nationalismus und Krieg im nahen Orient" (englisch), finden wir in dem einleitenden Kapitel über Nationalismus und Pazifismus Sätze, die so sehr an die Senatsrede Wilsons erinnern, daß wir wohl nicht irren, wenn wir annehmen, daß sie ihn mit beeinflußt hat. Einige Beispiele dafür mögen hergesetzt werden. Der „Diplomat" schreibt: „Ein europäischer Krieg ist entweder ein Krieg gegen die Zivilisation oder ein Kreuzzug für sie; denn wir sind zu Männern herangewachsen, und sollten so kindische Dinge, wie eine Entscheidung durch Schlachten, aufgeben." Dagegen rechtfertigt er Freiheitskriege noch junger Völker, oder Kriege zur Erreichung einer demokratischen Staatsordnung. Ein Bürgerkrieg sei zwar die unzivilisierteste aller Formen des Krieges, aber auch die am meisten zu verteidigende, weil es ein Krieg um Prinzipien sei. Ein Krieg zwischen England und Amerika sei ebenso verbrecherisch, als ein Krieg zwischen Esser und Wessex, weil er ein Hochverrat gegen die Vorherrschaft der Demokratie sei, „denn ein anglo-amerikanischer Krieg wäre nur zu verteidigen, wenn man annehme, daß in einem von beiden Staaten die Souveränität der Demokratie durch einen Despotismus ersetzt würde; dann allerdings könnte der Krieg den Charakter eines Bürgerkrieges annehmen und dadurch (als Krieg um Prinzipien) zu neuem Fortschritt führen" ... Das im übrigen ganz vortreffliche Buch, das die Balkanverhältnisse von 1891 bis 1913 recht unparteiisch darlegt, ist im August 1914 abgeschlossen worden, und hat daher die Entwicklung nicht voraussehen können, die mittlerweile in England eingetreten ist. Der Despotismus von Churchill, der alle demokratischen Institutionen und Instinkte der Engländer mit Füßen getreten hat, müßte demnach das Stadium herbeigeführt haben, in welchem ein Krieg zwischen England und Amerika, zur Rettung demokratischen Fortschritts, nur zu loben wäre. Diesen Schluß aber macht die Regierung in Washington ganz bestimmt nicht mit, aber sie operiert mit den oben angeführten Vordersätzen. Dagegen ist es von Interesse, daß in dem Lande des offiziellen Pazifismus jetzt mit großem Nachdruck für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eingetreten wird. Der klägliche Ausgang des mexikanischen Abenteuers, die Furcht vor Japan, wohl auch die Sorge um die Freiheit der Meere, die Amerika meint, mögen dazu geführt haben, daß solche Stimmen laut werden können. Daß damit Ernst gemacht wird, halten wir bis auf weiteres für ausgeschlossen, wenn wir gleich überzeugt sind, daß bei ernster Gefährdung der Weltstellung Amerikas man trotz allem zur allgemeinen Wehrpflicht greifen würde. Dann würde wohl auch, wie in England, ein absolutistischer Diktator sich finden, ein Mittelding zwischen Churchill und Roosevelt, dem die ungeheuer schwere Aufgabe zufiele, ein völlig unmilitarisch gewordenes Amerika zu disziplinieren und an Waffen zu gewöhnen. Daß mit mechanischen Errungenschaften allein kein

Digitized by Google

Sieg zu gewinnen ist, hat dieser Krieg wohl bewiesen. Noch weniger aber ist er durch klingende Reden und hochtönende Noten zu gewinnen. Die Wirklichkeit schreitet über beides hinweg. Es gilt hier die kühne Konjektur Fausts: „Im Anfang war die Tat."

Nun unterliegt keinem Zweifel, daß die Entente sich zu großen „Taten" vorbereitet. Sie hat es laut genug angekündigt oder vielmehr ausposaunt. Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, die Reden von Churchill, Balfour, Bonar Law und die aller französischen und russischen Rhetoren lassen keinen Zweifel darüber aufkommen. Es handelt sich um Ausführung des so oft angegriffenen Entschlusses, durch einen gemeinsamen Angriff auf allen Fronten und durch Einsetzen der gesamten Kraft der englischen Flotte, die jetzt offiziell verleugnete Absicht, Deutschland zu „vernichten", „to knock out" wie Churchill es formulierte, wirklich auszuführen. Nun, sie mögen es versuchen. Sie haben an der Aa, am Sereth, an der Höhe 304 erfahren, wie teuer solche Anläufe zu stehen kommen, und an neuen Erfahrungen wird es nicht fehlen. Man wird aber auch damit rechnen müssen, daß erneute Verletzungen des Völkerrechts, namentlich den Neutralen gegenüber, bevorstehen. Die unübertroffene Niedertracht, durch welche König Constantin gezwungen worden ist, sich dem jüngsten Ultimatum der Entente zu fügen und die Konfiskation der neutralen griechischen Flotte, um sie zu einem Kriegsinstrument zu machen, ist eine bezeichnende Einleitung weiterer Gewalttaten. Sie stehen den skandinavischen Staaten bevor, die bereits einer Hungerblockade nahe geführt worden sind, am meisten bedroht aber ist offenbar die neutrale Schweiz. Wer die Taktik unserer Feinde während dieses Krieges genauer verfolgt hat, wird nicht übersehen haben, daß jedesmal ein Gewaltstreich damit eingeleitet wurde, daß man Deutschland beschuldigte, sich mit der Absicht eines solchen Streiches zu tragen. So geschah es — um das jüngste Beispiel dafür anzuführen — mit Griechenland. Saloniki wurde besetzt und Griechenland vergewaltigt, um es vor einem deutschen Anschlag zu schützen. Jetzt werden genau dieselben Töne der Schweiz gegenüber angeschlagen: Deutschland, schreiben seit Wochen französische Blätter fast Tag für Tag, trage sich mit der Absicht, die Neutralität der Schweiz zu verletzen. Gleichzeitig aber beginnen französische Streitkräfte sich der Schweizer Grenze zu nähern, und es ist wohl nur die Wachsamkeit der Schweizer, die bisher einen französischen Durchbruchsversuch verhindert hat. Etwas ähnliches scheint jetzt von seiten der Italiener gegen Tessin geplant zu werden, und an der heuchlerischen Rechtfertigung wird es nicht fehlen, wenn — was wir noch nicht glauben wollen — wirklich an die Ausführung geschritten werden sollte. Wir sind übrigens überzeugt, daß die Schweiz stark genug gerüstet und in ihren Verteidigungsmaßregeln so gut vorbereitet ist, daß ein Angriff mit ungeheuerem Verlust der Feinde siegreich abgewiesen werden würde.

Die Korrektur der obigen Ausführungen ist mir an dem ewig denkwürdigen 1. Februar zugegangen, am Tage der offiziellen Ankündigung des unbeschränkten U-Bootkrieges. In Inhalt und Form gleich meisterhaft, bezeichnet die Erklärung des Reichskanzlers,

Digitized by Google

wie die Note an die Vereinigten Staaten nebst der ihr angeschlossenen Denkschrift über die Sperrgebiete um Großbritannien, Frankreich und Italien, den entscheidenden Wendepunkt, der nunmehr eingetreten ist, um „unserem Volk herauszuhelfen aus der Not und Schmach, die ihm unsere Feinde zudenken". „Der Erfolg" — so schloß der Reichskanzler — „steht in höherer Hand. Was Menschenkraft vermag, um ihn für unser Vaterland zu erzwingen, seien Sie sicher, meine Herren, nichts dazu ist versäumt, alles dazu ist geschehen." Wir nehmen diese feste und stolze Erklärung mit vollstem Vertrauen entgegen, und rechnen zuversichtlich darauf, daß auch die letzten Mißtöne, die aus den Tagen ungeduldigen Harrens übrig geblieben sind, nunmehr endgültig verstummen werden.

Notizen

Der Bund der Neutralen. Militärisch wie wirtschaftlich wäre er so groß, daß er selbst diesen Krieg in kürzester Zeit zu Ende zwingen und jedes einzelne neutrale Land vor aller Repressalie schützen könnte. („Basler Nationalzeitung" v. 15. 1.).

Die Neutralität der skandinavischen Staaten wird von der „Nowoje Wremja" einer eigenartigen Beleuchtung unterzogen: Wir haben häufig die Überzeugung ausgesprochen, daß die Neutralität der skandinavischen Länder und Hollands in der Form, wie sie jetzt besteht, nur für unsere Feinde vorteilhaft ist. Ihr offenes Hervortreten auf der Seite Deutschlands würde die Kriegführung für uns bedeutend vereinfachen. Gegenwärtig ist jedes der angeführten Länder eine angelehnte Tür, durch welche ungeheure Mengen von Lebensmitteln nach Deutschland gelangen. Ihr offenes Hervortreten an der Seite unserer Feinde würde mit einem Male die Lage verändern. Die angelehnten Türen würden fest verschlossen werden, und Deutschland wäre trotz seiner vermehrten Heeresstärke außerstande, den Krieg fortzusetzen. Die skandinavischen Länder, die selbst nicht in genügender Menge die für sie notwendigen Lebensmittel produzieren und sie aus anderen Ländern einführen, wären für Deutschland keine Hilfe, sondern nur ein totes Gebiet, das es auf den Grund zieht. Falls Schweden und Norwegen sich unseren Gegnern anschließen, würden sie uns viele Monate früher zu einem siegreichen Ende des Krieges verhelfen. Wir und unsere Verbündeten haben trotzdem nicht zu dieser einfachen Methode einer Beschleunigung des Krieges Zuflucht genommen. Die skandinavischen Reiche müssen dies schätzen und die Lage nicht erschweren, deren Spitze sich ganz zuerst gegen sie selbst kehren wird.

Die Friedensfrage. H. G. Wells schreibt in der „Daily News" vom 19. 1.: Es gibt jetzt, wo der Krieg sich seinem Ende zuneigt, zwei verschiedene Richtungen. Die eine wünscht nur zu wissen, wann der Friede kommen wird; die andere verlangt zu wissen, wie? Zur ersteren Gruppe gehören fast alle Männer an der Front, wo man den Krieg so satt hat, daß man irgendeinen Frieden, der nicht geradezu das Eingeständnis der Niederlage in sich schließt, willkommen heißen würde. Niemals in der Weltgeschichte ist ein Krieg weniger volkstümlich gewesen. Der Soldat träumt nur von der endgültigen Rückkehr und die zu Hause Gebliebenen vom Überfluß an Stelle von Entbehrungen. Unter diesen Umständen ist die Frage nach der Dauer des Krieges nur zu natürlich.

Gesamt- oder Einzelfrieden der Entente? Wenn der Friede kommt, so wird er wahrscheinlich nicht durch eine einheitliche Aktion der Ententemächte herbeigeführt werden, sondern durch Sonderverträge einzelner Randstaaten mit den stets friedensbereiten Mittelmächten. („Basler Nationalzeitung" v. 18. 1.).

Digitized by Google

Naturgemäßer Gegensatz Rußlands gegen England. Rußland ist ein antidemokratisches Land. Es betrachtet England notwendig mit der Zurückhaltung, mit der nun einmal ein antidemokratisches Land ein demokratisches ansieht. Außerdem bin ich überzeugt, daß es ein ungeheurer Fehler ist, Rußland so anzusehen, als bestände es aus 90 Proz. erleuchteter demokratischer Märtyrer und 10 Proz. antidemokratischen Profitmachern. Rußland ist homogen und es hat die Demokratie, die ihm seine charakteristischen Eigenschaften gesichert haben. Die Russen bewundern den gesunden Menschenverstand der Engländer, aber sie haben eine Verachtung für die englische Naivität. („New Statesman" v. 13. Jan.)

Die Bindung Italiens an England wird im „Berner Intelligenzblatt" so beurteilt: Nach wie vor ist man in Italien zwar der Ansicht, daß man sich von der deutschen Wirtschaftshegemonie befreien müsse; allein, man versteht unter einer solchen Befreiung die Verselbständigung der italienischen Industrien, die Verwendung der nationalen Energien im Inland und nicht die Vertauschung der deutschen mit der englischen Wirtschaftshegemonie.

Das deutsche Friedensangebot. Das Friedensangebot Deutschlands war ein ausgezeichnet geschickter Zug — vollständig gleichwertig mit dem englischen Generalbluff in den ersten Tagen des Krieges, als Great Britain aus uneigennütziger Liebe für die Sache Belgiens die Waffen ergriff. Aber sympathischer! Das deutsche Friedensangebot war aber durchaus nicht nur ein Manöver, denn man ist ohne Zweifel in Deutschland bereit gewesen, ehrlich die Konsequenzen des Angebots auf sich zu nehmen. („Das neue Schweden", Heft 1, 1917.) — „Der Brief Kaiser Wilhelms an Bethmann Hollweg beweist, daß das Friedensangebot Deutschlands keine Falle, keine Schlinge und kein Hinterhalt war, sondern ein ernster Versuch, dem Kriegselend ein Ende zu bereiten .. Den Brief kann man nicht mit einer verächtlichen Geste oder mit einem mitleidigen Achselzucken beiseite legen." („Handelsblad" v. 15. Jan.)

Kriegszeitungen. Der Krieg, der etwa 1500 deutschen Zeitungen das Leben gekostet hat, ist auch der Vater einer Anzahl von neuen Zeitungen geworden. Ihre Menge läßt sich zwar mit der Zahl der eingegangenen Blätter bei weitem nicht vergleichen; aber ihre Eigenart, ihr besonderer Wert macht es begreiflich, daß man von ihnen mehr Aufhebens macht und wohl auch künftig machen wird als von den unglücklichen Opfern, die spurlos verschwunden sind.

„Kriegszeitungen" sind diese neuen Zeitungen alle, insofern sie unmittelbar dem Krieg ihr Dasein verdanken. Sie verfallen aber von vornherein in zwei sich scharf unterscheidende Gruppen: die Feldzeitungen und die Zeitungen, die im besetzten Gebiet zwar auch für die Truppen, in erster Linie aber meist für die Zivilbevölkerung herausgegeben werden. Zu diesen gehört z. B. im Westen die „Gazette de Lorraine" und die bekannte „Gazette des Ardennes", im Osten die „Kownoer Zeitung", die „Wilnaer Zeitung", die „Grodnoer Zeitung", die „Deutsche Lodzer Zeitung" und die „Deutsche Warschauer Zeitung". Die beiden letzten werden von dem Generalgouvernement Warschau unterstehenden „Deutschen Staatsdruckereien für Polen" herausgegeben; ihre Gründung erfolgte durch die bereits seit Dezember 1914 arbeitende „Presseverwaltung für Polen", an deren Spitze bis vor kurzem der Herausgeber der „Grenzboten", Geheimrat Cleinow, gestanden hat. Das Erscheinen der „Deutschen Warschauer Zeitung" war seinerzeit ein Meisterstück von Fixigkeit deutscher Militärbehörden: am 5. August 1915 war Warschau gefallen, am 10. August in der Frühe erschien die erste Nummer der „Deutschen Warschauer Zeitung".

Bei weitem merkwürdiger als diese Organe, die einen Inseratenteil haben wie unsere gewöhnlichen Zeitungen und auch in ihrer Erscheinungsweise kaum von ihnen unterscheiden, sind die Kriegszeitungen im engeren Sinn, die Feld- oder Soldatenzeitungen. Die erste von ihnen war die „Kriegszeitung der Feste Boyen und der Stadt Lötzen", deren erste Nummer das Datum des 7. September 1914 trägt. Am Ende des ersten Kriegswinters gab es deren etwa ein Dutzend,

Digitized by Google

am Ende des zweiten mehr als sechzig. Auch unter ihnen läßt sich eine besondere Gattung aussondern, nämlich die für einen engeren Kreis von Kameraden bestimmten und weniger der Nachrichtenvermittlung als eben der Pflege des Kameradschaftsgeistes dienenden kleinen Blätter, die durch die besonderen Umstände ihres Entstehens und ihrer Herstellung oder durch ihre Schicksale häufig von einem gewissen Schimmer der Romantik umkleidet sind. Da sie in kleiner Auflage erscheinen und teilweise bald wieder eingingen, sind sie von Sammlern schon jetzt begehrt und werden oft teuer bezahlt. Genannt seien z. B. „Der Landsturm" von Vouziéres, „Der Landsturmbote von Briey", „Der Feldgraue", die „Kriegszeitung der Feste Borkum", die „Deutsche Soldatenpost", „Der Schützengraben", „Der Drahtverhau", „Die Sappe", „Der bayrische Landwehrmann". Die Zeitungen größerer Truppenverbände — und das ist allmählich die zahlreichste, lebenskräftigste und als Kulturerscheinung bedeutungsvollste Art von Kriegszeitungen geworden — nähern sich dem Begriff der Tageszeitung, indem sie die regelmäßige Nachrichtenvermittlung als wesentliche Aufgabe in ihren Arbeitsplan aufnehmen; sie unterscheiden sich aber zunächst rein äußerlich von unserer Presse durch das Fehlen der Inserate und nicht ohne Zusammenhang mit diesem äußerlichen Merkmal durch den auffallend hohen Stand ihres Tones und Inhalts, auf den wir gleich zurückkommen werden. Es gibt etwa anderthalb Dutzend von Divisions- und Korpszeitungen („Kriegszeitung des Korps Marschall", „Kriegszeitung für das 15. Armeekorps") und eine Reihe von Armeezeitungen (für die 2., 4., 5., 7. Armee usw.). Sie haben oft recht ansehnliche Auflageziffern: Die „Liller Kriegszeitung" hat an die 100000, der „Champagne-Kamerad" (3. Armee) und die prächtige „Zeitung der 10. Armee" 50000, die „Armeezeitung" (2. Armee) 25000 Leser. Interessant sind die Bezugsbedingungen, die die Zeitung der 10. Armee in ihrer Kopfleiste mitteilt: für Unteroffiziere und Mannschaften kostet die jeden 2. Tag erscheinende Zeitung monatlich 40 Pfg., für Offiziere und Beamte der Armee 1 Mk., für sonstige Bezieher 1,20 Mk.

Die Armeezeitungen haben, wie eben erwähnt, keinen Inseratenteil Es sind keine kapitalistischen Geschäftsunternehmungen wie unsere Zeitungen zu Hause, bei denen so häufig der Text nur ein aus Berlin in Matern oder Platten bezogenes Anhängsel zur Inseratenplantage ist, der das eigentliche Interesse des Herausgebers gehört. Daher die Höhe des in ihren Spalten gebotenen Inhalts. Lassen wir darüber den „Kunstwart" (1. Oktoberheft 1916) sprechen: „Losgelöst von allen Rücksichten auf den Verl ger, die Anzeigen und die politische Richtung, zeigt die deutsche Feldpresse in einem Maße Würde und gute Haltung, die es zu einem Genuß machen in ihren Blättern zu lesen — stellenweise sogar zu einem andächtigen Genuß. Kein fixes Journalistentum, ‚das alles kann', macht sich da breit; aus diesen Spalten strömt echte Wärme. Hier fließt ein Quell, dessen Reinheit auch wir im Reiche verspüren sollten." Und hören wir einen fast noch begeisterteren Beurteiler, Prof. Dr. Eduard Engel (Berlin) in der hundertsten Nummer der Zeitung der 10. Armee: „Das Wertvollste aus der ungeheuren Zeitungsliteratur während des Krieges, über den Krieg, neben dem Kriege her sind die deutschen Heereszeitungen. In der Geistesgeschichte des deutschen Weltkrieges werden sie an der ersten Stelle stehen. Jede zukünftige deutsche Literaturgeschichte wird [illegible] nur erwähnen, sondern ernsthaft werten müssen, und ich begreife durchaus, daß jede unserer Heereszeitungen sich im Feld einer weiteren Verbreitung, einer größeren Beliebtheit erfreut als irgendwelche von den Daheimgebliebenen im Vaterland hergestellte politische Zeitung." Und Prof. Dr. Engel fragt: „Werden die Hunderttausende deutscher Männer, die seit Jahr und Tag zum erstenmal im Leben eine durch und durch tüchtige, würdige, ganz deutsche Zeitung kennen gelernt haben, sich nach der siegreichen Heimkehr ins Vaterland die deutsche Presse gefallen lassen, die wir Nichtkämpfer für die einzig mögliche Form des Zeitungswesens halten? Sollte nicht aus den Erfahrungen der Besten unseres Volkes an den deutschen Heereszeitungen eine ganz neue Gestalt unserer Presse im Frieden hervorgehen?

Dr. Erich Schairer

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Ernst Vollbehr: Bei der Heeresgruppe Kronprinz. Zweites Kriegsbildertagebuch. Verlag F. Bruckmann, A. G., München. (Quartformat, geb. M. 12.—.) Der zweite Band schließt sich in gleicher Anlage dem ersten an. Ausgezeichnete Aquarelle, Bildnisse und Landschaftsbilder wechseln mit Photographien ab, deren Motive mit den geschulten Augen des Malers gesehen und festgehalten sind. Die dargestellten Stoffe überraschen oft durch die Nähe, mit der sie den Betrachter an den Kriegsschauplatz heranführen. Vollbehr ist also ein Kriegsmaler, der das Geschehen nicht nur hinter der Front betrachtet hat. Ausstattung so gut wie beim ersten Band.

„Z 181". Im Zeppelin gegen Bukarest. 107 S. Geh. M. 1.—. Verlag August Scherl, Berlin. Erstes Bild eines Teilnehmers einer ereignisreichen Zeppelin-Fahrt.

M. Buchberger: Im Purpur bei den Feldgrauen. Bericht über den Besuch des Kardinals von Bettinger bei den bayrischen Truppen. Jos. Kösel'sche Buchhandlung, Kempten-München. (77 S., geb. M. 1.—.) Eine Reihe eindrucksvoller Bilder vom Leben hinter der Front.

Deutsche Zukunft. (Furche Verlag, Berlin 1917.) 63 S. Als achte Liebesgabe deutscher Hochschüler sendet der Deutsche Studentendienst 1914 an die Studenten im Feld die Grüße der deutschen Hochschulen in handschriftlicher Wiedergabe der Adressen der Rektoren. (Nach Angaben Ehmckes sauber gedruckt und geheftet.)

Pax Maria Laach. Herausg. durch das Sekretariat sozialer Studentenarbeit. Mit zwei Kupfern. (Volksvereinsverlag, M.-Gladbach, 76 S.) Schön ausgestattete Weihnachtsgabe für die katholische akademische Jugend. Aufsätze und Betrachtungen religiösen und ethischen Inhalts.

Ostpreußische Kriegshefte. 5. Heft. Der Wiederaufbau der Provinz II. (S. Fischer Verlag, Berlin. Preis M. 1.—.) Fortsetzung der Berichte über den Wiederaufbau der Provinz, Siedelungsfrage, Hebung der Bewirtschaftung mit allen Mitteln moderner Technik, Bericht über das „Institut für ostdeutsche Wirtschaft", die „ästhetischen Grundsätze beim Wiederaufbau der Provinz", sowie die Leistungen der Reichspostverwaltung. Die Veröffentlichung weiterer Berichte wird wegen der schwierigen Druckverhältnisse auf spätere Zeit verschoben.

Viktor Hahn: Unsere Feinde. Bd. I. (Verg. der National-Zeitg. Berlin.) 157 S. Pr. M. 1.—. Völkerpsychologische Bilder der Franzosen, Engländer, Russen.

Georg Solmssen: England und wir! Vortrag, gehalten im Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln. (A. Markus & E. Weber, Bonn. 42 S., br. M. —.60.) Der Verfasser, Direktor zweier großer Banken, sucht die wirtschaftliche und finanzielle Gleichberechtigung Deutschlands und Englands zu erweisen.

Paul Dehn: Englands Oberseeherrschaft im Kriege. Verlag Deutschnationale Buchhandlung G. m. b. H., Hamburg. (63 S., M. 1.20.) Zweiter Ergänzungsband der von Dehn und Zimmermann herausgegebenen Schriftenreihe „England und die Völker"; Sammlung von Preßstimmen und Auslassungen britischer Staatsmänner für die Schuld Englands am Kriege.

Prof. Dr. Dietrich Schäfer: Die Vereinigten Staaten als Weltmacht. Eine geschichtliche Betrachtung zur Beleuchtung der Gegenwart. (G. Grotesche Verlagsbuchhandlung, Berlin.) 48 S., M. —.50.

Adolf Stoll: Deutsche Kriegsziele im Westen. Mit einer handgezeichneten Skizze. (Kassel 1917, Pillardy & Augustin.) 50 S. M. —.60.

Hans Siegfried Weber: Deutsch-russische Rücksiedlung. (Globusverl., Dresden.) 61 S. Preis M. 1.80. Behandelt die Notwendigkeit und Bedeutung der Rücksiedlung der deutschen Bauernkolonisten und entwirft die Grundzüge für die Organisationen der Rücksiedlung und der Ansiedlung der Kolonisten.

Die Baltischen Provinzen. Ostsee und Ostland. Band I, 3 Bauten und Bilder. Herausg. von Otto Grautoff. Verlag Felix Lehmann, G. m. b. H., Charlottenburg. Preis M. 4.—. Bilderheft mit 200 Denkmälern deutschen Bauens und Bildens und kurzer geschichtlicher Einführung durch den Herausgeber.

Erich Bischof: Klarheit in der Ostjudenfrage. (Tatsachen, Gedanken und Grundsätze.) (Globus Verlag, Dresden.) 60 S. Preis M. 1.50. Vertritt den „rein reichsdeutschen Standpunkt", verlangt Einführung einer „Ostjudensteuer" für bemittelte Ost- und Westjuden zur Begründung einer betriedigenden Existenz der armen Ostjuden (ev. in Palästina.)

Karl Landauer: Literatur zur Frage der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsannäherung. (G. Fischer Verl., Jena) VI und 63 S. Preis M. 1.50. Objektiver Überblick über die Gedanken und Argumente in der Bewegung zugunsten einer deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsannäherung.

Ferd. Tönnies: Die niederländische Überseetrustgesellschaft. (G. Fischer Verlag, Jena.) 34 S. Preis M. —.75. Ergebnis einer Reise, die der Verfasser während des Sommers 1916 in den Niederlanden gemacht hat. „Die holländische Regierung wird durch die N. O. T.

Digitized by Google

immer mehr bedrängt und in ihren wirtschaftlichen Machtbefugnissen geradezu abgesetzt."

Arien Artaud (Präsident der Handelskammer Marseille): Bericht über die dringende Notwendigkeit, in den deutschen und österreichisch-ungarischen Absatzgebieten Fuß zu fassen, nebst Angabe einiger Mittel, unseren Export nach dort zu erweitern (übersetzt im Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel). (S. Fischer Verl., Jena.) 27 S., M. —.60.

Karl Scheffler: Was will das werden? (Insel-Verl., Leipzig) VII und 236 S., geb. M. 3.50. Sucht durch Betrachtungen über Vaterland, politische und geistige Fragen und Aphorismen, die im Krieg entstanden sind, auf das geistige Leben und die Geistesstimmung einer Zukunft vorzubereiten, „die zu der Fähigkeit erzieht Tatsachen nackt zu sehen und sie dann klug zu Werkzeugen eines eisernen Willens zu machen."

Prof. Dr. A. Schenk: Die Kornkammern der Erde. (Halle 1916, W. Knapp.) 31 S. und zwei Tafeln über die Getreidezonen und den Getreidehandel der Erde. M. —.60.

Was ist Kriegswucher und wie bekämpfen wir ihn? Von Prof. Dr. Georg Obst, stellvertr. Vorsitzenden des Sächs. Kriegswucheramts. Verlag B. G. Teubner, Leipzig. (48 S., geh. M 1.—.)

Geburtenrückgang und Bevölkerungspolitik. (Medizinalpolitische Zeitfragen Heft 5.) Volksmedizin in medizinalpolitischer, juristischer und geschichtlicher Beleuchtung. Verl. Zentralverbands für Parität der Heilmethoden E. V., Heidelberg 1917. 117 S.

Als fünfte Kunstgabe deutscher Hochschüler versendet der Deutsche Studentendienst an Dozenten und Studenten eine von Heidelberg ausgehende schöne Kunstmappe mit Bildern Hans Thomas (erschienen im Furche-Verlag, Berlin NW 7) 39 S. und Tafeln.

Adolf Schmid: Konstitution und ihre Beeinflussung. (Halle 1916, M. Niemeyer. 19 S. M. —.80. Faßt die Forderungen der Eugenik für die qualitative Förderung des Nachwuchses zusammen.

Der Lohn der Opfer. Von Fidelis. Vortrupp-Flugschrift Nr. 39. (Hamburg 1917, Alfred Janssen). 15 S. Preis M. —.20.

„Kleine Germanenbücherei", herausgegeben von Walther Schulte vom Brühl. (Berlin-Steglitz, Verl. Kraft und Schönheit). Erstes Heft. „An die Germanen! Von einem Deutschen." 28 S. M. —.20.

Kriegsbilder von Prof. Fahrenkrog. Sturm über Land. Mit Vorwort und Bilderklärungen von Kurt Engelbrecht. (Verlag für Volkskunst, R. Keutel, Stuttgart). 85 S. und farbige Tafeln.

O. Kornfeld: „In polnischer Glut". Drama einer Volksseele. (Verl. G. Müller, Leipzig). 76 S. M. 2.50.

Wirtschaftsleben

Hugo Vogel: Die Theorie des volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozesses und das Krisenproblem. Mit 4 Tabellen und 2 Kurventafeln. (Alfred Hölder, Wien). X u. 400 S. Ausgehend vom Krisenphänomen als seinem speziellen Untersuchungsobjekt, stellt das Buch das Entwicklungsproblem in den Mittelpunkt und durchforscht die gesamten sich vollziehenden Bewegungserscheinungen des Wirtschaftsprozesses an dem Beispiel einer bestimmten Volkswirtschaft und leitet daraus Schlußfolgerungen für Wesen und Stellung der Krisenerscheinung in diesem Wirtschaftsprozeß ab. Das Ergebnis ist: „Für alle kriegführenden Staaten ohne Ausnahme hat dieser Krieg eine längere Zeit friedlicher Entwicklung jäh abgebrochen. Was nach dem Kriege folgt, bedarf wieder jahrzehntelanger Gestaltung und ruhiger Verarbeitung in Zeiten ungestörter Arbeit neuer Generationen."

Geschichte

Theodor Lindner: Weltgeschichte der letzten hundert Jahre (1815 bis 1914). Zwei Bände. (Cottasche Buchhdlg., Stuttgart.) 461 und 524 S. Dem im Jahre 1914 erschienenen 1. Band, der bis zum Jahre 1859 geführt hat, folgt als letzter ein 2. Band, der mit der Zeit Bismarcks beginnt. Die große Wendung der deutschen Geschichte wird im Zusammenhang geschildert, über die Geschichte der außereuropäischen Staaten der Übergang zur Gegenwart gewonnen.

Friedr. Frecksa: Der Wiener Kongreß nach Aufzeichnungen von Teilnehmern und Mitarbeitern. (Robert Lutz, Stuttgart) XLII und 337 S. Sammelbuch aus den Erinnerungen hervorragender Zeitgenossen, die an den Ereignissen unmittelbaren Anteil gehabt haben.

Ludo M. Hartmann: Hundert Jahre italienischer Geschichte. (Die Grundlagen des modernen Italien 1815—1915.) 1916. München, Georg Müller. 215 S. Geht den Wurzeln der gegenwärtigen Lage in der Vergangenheit und in der Struktur des italienischen Staatswesens nach, um an die Stelle der aus Kriegspsychose heraus entstandenen Visionen „Realitäten" zu setzen und zu zeigen, daß, wenn man sich zu einem Verdammungsurteil gedrängt fühle, man es nicht über das Volk im allgemeinen, sondern über Staat und Regierung, und über den Staat auch nur tun könne, insofern er die gegenwärtige Erscheinungsform der Organisation Italiens ist, nicht über den Staat, der in Zukunft aus ihr erwachsen kann. Bekämpft den italienischen Imperialismus, „der im Bund mit England, Frankreich und Rußland Italien zu einem Portu-

Digitized by Google

gal im Mittelmeer machen wird", und glaubt, daß nach Befriedigung der wirklich legitimen nationalen Inspirationen jedweder Gegensatz zwischen Deutschland, Österreich und Italien aufgehoben würde.

M. Mayr: Deritalienische Irredentismus. Sein Entstehen und seine Entwicklung, vornehmlich in Tirol. (Verl.-Anst. Tyrolia, Innsbruck) XVI und 392 S. Kommt schon kurze Zeit nach seinem Erscheinen in zweiter verbesserter und vermehrter Auflage heraus.

Theodor Lindner: Geschichtsphilosophie. Das Wesen der geschichtlichen Entwicklung, Einleitung zu einer Weltgeschichte seit der Völkerwanderung. (Cottasche Buchhdlg., Stuttgart.) VIII und 220 S. (Preis br. M. 4.50.) Führt die geschichtliche Entwicklung auf die einfachen, durch Zusammenwirken von Individium und Gesamtheit bedingten Grundzüge zurück, die zu allen Zeiten und bei allen Völkern wirksam sind.

Erziehung

Herm. Petrich: Jugendpflege und Staat. (Verl. der Buchhandl. des Waisenhauses, Halle.) 32 S. Preis M. —.50. Tritt für eine Jugendpflege ein, die der Jugend die Freuden des Daseins (vor allem der Arbeit in Feld und Flur) erschließt und doch der Arbeit nicht entwöhnt.

Max Reiniger: Vaterländischer Geschichtsunterricht. Grundsätzliches und praktische Vorschläge zu seiner Neugestaltung. Mit einem ausführlichen Lehrplanentwurf. (Beltz Verlag, Langensalza. 30 S. br. 0,60.) Für Volks- und Mittelschule.

Dr. J. Richter: Bildende Kunst und Vergeistigung der Erziehungsarbeit. (Schulwissensch. Verl. A. Haase, Leipzig.) 129 S. Geh. M. 2.—. Bewißt das Dasein recht der Kunstpädagogik, gibt ihre wissenschaftliche Grundlegung und bezeichnet ihr Ziel als „Lebens- und Wertgestaltung auf ästhetischer Grundlage".

Stoffel: Rapports militairs. Herausg. und erklärt von F. Perle. (M. Niemeyer, Halle.) IX und 65 S. M. 1.50. Die im Jahre 1889 „im Interesse vertiefter und unmittelbarer Erkenntnis der Nationalentwicklung der Franzosen und Engländer" für Unterrichtszwecke herausgegebene Sammlung geschichtlicher Quellenschriften zur neusprachlichen Lektüre werden mit Rücksicht auf die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts (der durch die Lektüre in den sprachlichen Lehrstunden ergänzt und erweitert werden soll) fortgesetzt. Den Anfang machen die Berichte des Baron Stoffel, des Militärattachés in Berlin und späteren Mitverteidigers von Paris.

Adolf Matthias: Wie erziehen wir unsern Sohn Benjamin? („Ein Buch für deutsche Väter und Mütter") erlebt seine zehnte, unter den Einwirkungen des Krieges vor allem in dem Kapitel „Was soll B. lesen" vermehrte Auflage. C. H. Beck, München, 1916.

Schöne Literatur — Bildende Kunst

Franz Kampers: Das Lichtland der Seelen und der heilige Gral. (Zweite Vereinsschrift der Görresgesellschaft, Köln 1916, Verl. J. P. Bachem. 123 S. M. 1.80.) Deutet die Sagen und Märchen des Gral in ihrem geschichtlichen Ursprung und Zusammenhang (z. B. mit der deutschen Kaisersage) und in ihrer symbolischen Beleuchtung.

Franza Frilbogen: Fr. Th. Vischers „Auch Einer". (Zürich 1910, Verl. Orell Füßli.) 203 S. Preis M. 4.—. Noch vor dem Kriege in der Pariser Sorbonne entstandene Arbeit über „diesen kernhaften, strammen Deutschen", der nicht schlecht in die Zeit paßt, „schon weil er in den Tagen der jubelndsten Freude über die deutschen Erfolge immer vor Siegerübermut gewarnt hat".

Dr. O. Hachtmann: Die türkische Literatur des 20. Jahrhunderts. (C. F. Amelangs Verlag, Leipzig.) 64 S. Schrift aus den „Literaturen des Ostens in Einzeldarstellungen", Entwicklungslinien und Persönlichkeiten der neuesten türkischen Literatur mit Proben.

Walter Mackowsky: Das niederdeutsche Bürgerhaus. (Verl. J. J. Arndt, Leipzig.) 160 S. Schöner Beitrag zum Studium der deutschen Wohnbaukunst mit geschichtlichen Erläuterungen und zahlreichem zum erstenmal veröffentlichten Bildermaterial aus den Städten Niederdeutschlands.

Alt-Wiener Kalender für das Jahr 1917. Mit 38 Abb. hsg. von Alois Trost. (Kunstverl. Anton Schroll & Co., Wien.) Ein prächtiger Spiegel der alten reichen Kultur Wiens im 18. und 19. Jahrhundert, der Schaffensstätte Grillparzers, v. Schwinds, Schuberts, der Stadt der klassischen Theater- und Musikpflege. Eine Ergänzung zu den Altwiener Büchern über das alte Burgtheater und die Häuser und Menschen von Wien, die in demselben Verlage erschienen sind. Geb. Kr. 7.20

Zeitschriften

Die „Internationale Rundschau" (Verlag Orell Füßli, Zürich) Einzelheft 80 Pfg., Abonnement vierteljährlich 3 Mk.) hat am 10. Januar einen neuen (den dritten) Jahrgang eröffnet. Die Nummer enthält Aufsätze über die Menschheitsfrage des Friedens, das Friedensangebot vom deutschen und englischen Standpunkt aus gesehen, einen Aufsatz über Friedensangebot und die Frauen. Wir empfehlen die ruhige vornehme Zeitschrift.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberstleutnant a. D. Franz Kolb, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Amerikas wahres Gesicht 201
Hennig, Der Einfluß des U-Boot-Kriegs auf die Seefrachten 205
Wygodzinski, Das amerikanische Bevölkerungsproblem . . 210
Weil, Die polnisch-jüdische Frage 214
Schulze-Gaevernitz, Die vlamische Bewegung II 220
Lynceus, „Das Land Goethes" 226
Notizen / Neuerscheinungen 229

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 16. Februar 1917 Heft 7

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Ostsee und Ostland

I.

Die baltischen Provinzen

Herausgegeben von Dr. Otto Grautoff

Band 1: Stadt und Land. Herausgegeben von Hans von Rosen. Mit 200 Bildern. Fest broschiert M. 3.85, gebunden M. 4.85.

Band 2: Novellen und Dramen. Herausgegeben von Hellmuth Krüger. Fest broschiert M. 3.30, gebunden M. 4.30.

Band 3: Bauten und Bilder. Herausgegeben von Otto Grautoff. Mit über 200 Bildern. Fest broschiert M. 4.—, gebunden M. 5.—.

Band 4: Die jungen Balten (Baltische Gedichte). Herausgegeben von Bruno Goetz. Fest broschiert M. 3.30, gebunden M. 4.30.

Band 5: Märchen und Sagen. Herausgegeben von Aug. v. Löwis of Menar. Mit Leisten und Vignetten von R. v. Hoerschelmann. Fest broschiert M. 3—, gebunden M. 4.—.

Band 6: Bilder aus baltischer Vergangenheit. Herausgegeben von Arend Buchholtz. Mit Abbildungen. Fest broschiert M. 3.—, gebunden M. 4.—.

Die ersten fünfzig Exemplare jedes Bandes wurden auf besonders starkem Kunstdruckpapier abgezogen und in kostbarem Halbpergamentband gebunden.

Preis eines solchen Bandes je Mark 10.—

Die „Zeitung der zehnten Armee" schreibt über diese Bände u. a.: „Die Ausstattung dieser Bände ist schlicht und gediegen, der Preis bei weitem nicht zu hoch. Herausgeber und Verleger haben beide eine Arbeit geleistet, die ich schon „Tat" nennen möchte."

Otto Freiherr von Taube

Zur Frage deutscher Siedlung auf neuerworbenem Gebiete

Die Brücke zu den baltischen Provinzen

In Groß-Oktav, mehrfarbig, fest broschiert Mark —.30

Der Verfasser, der aus eigener Anschauung die einschlägigen Verhältnisse aufs genaueste kennt, weiß auf diese so äußerst wichtigen Fragen auch kurze und entschiedene Antworten zu geben.

Felix Lehmann Verlag G. m. b. H., Charlottenburg 2, Kantstraße 6

Google

2. Jahrgang • 16. Februar 1917 • Heft 7

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Amerikas wahres Gesicht

Von Dr. Paul Rohrbach

In der „Deutschen Politik" ist von mir stets, was die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika anging, der Standpunkt vertreten worden, daß wir die Union praktisch als unsern Gegner in dem Sinne zu betrachten haben, daß den leitenden Männern in Amerika der Sieg Deutschlands im Weltkriege unerwünscht ist. Hierfür sind teilweis Erwägungen maßgebend, die, wie Bismarck sagen würde, auf dem Gebiet der politischen Sentimentalität liegen, teilweise aber auch „realpolitische" Gedanken. Was das erste Kapitel angeht, die Sentimentalität, so ist hierüber schon einige Male in der „Deutschen Politik" gehandelt, und ich will daher nur das Wichtigste kurz wiederholen. Der Durchschnittsamerikaner — auch Wilson, Lansing und Genossen gehören in diesem Falle ganz zum amerikanischen Durchschnitt — hält die verfassungs- und sozialpolitischen Zustände, die sich das Volk der Vereinigten Staaten geschaffen hat, trotz der vorhandenen und nicht bestrittenen Ausartungen des Wirtschaftslebens für idealer und moralisch höherwertig im Vergleich mit den monarchischen, als feudal, politisch reaktionär und gesellschaftlich unfrei geltenden Staaten Europas. Als nahe verwandte Typen dieser Zustände erscheinen den Amerikanern Rußland und Deutschland. Der innere Unterschied zwischen beiden ist ihnen wenig klar. Vertreter des gegenteiligen, freiheitlichen Prinzips sind Frankreich und England; Frankreich als demokratische Republik, England als ein Staat, in dem die Monarchie gegenüber dem sonstigen als „demokratisch" geltenden Wesen nur eine nominelle Bedeutung hat.

Dies Urteil kommt vor allen Dingen aus dem amerikanischen Hochmut, und der amerikanische Hochmut kommt aus der amerikanischen Einbildung und Unwissenheit. Die Unwissenheit nicht nur der niederen, sondern auch der mittleren und überwiegend selbst der höchsten Schichten in Amerika ist in bezug auf die europäischen Verhältnisse grenzenlos, kaum vorstellbar! Ich habe hierfür früher einmal Proben aus amtlich eingeführten amerikanischen Lehrbüchern über Deutschland gegeben und möchte diese Dinge nicht mehr im einzelnen wiederholen. Auch bei uns weiß man ja vom Aus-

Digitized by Google

lande im ganzen nicht viel. Wüßte man mehr, wäre es namentlich für unsere höher gebildeten, führenden Kreise ein schärferes Erfordernis gewesen, Auslandskenntnis zu besitzen, so wäre sicher von den zahlreichen Fehlern, die bei uns vor dem Kriege und während des Krieges in der Behandlung des Auslandes gemacht worden sind, ein großer Teil vermieden worden. Gegen die Amerikaner aber sind wir noch abgrundtief gelehrt über fremde Länder und Leute.

Es ist gar nicht so lange her, da lautete z. B. über Frankreich das amerikanische Urteil, trotz der nahe verwandten Verfassungsform, noch ganz anders. Die Franzosen galten als ein frivoles und verdorbenes Volk, und deswegen keiner höheren Achtung wert. Diese durch das alte puritanische Ideal bestimmte Meinung der Amerikaner über Frankreich hat sich aber während der beiden letzten Jahrzehnte in weiten Kreisen dadurch geändert, daß man es von der französischen Seite geschickt verstanden hat, Amerika gegenüber die Gemeinsamkeit des demokratischen Verfassungsgedankens und die anziehenden Seiten der französischen Kultur, der materiellen wie der geistigen, in den Vordergrund zu schieben. Die Franzosen sind hier planmäßig und erfolgreich vorgegangen. Nirgends auf dem Festlande fanden die Amerikaner solches Entgegenkommen wie in Paris, nirgends gab man sich so viele Mühe um sie. Die amerikanische Kolonie in Paris, die an Zahl, Reichtum und Einfluß vor dem Kriege unvergleichlich bedeutender war, als in der ersten Zeit der gegenwärtigen französischen Republik, bildete einen im französischen Sinne auf Amerika wirkenden Faktor von großem und wachsendem Gewicht. Das Geschenk der Freiheitsstatue, des riesigen Leuchtturms am Eingang des New Yorker Hafens, durch die französische an die amerikanische Republik, war dazu bestimmt, bewußtermaßen eine neue Epoche der französisch-amerikanischen Beziehungen zu eröffnen — und diese Epoche wurde Wirklichkeit. Die auswärtige Politik im formellen Sinne spielte dabei keine große Rolle; die Geister sollten sich nähern, und sie näherten sich. Selbstverständlich traten auch materiell kulturpolitische Wirkungen ein. Man braucht nur daran zu erinnern, daß die Vereinigten Staaten eines der wichtigsten Absatzländer für die Luxusindustrie, für das Kunstgewerbe, die Malerei und die Plastik Frankreichs geworden waren. Erst in allerjüngster Zeit begannen die deutschen Werkbundbestrebungen auch in Amerika als Konkurrenz für den französischen Export fühlbar zu werden. An der Tatsache aber, daß während der gegenwärtigen Generation das angelsächsische Nordamerika, was seine obere wohlhabende Schicht angeht, zu einer Provinz des französischen Geschmacks geworden war, vermochte der langsam beginnende deutsche Einfluß noch nichts zu ändern.

Auch England gegenüber ist die öffentliche Meinung und daher auch die Politik der Vereinigten Staaten bis vor wenigen Jahrzehnten lange nicht so freundlich gewesen, wie jetzt. Den Beginn des Umschwungs kann man am ehesten auf die Zeit des amerikanisch-spanischen Krieges datieren. Seitdem läßt sich verfolgen, wie in erstaunlich geschickter Weise die englische Politik darauf ausgeht, die Amerikaner zu um-

Digitized by Google

schmeicheln, zu gewinnen und gleichzeitig gegen Deutschland einzunehmen. Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts dachte der gewöhnliche Amerikaner, wenn ihm England in den Sinn kam, eben so oft an den Unabhängigkeitskrieg, an die Verbrennung von Washington durch die Engländer 1812 und an die Unterstützung des südstaatlichen Sonderbundes durch das amtliche England während des Bürgerkrieges, wie er an die Sprach-, Stammes- und Kulturverwandtschaft mit den Engländern dachte. Dann fing sich das allmählich zu ändern an. Das frühere Empfinden ist auch heute in Nordamerika keineswegs verschwunden, namentlich nicht in den Südstaaten und im Westen, aber es ist überall gedämpft und es ist im Osten, der bis zur letzten Wahl Wilsons politisch ohne Frage geführt hat, durch einen ebenso ausgesprochen englandfreundlichen wie deutschfeindlichen Sinn ersetzt worden. Wie schon gesagt: dieser Wechsel kam nicht von selbst, sondern er ist das Ergebnis zielbewußter, rücksichtsloser und systematischer englischer Arbeit. Sie im einzelnen zu charakterisieren, würde hier zu weit führen. Das Hauptmittel war die unausgesetzte Beeinflussung der amerikanischen Presse. Seit dem Regierungsantritt Eduards VII. wurden auch die Amerikaner und Amerikanerinnen am englischen Hof wie in der von dort aus beeinflußten Aristokratie bewußt herangezogen und verhätschelt. Eine ganze Roman- und Memoirenliteratur entstand auf dem Büchermarkt und in den illustrierten Magazinen: zu dem Zweck, Engländer und Amerikaner eigentlich als ein großes Volk erscheinen zu lassen, zwischen dessen beiden Hauptzweigen in der Vergangenheit ein schmerzliches, jetzt lange wieder ausgeglichenes Mißverständnis die Trennung herbeigeführt habe. Wenn einmal die Geschichte dieser politischen Werbearbeit Englands in Amerika geschrieben werden wird, so wird man staunend vor einem der größten und erfolgreichsten, nicht mit Waffen, sondern mit Geld, Druckerschwärze und Verdächtigung geführten und gewonnenen Feldzüge stehen, die die Geschichte kennt. Als frei organisierte, auf ein bestimmtes Ziel hin gerichtete Leistung zusammen arbeitender amtlicher und nichtamtlicher, diplomatischer, journalistischer, literarischer und geschäftlicher Kräfte ist es eine höchste bewundernswerte Sache — leider auch eine Sache, die uns sehr geschadet hat und deren Entwicklung wir zugesehen haben ohne nennenswerte Versuche, etwas für uns zu tun.

Die stimmungsmäßige Grundlage in dem Verhalten Amerikas gegen Deutschland im Weltkriege ist also sicher vorhanden und von nicht geringer Bedeutung für den Gang der Ereignisse. Eine innere Schwierigkeit für das amerikanische Empfinden bildet Rußland. Daß man Rußland an der Seite des sympathischen England und des ebenso sympathischen Frankreich sehen muß, ist störend. Natürlich haben sich England und Frankreich bemüht, den Amerikanern so sanft wie möglich über den unaussprechlichen Russen hinwegzuhelfen, aber ein Stück gefühlsmäßiger Reibung blieb und ist noch heute vorhanden. Hätte man bei uns mehr Vorstellung davon, was solche Dinge in der praktischen Politik bedeuten können, so wäre es möglich gewesen, die moralpolitische Genierlichkeit der englisch-französischen Demokraten-

Digitized by Google

freundschaft mit der zarischen Autokratie, mit der Knute und der sibirischen Hölle, wo die russischen Freiheitskämpfer gepeinigt werden, noch viel beißender zu machen. Dies indessen ist ein Gebiet unserer Politik, über dessen Tor Pessimisten auch heute noch lesen: Ihr, die ihr eintretet, lasset die Hoffnung draußen! Was vor dem Kriege nicht aufgebaut war, wofür nicht einmal Grundlagen existierten, das zu errichten ist im Kriege auch dann noch schwer, fast unmöglich, wenn Einsicht und bessernder Wille vorhanden sind ... „Jede Sache, für die England kämpfen will, sollte den übrigen Völkern begreiflich sein, vor allem den europäischen, aber ebenso denen außerhalb Europas, mindestens den Vereinigten Staaten und Japan, denn wenn wir für eine Sache kämpfen, bei der sie keine Sympathie mit uns haben oder die andere Völker mit unserem Gegner sympathisieren läßt, werden wir in schweren Verdacht verstrickt werden und uns vielleicht in einer feindlichen Welt allein finden." Diese Worte finden wir in einem der wirksamsten Bücher, die vor dem Kriege in England geschrieben worden sind, um zum Kriege zu hetzen, dem von Spenser Wilkinson: „England in Gefahr" (S. 90/91). Sie zeigen, von wie langer Hand her die englische Politik bewußtermaßen arbeitete, um „Sympathien" zu erwerben und selbstverständlich auch Antipathien zu erwecken. In Zukunft werden auch wir hoffentlich einmal merken, daß „Imponderabilien" unter Umständen zu wirksamen Ersatzmitteln für „ponderables" Blut und Eisen werden können.

Wenn der Präsident Wilson also sagt: Amerika ist neutral, so lautet der unausgesprochene Nachsatz: neutral mit dem Vorbehalt, daß England und Frankreich aus „moralischen" Gründen der Sieg gewünscht werden muß, und daß es ebenfalls „moralisch" ist, das Glück im englisch-französischen Spiel soweit wie möglich mit amerikanischen Mitteln zu korrigieren. Nach diesem Prinzip hat die amerikanische Politik vom ersten Tage des Krieges an zu arbeiten begonnen, so hat sie bis zur Ankündigung unseres verschärften U-Bootkrieges gearbeitet, und so wird sie bis zum Friedensschluß arbeiten — wenn sie nicht schon vorher den Gipfel des Moralischen ersteigt und uns den Krieg erklärt. Sehr möglich, daß sie es tut; wir besitzen kein taugliches Mittel, sie daran zu hindern. Das einzig wirksame Mittel wäre, daß wir uns hinstellten und riefen: Kommt ihr Völker und hört unser Bekenntnis! Jedes Amerikaners ungehindertes Recht, Geschäftsreisen und Vergnügungsfahrten auf einem beliebigen Schiff, mit oder ohne Kriegsmaterial zur Bekämpfung Deutschlands an Bord, auf einem beliebigen Wege und zu beliebigen Zeiten, unter Vermeidung jeder Rücksicht auf Deutschlands Daseinskampf zu unternehmen, es gilt im Himmel und auf Erden mehr, als das Recht von 70 Millionen Deutschen, sich kräftig gegen den Anschlag zu wehren, um der Hungerpein willen sich zur Zertretung und Zerstückelung ausliefern zu müssen! Unzählige Menschen, vor allem die Kranken und Schwachen, leiden, aber ihre Not soll zur äußersten Qual gesteigert und auf das ganze Volk ausgedehnt werden, bis Deutschland dem Gegner seinen Nacken darbietet, damit er

Digitized by Google

seinen Fuß darauf setze! Das alles gilt nichts in den Augen des frommen, menschenliebenden und gerechten Amerikaners. Wir aber wagen es, zur Erhaltung unseres Daseins Maßnahmen zu treffen, die amerikanische Reisende veranlassen könnten, in der Wahl des Tages und Weges gewisse Überlegungen anzustellen, und amerikanische Lieferanten, die die Friedensindustrie der Vereinigten Staaten auf Blutprofit umgearbeitet haben, dazu, die Risikoquote ihrer Verschiffungen zu erhöhen — und siehe da, Menschheit und Gerechtigkeit sind beleidigt und der Erzengel Wilson macht sich auf, mit dem bloßen hauenden Schwerte die Frevler im Garten Eden der Humanität und der Milliardenprofite zu verfolgen!

Soviel Glauben und soviel Tatkraft im Namen der Humanität findet sich natürlich nur da, wo auch ein Stück Vorteil bei dem Glauben ist. Der Vorteil Amerikas besteht darin, daß Europa sich schwächt. Das gibt amerikanische politische Macht und amerikanischen wirtschaftlichen Gewinn. Schwächung Europas im allgemeinen ist erwünscht, unerwünscht aber wäre es, wenn der Hauptschaden dabei auf England und Frankreich fiele; vielmehr muß er auf Deutschland fallen. Allerdings, wenn Deutschland völlig vernichtet würde, so wäre auch das nicht gut, denn dann würde England zu mächtig. Die Engländer sind eine ausgezeichnete Nation, aber auch sie könnten anfangen weniger ausgezeichnet zu sein, falls sie die alleinigen Herren in Europa wären. Dazu besteht freilich keine Aussicht; vielmehr zum Gegenteil, wenn man Deutschland gewähren ließe. Was folgt daraus? Daß Deutschland gehindert werden muß! Ginge es uns ganz schlecht — wohl möglich, daß man von Amerika her dann sogar England mit dem großen Stocke winkte. Es geht uns aber nicht schlecht, und darum ist es edel, menschlich und gut, uns zuzurufen: Wehe euch, wenn ihr dem Hunger Widerstand zu leisten wagt! Vermutlich hat Wilson dabei ein gutes Gewissen. Moralisierende Doktrinäre sind immer Söhne des guten Gewissens, und moralische Doktrinen pflegen auf keiner Art Feldern besser zu wachsen, als auf solchen, die mit politischem Nutzen und Kapitalprofit gedüngt sind. Ein gutes Gewissen zu behalten, ist nur für Leute schwierig, die jeder kämpfenden Partei Not und Recht kennen. Dazu sind nur wenige Amerikaner imstande, und Herr Wilson gehört nicht zu diesen. Hoffen wir, daß auch ihm eines Tages der Sinn aufgeht, wenn das sympathische England und das sympathische Frankreich ihm winken, daß er ihnen helfen möge, mit dem unsympathischen Deutschland zu paktieren, das — damned!! — so gute U-Boote hat.

Der Einfluß des U-Boot-Kriegs auf die Seefrachten

Von Dr. Richard Hennig

Schon vor Jahresfrist schrieb die „Shipping Gazette“, ein maßgebendes Organ der Reederkreise: „Wenn der Unterseebootkrieg nicht wäre, würden die Frachtsätze 50—75 % niedriger sein als jetzt.“ Heute haben sich die Dinge noch bedrohlicher

Digitized by Google

gestaltet. Wöchentlich sinken jetzt durchschnittlich 100000 tons Schiffsräume mit ihren Ladungen auf den Grund des Meeres, und der Höhepunkt dieser Wirksamkeit ist offenbar noch nicht erreicht; der Durchschnitt von 20—30 versenkten Schiffen am Tag, den die englische Presse vor 1¾ Jahren als eine allerdings überaus schwere, aber durchaus utopische Gefahr bezeichnete, ist bereits erreicht worden.

Amtlich wurde der seit Anfang des Krieges bis zum November 1916 zerstörte feindliche und neutrale Schiffsraum deutscherseits auf 3636500 t angegeben, wobei zu beachten ist, daß über ⅔ auf die englische Flagge entfielen. Mag auch ein großer Teil des Tonnage-Verlustes durch die englischen Werften seither wieder ersetzt worden sein, der Verlust an kostbaren Ladungen bleibt unersetzlich und wirkt in einer empfindlichen Verteuerung aller Aus- und Einfuhrwaren fort. Und mag auch von englischer Seite, mehr beschwichtigend, als der Wahrheit entsprechend, darauf hingewiesen werden, daß die deutschen Zahlen über versenkte Schiffe viel zu hoch gegriffen seien und daß sie, selbst wenn sie richtig wären, in 2 Jahren immer erst 14 % der gesamten englischen Handelsflotte darstellten, so ist darauf erstens zu erwidern, daß die Ausschaltung von rund ⅐ des Gesamtbestandes für die Handelsschiffahrt jedes Landes eine äußerst empfindliche Einbuße darstellt, und zweitens, daß die Gefahr für England dadurch ungleich beträchtlicher wird, weil gerade von den großen Fahrzeugen über 3000 t ein ganz ungewöhnlich hoher Anteil an den Verlusten beteiligt sind.

Deutlicher aber als alle Behauptungen und Leitartikel spiegeln sich die Wirkungen des bisherigen U-Boot-Kriegs wider in einigen nüchternen Zahlen der englischen Handels- und Verkehrsstatistik. Daß in einer Zeit, wo rund die Hälfte der englischen Handelsflotte durch militärische Beanspruchung oder Kriegsverlust ausfällt und die neutralen Fahrzeuge vielfach den britischen Häfen am liebsten aus dem Wege gehen, der Schiffsverkehr in England zurückgeht, allem „business as usual“ zum Trotz, kann nicht verwundern. Das Maß dieses Rückgangs aber, der im weiteren Verlauf des Krieges nicht kleiner, sondern immer größer geworden ist, muß doch als so bedeutend bezeichnet werden, daß verhängnisvolle Folgen für ein Land wie England, dessen ganzes wirtschaftliches Gedeihen auf Ein- und Ausfuhr eingestellt ist, nicht ausbleiben können. Man betrachte folgende Zahlenwerte, die den „Financial News“ entnommen sind:

	In englischen Häfen einlaufende Schiffe (in tons)		
	1914	1915	1916
Oktober	3125940	2824368	2469435
November	2987568	2941128	2555503
Januar bis November .	40072146	31098328	27845617

	In englischen Häfen auslaufende Schiffe (in tons)		
	1914	1915	1916
Oktober	3802613	3296616	3026720
Januar bis Oktober . . .	54417429	33426342	30418174

Digitized by Google

Der Rückgang ist für das englische Wirtschaftsleben um so empfindlicher, als vor allem der Anteil der britischen Flagge davon betroffen ist. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1914 stellten z. B. die ausfahrenden englischen Schiffe 29023000 t, die fremden 25394409 t, in den ersten 10 Monaten des Jahres 1916 dagegen war das Verhältnis, trotz des Fortfalls der wichtigen deutschen Schiffahrt, 15007103 gegen 15411071 t.

Wenn trotz dieses sehr bedeutenden Verkehrsrückgangs die meisten englischen Reedereien ausgezeichnete Geschäfte im Kriege gemacht haben, so lag dies daran, daß die Steigerung der Frachtraten prozentual noch viel bedeutender war, als die Abnahme des Schiffsverkehrs. Zugute kam aber diese beispiellose Erhöhung der Frachtraten nur dem verhältnismäßig sehr kleinen Kreise englischer und neutraler Reeder; Leidtragende waren die gesamten feindlichen Volkswirtschaften, einschließlich der englischen, denen durch die überhohen Seefrachten die Lebensführung sehr viel mehr verteuert wurde, als es durch den Krieg ohnehin bereits notwendig wurde.

Das Seefrachten-Problem gehört ja zu den schwierigsten, die der Krieg unseren Feinden überhaupt beschert hat. Natürlich stehen Knappheit des Schiffsraums und Frachtenteuerung im allerengsten Zusammenhang, und da die erstere in der Hauptsache eine Folge des U-Boot-Krieges ist, behauptet man nicht zu viel, wenn man auch die Ursache der letzteren vornehmlich in der U-Boot-Kriegführung sucht. Das oben mitgeteilte Zeugnis der „Shipping Gazette“ beweist ja zur Genüge, daß dieser Zusammenhang nichts weniger als eingebildet ist. Die Überzeugung, daß die deutschen U-Boote ausschlaggebend zu der ungeheuren Frachtenteuerung beigetragen haben, festigt sich aber noch mehr, wenn man sieht, wie die Höhe der Frachtsätze barometerartig den einzelnen Phasen des U-Boot-Krieges folgt. Jede Periode besonders erfolgreicher U-Boot-Kreuzfahrten löste fast automatisch ein kräftiges, z. T. sprungartiges Anziehen der Frachtenpreise aus, jedes Nachlassen in der Schärfe dieser Kriegführung, wie es unter dem Druck der sonderbaren amerikanischen made in England-„Neutralität“ insbesondere im September 1915 und im Mai 1916 eintrat, ließ die Frachtsätze ganz erheblich sinken. Nach der in der deutschen Note vom 4. Mai 1916 versprochenen vorläufigen Aufgabe des „verschärften“ U-Boot-Krieges sind die meisten Frachtraten, die unmittelbar vorher ihren Höchststand erreicht hatten, zunächst ganz erheblich gefallen. Seither sind sie zwar zumeist wieder kräftig gestiegen, vielfach sogar noch über die im vorigen Frühjahr erreichte Höhe hinaus. Dabei kann man fest überzeugt sein, daß am selben Tage, wo etwa die deutsche Regierung erklären sollte, jetzt liege die in der Note vom 4. Mai vorbehaltene „neue Sachlage“ vor, die die Wiederaufnahme des rücksichts- und warnungslosen U-Boot-Krieges rechtfertigt, die Frachtsätze mit einem gewaltigen Sprung auf eine vorher nie erreichte Höhe emporschnellen und bald vielleicht um Englands Lebenshaltung den würgenden Strick legen würden. Um die Sachlage recht zu ermessen, muß man beachten, daß am 14. Januar 1917,

Digitized by Google

zu einer Zeit, wo unsre U-Boote auch bewaffnete feindliche Schiffe nur nach erfolgter Warnung versenkten, die Zahl der von den U-Booten in einer Woche vernichteten feindlichen und Bannware führenden neutralen Schiffen zu 90 berechnet und gleichzeitig Klage erhoben wurde, die französische Handelsschiffahrt gehe ihrem gänzlichen Verfall entgegen, wenn nicht die Werften schleunigst für ausreichenden Ersatz sorgten. Man mag darnach berechnen, wie groß die Jagdbeute der U-Boote sein würde, wenn sie jedes bewaffnete Schiff aufs neue ohne Warnung zu versenken vermöchten.

Daß man damit ein Mittel gewinnen würde, England aufs Knie zu zwingen, lehrt bei genauerem Studium nachfolgende Tabelle, welche die Entwickelung der Frachtraten in den bisherigen verschiedenen Stadien des Kriegs veranschaulicht:

Frachten für englische Einfuhrwaren (in sh)

Art der Transporte	Frachtsatz im Frieden	Frühjahr 1915 (nach d. Beginn des U-Boot-Handelskriegs)	August 1915	Anfang 1916 (nach d. Erscheinen der ersten U-Boote i. Mittelmeer)	Frühjahr 1916 (versch. U-Boot-Krieg seit 29. Februar 1916)	Juli 1916 (eingeschr. U-Boot-Krieg seit 4. Mai 1916)	September 1916	Dezbr. 1916 (stark erhöhte Tätigkeit der U-Boote)
Weizen aus Ver. Staaten	1.6—2	8	10.6—11.6	16	16.6	8	11.6	24.6
„ „ Kanada . . .	12—13	65	64—67.6	130	173	137.9	122.9	145
„ „ Indien . . .	14.6—16.9	57.6	51.3—52.6	110—115	132.6	93.4	130	237.6
„ „ Argentinien .	10.6—12.6	—	55.8	135	155	—	117.6	130
Reis aus Birma	16—22	75	75	130—140	165	145	170	265[1]
Erz aus Spanien	4—4.6	15.3	10.9	23	26.6	18.6—19	18.6	21
Salpeter aus Chile . . .	19—22	53	60—80	120	150	140	140	—
Holz aus Mexiko	73.6—77.6	220	—	450	560	—	440	510
Diverses aus Wladiwostok	21—25	87.6	—	170	200	165	152.6	—

Die Anpassung der Frachtsätze an die einzelnen Phasen des an- und abschwellenden U-Bootkrieges ist unverkennbar, ebenso das z. T. außerordentliche Emporschnellen der Frachtsätze in allerjüngster Zeit, zumal für die Frachten über sehr große Entfernungen. Für chilenische Häfen, für Birma und Wladiwostok sind seit einer Reihe von Wochen überhaupt keine Frachtenabschlüsse mehr zu stande gekommen. Ähnlich liegen die Dinge bei den Ausfuhrprodukten Englands, insbesondere bei den heute in der ganzen Welt zumeist begehrten Kohlen:

[1] Im Januar 1917 wurden für die Reisfrachten aus Birma schon 350 Franks geboten, ohne daß ein Schiff zu erhalten war!

Digitized by Google

Frachten für englische Cardiff-Kohlen

Bestimmungshafen	Frachtsatz im Frieden	Frühjahr 1915	August 1915	Anfang 1916	Frühjahr 1916	Juli 1916	Sept. 1916	Dez. 1916
Bordeaux	4—5.6	15.6	17	33	55	34[1]	34[1]	34.6[1]
Genua	7—7.6	20½	21	60	97.6	77.6	70	39.6[1]
Port Said	7—7.3	25	23.3	50	112.6	95	60	80
Buenos Aires	13—14.6	29	22.9	—	75	45	30	62.5

In dieser letzten Tabelle, die nicht minder charakteristisch als die erste ist, verdienen besondere Beachtung die Höchstpreise für die Kohlenseefrachten nach Bordeaux und Genua, und es ist von eignem Reiz, die mit ihnen gemachten Erfahrungen zu studieren. Als nämlich in dem ohnehin höchst kohlenarmen Italien und in dem durch die deutsche Invasion seiner Kohlenbergwerke zu mehr als 7/10 beraubten Frankreich die wertvolle englische Kohle zu stets höheren Preisen gehandelt wurde und die Klagen über die wucherische Ausbeutung durch die britischen Reeder stets vernehmlicher ertönten, erhoffte man eine Linderung der Kohlennot von einer staatlichen Festlegung der allein zulässigen Frachtraten. Lange sträubte sich die englische Regierung gegen den ihr zugemuteten Eingriff in das private Erwerbsleben und gegen die geforderte Schmälerung des britischen Verdienstes am Kriege, der ja doch eins der vornehmsten Kriegsziele Englands war. Schließlich aber mußte man, um die Alliierten nicht gar zu ungebärdig werden zu lassen, das Verlangen bewilligen. Mit Wirkung vom 1. Juni 1916 wurden für die Kohlenfrachten nach den französischen, Ende des Jahres auch für die nach den italienischen Seehäfen Höchstpreise angesetzt. Die Höhe entsprach zwar wenig den Wünschen der verbündeten Nationen und betrug ungefähr das achtfache des normalen Friedenssatzes, aber sie lag, wie die Tabelle erkennen läßt, doch noch tief unter den im Frühjahr 1916 bezahlten Preisen. In Frankreich war man ohnehin nur teilweise mit den von den Engländern gewährten Zugeständnis zufrieden: man hatte Höchstpreise gefordert, die nur etwa doppelt so hoch wie die Friedensfrachtsätze waren („Petite Gironde" vom 8. April 1916) und mußte nun erleben, daß ein viermal so hoher Betrag von den Engländern noch als ein Zeichen ganz besonderer Selbstlosigkeit gerühmt wurde. Wie überall, erwiesen sich zudem die Höchstpreise als eine ganz zweischneidige Maßregel. Die englischen Reeder mußten von der eignen Regierung mit der Androhung der Kohlenentziehung zur Anerkennung gezwungen werden, und den neutralen Dampfern konnte man in England schwer Höchstpreise vorschreiben. Mit der Möglichkeit der Gewährung oder Verweigerung von Kohlen vermochte man zwar vielen von ihnen die Kandare anzulegen, aber ein sehr großer Teil zog dennoch „lohnendere" Frachten in anderen Meeren der Erde vor. Die Wirkung der Höchstpreise

[1] Höchstpreis!

Digitized by Google

entsprach daher weder in Frankreich noch in Italien den Erwartungen. Die Kohlenpreise ermäßigten sich zwar anfangs infolge der billiger gewordenen Frachten, stiegen aber sehr bald wieder, weil die ohnehin knappen Zufuhren ebenfalls infolge der Höchstpreise immer spärlicher wurden. So mußte man in den französischen Mittelmeerhäfen die unerfreuliche Wahrnehmung machen, daß der Preis für die Tonne Kohle, der sich am 1. Juni 1916 auf 130 Franks stellte, nach Einführung der Frachtenhöchstpreise nicht eine rückläufige Bewegung einschlug, wie man als selbstverständlich betrachtet hatte, sondern daß er im Herbst bei stets größerer Knappheit der Ware auf 165 Franks und im Winter noch weiter stieg. In Italien erlebte man dieselbe Enttäuschung. Als am 4. Mai 1916 der verschärfte deutsche U-Boot-Krieg eingestellt wurde und die Frachtraten herabgingen, glaubte man die gefährlichste Kohlenteuerung überstanden zu haben. Aber die zunehmende Zahl und Wirksamkeit der U-Boote im Mittelmeer bewirkte trotzdem, daß in Genua Mitte Juli beste englische Cardiffkohle, deren Preis im Frühjahr 240 Lire für die Tonne betragen hatte, überhaupt nicht mehr zu haben war, während für die zweite Sorte auch schon ein Tonnenpreis von 235 Lire bezahlt werden mußte, während man in der nahen Schweiz gute deutsche Kohle für nur 36 bis 37 Franks für die Tonne erhielt! In der Folgezeit stellten sich die Dinge noch viel bedrohlicher: im Spätherbst kostete die Tonne zweitklassiger englischer Kohle in Genua 330 Franks, erstklassiger gar 360 Franks.

Welche Volkswirtschaft kann derartige Aderlasse auf die Dauer aushalten? In dem gegenseitigen Erschöpfungskrieg, den unsre Feinde nur noch fortsetzen, weil sie sich einbilden, Deutschland werde eher als sie zusammenbrechen, haben wir dank unsren U-Booten eine erfreuliche Vorgabe. Wenn unsre U-Boote ebenso weiter arbeiten wie bisher oder gar noch erfolgreicher, so treibt das Wirtschaftsleben Englands, Frankreichs und Italiens in gleicher Weise einem nahen Abgrund zu. Daß man dies in England sehr wohl fühlt, zeigt neben vielen anderen Äußerungen z. B. die folgende die der englische Volkswirtschafter John Leyland im November 1916 niederschrieb: „Der Einfluß der feindlichen U-Boote auf die überseeischen Transporte stellt vermutlich das wichtigste und gefährlichste Problem für die Nation dar."

Das amerikanische Bevölkerungsproblem[1]

Von Prof Dr. Wygodzinski, Bonn

Der Krieg mit seiner langen Dauer führt zu Folgeerscheinungen, die weit über die Kreise der kriegführenden Mächte hinaus Lebensinteressen auch neutraler Staaten aufs tiefste berühren. In ganzem haben diese, soweit sie nicht unter der englischen Absperrungspolitik zu leiden haben, überwiegend gewonnen, durch Lieferung von Kriegsmaterial, Lebensmitteln, Frachtraum, Gewährung von Anleihen. Zu denjenigen Ländern, welche die größten Kriegsgewinne dieser Art eingestrichen haben, gehören

[1] Der Aufsatz ist vor der Annahme des neuen Einwanderungsgesetzes geschrieben.

Digitized by Google

die Vereinigten Staaten. Selbstverständlich wird einmal ein Rückschlag dieser „Konjunktur" kommen. Rein kapitalistisch gerechnet werden die in die Kriegsindustrie gesteckten Anlagekapitalien dann längst abgeschrieben sein und Uncle Sam bei der Bilanz einen schönen Vermögenszuwachs feststellen können. Trotzdem ist es nicht unmöglich, daß der Krieg, dessen lange Dauer nur durch die materielle Unterstützung der Entente seitens der Vereinigten Staaten möglich war, schließlich für diese zu einem schweren Hemmnis ihrer Entfaltung führt. Europa war für Amerika und zwar in erster Linie für die beiden großen Länder des Nordens, Kanada und die Vereinigten Staaten, ein Lieferant für ein „Produktionselement", das in gleicher Qualität von keiner anderen Stelle zu erhalten ist, nämlich Menschen.

Auf die Verhältnisse in Kanada wurde die Aufmerksamkeit vor einigen Jahren gelegentlich des österreichischen Auswanderungsskandals gelenkt. Das Land, das sich stark entwickelt, aber menschenleer ist, suchte um jeden Preis Einwanderer heranzuziehen; die Einwanderung wurde von der Canadian Pacific und einigen Schiffahrtsgesellschaften mit Mitteln betrieben, die in Österreich als unlauter empfunden wurden. Wenn auch die Schuld auf untergeordnete Organe abgewälzt wurde, hielt die österreichische Regierung doch ein Einschreiten für notwendig. Die Auswanderung wurde verwaltungsmäßig geregelt, ein allerdings überaus scharfes Auswanderungsgesetz kam zunächst nicht über den Entwurf hinaus. In den Jahren 1902 bis 1912 waren nach Kanada aus Österreich-Ungarn insgesamt 142 349 Menschen ausgewandert, so daß man nicht mit Unrecht sagen konnte, in Kanada ständen zwei österreichische Armeekorps, die jetzt schmerzlich genug vermißt werden. Über das Schicksal dieser Kanadagänger sind die Meinungen geteilt; sie bekommen zwar Land, auch der Boden ist wenigstens stellenweise recht gut; aber die Winter sind so lang, die Verkehrsverhältnisse vorläufig noch so schlecht, daß die wirtschaftliche wie die kulturelle Lage der Ansiedler in vielen Fällen sehr zu wünschen übrig läßt. Trotzdem ist die Anziehungskraft Kanadas außerordentlich; in den eben genannten Jahren sind insgesamt mehr als 2 Millionen Menschen dorthin eingewandert, davon je ein starkes Drittel aus England und den Vereinigten Staaten. Ein gut Teil von den beiden letzteren dürfte aus anderen Staaten gekommen und von der Statistik dem Durchgangsland gutgeschrieben sein.

Aber nicht nur Kanada, sondern auch die Vereinigten Staaten sind auf Einwanderung durchaus angewiesen. Das riesige Land ist ja, von verhältnismäßig wenigen Gebieten abgesehen, noch äußerst extensiv bevölkert, obgleich es fast durchwegs besiedelungsfähig ist; auf den qkm kommen nach der Zählung von 1910 nur 11,73 Einwohner. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Städtebildung und damit die Menschenanhäufung an einzelnen Punkten in diesem Neuland sich besonders stark zeigt; so ist denn auch die entsprechende Ziffer für die nordatlantischen Staaten 59,11, für die westlichen Staaten aber nur 2,22. Die Union braucht also vor allem Land-

Digitized by Google

wirte, zumal die Landflucht innerhalb des Reichs bereits großen Umfang angenommen hat. Wie steht es nun mit der bisherigen Bevölkerung?

Die Zunahme ist ganz enorm; der jährliche Prozentsatz der Zuwachsziffer (1,90) übertrifft die deutsche (1,36) weit, die österreichisch-ungarische (0,87) um das Doppelte. Aber dieser Zuwachs beruht fast völlig auf der Einwanderung; in den neuenglischen Kernstaaten sind Geburten- und Sterbeziffern einander gleich. Roosevelt war es, der das Wort vom Rassenselbstmord der Amerikaner geprägt hat. Nach dem Zensus von 1910 waren bei einer Gesamtbevölkerung von 92 Millionen im Ausland geboren 13⅓ Millionen, von ausländischen Eltern 21 Millionen, also fast der vierte Teil. Insgesamt beträgt die Zahl der Einwanderer von 1819 bis 1910 rund 28 Millionen, gleich 30 Proz. des jetzigen Bestandes. Nimmt man das Verhältnis der von ausländischen Eltern in dieser Zeit Geborenen, die durchaus noch zur Einwanderung rechnen müssen, ebenso an wie nach dem Zensus von 1910, so erhöht sich die Zahl der als Einwanderer zu bezeichnenden auf 45 Proz. der Gesamtbevölkerung. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß nicht weniger also 10 Millionen Neger vorhanden sind, ein arger Pfahl im Fleisch der Republik. Faßt man nur die Weißen ins Auge, so ist mehr als die Hälfte der Unionsbürger unter die „Bindestrich-Amerikaner" zu rechnen.

Ohne auf diese Zahlen allzuviel Gewicht legen zu wollen, wird man daraus doch die schlechthin ausschlaggebende Stellung der Einwanderung innerhalb der amerikanischen Bevölkerungsbewegung erkennen. Ganz wird das Problem aber erst in seiner Schwere klar, wenn man auch noch die Herkunft der Zuwanderer berücksichtigt.

Von der Gesamteinwanderung in der angegebenen Zeit kamen nach den offiziellen amerikanischen Angaben 92,3 Proz. aus Europa; 28 Proz. aus Großbritannien, 19 Proz. aus Deutschland. Wenn auch der angelsächsische Kern auf 54 Proz. berechnet wird, so ist doch der Anteil Deutschlands, der deutsche „Kulturdünger" ganz ungewöhnlich groß; zu berücksichtigen ist dabei, daß unter den eingewanderten „Großbritanniern" die Iren weit überwiegen. Die Zusammensetzung der Einwanderung hat sich aber in den letzten Jahrzehnten stark verschoben, und hier liegt eine zweite Schwierigkeit. Ursprünglich überwogen die Nordwesteuropäer durchaus; die Einwandernden waren Deutsche, Skandinavier, Engländer, Schotten, Iren. Diese Elemente paßten sich verhältnismäßig leicht in den Rahmen der Stammbevölkerung ein; sie waren bereit, in ihr aufzugehen und wurden ohne Schwierigkeit eingeschmolzen. In dem Maße aber, als sich der Nordwesten Europas wirtschaftlich hob, als er „Waren statt Menschen" auszuführen imstande war, wurden diese hocherwünschten Elemente durch Angehörige von Völkern verdrängt, die wirtschaftlich wie kulturell auf einer weit niedrigeren Stufe standen. Diese „New Immigration" aus Südosteuropa wuchs und wuchs und machte den amerikanischen Politikern schweres Kopfzerbrechen. Nordwesteuropa war 1890 noch mit 75 Proz. an der Einwanderung beteiligt gewesen, 1910 nur noch

Digitized by Google

mit 19,4 Proz., während der Südosten nun nicht weniger als 71 Proz. beanspruchte. Diese Änderung war in einer zweifachen Weise verhängnisvoll. Ganz abgesehen davon, daß die Mischung aller möglichen Rassen an sich schon recht schwierige Aufgaben stellte, waren diese „neuen" Einwanderer in vielen Fällen wenig wünschenswert. Die Kampfgesetzgebung gegen „unerwünschte Einwanderung" richtete sich nicht nur gegen Farbige, sondern auch gegen diese Südosteuropäer; Vermögens-, Bildungs-, Gesundheitsbedingungen aller Art wurden aufgestellt, und Amerika, der alte Hort der Freiheit, verschloß sich den Bedrückten und Armen hartnäckiger und erbarmungsloser als je einer der „despotischen" Staaten der Alten Welt. Aber nicht nur der kulturelle Tiefstand der Ankömmlinge war es, der den Widerstand gegen sie erweckte, als vielmehr die Absicht, in der sie kamen. Die „alten" Einwanderer wollten sich fast immer eine neue Heimat gründen; sie gingen aufs Land, siedelten sich auf einer von der Regierung unentgeltlich oder unter sehr billigen Bedingungen abgegebenen „Heimstätte" an und bauten Weizen und Mais. Die „Neuen" aber, die zum großen Teil ohne Frauen kommen, stammen zwar fast alle vom Lande, gehen aber nicht auf die Farm, sondern als ungelernte Arbeiter in die Fabrik. Sie wollen nur Geld verdienen, um möglichst bald in ihre Heimat zurückzukehren, und dort, aber auch nur dort, einen Fetzen Land zu erwerben. So ist zwar in Amerika eine Industrie emporgeblüht, die sich ganz überwiegend auf die Verwendung dieser ungelernten, durchwegs gewerkschaft-freien Südosteuropäer stützt; aber der amerikanische Ackerbau geht zurück. Das ist um so bedenklicher, als die Zeit der raubbaumäßigen Ausbeutung des jungfräulichen Bodens in Amerika vorbei ist; intensivere Ausnutzungsformen müssen an deren Stelle treten, die nicht nur Stoffersatz (Kali!), sondern auch die Verwendung von sehr viel mehr Arbeitskraft erfordern. Sonst gerät das Agrarland Amerika in Gefahr, nicht nur in seiner Fleischversorgung, wo dies bereits der Fall ist, sondern auch in bezug auf die Brotversorgung von anderen Ländern abhängig zu werden.

Der Krieg hat das Einwanderungsproblem der Union in seiner ganzen Bedeutung eindringlichst gepredigt. Nach einer Ermittelung, welche die Bundes-Einwanderungs-Kommission im Jahre 1915 anstellte, waren von den in den Industriebetrieben des Landes beschäftigten Personen nur 25 Proz. Kinder in Amerika geborener Eltern, 17 Proz. solcher im Auslande geborener Eltern und 58 Proz. selbst im Auslande geboren. Zugleich ist die Einwanderung, deren Überschuß über die Auswanderung in den letzten Jahren vor dem Kriege weit über eine halbe Million jährlich betrug, im Jahre 1915/16 auf 169000 Personen gesunken. Es steht nun also zwischen Amerika und Europa so, daß die amerikanische Nachfrage nach europäischem „Menschenmaterial" voraussichtlich nach dem Kriege höher sein wird als je vorher. In besonderen wird sich Amerika und zwar sowohl die Union wie Kanada bemühen, das hochwertige nordwesteuropäische Material anzuziehen. Daraus erwächst Europa eine Aufgabe, deren Bedeutung auch schon früher nicht verkannt worden ist.

Digitized by Google

Nach den ungeheuren Menschenverlusten während des Krieges wird in Europa ein Menschenüberschuß in dem Umfange wie früher überhaupt nicht mehr vorhanden sein. Natürlich liegt es verschieden in den einzelnen Ländern. Die bisherigen europäischen Einwanderungsländer, deren Menschenzahl zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr ausreichte, wie vor allem Deutschland, werden die Menschenknappheit noch mehr empfinden als die bisherigen Auswanderungsländer im Südosten Europas. Denn Deutschland hatte bekanntlich eine wirkliche Auswanderung in den letzten Jahren nur noch in verschwindender Zahl, der eine Zuwanderung von Fremdarbeitern im Umfang von rund 1 Million gegenüberstand. Die Leute kamen, von kleineren Gruppen abgesehen, hauptsächlich aus Russisch-Polen, Galizien und Italien. Falls diese Länder in Zukunft überhaupt noch Menschen in nennenswertem Maße abgeben können und wollen, wird in Europa selbst die Konkurrenz um dieses Material sehr groß sein. Schon vor dem Kriege haben die skandinavischen Staaten und Frankreich namentlich die Polen an sich zu ziehen versucht; in Österreich selbst wuchs der Bedarf der sich intensivierenden Landwirtschaft und der heranwachsenden Industrie.

Es ist anzunehmen, daß Amerika mit seinem starken Menschenbedarf (für eine Reihe der südamerikanischen Staaten gilt abgeschwächt das Gleiche) nach dem Kriege alle Anstrengungen machen wird, sich aus dem großen europäischen Reservoir zu versorgen, unter Anbietung von Löhnen, welche nominal die europäischen weit übersteigen. Nachdem schon vorher diese Auswanderungspropaganda durch besondere Organisationen mit großen Mitteln und mit starker Energie betrieben worden war, wird sie jetzt noch unvergleichlich stärker werden. Deutschland hat alle Ursache, ebenso wie Österreich-Ungarn dafür zu sorgen, daß ihm nicht dadurch Kräfte für immer entzogen werden, die es selbst aufs schmerzlichste entbehren würde. Man wird natürlich der Auswanderung nicht mit Polizeimaßnahmen entgegentreten dürfen, aber doch jedes mit den Interessen unseres Volkes im Einklang stehende Mittel anwenden müssen, vom unsere durch den Krieg geschädigte Arbeitskraft nicht weiter und zwar zugunsten solcher Länder vermindern zu lassen, die teils unsere Gegner wie Kanada, teils wie die Vereinigten Staaten zum mindesten nicht übermäßig wohlwollende Neutrale waren.

Die polnisch-jüdische Frage

Von Dr. Richard Weil

Mit der Proklamation des Königreichs Polen durch das Manifest vom 5. November hat die polnisch-jüdische Frage erhöhte Bedeutung und erst ihre eigentliche realpolitische Unterlage erhalten. Mit diesem Manifest hat Deutschland eine bestimmte Richtlinie seiner Politik im Osten festgelegt, und so erst die Voraussetzung für die weitere Entwicklung der polnisch-jüdischen Frage geschaffen.

Digitized by Google

Ihre Bedeutung im Rahmen des neu geschaffenen polnischen Staates ergibt sich schon aus den einfachsten Zahlen der Bevölkerungsstatistik des Landes. Polen umfaßt neben 12 Millionen Polen fast 1 3/4 Millionen Juden, die somit also 15 % der Bevölkerung bilden. Die Art ihrer Verteilung steigert noch ihre wichtige Stellung in außerordentlichem Maße. Sie wohnen hauptsächlich in den Städten. So bilden sie in Warschau 36,2 %, in Lodz 35,8 %, in nicht weniger als 288 Städten über 25 %, in 195 Städten über 50 % und in 34 Städten gar über 75 % der Bevölkerung. Und da gerade in Polen, in einem Lande stark verbreiteten Analphabetentums, die Bedeutung der Städte gegenüber dem Lande noch sehr viel größer ist als in Westeuropa, so bedingt diese Konzentrierung der Juden in den Städten eine noch viel größere Wichtigkeit derselben für das Land, als sie ihnen schon auf Grund ihrer allgemeinen numerischen Stärke zukommt. Hinzu tritt noch die Tatsache, daß sie im Handel und in der Industrie Polens eine ausschlaggebende Rolle spielen; mit den Deutschen zusammen haben sie eigentlich den größten Teil der polnischen Industrie und des Handels geschaffen, und auch dieser Umstand erhöht naturgemäß ihre Bedeutung für das Land. Es ergibt sich aus alledem, daß es unmöglich ist, die polnische Frage in befriedigender und fruchtbarer Weise zu regeln, ohne auch das jüdische Element in Polen zu berücksichtigen und auch der polnisch-jüdischen Frage eine dauernde Lösung zu geben.

Um diese Frage in ihrer ganzen Tragweite zu verstehen, muß man von zwei Tatsachen ausgehen: die eine betrifft den Charakter, die Wesensart des polnischen Judentums, die andere sein Verhältnis zu den Polen.

Die polnischen Juden sind im kulturellen und nationalen Sinne keine Polen, sondern stehen heute als ein eigener Bevölkerungsorganismus da. Sie sind durch alle Merkmale, die Nationalitäten von einander scheiden, von den Polen getrennt: durch Rasse, Geschichte, Sprache und Kultur. Die Politik der russischen Regierung, der eine solche Scheidung der Bevölkerung Polens nur sehr willkommen war, hat diese Trennung verstärken helfen, in erster Linie schon durch ihre allgemeine Judenpolitik, die den Juden den Zutritt zu den Schulen und Universitäten sehr erschwerte und so dafür sorgte, daß sie innerhalb ihres eigenen traditionellen jüdischen Kulturmilieus eingeschlossen blieben. Es wird eine der ersten Folgen jeder freieren Entwickelung Polens sein, daß diese tiefe Trennung verschwindet; denn es ist kein Zweifel, daß in einem polnischen Staate, in dem die Juden Gleichberechtigung genießen werden, sie auch sehr schnell die polnische Sprache erlernen und den Zutritt zur polnischen Kultur erlangen werden. Heute jedoch ist dies nicht so. Heute bilden die Juden einen selbständigen gesonderten Organismus, mit eigener Sprache und Kultur und eigenen Lebensformen. Lediglich ein kleiner Teil der oberen sozialen Schicht der Juden ist polnisch assimiliert, dadurch aber der großen jüdischen Masse völlig entfremdet und von ihr als Renegaten heftig bekämpft.

Die andere Tatsache, die grundlegend ist für eine Lösung der polnisch-jüdischen Frage,

Digitized by Google

betrifft die Art des Verhältnisses zwischen Juden und Polen. Dieses Verhältnis ist das einer überaus heftigen Spannung, eines Gegensatzes, wie er in dieser Schärfe kaum irgendwo in Europa innerhalb eines Landes zwischen zwei Bevölkerungsgruppen besteht. Es hätte keinen Sinn, vor dieser Tatsache die Augen verschließen zu wollen; denn ohne die Kenntnis und gebührende Berücksichtigung derselben ist eine fruchtbare Lösung der polnisch-jüdischen Frage unmöglich. Dieser Gegensatz ist jungen Datums. Bis in die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts hinein war das Verhältnis zwischen Polen und Juden relativ recht gut. Kam doch ein großer Teil der heute in Polen wohnenden Juden auf den Ruf der polnischen Könige ins Land, die ihnen sehr weitgehende Privilegien verliehen; auch die Führer der polnischen Unabhängigkeitsbewegung nach der Vernichtung des polnischen Staates standen stets freundlich und sympathisch den Juden gegenüber, und ihr Programm umfaßte auch die völlige Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung. Woher also diese plötzliche Spannung, die an Schärfe und Leidenschaftlichkeit fast ohnegleichen ist? Man kann sie, von vielen Gründen minder wichtiger Natur abgesehen, auf zwei große Ursachen zurückführen, von denen die erste wirtschaftlicher, die andere politischer Natur ist. Die wirtschaftliche Ursache besteht in der in den letzten Jahrzehnten in Polen begonnenen Neuschaffung eines bürgerlichen wirtschaftlichen Mittelstandes. Es war seit langer Zeit die Eigenart und das Grundgebrechen der wirtschaftlichen und politischen Struktur Polens, daß ihm ein gesunder Mittelstand fehlte. Auf der einen Seite stand der Adel — größere und kleinere Grundbesitz — auf der anderen die Bauern auf dem Lande, die Handwerker und Arbeiter in den Städten. Ein bürgerlich wohlhabender Mittelstand, der in allen westeuropäischen Staaten der stärkste Träger des wirtschaftlichen und politischen Fortschritts und eine der festesten Stützen des Staates ist, fehlte. Diese Lücke in der wirtschaftlichen Struktur des Landes füllten zum größten Teil die Juden aus. Schon die polnischen Könige, die ihre Einwanderung begünstigten, taten es in dem Bestreben, durch die Juden den fehlenden Mittelstand zu ersetzen, und unterstützten daher die dahin gehenden Bestrebungen in jeder Art. Im Laufe der Jahrhunderte hatten die Juden in der Tat dann den gesamten, durch das Fehlen des polnischen Mittelstandes freien Raum eingenommen und ausgefüllt. Dieser Zustand führte zu keinerlei Reibungen, solange der polnische Mittelstand eben noch fehlte. Als aber in neuerer Zeit die Polen, durch die mehrfachen Mißerfolge ihrer politischen Unabhängigkeitsbestrebungen nüchterner geworden, ihr politisch-staatliches Ideal zurückstellten und daran gingen, die innere Struktur und Kraft des Polentums auszugestalten und zu festigen, erkannten sie, daß die Schaffung eines polnischen Mittelstandes die notwendigste und wichtigste Aufgabe sei und schritten mit Eifer und Energie an die Erfüllung dieser Aufgabe. Und damit war schon der Beginn von Reibungen und Konflikten mit der jüdischen Bevölkerung gegeben und ein wirtschaftlicher Kampf unvermeidlich geworden. Durch die Gründung

Digitized by Google

von wirtschaftlichen Genossenschaften, durch Organisierung der Bauern und Handwerker, durch Errichtung von Kreditinstituten und anderen Mitteln dieser Art sollte die wirtschaftliche Konkurrenz der Polen gegen die Juden gestärkt und ein kräftiger polnischer Mittelstand geschaffen werden. Dies alles war naturgemäß für die Juden sehr unangenehm, aber die Berechtigung der polnischen Bestrebungen konnte nicht bezweifelt werden. Wirtschaftliche Kämpfe gibt es überall, und der Wunsch der Polen, einen eigenen Mittelstand zu haben, war begreiflich und vom Standpunkt ihrer nationalen Bestrebungen nur zu billigen. Wäre es bei diesen rein wirtschaftlichen Kämpfen geblieben, der polnisch-jüdische Gegensatz hätte niemals jene unerhörte Schärfe und fanatische Form angenommen, die er heute besitzt. Diese Verschärfung erhielt er durch die andere Ursache politischer Natur, die hinzutritt und die gerade für Deutschland von Bedeutung und Interesse ist: durch die politische Neuorientierung der Polen in den letzten Jahrzehnten. Die polnische Politik war seit jeher antirussisch gewesen; Polen hatte sich stets als Träger und Vorkämpfer der europäischen Kultur und als ihr Vorposten gegen die russische Expansion gefühlt. Diese traditionelle Politik erfuhr nun in den beiden letzten Jahrzehnten eine radikale Wandlung. Die Polen hatten erkennen müssen, daß ihre Hoffnung auf die Befreiung vom russischen Joche keine Aussicht auf Verwirklichung hatte (daß der europäische Weltkrieg sie ihnen je bringen könnte, darauf konnten sie nicht rechnen). So begann sich denn unter ihnen eine Strömung geltend zu machen, die auf eine Aussöhnung mit der russischen Regierung hinarbeitete, in der Erwartung, von dieser irgendwelche Zugeständnisse zu erhalten. Diese Strömung verband sich bald mit der wirtschaftlichen, und fand in Roman Dmowski einen Führer von außerordentlichem starkem demagogischen Talent. Unter seiner Führung ward die Bewegung, die sich Nationaldemokratie nennt, bald die herrschende in Kongreß-Polen. Unter Verleugnung aller historischen Traditionen der polnischen Politik vollzog sie immer offenkundiger den Anschluß an die russische Regierung und an die Regierungspartei der Oktobristen. Der positive Erfolg war, wie vorauszusehen, gleich Null. Von ernsten Konzessionen wollte die russische Regierung natürlich nichts wissen; statt dessen gewährte sie den Polen ein anderes: sie lieferte ihnen die Juden aus. Für Dmowski und seine Genossen wurde die Vernichtung der Juden nunmehr das eigentliche Ziel und das beherrschende Schlagwort ihrer maßlosen Agitation im Lande. Hatte man sonst nichts erreicht, die Ausrottung der Juden sollte diesen Mißerfolg verschleiern; sie wurde als heiliges Ideal erklärt, und die „Polonisierung Polens" wurde der neue Schlachtruf. Ein äußerer Anlaß, die Niederlage der national-demokratischen Kandidaten in Warschau bei der Dumawahl mit Hilfe der Juden, gab das Signal zum Kampf, und ein in seiner Heftigkeit und Rücksichtslosigkeit beispielloser Vernichtungsfeldzug gegen die Juden, vor allem in der Form eines straff organisierten, wirtschaftlichen Boykotts, setzt ein. Auch der Ausbruch des Krieges, die Eroberung Polens durch die Zentralmächte und die Verkündigung der

Digitized by Google

Unabhängigkeit Polens, hat keine Änderung in der Haltung der Polen gegen die Juden gebracht. Sie besteht auch heute noch in ihrer vollen Schärfe fort und äußert sich in Maßnahmen, die man heute in Europa für kaum möglich halten sollte. So beschloß jüngst erst der Warschauer Stadtrat die Schaffung eines besonderen jüdischen Handels-Ghettos in den öffentlichen städtischen Markthallen; so bestätigte vor zwei Wochen der Magistrat der Stadt Warschau die noch aus russischer Zeit stammende Bestimmung, die Juden in ihrer traditionellen Tracht den Zutritt in den öffentlichen Park der Stadt (Lazienki) verbietet.

Es ist klar, daß dieser Zustand für die Dauer unhaltbar ist. Eine Fortdauer der gegenwärtigen polnisch-jüdischen Spannung würde die Herbeiführung innerer stabiler und ruhiger Verhältnisse unmöglich machen und das Land steten inneren Kämpfen ausliefern; da es ja selbstverständlich ist, daß die 1 ¾ Millionen Juden um ihre Stellung kämpfen werden, und sie bei der Rolle, die im Handel und in der Industrie des Landes spielen, bei ihrer starken Vertretung in den Städten, nicht ausgeschaltet werden können. So ist eine Behebung des heutigen Gegensatzes ebenso notwendig im wohlverstandenen Interesse der Polen selbst, denen doch alles an einer ruhigen und gesunden Zukunftsentwicklung des Landes gelegen sein muß, wie auch vom Standpunkte der deutschen Politik, für die es sehr wesentlich ist, daß der an der Ostgrenze des Reiches neuentstandene polnische Staat, der dauernd mit Deutschland verbunden bleiben soll, die Möglichkeit fruchtbarer Entfaltung habe.

Ein Ausgleich zwischen Polen und Juden ist aber nur möglich auf Grund einer völligen Wandlung der inneren Stellungnahme, die die Polen den Juden heute gegenüber annehmen, und die im wesentlichen getragen ist von einer oft erschreckenden Verachtung, die sie ihnen entgegenbringen, und fast stets von der Empfindung, daß die Juden Fremde in Polen seien, die früher oder später das Land verlassen müßten. Diese Auffassung vor allem muß aufhören, und die Polen müssen erkennen, daß Menschen, die seit Jahrhunderten im Lande wohnen, die in so hervorragender Weise mitgewirkt haben an der wirtschaftlichen Entfaltung des Landes, die nichts sehnlicher wünschen, als auch in Zukunft treue Bürger des polnischen Staates zu sein und alle Kraft in den Dienst seiner Entwicklung zu stellen, vollberechtigte Bürger Polens sind. Werden die Polen innerlich zu dieser Überzeugung gelangen und aufrichtig und loyal sich auf diesen Standpunkt stellen, so wird die Grundlage zu der Lösung der Judenfrage in Polen gegeben sein, denn dann kann es einem nicht schwer sein, den Juden mit ihrer vollen politischen Gleichberechtigung auch das Recht auf Wahrung ihrer Eigenart, ihrer Tradition zuzugestehen, jeder Versuch, sie gewaltsam zu polonisieren, müßte an dem Widerstande der mit zähester Energie an ihrer Eigenart und Tradition festhaltenden jüdischen Masse scheitern.

In konkreter Forderung ausgedrückt, bedeutet dies die Anerkennung des nationalen Minoritätsprinzips seitens der Polen. Denn nicht nur um die Stel-

Digitized by Google

lung der Juden geht es da, sondern ebenso um die der sechshunderttausend Deutschen, die in Polen wohnen, und der anderen Nationalitäten, die ihm möglicherweise angehören werden. Das nationale Minoritätsprinzip, das Recht der kleinen Nationalitäten zur Pflege ihrer Sonderheit und Kultur, das nach dem Kriege in allen Nationalitätenstaaten sich mit Sicherheit durchsetzen wird, muß auch in Polen zur Geltung gelangen. Vom Standpunkte der deutschen Politik ist eine solche Sicherstellung der Minoritäten im Lande auch darum noch besonders notwendig, weil gerade sie bei einer verständisvollen Politik die festesten Stützen der westlichen Orientierung des künftigen Polen werden können, und weil gerade die Erfahrungen dieses Krieges gezeigt haben, wie wünschenswert eine Kräftigung der westlich orientierten Elemente im Land ist.

Die bisherige Verwaltungspraxis der Behörden in Polen scheint in der ganzen Frage noch keinen bestimmten prinzipiellen Standpunkt gewonnen zu haben. Auf der einen Seite nimmt man in der Gestaltung des Wahlrechts zwar weiteste Rücksichten auf die jüdische Minorität und hat überall die Verhältniswahl eingeführt; auch gestattet man seitens der deutschen Schulverwaltung den Juden die Gründung von Schulen in ihrer eigenen jiddischen Sprache im Gegensatz zu den Polen, die keine selbständige jüdische Schule zulassen wollen; auf der anderen Seite aber übergeht man sie bei allen wichtigen politischen Aktionen, wie beispielsweise bei den Verhandlungen wegen des neuen polnischen Stadtrates und bei der Ernennung der Mitglieder desselben, so daß die Juden sich politisch durchaus unberücksichtigt und preisgegeben fühlen was naturgemäß für ihre Stellungnahme zu all den Ereignissen der letzten Zeit, die in der polnischen Frage vor sich gingen, nicht ohne Wirkung ist. Ein erster Versuch zu einer grundlegenden und systematischen Regelung der Judenfrage in Polen wurde erst vor wenigen Wochen durch die „Verordnung, die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft in Polen betreffend", gemacht. Doch muß man konstatieren, daß bei allen großen Vorzügen, die die in dieser Verordnung entworfene Organisationsform der polnischen Judenheit besitzt und sie als einen erheblichen Fortschritt gegenüber der bisherigen Lage erscheinen läßt, sie doch in der Grundfrage unbefriedigend ist und die Juden lediglich als Religionsgesellschaft anerkennt und organisiert. Damit ist das westeuropäische Vorbild auf die völlig andersgearteten Verhältnisse im Osten übertragen, wo es zur Regelung der jüdischen Frage keinesfalls genügt. Mit der Anerkennung der polnischen Judenheit als Religionsgemeinschaft ist ihr Recht auf Wahrung ihrer Eigenart und Kultur keinesfalls sichergestellt und ihre vornehmste Forderung nicht erfüllt. Doch ist in Betracht zu ziehen, daß die Verordnung keine endgültige Regelung der Frage geben will, da die Entscheidung über die nationalen Minoritätsrechte der Juden und der anderen Minoritäten in Polen Aufgabe der polnischen Verfassung ist. So muß man hoffen und fordern, daß die Organisierung der polnischen Juden auf der Grundlage ihres

Digitized by Google

Charakters als Religionsgesellschaft nur provisorisch sei und später ihre Anerkennung als besondere Minorität folgen wird. Die Schwierigkeiten des Problems sollen nicht verkannt werden: wir wissen sehr wohl, daß rein gesetzliche Maßnahmen solch heftige Gegensätze zwischen zwei Bevölkerungsgruppen, wie sie zwischen Polen und Juden bestehen, nicht sofort beseitigen können. Auch der wirtschaftliche Gegensatz wird bleiben. Aber mit der gesetzlichen Anerkennung und Sicherstellung der jüdischen Rechte wird der Anfang zu einer Besserung der Lage gemacht sein, und auf dieser Grundlage wäre dann eine allmähliche Behebung der inneren kulturellen Trennung beider Gruppen und damit der Beginn einer inneren Verständigung möglich.

Die vlamische Bewegung

Von G. v. Schulze-Gaevernitz, M. d. R.

II. Während des Krieges

Nach anfänglicher Friedhofsruhe ist die vlamische Bewegung während des Krieges, nachdem der Druck der belgischen Regierung von ihr genommen war, gewaltig, ja weit über unser Erwarten in die Höhe geschossen, nicht nur in Belgien, sondern auch in dem zensurfreien Holland. In Holland vertreten die vlamische Sache die „Vlaamsche Stem", herausgegeben von Dr. Jacob und dem Dichter René de Clerq (beide Männer durch die Havre-Regierung ihrer Staatsstellungen entsetzt); die „Vlaamsche Stem" ebt heute fort in der „Toorts". Sehr bemerkenswert ist auch die Zeitschrift „De Vlaamsche Gedachte", welche der Genter Leo Picard im Haag herausgibt, sowie die „Dietsche Stemmen" und die „Toekomst", in welcher holländische Gelehrte für die vlamische Sache eintreten. Zu erwähnen in diesem Zusammenhang sind auch die vlamenfreundlichen Äußerungen des Erzbischofs und Kardinals von Utrecht, sowie der katholischen Presse in Holland. In Belgien sind die wichtigsten Vertreter der vlamischen Bewegung die Tageszeitungen „Vlaamsche Nieuws" und die „Gazette van Brussel", ferner die Wochenschrift „Ons Land".

Innerhalb der vlamischen Bewegung unterscheidet man zunächst die Passivisten und Aktivisten. Die Passivisten mit Franz van Cauwelaert und Julius Hoste jr. (in Holland) an der Spitze, haben den Zusammenhang mit der Havrer Regierung festgehalten und weigern sich, obgleich von der Havrer Regierung vielfach übergangen, „Geschenke aus der Hand der Deutschen anzunehmen". Wie weit der Anhang dieser Gruppe im vlamischen Volke reicht, ist schwer festzustellen. Jedenfalls treten ihnen die Aktivisten mit immer größer werdendem Nachdruck entgegen. Während die Passivisten eine vlamische Politik als Werk der zurückkehrenden Regierung erhoffen, bezeichnen die Aktivisten diese Meinung als hoffnungslos, wobei sie auf den Latinismus und die erwiesene Treulosigkeit der Machthaber in Havre hinweisen. Obgleich sie sich damit der Rache dieser Männer aussetzen und ihre Namen in Havre gebucht werden, er-

Digitized by Google

klären die Führer dieser Gruppe, und ihrer sind heute hunderte: „Die Schicksalsstunde des vlamischen Volkes hat geschlagen, mit Deutschlands Niederlage ginge Vlandern zugrunde. Aus dem Wirbel des Weltkrieges soll Vlandern neu geboren und dieser bedrohte Vorposten der germanischen Welt gerettet werden." Innerhalb der Aktivisten unterscheidet man wieder zwei Gruppen. Die breite Partei ist heute im „Landesbund" organisiert, welcher die altbewährten Führer des früheren „Volksrates" und die politische Volkspartei umfaßt und die großen Vereine hinter sich hat. Diese Richtung steht grundsätzlich auf dem Boden des belgischen Staates; verlangt jedoch innerhalb dieses Staates eine vollständige nationale Trennung als die Gewährleistung inneren Friedens und wahrer Neutralität nach außen. Über die Forderung der Verwaltungstrennung hinaus ist man in dieser Gruppe zur Forderung des staatlichen Föderativsystems übergegangen („tweeledige zelfregeering"). Man denkt das zukünftige Belgien etwa nach der Art der Habsburger Doppelmonarchie als ein monarchisches Staatswesen mit zwei Kammern und doppelten Ministerien, jedoch mit gemeinsamem König und gemeinsamer auswärtiger und Handelspolitik. Ich bringe das interessante Programm des Vlamischen Landesbundes zum Abdruck:

„Der Vlamische Landesbund stellt sich zum Ziel, das vlamische Volk von der wallonischen Herrschaft durch das Erlangen der Selbstregierung und Selbstverwaltung zu befreien. Vlandern und Wallonien sollen einen Staatenbund unter dem Namen: „Vereinigte Staaten von Belgien" bilden. Die Verfassung dieses Staatenbundes soll folgende Hauptbestimmungen enthalten:

1. Vlandern und Wallonien bilden einen Staatenbund, vereinigt durch enge Bande der Bundesgenossenschaft.

2. Die vlamische Sprache ist die alleinige Amtssprache des vlamischen Staates, nämlich: in Gesetzgebung, Regierung, Rechtswesen, Land- und Seemacht, Reichswacht und Polizei; beim höheren, mittleren, niederen und Fachunterricht (offiziell und frei); in Verwaltung (Staats-, Provinzial-, Gemeindeverwaltung, und allen öffentlichen Ämtern. Das Französische bleibt die Landessprache von Wallonien. Das Deutsche soll die alleinige offizielle Sprache der deutschen Gemeinden sein.

3. Jeder Bundesstaat hat seine eigene Regierung, Vertretung und Gesetzgebung. Der Sitz der gesetzgenden Kammen und der Regierung von Vlandern ist Brüssel. Der Sitz der gesetzgebenden Kammern und der Regierung von Wallonien ist Lüttich.

4. Beide Staaten haben jedoch folgende gemeinschaftliche Angelegenheiten: a) die auswärtigen Angelegenheiten, b) die Einfuhrzölle, c) das Währungswesen, d) das Eisenbahnwesen, e) das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen, f) das Heerwesen, g) die Einkünfte und Ausgaben des Staatenbundes.

Die gesetzgebende Macht in bezug auf die gemeinschaftlichen Interessen des Staatenbundes beruht bei dem Bundesrate, der aus zwei durch die gesetzgebende Macht von

Digitized by Google

Vlandern und Wallonien aus ihrer eigenen Mitte zu wählenden Abordnungen von je zehn Mitgliedern besteht.

5. Beide Staaten verpflichten sich zum Unterhalt einer geregelten Heeresmacht.

6. Die Seemacht kommt zu Lasten des Staatenbundes.

7. Da die Beziehungen beider Staaten nach außen eins sind, soll es nur einen Minister für auswärtige Angelegenheiten geben.

8. Das Staatsoberhaupt hat die Obergewalt über die Land- und Seemacht."

Während die Mehrzahl der anerkannten Führer sich heute noch auf dem Boden des belgischen Staates erhält, in Rücksicht auf die belgischen Gefühle der Masse, aber auch die unklare Haltung des deutschen Okkupanten, haben die „Jung-Vlamen" die Schiffe hinter sich verbrannt; ihre Hoffnungen gipfeln im Leitwort: „Frei Vlandern!" Dieses „Frei Vlandern" wird in seinen Grundzügen als ein streng einsprachiges Staatsgebilde gedacht von 4½ bis 5 Millionen Einwohnern, begrenzt von der scharfen und uralten Sprachgrenze im Süden, lediglich die wallonischen Enklave der Brüsseler Oberstadt einschließend, einsprachig im Unterricht von der Volksschule bis zur Universität, einsprachig im öffentlichen Leben, in der Verwaltung, in der Rechtspflege und im Parlament. Die „Jung-Vlamen" hoffen dieses Königreich Vlandern in engster politischer Anlehnung an Deutschland als den „Stammesvogt" der festländischen Germanen zu begründen. Die Macht der Franzdslinge im Innern und der Druck der franzdsisch-englischen Macht von außen erscheint ihnen zu übermächtig ohne solche Anlehnung. Unter dem Schutze der germanischen Vormacht hoffen sie das hochbegabte, vlamische Volk zur Entfaltung einer reichen, wirtschaftlichen und künstlerischen Eigenkultur emporführen zu können. Auf der anderen Seite fürchten sie den deutschen Zentralismus, die Gefahr einer gewaltsamen Verhochdeutschung und die Überschwemmung mit landesfremden Beamten. Deswegen verlangen sie weitestgehende Selbständigkeit, vielfach im Anschluß an mitteleuropäische Gedankengänge, vor allem Selbstbestimmung in Schul- und Kirchensachen.

Aus diesem Programm spricht der Glaube an Deutschlands Waffenstärke und die Hoffnung, daß der Eigenart Vlanderns die föderalistische Natur des deutschen Staatswesens zuträglicher sein werde, als der Zentralismus der belgisch-franzdsischen Welt. Von einem Verhältnis des Herzens zu Deutschland kann im allgemeinen um so weniger die Rede sein, als in vlämischen Kreisen die Unkenntnis Deutschlands groß ist. Deutschland hat vor dem Kriege alles versäumt, um diese Unkenntnis zu beseitigen, in ängstlicher Schonung der Neutralität des belgischen Staatswesens, aber im Gegensatz zur unablässigen, festorganisierten und hochdotierten Werbetätigkeit Frankreichs (fonds secret im franzdsischen Budget). („Belgien als franzdsische Ostmark" von Dr. Pius Dirr, Verlag Max Kirstein, Berlin.) Die in Belgien wohnenden Deutschen, vor allem der Antwerpener Großhandel, haben das Vlamentum vernachlässigt und vielfach sogar den Franzdslingen ihre Arbeit erleichtert. Noch heute sind in vlamischen

Digitized by Google

Kreisen die Klagen nicht verstummt, daß bei deutschen Behörden und an deutschen Bankschaltern der französisch sprechende Besucher schneller und höflicher bedient wird, als der vlamisch sprechende oder selbst des Hochdeutschen sich bemühende Volksmann. Ja, ich hörte Klagen darüber, daß mancher Deutsche, royalistischer als der König, die aktiven Vlamen zu „Hochverrätern" gegen den belgischen Staat stempeln möchte, wobei er vergißt, daß Bismarck sich nie gescheut hat, die Revolution bei dem Gegner zu ermutigen. Trotzdem fand ich — mehr im persönlichen Verkehr als in der Presse — eine Anzahl von Vlamen, deren Herz für Deutschlands Sache nicht weniger schlägt, als das unsere.

Merkwürdigerweise vollziehen sich parallele Entwicklungen auf wallonischer Seite. Je mehr man sich unter dem Druck der Kriegsereignisse an den Gedanken eines Kompromißfriedens gewöhnt, je mehr man also damit die Hoffnung aufgeben muß, ganz Belgien kulturell und politisch der Entente zu übergeben, um so mehr erwachen auch die Trennungsgedanken wieder im wallonischen Volke; auch sie halten sich nur zum Teil auf dem Boden des belgischen Staates. Die in Paris erscheinende „Opinion Wallone" vertritt den staatlichen Dualismus unter Beibehaltung des gemeinsamen Oberhauptes und der gemeinsamen Vertretung nach außen. Ähnlich die neuerdings in Brüssel herausgegebene „L'avenir Wallon". Diese Bestrebungen gehen etwa parallel mit dem vlamischen „Landsbond". Den radikalen „Jung-Vlamen" entspricht ein ebenso radikal-wallonischer Flügel, der in Flugblättern neuerdings wieder für die Annexion des wallonischen Belgiens an Frankreich agitiert. Als Beleg zitiere ich zunächst eine Stelle aus der „Opinion Wallone" vom 1. Oktober 1916[1]:

„Wir wagen zu behaupten, daß die lebendigen Kräfte des belgischen Staatswesens dem Dienste des sozialen und soldatischen Fortschritts weitaus fruchtbringender gewesen wären, wenn schon längst Vlandern und Wallonien nach dem Muster der Schweiz oder Österreich-Ungarn zwar förderativ miteinander verbunden sind, doch beide in sich autonom wären. Es darf in Zukunft nicht so weitergehen, daß Vlamen und Wallonen ihre wertvolle Tatkraft in abträglichen Scharmützeln gegeneinander verbrauchend, aufs neue zwischen sich den Haß gebären lassen. Zu diesem Zwecke muß man den Unterbau der unitarischen Regierung umändern. Das Belgien von morgen, dieses geteilte und staatsbündlerische Belgien wollen wir Hand in Hand mit unseren vlämischen Brüdern aufrichten. Vlandern den Vlamen, wenn es ihr einhelliger Wunsch ist. Jede Sprache auf Erden hat ihre Schönheit; hören wir auf, uns über das vlamische Platt lustig zu machen. Wir träumen zwar von einem durch und durch französischen Belgien; aber in Vlandern darf zuletzt nur der Wille der Vlamen selber den Ausschlag geben."

Freilich steht daneben ein Satz, der mit der Neutralität Belgiens wenig vereinbar ist.

[1] Vergl. „Das neue Deutschland", Heft 3, 1. November 1916. Dr. F. M. Huebner, Die Bestrebungen der belgischen Wallonen.

Digitized by Google

„Zusammen mit dem Vlamen wollen wir Wallonen ein neues Belgien aufbauen, das blühen und gedeihen soll im unendlichen Kreise der Völker; der Mittelpunkt des Kreises aber, mehr als jemals der heilige Mittelpunkt, wird Paris sein, das arbeitsame, willensstarke, begeisterungsfrohe Paris."

Über die Trennung hinaus geht ein insgeheim im Lande verbreiteter Aufruf an die Wallonen. In diesem leidenschaftlichen Schriftstück heißt es u. a.:

„Zwischen Wallonen und Vlamen lodert seit Jahrhunderten ein Rassehaß, der niemals erloschen ist und der ebenso verderblich ist, wie der Haß zwischen Feuer und Wasser. Durch ihren verschiedenen Ursprung, ihre widersprechenden kulturellen und vaterländischen Interessen sind sie zur Feindschaft vorbestimmt. Das siegreiche Frankreich wird sich erinnern, daß Wallonien eine französische Provinz ist, die reichste und treueste der französischen Provinzen. Es lebe die Einverleibung Walloniens in Frankreich, es lebe Frankreich!"

Ob dieser Ansturm von Nord und Süd der Einheit des belgischen Staates gefährlich sein kann, wie weit der Krieg vielmehr diese Einheit zusammengekittet hat, ist eine offene Frage und hängt u. a. von den Weltereignissen ab. Ebenso schwer ist es, zu beurteilen, wie weit die ziffernmäßige Bedeutung der vlamischen Bewegung reicht. Zweifellos würde bei einer Volksabstimmung heute das „Frei Vlandern!" der Jung-Vlamen unterliegen; „aber", so erwidern die Jung-Vlamen, „ein Menschenalter des Unterrichts, des wirtschaftlichen Aufschwungs unter sozialen Reformen und die germanische Natur Vlanderns wird zum Bewußtsein durchbrechen, und das vlamische Volk wird seinen Befreier segnen." Viel weiter reicht der Gedanke der Verwaltungstrennung, welcher große Vereine hinter sich hat und weit in die Kreise der christlichen Gewerkschaften, wie der Bauernschaft hineinreicht. Wir sind im ländlichen Vlandern tatsächlich nicht im eroberten Feindesland, sondern wie jeder, der mit den Bauern zu tun gehabt hat, bestätigen wird, bei einem stammverwandten Volke, aus dessen Schoße trotz aller Härten des Krieges uns Sympathien entgegenreifen. Dieser Satz scheint um so mehr zu gelten, je mehr man sich der Seeküste nähert. Beste Kenner bestätigen, daß jüngere Kreise des katholischen Klerus dem Trennungsgedanken, wenn auch heute schweigend, anhängen; in „Vlandern Vlaamsch" scheint ihnen der beste Schutz ihrer Herden vor französischem Atheismus und Libertinismus. Von einem Ordensgeistlichen hörte ich das Wort: „Wir wollen vlamisch sein; ob mit Deutschland, ist uns gleichgültig, wenn wir nur von Frankreich loskommen" — „wie Polen", setzte der zeitunglesende Gemeindeschreiber hinzu. Waren es Ende 1915 einige Dutzende, so sind es Ende 1916 viele Hunderte von Intellektuellen, welche offen und zum Teil begeistert auf unsere Seite traten und, im Vertrauen auf Deutschland, ihr Alles wagten.

Ausgesprochene Gegner der Trennung sind die Minderheiten, die Sozialisten in Vlandern — Anseele — die Klerikalen Walloniens — Mercier — von denen die einen im schwarzen, die andern im roten Meer zu ertrinken fürchten.

Digitized by Google

Die deutsche Verwaltung[1], weit entfernt, die Vlamen-Bewegung künstlich aufzublasen, hat sich zunächst darauf beschränkt, das Land gut und gerecht zu verwalten. Ihre Erfolge auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung sowie der verminderten Säuglingssterblichkeit haben Neutrale anerkannt. Aber indem sie in unparteiischer Weise die belgischen Gesetze auszuführen bemüht war, kam sie dazu, auch die Sprachengesetze, die bis dahin vielfach nur auf dem Papier standen, durchzuführen. Es enthüllte sich dabei das parteiische Wesen der belgischen Statistik; so war z. B. für Groß-Brüssel eine Mehrheit der Nichtvlamen herausgerechnet worden, indem die noch nicht sprechenden Kinder dieser Ziffer zugezählt wurden; die hohe Geburtenziffer der Vlamen wurde also zur Waffe gegen sie verwandt. Ohne irgendwie die Wallonen zugunsten der Vlamen zu benachteiligen, gab die deutsche Verwaltung der vlamischen Bewegung die Möglichkeit, in der Presse zum Ausdruck zu gelangen. Unter unendlichen Schwierigkeiten und trotz vorausgesagter Unmöglichkeit hat der deutsche Generalgouverneur die „Vervlamschung" der Genter Hochschule mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit, beharrlich und unerschrocken, durchgeführt. Diese Lehrstätte von Pirenne war bis zum Kriege die französische Hochburg im Herzen des vlämischen Landes gewesen. Ohne den Boden der belgischen Gesetzgebung zu verlassen, da die französische Lehrsprache in Gent auf königlicher Ordonnanz beruhte, hat Deutschland damit der dringlichsten Forderung des vlamischen Volkes Erfüllung gewährt. Die „Opinion Wallone" quittiert diese Tat mit folgenden Worten: „Die vlamische Hochschule, mit oder auch ohne von Bissing, bedeutet das Ende der belgischen Einheit. Mit oder ohne Bissing, in Gent oder in Antwerpen, bleibt die vlamische Hochschule eine feste und unausrottbare Tatsache." In der Tat wäre die Wiederaufhebung der vlamischen Hochschule eine Kriegserklärung gegen das vlamische Volk. Die Genter Hochschule wird damit zu einem Brennpunkt der vlamischen Bildung und Gesinnung werden und geistige Anlehnung an die germanische Welt suchen müssen. Was immer die Zukunft bringe, ein Gefühl der Dankbarkeit gegenüber dem Sieger wird trotz aller Verhetzung im vlamischen Volke fortleben. Die Vervlamschung der Genter Hochschule war zugleich ein soziales Werk; nunmehr erst wird dem Kind des Volkes ohne das Hindernis einer fremden Sprache die Höhe des Geisteslebens erschlossen, von welcher aus das Licht der Bildung in die dunkelsten Teile der Volksmasse sich ergießen wird.

Neuerdings ist das Problem der Verwaltungstrennung, und zwar zuerst im Unterrichts-Ministerium, von der deutschen Regierung angefaßt worden. Trotz manchen Schwankens und Zögerns, trotz juristischer Bedenken, trotz der von den älteren belgischen Beamten ausgehenden Hemmnisse, welche an den Zentralbehörden ihren Einfluß gegen die Vlamen einsetzen, dringt der Gedanke durch: „Wir Deutsche haben sowohl das eigene Interesse, wie die moralische Pflicht, den Bruderstamm der Vlamen

[1] Fr. W. Freiherr von Bissing, Belgien unter deutscher Verwaltung. München. „Süddeutsche Monatshefte" 1915.

Digitized by Google

nicht zugrunde gehen zu lassen." Darüber hinaus: eine Vlamenpolitik, welche sich aller Verhochdeutschung enthält und „zur Freiheit erzieht", wird beruhigend und befreundend auf Holland wirken, dessen Kulturgebiet sich um ein Drittel erweitert. So muß der Professorenaustausch zwischen Gent und den altberühmten holländischen Universitäten auf beiden Seiten den Blick erweitern und zu gesundem Wetteifer anspornen. Als Leitsatz über unserer Vlamenpolitik stehen die Worte des Reichskanzlers vom 5. April 1916: „Auch in Belgien gibt es keinen Status quo ante. Auch hier kann Deutschland den lange niedergehaltenen vlämischen Volksstamm nicht wieder der Verwelschung preisgeben, sondern wird ihm eine gesunde, seinen reichen Anlagen entsprechende Entwicklung auf der Grundlage seiner niederländischen Sprache und Eigenheit sichern. Wir wollen keine Nachbarn, die sich aufs neue gegen uns zusammenschließen, um uns zu erdrosseln, wir wollen Nachbarn, die mit uns und mit denen wir zusammen arbeiten zu unserem gegenseitigen Nutzen." Vielleicht enthält Vlandern — ein freies und wiedergeborenes Vlandern — einmal die Lösung des Rätsels der belgischen Sphinx.

„Das Land Goethes"

Von Lynceus

„Das Land Goethes" ist ein oft gebrauchtes Schlagwort. Es liegt Stolz, aber auch Anmaßung in diesem Wort. Das begreift man, wenn man bedenkt, daß das heutige Italien sich das Land Dantes, England das Land Shakespeares, Frankreich das Land Rousseaus, Rußland das Land Dostojewskis nennen könnte. Es müßte gerade bewiesen werden können, daß Goethe für unser ganzes Volk so viel mehr bedeutet als Shakespeare für England oder Rousseau für Frankreich, daß sein Geist das Denken und Fühlen seines Volkes beherrscht und bestimmt hat.

Das vaterländische Gedenkbuch, das der Berliner Goethebund unter den Titel „Das Land Goethes 1914—1916" in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin herausgebracht hat, ist dafür kein Beweis. Das große Sammelwerk bietet sich in einem Einband dar, an dem Lucian Bernhard seinen Geschmack und seine Einfachheit von neuem bewährt. Und es gibt auf 136 Tafeln längere und kürzere Betrachtungen bekannter Männer der Gegenwart. Wie das Vorwort sagt: „Eine Heerschau der geistigen und sittlichen Führerschaft des gegenwärtigen Deutschland, ein umfassendes Bekenntnis der deutschen Geisteswelt." Das Vorwort spricht also große Worte gelassen aus. Wie sind sie erfüllt?

Schon das Namensverzeichnis macht stutzig. Wir lesen die Namen vieler Berühmtheiten im öffentlichen Leben; in Wissenschaft und Kunst. Unter den letzten Namen von Männern, die uns aus verschiedenstgearteten und keineswegs gleichwertigen Büchern und Zeitschriften geläufig sind. Wir blättern weiter und sehen uns vor alphabetische Ordnung der einzelnen Beiträge gestellt. So kommt es, daß Hindenburg und Höcker

Digitized by Google

auf ein und demſelben Blatte ſich äußern. Vorder- und Rückſeite eines anderen Blattes ſchmücken Autogramme des Freiherrn von der Goltz und Ganghofers. Man ſieht an dieſen Beiſpielen: die alphabetiſche Ordnung iſt höflich, aber unſachlich.

Wir leſen in dieſen Beiträgen. Ruhige ſchlichte Worte und Sätze fallen uns auf. Um den Soldaten vorwegzunehmen: Da iſt ein ſchönes Bekenntnis, was für den General von Beſeler Goethe geweſen iſt. „Mit größerem Recht wie Goethe vom Tage von Valmy können wir ſagen, daß vom 2. Auguſt 1914 eine neue Epoche der Weltgeſchichte ausgeht. Sollte ſie, wie wir alle hoffen, Deutſchland auf ungeahnte Höhen führen, ſo möge es nie vergeſſen, daß ihm, faſt mehr noch wie die anderen Großen im Reiche deutſchen Geiſtes, Goethe die Schwingen zu ſeinem ſtolzen Flug geliehen hat.“ Den „ſchöpferiſchen Staatsmann“ kennzeichnet Brentano richtig als den Mann, der nicht bloß „ſeinen Namen unter die Friedensbedingungen ſetzt, wie der ſiegreiche Soldat ſie fordert, ſondern als den, der ſich vor der dauernden Demütigung unſerer heutigen Gegner hütet und der Verſuchung, deren Lebensintereſſen zu vernichten, widerſteht.“ Für andere ſammeln ſich die Forderungen der Zeit in dem Worte Pflicht, wie für Biſſing: „Wer in dieſer ſchweren und doch ſo herrlichen Zeit noch arbeiten kann, der ſoll Gott täglich dafür danken und dieſen Dank beweiſen in treueſter Pflichterfüllung.“ Auch Gelehrte geben dieſem Gedanken wertvollen Ausdruck, den ſchönſten Paul Laband: „Wenn Goethe den ſterbenden Fauſt ſagen läßt:

Es kann die Spur von meinen Erdentagen
Nicht in Äonen untergehn.
Im Vorgefühl von ſolchem hohen Glück
Genieß ich jetzt den höchſten Augenblick

ſo gilt dies von Goethe ſelbſt. Was der einzelne zum Wohle der Menſchheit oder ſeines Vaterlandes oder auch ſeiner Familie oder ſeines Freundeskreiſes geleiſtet hat, ſei es viel oder wenig, iſt unvergänglich, auch wenn es dem Bewußtſein der Menſchen entrückt und der Vergeſſenheit verfallen iſt. Dieſes Vorgefühl irdiſcher Unſterblichkeit iſt der „höchſte Augenblick“. Wer aber konnte auf die Spur von ſeinen Erdentagen mit größerer Befriedigung zurückſchauen als Goethe?“ In der Betrachtung des Statthalters von Elſaß-Lothringen kehrt der Gedanke in anderer Form wieder: „Möchten wir allezeit mit Stolz als Deutſche uns fühlen und beſtätigen, jedoch uns frei halten von Dünkel, Übermut und Prahlerei.“ Ebenſo in der Walter Rathenaus: „Gebe Gott, daß 1915 Ruhm und Einkehr vereinigt, daß äußeres Wachstum nur aus innerſten Kräften quillt.“ Für die allgemein menſchliche Geltung, die Goethe trotz Weltkrieg behalten hat, findet Max Deſſoir richtigen Ausdruck: „Wer Goethe nur als Deutſchen ſieht, der verkleinert ihn; wer das Land Goethes auf ſich ſelbſt einſchränken will, der verkennt des Deutſchtums weltgeſchichtliche Sendung.“ Neben einem Wort wie dem Euckens: „Aller blinde Haß, den wir Deutſche heute von fremden Völkern

Digitized by Google

erfahren, sollte uns nicht vergessen lassen, daß sich in der weltgeschichtlichen Arbeit jenseits der Leidenschaften und Irrungen der Menschen der Aufbau einer gemeinsamen geistigen Welt vollzieht; was immer bei einem Volke dafür geleistet ward, das sollte bei uns in unverminderten Ehren bleiben, mögen die heutigen Vertreter uns noch so wenig gefallen," — stehen freilich Sätze wie der folgende: „Nimmermehr können selbstbewußte Deutsche jene Orte Italiens betreten, die eine Stätte des Verrats und der Heimtücke geworden sind."

„Der Deutsche ist nicht hochmütig wie sein englischer Vetter, so lange er die Macht hat", sagt von Behring. Gewiß ist der feldgraue Soldat nicht hochmütig, aber in dem Sammelwerk vom Lande Goethes steht auch der Satz: In diesen vierzig Friedensjahren „haben wir es herrlich weit gebracht." — Bis an die Sterne weit, sagt Faust zu Wagner. Professor Hans Friedenthal mahnt: „Gerecht gewogen! Dies Gebot schlägt Hader, Haß und Herrschsucht tot." Aber dasselbe Werk läßt auch das „ewige Gesetz des Rechtes" in nichtssagenden phrasenhaften Versen besingen. Wir wissen uns auch frei von der Überhebung des Satzes, der die geschichtliche Wahrheit zugunsten des „monumentalen" Charakters eines Festwerkes verschiebt: „Es sei das deutlichste Zeichen für die Unbeugsamkeit des deutschen Volkes, daß es mitten in der bittersten nationalen Zeit einen Dichter großzog und hochhielt, der die Welt geistig eroberte." Und wir empfinden es erst recht als unangemessen vor Goethe mit dem Satz zu treten: „Bange machen gilt nicht."

Diese Heerschau des deutschen Geistes enthält also manche, oder gar viele, die nicht einmal Soldaten in dem Heer sein können, das für den deutschen Geist kämpft. Wir knüpfen an den Satz von Rathenau an: „Der Krieg muß uns Einkehr bringen und Wachstum aus innersten Kräften." Für die Einkehr ist es ein Schritt, sich der Erkenntnis nicht zu verschließen, daß in vielen, vielleicht den meisten Briefen aus dem Felde mehr, unendlich viel mehr vom Geiste Goethes zu verspüren ist als in den Worten und Sätzen vieler dieser „Führer des gegenwärtigen Deutschland". Wir hoffen, daß der Krieg uns dem Ideal sehr viel näher bringt, das in dem Titel dieses Werkes zum Ausdruck kommt. Aber wir brauchen dazu keine Führer mit klangvollen Namen, sondern nur Menschen, die an dem Geist Goethes stark geworden und rein geblieben sind. Männer wie Hölderlin-Hyperion einer sein wollte:

„Es muß so schwer nicht sein, was außer mir ist, zu vereinen mit dem Göttlichen in mir. Gelingt der Biene doch ihr kleines Reich, warum sollte denn ich nicht pflanzen können und bauen, was not ist? — Einer, der ein Mensch ist, kann er nicht mehr denn Hunderte, die nur Teile sind des Menschen? — Es wird von Grund aus anders! Aus der Wurzel der Menschheit sproßt die neue Welt!"

Digitized by Google

Notizen

Die „Freiheit der Meere". „Jede einzelne der verbündeten Mächte ist überzeugt, daß in der Praxis die beste Art, um die Freiheit der Völker und die Sache des Rechtes für die Zukunft zu sichern, darin bestehe, die eigenen Eroberungen möglichst auszudehnen." (Luigi Federzoni in der „Idea Nazionale".)

Das System der geheimen Diplomatie hat sich überlebt, schreibt „Telegraaf" vom 21. 1. in einem Artikel über die Ernennung eines neuen Gesandten in Petersburg.

Amerika und Europa. Wilsons Note bezeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte der Beziehungen zwischen Europa und Amerika. Die von Wilson beliebte Sprache erinnert an die Ausdrucksweise des weltbeherrschenden Rom; es ist die Sprache eines Staatsoberhaupts, mit dem nunmehr sämtliche Nationen des Erdballs zu zählen haben werden. Er spricht wie einer, der weiß, daß er sich über die Europa zerfleischenden Leidenschaften und Interessenkämpfe mit gelassener Erhabenheit hinwegsetzen kann. Wir möchten nicht gerade behaupten, daß dieses epochemachende Faktum des erstmaligen Eingreifens Amerikas in Europas Lebensinteressen mit prokonsularer Ausdrucksweise ein erfreuliches Ereignis darstelle. Es ist die erste handgreifliche Folge dieses unsinnigen Krieges, der, wie vorauszusehen war, zum alleinigen Vorteil der Vereinigten Staaten und Japans auszuschlagen beginnt. („Stampa" v. 31. 1.)

Die Wirkungen des Weltkrieges auf China. „Peking Gazette" veröffentlicht zwei Aufsätze über die Veränderungen der finanziellen Weltlage Chinas. „Die ungeheure Schuldenlast der europäischen Mächte (sie wird für Frankreich, Rußland, Deutschland, England Ende 1917 je 80—120 Milliarden Mark betragen) bringt es mit sich, daß das Geld jetzt schon aufgehört hat, der Normalwert im internationalen Austausch zu sein. An seine Stelle sind als völlig flüssige, leicht konvertierbare Zahlungsmittel die Schatzscheine getreten; sie sind lediglich Arbeitsscheine, ein Versprechen des Staates, ebensoviel Arbeit zu liefern. Diese Arbeitsscheine muß China ganz in eigene Hand nehmen. Der wichtigste Punkt dabei ist der, daß nach dem Krieg unter den großen Staaten nur drei sozusagen schuldenfrei sein werden: Amerika, Japan, China. (Chinas Gesamtschuld, etwa 150 Millionen Pfund, ist nicht mehr als das, was England alle 25 Tage für den Krieg ausgibt.) Diese drei Staaten bilden einen geschlossenen Kreis des Austausches um den Stillen Ozean herum, fern von dem schuldenbeladenen Europa, und daher fähig, ohne Anlehnung an eine andere Macht sich den gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Fast automatisch, durch eine Tat Gottes, ist China aus einem armen zu einem im absoluten Sinn reichen Land geworden. Das einzige Problem bleibt das, seinen Reichtum darzustellen: Durch jene Reform und Vereinheitlichung der Zahlungsmittel, für die ein festes Verhältnis zum Metallwert sich herausstellen muß, wird China schnell dazu kommen, große Mengen Silber aufzustapeln. Damit vereint sich der ungeheure stets wachsende Vorrat an Arbeitskraft, so daß es für China nicht schwer sein wird, nachdem erst innerhalb der eigenen Grenzen die finanzielle Einheit hergestellt ist, auch der Geldgeber für andere Nationen zu werden."

Made in Germany. Im Anschluß einer Mitteilung über die dauernde Verwendung deutscher Fabrikate (Stempelkissen) durch die englische Regierung bemerkt die holländische Zeitung „Standard" v. 19. 1.: „Wenn dies nicht in einem echt englischen Blatt erzählt würde, möchte man es kaum glauben."

Die Stellung des Ministeriums Lloyd Georges. Eine Zuschrift an die „Times" vom 31. 1., die der allgemeinen Stimmung Ausdruck zu geben erklärt, führt aus: „Eine unbestimmte Unzufriedenheit mit der Art und Dauerhaftigkeit der Unterstützung tritt zutage, die hinter dem jetzigen Ministerium steht. Die Verwaltung hat hinter sich weder eine Koalition noch eine

Digitized by Google

Partei. Sie genießt die Versicherung (und soweit man erkennen kann, mit Recht) der Unterstützung aller Parteien im Unterhause, aber obgleich sie augenblicklich eine Majorität genießt, so steht ihr doch keine bestimmte Majorität jederzeit zur Verfügung. Entsteht eine Spannung, so können wir ziemlich gut voraussagen, welche Haltung die vier alten Parteien einnehmen würden. Aber es würde bei allen eine Anzahl von Abgeordneten außen stehen, die schwach bleiben würde, weil keine Organisation zu ihrer Zusammenfassung und Vereinigung ihrer Kräfte besteht. Die alte liberale Organisation kann nicht mehr erwarten, vom allgemeinen Vertrauen der ganzen Gefolgschaft der Partei wie zuvor getragen zu werden."

Die Stärke der englischen Friedensbewegung nach der Note Wilsons. Ich glaube, daß ein mäßiger und früher Ausgleich der Nation näher ist (und ich habe dieselben Nachrichten aus Frankreich) als irgendeiner der Vorschläge, die in einer oder der anderen halb verschleierten Form uns auf eine unbegrenzte Verlängerung des Krieges festlegen wollen. Solch ein Krieg wird ein Journalistenkrieg, ein Politikerkrieg, ein Ideologenkrieg, aber es wird kein Volkskrieg sein. Die große Demonstration bei der Arbeiterkonferenz war das Sheering für Wilson. Dasselbe Gefühl existiert in der Armee. Ich besitze zwei Briefe von Soldaten: „Alle Männer meiner Batterie sind für die Wilsonschen Bedingungen," schreibt einer. Ein anderer Schützengrabenbewohner schreibt: „Die Soldaten hier sind nicht gegen die Noten Mr. Wilsons, auch nicht gegen die Eröffnung von Verhandlungen. Sie sind nicht für einen Krieg à outrance." Die Aufnahme von Wilsons Rede, selbst in London, war trotz ihrer Kühnheit viel günstiger, als die Aufnahme seiner Note. Der Geist der Nation schreitet fort. („Nation" v. 27. 1.).

Kriegsmüdigkeit in Südafrika findet „Nieuwe Rotterd. Cour." in Presseäußerungen aus Südafrika. „Bloemfonteiner Vriend des Volks" vom 14. 1. sagt gerade heraus, man habe herzlich genug vom Kriege und sehne sich nach dem Frieden, auch in den anderen selbstverwaltenden Kolonien herrsche eine gleiche Stimmung. Eine ähnliche Äußerung veröffentlicht das führende Botha-Blatt „Volksstem" vom 12. 12.

Paris. Wer Paris eine Zeitlang nicht gesehen hat, findet die Stadt ernster und schweigsamer. Während die Untergrundbahnen überfüllt und die Theater gedrängt sind, ist dagegen die Masse des Volkes voller Zurückhaltung, fast verschlossen, jeder lärmenden Kundgebung abgeneigt. („Corriere" v. 26. 1.)

Italien als Kritiker Rußlands. Rußland wurde in einem Augenblick innerer Umgestaltung vom Krieg überrascht, und noch heute hindern negative Elemente das große Reich, eine seiner gewaltigen Volkszahl und seinem unermeßlichen Reichtum entsprechende Kraftanstrengung auszuüben. Hoffentlich wird Rußland seine innere Schwäche, die Deutschland geschickt auszunützen versteht, überwinden. Jedenfalls muß das italienische Volk über die inneren Kämpfe und die Hindernisse der veralteten Traditionen, die die Reorganisation Rußlands aufhalten, aufgeklärt werden. („Giornale d'Italia" v. 1. 2.)

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Frhr. von Mackay: Völkerführer und -Verführer. 343 S. und 16 Bildnisse. (Rütten & Loening, Frankfurt a. M.) Preis M. 5.—. Bilder und Charakteristiken führender Männer Englands, Frankreichs, Rußlands, des Balkans und der Türkei.

Ferdinand Tönnies: Der englische Staat und der deutsche Staat. (Verlag Carl Curtius, Berlin.) VIII und 211 S. Preis M. 3.60. Volkstümliche Darstellung des englischen Staatswesens durch den ausgezeichneten Englandkenner, uns ganz persönlich durch die Vergleiche angehend, die zwischen deutscher und englischer Verfassung, Verwaltung, Freiheit in Geschichte und Gegenwart gezogen werden.

J. Frohnmeyer: Der Weltkrieg bis zum Oktober 1916. Ergänzungsheft zu den Geschichtsbüchern. (Verlag Adolf Bonz & Co., Stuttgart.) 62 S. Preis 50 Pfg.

Digitized by Google

A. Kunde: Entstehung, Ziele und Schuldfrage des Weltkrieges. (Berthold Sturms Verlag, Dresden.) 28 S.

W. Wallach: Aus dem Tagebuch eines Kriegsfreiwilligen 1914/15. (Xenien-Verlag, Leipzig.) 33 S. Lyrische Tagebuchblätter.

Dr. Buchberger: Die bayrische Feldseelsorge im Weltkriege. (Kösel'sche Buchhandlung, Kempten-München.) 123 S. Mit zahlreichen Abbildungen. Schön ausgestattetes Buch über die Tätigkeit der bayrischen Feldseelsorge in der Heimat, an der Front und im Lazarett. Mit zahlreichen Abbildungen, die diese Tätigkeit in einer oft ergreifenden Weise veranschaulichen.

Kriegergrabmäler, Soldatenfriedhöfe und Ehrenstätten. Von Dr. ing. Mackowsky. Sonderdruck des „Profanbau". (Verlag J. J. Arnd, Leipzig.) 16 S. Mit zahlreichen Abbildungen.

Das Wesen und die Aufgaben der Kriegshinterbliebenenfürsorge im Deutschen Reiche. In Verbindung mit Dr. Gosse, Dr. Kraus und Dr. Schlosser herausgegeben von Bürgermeister Dr. Luppe. Frankfurt a. M. (B. G. Teubner, Leipzig 1917.) 59 S. Geh. M. 1.50. Volkstümlicher Überblick von Fachleuten der Zentralstellen für Hinterbliebenenfürsorge.

L. Osman: Bilder aus Litauen. (Kowno 1916, Verlag der „Kownoer Zeitung".) 94 S. Ein Erinnerungsbuch von Mitarbeitern der deutschen Verwaltung in Litauen, mit Beiträgen geographischer, geschichtlicher und wirtschaftlicher Art und zahlreichen Photographien von Land und Leuten.

Fragen des Ostens behandelt das Februar-Heft der „Süddeutschen Monatshefte". (Die religiös-politische Lage Livlands, die Lage der jüdischen Arbeiter in Polen, Deutsche Bauern-Ansiedelungen in der Ukraine.)

Aug. Schmid: Die Schweiz ein Vorbild in der Nationalitätenfrage? (Basel, Ernst Finckh Verlag.) 46 S. Preis M 1.—. Mahnt zur Verbesserung des Verhältnisses der Nationalitäten in der Schweiz durch Hinweis auf die Notwendigkeiten, sich zunächst gegenseitig zu verstehen.

„Schweizer Zeitfragen". Heft 51. Die geistige Unabhängigkeit der Schweiz. (Verlag Orell Füßli, Zürich.) Die der Behandlung innerpolitischer und wirtschaftlicher Schweizer Zeitfragen gewidmete Sammlung bietet mit diesem Heft ein Bild der geistigen Haltung der Schweiz. Die Professoren: Paul Seippel, E. Zürcher, F. de Quervain und L. Ragaz beschäftigen sich mit Voraussetzungen, Zielen und Durchführung der geistigen Haltung in der Schweiz.

Aug. Schmid: Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutsch und Welsch in der Schweiz seit Ausbruch des Krieges. (Ernst Finckh, Basel.) 23 S. Preis M. 0.50. Wirkt für ein richtiges Einverständnis zwischen Deutschen und Welschen in der Schweiz in der Neutralität gegenüber Deutschland.

August Sturm: Weltkrieg und Friedenszustand. Ein Beitrag zur deutschen Rechtspsychologie und zur Lehre von der richtigen Funktion des Rechts. (Wendt & Klauwell, Langensalza.) 47 S. Preis M. 1.—.

Paul Leutwein: Mitteleuropa — Mittelafrika. (Globus-Verlag, Dresden.) V und 58 S. Preis M. 150. Tritt für die Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Betätigung ein, für die ein einheitliches verteidigungsfähiges Deutsch-Mittelafrika Stützpunkt sein soll; unterstützt mit guten Gründen die Kolonialpolitik Solffs gegen Reventlow.

Friedrich Kahl: Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916. (Gustav Fischer, Jena.) 94 S. Br. M. 2.—. Verfolgt an Hand des Tatsachenmaterials Aufgabe, Entstehung, Durchführung des Planes der Entente zum einheitlichen Handelskrieg gegen die Mittelmächte.

Dr. Brandt: Wirtschaftsfragen im zweiten Kriegsjahr. (R. Oldenbourg in München.) 72 S. Preis geh. M. 1.60. Feststellungen und Betrachtungen über die innere Kriegswirtschaft, die Übergangswirtschaft, die Wirtschaftsbündnisse und den Wirtschaftskrieg. Zuverlässige Materialsammlung mit ausführlichem Stichwortverzeichnis.

Joseph Gruntzel: Unsere künftige Wirtschaftspolitik. (Strache Verlag, Warnsdorf in Böhmen.) 33 S. Begründet die Notwendigkeit einer tatkräftigen, zu einheitlichem System zusammengefaßten und auf einer von Grund aus reformierten Verwaltung ruhenden Wirtschaftspolitik für Österreich, welche die Völker Österreichs zu einer die nationalen Verschiedenheiten überragenden Einheit verbinden kann.

Friedrich Everling: Kaiserworte. (Trowitzsch & Sohn, Berlin.) 247 S. Preis geb. M 2.50. Auswahl aus Reden, Ansprachen und Briefen des Kaisers vom Beginn seiner Regierung bis zum Weltkrieg.

Hermann Kötschke: Unser Reichskanzler. Sein Leben und Wirken. (Verlags-Anstalt Augustin & Co., Charlottenburg.) 165 S. Br. M. 3.—.

„Illustrierte Zeitung", Leipzig: Ungarische Krönungsnummer vom 25. Januar 1917. Preis M. 2.—.

O. Zimmermann d. J.: Soll die Religion national sein? Erläuterungen und Unterscheidungen. Ergänzungshefte zu den „Stimmen der Zeit". Erste Reihe: Kulturfragen, 3. Heft.) IV und 112 S. Freiburg, Herder 1916. Preis M 2.20. Die durch den Krieg aktuell gewordene, viel erörterte Frage des Wechselverhältnisses von Religion und Nation wird klar und tiefeindringend untersucht; besonders berücksichtigt sind

Digitized by Google

die laut gewordenen Forderungen „einer deutschen Religion“ und einer „Germanisierung des Christentums“, wobei sorgsam festgestellt wird, was an diesen Forderungen berechtigt erscheint, was als Übertreibung vom Standpunkt der Geschichte aus wie von dem des Christentums abzuweisen ist.

Emil Reisch: Aufgaben unserer Universitäten nach dem Kriege. (Wien 1916, Adolf Holzhausen Verlag.) Inaugurationsrede, gehalten am 6. Nov. 1916. 42 S. Begründet den Standpunkt: „Dem verstärkten Außendrucke materieller und materialistischer Kultur werden wir ohne Schaden nur dann gewachsen bleiben, wenn wir zugleich alle Kräfte des inneren Auftriebes verstärken und auch der idealistischen Weltanschauung einen Atembereich belassen.“

Biographien

Eduard Sueß: Erinnerungen. Mit 2 Bildnissen und 4 Textfab. (Leipzig 1916, S. Hirzel Verl.) IX und 451 S. Preis geh. M. 9.— Erinnerungen des berühmten österreichischen Geologen, der den Werdegang des modernen Österreich politisch und geistig mit durchlebt und selbst energischen geistigen und tätigen Anteil an dieser Entwicklung genommen hat. Zugleich nicht unwesentliche Beiträge zur Geschichte der geologischen Wissenschaft des 19. Jahrhunderts und zum wissenschaftlichen Arbeiten des Mannes. Eigenartig als Verbindung zwischen politischen Erinnerungen und wissenschaftlicher Biographie.

Frankfurter Universitätsreden 1917. Wilhelm Merton: Rede bei der von dem Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. im Bürgersaal des Rathauses am 2. Januar 1917 veranstalteten Gedächtnisfeier von Philipp Stein. 18 S.

Erziehung

Hermann Lietz: Gedanken und Bilder aus deutschen Land-Erziehungsheimen. (R. Voigtländers Verlag, Leipzig.) 148 S. Preis geb. M. 3.50. Gut aufklärendes Buch über Ziele und Arbeit der Landerziehungsheime von so großer werbender Kraft, daß man diese Landerziehungsheime schnell und in den richtigen Formen vermehrt sehen möchte, die in Wort und Bild hier gezeichnet sind.

Moritz Bartsch: Frauenberuf und Lehrerinnenfrage. (Trewendt & Granier, Breslau.) 56 S. „Das Wahrheitsgefühl für die hohen Inhalte des Lebens ist in der materiellen Kultur abgestumpft worden. Wieder erworben kann es durch eine naturgemäße Erziehung werden. Sie aber ruft dem Vordringen der Frau in den öffentlichen Schulen ein gebieterisches „Halt!“ zu. Sie verlangt vom Weibe den ihr von Natur zugewiesenen Beruf der hingebungsvollen Frau und Mutter.“

Ludwig Schleich: Spaziergänge in Natur und Geisteswelt. (Verl.-Buchhdl. H. C. W. Graef, Leipzig.) 76 S. Auswahl aus den zahlreichen Schriften des bekannten Berliner Arztes aus dem Gebiet seiner Wissenschaft. Dazu Stimmungsbilder und Gedichte aus der Natur.

W. Windelband: Geschichtsphilosophie. Eine Kriegsvorlesung. (Verl. Reuter & Reichhardt, Berlin.) 68 S. Die letzte Kriegsvorlesung des Philosophen, in der er den Weltkrieg in seinem Sinn für den Einzelmenschen und für die Gesamtheit in die Grundzüge seiner Geschichtsphilosophie einzubauen versucht.

Kunst — Literatur

Alfred Werner: Impressionismus und Expressionismus. (Kesselringsche Hofbuchhandl., Frankfurt a. M.) 58 S. Sucht aus den Kunstwerken und aus den Grundbegriffen der allgemeinen Kunstwissenschaft die beiden modernen Strömungen zu begreifen und zu werten.

K. Engelbrecht: Neuland in deutscher Kunst. (Verl. für Volkskunst, Keutel, Stuttgart.) 190 S. Preis M. 1.50.

Pierre Broodcorens: Rotes Flamenblut. — Roman. Berechtigte Übersetzung von Johannes Schlaf. — (Verlag von Egon Fleischel & Co., Berlin W.) Preis M. 4.— Breitangelegtes Bild des vlamischen Landes und Volkes von einem seiner größten Dichter.

Lothringer Kalender für das Jahr 1917. (Verl. Paul Even, Metz.) 131 S. Mit Abb. Preis 75 Pfg. Fortsetzung des Lothringer Hausfreundes, der zum ersten Male 1913 in Metz erschienen ist. Mit vielen Bildern aus Lothringen und allerlei nützlichen Beiträgen.

Zur gefälligen Beachtung! Wir möchten nicht verfehlen, unsere Abonnenten besonders auf die Bekanntmachung des Verlages auf der vorletzten Umschlagseite, betreffend Versendung der „Deutschen Politik“, nochmals hierdurch aufmerksam zu machen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietrich & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Thimme, Die Reform des preußischen Wahlrechts 233
Rub, Wilson und die Neutralen 241
Der Einfluß Japans im Fernen Osten 248
Schiemann, Streiflichter zur Weltlage III 252
Notizen / Neuerscheinungen 259

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 23. Februar 1917 Heft 8

Gustav Kiepenheuer / Verlag / Weimar / Ber[illegible]

Digitized by Google

Flugschriften der Zentral-Geschäftsstelle für deutsch-türkische Wirtschafts-Fragen

Das Karlsruher Tageblatt schreibt über die ganze Sammlung: „Wer diese Flugschriften mit ihrer Richtunggebung und ihrer Vorbereitung auf deutsche Wirtschaftsmission nicht liest und deren Leitsätze seinem Handeln nicht zugrunde legt, wird nicht nur nichts erreichen, sondern arbeitet seinem Volksgenossen entgegen, dem Feinde in die Hand."

Heft 1:

Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen

Preis 40 Pfennig

Inhalt: Die deutsch-türkische Versorgung mit Rohstoffen und mit Industrieprodukten, die türkische Zollreform, die türkischen Kreditverhältnisse, die Art des Auftretens des Kaufmannes in der Türkei und andere wichtige Fragen.

Hierüber urteilt die Frankfurter Zeitung: „Wer sich für die wirtschaftspolitischen Fragen der Zukunft, die in Vorderasien gelöst werden müssen, ernstlich interessiert, wird an der knappen, aber ungewöhnlich gehaltvollen Veröffentlichung nicht vorübergehen können."

Dresdener Anzeiger: „Die darin gesammelten Aufsätze beanspruchen ganz allgemein die Aufmerksamkeit eines jeden, der sich für die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft in Vorderasien interessiert."

Heft 2:

Türkisches Zollhandbuch

Preis 1.— Mark

Inhalt: Der neue türkische Zolltarif (zum ersten Male nebst Wertzollumrechnung), Zollreglement, Zollstreitverfahren, Zollfakturen, Niederlageordnung, Verzeichnis der zollfreien landwirtschaftlichen Maschinen, Vorschriften zur chemischen Untersuchung der Zollwaren usw.

Heft 3:

Türkische Wirtschaftsgesetze

Preis 1.— Mark

Inhalt: Das neue Gewerbesteuergesetz (wichtig für Ausländer), Gesetz betreffend Aktien- und Versicherungsgesellschaften; Scheck-, Industrieförderungs-, Währungs-, Fremden-, Sprachen-, Patentgesetz usw.

In Vorbereitung:

Heft 4:

Der türkische Außenhandel

Enthält zum ersten Male die gesamten authentischen Ziffern über den Warenverkehr mit dem Ausland auf Grund der ausländischen Statistiken.

Heft 5:

Winke für Geschäftsanknüpfungen mit der Türkei

Enthält ein sorgfältig ausgewähltes Adressenmaterial, gibt Ratschläge über den zweckmäßigsten Zahlungsverkehr usw.

Die Sammlung wird fortgesetzt. Unentbehrlich für jeden Kaufmann!

Digitized by Google

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar

2. Jahrgang • 23. Februar 1917 • Heft 8

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Die Reform des preußischen Wahlrechts

Von Friedrich Thimme

Das innerpolitische Interesse hat sich von neuem in starkem Maße auf die Frage der preußischen Wahlrechtsreform konzentriert. Zwei Umstände haben dazu vor allem beigetragen. Der eine besteht in einem wundervollen, von der höchsten Glut der Gesinnung und schärfster Erfassung des grundlegenden preußisch-deutschen Problems getragenen Aufsatz des Berliner Historikers Friedrich Meinecke, der, vorläufig erst in einer beschränkten Anzahl von Sonderabzügen verbreitet, doch schon in der gesamten Presse steigende Beachtung gefunden hat und nach seinem bevorstehenden Erscheinen in dem fälligen Heft der „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung" seine hinreißende Wirkung sicherlich auf die große Mehrzahl der gebildeten Deutschen ausdehnen wird. Der andere Umstand liegt in der mehrtägigen Wahlrechtsdebatte im preußischen Abgeordnetenhause, die, ohne das Problem in seiner Tiefe aufgerollt, geschweige seiner Lösung näher geführt zu haben, doch die Haltung sowohl der Regierung wie der Parteien zu ihm in mancher Beziehung geklärt hat.

Friedrich Meinecke hält es, um kurz auf seine Ausführungen einzugehen, für die höchste aller politischen Aufgaben, die mächtige Willenseinheit der deutschen Nation, wie sie in dem Kampf um Existenz und Freiheit von ausländischer Gewalt heute überwältigend in Erscheinung tritt, mit allen erdenklichen und möglichen Mitteln zum Maximum zu erheben. Er fordert zu heroischen Entschlüssen auf allen Gebieten auf, um neue Quellen der Macht zu erschließen. Er, der so tief wie kaum ein anderer Historiker in den Geist der deutschen Erhebungen, den Geist der Freiheitskriege und den der Bismarckschen Reichsgründung eingedrungen ist, weiß, daß die stärksten Kraftquellen sich noch immer aus dem innigsten Bunde von Macht und Freiheit ergeben haben. So hält Meinecke denn den geschichtlichen Moment für gekommen, für diesen Bund von Macht und Freiheit eine neue und höhere Form zu finden. Jetzt, und gerade jetzt, wo die Regierung das Alleräußerste von jedem Volksgenossen verlangen muß und verlangt, wäre nach ihm der psychologische Augenblick eingetreten, um an die Neuorientierung unserer inneren Politik, voran an die Reform des preu-

Digitized by Google

ßischen Wahlrechts zu gehen und damit nicht nur einen Hauptwunsch unserer arbeitenden Massen zu erfüllen, sondern auch ein neues starkes Band um sie und den nationalen Staat zu legen.

Das ist in konservativen Blättern vielfach dahin mißverstanden worden, als verlange Meinecke, daß jetzt, noch während des Krieges, die Wahlrechtsvorlage eingebracht werde. Aber Meineckes Schlußwendung: komme es, was freilich kaum zu hoffen sei, zum baldigen Frieden, so werde die Wahlreform die erste und dringendste Friedensaufgabe sein und die schönste Empfangspforte für unsere heimkehrenden Krieger werden, weist vielmehr darauf hin, daß er jetzt nur die Grundzüge der künftigen Wahlrechtsreform gleichsam als ein neues Feldpanier von stärkster suggestiver Kraft verkündet und festgelegt sehen möchte.

Wohin Meineckes Programm geht, sagt er mit voller Deutlichkeit: „Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht (verbunden mit dem Verhältniswahlsystem) für das Abgeordnetenhaus und als Gegengewicht gleichzeitige Verstärkung der Rechte des Herrenhauses scheint uns diejenige Lösung zu sein, die die dauerhaftesten und gesundesten Verhältnisse schafft, die am meisten dem Geiste des neuen aus dem Kriege hervorgehenden Deutschlands entspricht." Freilich rechnet Meinecke mit der Möglichkeit, daß die Regierung soweit nicht zu gehen wagen, sondern einen Mittelweg einschlagen werde, der dann aber wenigstens den Massen als eine erträgliche und wertvolle Annäherung an ihre Wünsche erscheinen müsse, und nichts sozial und politisch Aufreizendes an sich habe. Meinecke greift in diesem Zusammenhange auf einen Vorschlag zurück, den ich im vorigen Sommer in den „Grenzboten" (Nr. 34 vom 23. August) entwickelt habe: nicht mehr wie bisher die Steuerleistung, sondern die möglichst restlos zu erfassende staatliche und soziale Gesamtleistung zur Grundlage des Wahlsystems zu machen. Ich darf meinen Vorschlag, da er durch die Zustimmung eines Mannes von der geistigen Bedeutung Friedrich Meineckes wesentlich an Gewicht gewonnen hat, auch zur Kenntnis der Leser der „Deutschen Politik" bringen. Er lautete in der Fassung der „Grenzboten":

„Es ließe sich etwa vorschlagen, zu der einem jeden Wähler über fünfundzwanzig oder auch über einundzwanzig Jahren zustehenden Stimme noch eine bis fünf Zusatzstimmen an folgende Qualifikationen zu knüpfen:

1. Wer seiner Dienstpflicht im stehenden Heer und in der Landwehr genügt hat (wobei zu erwägen bliebe, ob nicht allen Kriegsteilnehmern diese Zusatzstimme als ein Zeichen der unauslöschlichen Dankbarkeit für unsere Feldgrauen zu verleihen sein möchte).

2. Wer vier lebende eheliche Kinder oder doch zwei Söhne hat, die zum Militärdienst tauglich befunden sind.

3. Wer zehn Jahre dem Staate unmittelbar oder mittelbar in einem staatlichen, kommunalen oder gleichwertigen Ehrenamt gedient hat (auch Ärzte, Rechtsanwälte usw. ließen sich in diese Kategorie einreihen).

Digitized by Google

4. Wer zehn Jahre als Arbeitgeber für eine größere Anzahl von Arbeitern Beiträge zur staatlichen Sozialversicherung geleistet hat (wobei, um der besonderen Bedeutung der Landwirtschaft für den Staat Rechnung zu tragen, die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter höher bewertet werden könnte); oder wer als Arbeiter die doppelte Anzahl von Jahren solche Beiträge gezahlt hat.

5. Wer zehn Jahre hindurch einen gewissen nicht zu niedrigen Satz an direkten Staatssteuern beigetragen hat (wobei wiederum, um der besonderen Bedeutung des Grund und Bodens und vor allem auch des befestigten Grund und Bodens für den Staat Rechnung zu tragen, die Grund- und Gebäudesteuer mit dem doppelten, vom befestigten Grund und Boden mit dem vierfachen Betrage angesetzt werden könnte)."

Meinecke bemerkt zu diesem Vorschlage, der übrigens keineswegs etwas Abschließendes sein, sondern nur eine Grundlage zu einer, mit Rücksicht auf den Krieg noch zurückgestellten Sammelschrift sein wollte, mittels deren ich eine möglichst weitgehende Übereinstimmung über die schwierige Abgrenzung der Zusatzstimmen herbeizuführen hoffte): „Der einleuchtende Grundgedanke dieses Vorschlags ist, die staatliche und soziale Leistung und Bewährung in ihren hauptsächlichen Momenten zum Grund- und Eckstein des Wahlrechts zu erheben und demnach auch nicht im Besitz an sich, sondern in der Erhaltung des Besitzes eine staatliche Leistung zu sehn, die eine Zusatzstimme rechtfertigt. Keine der Bevorzugungen kann ich als ungerecht oder unbillig ansehen. Der ältere und bewährte Arbeiter kann es dabei auf ebensoviel Zusatzstimmen bringen, wie durchschnittlich die Angehörigen der besitzenden Klassen[1]."

Meinerseits gebe ich ohne weiteres zu, daß der Meineckesche Hauptvorschlag der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen bei gleichzeitiger Verstärkung der Rechte des Herrenhauses gegenüber dem meinen die kühnere Lösung der Wahlrechtsfrage vorstellt, daß er mehr von dem Geiste Bismarcks getragen ist, der, wie ich neulich in der „Deutschen Politik" ausgeführt habe, heute in der so viel drangvolleren, ganz auf Sein oder Nichtsein gestellten Lage Deutschlands erst recht die stärksten

[1] Ich darf mit Genugtuung konstatieren, daß mein Wahlrechtsvorschlag, den ich in seinen Einzelheiten demnächst näher zu begründen beabsichtige, sowohl bei seiner ersten Veröffentlichung, wie nach seiner Wiederholung durch Meinecke viel Beachtung und neben mancher Kritik, besonders von sozialdemokratischer Seite, auch viel Zustimmung gefunden hat. Hervorheben möchte ich, daß auch die einer Wahlrechtsreform so wenig geneigte „Deutsche Tageszeitung" am 5. Februa erklärt hat: „In den Vorschlägen Thimmes findet sich manches, so die Bevorzugung der Kriegsteilnehmer und aller, die ihrer Waffenpflicht genügt haben, der Väter kinderreicher Familien und des Grund und Bodens, was auch vom konservativen Standpunkte grundsätzlich annehmbar wäre." Andererseits muß ich der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" zugeben, daß das Maß der Bevorzugung, das den gewerblichen Arbeitgebern in meinem Vorschlage zugewiesen wird, der Bedeutung nicht voll entspricht, welche diesem Stand für den Staat und für die ganze Volkswohlfahrt zukommt. Aber sobald der Grundsatz eines nach der staatlichen und sozialen Leistung abgestuften Wahlrechts einmal angenommen ist, wird sich auch über die Einzelheiten ein Einverständnis erzielen lassen.

Digitized by Google

aller freiheitlichen Künste, ohne ängstliches Abwägen der Folgen ausgespielt haben würde. Aber mir ist, offen gestanden, doch recht zweifelhaft, ob die Einführung des demokratischen Reichstagswahlrechts in Preußen bei gleichzeitiger Ausgestaltung der aristokratischen Vertretungsprinzipien des Herrenhauses und größerer Machtverleihung an dieses nicht die Gesetzgebungsmaschinerie äußerst erschweren und unerträgliche Zustände herbeiführen würde, gleich denen in England, wo man sich bekanntlich vor einigen Jahren genötigt gesehen hat, die Rechte des Oberhauses auf ein Minimum zu beschränken.

Auch unterschätzt Meinecke vielleicht doch die Abneigung, die in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen das Reichstagswahlrecht herrscht, dessen Mängel und Unerfreulichkeiten er übrigens bereitwillig einräumt. Meinecke spricht wiederholt von dem zu erwartenden Widerstand der Konservativen gegen die Wahlrechtsreform, den die Regierung bei einem wirklich starken Willen zu brechen vermöge. Daran ist soviel richtig, daß der Widerstand gegen das Reichstagswahlrecht in erster Linie immer von den Konservativen ausgegangen ist. Es verlohnt sich, daran zu erinnern, daß dieser Widerstand schon so alt ist wie das Reichstagswahlrecht selbst. Nur mit großer Mühe haben die konservativen Führer im Jahre 1866 ihre Anhänger dahin zu bringen vermocht — wir kommen darauf noch zurück — sich der Einführung des geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts im Norddeutschen Reichstage nicht zu widersetzen. Die „Kreuzzeitung" hat es am 14. September 1866 ausgesprochen, daß sie die Anwendung des gleichen und direkten Wahlrechts als einen Versuch auffasse, der nur für das erste Zusammentreten des Norddeutschen Reichstages gemacht werde. Ganz folgerichtig haben die konservativen Reichstagsabgeordneten — einer von ihnen hat es nachmals ausgeplaudert — im Jahre 1871 die nationale Hochstimmung nach der Reichsgründung dahin auszunützen gestrebt, daß das verderbliche Wahlsystem beseitigt werde: „denn Bismarcks Macht sei so groß und des Kaisers Macht stehe hinter ihm, so daß eine Zurücknahme des Wahlgesetzes unter Übereinstimmung aller verbündeten Regierungen Deutschlands möglich erscheine!" Seither hat die Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht sich in konservativen Kreisen und nicht bloß in diesen noch wesentlich verschärft. Wenige Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges erschien ein gerade auch in der rechtsstehenden Presse beifällig aufgenommenes Buch, das geradezu aussprach, die Änderung des Wahlrechts müsse um jeden Preis, auch um den des Konflikts oder des Staatsstreichs betrieben und durchgesetzt werden. Unglaublich aber wahr: Dieses Buch sehnte sogar den Krieg als den Erwecker aller guten, gesunden, starken Kräfte im Volke herbei, vor allem in der Erwartung, daß der Krieg eine Erhebung der Seelen herbeiführen werde, die es gestatte, die Änderung der Verfassung im Sinne der Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu betreiben!

In dem tatsächlich ausgebrochenen Weltkriege haben nun ja die Dinge dank der einmütigen nationalen Hingabe und Opferwilligkeit fast des gesamten Reichstags eine

Digitized by Google

Wendung genommen, die in Zeit und Ewigkeit jede Gefährdung des Reichstagswahlrechts ausgeschlossen erscheinen läßt. Aber insoweit wirkt doch die Abneigung weiter Kreise, nicht bloß konservativer, gegen das Reichstagswahlrecht nach, daß sie an einem anders aufgebauten Wahlrecht für die Einzellandtage als einem Korrektiv gegen das Reichstagswahlrecht aufs hartnäckigste festzuhalten entschlossen sind. Nicht nur die konservative Partei des Abgeordnetenhauses, sondern auch die freikonservative, die nationalliberale und im wesentlichen auch das Zentrum stehen meines Wissens auf dem Standpunkt, daß die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nicht erstrebenswert sei. Es ist, darüber sollte sich niemand einer Täuschung hingeben, vollkommen ausgeschlossen, daß eine etwaige auf die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gerichtete Vorlage der Regierung die Zustimmung des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses oder gar des Herrenhauses finden würde, und es ist mindestens höchst zweifelhaft, ob eine einmalige oder wiederholte Auflösung des Abgeordnetenkauses und ein Pairsschub im Herrenhause der Regierung eine Mehrheit für eine solche Vorlage verschaffen könnten. Wenn aber die Sache so steht — und ich glaube, jeder Kenner unserer parlamentarischen Verhältnisse wird mir zugeben, daß sie tatsächlich so steht — so wird man es der Regierung schwerlich verdenken können, wenn sie bei der Wahl zwischen heroischen und minder heroischen Entschlüssen einen Mittelweg einschlägt.

Das ist denn auch in der Wahlrechtsdebatte der letzten Tage im Abgeordnetenhause mit aller Deutlichkeit an das Licht getreten, daß die Regierung während des Krieges nicht mit einer Wahlrechtsvorlage kommen wird. Auch das ist kaum noch zu erwarten, daß die Regierung vor dem Friedensschluß sich über die Grundzüge der künftigen Wahlreform offen aussprechen wird. Es bleibt bei den allgemeinen Andeutungen der Thronrede vom 13. Januar 1916, nach denen der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens auch in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften seinen lebendigen Ausdruck finden soll. Immerhin wird man dieses Wort sinngemäß dahin auslegen dürfen, daß nach der Absicht des Monarchen und seiner verantwortlichen Ratgeber die Wahlreform sich nicht auf die Ausbesserung einiger Härten und Ungleichheiten des bisherigen Wahlrechts beschränken, sondern auf seine Grundlagen, die ja erst gestaltet werden sollen, erstrecken wird. Es wird sich also um eine Reform an Haupt und Gliedern handeln, die in ihrer Tragweite weit über die verunglückte Vorlage des Jahres 1910 hinausgeht. Setzen wir hinzu, daß es sich auch um eine solche Reform an Haupt und Gliedern wird handeln müssen, wenn anders die Erwartungen der großen Mehrheit des preußischen und des deutschen Volkes, das in seiner Gesamtheit an den preußischen Zuständen aufs allerstärkste interessiert ist, nicht auf das bitterste getäuscht werden sollen.

Die Chancen für das Gelingen einer solchen Wahlrechtsreform haben sich nun durch die letzten Debatten im Abgeordnetenhaus insofern gebessert, als die konservative

Digitized by Google

Partei, namens derer der Abgeordnete von Heydebrand und der Lasa die gegenwärtige Gestalt des Abgeordnetenhauses noch vor Jahresfrist als eine „nahezu ideale" gepriesen hatte, heute ausdrücklich nicht bloß Schönheitsfehler, sondern ernste Mängel und Gebrechen des Wahlrechts zugibt und sich bereit erklärt, mit allem Ernst an ihrer Abstellung mitzuarbeiten. Wie weit die Konservativen heutigen Tages gehen wollen, läßt sich aus den Worten ihres Sprechers, des Abgeordneten v. d. Osten, abnehmen: „Wir halten es für wünschenswert, unser Wahlrecht in der Richtung zu ändern, daß der Mittelstand, gewisse Kreise der Intelligenz und des Groß- und Kleingewerbes mehr als bisher an den Verhandlungen des Landtages teilnehmen können.... Wir meinen, daß der Grundsatz Wahlrecht nach Leistung in dem neuen Wahlrechtsgesetzentwurf eine eingehende Vertretung finden müsse." Das besagt, daß die konservative Partei sich einem Pluralwahlrecht zuneigt, bei dem sie allenfalls auch die schon dem Mittelstand zuzuzählenden Schichten der gehobenen Arbeiter, nicht aber die breiten Massen des Arbeiterstandes berücksichtigt sehen will. Es liegt indes auf der Hand, daß eine Wahlrechtsreform, die den Grundsatz der Leistung nicht restlos bis auf den letzten Arbeiter ausdehnt, durch und durch unsozial, aufreizend, ein Hohn auf den alten preußischen Grundsatz „Jedem das Seine" und unannehmbar für das preußische Königtum sein würde, das sich seit Friedrich dem Großen gerühmt hat, ein Königtum gerade der Armen zu sein. Mit vollem Recht hat darum auch der freikonservative Abgeordnete von Zedlitz das Zugeständnis des konservativen Redners dahin ausgedehnt, daß man neben den beiden Kategorien des Mittelstandes und der intellektuellen Bildung auch den breiten Massen der Bevölkerung einen größeren Einfluß auf die Wahlen einräumen, und daß man das Wahlrecht nach dem wirklichen Wert jeder einzelnen Stimme abstufen müsse.

Nationalliberale und Zentrum haben sich in der Wahlrechtsdebatte zu dem Problem nicht geäußert. Es ist aber bekannt, daß die Nationalliberale Partei sich schon seit langem für ein nach Besitz und Bildung abgestuftes Wahlrecht ausgesprochen hat. Auch das Zentrum, welches sich einst unter den besonderen Verhältnissen des Kulturkampfes für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen erwärmte, ist heute für ein abgestuftes Wahlrecht eingenommen, und bei den starken sozialen Instinkten, von denen es erfüllt ist, wird es sicherlich Wert darauf legen, daß auch die soziale Leistung der Arbeiter im Wahlrecht zur Geltung komme. Die Freisinnige Volkspartei wird freilich an der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen aus prinzipiellen Gründen festhalten; immerhin dürfte auch sie das Gute eines vernünftigen Pluralwahlrechts nicht um des Besseren des Reichstagswahlrechts willen allzu scharf bekämpfen. Von den Sozialdemokraten hat der Abgeordnete Leinert schlankweg jedes Kompromiß in der Richtung des Pluralwahlrechts abgelehnt. Taktisch ist das vollkommen begreiflich; je ungestümer die Sozialdemokratie in ihren Forderungen auftritt, um so mehr mag sie hoffen, die Reform zu gunsten der Arbeiterklasse zu beein-

Digitized by Google

flussen. Wenn aber die Sozialdemokratie einst sieht, daß durch ein sozial gerecht abgestuftes Wahlrecht die Vertretung der Arbeiterschaft ganz wesentlich verstärkt ist, so wird selbst sie sich mit der Reform abzufinden wissen. Im übrigen spielt die Sozialdemokratie ja einstweilen im Abgeordnetenhause zahlenmäßig keine irgend in Betracht kommende Rolle.

So viel erhellt jedenfalls aus der dreitägigen Wahlrechtsdebatte mit voller Sicherheit, daß sich für ein Pluralwahlrecht, das den breiten Massen der Bevölkerung einen stärkeren Anteil an der Gestaltung der Wahlen zugesteht, eine sehr große Mehrheit im Abgeordnetenhause, bestehend aus den Mittelparteien und dem Zentrum, finden würde. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß auch das Gros der konservativen Partei und ein Teil der Freisinnigen auf den Boden einer dahin gerichteten und mit einem großen autoritativen Akt eingeleiteten Vorlage der Regierung treten würden. Damit scheint mir auch für die Regierung ein fester Boden gegeben zu sein. Einstweilen zeigt sich sicherlich keine andere Erfolg verheißende Möglichkeit, als die eines vernünftig und gerecht abgestuften Pluralwahlrechts. Ein berufsständisches Wahlrecht, wie es Bismarck einst ins Auge gefaßt hatte, und wie es noch heute von manchen Konservativen erstrebt wird, scheint einmal wegen der immer größeren Differenzierung der Berufsklassen, vor allem aber auch deshalb ausgeschlossen zu sein, weil eine Interessenvertretung als Grundprinzip des Wahlrechts die Gegensätze der Klassen und vor allem den Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht nur verschärfen, sondern auch verewigen würde. Eben deshalb kann man sich auch von einer Kombinierung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit einer ständischen Vertretung, wie sie im Grunde in der württembergischen, an sich gar nicht übeln Verfassung besteht, nicht viel versprechen. Es bleibt also kaum etwas anderes übrig, als ein nach dem wirklichen Gewicht jeder einzelnen Stimme abgestuftes Wahlrecht. Ich vermag auch nicht einzusehen, daß ein solches auf der persönlichen Leistung beruhendes Wahlrecht dem demokratischen Prinzip, das doch auch die Auslese der Tüchtigen zuläßt, unbedingt widerspreche. Das Argument des Abgeordneten Cassel: „Wenn draußen alle in gleicher Weise das Vaterland schirmen und schützen, dann darf hier im Lande keine Abstufung des Wahlrechts erfolgen," scheint mir doch ein Trugschluß. Tatsächlich bedeutet ein Hindenburg für den Schutz und Schirm des Vaterlandes unvergleichlich viel mehr als irgendein beliebiger Feldgrauer, so hoch und so dankbar wir dessen Leistung auch anerkennen. Gerade der Krieg lehrt es mit allerstärkster Deutlichkeit, daß die Verschiedenheit der Leistung auch eine Verschiedenheit des Einflusses bedingt. Nicht anders steht es in den großen Friedensorganisationen; ringt sich etwa nicht in den Gewerkschaften nur der Tüchtige kraft seiner den Durchschnitt weit überragenden Leistungen zu den führenden Stellen empor? Überall sehen wir, daß der Einfluß im graden Verhältnis zur Leistung des Tüchtigen, wenn er nur irgend freie Bahn findet, steht. Warum sollte es einzig und allein im Wahlrecht anders sein? Auch hier gilt das Wort des Kanzlers: Freie Bahn dem Tüchtigen!

Digitized by Google

Das freilich muß mit vollster Energie betont werden, daß nur wirkliche Leistung, nicht aber irgendein Zensus ein Wahlvorrecht begründen kann und darf. Leider scheint es noch immer, als ob die Konservative Partei (ob auch die nationalliberale?) daran festhalte, die Steuerleistung zwar nicht als das einzige, aber doch als das in erster Linie für die Bemessung der Abstufung ins Gewicht fallende Moment zu betrachten. Aber ich möchte doch glauben, daß just das von sozialdemokratischer Seite in die Wagschale geworfene, in der Form allerdings übertriebene Argument: „Es wäre eine Beleidigung für alle Kriegsteilnehmer, wenn hier der Geldsack des Kriegswucherers triumphiert, während die Feldzugsteilnehmer rechtlos sind," seinen Eindruck auf weite Kreise der konservativen Bevölkerung, die nicht ohne Einfluß auf die Parteileitung bleiben können, nicht verfehlen wird.

Möge sich auch die Konservative Partei dessenerinnern, wie weit die großen konservativen Parteiführer aus den Jahren der Reichsgründung davon entfernt waren, in dem Zensus des preußischen Dreiklassensystems ein konservatives Prinzip zu sehen. Hermann Wagener, von dem erst jüngst ein bezeichnender Ausspruch durch die Presse lief, hat sich am 12. September 1866 mit aller Deutlichkeit dahin geäußert: „Ich lege meinerseits Verwahrung dagegen ein, als hätte ich mich jemals zu dem Zensussystem als zu einem echten politisch-konservativen Prinzip bekannt. Ich halte das Zensussystem für nichts weiter als für eine Verfälschung der Lehre von der Volkssouveränität durch ihre eigenen Anhänger; der Konstitutionalismus hat durch das Zensussystem sein eigenes Prinzip verfälscht. Wir nehmen nicht das Prinzip der Volkssouveränität an, wir wollen aber noch viel weniger die Verfälschung annehmen, und ich bin sehr weit entfernt, die Verfälschung eines Prinzips einen konservativen Grundsatz zu nennen." Noch klarer und bestimmter sprach sich an dem gleichen Tage der Abgeordnete Moritz von Blanckenburg, der nahe Freund Bismarcks, aus: „Ich bekenne mich offen zu der Ansicht, daß das direkte Wahlrecht mir in vieler Beziehung besser erscheint als unser Dreiklassensystem. Das ist meine eigene Ansicht, und ich glaube auch nicht, daß ich damit ein konservatives Prinzip verletze. Ich habe wenigstens noch nie gehört, daß Zensus und indirekte Wahl konservative Prinzipien wären. Im Vergleiche mit unserem Wahlgesetz — dem Dreiklassensystem — glaube ich also, daß man sich der direkten Wahl des einzelnen Mannes eher anvertrauen kann als der Wahl, die auf Wahlmänner und Zensus basiert ist."

Derselben Ansicht ist bekanntlich auch Bismarck gewesen, der die Zensuswahlen immer grundsätzlich als antikonservativ verworfen hat. So hat Bismarck am 28. März 1867 das Klassenwahlsystem verächtlich bezeichnet als „ein theoretisch und praktisch im Grunde unhaltbares System, nach welchem wir hier gewählt sind, weil es verfassungsmäßig ist, und weil wir kein anderes haben, welches aber theoretisch in seinen Konsequenzen noch niemand zu verteidigen gesucht hat und noch niemand als ein konservatives Wahlsystem hinzustellen gesucht hat". Es mag in diesem Zusammenhang darauf

Digitized by Google

hingewiesen werden, daß Bismarck sich in den sechziger Jahren mit dem Plane getragen hat, das Klassenwahlsystem auf dem Wege eines Staatsstreichs mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht zu vertauschen! Freilich, wenn Bismarck seit 1862 sowohl für Preußen, als auch für Gesamtdeutschland Parlamente auf breitester demokratischer Grundlage erstrebte, so war es in der Hoffnung und Erwartung, in der arbeitenden Bevölkerung konservative und monarchisch gesinnte Hilfstruppen gegen das liberale Geldbürgertum zu gewinnen. Als später die Entwicklung der Sozialdemokratie in die entgegengesetzten Bahnen lenkte, hat Bismarck ja davon Abstand genommen, aus seiner theoretischen Abneigung gegen das Klassenwahlsystem praktische Konsequenzen zu ziehen. Aber noch 1896 hat er aus seiner herben Verurteilung des preußischen Wahlsystems, insbesondere der willkürlichen Klasseneinteilung nach dem Steuerertrag, kein Hehl gemacht.

Nach alle diesem erwäge man nun, wie Bismark sich heute, wo alle Zweifel an der nationalen Haltung der überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wie Seifenblasen zerplatzt sind, zu der Frage der Wahlreform stellen würde! Wir wollen nicht behaupten, daß er auf die Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts zurückkommen würde; ganz gewiß aber würde er der Arbeiterschaft von neuem ein weitherziges Vertrauen entgegenbringen und dieses Vertrauen durch ein Wahlrecht, das die Gesamtleistung der Arbeiterschaft für den Staat und die Gesellschaft gerecht und wohlwollend abmißt, in die Tat umsetzen. Wir hoffen, daß auch unsere Regierung und unsere Parteien sich im Sinne unseres Nationalheros auf diesen Standpunkt stellen werden. Friedrich Meinecke, von dessen Wahlrechtsaufsatz unsere Betrachtungen ausgingen, hat an anderer Stelle das geistvolle Wort geprägt: „Jetzt ist vom Kaiser und Reichskanzler bis zum Arbeiter herunter unausgesprochen der eine Gedanke in uns lebendig: da wir keinen Bismarck unter uns haben, so muß jeder von uns ein Stück Bismarck sein.“ Bleiben wir alle dessen eingedenk, so wird auch die kommende Wahlrechtsreform von dem großen Zuge Bismarckscher Staatsweisheit durchtränkt sein. Wahrlich, nichts Geringeres sind wir uns und unserem Volke schuldig!

Wilson und die Neutralen

Von Dr. Karl Albrecht Rub

Wilsons Note vom 21. Dezember, seine Botschaft an den Senat vom 22. Januar und die Botschaft an den Kongreß vom 3. Februar, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ansagte, haben einen gemeinsamen Grundzug: sie wenden sich an eine Liga von Nationen. Der Umkreis dieser Liga ist am weitesten in den Friedensaktionen: durch sie soll „der Frieden und die Gerechtigkeit in der ganzen Welt gewährleistet werden“. Denn „das Leben der ganzen Welt ist tief in Mitleidenschaft gezogen. Jeder Geist der großen Familie der Menschen hat die Last und den

Digitized by Google

Schrecken dieses noch nie dagewesenen Waffenganges gespürt. Keine Nation in der zivilisierten Welt kann tatsächlich als außerhalb seines Einflusses stehend oder als gegen seine störenden Wirkungen gesichert erachtet werden." (Note.) „In jeder Erörterung über den Frieden, der diesen Krieg beenden muß, wird es als zweifellos hingenommen, daß diesem Frieden irgendein bestimmtes Einvernehmen der Mächte folgen muß, welches es wirklich unmöglich machen wird, daß irgendeine Katastrophe, wie die gegenwärtige, jemals wieder über uns hereinbricht." (Botschaft vom 22. Januar.) — Der Umkreis dieser Liga ist am engsten in der Botschaft vom 3. Februar: „Ich nehme es als ausgemacht an, daß alle neutralen Regierungen denselben Weg einschlagen werden." Ohne die ähnlich gearteten Sätze der Note und der Botschaft an den Senat gäbe dieser Satz Anlaß zur Mißdeutung. Er könnte Zweifel an der Ehrlichkeit der Friedensbemühungen aufkommen lassen. Denn der Anschein wäre der, daß sich Wilson zu derselben Zeit mit den neutralen Mächten über den gemeinsamen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland verständigte, als diese Bemühungen im Gange waren. Ist dieser Anschein begründet? Die Antwort auf den Sinn der diplomatischen Schritte des Präsidenten gibt zunächst der Staatswissenschaftler Wilson.

Wilsons „Staat" (deutsch in Hermann Hillgers Verlag 1913) nimmt zu dem Grundproblem, ob die individualistische oder die sozialistische Gesellschaftslehre im Rechte ist, folgendermaßen Stellung: Wilson erblickt den Hauptunterschied der antiken und modernen Staatsauffassung darin, daß nach der ersteren die Menschen den Zwecken des Staates dienen, nach der letzteren hingegen der Staat ein Organ der Gesellschaft ist, also den Zwecken der Bürger dient. Allein der Unterschied dieser beiden Grundanschauungen ist nach Wilson mehr ein theoretischer als ein praktischer. Tatsächlich sind die Aufgaben des Staates durch den Wandel der politischen Anschauungen wenig berührt worden. „Die Regierung tut heute, was ihr die Erfahrung erlaubt oder was die Zeit verlangt. Sie regelt Handel und Verkehr, das Arbeitswesen, das Schul- und Gesundheitswesen, kurz alles, was die Macht des einzelnen übersteigt und wodurch die Kräfte der Bürger zusammengefaßt werden. In diesem Sinne müssen wir uns heute alle als Sozialisten betrachten." Den eigentlichen Sozialismus lehnt jedoch Wilson entschieden ab, seine Forderungen sind verkehrt und nicht realisierbar. Aber auch der moderne Individualismus zeigt große Gefahren. „Die moderne Organisation der Industrie hat die Konkurrenz so verschlimmert, daß zuweilen einige Wenige die Macht in Händen haben, um die Vielen zu unterdrücken, daß sich die Reichen und Starken gegen die Armen und Schwachen vereinigen. Sie hat dem Bibelwort, daß dem gegeben wird, der viel hat, und dem genommen wird, der wenig hat, eine furchtbar materielle Bedeutung verliehen." „Alle Kombinationen, die notwendigerweise Monopole schaffen, die unerläßlichen Mittel der industriellen oder sozialen Entwicklung in der Hand von Wenigen zu vereinigen, und diese Wenigen selbst, die nicht von der Gesellschaft ausgewählt wurden, sondern durch glückliche Umstände zu ihrer

Digitized by Google

Macht gelangt sind, müssen unter die mittelbare oder unmittelbare Kontrolle der Gesellschaft gestellt werden. Der Gesellschaft allein kommt die Macht zu, ein Monopol zu besitzen. Sie kann es nicht dulden, daß einzelne ihrer Mitglieder eine solche Macht zu Befolgung ihrer Privatzwecke, unabhängig von scharfer Kontrolle und Beaufsichtigung, erringen."

Wilsons Anrede an eine Liga von Nationen ist aus dieser Gesellschaftslehre folgerichtig zu entwickeln.

Außerdem aber auch aus der Eigenart der Mentalität des Amerikaners.

Ich greife, um das zu veranschaulichen, aus dem kleinen Buche von Artur Holitscher „Das amerikanische Gesicht" (S. Fischer. Berlin) die Schilderung einiger Eindrücke heraus, die der Verfasser aus amerikanischen Schulen mitgenommen hat.

„Allmählich leuchtet mir der Zusammenhang zwischen Politik und Volksschule ein. Ich lerne verstehen, auf welche Art das amerikanische Kind für das öffentliche Leben vorbereitet wird, daran es teilnehmen wird, wenn es erst erwachsen ist. Ich sehe, dies ist nicht nur eine Fortsetzung des Geschichtsunterrichts bis in die Gegenwart, sondern dies ist der wahre Geschichtsunterricht. Ich sehe, was in Amerika Nationalgefühl heißt und wie dieses geweckt wird. Ich sehe, man muß nicht mit und vor den Merowingern anfangen, um dem Kind klarzumachen, daß es einer großen Nation angehört. (Nicht einmal mit den Puritanern!) Ich sehe deutlich die Grenzlinien zwischen dem Nationalgefühl und dem Gefühl für die Menschheit."

„In einer Schule läßt Miß Kellog die Kinder niedersitzen, und jetzt müssen sie einzeln aufstehen, nach Nationalitäten, dann, um zu zeigen, wie viele noch in der alten Heimat, wie viele schon herüben geboren sind. Von den fünzig sind nur zehn in Amerika geboren, die anderen kamen vor nicht langer Zeit. Zwei deutsche Kinder sind unter den fünfzig, die andern sind Böhmen, polnische Juden, Litauer, Serben, Griechen, Irländer, Sizilianer. Wie sie alle wieder sitzen, tritt Miß Kellog vor und ruft laut in den Schulsaal hinein: „Und nun, Kinder, sagt, was sind wir alle?" Die Kinder springen auf, als wäre ein elektrischer Schlag in sie gefahren, die hellen Stimmen jauchzen und schreien und jubeln auf „Americans!"

„Wir lesen mit den Kindern viele politische Artikel," sagt die Lehrerin. „Finde ich einen politischen Vorgang in einem sozialistischen Blatt gerechter und freier behandelt als in einem anderen, so lesen wir, die Kinder und ich, den Artikel aus dem sozialistischen Blatte vor . . ." Ich sehe schon: die amerikanische Schule ist keine Anstalt, in der die Kinder mit allerhand Gelehrsamkeit vollgestopft werden, die sie später nicht brauchen können, ja verschwitzen müssen, um Menschen zu werden. Sie ist ein Werkzeug, mit dessen Hilfe aus den Kindern Amerikaner, d. h. politische Wesen, d. h. Weltbürger gemacht werden. Aller fremden Nationen Kinder kommen in diesen „Schmelztiegel" hinein, aus dem das harte Metall der Zukunft Amerikas, die die Zukunft der Welt ist, hervorsteigen wird. Aller unterdrückten Völker Kinder, den russischen Juden,

Digitized by Google

Polen, Irländern, Böhmen, Finnen, wird hier beigebracht, daß sie Menschen mit Rechten sind. In ihrer alten Heimat haben sie dies nicht gewußt, ihre Eltern haben es in der neuen auch nicht mehr lernen können. Diese Wissenschaft ist, glaube ich, mindestens ebenso wichtig, wie das Einmaleins und das Alphabet. In den Kindern wird das Bewußtsein, die Lehre: Ihr seid Menschen und habt Rechte, zugleich mit dem Bewußtsein und der Lehre: Ihr seid Amerikaner! entfacht und erhitzt. Und auf einmal heißt es in diesen kleinen Gehirnen: Menschrecht ist — Amerika!"

Man braucht nicht von dem Gefühl für Unabhängigkeit und Stärke zu sprechen, das von solcher Erziehung her mit dem Amerikaner aufwächst. Jeder dieser Sätze läßt begreifen, daß es keine Phrase ist, wenn Wilson an die (gedachte) Gesamtheit der Menschen oder an einen (gedachten) Bund der Neutralen sich wendet. Das Macht- und Weltbewußtsein der Stahl- und Eisenmagneten findet darin seinen entsprechenden Ausdruck. Dieser Ausdruck scheint rein ideologisch zu sein, aber seine Voraussetzungen sind real. Nur sind die Folgerungen so weit gezogen, daß sie Maß und Grenze verlieren. Die „Stampa" hatte recht, als sie am 31. Januar schrieb:

„Wilsons Note bezeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte der Beziehungen zwischen Europa und Amerika. Die von Wilson beliebte Sprache erinnert an die Ausdrucksweise des weltbeherrschenden Rom; es ist die Sprache eines Staatsoberhaupts, mit dem nunmehr sämtliche Nationen des Erdballs zu zählen haben werden. Er spricht wie einer, der weiß, daß er sich über die Europa zerfleischenden Leidenschaften und Interessenkämpfe mit gelassener Erhabenheit hinwegsetzen kann. Wir möchten nicht gerade behaupten, daß dieses epochemachende Faktum des erstmaligen Eingreifens Amerikas in Europas Lebensinteressen mit prokonsularer Ausdrucksweise ein erfreuliches Ereignis darstelle."

Der Gegenschatz zwischen Wirklichkeit und Idee, zwischen Wollen und Können, der damit sich ausspricht, hat sein Gegenstück in dem Widerspruch zwischen der Theorie des Staatswissenschaftlers Wilson und der Praxis des Präsidenten.

Der Staatswissenschaftler Wilson hatte gefordert: „Die Regierung tut, was ihr die Erfahrung erlaubt oder was die Zeit verlangt." Ein anderes Mal: „Ein jedes Volk, eine jede Nation muß sich streng an die Richtlinien der eigenen Erfahrung halten. Nationen können sich ebensowenig wie Individuen Erfahrungen anderer leihen." Der Politiker Wilson schließt von der Berechtigung des Schrittes, den er im Namen Amerikas unternommen hat, auf die Notwendigkeit der neutralen Staaten, diesen Schritt mit ihm zu tun. So geschieht das Merkwürdige, daß die europäischen Neutralen den Präsidenten der Vereinigten Staaten an eines der ersten Axiome der praktischen Politik erinnern müssen: daß, was für den einen Staat zweckmäßig oder notwendig ist, es für einen anderen noch lange nicht zu sein braucht.

Wilsons Friedensnote fand weiten und lauten Widerhall bei den Neutralen, denn auch er hatte wie der Reichskanzler „die Menschheitsfrage des Friedens" gestellt. Auch die Botschaft an den Senat begegnete in den Kreisen der Neutralen darum unmittelbarer und lauter Zustimmung. Um ein paar Beispiele anzuführen:

Digitized by Google

„In ihrem praktischen Kern, in der Mahnung an die Völker, nicht bis zum Verbluten zu kämpfen, liegt ein kluges und praktisches Wort, das wenigstens von den Neutralen lebhaft begrüßt werden muß." („Stockholms Dagblad".) — Wilson hat der Friedensdiskussion neue und starke Anregungen gegeben." („Gotenburger Handelszeitung".) — „Alles in allem hat der Präsident Ursache, sich durch den Empfang, den seine Friedensrede gefunden hat, ermutigt zu fühlen. Eine Aussicht, die Feindseligkeiten zum Stillstand zu bringen, liegt wohl jetzt noch nicht vor. Aber vorläufig strebt Wilson doch nur darnach, einen Meinungsaustausch zwischen den kriegführenden Mächten über Friedensziele und Friedensbedingungen in Gang zu setzen. Und hierin ist er schon ziemlich weit gekommen." („Politiken".) — „Wilsons Rede muß zu den großen Ereignissen in der Entwicklung der Weltorganisation gerechnet werden ... Seine Losung, die Völker zu „sammeln," gilt auch uns ... Wilsons Völkerbund hat gegenüber dem ähnlichen Versuch von 1814 doch den großen Vorteil, daß er nicht aus den siegreichen Verbündeten des Augenblicks bestehen wird, sondern aus allen Staaten, auch den jetzigen neutralen. Die Organisation der Welt mit einer gemeinsamen Polizeimacht gehört zu den Perspektiven der praktischen internationalen Staatskunst. Und unsere Regierung und Volksvertretung werden, natürlich vorsichtig, doch auch zielbewußt, für ihren Teil an dieser Verstärkung der Deiche nach dem Sturm mitzuwirken haben." („Nieuwe Rott. Cour.") — „In Wilsons Botschaft findet man Dinge von fast unschätzbarer Bedeutung. Der Staatenbund zur Behauptung des Weltfriedens ist von heute ab in das Stadium der praktischen Ausführbarkeit eingetreten." (Nieuws v. d. Dag.") — „Die Botschaft ist ein welthistorisches Dokument und zweifellos eines der folgenschwersten Aktenstücke, die seit Beginn der Kriegswirren eine Kanzlei verlassen haben. Seine größte Bedeutung liegt darin, daß Präsident Wilson an dem Rechte Amerikas zur Intervention unbedingt festhält und daß er dem Kriege selbst Einhalt gebietet, indem er erklärt: „Der Friede muß ein Friede ohne Sieg sein ..." Das Begehren der Botschaft, an der Schaffung des dauerhaften Friedens aktiv mitzuwirken, schafft ein vollständig neues Völkerrecht. Sie ist auch in der Darlegung der Grundlagen dieses Friedens von so weittragender Bedeutung, daß diese unmöglich sofort in allen Konsequenzen erfaßt werden kann." („Vaterland".) — „Das Dokument, in dem Präsident Wilson neuerdings Stellung nimmt zu der Weltfrage, wie der jetzige Krieg beendet und das neue Europa organisiert werden könne, ist von stärkster Eindringlichkeit. Die Faktoren, die diesen Krieg beherrschen, die Stützen, auf denen das neue Europa nach der Auffassung amerikanischer Staatsmänner ruhen muß, sind mit ungewöhnlicher Kraft aus dem ungeheuren Fragenkomplex dieses Kriegsgeschehens herausgehoben und in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt, die Präsident Wilson weiterführen will." (Zürcher Post). — „Schon nach den Andeutungen der Botschaft an den amerikanischen Senat kann man kühnlich behaupten, daß der angebliche Theoretiker und Pazifist ein sehr kluges Mittelprogramm vorgezeichnet hat; wenn überhaupt irgendwelche Aussichten bestehen, einen Vermittelungsfrieden durchzusetzen, dann ist der Weg gefunden. Lassen wir uns nicht dadurch täuschen, daß Wilson so viel Wert auf eine pazifistische Begründung seines Eingreifens legt, das muß er tun, denn damit befestigt er in der Union seine Stellung gegenüber einer wesentlich zur Entente orientierenden öffentlichen Meinung, vor allem aber kann er nur dadurch das moralische und politische Mandat zu seiner Intervention finden." („Basl. Nat.-Ztg.") — „Indem Wilson die Freiheit der Meere fordert, kann er sich auf einen von Lord Grey bereits zugestandenen Grundsatz berufen: er beruhigt alle Neutralen, die sich ihm gewiß nur sehr fest anschließen werden, wenn sie die Zeichen der Zeit, ihr eigenes wie das Menschheitsinteresse verstehen, und er erfüllt damit eine Hauptforderung Deutschlands, jene, die für das Kaiserreich so wichtig ist, daß alle seine anderen Kriegsziele davor zurücktreten müssen und können." („Basl. Nat.-Ztg.")

Digitized by Google

Der „Statist“ drückte also in seinen Äußerungen vom 4. Februar bereits die Stimmung der Neutralen aus, wenn er schrieb: „Ein amerikanisches Eingreifen ist durchaus nicht wünschenswert. Wie die Dinge liegen, würde es im Gegenteil im Interesse aller Kriegführenden und Neutralen besser sein, wenn die Vereinigten Staaten neutral blieben und sich darauf vorbereiteten, die Dienste zu leisten, die alle Kriegführenden beim Ende der Feindseligkeiten dringend nötig haben werden; denn alle Welt wird an Lieferungen fast jeder Art den dringendsten und größten Bedarf haben.“ Diese Ausführungen decken sich mit denen, die „Aftonposten“ am 4. Februar gebracht hat: „Für diejenigen Staaten, die noch neutral sind, wird es selbstverständlich in hohem Grade die Lage erschweren, daß die Vereinigten Staaten mit in den Weltkonflikt hineingezogen werden.“ Fast ebenso einmütig, weil nicht minder folgerichtig, war die Ablehnung, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu einer gemeinsamen Angelegenheit aller Neutralen zu machen. Am 5. Februar schrieb der „Nieuwe Rott. Cour.“: „Die Lage der Neutralen ist, nachdem Amerika ihre Reihen verlassen hat, erheblich geschwächt.“

Wilsons Vorgehen mußte, wenn man nicht seinen Voraussetzungen und Ursachen nachging, bei den Neutralen die Wirkung auslösen, der „Aftonbladet“ am 7. Februar Ausdruck gab: „Man wird in den neutralen Ländern Europas niemals die Psyche eines mächtigen Herrschers — ein solcher ist Amerikas Präsident — verstehen, der an einem Tage zum Frieden mahnt und am anderen die Riesentrommel zum Krieg schlägt.“ Wieder hatte eine englische Zeitung, die „Times“, am 6. Februar richtig vermutet: „Washington tut klug daran, keine übertriebenen Hoffnungen auf diesen Schritt zu setzen, denn es gibt Neutrale und Neutrale. Sie alle mißbilligen zwar eine Handlungsweise, welche die ersten Grundsätze von Recht und Menschlichkeit verletzt, sowie Leben und Eigentum ihrer Bürger direkt bedroht. Aber die Lage der südamerikanischen Neutralen, wie Brasilien und Chile, ist völlig verschieden von derjenigen der europäischen Neutralen, deren Gebiet direkt von den deutschen Armeen betreten werden kann.“ „Die Lage Spaniens ist in vieler Hinsicht anders als die der Nachbarn Deutschlands. Aber in keinem verantwortlichen Teil der spanischen öffentlichen Meinung fand sich bisher der Gedanke, daß man von der strikten Neutralität abweichen solle.“

Die „Times“ hat mit diesen Äußerungen einen der Gründe (wohl den hauptsächlichen Grund) für die Ablehnung des amerikanischen Vorschlags durch die Neutralen bezeichnet. Diejenigen Gründe, die in der Presse der Neutralen selbst folgten, bezeugen das Mißtrauen, das die Neutralen dem Vorschlag Wilsons als einer Angelegenheit rein amerikanischen Interesses entgegenbrachten. Dem dänischen „Sozialdemokraten“ liegt Wilsons Schritt in der Richtung, die die amerikanische Politik in der Behandlung Englands Deutschland gegenüber während des ganzen Krieges verfolgt hat. Eine größere Reihe von Zeitungen sieht in dem Abbrechen der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland die erste kriegerische Vorbereitung Amerikas gegen-

Digitized by Google

über Japan (was die deutsche Publizistik mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung behandeln müßte). So „Berner Tagblatt": „Schon längst hat Amerika erkannt, daß eine Abrechnung mit dem Inselreich kommen werde. Allein es hat Angst, die Katastrophe heraufzubeschwören, versäumt, sich zu rüsten. Man dürfe den mongolischen Gegner nicht reizen — war die Weisung, die Herr Wilson noch dieser Tage an einige Staaten der Union richtete, die sich anschickten, die Einwanderung der Japaner wieder einmal zu unterbinden. Es muß unbedingt damit rechnen, daß Japan unter Umständen im Trüben zu fischen versucht und muß nun mit aller Macht auf diese Eventualität hin rüsten." — Der schwedischen Zeitung „Nya Daglight Allehanda" hatte ein aus Amerika kommender Dr. L. folgende vertrauliche Mitteilung gemacht: „Seit Japan begonnen hat, China zu vergewaltigen, haben die Vereinigten Staaten mit England einen bindenden geheimen Vertrag abgeschlossen, daß sie nach dem europäischen Kriege gemeinsam die ostasiatische Frage lösen wollen. Als Ersatz dafür haben die Vereinigten Staaten England große positive Versprechen gemacht. Vom amerikanischen Standpunkt aus hat also Wilsons eigenartiger Beschluß eine gewisse Berechtigung. Der ganze Gedankengang des Präsidenten ist ja der Hauptsache nach, sämtliche europäische Staaten zu einem gemeinsamen Auftreten gegen jeden Friedensstörer zusammenzuschließen. Der Zweck dieses Vorschlages ist, daß in dem künftigen japanisch-amerikanischen Konflikt sich Europa durch Vertrag gebunden fühlen soll, eine für Amerika wichtige Lebensfrage lösen zu helfen. Man ersieht hieraus, daß die Interessen der Neutralen keineswegs zusammenfallen." Das Blatt gibt diese Aufklärung mit allem Vorbehalt wieder, meint aber doch: „wenn man die ungeheure Bedeutung des chinesischen Absatzgebietes für Amerika kennt und weiß, daß Amerika nur mit Englands Hilfe hoffen kann, Japan das Übergewicht zu entreißen, das es jetzt an sich bringt, so sieht man ein, daß es für Amerika eine Lebensfrage ist, auf Englands künftigen Beistand rechnen zu können. Für dieses amerikanische Interesse, das wahrscheinlich die Industriemagnaten der Vereinigten Staaten als das der Menschheit betrachten, hat der Idealist Wilson den neutralen Kleinstaaten Europas zugemutet, Leben und Blut zu wagen." Damit wird eines der Motive für Amerikas Politik wiederholt, das im Berner „Intelligenzblatt" schon am 5. November im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zu der Friedensaktion Wilsons ausgesprochen wurde: „Japans Stern ist in einem für den amerikanischen Nachbarn auf den Philippinen besorgniserregenden Steigen begriffen, und keine eigene Gewähr verbürgt dem Präsidenten zu Washington, daß die Union dieser Gefahr gewachsen sein wird. Wohl macht man Vorschläge zur Errichtung eines amerikanischen Volksheeres, allein das Beispiel Deutschlands vor hundert Jahren und dasjenige Englands im Weltkriege beweisen, daß solche Änderungen von Grundanschauungen nur in Augenblicken höchster Gefahr zu erreichen sind. Amerika bedarf für seinen Kampf gegen Osten der Kräfte des alten Europa. Mit dieser Erkenntnis aber ist die andere verbunden,

Digitized by Google

daß sein vollständiges Zermürben dieser Kräfte im Kampfe unter sich selbst für die Union sich zum Nachteile auswachsen kann." Auch die neutralen Staaten waren bereits durch die Note des Präsidenten Wilson vom 22. November auf die Folgerung vorbereitet, die die Vereinigten Staaten ziehen würden, wenn Deutschland die Ablehnung seines Friedensangebots mit einer schärferen Handhabung seiner U-Bootwaffe beantwortete. Denn in dieser Note steht der Satz, mit dem Wilson, ohne es auszusprechen, für eine gemeinsame Aktion der neutralen Staaten eintritt: „Die Anregung gehe von dem Vertreter einer neutralen Nation aus, deren Interessen durch den Krieg ernstlich in Mitleidenschaft gezogen worden sind und deren Interesse an einer baldigen Beendigung des Krieges sich daraus ergibt, daß sie offenkundig genötigt wäre, Bestimmungen über den bestmöglichen Schutz ihrer Interessen zu treffen, falls der Krieg fortdauern sollte."

Trotzdem kam der unvermittelte Abbruch der Beziehungen den neutralen Staaten überraschend. Nur so erklären sich ja Sätze des „Aftonposten" vom 7. Februar: „Wir wären gern dabei, wenn Wilson zum Frieden mahnte, nicht aber, wenn er jetzt eine Woche nach seiner Friedensbotschaft einen Schritt unternimmt, der bisher stets eine Vorbereitung für einen Krieg war. Darauf hat Norwegen nur ein bestimmtes Nein zur Antwort."

Wilsons Vorgehen ist aus Anlagen dieses Staatsmannes und dem Wesen des amerikanischen Geistes folgerichtig zu verstehen. Das Schauspiel, das sich demnach bietet, ist das eines Mannes, dem Ideal und Wirklichkeit zu vereinigen nicht gegeben ist. Wir wußten es aus der Geschichte, wie selten die Staatsmänner sind, die die idealen Forderungen des Staatslebens mit den Gegebenheiten zu vereinigen wußten. Wir erleben es an Wilson und seiner Entwicklung vom Staatswissenschaftler zum Friedensvermittler und zum Staatsmann, der brüsk den Abbruch der diplomatischen Beziehungen erklärt hat, von neuem.

Der Einfluß Japans im Fernen Osten

Von einem ostasiatischen Deutschen

England hat sich während des Krieges einen viel größeren handelspolitischen Feind im Fernen Osten herangezogen, wie es Deutschland jemals vor dem Kriege war. Während England noch auf der Pariser Handelskonferenz alle nur denkbaren Mittel aussinnt, um nach dem Krieg den deutschen Handel auszuschalten, während der australische Premierminister Hughes in England einen allgemeinen Schutz- und Strafzoll nach dem Krieg predigt, überflutet Japan die chinesischen, indischen, australischen und holländisch-indischen Märkte mit seinen Waren. So schreibt ein englisches Blatt, „The Far-Eastern Review": „Japan läßt keine Chancen vorübergehen. Es nimmt jede Gelegenheit wahr, seine Herrschaft über China zu festigen, und das selbst auf Kosten einiger

Digitized by Google

seiner Alliierten. In vielen Beziehungen ist es rücksichtslos in die Rechte anderer eingetreten. Wenn dieser Krieg vorüber ist, wird der Tag der Abrechnung kommen, und der Mittelpunkt des Interesses wird von Europa nach Ostasien wandern. Das ist unvermeidlich, und diese Situation in ihrer ganzen Größe wird auch jetzt schon nur noch von dem Krieg verdunkelt." (N. O. 20. Nov. 1916.) Der Verkehr auf den rasch verödeten Hochwegen auf dem Indischen und Stillen Ozean fiel mühelos der japanischen Flagge zu, und die Erzeugnisse der japanischen Industrie, die vor dem Kriege oft scharfe Kritik zu bestehen hatten, fanden aufnahmefähige Märkte, an denen fast aller Wettbewerb ausgeschaltet war. Dazu kamen mit der unerwartet langen Dauer des Krieges aus Europa riesige Aufträge der Verbündeten auf Kriegslieferungen aller Art, namentlich des industriell wenig leistungsfähigen Rußland.

Der Goldbestand der Japanischen Bank belief sich Ende März 1916 auf 1022 Millionen Mark. Hiervon lagen 642 Millionen in England und 92 in Amerika, so daß Japan in Ausland im normalen Zeiten einen starken Kredit genießt. Seine 4½ %-Anleihe steht in London auf 95. Die lokale Geldnachfrage in Japan hat allerdings den Zinssatz für täglich kündbare Depositen auf 2 Sen per Tag oder auf 7 % pro Anno erhöht.

Japans Ausfuhr von 1915 im Wert von 1416 Millionen Mark übertraf das bisher in seiner Handelsgeschichte blühendste Jahr 1913 um 76 Millionen, und eine Abnahme in der Einfuhr von 394 Millionen Mark ergibt eine zugunsten Japans ausfallende Handelsbilanz von 352 Millionen Mark, während es noch im Jahre 1915 eine Unterbilanz von 334 Millionen Mark aufwies.

Die japanischen Investierungen erreichten innerhalb 18 Monaten 1915—1916 den Betrag von 1109 Millionen Mark. Weit voran in dieser Summe steht unter allen Geschäftszweigen die verarbeitende Industrie mit 355 Millionen Mark. Die Investierungen während des ersten Halbjahres 1916 haben fast die Höhe derjenigen während des ganzen Jahres 1915 erreicht, die Kapitalserhöhungen sogar den Betrag nicht unbeträchtlich überschritten. Da eine Abschwächung während des ersten Halbjahres 1916 nicht eingetreten ist, so wird man die Investierungen während des vollen Jahres 1916 mit 1 Milliarde Mark annehmen können. (N. O. 20. Nov. 1916.)

Der Schiffsbau Japans weist für die Periode 1910—1914 einen jährlichen Durchschnittstonnengehalt von 48 221 Tonnen auf, dem gegenüber für die Jahre 1915 und 1916 289 450 Tonnen stehen.

Japans Einfluß auf Australien. In Australien beschäftigen sich jetzt alle Volksschichten mit Japan. Ein bedeutender Stimmungswechsel ist eingetreten. Vor dem Kriege fürchtete man Japan. Heute findet man allgemein, daß die Konzentration der australischen Marine in Ost und West Japans Freundschaft wertvoll macht. Ein eifriger Verfechter der gesetzlichen Verhinderung feindlicher Einwanderung sagt: „Wie kann ich mich weigern, die Japaner als Freunde zu behandeln? Die Dinge können

Digitized by Google

nicht mehr so bleiben wie früher. Jeder einzelne Mensch sagt das frei und laut. Schon haben die japanischen Fabrikanten ihre Ausfuhr nach Australien vervierfacht; Schiffe, die früher durchschnittlich 450 Tonnen von Japan brachten, bringen jetzt 2500. Die Japaner haben einen großen Kundenkreis ehemals amerikanischer, britischer, deutscher und französischer Exporteure gekapert. Die billigen Arbeitslöhne ermöglichen es dem orientalischen Fabrikanten, über die Schutzzölle nur zu lächeln, wenngleich insgeheim. Und warum? Weil Japan auf einem Handelsvertrag mit Australien besteht, der den japanischen Waren die Meistbegünstigung zugestehen soll. Japan will mit seiner Forderung zunächst seine Handelsbeziehungen mit Australien stützen. Das wird nur sympathisch begrüßt werden. (Daily Chron.).

Japan erobert den indischen Baumwollmarkt. Ernste Anzeichen der Unzufriedenheit in Indien über die Zunahme der Einfuhr fertiger Waren von Japan. „Indiaman" schreibt: „Durch die eingetretene Preissteigerung des Rohmaterials und den Ausfall von fertigen Garnen an ihren bisherigen besten Kunden, Japan, wird die indische Baumwollgarn-Industrie schwer getroffen. Nicht nur hat Japan bereits 75 % der gesamten Rohbaumwoll-Ausfuhr Indiens an sich gerissen, sondern mit rund 670 000 Ballen hat es in den letzten 5 ½ Monaten seine im Verlauf des ganzen vorhergehenden Jahres gemachten Bezüge um ein Drittel übertroffen. Die Lage Indiens verschlimmert sich auch dadurch, daß Japans Einfuhr von fertigen Baumwollwaren stark im Wachsen begriffen ist und die Konkurrenz indischer Fabrikate ernstlich gefährdet. Allem Anschein nach kann Japan sein Rohmaterial zu hohen Preisen aus Indien beziehen, kann es zu Garn und Tuch verarbeiten und dann mit der fertigen Ware die Preise der indischen Manufaktur unterbieten. Es ist höchste Zeit, diese Zustände eingehend zu untersuchen, denn es ist unzulässig anzunehmen, daß hohe Arbeitslöhne in Indien oder Unfähigkeit die Schuld daran tragen." Was wird die Handelskonferenz nach dem Krieg zu der Gastfreundschaft sagen, die Indien Japan gewährt? Indische Politiker, selbst die loyalsten, beklagen sich mit Recht, daß das britische Parlament sich in Fragen von handelswirtschaftlichen Verträgen mit Japan und anderen Handelskonkurrenten so verhält, als ob ein Land wie Indien überhaupt nicht existiere und nicht zu dem großen britischen Weltreich gehöre.

Wie Indien sich auch durch den Ausfall des deutschen Handels, der sich vor dem Krieg auf 700 Millionen Mark belief, geschädigt fühlt, darüber äußert sich dieselbe Zeitung: „Ganz Indien würde stöhnen, wenn der deutsche Handel Indien dauernd entzogen würde."

Wie England seinen Handel vor dem Krieg durch Deutschland bedroht sah, wird ihm nun das Gleiche im Fernen Osten zuteil, wo Japan der große Konkurrent Englands werden wird und Zustände geschaffen werden, welche England in die Gefahr eines neuen Handelskrieges stürzen. Es wird sich darin herausstellen, ob Japan in Wirklichkeit nicht ein viel gefährlicherer Feind Englands wird, als Deutschland es je

Digitized by Google

gewesen ist. Es wird sich dann auch herausstellen, ob Deutschland schon vor dem Kriege der niederträchtige Konkurrent Englands war, zu dem es ihn erst wenige Monate nach Kriegsausbruch gestempelt, vor allem wird sich aber schon vorher erweisen, ob England nicht eher und lieber mit Deutschland unter gewissen Handelsbedingungen den Handelskampf gegen die gelbe Rasse aufnimmt, als sich in Japan einen zweiten, immer handelsmächtiger werdenden Feind großzuziehen.

Bezeichnend für die Methoden, welche Japan z. B. in Indien für seine handelspolitische Machtentfaltung anwendet, ist die Tatsache, daß während die Anzahl der in Indien weilenden Japaner im Vergleich zu denen von ihnen dort erzielten Erfolgen ganz gering ist, die japanische Regierung seit Jahren sich geeignete Inder kommen ließ, sie erzog und ausbildete, und sie dann nach Indien entsandte, um die japanische handelspolitische Propaganda bei den Indern durch ihre eigenen Landsleute zu betreiben. Darüber hinaus geht auch die fortschrittliche Richtung Japans auf geistigem Gebiet, was Indien anbetrifft, aus dem Umstande hervor, daß Sir Rabindranath Tagore, Indiens bedeutendster moderner Dichter und Philosoph, aufgefordert wurde, im Juli dieses Jahres Japan zu besuchen. Dort äußerte er sich laut „Manchester Guardian“ u. a. wie folgt:

„Die Japaner haben bemerkenswerte Fortschritte gemacht, doch würde Indien, wenn ihm die Gelegenheit geboten wäre, dies ebenso gut tun. Wir stehen der japanischen Intelligenz nicht nach; wenn wir vielleicht nicht dieselbe handwerksmäßige Geschicklichkeit besitzen, so stehen wir höher in geistiger Veranlagung. Den Japanern stand es frei, sich selbst zu bilden und ihre jungen Leute auf alle Universitäten der Welt zur Ausbildung zu schicken, doch jeder Inder fühlt es und jeder aufrichtige Erforscher Indiens muß zugeben, daß die Engländer es nützlich erachteten, uns schwach zu halten und unseren Bildungsdrang zu unterdrücken. Sie sehen uns ungern in den Laboratorien Wissen erwerben. Das Tata-Institut ist ein Beispiel hierfür. Hier glaubten wir, daß für Indien endlich die Gelegenheit gekommen wäre, aber die Regierung hat die Kontrolle hierüber unternommen und diese Gründung zunichte gemacht, und damit ist für uns diese glänzende Gelegenheit verschlossen und wertlos. Der Krieg kommt und England sagt uns: Organisiert Eure Industrie, stellt die von uns benötigten Dinge her. Das ist lachhaft, denn es hat beständig und nachdrücklich gestrebt, unsere ökonomische Entwicklung zu unterdrücken und einzuschränken. Ein Versuch, uns selbst zu erziehen und auszubilden, ist hoffnungslos für uns. Die britische Regierung in Indien ist so vollkommen organisiert, daß sie all solches Streben hinfällig macht. Doch ist das ebenso schlecht für sie als für uns. Wenn eine Nation eine andere in Abhängigkeit erhält, wenn ihre Autorität so vollkommen und vollständig ist, daß sie ihren eigenmächtigen Willen leicht und ohne Anstrengung ausführen kann, so untergräbt sie ihre eigene Freiheitsliebe, ihre eigene Stärke, ihre eigene moralische Kraft. Sie kommt zu der Erkenntnis, wenn sie in Konflikt mit einer mannbaren Nation gerät.“

Digitized by Google

Streiflichter zur Weltlage III

(13. Februar 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

In ihrer Korrespondenz mit Melchior Grimm, der bekanntlich auch mit Friedrich dem Großen korrespondierte, macht die Kaiserin Katharina gelegentlich (22. April 1791) die folgende scharfsinnige Bemerkung: „Il n'y a rien de si mauvais que d'avoir le malheur de se tromper dans ses principes; tout dépend de là et c'est ce qu'on appelle partir du pied gauche, mais cela prouve qu'on n'a pas de jugement." (Nichts ist so schlimm, als das Unglück zu haben, im Irrtum in seinen Grundsätzen zu sein; alles hängt davon ab, es ist das, was man mit dem linken Fuß antreten nennt, aber das beweist, daß man kein Urteil hat.) Man könnte diesen Satz als Motto über die letzten Wilsonschen Kundgebungen setzen. Wenn einmal die Bilanz der Präsidentschaft Wilsons gezogen wird, muß sie ein ungeheures Niedergehen des moralischen Ansehens der Vereinigten Staaten und wie wir vorauszusehen glauben, auch seiner Machtstellung in der Welt ergeben. Der tertius gaudens dieses Weltkrieges wird Amerika nicht sein. Diese Rolle spielt mit unleugbarem Geschick Japan. Man spricht zu Unrecht von der japanischen Sphinx. Ziele und Politik, die Japan von Anbeginn des Krieges an verfolgt hat und jetzt unter dem Ministerium Terauchi weiter verfolgt, liegen so klar zutage, daß niemand sich darüber täuschen kann. Es hat die Hut des Großen Ozeans übernommen, um England aus einer Sphäre fernzuhalten, in der es ein sehr lästiger Konkurrent war, und mit Rußland Verträge abgeschlossen, deren Folge nicht nur die völlige Verdrängung des Zarenreiches aus den asiatischen Gewässern sein muß, sondern zugleich eine Umzingelung Chinas von Norden her, von Gebieten ausgehend, die vor der großen antideutschen Verschwörung unbestrittene russische Einflußsphären waren, und bestimmt schienen, den Zielen zu dienen, die Japan jetzt erreicht hat. Nebenher aber geht Japan darauf aus, Amerika zur Anerkennung der Rechte japanischer Einwanderer zu nötigen und ihm Hawai und vielleicht auch die Philippinen abspenstig zu machen. Sollten die Vereinigten Staaten wirklich die Torheit begehen, Flotte und Truppen für den europäischen Kriegsschauplatz zu verwenden, so ist Japan wohl sicher zu erreichen, was es erstrebt, und welches dann die weiteren Aufgaben sind, die es sich stellt, können wir der Phantasie unserer Leser überlassen: die Führung Asiens, Neu-Seeland und Australien als Kolonisationsgebiet, die großen Sundainseln — das alles würde eine Machtfrage sein, wenn erst Japan stärker geworden ist als die heutigen Herren dieser entlegenen Gebiete. Die Grundsätze und die moralischen Beweggründe, mit denen heute unsere Feinde prunken, und die hohen Ideale der Wilsonschen Staatsphilosophie werden Japan gewiß nicht fehlen, wenn es einmal daran gehen sollte jene Aufgaben zu lösen. Der Tag, an dem das geschehen wird, mag noch fern liegen

Digitized by Google

vielleicht aber näher, als jetzt wahrscheinlich und möglich scheint. Die Welt liegt im Fieber, und ihr Puls geht schneller als in gesunden Tagen. Es ist daher keineswegs sicher, daß das sonderbare Spiel, das Amerika seit der Beseitigung von Diaz in Mexiko spielt, eine Intrige bleibt, in der es allein handelnd auftritt. Nicht umsonst hat Japan in der Magdalenenbai festen Fuß gefaßt, und es ist auch heute noch nicht festgestellt, aus welcher Quelle Villa die Kraft schöpft, seine Banden zusammenzuhalten und den Truppen die Stirn zu bieten, die Präsident Wilson sich schwer genug entschlossen hat, ihm entgegenzustellen. Vor einigen Wochen hörten wir, daß sie Befehl erhalten hätten, abzumarschieren, jetzt sollen sie einen Gegenbefehl erhalten haben, und aus den uns zugegangenen amerikanischen Zeitungen klingt ein Ton ernster Sorge deutlich hervor, der unzweifelhaft in Zusammenhang mit den Befürchtungen steht, die der Zukunftspolitik Japans gelten. Die kurzen Bemerkungen Motonos über die Beziehungen Japans zu Amerika enthielten neben lächelnden Freundschaftsbeteuerungen einen Satz, der als Drohung verstanden wurde. Er sprach von den leichten Trübungen, die in den aufrichtigen und freundlichen Beziehungen beider Regierungen bestanden hätten und jetzt der Vergangenheit angehörten. „Aber", fügte er hinzu, „natürlich können immer Fragen entstehen, die zwischen beiden Regierungen Meinungsverschiedenheiten hervorrufen," dann ging er auf die gewaltigen Interessen Japans in China über.

In der Halbmonatsausgabe (N. O.) des „Korrespondenzblattes der Nachrichtenstelle für den Orient", deren gediegene Aufsätze jedem Politiker dringend empfohlen seien, finden wir eine Studie von Wolf von Dewall über die wirtschaftliche Offensive der Vereinigten Staaten in China, die sich als ein Kommentar zu jener Rede Motonos, soweit sie China und Amerika berührt, auslegen läßt. Der Verfasser schließt mit einer Betrachtung, deren aktuelle Bedeutung nicht zu verkennen ist: „Obgleich das Auftreten der Vereinigten Staaten in China rein wirtschaftlich ist, so bedeutet es doch für Japan eine politische Herausforderung. In England werden wir Deutsche verlacht, weil deutsche Publizisten noch immer eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Japan und Amerika in ihre Kriegsrechnung stellen. Das mag fehlerhaft sein. Doch sind die ostasiatischen Gegensätze sehr wohl angetan, die europäische Kriegslage zu beeinflussen. Amerika, das sich nunmehr in China engagiert hat und sich von dort nicht mehr ohne gewaltige Einbuße an politischem Ansehen zurückziehen kann, ist nicht mehr imstande, in dem europäischen Streit als freier, unbeeinflußter Schiedsrichter aufzutreten. Es muß Rücksichten nehmen, um bei der zukünftigen Lösung seiner pazifistischen Frage nicht ohne Rückhalt zu sein, und das Land, das es berücksichtigen muß, weil dieses ihm am meisten nützen und schaden kann, ist England. Sowohl in der Friedensfrage, wie auch in der Frage des U-Bootkrieges müssen wir uns dies stets vor Augen halten." Das wurde am 5. Februar d. J. veröffentlicht, ist aber vor Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges und vor dem Abbruch unserer diplomatischen Beziehungen zu Amerika geschrieben. Jetzt, da beides Tatsache gewor-

Digitized by Google

den und auch der Gnadentermin abgelaufen ist, der den bereits auf hoher See befindlichen Schiffen gewährt worden war, wird sich erweisen, wie weit die Leistungsfähigkeit Amerikas den Anforderungen entspricht, welche die Kombination des Interessenkonflikts mit Japan mit den Gefolgschaftsverpflichtungen, in denen Amerika zu England steht, dem Präsidenten Wilson vorschreibt. Der „Temps" vom 1. Februar berauscht sich noch an den ungeheueren Summen, welche Senat und Kammer für Schlachtschiffe gewilligt haben, deren Bau vor dem 1. Juli 1919 in Angriff genommen werden soll. Am 25. Oktober 1916 fand die Submission von 4 Schlachtschiffen von 32000 t und 21 Knoten Geschwindigkeit statt, (Colorado, Maryland, Washington und Westvirginia) dazu von 22 Zerstörern, eine weitere Submission folgte am 1. November 1916, so daß die Vereinigten Staaten im letzten Quartal 270000 Tonnen Panzerschiffe bestellt hätten, was noch niemals und in keinem Lande der Welt seinesgleichen gehabt habe. Das Entzücken der Leser des „Temps" wäre wohl wesentlich gemindert worden, wenn der Marinesachverständige des Blattes hinzugefügt hätte, wann diese Schiffe von Stapel laufen werden und wann sich eine seetüchtige geschulte Mannschaft für sie gefunden haben wird. Nehmen wir an, daß es im Jahre 1919 der Fall sein wird, was immerhin nach optimistisch gerechnet ist, so folgt daraus, daß, da kein Mensch es für möglich hält, daß der Krieg bis dahin dauern kann, bis auf weiteres mit dem bisherigen Bestand der amerikanischen Flotte gerechnet werden muß. An der Tüchtigkeit ihrer Marineoffiziere zu zweifeln liegt nicht der geringste Anlaß vor, um so geringer aber ist das Vertrauen, das in die Leistungsfähigkeit der Mannschaft gesetzt werden kann. Als 1908 die amerikanische Flotte ihre Weltreise unternahm, machte sie die Erfahrung, daß sie in jedem Hafen, den sie anlief, eine namhafte Zahl von Deserteuren zurücklassen mußte, und es ist schwerlich anzunehmen, daß der Mannschaftsbestand sich inzwischen radikal geändert haben sollte. Die „Probeschiffe", die Präsident Wilson jetzt ausgeschickt hat, um zu erfahren, ob sie unserer Erklärung zum Trotz wie in tiefem Frieden das Sperrgebiet durchqueren können, sind auf höchst gefährlicher Fahrt und müßten ein ganz ungewöhnliches Glück haben, wenn sie ihr Ziel erreichen sollten. Ihre Ausfahrt hat den Anstoß zu hohen Wetten gegeben, und es wäre interessant zu wissen, wie sich das Verhältnis des pro und contra gestaltet hat. Daß die ungeheuere Mehrzahl der Amerikaner das Eingreifen in den europäischen Krieg nicht wünscht, ist wohl sicher, zweifelhaft dagegen, ob sie durchdringt. Eine Opposition von seiten der Deutsch-Amerikaner und der Iren macht sich schon jetzt geltend, aber nach den Erfahrungen bei den letzten Präsidentschaftswahlen spricht nur wenig dafür, daß sie dem Präsidenten imponiert. Wir glauben zwar, daß beide, Deutsche wie Iren, aufrichtig den Sieg Deutschlands über die Entente wünschen, schon weil eine Niederlage unserer Waffen, die seit 1870 so wesentlich gebesserte Stellung der Deutschen in Amerika wieder tief herabdrücken würde, sie wären dann wieder die „damned Dutsch" — die verfluchten Deutschen —

Digitized by Google

die sie vorher waren, den Iren aber wäre dann alle Aussicht auf Befreiung ihres Vaterlandes vernichtet, aber beide, Deutsche wie Iren, haben keine Führer, die eine wirksame politische Macht darstellen. Die „Times" läßt sich aus New York berichten, daß Gerard vor seiner Abreise aus Berlin von einem hochgestellten Diplomaten darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß ein Bruch der Vereinigten Staaten mit Deutschland schon deshalb nicht stattfinden würde, weil die halbe Million (sic!) Deutsch-Amerikaner leicht Unruhen erregen könnten; darauf aber habe Gerard geantwortet: „Das ist wohl möglich, aber wir haben mehr als eine halbe Million Laternen, um sie zu hängen." Natürlich ist die Anekdote erfunden, um England wegen des gefürchteten Einflusses der Deutsch-Amerikaner zu beruhigen. Man ist dort außerordentlich nervös geworden, wofür vielleicht das stärkste Symptom in den Angriffen der „Times" auf Lloyd George zu finden ist, den Lord Northcliffe offenbar seine Macht fühlen lassen will. Er wirft ihm seine ungenügenden Leistungen in der Frage des Lebensmittelproblems vor, klagt über das stetige Anwachsen der Zahl der Regierungsbehörden, über die tausende neuer Beamtenstellungen und über den Mißbrauch, der mit der übermäßigen Ausnützung der Frauenarbeit in den Munitionsfabriken getrieben werde. Auch daß die Suffragetten sich wieder zu regen beginnen, ist ein übeles Vorzeichen, und der Anschlag gegen Lloyd George und Henderson, die beide durch Pfeilgift umgebracht werden sollten, wird so ernst genommen, daß der Prozeß gegen die rabiaten Frauen, die den Plan der Ausführung nahe gebracht hatten, nach London verlegt worden ist. Der überwältigende Eindruck, den man aus der englischen Presse trotz ihres fortgesetzten Bramarbasierens empfängt, ist, daß die Siegeszuversicht, mit der sie den Krieg aufnahmen, und die sie noch bis zum August vorigen Jahres in voller Überzeugung vertraten, heute nicht mehr vorhanden ist. Ein „Friede ohne Sieg", dessen Wilsonsche Formulierung sie mit solcher Erbitterung hinnahmen, wäre ihnen heute erwünscht, wenn sie ihn bekommen könnten ohne erhebliche Schwächung ihrer Kriegsflotte, die sie so sorgfältig gehütet haben, aber sie wissen zugleich, daß, wie immer der Ausgang sein mag, aus der Beendigung dieses Krieges ein ganz anders geartetes England hervorgehen wird. Ein England der allgemeinen Wehrpflicht und des allgemeinen Wahlrechts, das Wahlrecht der Frauen mit eingeschlossen, ein England, dessen irischer Pfahl im Fleisch schmerzhafter drücken wird und dessen Dominien nicht nur mit dem Anspruch, sondern mit dem Recht auf Mitregiment in den Fragen des Wirtschaftslebens wie der auswärtigen Politik ihm, höchst lästig, zur Seite stehen werden. Das liberale Ideal des Freihandels wird ausgelebt haben, und die Alliierten von heute werden ihm die Rechnung ihrer getäuschten Hoffnungen und der ihnen nicht eingehaltenen Zusagen vorhalten. So wird es, wenn nicht alles täuscht, aussehen, und Asquith und die anderen über Bord geworfenen Staatsmänner werden sich glücklich preisen, daß sie nicht mehr am Ruder standen, als die entscheidende Wendung eintrat. Wir aber wissen sehr wohl, daß es nicht der U-Bootkrieg allein sein kann, der

Digitized by Google

uns den Sieg bringen muß, sondern, daß, parallel mit ihm, die Entscheidungen, die unsere überlegene Kriegsleitung gebracht hat, und, wie wir zuversichtlich erwarten, weiter bringen wird, zu den notwendigen Voraussetzungen gehören, um ihn zu erzwingen. Unsere Blicke richten sich dabei naturgemäß auch auf Rußland, dessen Bedeutung für den endlichen Ausgang jetzt durch Beschickung der Petersburger Konferenz besonders nachdrücklich unterstrichen worden ist. Aber wie sieht es in Petersburg aus? Schon auf ihrer Hinreise, als sie an der Murmanküste landeten und von dort aus den höchst beschwerlichen Weg nach der russischen Residenz zurücklegten, müssen die Herren Milner, Castelnau und tutti quanti höchst peinliche Eindrücke aufgenommen haben. Am 26. Januar hatte eine zweite Explosion in Archangelsk stattgefunden, in Finnland waren die ungeheuren Munitionsvorräte zerstört worden, die bestimm waren, die große Frühjahrsoffensive, auf die man sich bereits vorher verständigt hatte, zum Erfolg zu führen. In der Umgebung des Zaren und in der Haltung der Parteien aber herrschte die größte Verwirrung. An die Stelle des ermordeten (die Engländer schreiben „des hingerichteten") Rasputin waren bereits zwei neue Rasputins getreten, der schöne Montenegriner Mardari und der zauberkundige Mongole Badmajew. Der mystische Salon der Frau Wyrobowa, der Tochter des kaiserlichen Günstlings Tanejew und Freundin der Zarin, war in vollem Flor, an den spiritistischen „Seancen" der Frau Schwanebach, der Witwe des ehemaligen Reichskontrolleurs, nahm der frischgebackene Justizminister Dobrowolski teil, und kein Mensch war in der Lage, mit Bestimmtheit die Frage zu beantworten, wer der eigentliche Leiter der russischen Politik sei, der Ministerpräsident Fürst Golitzyn oder der Minister des Innern Protopopow. Noch weniger aber vermochte man zu erkennen, welcher der einander bekämpfenden politischen Strömungen die Zukunft gehören werde, ob den bisher vom Zaren begünstigten und in alle leitenden Stellungen eingesetzten Reaktionären, oder ihren Todfeinden, den Männern der liberalen Opposition mit Miljukow als führenden Heißsporn, oder endlich den im Hintergrunde stehenden, wühlenden revolutionären Elementen. Die Sendboten der Entente hatten, wie die Haltung der französischen, englischen und italienischen Presse zeigt, Wunsch und Auftrag, Rußland in die Bahnen des Liberalismus zurückzuführen. Und eine Zeitlang schien es, daß sie ihrem Ziel nahe gekommen wären. Man begann von dem bevorstehenden Rücktritt Protopopows ins Privatleben zu sprechen, Golitzyns Haltung schien gleichfalls zu schwanken. Die Namen Stürmers und Trepows als der kommenden Männer tauchten wieder auf. Nebenher aber gingen Anzeichen, welche die Lage wieder völlig verdunkelten Während es einerseits hieß, daß die Zarin eine von Nikolaus II. bereits gebilligte neue Ministerliste zerrissen habe, weil der Name Protopopows in ihr fehlte und G. N. Kurlow, der schon 1911 die Untersuchung über die Ermordung Stolypins betrieben hatte, mit der Leitung der Untersuchung über den Tod Rasputins betraut wurde, durfte Herr Dobrowolski den, wie es hieß, bereits niedergeschlagenen Hochverratsprozeß gegen

Digitized by Google

den ehemaligen Kriegsminister Ssuchomlinow und gegen seinen Komplizen Manaſsewitsch Manuilow wieder aufnehmen — was ein Zugeständnis an die liberale Richtung zu sein schien — und gleichzeitig ging am 23. Januar Herrn Miljukow die offizielle Mitteilung zu, daß er im Laufe eines Monats dem Ersten Departement des Reichsrats Erklärungen in Anlaß der von B. W. Stürmer gegen ihn anhängig gemachten Klage abzugeben habe. Der Eindruck, den man von diesen widerspruchsvollen Tatsachen gewinnt, ist, daß es der Delegation der Entente zwar gelungen ist, vorübergehend den Zaren zu Entscheidungen zu vermögen, die ihren Absichten entsprechen, daß aber im letzten Augenblick stets andere Einflüsse in entgegengesetzter Richtung tätig waren. Vieles spricht dafür, daß der vielgenannte Metropolit von Petersburg und Ladoga, Pitiriim, einen sehr großen Einfluß ausübt und daß die Rolle der Entente sich schließlich ganz auf militärische Angelegenheiten beschränkte. Besonderer Aufmerksamkeit und Gunst der russischen Presse erfreut sich der General Castelnau. Man traut eben den fremden Generälen mehr als den eigenen. Merkwürdig sind auch die umlaufenden Gerüchte von der Möglichkeit einer Palastrevolution, wobei die Namen zweier Großfürsten, gewiß nicht mit Recht, genannt werden. Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der bald an einem, bald am anderen Ende Rußlands auftaucht, ist eine fast mythische Figur geworden und wird von seinem kaiserlichen Neffen wie eine Marionette bald herangezogen, bald wieder abgestoßen. Von den Ereignissen an der Front erfährt Rußland nur, was in den ruhmredigen, aber inhaltleeren Kriegsberichten im „Russki Invalid“ (was übrigens für ein Organ des russischen Kriegsministeriums ein höchst charakteristischer Name ist) und danach in den Zeitungen an novellistischen Episoden eigener Erfindung oder appretierter Wirklichkeit zu lesen ist. Von den Ungeheuerlichkeiten, die sich hinter der Front, d. h. im ganzen weiten russischen Reich, abspielen, geben dagegen die russischen Zeitungen, trotz aller Zensurstriche, ein ziemlich deutliches und überaus drastisches Bild. Nächst den steten Minister-Ernennungen und -Entlassungen, die wahrscheinlich die Zeitungs-Redaktionen weit mehr von ihrem Parteistandpunkt aus interessieren, als die große Masse der Leser, treten vor allem die Nahrungssorgen in den Vordergrund. Die Entwertung des Geldes hat dahin geführt, daß auf dem Lande nur noch auf dem Wege des Tauschhandels der Umsatz von Waren zu bewerkstelligen ist. Der Bauer verkauft nicht sein Korn und versteht auch es den Requisitionen der Regierung zu entziehen, ist aber bereit, gegen Waren, die er nicht selbst produziert, Getreide nach eigener Schätzung zu geben. Den verbotenen Branntwein zu verfertigen, hat er bereits gelernt, und die Klagen über Völlerei werden in letzter Zeit immer häufiger. Das Verlangen Protopopows, ihm die Frage der Sicherung der Volksernährung zu übertragen, erklärt sich aus den unhaltbaren Zuständen, die sich aus dieser Rückkehr zu primitiven Wirtschaftsmethoden ergaben, machen es aber auch verständlich, daß der Ministerpräsident Fürst Golitzyn dieses wichtige Gebiet nicht aus den Händen geben will. Die „Nowoje Wremja“ vom 30. Januar will nun wissen, daß

Digitized by Google

aller Wahrscheinlichkeit nach Golitzyn seinen Widerspruch aufgeben werde, was wohl Anlaß zu dem Gerücht gegeben hat, daß seine Stellung erschüttert sei. Auch die Tatsache, daß Protopopow in der letzten Zeit fast täglich in Zarskoje Sselo vom Zaren empfangen worden ist, mag dazu beigetrageu haben, ganz wie der sehr gnädige Empfang der in Zarskoje dem früheren Ministerpräsidenten Trepow zuteil wurde, sofort das Gerücht von dessen bevorstehender Rückkehr zu seiner früheren Stellung aufkommen ließ. Als neuen Gehilfen hat Protopopow sich den Hofmeister N. N. Anziferow erwählt, der schon unter Maxarow im Ministerium des Innern tätig war und den Ruf genießt, ein Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands zu sein. Nächst der oben geschilderten Selbsthilfe der russischen Bauern wird die Not hinter der Front durch die Käuflichkeit der Intendanturbeamten gelindert, die einen Teil der für die Armee bestimmten Vorräte den meistbietenden oder gut empfohlenen Persönlichkeiten verkaufen. Das kommt jedoch natürlich nur verhältnismäßig kleinen Kreisen zugute und in den Städten herrscht neben übermäßigem Luxus derjenigen, die durch den Krieg reich geworden sind, bittere Not in den unteren Volksklassen. Auch ist es sowohl in Petersburg als auch in Moskau und in zahlreichen anderen Städten nicht nur zu Unruhen, sondern auch zu Aufständen gekommen, in denen gelegentlich, wie neuerdings in Moskau, das Militär versagte. In solchen Fällen tritt die sehr gefürchtete und rücksichtslos vorgehende Gendarmerie ein, und die Zahl der Verhaftungen und Verschickungen ist in den letzten Wochen außerordentlich groß gewesen. Wenn die Duma wieder zusammentritt, sind darüber Enthüllungen zu erwarten, welche die Regierung in eine sehr schwere Lage bringen werden. Das Treiben in Moskau schildert in einer Zuschrift der „Rjetsch“, von der ich nur die Schlußworte anführe, der Publizist Aktscharow folgendermaßen: „Überall, von der Kneipe Maxims bis zum schmutzigen Picadilly, spürt man den Beigeschmack des Schmauses während der Pest. Alles hat an Wert verloren: Zeit, Geld, Tradition. Hinter der Front feiert man Orgien.“ Wenn die Nachricht sich bewahrheiten sollte, daß in Odessa und im Gouvernement Jelisawetgrao die wirkliche Beulenpest ausgebrochen ist, könnte es in dem von Aberglauben strotzenden Rußland zu merkwürdigen Ausschreitungen kommen. In den Zeiten großer Epedemien, speziell in den Cholerajahren, haben regelmäßig Aufstände stattgefunden. Neue Krankheiten gelten dem Volk als Folge von Vergiftungen, und diejenigen, denen es die Schuld daran zuweist, pflegt es zu erschlagen. Auch fehlt es Rußland sowohl an Ärzten wie an Medikamenten. Eine weitere Kalamität ist die Wohnungsnot, die überall dort auftritt, wohin Flüchtlinge und Verschleppte eine Zuflucht suchen. Das gilt nicht nur von Petersburg und Moskau, wo die Stadtpolizei sich durch Ausweisungen zu helfen weiß, sondern namentlich von den kleineren Städten, die eine weniger mächtige Obrigkeit haben. Die Hausbesitzer nützen die Not der unglücklichen Flüchtlinge, wenn man der „Nowoje Wremja“ glauben darf, in niederträchtiger Weise durch unerhörte Mietpreise aus, was wiederum zu Überfüllung der Wohnungen mit allen

Digitized by Google

daran hängenden Übelständen führt. Zu alledem kommt der in diesem harten Winter besonders empfindliche Mangel an Kohle und, was in dem waldreichen Rußland fast unglaublich klingt, an Holz. Wohin diese Zustände führen werden, ist nicht abzusehen.

Der Ukas, der Ssasonow zum Botschafter für England ernennt, ist am 25. Januar vom Zaren unterzeichnet worden. Der neue Botschafter hat sich gleich danach ausfragen lassen und es für notwendig erachtet, zu versichern, daß keinerlei Grund vorliege, anzunehmen, daß England daran denke, Rußland in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Buchanan habe in seinen Reden, die ja jedermann kenne, es ausdrücklich erklärt. Dann ging er auf die Frage über, unter welchen Bedingungen Rußland nach errungenem Siege Frieden schließen werde. Sein nicht gerade bescheidenes Programm verlangte: Herstellung von Belgien und Serbien, Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, Befreiung von Polen und Rumänien, eine territoriale Entschädigung für Italien und endlich Sicherung der Herrschaft Rußlands über die Meerengen. Wann das alles erreicht sein werde, wolle er nicht sagen. Aber alle von den Armeen einlaufenden Nachrichten seien günstig und man spüre bereits das Wehen des Frühlings! Offenbar denkt er an die große Frühjahrsoffensive, der unsere U-Bootoffensive vorausgegangen ist. Von der konnte er ebensowenig etwas wissen, wie die Engländer. Sie ist ihnen allen als eine Überraschung gekommen und zwar als eine sehr unangenehme. Die Russen aber haben den Vorteil vor England voraus, jetzt in Eis zu starren. Wenn das „Wehen des Frühlings" an ihren Küsten zu spüren sein wird, wird ihnen weniger wohl zumute sein.

Notizen

Vor der Entscheidung. Wir stehen am Vorabend der letzten Anstrengung, welche die Entscheidung bringen muß („Russk. Wjed." v. 24. Jan.) Es kann nicht bezweifelt werden, daß wir uns den letzten bedeutungsvollen und entscheidenden Tagen des Krieges nähern. („Basl. Nat.-Z." v. 1. Febr.)

Zur Ernennung Ssasonows. Mit dem Abgang Ssasonows hat sich das Schwergewicht der antideutschen Koalition von Petersburg nach London verschoben. Trotz des Scheiterns der deutschen Versuche, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, fühlt man doch unwillkürlich das Herannahen des Friedens. („Russk. Slowo" v. 18. Jan.)

Miljukow über die Kriegsziele der Entente. Im Jahrbuch der „Rjetsch" von 1916 stellt Miljukow als Grundfragen für den Frieden auf: 1. Türkei: Konstantinopel und Dardanellen an Rußland; Armenien autonom; Silizien und Syrien unter der Einfluß-Sphäre Frankreichs; Palästina unentschieden; Ägypten, Arabien, Mesopotamien an England; Westufer Kleinasiens an Italien. 2. Österreich-Ungarn: freies Polen; Trentino und Triest an Italien; Siebenbürgen an Rumänien; südlicher Teil Dalmatiens an Groß-Serbien; unabhängiges Böhmen. 3. Deutschland: Teile Preußisch-Schlesiens, Posen, Weichselmündung, südliche Hälfte Ostpreußens an Polen; Elsaß-Lothringen an Frankreich; Teilung der Kolonien. „Mit derartig traurigen Argumenten tritt man bei uns an die Lösung der wichtigsten geschichtlichen Probleme Rußlands im ernstesten Augenblick unserer Geschichte heran," bemerkt dazu die „Nowoje Wremja".

Freihandel oder Schutzzollpolitik. Die Versammlung der Arbeiterpartei von Manchester

Digitized by Google

sprach sich, wie „Manchester Guardian“ vom 27. Jan. schrieb, über handelspolitische Fragen viel bestimmter aus als der Trade-Union-Kongreß seinerzeit. Ein Beschluß der Independent Labour Party in bezug auf die Pariser Beschlüsse veranlaßte zu einer Stellungnahme der Partei. Es wird Freihandel als die beste Wirtschaftspolitik für England und zugleich im internationalen Sinne, als diejenige gefordert, die am meisten geeignet sei, den Frieden zu erhalten. Eine Stimmzettelabstimmung über diese Frage erwies sich als überflüssig; die Annahme des diesbezüglichen Beschlusses bot einen deutlichen Beweis, daß die Arbeiter ihr Vertrauen in den Freihandel setzen. — Nach der „Times“ spricht sich auch Fisher, der frühere Handels- und Marineminister von Neuseeland, gegen die Schutzzollpolitik aus: Es sei erfreulich, daß England endlich den Handelswünschen seiner Kolonien Gehör zu schenken beginne. Bislang habe die englische Regierung diese eher gehindert, als gefördert. Er verspreche sich nichts von Schutzzöllen und Prohibitivmaßregeln. Die deutsche Politik der friedlichen Durchdringung habe sich als durchaus überlegen bewiesen, und auch nach dem Kriege sei der deutschen Konkurrenz qualitativ und quantitativ nur durch Hebung der Leistungen wirksam zu begegnen.

Die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Finnland haben sich während des Krieges in einem ungeheuren Maßstabe entwickelt. Nachdem Finnland den deutschen Markt verloren hat und von dem englischen Markt ausgeschlossen worden ist, hat es den Blick auf Rußland gerichtet. Die finnländische Industrie ist nach dem Bedarf Rußlands umgeändert worden, und zugleich hat man damit begonnen, Rohmaterial aus Rußland zu holen. In der Zeit von 1914 bis 1916 ist die finnländische Ausfuhr von Stahl- und Eisenwaren von 964 auf 4664 Tonnen gestiegen, Maschinen von 1286 auf 3875 Tonnen, Streichhölzer von 44 auf 755 Tonnen usw. Mehrere Industriezweige wie beispielsweise die Öl- und Glasindustrie sind aus einem reinen Nichts zu großer Bedeutung erhoben worden. Rußland nimmt jetzt den ersten Platz in bezug auf den finnischen Außenhandel ein, was von großer Bedeutung für die gegenseitige Stellung der Länder nach dem Kriege sein wird. („Berlingske Tidend“.)

Das japanische Budget. „Fin. News“ vom 27. 1. schreibt: Der interessanteste Teil in Japans Budget für das fiskalische Jahr, daß am 31. März 1918 endet, ist die geplante Vergrößerung von 2 auf 5 Millionen Pfund der den Staatseinkünften zu entnehmenden Beträge zur Tilgung der auswärtigen Schuld, und die weitere Vermehrung des Tilgungsfonds um 3 Millionen Pfund, die durch eine innere Anleihe aufgebracht werden sollen. Diese Maßnahmen sind augenscheinlich geplant worden, um Japans Alliierten zu helfen, die Wechselkurse zu regulieren.

Die europäische Zivilisation, so schreibt Romain Rolland im „Demain“, ist eine Zermalmungsmaschine. Unter dem Namen Patriotismus mißachtet sie das gegebene Wort, breitet sie schamlos ihre Lügennetze aus, richtet sie gewaltige Götzen im Tempel des Gewinns auf, welcher der Gott ist, den sie anbetet. Wir prophezeien ohne Zögern, daß das nicht ewig dauern wird. Das wird nicht ewig dauern, hört ihr wohl, Europäer? Fragen wir uns nur selbst! Welcher unter uns hat das Recht, seine Hände im Blute des meuchlings ermordeten Europa zu waschen? Jeder möge seine Schuld erkennen und versuchen, sie wieder gut zu machen! Was unter ihnen herrscht, ist antisozialer Egoismus, das Übel der Zeit. Sie sind ganz einfach die Repräsentaten einer geldsdienerschen Epoche. Die Völker, die sich opfern, sterben für ein Ideal. Diejenigen aber, welche sie opfern, leben für Interessen. Wer kann heute den Krieg in vollem Laufe aufhalten? Wer kann die Wildheit bändigen? Sogar diejenigen nicht, welche ihn entfesselt haben, Dompteuren gleich, die wissen, daß sie verschlungen werden. Das Blut fließt, nun heißt es trinken! Sättige dich daran, Zivilisation! Lebe wohl, Europa, Königin des Denkens, Schützerin der Menschlichkeit! Du bist vom Wege abgeirrt, du schreitest über einen Kirchhof. Dort ist dein Platz, da lege dich nieder! — Und andere werden Führer der Welt sein!

Die belgische Greuelpropaganda. „Da wir die Überzeugung haben, daß die Leiden Belgiens

Digitized by Google

heute eine Waffe sind in der Hand der Parteien und der Kräfte, die jedem Friedensversuch abhold sind, so sind wir in vollem Recht, wenn wir uns weigern, unsererseits Mitschuldige dieser Manöver zu werden." („Avanti".)

Der Deutsche in den französischen Witzblättern. Im „Œuvre" schreibt ein Mitarbeiter, (Lieutenant Alceste) zu der Verhöhnung der Deutschen: „Die ewigen Späße über das Kriegsbrot, die Karten für Lebensmittel, die Bezugsscheine für Kleidung, den Schnurrbart des Kaisers und die fetten deutschen Frauen sind albern und gefährlich. Für viele Franzosen ist der Deutsche ein roher, dummer und feiger Kerl, der zu Hause vor Hunger verreckt und an der Front sich dem ersten besten „poilu" ergibt. Der Kaiser, sein Erbe und seine Verbündeten sind lächerliche Gestalten. Die Flut von geschriebenen, gezeichneten und gesungenen Späßen, mit der das Publikum überschwemmt wird, hindert es, den Feind in seiner wahren Gestalt zu sehen: er ist sehr intelligent, sehr mutig und sehr gefährlich. Der Boche ist durchaus nicht lächerlich — ist ein Tiger lächerlich? Selbst die Photographie muß herhalten, um unsere furchtbaren Feinde herabzuwürdigen. Eine große illustrierte Wochenschrift zeigte jüngst auf ihrem Titelbilde eine sorgfältig aus einer Schar gefangener „Kameraden" ausgewählte Jammergestalt. Wenn alle Soldaten des Kaisers solche Jämmerlinge wären, dann allerdings wäre der Frieden, unser Frieden, nahe. Aber unsere „poilus", die unsere erbitterten Gegner mühsam Schritt für Schritt zurückdrängen, wissen, daß dem nicht so ist, und sie fragen mißmutig: Haben die Pariser denn keine Ahnung, daß wir es mit wirklichen Boches zu tun haben, die mit wirklichen Gewehren schießen und sich nicht zum Spaße schlagen? Weniger erheiternd als alle diese Schilderungen verängstigter und häßlicher Preußen aber lehrreicher ist die Stelle in dem amtlichen Bericht über einen Angriff an der Somme, wo es heißt: „Ein junger sächsischer Offizier wurde aufgefordert, sich zu ergeben. Er antwortete einfach: „Ausgeschlossen!", und da er sich weiter zur Wehr setzte, mußte er niedergeschossen werden." Das ist ein getreueres Bild unserer Feinde als jene, die man uns in den Zeitungen vorführt. Gewiß ist auch der Witz eine Waffe, die erlaubt ist, aber sie darf nicht ungeschickt gehandhabt werden. Der Witz muß dazu dienen, uns die Augen zu öffnen, nicht, sie zu schließen."

Reform des Geographie-Unterrichts. Direktor A. Junod, Professor der Wirtschaftsgeographie an der Universität Neuenburg, stellt in der letzten Sitzung des Vereins schweizerischer Geographielehrer folgende Thesen auf: 1. Die Wirtschaftsgeographie, welche die Gebiete der Politik und der Staatswirtschaft nahe berührt, sieht ihre vornehmste Aufgabe in der Vermittlung der Kenntnisse, die die Grundlage der materiellen, politischen und sozialen Entwicklung eines Landes bilden. 2. Damit die Wirtschaftsgeographie diese ihre Aufgabe erfülle, ist es wichtig, daß der Unterricht in diesem Wissenszweige einen entschieden zeitgemäßen, aktuellen und lebendigen Charakter habe. 3. Die Wirtschaftsgeographie wird in wenigstens zwei Wochenstunden in allen Klassen der Großzahl der schweizerischen Handelsschulen gelehrt. Diese sind also imstande, die Aufgaben zu erfüllen, die ihnen im Hinblick auf die nationale Erziehung zufällt, vorausgesetzt, daß der Lehrer sein Fach völlig beherrsche und einen klaren Einblick in die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedürfnisse unseres Landes habe. 4. Es ist wünschenswert, daß die Wirtschaftsgeographie in allen Sekundar- und Mittelschulen gelehrt werde.

Das natürliche Sittengesetz. Ein Stabsoffizier schickt uns von der Ostfront folgende Betrachtungen: Alles Leben besteht in der Aufnahme, Verarbeitung und Weitergabe von Stoffen durch eine Einheit: Mensch, Tier, Pflanze, Zelle. Das natürliche Sittengesetz oder der biologische Imperativ lautet daher: Du lebst mit, durch und für andere; nimm in dich auf alles das und nur das, was du verwerten kannst; verarbeite es zu deinem Eigentum; und gib es weiter mit dem Stempel deiner Eigenart. Oder mit anderen Worten: Werde eine Einheit, eine Persönlichkeit und schaffe persönliche Werte im Dienst und zum Wohl der Gesamtheit!

Digitized by Google

Je wertvoller für das Ganze die Frucht deiner Arbeit, desto wertvoller dein Leben und du selbst! Das natürliche Sittengesetz ist das Evangelium der gemeinnützigen Tat, das hohe Lied der sozialen Persönlichkeit, und bildet den Kern deutschen Wesens.

Neuerscheinungen

Erziehung

Max Maurenbrecher: Neue Staatsgesinnung. Tat-Flugschriften, Heft 17. (Eugen Diederichs, Jena.) 37 S. Wirbt um sittliche Bildung des Volkstums, die „sittliche Erziehung vom einzelnen ist". Will die einzelnen in allen Parteien und Klassen wecken, weil nur sie „über Wesen und Zukunft eines Volkstums entscheiden".

Carl Kindermann: Des deutschen Volkes Meisterjahre. (Verlag Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.) 300 S. Preis geb. M. 3.50. Sucht Leitlinien für die „kommende gesamte Richtung des deutschen Volkes nach innen und außen".

Josef Gruntzel: Die Idee der Gemeinschaft. (Globus-Verlag, Dresden.) 65 S. Preis M. 1.50. Zeigt das Kräftespiel zwischen Individualität und Gemeinschaft im Staats- und wirtschaftlichen Leben auf, hält die Internationalisierung großer allgemeingültiger Bestrebungen durch den Weltkrieg nur gestört, nicht vernichtet, und warnt daher vor „Ausnützung eines den rohesten tierischen Instinkten fröhnenden Volkshasses".

Rudolf Goldscheid: Frauenberufe und Menschenökonomie. (Anzengruber-Verlag, Wien.) 32 S. Preis M. 0.60. Verlangt Fürsorge durch Mutterschaftsversicherung, Arbeiter-, Mutter-, Kinderschutz, Erweiterung der Frauenrechte, Einfluß der Frau auf die Gesetzgebung. Sieht in der Frau die natürliche Vorkämpferin gegen den Krieg und gegen das „Wertgebären", das „solide Gattungserneuerung nicht gedeihen läßt".

Matthias Meyer: Das Zölibat der Lehrerin. Tat-Flugschriften, Heft 18. (Eugen Diederichs, Jena.) 48 S. Zeigt „zur Förderung der Kultur der Ehe und der Kultur des deutschen Hauses" Mittel und Wege auf, das Zölibat der Lehrerin (und der übrigen im öffentlichen Dienst tätigen Frauen) zu beseitigen.

Georg Sommer: Wert und Bedeutung der Ehe in naturwissenschaftlicher Beleuchtung. (Vortrag, gehalten im Hamburger Volksheim.) (Verlag C. Boysen, Hamburg.) Preis M. 0.20.

Jos. K. Fredjung: Erziehung der Eltern. (Anzengruber-Verlag, Wien.) 44 S. Preis M. 0.50. Verlangt von den Eltern „Selbsterkenntnis, Selbstbeherrschung, Selbstveredelung".

Siegfried Schab: Studieren oder nicht? (Anzengruber-Verlag. Wien.) 32 S. Preis M. 0.50. Tritt für Verringerung der Studiendauer auf Mittelschule und Universität und andere sozialpolitische Maßnahmen für geistige Arbeiter ein.

Max Henning: Eine Akademie des freien Gedankens. Gesammelte Aufsätze, herausgegeben im Auftrage des Weimarer Kartells. Mit einem Geleitwort von Max Henning. (Neuer Frankfurter Verlag, Frankfurt). 47 S.

Else Hildebrandt: Arbeiterbildungsfragen im neuen Deutschland. Tat-Flugschriften, Heft 16. (Verlag Eugen Diederichs, Jena.) 30 S. Verlangt entsprechend den Volkshochschulkursen in Schweden Einrichtungen von Arbeiterbildungsstätten in Deutschland, Unterstützung bedürftiger Schüler durch Staat und Kommune, Unterweisung durch wissenschaftlich und pädagogisch tüchtige Kräfte der öffentlichen Schulen.

Friedrich Rommel: Die Not der höheren Schule. (Verlag Friedberg & Mode, Berlin.) 94 S. Preis br. M. 1.20. Sehr beachtenswert durch den Grundsatz, die Schule solle ihre Zöglinge „in wenigen Objekten aber gründlich schulen, sie lehren, die Dinge in Tiefe zu erfassen."

Hans Buchmüller: Der Knabe als religiöse Persönlichkeit. (Verlag Kober, Basel.) 100 S. Preis M. 1.50. Anregungen zur religiösen Erziehung.

Vogel: Einführung in das Spanische für Lateinkundige. (Verlag der Bonifazius-Druckerei, Paderborn.) 267 S. Mit erläuterndem Lesetextext und Vokabular. Preis geb. M. 2.80. Schnelle, klare Einführung in eigenartiger, gut durchdachter Anlage.

Religion

Karl Rieder: Aus der Heimat des Friedens. (Herdersche Verlh., Freiburg.) 259 S. Dorfpredigten aus dem Schwarzwald, hauptsächlich über Worte des Alten Testaments, zu den Gruppen „Heimat und Vaterland", „Mutter und Kind", „In Freud und Leid", „Bei unsern Toten" vereinigt.

Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland. Nebst Mitteilungen der amtlichen Zentralstelle für kirchliche Statistik. Herausgegeben von H. A. Krose. S. J. Fünfter Band 1914—1916. Freiburg, Herder 1916. XX und 521 S. 8 M. Übersicht über die Organisation der Gesamtkirche und der katholischen Kirche in Deutschland; kirchenrechtliche Gesetzgebung und Rechtsprechung der letzten Jahre; Besprechung der kirchlichen Zeitlage und des kirchlichen Lebens in den Jahren 1913 bis

Digitized by Google

1916; Statistik der katholischen Heidenmission und kirchliche Statistik Deutschlands; Konfession und Unterricht; die caritativ-soziale Tätigkeit der Katholiken Deutschlands; Mitteilungen der durch Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz eingerichteten amtlichen Zentralstelle für die kirchliche Statistik der katholischen Diözesen Deutschlands.

Katholische Monatsbriefe. Die Auflageziffer der in dem Artikel über „Die französischen Angriffe auf den deutschen Katholizismus und ihre Abwehr" (oben S. 131f.) erwähnten „Katholischen Monatsbriefe" ist jetzt schon auf mehr als 24000 Exemplare gestiegen, und der Wirkungskreis derselben hat noch dadurch eine beträchtliche Erweiterung erfahren, daß nunmehr auch eine Ausgabe in polnischer Sprache erscheint. Außerdem wurde bisher in Nordamerika ein englischer Nachdruck der Briefe in 10000 Exemplaren hergestellt. — Im Monatsbrief vom Januar 1917 entwirft der Herausgeber, Professor Krebs, ein wertvolle Aufschlüsse bietendes Bild von der Lage der katholischen Kirche im besetzten Gebiet von Russisch-Litauen.

Prof. Seppelt

Biographien

Wilhelm Merton zum Gedächtnis. Sammlung der Reden, die bei der Gedächtnisfeier der Stadt Frankfurt a. M. am 2. Januar 1917 gehalten wurden. (Oberbürgerm. Voigt, Professor Stein.) Erschienen (in schönem Druck) bei Englert & Schlosser, Frankfurt a. M.

Geschichte

Eine Volksausgabe von Ranke. Für Ranke ist endlich die Zeit gekommen. Seine große und ruhige Objektivität ist für die Zukunft unseres geschichtlichen und politischen Denkens mehr Vorbild als die leidenschaftliche nationale Historie Treitschkes. Dr. Rudolf Schulze hat darum zeitgemäß für den Verlag J. P. Bachem, Köln, in drei Bänden (geb. je M. 4.80) zusammengehörige Einzelbilder von Männern und Zeiten unter dem Titel „Männer und Zeiten der Weltgeschichte" gesammelt. Vom Altertum führen sie bis zum Jahre 1871. Dadurch sind sie Blütenlese und Leitfaden durch die Geschichte.

Otto Crusius: Der griechische Gedanke im Zeitalter der Freiheitskriege. Ein Vortrag. (Verl. Carl Fromme, Wien.) 24 S. Preis M. 0.60.

Schöne Literatur

Almanach der Neuen Jugend auf das Jahr 1917. (Verlag Neue Jugend, Berlin.) 181 S. Preis M. 1.—. Beiträge von M. Buber, Anette Kolb, Theodor Däubler, Leonhard Frank, Franz Werfel, Fr. W. Förster, Heinrich Mann u. a. Gut orientierender Überblick über das jüngste deutsche Schrifttum und seine Gesinnung.

Fremde Völker

Stanislaw Przybyszewski: Von Polens Seele. (Verl. Eugen Diederichs, Jena.) 91 S. Preis M. 1.80. Versucht dem Fremden den Geist Polens verständlich zu machen und die individuellen Eigentümlichkeiten der reichbegabten und kulturell so hoch entwickelten polnischen Seele (die sich auf Goethes Anerkennung berufen darf) aufzuzeichnen und zu begründen.

Hermann L. Strack: Jüdisch-deutsche Texte. (Heinrichsche Buchhdl., Leipzig.) 56 S. Preis M. 1.50. Auswahl von Texten über Denken und Leben der Ostjuden in der Urschrift mit einer Reihe von Beiträgen über die Stellung zum Krieg.

Die rumänische Volkswirtschaft. Ein Handbuch, herausg. i. Auftr. der Militärverwaltung in Rumänien. (Berlin 1917, Druck der Germania, A.-G. für Verl.) 120 S.

Kriegsliteratur.

Fritz Wertheimer: Hindenburgs Mauer im Osten. (Deutsche Verl.-Anst., Stuttgart.) 173 S. Preis geh. M. 2.50. Zeitlich geordnete und nach den großen Schlachten zusammengefaßte Sammlung der anschaulichen Schilderungen des Kriegsberichterstatters.

Bei Süd- und Bugarmee 1915. Kriegsberichte von Offizieren des A.O.K. Linsingen. (Deutsche Verlags-Anst., Stuttgart.) 86 S. Mit Titelbild, 16 Abb. und 3 Karten. Preis geh. M. 1.—.

Anton Bertling: Nach Ostland wollen wir reiten! Eigene Erlebnisse und Erfahrungen in Ob. Ost. (Verl. A. W. Kafemann, Danzig.) 40 S. Preis M. 0.40.

Hövels: Kriegserinnerungen aus dem Weltkriege 1914/16. Mit Nachträgen über Kriegserlebnisse französischer und russischer Kriegsgefangenen usw. (Würzburg 1916, im Selbstverlag des Verfassers.) 135 S.

Die deutschen Schützengraben- und Soldatenzeitungen. (Kulturdokumente zum Weltkrieg I. Mit 152 Bild. und Fakss. Hrsg. von Fred B. Hardt. (München, R. Piper & Co.) 153 S. Zusammenfassung der besten Bildnisse und literarischen Beiträge aus allen Schützengraben-Zeitungen.

O. v. Gottberg: Hans Hellers Höllenfahrt. (O. Eßner, Verl., Berlin.) 127 S. Mit 20 Abb. Preis M. 1.—. Leiden eines deutschen Kriegers in französischer Gefangenschaft.

Max Cohen Reuß: Das Volk und der Krieg. 1. Heft der Flugschriften des Bundes deutscher Gelehrter und Künstler. (Verlag Reimar Hobbing, Berlin.) 56 S.

Ein Wort an die unten und die oben. Von einem deutschen Sozialdemokraten. (Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart.) 24 S. M. —.30.

Digitized by Google

Mahnung zur Einigkeit für den Kampf gegen England.

Adolf Bolliger: Weltkrieg und Gottesreich. (Verl. Carl Hirsch, Konstanz.) 240 S. Sammlung der Aufsätze des bekannten Verfassers über den Weltkrieg, die Kriegsziele, Verhältnis des Krieges zur Religion.

Simplizissimus-Album Nr. 1. Kleine Auswahl von Simplizissimus-Karikaturen. (Simplizissimus-Verl., München.)

Georg Stein: Das alte Rascien. (Der Sandschak Novibazar und dessen Anland.) (Wien 1916, Alfred Hölder.) 92 S. Darstellung der politisch-administrativen militärischen Verhältnisse vor dem Kriege und während des Krieges.

H. Hoppe: Die Regelung der Volksernährung in Deutschland. Auf Grund amtlicher Quellen gemeinverständlich dargestellt. (Verl. A. Spieker, Wirsitz.) 32 S.

Volksernährung im dritten Kriegsjahre. Denkschrift des Vereins Die Be eitschaft. Verein f. soziale Arbeit zur Verbreitung sozialer Kenntnisse. (Anzengruber-Verl., Wien.) 14 S. Preis M. 0.40.

Hans Payer: Invalidenelend, Staat und Gesellschaft. Ein Aufruf zur Gründung von Kriegsinvaliden-Erwerbs-Genossenschaften. (Anzengruber-Verl., Wien.) 64 S. Preis M. 1.50.

Fischbacher: Wie wird für die Angehörigen unserer Krieger gesorgt? Ratgeber für Kriegerfamilien. (Berlin 1917, E. S. Mittler & Sohn.) 24 S. Preis M. —.25.

Fab. Landau: Die Schulden der kriegführenden Staaten vor und während des Krieges. Die Kosten des Krieges. Vergleichs-Tabellen in Wort und Bild. Preis M. 1.25. (Verl. B. Knackstedt & Co., Hamburg.)

Dr. Kuczynski u. Dr. Mansfeld: Der Pflichtteil des Reiches. Ein Vorschlag zu praktischer Bevölkerungspolitik. (Verl. Jul. Springer, Berlin.) 42 S. Preis M. 1.40. Errechnet für allgemeine Reichszwecke und für bevölkerungspolitische Verwendung rund 500 Mill. Mark.

K. Rein: Wie England die deutschen Kolonien bewertet. (Berlin 1917, Gsellius Verlag.) 80 S. Sammelt die seit den Oxford Pamphlets von 1914 laut gewordenen Stimmen der öffentlichen Meinung Englands über Stand und Brauchbarkeit aller deutschen Kolonien.

Erwin Reispondek: Frankreichs Bank- und Finanzwirtschaft im Kriege. August 1914 bis August 1916. XVI und 203 S. (Gustav Fischer, Jena.) Preis br. M. 4.60. Alle Tatsachen verbindende Darstellung von den Vorgängen und Entwicklungen während des Krieges auf bank- und finanzwirtschaftlichen Gebiet (Moratorium, Kriegsarbeit der Bank von Frankreich, Pariser Börse, Kreditanstalt, Entwicklung der Lage der Staatsfinanzen). Die Unterlagen sind zum ersten Male in ihrer objektiven Form herausgearbeitet.

Der Zar und der Pesthauch seines Regierungssystems. Von einem russischen Staatsmann im Exil. (Anzengruber-Verlag, Wien.) 32 S. Preis M. —.50. Anklage gegen das offizielle Rußland des Zarentums und gegen Nikolaus II.

Hermann Kranold: Zollunion und Agrarpolitik. (Globus-Verl., Dresden.) VII und 135 S. Preis M. 2.—. Kommt zu dem Ergebnis, daß der privatwirtschaftlichen Rentabilität der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe aus einer Festlegung der Zollgrenzen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und den christlichen Balkanstaaten (einschließlich Rumänien) keinerlei Gefahren erwachsen können.

Hermann Kirchhoff: Die Reichsbahn. (Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.) 83 S. Preis M. 1.50. Verlangt Zusammenfassung der Eisenbahn- und Wasserstraßen zum Zweck günstigerer Betriebs- und Wirtschaftsführung des deutschen Eisenbahnwesens.

Arthur Nußbaum: Die Kriegsprobleme des großstädtischen Realkredits. VIII und 116 S. (Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen.) Preis M. 2.40. Erörterung der wirtschaftlichen Fragen vom Standpunkt der allgemeinen Interessen unter ausgiebiger Heranziehung des tatsächlichen und literarischen Materials. Anhang mit Wortlaut der Stellungnahme der Interessenverbände, Behörden usw. Nachschlag-Register.

Georg Haberland: Großberliner Sorgen. (Verkehrsreform und Zweckverband.) (Berlin 1917, Verlag A. Unger.) 39 S.

Teuerungszulagen und Bevölkerungspolitik. Ein Wort für unsere darbenden Beamtenkinder. (Preuß. Verlagsanstalt, Berlin.) 82 S. Preis M. 0.50. Tritt für ausreichende Ernährung der „unter der Teuerung besonders stark leidenden gering besoldeten Beamten" ein.

Die Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien. Im Auftrage des Reichsverbandes der gemeinnützigen österreichischen Bau- und Wohnungsgenossenschaften und sonstigen Bauvereinigungen herausgegeben von A. Breuer. (Anzengruber-Verlag, Wien.) 21 S. Preis M. 0.80.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Warum starb Rasputin? Ein Blick ins wirkliche Rußland 265
Boehm, Philosophie im Krieg 271
Neugeboren, Die Siebenbürger Sachsen nach dem Weltkrieg 276
Lensch, Englands Arbeiterklasse im Kriege 281
Lynceus, Ein Schrei nach dem Zensor 290
Notizen / Neuerscheinungen 293

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 2. März 1917 Heft 9

Gustav Kiepenheuer-Verlag, Weimar-Berli

Digitized by Google

Rottweiler Jagdpatronen

Rottweiler rauchloses Scheibenpulver „P" für Bleigeschosse

Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken Berlin NW 7

2. Jahrgang · 2. März 1917 · Heft 9

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Warum starb Rasputin? Ein Blick ins wirkliche Rußland

Von Dr. Paul Rohrbach

Wenn es einmal Verhandlungen mit unseren Gegnern gelten wird, mögen sie nun ihren Anfang im Osten oder Westen nehmen oder mögen sie auf einem andern Weg beginnen, so wird viel davon abhängen, wie weit wir es verstehen, mit der feindlichen Psychologie zu rechnen. Diese Fähigkeit ist ein Herzstück der praktischen Politik. Sie ist es immer gewesen, aber im Zeitalter der Kabinetts-Politik war es leichter, sie zu beherrschen, als heute. Vor dem Kriege und während des Krieges sind wir auf diesem Gebiet stark im Hintertreffen gewesen und haben viel Boden verloren, der andernfalls hätte behauptet werden können.

Ein besonderes Stück politischer Psychologie ist diejenige Rußlands. Falsche Gedanken über Rußland werden für den Frieden und hinter dem Frieden noch gefährlicher für uns sein als anderwärts, weil die Wirkungen eines Fehlers im Verhältnis zu der Größe des Objekts wachsen. Um zu zeigen, wie anders als wir es gewohnt sind, die inneren und äußeren Maßstäbe des Geschehens in Rußland aussehen, gebe ich auf den folgenden Seiten die (an unwichtigen Stellen etwas gekürzte) Übersetzung eines Berichts aus der englischen Presse über die Ermordung Rasputins. Der Verfasser ist ein bekannter Journalist, Hamilton Fyfe, Berichterstatter der „Daily Mail". Nicht daß die Äußerlichkeiten des merkwürdigen und charakteristischen Vorgangs richtig geschildert sind, ist die Hauptsache, sondern wir tun hier wie durch einen Riß in einer Decke einen Blick in die für unser Verständnis wesensfremd gearteten Kräfte des politischen Getriebes in Rußland. Der Engländer hat das auch gefühlt und bemüht sich, es auszudrücken, indem er sagt, hier rage noch ein Stück Mittelalter in unsere moderne Gegenwart hinein. Das ist nicht falsch, aber es ist nicht vollständig. Um vollständig zu sein, dazu müßte jemand auch noch das Dunkle und Brutal-Triebhafte, das dem russischen Wesen anhaftet, und das weder aus dem Mittelalter noch der Neuzeit, sondern aus dem tatarisch-asiatischen Element der russischen Seele stammt, würdigen können.

Digitized by Google

Hier ist etwas, was überhaupt in keine, aus unseren abendländischen Faktoren zu entwickelnde Formel der Völker-Psychologie hineingeht; etwas, das man nur durch Erfahrung und gefühlsmäßiges Begreifen zu erfassen imstande ist. Von hier aus kann man erst erkennen, daß in der russischen Politik für die Entscheidungen über Krieg und Frieden, für die Stellung zu anderen Völkern, für das Verfolgen nationaler Ziele Kräfte wirksam sind, die nur durch ein einziges Mittel gebändigt werden können: überlegene, niederschlagende Gewalt. Wenn ich mir vorstelle, daß ein deutscher und ein russischer Diplomat verhandeln, so ist es für mich immer ein beängstigendes Gefühl, zu wissen, daß der Deutsche vermutlich den Russen als eine in allen wesentlichen Stücken sich gleichgeartete Individualität betrachtet, mit der ganz auf dem Boden der allgemeinen europäischen Psychologie verkehrt werden kann. Für den Deutschen wird es schwierig, peinlich, ja unmöglich sein, sich vorzustellen, daß ein in allen Formen europäisch anmutender Partner sozusagen im seelischen Organ mehr besitzt, als wir, ein Organ, dessen Unkenntnis jeden, der mit einem echten Russen zu tun hat, von vorn herein in Nachteil versetzt, etwas Asiatisches: das Organ für Brutalität schlechthin. Der Russe besitzt es nicht nur in aktivem, sondern auch in passivem Sinne; so hochfahrend und anmaßend er sich zu gebärden weiß — vor der fraglos überlegenen Faust kapituliert er, äußerlich und innerlich überwunden, und solange er sie nicht gespürt hat, hält er sich nicht für besiegt, ja nicht einmal auf die Dauer für geschwächt.

Der englische Artikel über die Ermordung des russischen Abenteurers, einer Figur, wie sie eben nur in Rußland möglich ist, gibt uns aber auch unmittelbar wichtige politische Fingerzeige. Er zeigt uns das enge Einverständnis zwischen England, dem englischen Botschafter in Petersburg, der englischen Presse und den russischen Liberalen, die den Krieg tragen und durchhalten. Stürmer und Rasputin sind je ein Opfer der mit England verbündeten russischen Kriegspartei. Diese Partei und die Regierung stehen in einem ganz merkwürdigen Verhältnis zueinander. Man kann sagen: die Liberalen wollen den Krieg, und solange die Regierung zu ertragen ist, ohne daß der Krieg in Gefahr kommt, wagen sie es nicht, der Regierung gegenüber zum äußersten zu greifen, obwohl sie über ihre Unfähigkeit aufs tiefste erbittert sind; die Regierung ihrerseits verfolgt das Ziel, sich zu halten und die auf innere Umgestaltung drängenden Kräfte abzuwehren, und so lange es geht, dabei zugleich Krieg zu führen, will sie auch den Krieg fortsetzen. In dem Augenblick, wo die Liberalen sehen sollten, daß die Regierung zum direkten Kriegshindernis wird, können Nikolaus II. und seine „Kamarilla", wie Hamilton Fyfe sagt, das Schicksal Rasputins teilen — oder die Kamarilla sieht sich vor die Wahl gestellt, entweder die Weiterführung des Krieges damit zu bezahlen, daß sie vor den Forderungen der Liberalen kapituliert, oder — Frieden schließt, um die Hände zur Niederschlagung der Revolution frei zu bekommen.

Digitized by Google

Das eine wie das andere ist in Rußland zurzeit gleich möglich. Schon vor mehr als einem Jahre wurde von der Äußerung eines hochgestellten russischen Reaktionärs berichtet, revolutionäre Unruhen würden gar nicht so unerwünscht sein, weil sie für Rußland einen schicklichen Vorwand abgeben würden, aus der Entente auszuscheiden und Frieden zu schließen; von Deutschland könne man doch haben was man wolle. Rasputin ist ermordert worden, weil er den russischen Liberalen und aufrichtigen Patrioten eine Verkörperung der „finsteren Mächte" war, die das Mark Rußlands verdarben; gleichzeitig aber auch, weil es denkbar erschien, daß er und seinesgleichen eines Tages England den russischen Krieg gegen die Mittelmächte verdarben. Daher die Wendungen in dem Aufsatz Hamilton Fyfes, die Getreuen des Zaren und die Getreuen der Entente hätten den Schädling beseitigt.

Zwischen dem russischen Liberalismus und der amtlichen englischen Politik besteht ein vollkommenes Einverständnis. Stürmer ist beseitigt worden, weil er in der Tat bereit war, Frieden zu schließen — Frieden auf Bedingungen, die so ungeheuerlich waren, daß niemand bei uns hätte daran denken können, sie anzunehmen, aber doch für einen Frieden, in dem Rußland England allein ließ. Darum mußte er fallen. Rasputin hätte den Anlaß zu einer inner-russischen Krisis großen Stils geben können, zum Schaden des Krieges und zum Schaden Englands, darum mußte er fallen.

Wir lassen nun Hamilton Fyfe folgen.

(Daily Mail v. 1. 2. 17.)

Rußlands Wiedergeburt.

Warum Rasputin ermordet wurde.

Der große Moment für den Zaren.

Loyalität gegen Thron und Allianz.

In der folgenden bemerkenswerten Darlegung gibt Mr. H. Hamilton Fife, unser Spezialkorrespondent, die Erklärung für gewisse Ereignisse, die sich jüngst in Rußland zugetragen haben, einschließlich der Beseitigung Rasputins durch eine Anzahl Männer, die die besten Elemente Rußlands repräsentieren, und ihrem Lande, dem Zaren und der Allianz treu ergeben sind.

Am Sonnabendabend (den 30. Dezember) kam ich von Rumänien in Petrograd an. Statt der üblichen Zeit von 42 Stunden hatte ich eine Woche für die Reise gebraucht. Die russischen Eisenbahnen bedürfen einer gründlichen Reorganisation — „wie überhaupt alles in Rußland", sagte ein Offizier bitter. „Aber", fügte er hinzu, „wir haben nicht die Absicht, den jetzigen Zustand von Regierung, oder besser von Abwesenheit von Regierung viel länger zu ertragen. Jetzt ist es gerade die Armee, die unter dem schrecklichen Mangel an festem Zugreifen, Voraussicht und gesundem Menschenverstand, der unsere Führer kennzeichnet, leidet, und die Armee wird auf

Digitized by Google

Änderungen bestehen. Der Zar muß die Wahrheit erfahren und zur Einsicht darüber gebracht werden, welche Schwäche und Unfähigkeit geduldet wird. Sie werden sehen; irgend etwas wird sich bald ereignen."

... Eine halbe Stunde nach meiner Ankunft in Petograd hörte ich von der Ermordung Gregory Rasputins, des sittenlosen Mönchs, dessen Einfluß an hoher Stelle ein so düsteres Kapitel in der russischen Geschichte der letzten fünf Jahre gebildet hat. Ich wurde durch einen Beamten im Ministerium des Äußern telephonisch davon verständigt. Allgemein bekannt wurde es durch eine zwei Zeilen lange Mitteilung in einer Abendzeitung, die einfach besagte, daß Rasputin tot sei. An jenem Abend und am nächsten Morgen sprach jeder, den ich traf, mit tiefster Befriedigung und Dankbarkeit von dem Ereignis. In den Sonntag-Morgenblättern stand kein Wort darüber, obwohl in einer Zeitung, die mehr Courage hatte als die anderen, in einer kurzen Mitteilung eine verschleierte Andeutung erschien ... Noch erscheinen die Blätter mit weißen Stellen und tasten zaghaft an den Dingen herum, die zu dem Ergebnis geführt haben, daß Rasputin beseitigt werden müsse. Aber sie sagen genug, um die Nation davon zu überzeugen, daß die „Beseitigung" in der Tat erfolgt ist, und das einzige Gefühl, das ich konstatieren konnte, ist ein Gefühl der Erleichterung und der Freude.

Gerade eben habe ich mich mit einem hohen Beamten unterhalten, der bis vor wenigen Monaten allen „liberalen" Tendenzen entschieden angeneigt war. Ich entsinne mich, daß er mir noch in Juli versicherte, alles stünde aufs beste, die Reformparteiler seien Leute ohne Bedeutung, die Nation sei mit den bestehenden Zuständen zufrieden und alle Bestrebungen, sie zu ändern, müßten fehlschlagen. Heute sagt er: „Ich bin sehr froh darüber, daß sich dieses Ereignis zugetragen hat, und ich bin ganz besonders froh, daß es das Werk hochgestellter Persönlichkeiten ist. Ich betrachte es als ein sehr gesundes Zeichen, daß Mitglieder der kaiserlichen Familie daran teilgenommen haben. Nun sieht die Welt, daß Rußland im Kern gesund ist."

Nun muß die britische Nation notwendigerweise fragen: „Warum wurde Rasputin ermordet?" Er wurde getötet, weil er das einflußreichste Mitglied einer kleinen Clique war (der „Kamarilla", wie sie hier bezeichnet wird), die lange Zeit hindurch einen ungebührlichen Einfluß innerhalb der russischen Regierung ausgeübt hat. Einflußreich war er nicht etwa auf Grund seines Intellekts oder Charakters; er war ein Bauer, ohne Erziehung, ohne Manieren, ein Wüstling, ein Trinker, ein Verleumder. Sein Einfluß basierte auf einer gewissen hypnotischen Kraft, die ihm eigen war, einer Kraft, die ihn Frauen ganz besonders gefährlich machte. Er hatte eine neue Art von Religion erfunden. Ein Artikel darin besagte, daß Männer und Frauen gemeinsam baden sollten, „um das Fleisch zu prüfen". Er behauptete eine wunderbare Heilkraft zu besitzen und, wie erzählt wird, hat er selbst die Kaiserin dahin gebracht, zu glauben, daß ihm die Wiederherstellung ihres Sohnes von seiner früheren Ungesundheit und Schwäche zu danken sei. Rasputin gab vor, über den Erben des Zaren zu „wachen".

Digitized by Google

Er hatte Zutritt beim Hofe. Wurden seine Gesuche abschlägig beschieden, oder sein Rat mißachtet, so konnte er damit drohen, sich zurückzuziehen und den jungen Thronerben „unbeschützt" zu lassen. All das klingt phantastisch; dennoch findet sich dergleichen in jeder geschichtlichen Periode. Aus der bloßen Tatsache, daß Rußland über Zeitungen und Eisenbahnen verfügt, daß es so etwas ähnliches wie ein Parlament besitzt, und gebildete Russen durchaus auf dem gleichen Niveau wie andere Europäer stehen, folgt noch keineswegs, daß Rußland sich auf derselben Stufe historischer Entwicklung befindet, wie England und Frankreich. Andere Länder haben alle Bande des Mittelalters abgestreift. In solchen Ländern sind die Rasputins eine Unmöglichkeit geworden. In Rußland wurde es notwendig befunden mit diesem Schuft in einer Weise zu verfahren, die mit dem Hofe nichts zu tun hatte. Es gab keinen andren Weg, das Land von seinem unheilvollen Einfluß zu befreien, als die Pistole oder das Messer.

Man darf keineswegs annehmen, daß der Entschluß zur Beseitigung Rasputins von „Revolutionären" gefaßt wurde. In der gegenwärtigen fortschrittlichen Bewegung ist nichts von dem alten revolutionären Geiste. Es ist eine Bewegung, die von Männern geleitet wird, welche die alten Methoden verabscheuen. Diejenigen, die die Tötung Rasputins beschlossen, gehören zu den vornehmsten Familien Rußlands, einige zur kaiserlichen Familie.

Seit einigen Wochen gehörte der Betrüger zu einer Gesellschaft von etwa einem Dutzend, die sich im Palaste des Fürsten Yusupow zu treffen pflegte. Ihre Zusammenkünfte fanden zur Nachtzeit statt. Sie setzten Rasputin unter Alkohol, erschlossen seinen bösen Mund und erfuhren so, was er in seinen Gedanken wälzte. Sie hatten anscheinend immer die Absicht, ihn zu töten, aber sie taten es nicht, bis die plötzliche Vertagung der Duma darüber entschied, wie bald seine Unterdrückung zum Wohle des Staates erforderlich sein würde. Rasputin wurde zu einem der üblichen Soupers eingeladen. Er mußte dazu überredet werden, die Einladung anzunehmen. Irgendeine Warnung war ihm zugekommen. Er hegte Mißtrauen, Furcht, aber eine Frau überwand sein Zögern. Er gab ihr nach und ging.

Bis zur Zeit zwischen 2 und 3 Uhr morgens spielte sich alles in der üblichen Weise ab. Als die Verschwörer dann alles über die Machenschaften der Kamarilla was sie irgend konnten aus Rasputin „herausgepumpt" hatten, änderten sie ihre Tonart. Sie sagten ihm kurzerhand, daß er sterben müsse. Man ließ ihm die Wahl zwischen Selbstmord und Tötung. Ein Revolver wurde ihm in die Hand gedrückt und man drängte ihn, ihn gegen sich zu gebrauchen. Er weigerte sich, schoß auf einen Großfürsten, fehlte und zertrümmerte ein Fenster. Im Moment wurde er gepackt, geknebelt, gebunden und nach einer kleinen Weile aus der Welt befördert. Man kennt in Petrograd die Namen derer sehr wohl, die als Richter und Vollstrecker fungierten, und man wird sie in der Geschichte Rußlands ebenso ehren, wie man die Namen

Digitized by Google

Harmodios und Aristogeiton in der griechischen und den Namen der Charlotte Corday in der französischen Geschichte ehrt. Seit Abfeuern des ersten Schusses, des Schusses, der das Fenster zerschmetterte, war die Polizei auf dem Posten. Eine Polizeistation befindet sich gegenüber vom Palast. Von hier aus wurden alle Vorgänge sorgfältig überwacht. Polizisten und Detektivs besuchten den Palast zu wiederholten Malen, was aber die Ausführung des im voraus beschlossenen Planes in keiner Weise hinderte. Um 5 Uhr früh fuhr ein Automobil vor. Vier Männer mit schwarzen Masken stiegen heraus. Das Automobil entfernte sich schnell. Nach einiger Zeit kam ein anderer Wagen, ein Körper wurde herausgebracht und hineingelegt. Dann setzte sich der Wagen in schnellem Tempo in der Richtung der Inseln in Bewegung. In der frühen Morgendämmerung wurde der Körper über eine Brücke geworfen. Er fiel nahe am Ufer der Petrowski-Insel aufs Eis. Die Stricke, mit denen die Arme festgebunden waren, waren beim Fall zerrissen, so daß sich die Arme ausbreiteten. Die Beine blieben festgebunden. Dort blieb der Körper, zu grotesker Starrheit gefroren, bis zum Anbruch des Tages liegen, wo er von Arbeitern bemerkt wurde. Auf ihre Anzeige hin wurde er von der Polizei entfernt.

Daß irgendein Verfahren gegen die Täter eröffnet werden wird, ist unwahrscheinlich. Was jedermann fragt, ist: Wird die Kamarilla nun eingeschüchtert sein? Wird sie ihren Kampf gegen die besten Elemente der Nation, gegen die Freundschaft zwischen Rußland und England, gegen die Verwendung fähiger, unabhängiger Minister und gegen den Entschluß des russischen Volkes fortsetzen, den Krieg weiterzuführen, bis Deutschland geschlagen und gezwungen ist, sich den Bedingungen der Alliierten zu fügen? Oder werden andererseits die Germanophilen, die heimlich intrigiert und Drähte gezogen haben, auf den Gebrauch noch strengerer Unterdrückungsmaßregeln hinarbeiten, mit dem Zwecke, eine Revolution der üblichen Art hervorzurufen, und sie mit Gewalt niederhalten zu lassen? Sollten sie mit dem letzteren Kurse Erfolg haben, so würde das Zarentum ernstlich kompromittiert, ja seine Position könnte geradezu schwierig werden. Die Kamarilla rechnet noch auf die Armee. Sie wird jedoch rauh aus ihren törichten Träumen gerissen werden, wenn sie die Armee an der Seite der Reformer findet. Alle ehrenhaften und patriotisch gesinnten Russen hoffen und beten, daß der Zar sein Gewicht kräftig gegen die Clique geltend machen möge, die sein Interesse, wie das des Landes verraten hat. Er kann auf die Unterstützung der Nation rechnen. Die Nation ist entschlossen, den Krieg fortzuführen, und sie fordert, daß die Methoden der Fortführung wirksamer und sachgemäßer sind, als sie seither gewesen sind. Über die militärische Direktion der russischen Kräfte hört man wenig Klagen. Die Schwäche liegt im Rücken der Armee, wie es in England vor dem Regierungswechsel der Fall war. Das Land braucht Männer, die imstande und gewillt sind, ihm einen verbesserten Eisenbahndienst, bessere Methoden

Digitized by Google

der Nahrungsmittelverteilung und eine innere Politik zu geben, die darauf abzielt, das Volk zu versöhnen und zu konsolidieren. Wenn der Zar sich bereitfinden läßt, solche Männer zur Teilnahme an den Staatsgeschäften zu berufen, und den von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen zuzustimmen, so wird die Armee befriedigt sein, anders aber nicht. Das ist die Sachlage, und es ist besser, sie offen zu schildern. Deutschland weiß das sehr wohl und hofft, daß sich das Herz des Zaren verhärtet, wie das Herz Pharaos in Ägypten. Deutsche Agenten strengen sich hierfür aufs äußerste an.

Alle die besten Herzen und Köpfe Rußlands stehen auf Seiten der Alliierten. Vorigen Abend saß beim Neujahrsdiner im Britischen Klub in Petrograd Sir George Buchanan zwischen M. Ssasonow und M. Rodzianko, dem Präsidenten der Duma, und sie hielten alle Drei Reden, die die Sachlage klar beleuchteten. Der Wert der Arbeit Sir George Buchanans kann nicht hoch genug geschätzt werden. Er hat nie im entschiedenen Erfassen einer Situation versagt, nie gezögert, seine Meinung zu sagen, wenn es notwendig schien, und es doch nie an Takt oder an Korrektheit fehlen lassen. Er weiß, und alle, die Rußland studiert haben, teilen diese Erkenntnis, daß es die Reformer sind (womit ich alle ehrlichen und intelligenten Männer in Rußland meine), die für Loyalität gegen die Alliierten und Fortsetzung des Krieges eintreten. Weil Rasputin für das eintrat, was alle echten Russen hassen, darum ist er hingerichtet worden. Er war der Vertreter der Kräfte der Dunkelheit und Unwissenheit. Seine Henker vertreten diejenigen, die das Licht zu verbreiten streben.

Philosophie im Krieg

Von Dr. Max Hildebert Boehm

Nur eine gänzlich abstraktive Betrachtung kann das geistige Leben, — so auch die Forschung und das philosophische Denken — von allen Zeitereignissen weg in eine reine Abgeschiedenheit entrücken, wo die Werke der Kultur nach ihren eignen inneren Gesetzen, unberührt von den Leidenschaften und Wirrnissen der Stunde, in kristallklarer Reinheit herausgestellt werden. Gewiß wohnt dem geistigen Schaffen der Trieb inne, sich derart auf sich selbst zu stellen und in die klare Luft reiner Geistigkeit emporzusteigen. Und doch bleibt es richtig, daß auch das Leben des Geistes seine besten Kräfte wie der Riese Antäus aus der Berührung mit der Erde zieht, und daß es dünn und blaß wird, wenn es sich zu weit von dem Bereich des triebhaften und leidenschaftlichen Menschenlebens entfernt.

Betrachtungen dieser Art legt die weltgeschichtliche Stunde, deren Zeugen wir sind, uns allen erneut nahe. Der glühende Wunsch, der zu Beginn dieses Krieges mit elementarer Selbstverständlichkeit jedweden beseelte, der Wunsch, den Tageserfordernissen

Digitized by Google

mit den besten Kräften des Leibes und der Seele zu dienen, er stellte Kunst und Wissenschaft ganz gleichmäßig auf den Stoffbereich des Krieges ein. Was aber in der ungeheuren Erregung der ersten Monate in den Hintergrund des Bewußtseins trat, mußte sich auf die Dauer um so verwirrender und drückender fühlbar machen: nicht alle Gebiete der Kultur konnten ohne tiefste innere Schädigung jene Schwenkung zu einer Art von Edel-Utilitarismus mitmachen, die die Militarisierung des Geisteslebens mit sich brachte. Daß auch der Geist in den Dienst des hohen Nutzens für den Sieg des Vaterlandes trat, schien selbstverständliches Erfordernis. Die Naturwissenschaft, die an Dienstleistungen für die Technik bereits gewöhnt war, konnte der Anforderung leicht genügen. Schon fragwürdiger war die Aufgabe der Geschichte, zeitgeschichtliche Untersuchungen apologetisch zu wenden. Immerhin lag dem Historiker ein Ausflug in das Gebiet politischer Programmatik noch nahe genug. Nicht ohne Widerstreben aber konnte sich die Kunst dem Anspruch fügen, vaterländisch erregend zu wirken und sich damit doch in irgendwelchem Maße an die Tendenz preiszugeben. Und erst recht mußten der Philosophie schwere Bedenken aufsteigen, wenn sie sich des Worts ihres Meisters Hegel erinnerte, der ihr das Recht erbaulicher Einwirkung hart absprach. Wenn die Kunst immer noch aus der Erschütterung der Stunde zu Werken gelangen konnte, in denen sich die zur Einheit verschmolzene Stimmung des einzelnen und seines Volkes einen Ausdruck schuf: dem Philosophen schien die qualvolle Sendung kühlen Abseitsstehens und nüchternen Abwägens auferlegt und jede Möglichkeit schien ihm verschlossen, wirkend in die Ereignisse einzugreifen, geschweige denn dem siegreichen Fortgang der vaterländischen Sache geradezu zu nützen.

Es bedarf somit gar nicht erst eines Blickes auf die zeitgeschichtliche Problemlage unserer Philosophie, um ihre selten unterbrochene Schweigsamkeit im Kriege und zum Kriege zu erklären. Wir begrüßten es dankbar, daß all solchen inneren Bedenklichkeiten zum Trotz Mischgebilde reiner philosophischer Reflexion und ideologischer Programmatik wie Schelers „Genius des Krieges" sich herausgestalten konnten. Aber wir verstehen es auch, daß daneben nur ein einziger Versuch ans Licht getreten ist, im Kriege schon den Krieg als solchen in umfassender Betrachtung zum philosophischen Problem zu erheben: es ist die „Philosophie des Krieges in Umrissen" des Wiener Philosophen Heinrich Gomperz, die in „Perthes Schriften zum Weltkrieg" 1915 erschienen ist. Mit der objektiven akademischen Kühle, die den deutschen Gelehrten innerhalb der Grenzen seines Berufs auszeichnet, hat der Verfasser es hier unternommen, das Daseinsrecht des Krieges vor dem Forum der Philosophie zu erhärten und abzugrenzen. Von einem weichmütigen Pazifismus und von einer berserkerhaften Vergötterung des Krieges ist Gomperz gleich weit entfernt. Auch ist das ausgedehnte Material an philosophiegeschichtlichen Nachweisen, das in die Darstellung hineingeflochten ist, ein wertvoller Beleg dafür, wie gänzlich zu Unrecht die Pazifisten fast alle großen Denker der Vergangenheit für ihren Standpunkt in Anspruch nehmen.

Digitized by Google

Aber was so den Wert des Buches ausmacht: die behutsam abwägende Vernünftigkeit, die das Für und Wider der Argumente prüft, die Sorgfalt, die die philosophischen Probleme um den Krieg herum aufdröselt — das bedeutet doch auch seine Grenze. Denn mit der entschiedenen Einseitigkeit eines kämpferisch verfochtenen Standpunkts fehlt der Arbeit auch die denkerische Leidenschaftlichkeit, die vom tieferen philosophischen Pathos schwer abtrennbar ist. Die Problematik des Krieges ist darin mehr ausgebreitet und gesichtet als fortgeführt und aufgelöst, zumal auf die tragischen Widersprüche, die im Wesen des Krieges lauern, nicht entschlossen genug hingezeigt wird.

Solche letzte Einwände stehen aber keineswegs dem Urteil im Wege, daß das sehr populär abgefaßte, aus Universitätsvorlesungen vor einem breiteren Publikum hervorgewachsene Werkchen eine begrüßenswerte Einführung in die Philosophie des Krieges bedeutet. Seine Absicht glaube ich darum zu unterstreichen, wenn ich hier in losem Anschluß an seine Ausführungen einen Versuch biete, in gedrängter Überschau die systematischen Zusammenhänge einer Philosophie des Krieges mit den philosophischen Grunddisziplinen aufzuweisen. Gerade aus der Vielfältigkeit dieser Beziehungen erhellt am deutlichsten die große Aufgabe für die kommende Philosophie, die systematische Einordnung vollends durchzuführen und dabei vor allem auch die zahllosen Widersprüche herauszuarbeiten, vor die sich die denkerische Bewältigung dieses unendlich vieldimensionalen Phänomens: Krieg gestellt sieht. —

Ganz mit Recht rückt Gomperz ebenso wie im Grunde auch Scheler den Krieg in den Gesamtzusammenhang einer Philosophie des Lebens. Schon damit aber erhebt sich in Sturm von überaus weitgreifenden Fragen. Vor allem dies erscheint von vornherein problematisch, mit welchem Recht von einem Leben der Staaten gesprochen werden darf, in dem der Krieg eine entsprechende Rolle spielte, wie der Daseinskampf in der Natur. So sieht sich die philosophische Betrachtung des Krieges gleich auf ganz allgemeine Fragen der Sozialphilosophie zurückgeworfen, welchem Gemeinschaftstypus die Staaten zuzuordnen sind, ob eine organische Staatsauffassung hier in echter Gegensätzlichkeit einer mechanischen gegenübersteht und nach welcher Seite sich dabei die Entscheidung neigt. So wird hier der Krieg zu einer Unterfrage der Sozialphilosophie, deren Lösung zu Entscheidungen einer allgemeinen Staatstheorie in die Beziehung enger Abhängigkeit rückt. Aber auch mit andern Fragen der Sozialphilosophie als Lehre von den Gemeinschafts- und Gesellschaftsformen kommt der Krieg dadurch in Berührung. Denn sofort richtet sich die Überlegung auf das Verhältnis des Staates zur Nation. Wiederum eine neue Wendung nimmt dann die Fragestellung, wenn wir auf den Wandel dieser Gemeinschaftsformen und ihrer gegenseitigen Abhängigkeit im Verlauf der historischen Zeit den Blick lenken, auf den wogenden Prozeß des Zusammenschließens von Volks- oder Stammesgemeinschaften zu Staaten und des Verfalls des geschlossenen Volkstums beim Zerbröckeln seiner staatlichen Verfestigung. Eng verbunden zeigt sich so eine soziologische Betrachtung des Krieges mit einer

Digitized by Google

geschichtsphilosophischen. Unzweifelhaft ist die Bedeutung des Krieges innerhalb des Gesamtablaufs der Geschichte ungeheuer und nirgends leuchtet sein Sinn heller auf als in dem bunten Wechselspiegel des Blühens und Welkens, des Entstehens und Vergehens der großen und kleinen Reiche und Staaten, deren meist kriegerisch ausgetragene Machtkonflikte und Machtausgleiche recht eigentlich den Gegenstand der Geschichte ausmachen. Wenn damit aber gerade die politische Geschichte als Gerüst des gesamtgeschichtlichen Ablaufs angesprochen wird, dann müssen neue geschichtsphilosophische Bedenken rege werden. Die verschiedenen Teilströme des großen geschichtlichen Prozesses treten in Rangstreit miteinander und grundlegende Entscheidungen knüpfen sich daran, ob dieser Primat der politischen Geschichte anerkannt wird, oder ob ihr etwa mit dem Marxismus die Wirtschaftsgeschichte, mit Hegel die Dialektik des philosophischen Gedankens, mit anderen eine vitalistisch ausgedeutete Geistesgeschichte übergeordnet wird. Hier nun ist der Punkt erreicht, wo die Geschichtsphilosophie wiederum in allgemeine Kulturphilosophie umschlägt. Und es treten damit zugleich die für die Einschätzung des Krieges unendlich belangreichen Fragen auf, in welchem Verhältnis staatliche und kulturelle Entwicklung zueinander stehen und welche Bedeutung dem Kriege für die Entfaltung der geistigen Schöpferkraft der Menschheit zukommt. Ganz besonders deutlich zeigt sich hier, wie Entscheidungen über Sinn und Wesen des Krieges nur vom Boden einer in allen Fundamenten metaphysischer Art wohlverfestigten Weltanschauung möglich sind.

All diese Probleme nehmen den Krieg noch als eine die Eigenrechte der Person nicht berührende soziale Gesamterscheinung. Sie suchen den Sinn des Krieges in seiner eigentlichen Heimat, dem Mit- und Widereinander der großen überindividuellen Gemeinschaftsbildungen. Neben eine solche auf Sinn und Wesen des Krieges gehende metaphysische Betrachtung tritt die ethisch gewandte Überlegung, die schon hier Krieg und Frieden als soziale Aggregatzustände gewissermaßen gegeneinander abwägt und die von da aus gewisse Normen für eine Einschätzung gerechter und ungerechter, heiliger und frivoler, unabwendlicher und vermeidbarer Kriege zu gewinnen sucht. Recht eigentlich hier führt die Philosophie des Krieges auf die Fragen, die mit meist höchst unzureichenden Begriffsmitteln der Vulgärpazifismus durchhechelt, und so ist hier auch sicher einer der Punkte, wo das allgemeine Bewußtsein von wirklicher philosophischer Vertiefung des Kriegsproblems ernstliche Förderung erwarten darf. In der glücklichen Abwehr pazifistischer Trivialitäten durch Aufweis von vornherein verkehrter Fragestellungen liegt auch ein besonderes Verdienst der Gomperzschen Arbeit. —

In eine ganz neue Dimension von Problemen begeben wir uns, wenn wir den Krieg zum Einzelindividuum in Beziehung bringen. Und gerade, wenn anerkannt wird, daß wir damit den im Sozialen verwurzelten Krieg in ein ihm fremdes Gebiet hinübertragen, gerade dann muß auch deutlich werden, daß es besonderer Umwege bedarf, um hier zu begründeten Lösungen zu kommen. Ein solcher Umweg ist die Erörterung

Digitized by Google

des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft überhaupt, insbesondere der Beziehung des Einzelnen zu Staat und Volk. Ob Individualismus und Kollektivismus sich miteinander vertragen, und zu einer höheren Einheit zusammengehen können oder ob beide sich gegenseitig ausschließen, so daß ein Konflikt zwischen diesen beiden Auffassungen nur durch einen Kompromiß oder durch die Vergewaltigung des einen Standpunkts geschlichtet werden kann: das ist eine Frage, die sich ganz unabhängig vom Problem des Krieges erörtern läßt, obschon sie natürlicherweise im Krieg ganz besonders brennend werden muß, weil der Krieg als der große Tag der Gemeinschaftsidee die Rechte der Gesamtheit über den Einzelnen besonders hart und unerbittlich geltend macht.

Wenn also eine ganze Reihe von Grenzstreitigkeiten zwischen Individual- und Gemeinschaftsrechten, wie sie im Krieg besonders akut werden, nur in allgemeineren Erörterungen geschlichtet werden können, so darf darüber doch nicht übersehen werden, daß die Frage: Krieg und Individuum doch auch noch andere Seiten aufweist. Wenn der Weltkrieg vor allem bei seinem Beginn, aber auch noch in seinem weiteren Verlauf, wo seine Schrecken längst allen offenbar waren, noch immer eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf lebenshungrige Menschen ausübte, so tritt sein Wesen als zwischenstaatliches Phänomen dabei gänzlich zurück und er wird lediglich als Schauplatz einer ungeheuren Lebenserhöhung und Lebensbereicherung gesehen. Dabei ist sicher diese seine Rolle durch die moderne Technisierung stark zurückgetreten, für frühere Kriege muß sie noch in ganz anderem Maße in Anschlag gebracht werden. So weist hier der Krieg als individuelle Lebenserfüllung eine Menge neuer, an der Grenze von Metaphysik und Psychologie beheimateter Fragen auf, die bei Gomperz wenig Beachtung finden, dennoch aber von grundlegender Bedeutung für eine erschöpfende, systematisch abgerundete Philosophie des Krieges sind. Zugleich leiten sie über zu den — nebenbei bemerkt auch praktisch wichtigen — Fragen nach dem empirischen Verhalten des Einzelindividuums in den verschiedenen Lagen des Krieges, die sich als Psychologie des Kriegers zusammenfassen lassen. Man mag heute darüber streiten, ob solche jetzt vielfach mit den exakten Kategorien der Experimentalpsychologie behandelten Probleme noch der Philosophie im engeren Sinne zuzurechnen sind. In den weiteren Umfang kriegsphilosophischer Erörterungen gehören sie jedenfalls herein. Die Erfahrung der Heimkehrenden wird hier der wissenschaftlichen Forschung noch reiche Förderung darbieten können, wie das etwa in der überaus wertvollen Schrift von Everth, Die Seele des Soldaten im Felde (Jena 1915), bereits geschehen ist.

Ganz ebenso wie an den Krieg selbst wird man an das Kriegertum neben der Sinn- und Wesensfrage auch die Wertfrage richten dürfen, die Moral des Soldaten hat innerhalb der kriegsphilosophischen Probleme auch immer eine besonders bedeutsame Rolle gespielt. Das ist ja auch ganz natürlich angesichts des harten Zusammenstoßes der kriegerischen Pflicht mit dem Tötungsverbot, wie es etwa im Christentum die

Digitized by Google

selbstverständliche Voraussetzung höherer Moralität ist. Auch Gomperz ist an diesen Fragen nicht vorbeigegangen, obschon er hier nicht bis in die letzten Tiefen vorgedrungen ist, da seine dem Tragischen gänzlich abgewandte Weltanschauung ihn nicht einmal zur Sicht letzter unauflöslicher Antinomien heranführt. Sehr wesentliche Probleme von kriegsphilosophischer Folgenschwere knüpfen sich dann ferner an das Verhältnis des Einzelnen zur Kultur. Und es ist in besonderem Maße die moderne Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht, die wiederum zu rational kaum mehr auflöslichen Widersprüchen zwischen der kulturellen Werkverpflichtung des einzelnen und seiner vaterländischen Opferbereitschaft führen. All diese Fragen liegen im Bereich einer kriegerischen Individualethik, die freilich allenthalben in enge Beziehungen zu anderen philosophischen Disziplinen tritt.

Zu einem Kernpunkt all dieser tief ins Metaphysische hinabreichenden Fragen wird schließlich der Tod im Feld. Zugleich ist er der Ansatzpunkt, der auch die Nichtkämpfenden in die Probleme hineinzieht, die der Krieg an das Individuum als solches richtet. Ethik, Metaphysik und Religion reichen sich hier die Hand und bringen so tiefe Not über den qualvoll grübelnden Einzelmenschen, daß die kühle Reflexion hier verstummt und letzten und innerlichsten Entscheidungen der einsam ringenden Seele das Wort gibt. Nur mit demütigster Ehrfurcht kann auch das philosophische Denken an diese Tiefen des Schicksales Krieg rühren. —

Nur ein Aufriß der unzähligen Fragen philosophischer Art konnte hier versucht werden, die sich an das Phänomen Krieg knüpfen. Noch immer ist es uns so nahe, liegt so lastend als beengender Druck auf aller Denken und Sinnen, daß immer nur von einzelnen drängenden Fragestellungen her die philosophische Überlegung den Weg zu ihm findet. Wenn dies ungeheure Schicksal Europas ausgetragen, ausgelitten sein wird: dann erst wird auch der Geist die Freiheit finden, sich nach seinen eigenen inneren Notwendigkeiten zu ihm zu stellen. Daß er auch unter Verzicht auf frühere Vorurteile den Mut finden werde, sich so nach ihm zu stellen, wie es die umstürzende Wucht dieses Erlebnisses beanspruchen darf: das ist die Hoffnung all derer, die in diesem Krieg mehr als einen grausigen Zufall, mehr auch als ein bloßes politisch-wirtschaftliches Maskenspiel sehen zu dürfen glauben.

Die Siebenbürger Sachsen nach dem Weltkrieg

Von Emil Neugeboren, Mitglied des ungarischen Abgeordnetenhauses

Kriegsziele im eigentlichen Sinne des Wortes hat das kleine Häuflein Deutscher in den Südkarpathen natürlich nicht; es wäre Größenwahn, solche aufzustellen. Daß aber der Weltkrieg seine gewaltigen Wirkungen selbst auf so kleine Bestandteile der kriegführenden Mächte erstreckt und daß man daher auch im Kreise der Siebenbürger Sachsen hinsichtlich der Folgen des Krieges für den eigenen Bestand Hoff-

Digitized by Google

nungen und Befürchtungen hegt, ist selbstverständlich. Von politischer Bedeutung kann es zwar nicht sein, ob und wie weit diese Hoffnungen und Befürchtungen eintreffen, aber bei dem warmen Interesse, das man im Deutschen Reiche den Sachsen entgegenbringt, erscheint der Versuch nicht unzulässig, hier darzulegen, was die Siebenbürger Sachsen vom Weltkriege erwarten.

Unter den Siebenbürger Sachsen lebt die mit der Glut einer Glaubensüberzeugung festgehaltene Hoffnung, daß der Krieg einen gewaltigen Aufschwung und die höchste Entfaltung des deutschen Geistes und der deutschen Kraft zur Folge haben werde. Wenn von dem „Siebenbürgisch-deutschen Wochenblatt", das in den 60er und 70er Jahren in Hermannstadt erschien, im Leipziger „Literarischen Zentralblatt" rühmend gesagt worden ist, es habe den Krieg von 1870/71 mit einem Verständnis wie wenige Blätter in Deutschland selbst verfolgt, so könnte ähnliches ohne Überhebung hinsichtlich des gegenwärtigen Krieges von der Gesamtheit den Siebenbürger Sachsen behauptet werden.

Es ist natürlich, daß die Sachsen von dem erhofften mächtigen Aufstieg des deutschen Volkes auch eine Belebung und Kräftigung des eigenen Bestandes, wie überhaupt des gesamten Deutschtums in Ungarn erwarten. Niemand kann den engen Zusammenschluß zwischen dem Deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie, insbesondere Ungarns freudiger begrüßen als die Sachsen. Sie sind die geborenen Herolde jenes Mitteleuropa, dessen Grundlinien Naumanns bei den Sachsen förmlich verschlungenes Buch gezeichnet hat. Es ist jedenfalls zu verwundern, daß die seit einigen Monaten bestehende Waffenbrüderliche Vereinigung noch nicht auf den Gedanken verfallen ist, einmal auch einen Siebenbürger Sachsen nach Deutschland zu entsenden, um für die Vertiefung des politischen Bündnisses zu arbeiten; ein solcher Vertreter des Gedankens der Waffenbrüderschaft würde wohl manchen Punkt der deutschen Gedanken- und Gefühlswelt mit noch größerer Sicherheit treffen, als es selbst den bisherigen glänzenden Sprechern gelungen ist, zumal, wenn sie in der Lage wären, unter deutschem Gesichtswinkel hinsichtlich der künftigen Lage des Deutschtums in Ungarn der öffentlichen Meinung in Deutschland vollkommen befriedigende Mitteilungen zu machen. Nach dieser Richtung hin bewegen sich bei dem Gedanken an die Zeit nach dem Friedensschlusse die Erwartungen und Hoffnungen der Siebenbürger Sachsen mit großer Lebhaftigkeit. Nicht als ob sie für ihren eigenen Teil über die Behandlung, die ihnen bisher zuteil geworden ist, zu klagen genötigt wären. Seit einem Vierteljahrhundert ist das Verhältnis, in dem sie zu der ungarischen Regierung und zum Magyarentum überhaupt stehen, stetig besser geworden; heute liegen die Verhältnisse so, daß die Sachsen in ihrer Eigenart nicht nur geschont, sondern auch an den Quellen ihrer deutschen Kultur, in Schule und Kirche vom ungarischen Staate nachhaltig unterstützt und gefördert werden. Sie nähern sich jedenfalls dem Zustand einer vollen Befriedigung derjenigen nationalen Wünsche, die sie unter Berücksich-

Digitized by Google

tigung der politischen Möglichkeiten überhaupt hegen können. Kleinere Mißhelligkeiten, Übergriffe untergeordneter Amtsorgane, unüberlegte Preßangriffe und ähnliche Vorkommnisse können diese erfreuliche Entwicklung nicht erheblich stören. Die Lage der übrigen Deutschen in Ungarn ist nicht dieselbe, was in erster Linie auf die Verschiedenheit sowohl der geschichtlichen Entwicklung, als der gegenwärtigen Verhältnisse des Deutschtums in Siebenbürgen und im übrigen Ungarn zurückzuführen ist. Daß sich nach dem Kriege dieser Unterschied einigermaßen ausgleichen und die Lage der außersiebenbürgischen Deutschen in Ungarn demjenigen der Siebenbürger Sachsen ähnlicher gestalten werde, kann unter den Voraussetzungen, die durch die enge Zusammengehörigkeit Deutschlands und Ungarns geschaffen worden sind, erwartet werden. Diese Frage berührt nun zwar den völkischen Bestand der Siebenbürger Sachsen nicht unmittelbar, aber es ist nicht schwer zu begreifen, daß sie heute noch mehr als früher bei den Sachsen die Gemüter bewegt, wenngleich sie auch in Zukunft nicht unmittelbar zum Programme ihrer Volkspolitik gehören wird. Eines steht jedenfalls fest: das Bewußtsein, daß auch die übrigen deutschen Volksgenossen in Ungarn unter denselben Bedingungen freier Entfaltung ihrer Stammeseigentümlichkeiten und Kulturentwicklung stehen, wird zur Vertiefung und Festigung des ungarischen Staatsgedankens unter den Sachsen außerordentlich viel beitragen.

Wenden wir uns nun den unmittelbaren Folgen zu, die der Weltkrieg voraussichtlich für die Siebenbürger Sachsen haben wird, so fällt ein Passivposten zuerst ins Auge. Ein Volk von noch nicht einer Viertelmillion Menschen leidet naturgemäß unter dem großen Blutverlust, der durch den Krieg herbeigeführt worden ist, noch stärker, als größere Volksgemeinschaften. Die Sachsen haben einen Prozentsatz von Männern ins Feld gestellt, der zu den allergrößten gehört, die überhaupt in diesem Kriege vorgekommen sind. Nach zuverlässiger Zählung standen und stehen rund 35000 Sachsen unter den Waffen, d. h. nahezu 15 v. H. des Gesamtvolkes. Eine Statistik der blutigen Verluste, die die Sachsen bisher im Kriege erlitten haben, wird wohl vorbereitet, doch sind bisher noch keine Angaben bekannt. Es läßt sich aber denken, daß bisher schon mit Tausenden von Gefallenen und schweren Invaliden gerechnet werden muß. Der dadurch entstehende Mangel macht sich in erster Linie in der bäuerlichen Schicht des Volkes bemerkbar. Hier, wo es vor allem gilt, den Kampf um die Festhaltung und Vergrößerung des Boden und Lebensraumes zu führen, ist schon vor dem Kriege der unausgesetzte Abfluß brauchbarer Kräfte durch die Auswanderung nach Amerika schmerzlich empfundeu worden. Nun wird das sächsische Volk um eine so große Zahl von Männer in der Vollkraft des Lebens ärmer geworden sein. Das Verhältnis zu den es umgebenden Rumänen wird daher noch ungünstiger sein als bisher. Kein Wunder, daß noch während des Krieges der Gedanke einer in größerem Umfange als bisher nach dem Kriege durchzuführenden Neubesiedlung innerhalb und an den Rändern des sächsischen Siedlungsgebietes mit aller Energie gefaßt

Digitized by Google

worden ist. Die Arbeit an seiner Verwirklichung ist im Zuge, kann jedoch in das entscheidende Stadium natürlich erst nach dem Kriege treten. Da wird es auf zweierlei ankommen: ob es die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, insbesondere in Ungarn möglich machen werden, möglichst viele von den sächsischen Auswanderern aus Nordamerika in die alte Heimat zurückzubringen, und ob zur weiteren Deckung des Bedarfes an Ansiedlern sonstige deutsche Volkselemente zur Verfügung stehen werden. In der letzteren Hinsicht richten sich die lebhaftester Hoffnungen darauf, daß trotz des außerordentlichen Bedürfnisses an deutschen Zuwanderern, das auch im Deutschen Reiche besteht, die leitenden Kreise Deutschlands eine schmale Wasserader des heranzuleitenden Menschenstromes auch in die Täler Siebenbürgens durchlassen werden.

Der Kampf um den Boden, in dessen Zeichen das siebenbürgisch-sächsische Volk, wie schon erwähnt, schon lange vor dem Kriege stand, wird nach dem Kriege in gesteigertem Maße fortgesetzt werden. Der Boden, das Ackerland, ist sowohl wörtlich zu verstehen, als es auch Symbol für den wirtschaftlichen Daseinskampf überhaupt ist. Dieser Kampf ist für die Sachsen schwerer und schwerer geworden, je ungünstiger sich bei ihrer geringen Vermehrung und der um so größeren Fruchtbarkeit des sie rings umgebenden rumänischen Volkes und bei dem stetigen kulturellen Aufsteigen des letzteren das zahlenmäßige Verhältnis der wirtschaftlich tätigen Arbeiter gestaltete. Die eigentliche große Lebensgefahr der Siebenbürger Sachsen sind die Rumänen — dieser vor wenigen Jahrzehnten noch vielfach angefochtene Satz ist heute schon ein Gemeinplatz geworden. Um dieser Gefahr zu entrinnen, bedarf es vor allem zweier Momente. Das eine ist die fortgesetzte Steigerung der eigenen Leistungsfähigkeit der Sachsen, die immer straffer werdende Anspannung all ihrer Kraft. Das andere ist die Beibehaltung der bisherigen verfassungsmäßigen Zustände in Ungarn. Die Sachsen-Erhaltung ist genau an dieselbe Bedingung geknüpft, wie diejenige der Magyaren, nämlich daran, daß die Demokratisierung des Landes nicht zu weit getrieben werde. Die Sachsen sind auf dem von ihnen bewohnten Gebiete im ganzen genommen schon lange in der Minderheit. Sehr groß ist auch die Zahl derjenigen einzelnen Landgemeinden, deren rumänische Bewohner im Begriffe sind, die Mehrheit zu erringen. Der aristokratische Zuschnitt des Wahlrechtes für den Reichstag, wie für das Munizipium und für die Gemeinde haben es bisher ermöglicht, daß die Sachsen als die Gebildeteren und Vermögenderen das Heft in der Hand behielten. Schon das im Jahre 1913 geschaffene ungarische Wahlgesetz, so wenig es der modernen demokratischen Doktrin entsprechen mag, hat die Aussichten der Sachsen auf Behauptung ihres parlamentarischen Besitzstandes zum mindesten für die Zeit in 15—20 Jahren ungünstig gestaltet. Würde in derselben Richtung weiter gegangen, und etwa ein wirkliches allgemeines Wahlrecht eingeführt werden, wie es z. B. im Deutschen Reich herrscht, so wäre damit die vollständige Verdrängung der Sachsen aus der Halle der ungarischen Gesetzgebung unweigerlich ausgesprochen. Noch weit schlimmer aber stände es um

Digitized by Google

die Sachsen, wenn auch nur das neue Wahlrecht auf Munizipium (Komitat) und Gemeinde ausgedehnt würde. In den Komitaten und in den sächsischen Städten würden die Vertretungskörper nichtsächsische Mehrheiten bekommen und in einer langen Reihe der Dorfgemeinden würde derselbe Fall eintreten. Es ist ein Glück für die Sachsen, daß in diesem Belange ihre Lebensbedingungen mit denjenigen der Magyaren dieselben sind. Da hat denn lange Zeit hindurch der Gedanke in sächsischen Kreisen sehr beunruhigend gewirkt, daß das Verhältnis unserer Monarchie zu Rumänien zu Zugeständnissen auch in bezug auf das Wahlrecht führen könnte, und es kann vom Standpunkt der Sachsen aus als eine günstige Folge des Krieges mit Rumänien bezeichnet werden, daß ähnliche Zugeständnisse, wenn sie überhaupt jemals ernstlich in Erwägung gezogen worden sein sollten, künftighin ganz ausgeschlossen sind. Der ungarische Staat wird sich nach der Niederwerfung Rumäniens und der dadurch bewirkten Zertretung der dort wuchernden dakorumänischen Irredenta gewiß angelegen sein lassen, mit seiner, den Versuchungen dieser Irredenta für immer entzogenen rumänischen Bürgern in ein gutes Verhältnis zu gelangen, aber um den Preis der Einräumung weiterer politischer Rechte in Verwaltung und Gesetzgebung wird dies ganz gewiß nicht erfolgen, so daß nach dieser Richtung hin die Sachsen von einem schweren Alpdruck der letzten Jahre befreit sind.

Die bezeichnete Notwendigkeit jedoch, gegenüber den wirtschaftlich und kulturell aufstrebenden rumänischen Mitbürgern die alte führende Stellung zu wahren, wird in erhöhtem Maße fortbestehen. Vielleicht wird sich für das Wirtschaftsleben den Siebenbürger Sachsen daraus eine Erleichterung ergeben, daß, wie anzunehmen ist, in der künftigen Neugestaltung der Dinge jene Zollschranken, die seit einem Menschenalter zwischen Ungarn und Rumänien aufgerichtet waren und durch die der einst blühende Ausfuhrhandel der Sachsen nach Rumänien nahezu ganz vernichtet wurde, fallen werden. Dadurch würde dem sächsischen Gewerbe ein Absatzgebiet wieder zurückgegeben werden, das so gut wie verloren war und für das die Sachsen angesichts ihrer in dieser Hinsicht ungünstigen geographischen Lage bisher keinen Ersatz gefunden hatten. Freilich hätte die sächsische Industrie, die insbesondere in Kronstadt ziemlich kräftige Ansätze hat, einen schweren Wettkampf vor allem mit der reichsdeutschen zu bestehen. Siebenbürgen ist wie ganz Ungarn kapitalarm, und die Siebenbürger Sachsen haben in ihrer kapitalistischen Entwicklung mit der Gegenwart nicht annähernd Schritt halten können. Wohl sind schon vor Jahrzehnten in ihrem Kreise Versuche gemacht worden, reichsdeutsches Kapital in das Siebenbürger Sachsenland zu lenken, jedoch ohne jeden Erfolg. Dürfen die Sachsen wohl hoffen, daß dies nach dem Kriege, wo die große Weltstraße Hamburg—Bagdad endgültig erschlossen sein wird, eher zu ermöglichen sein wird, als vorher und daß zu dem rein kaufmännischen Kalkül über die Ertragsfähigkeit eines geplanten Industrieunternehmens auch ein Fünkchen des völkischen Gedankens treten werde, daß es dort bei

Digitized by Google

den fernen Stammesgenossen an der Pforte des Orients die Bedingungen der Erhaltung zu verstärken gilt? Glücklicherweise kommt es nicht in erster Linie auf die Beteiligung der Großindustrie an siebenbürgischen Unternehmungen an, sondern in viel höherem Maße darauf, daß im kleinen der wirtschaftlichen Arbeit der Siebenbürger Sachsen von Deutschland aus Unterstützung jeder Art gewährt wird. Bisher war in allen Jahrhunderten, seit deutsche Ansiedler im Südosten Ungarns sitzen, der Zusammenhang mit dem Mutterlande nahezu ausschließlich ein solcher geistiger und gemütlicher Art. Die Siebenbürger Sachsen haben von deutschen Hochschulen und in regem Zusammenhang mit der deutschen Wissenschaft, Literatur und Kunst den Boden ihrer Kulturarbeit immer wieder fruchtbar erhalten. Auf wirtschaftlichem Gebiete konnte bisher eine ähnliche Befruchtung nicht erfolgen. Daß sie in Hinkunft eintrete und daß nicht nur die Träger und Pfleger der geistigen Kultur ein liebevolles Interesse für die mit so seltener Zähigkeit an ihrem Volkstum hangenden Deutschen in Siebenbürgen betätigen, sondern auch diejenigen, die die materielle Grundlage aller völkischen Entwicklung, das Wirtschaftsleben fördern — das wird in Zukunft mehr als bisher einer der Faktoren sein, die zur Forterhaltung der Siebenbürger Sachsen wesentlich beitragen.

Englands Arbeiterklasse im Kriege

Von Dr. Paul Lensch, M. d. R.

Der Kongreß, den die englische Arbeiterpartei im Januar zum Manchester abgehalten hat, gibt ein ziemlich gutes Spiegelbild der Meinungen, die in der englischen Gewerkschaftswelt über den Krieg herrschen, und bei der großen Bedeutung, die die Haltung der organisierten Arbeiterschaft für das Ministerium Lloyd Georges besitzt, konnte es nicht fehlen, daß dieser Kongreß große Beachtung fand. Allein, wer die Kongreßbeschlüsse in ihrer soziologischen Tragweite wirklich erfassen will, der muß sich die Bedingungen klar machen, unter denen sie zustande kamen.

Zunächst: wer ist die englische Arbeiterpartei? — Im Jahre 1899 beschloß der englische Gewerkschaftskongreß mit geringer Mehrheit eine politische Arbeiterpartei zu gründen. Aus diesem Beschluß entstand im Jahre 1900 die Arbeiterpartei (Labour Party), hinter der jetzt rund 2 Millionen Gewerkschafter stehen. Die übrigen 1,3 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die es außerdem noch in England gibt, haben zur Arbeiterpartei keine direkten Beziehungen. Die Gründung einer selbständigen politischen Partei bedeutete den Bruch mit einer seit Anbeginn der Gewerkschaftsbewegung aufrecht erhaltenen Überlieferung. Bis dahin hatten sich die englischen Arbeiterführer damit begnügt, durch direkte Verhandlungen mit den Abgeordneten der beiden großen Parteien die Interessen ihrer Organisation zu wahren und je nach dem Ausfall dieser Verhandlungen ihren Anhängern die Unterstützung der

Digitized by Google

Kandidaten zu empfehlen oder zu widerraten. So wählten die englischen Arbeiter — so weit sie das Wahlrecht hatten, was auch heute noch nicht für die Hälfte zutrifft — liberal oder konservativ, was natürlich nicht hinderte, daß hie und da auch einmal einer ihrer Vertrauensleute von den bürgerlichen Parteien aufgestellt und gewählt wurde. Die so Gewählten waren aber dann im Parlament lediglich Mitglieder der Partei, die sie aufgestellt hatte. Von einer selbständigen Arbeiterfraktion wollte man in Gewerkschaftskreisen nichts wissen.

Das wurde um die Jahrhundertwende anders. Freilich zunächst auch nur formell. Man würde irre gehen, wollte man etwa die Labour Party mit der französischen oder deutschen Sozialdemokratie vergleichen. Sie hat kein sozialistisches Programm, sie verlangt von ihren Abgeordneten nur politische Selbständigkeit, d. h. sie dürfen nicht Mitglieder einer bürgerlichen Partei werden. Im Parlament sollen sie auf sozialpolitische und demokratische Reformen dringen. Bei dem Mangel an politischer Überlieferung und Selbständigkeit konnte es nicht ausbleiben, daß die Arbeiterpartei in der Praxis nur ein Anhängsel der Liberalen blieb, so sehr auch einige ihr zugehörige Sozialisten sich bemühten, sie zu politischer Selbständigkeit zu erziehen.

Die soeben erwähnten Sozialisten gehören einer besonderen Organisation an: der Unabhängigen Arbeiterpartei, die also von der Arbeiterpartei wohl zu unterscheiden ist. Sie besteht seit 1893, ihr Gründer und bekanntester Führer war der Bergmann Keir Hardie. Die Mitgliederzahl übersteigt nicht 25000. Ihr Organ ist der in Deutschland viel genannte „Labour Leader". Der Sozialismus der Unabhängigen Arbeiterpartei hat mit dem Marxismus nichts zu tun, er beruht mehr auf christlich-sentimentaler Grundlage, ihre Wortführer sind meistens zugleich Prediger einer der zahllosen englischen Sekten. Während des Krieges haben sie sich als eine kleine, aber sehr mutige Kampftruppe für die Beendigung des Krieges erwiesen, den sie freilich in der Hauptsache nur mit pazifistischen Gründen bekämpfen.

Daneben muß noch die Fabian Society erwähnt werden, ein sozialistischer Klub von 2—3000 Mitgliedern, die sich aus den Reihen meist sehr wohlhabender Gelehrter, Schriftsteller, Redner, Dichter usw. zusammensetzen. Die bekanntesten sind das Ehepaar Webb, der Schriftsteller Wells und der bekannte Dichter Shaw. Ihr Organ ist die Wochenrevue „New Statesman". Beide sozialistische Gruppen sind Verbündete der Arbeiterpartei und bilden mit ihr tatsächlich eine einheitliche Partei. Das große Tageblatt der Arbeiterpartei, „Daily Citizen", konnte sich nicht halten. Es ging an der Interesselosigkeit seiner Leser im Sommer 1915 ein.

Schließlich ist noch die kleine Partei zu erwähnen, die im Jahre 1881 als demokratische Föderation gegründet wurde, bald den Namen Sozialdemokratische Föderation annahm und seit 1907 sich Britische Sozialistische Partei nennt. Sie umfaßt ungefähr 10000 Mitglieder. Ihr bekanntester Führer ist Hyndman, als Wochenblatt dient ihr die „Justice". Sie steht auf marxistischem Boden, hat aber, da sie den Zusammen-

Digitized by Google

hang mit der Arbeiterbewegung nie fand, den Sektencharakter niemals überwunden. Von der Arbeiterpartei hält diese Gruppe sich fern, da sie ihr nicht sozialistisch genug ist. Während des Krieges ist die schroffe Deutschenfeindschaft, der Hyndman seit jeher gehuldigt hat, in der Haltung seiner Gruppe stark zum Ausdruck gekommen. Er gehört zu den lautesten Kriegstreibern und Annektionspolitikern Englands.

Von wirklich erheblichem politischen Interesse ist natürlich nur die Haltung der Arbeiterpartei. Nur hinter ihr steht ein größerer Bruchteil der englischen Gewerkschaftswelt, nur sie ist imstande gewesen, politischen Einfluß während des Krieges auszuüben.

Wie die Haltung der englischen Arbeiterklasse dem Kriege gegenüber aussah, ist im allgemeinen bekannt. Von vornherein stellte sie sich geschlossen hinter das Ministerium, und diese Geschlossenheit und auch Entschlossenheit hat bis jetzt eher zu- als abgenommen. Einige der Führer traten selber in das Kabinett ein. Je schärfer im Kabinett der Kriegswille zum Ausdruck kam, desto stärker wurde die Unterstützung, die das Kabinett in der Arbeiterklasse fand, bis schließlich Lloyd George, dessen Kriegsziele in seiner bekannten Boxerrede zum Ausdruck kamen, vom Arbeiterkongreß zu Manchester ein derartiges Vertrauensvotum erhielt, wie noch kein Minister in der Kriegszeit: die Teilnahme von Parteimitgliedern an der Regierung Lloyd Georges wurde mit einer Mehrheit von 6:1 gebilligt. Dabei ließ die Haltung der Arbeiterpartei vor dem Kriege an sich sehr wohl auch eine andere Möglichkeit offen. Auf ihrer Jahreskonferenz zu Birmingham im Jahre 1912 wurde ein von der Unabhängigen Arbeiterpartei gestellter Friedensantrag angenommen, der folgenden Schlußsatz hatte:

Außerdem billigt die Konferenz den Vorschlag, zu untersuchen und darüber zu berichten, ob und inwieweit eine teilweise oder eine allgemeine Arbeitseinstellung in Ländern, die in den Krieg gegeneinander einzutreten im Begriffe sind, den Kriegsausbruch verhindern könnte; die Konferenz empfiehlt allen Sektionen der Arbeiterbewegung, diese Frage zu erwägen; sie fordert den Vorstand auf, Maßregeln zu ergreifen, um der nächstjährigen Konferenz einen vollständigen Bericht hierüber vorlegen zu können.

Eine derartige Resolution auch nur zu stellen, wäre auf einem deutschen Parteitage unmöglich gewesen. Schon auf dem internationalen Kongreß zu Stuttgart war die deutsche Sektion allen derartigen Anträgen von französischer und englischer Seite von vornherein entgegengetreten. Der Kongreß der gemäßigt reformerischen, unsozialistischen Arbeiterpartei hatte diese Resolution fünf Jahre später fast einstimmig angenommen! Wie wenig jedoch hinter dieser radikalen Geste steckte, sollte sich sehr bald zeigen. Der Vorstand der Arbeiterpartei versandte Fragebogen an sämtliche ihr angeschlossene Gewerkschaften. Die Frage lautete: „Sind Sie bereit, in einen Streik einzutreten, um einen Krieg zu verhindern?" Weder 1913 noch 1914 konnte der Vorstand auf der Jahreskonferenz Bericht erstatten, da die Gewerkschaften es nicht für der Mühe wert gehalten hatten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Von mehreren hundert Fragebogen waren nur acht zurückgekommen.

Das Kriegsproblem hatte in der Tat für die englische Arbeiterschaft ein ganz beson-

Digitized by Google

deres Gesicht. Man würde ihr Unrecht tun, wenn man sie für schlechthin kriegswütig ansehen wollte. Im Gegenteil: sie war seit jeher für den Völkerfrieden und gegen die Kriegsdiplomatie, und in ihrer revolutionären Periode, die man von 1832 bis 1847 ansetzen kann, zeigte sie auch ein kräftiges Solidaritätsgefühl. Sie unterstützte politische Flüchtlinge und revolutionäre Bewegungen. Dann aber machte sie ihren Frieden mit der Bourgeoisie und geriet auch geistig vollkommen in die Abhängigkeit des englischen Liberalismus. Es gab keine liberalen Illusionen, die die englische Gewerkschaftswelt nicht auf die Spitze trieb. England stand damals auf der Höhe seiner Macht. Es war im Besitz des Industriemonopols und des Seehandelmonopols, die englische Weltherrschaft hatte die Kraft eines religiösen Dogmas erreicht. Man brauchte die englische Flagge in den europäischen Gewässern nicht mehr zu zeigen, und in den außereuropäischen Gebieten machten sich sogar neue Eroberungen überflüssig. Es war die Zeit, wo man daran ging, englische Kolonien wieder aufzugeben, da sie „Mühlsteine am Halse Englands" seien. Diese Periode unbestrittener englischer Weltherrschaft zeitigte ganz folgerichtig jene spezifisch englische Vorstellung vom Weltfrieden, den man sich gern als die edelste Blüte des englischen Freihandels vorstellte und der doch im Grunde nichts anderes war, als eine pax Britannica: die friedlichen Völker, emsig beschäftigt, ihre Agrarprodukte gegen die Industrieprodukte Englands auszutauschen, in sicherer Hut des britischen Löwen.

Bei keiner Klasse fand diese Vorstellung freudigere Aufnahme, von keiner wurde sie zäher festgehalten, als von der englischen Gewerkschaftswelt. Das hatte schließlich seine guten Gründe. Die Weltherrschaft der englischen Bourgeoisie war auch dem Proletariat zustatten gekommen, und zwar nicht bloß der aristokratischen Oberschicht der Gewerkschaften, sondern auch den breiten Massen. Ihr verdankte es seine gehobene Lebenslage, ihr seine Ausnahmestellung innerhalb der europäischen Proletarierfamilie, auf deren Glieder es mit Geringschätzung herabzublicken sich gewöhnte. Wer die englische Weltherrschaft angriff, der griff die Grundlage seiner sozialen Stellung an. Wie stark auch der Gegensatz zur englischen Bourgeoisie sein mochte: in der unerschütterten Aufrechterhaltung und weiteren Ausbreitung der englischen Weltherrschaft waren beide Klassen vollkommen einig. Nicht so sehr aus nationaler Ideologie, sondern aus dem materiellen Interesse einer herrschenden Klasse heraus, die um die Aufrechterhaltung ihrer Herrscherstellung um so zäher und rücksichtsloser kämpft, je kräftiger und unverdorbener sie ist. In der Tat fühlte sich die englische Gewerkschaftswelt gemeinsam mit der englischen Bourgeoisie als die herrschende Klasse der Welt. Diese Tatsache muß man sich vergegenwärtigen, wenn man sich die Psychologie der englischen Arbeiterschaft im Weltkriege klar machen will.

Denn der welthistorische Sinn des Krieges ist kein anderer, als der Sturz der englischen Klassenherrschaft über die Welt. Als daher dieser Sinn des Krieges deutlich wurde, trat die englische Arbeiterklasse geschlossen und energisch an die Seite ihrer

Digitized by Google

Bourgeoisie, obwohl dieser Krieg für England, äußerlich genommen, der glatte Angriffs- und Handelskrieg war, und der englische Boden niemals von einem Feinde bedroht werden konnte. Man muß sich das vor Augen halten, da hier der volle Gegensatz zu der Haltung der deutschen Arbeiterklasse zutage tritt. Diese hatte ihre Haltung seit dem 4. August bis heute stets damit begründet, daß es ein deutscher Verteidigungskrieg sei, der Leben und Sicherheit der Nation gefährde. Einem deutschen Angriffs- und Eroberungskrieg gegenüber würde ihr Verhalten wesentlich anders sein.

Diese allgemeine weltpolitische Situation, wie sie sich der englischen Gewerkschaftswelt darbot, wurde freilich durch die besonderen Entwicklungstendenzen der englischen Volkswirtschaft nicht unerheblich beeinflußt. Die Erschütterung der englischen Weltherrschaft ist ja keine Erfindung der Kriegszeit. Sie hatte schon mehr oder weniger deutlich Jahrzehnte vorher eingesetzt. Englands Industriemonopol war schon lange dahin, sein Handelsmonopol ebenfalls. In Wahrheit ist die Erschütterung der englischen Weltherrschaft keine Folge des Weltkrieges, sondern umgekehrt, der Weltkrieg ist eine Folge der Erschütterung der englischen Weltherrschaft. Die englische Bourgeoisie war auf dem Wege, durch die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Konkurrenten, besonders Deutschlands, ihre bisherige Weltstellung allmählich einzubüßen. Die Verschiebung, die sich hier allmählich anbahnte, kam deutlich in der veränderten Haltung der englischen Arbeiterklasse zum Ausdruck. Ihr erstes Anzeichen war die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei, eben der Labour Party, um 1900. Seit jener Zeit fingen die englischen Kapitalisten an, über die Labour unrest, jene merkwürdige „Unruhe" der Arbeiterklasse zu klagen, die in der Tat den Jahren vor Kriegsausbruch einen höchst eigenartigen Charakter verlieh. Nie gesehene Massenstreiks von unerhörten Dimensionen in den lebenswichtigsten Zweigen der englischen Volkswirtschaft erschütterten den sozialen Körper Englands. Zugleich begann ein ebenso unerhörtes Interesse für das Ausland, besonders für Deutschland, in englischen Arbeiterkreisen sich festzusetzen. Das parlamentarische Komitee des englischen Gewerkschaftskongresses, die Gelbmetallarbeiter von Birmingham, die Hafenarbeiter, die Kurzwarenarbeiter von Sheffield usw. sandten Vertreter nach verschiedenen deutschen Städten, um die Organisationen und die sozialen Verhältnisse der deutschen Arbeiter zu studieren. Die Berichte, die die englischen Delegierten erstatteten, waren für die deutsche Industrie und ihre Arbeiter durchweg schmeichelhaft. Noch im Mai 1914 hieß es im Bericht der National Amalgameted Union of Labour über die Zustände in Solingen: „Das erste, was einem stark auffällt, ist der kräftige Körperbau der Arbeiter. Das gesunde, energische, reinliche Äußere dieser Männer — ob Messerschmiede oder Schleifer, ob alt oder jung — ist überall dasselbe. Wir entdeckten kein Zeichen frühzeitigen Alters oder Verfalls oder Siechtums. Kein Zeichen von Überarbeit, kein Zeichen der Treiberei, des Hastens, der Einschüchterung oder der Furcht vor dem Aufseher. Die Arbeiter offenbarten alle Anzeichen freier Männer." Im allgemeinen hielten sämtliche eng-

Digitized by Google

lischen Besucher die sozialen und kulturellen Verhältnisse Deutschlands für musterhaft. Der Gewerkschaftsführer Davis, der Führer der Gelbmetallarbeiter von Birmingham, wunderte sich, daß es in Deutschland noch Unzufriedene gebe.

Es waren schwache, aber immerhin schon deutliche Anzeichen für die Wandlungen, die sich in der Ausnahmestellung Englands mitten im Frieden, lediglich durch die wirtschaftliche Entwicklung, anbahnten, und die bereits einen gewissen Eindruck auf die Spitzen der englischen Arbeiterwelt machten. Man kann daher wohl die Hypothese aufstellen, daß bei friedlicher Entwicklung die Weltherrschaft Englands immer mehr unterhöhlt und die Haltung seiner Arbeiterklasse immer unruhiger geworden wäre. Dieser drohenden Möglichkeit suchte England durch den Krieg zu entgehen, die ihm immer gefährlicher werdende friedliche Entwicklung durch die Gewalt der Waffen in eine andere Richtung zu stoßen. In diesem Zusammenhange kann man sagen, daß die Anbahnung des Weltkrieges durch die englische Bourgeoisie eine Flucht vor dem drohenden Sozialismus war, von dem sich Englands Arbeiterklasse bis dahin lediglich durch die englische Ausnahmestellung hatte fernhalten lassen, dem sie aber rettungslos verfallen würde — die Labour unrest gab schon einige Proben davon — wenn die englische Weltherrschaft erschüttert werden sollte. Hier aber zeigte sich wieder die tiefe Ironie der Weltgeschichte. Durch den Krieg hat England sein Schicksal nicht abgewendet, sondern nur beschleunigt. In drei Jahren vollzieht sich jetzt im Kriege, wozu der Friede wenigstens drei Jahrzehnte gebraucht hätte. Wer denkt dabei nicht an die tiefsinnigen Mythen des Altertums, in denen ein lange prophezeites Schicksal gerade durch die Maßregeln herbeigeführt wird, durch die der Bedrohte ihm entgehen will? —

In der Tat wird die Erschütterung der englischen Weltherrschaft, die der ganzen Welt ein anderes Gesicht geben wird, auch das Verhältnis der englischen Arbeiterklasse zur englischen Bourgeoisie tiefgehend beeinflussen. Man vergegenwärtige sich immer wieder, daß die Haltung dieser Klasse im Kriege diktiert wurde durch den Instinkt, gemeinsam mit der Bourgeoisie eine bevorrechtete Stellung in der Welt zu verteidigen. Erreicht hat das englische Proletariat durch seine Haltung nur, daß es diese Stellung mit einem Schlage und auf Nimmerwiedersehen verloren hat. Schon während des Krieges hat die englische Volkswirtschaft im allgemeinen und das englische Gewerkschaftsleben im besonderen tiefgreifende Umgestaltungen erfahren. Der tiefste Eingriff war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Um ihr zu entgehen, hatten die Chefs der Gewerkschaften gleich von Kriegsbeginn an eine intensive Agitation für die Freiwilligen-Armee begonnen. Es stellte sich bald heraus, daß sie damit das Gegenteil des Gewollten erreicht und nur rüstige Vorarbeit für die verhaßte allgemeine Wehrpflicht geleistet hatten. Die Zwiespältigkeit zwischen Wollen und Vollbringeu zeigte sich deutlich auf dem letztjährigen Kongreß der Arbeiterpartei zu Bristol im Januar 1916. Dort nahm man zwar mit ungeheurer Mehrheit eine

Digitized by Google

Resolution gegen die Wehrpflicht an, „da eine derartige Maßregel gegen den Geist der britischen Demokratie ist und die Freiheiten des Volks ernst bedroht", lehnte aber gleichzeitig eine Agitation gegen die Wehrpflicht ab und forderte zum Überfluß die drei Arbeiterminister auf, im Ministerium, das die allgemeine Wehrpflicht durchzuführen eben im Begriffe stand, auch fernerhin zu verbleiben. Diese taktische Konfusion war freilich nur das Spiegelbild der theoretischen Konfusion der Arbeiterpartei. Im Namen der „britischen Demokratie" protestierte man gegen die Einführung einer demokratischen Wehrverfassung und proklamierte das aristokratische Söldnertum zum Palladium der Volksfreiheit.

Diese zwieschlächtige Logik war das echte Kind der zwieschlächtigen sozialen Position, die für die englische Arbeiterpartei so kennzeichnend ist. Sie war als Arbeiterfraktion die Vertreterin einer beherrschten sozialen Schicht, hatte aber zugleich ein Interesse an der Aufrechterhaltung der englischen Weltherrschaft, das heißt, an der Ausbeutung der Welt durch England. Außerdem aber bewies diese tragikomische Verwechslung aller Begriffe, daß in einer Entscheidungsstunde, die für England eine Weltenwende bedeutet, die Arbeiterführer vollkommen ratlos und ideenlos dasaßen und sich vom Winde treiben ließen.

Die Wirkungen, die die allgemeine Wehrpflicht auf das Wirtschaftsleben der Nation ausübt, stehen der englischen Volkswirtschaft noch bevor. Sicher ist, daß man an ihre Aufhebung nach dem Kriege um so weniger denken kann, je erschütterter sich die Weltstellung Englands und seine Seeherrschaft erweisen wird. Dazu aber hat die englische Volkswirtschaft im Kriege schon andere unerhörte Umwälzungen erlebt und ist im Begriffe, noch viel tiefere zu vollziehen, die sich mit Friedensschluß ebenfalls nicht wieder völlig beseitigen lassen. Durch das Kriegsgesetz vom Juni 1915 und die späteren Ergänzungen ist die englische Waffen- und Munitionsindustrie unter die besondere Kontrolle der Regierung gestellt worden. Die Gewerkschaften mußten auf wesentliche Errungenschaften verzichten. So wurde es zu einer strafbaren Handlung, wenn der Arbeiter den Dienst ohne Einwilligung des Arbeitgebers aufgibt, selbst wenn der Vertrag abgelaufen und die Kündigungsfrist eingehalten ist. Das Munitionsgericht lehnt die Besprechung von Löhnen, Arbeitsstunden, Anstellungsbedingungen ab. Kein Wunder, daß der bereits erwähnte Kongreß der Arbeiterpartei zu Bristol eine durchgreifende Verbesserung des Munitionsgesetzes verlangte. Jetzt aber sind in England Bestrebungen im Gange, die Zivildienstpflicht einzuführen, also den Arbeitszwang zu fordern, und zwar unter Bedingungen, die wesentlich ungünstiger sind als die Bedingungen des deutschen Gesetzes. Die Ähnlichkeit mit dem Entwicklungsgange der allgemeinen Wehrpflicht liegt auf der Hand. Auch hier anfangs das Freiwilligensystem, bei dem die Chefs der Gewerkschaften eifrig mitarbeiteten, um dem Zwang zu entgehen. Das Ergebnis ist beide Male Übergang zum Zwang, bei dem sich herausstellt, daß er gerade durch die frühere Mitarbeit der Gewerkschaften sich wesentlich leichter einführen ließ.

Digitized by Google

Alles das bedeutet eine gewaltige Zunahme der Staatsgewalt und steht damit schon im schroffsten Widerspruch zu dem überlieferten Fühlen und Denken der englischen Volksmasse. Für das bisherige englische Gewerkvereinswesen bedeutet diese Entwicklung aber direkt die Abdankung. Die Grundlagen seiner Existenz, die elementarsten Bedingungen des Gewerkschaftslebens sind preisgegeben.

Nun ist freilich ausdrücklich ausbedungen, daß nach Friedensschluß der frühere Zustand wieder hergestellt werden soll. Allein nach diesem Kriege gibt es nirgends den Status quo ante. Wenn auch selbstverständlich viele oder die meisten Gesetzesbestimmungen wieder aufgehoben werden, so gibt es für die englischen Gewerkschaften schon deshalb kein Zurück mehr in die alten Verhältnisse, weil das England nach dem Kriege wesentlich anders aussehen wird, als vorher. Jetzt wird die englische Volkswirtschaft zum ersten Male ernsthaft arbeiten und gegen Konkurrenz kämpfen müssen. Die Bedingungen der Kapitalsbereicherung werden durch die Erschütterung der englischen Weltstellung ganz außerordentlich erschwert sein. In dieser Not wird der englische Kapitalismus sich der Tatsache entsinnen, auf die jetzt die englischen Zeitungen so laut hinweisen, daß der Wegfall aller durch die Gewerkschaften auferlegten Beschränkungen in den Fabriken, sowie die eiserne Disziplin, die das Munitionsgesetz vorsah, die Arbeitsleistung des Arbeiters rund verdoppelte; daß er weiter den Ertrag der Betriebe erheblich steigern konnte, ohne die Zahl der gelernten Arbeiter zu vermehren, daß er die Lohnkosten seines Fabrikats zu verringern vermochte, ohne die Löhne der Arbeiter zu drücken. Der englische Kapitalismus wird darauf angewiesen sein, die Vorteile der modernen spezialisierenden Arbeitsmaschinen, die er in der Not des Krieges anwenden konnte, ohne den Einspruch der Gewerkvereine fürchten zu müssen, nicht wieder preiszugeben. Hier ergeben sich ganz von selber große Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, die um so intensiver geführt werden mögen, als das englische Kapital nach dem Kriege keineswegs mehr über die unerschöpflichen Schätze wie vor dem Kriege verfügen wird.

Auf dem Kongreß der Arbeiterpartei zu Manchester, der mit so großer Mehrheit und Entschlossenheit die Politik Lloyd Georges unterstützt hat, kam es am zweiten Tage zu Debatten über Resolutionen, die diese kommenden Konflikte zwischen Arbeiterschaft und Industrie vorbereiteten. Auch der Vorsitzende Wardle wies in seiner Eröffnungsansprache auf diese Konflikte hin. Die alten individualistischen Philosophen und Arbeitsmethoden sind niedergebrochen, führte er aus. Was die Zeit nach dem Frieden angeht, so ist der Eingriff in frühere Methoden und Gewohnheiten so tief, daß der Wiederaufbau an England ebenso große Anforderungen stellt, wie die Wiederherstellung von Belgien, Serbien und Nordfrankreich. Demobilisierung, Arbeitslosigkeit, Pensionsfrage, Arbeitsvermittlung, Wahlrecht, Steuern, Erziehung, Beziehungen der Arbeit zu Kapital und Staat: alles das ist unerledigt, und die richtige Erledigung entscheidet über unser zukünftiges Gedeihen als Nation. Wir können nicht mehr zum alten laisser faire (gehen lassen) zurückkehren.

Digitized by Google

Die Schwierigkeiten, auf die hier der englische Arbeiterführer hinweist, ergeben sich ihm schon, wenn, wie es für ihn selbstverständlich ist, England seine Feinde zu Boden geschlagen und sein Weltreich neu fundamentiert hat. In Wirklichkeit werden die Schwierigkeiten noch unendlich größer sein, da England keine Aussicht auf einen derartigen Kriegsausgang besitzt. Nicht nur die alten individualistischen Philosophen und Arbeitsmethoden sind niedergebrochen, sondern auch die alten individualistischen Gewerkvereine, die grundsätzlich nur die Arbeiteraristokratie umfaßten und die große Masse des englischen Proletariats eifersüchtig von ihren Reihen fernhielten. Die Sozialisierung der englischen Gesellschaft, mit der der Krieg den Anfang gemacht hat, wird sich nicht wieder völlig beseitigen lassen. Es wird sich zeigen, mit welchem Verständnis die Arbeiterführer diesem großen Entwicklungsprozeß entgegen kommen und ihm die Existenzbedingungen ihrer Organisation anschmiegen werden.

Jedenfalls ist die Zeit der Labour unrest, über die die englische Presse schon vor dem Kriege klagte, mit dem Frieden nicht vorbei. Im Gegenteil, sie beginnt erst richtig. Die Erschütterungen, die das soziale Leben Englands nach dem Kriege durchmachen wird, werden an Schwere und Furchtbarkeit den Erschütterungen entsprechen, die der Krieg für die politische Stellung des Weltreiches selber heraufgeführt hat.

In demselben Augenblick, in dem die Weltherrschaft Englands aufhört, zerbricht auch die Solidarität zwischen der britischen Bourgeoisie und ihrem Proletariat, die diese Weltherrschaft zur Voraussetzung hatte. Unter ganz anderen Bedingungen und in riesenhaft erweitertem Umfang wird sich erfüllen, was Karl Marx einst an der Jahreswende der Revolutionsjahre 1848 zu 1849 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" schrieb, kurze Zeit, nachdem die erste revolutionäre Bewegung der englischen Arbeiterklasse, der Chartismus, zusammengebrochen war:

Das Land aber, das ganze Nationen in seine Proletarier verwandelt, das mit seinen Riesenarmen die ganze Welt umspannt hält, das mit seinem Gelde schon einmal die Kosten der europäischen Restauration bestritten hat, in dessen eigenem Schoße die Klassengegensätze sich zur ausgeprägtesten, schamlosesten Form fortgetrieben haben — *England scheint der Fels, an dem die Revolutionswogen scheitern*, das die neue Gesellschaft schon im Mutterschoße aushungert. England beherrscht den Weltmarkt. Eine Umwälzung der nationalökonomischen Verhältnisse in jedem Lande des europäischen Kontinents, auf dem gesamten europäischen Kontinent ohne England, ist der Sturm in einem Glase Wasser. Die Verhältnisse der Industrie und des Handels innerhalb jeder Nation sind beherrscht durch ihren Verkehr mit andern Nationen, sind bedingt durch ihr Verhältnis zum Weltmarkt, und die Bougeoisie beherrscht England.

Die Befreiung Europas, sei es die Erhebung der unterdrückten Nationalitäten zur Unabhängigkeit, sei es der Sturz des feudalen Absolutismus, ist bedingt durch die siegreiche Erhebung der französischen Arbeiterklasse. Aber jede französisch-soziale Umwälzung scheitert notwendig an der englischen Bourgeoisie, an der industriellen und kommerziellen Weltherrschaft Großbritanniens. Jede partielle soziale Reform in Frankreich und auf dem europäischen Kontinente überhaupt ist und bleibt, soweit sie definitiv sein soll, ein hohler frommer Wunsch. Und *das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg*, der allein der Chartistenpartei, der organisierten Arbeiterpartei, die Bedingungen zu einer erfolgreichen Erhebung

Digitized by Google

gegen ihre riesenhaften Unterdrücker bieten kann. Die Chartisten an der Spitze der englischen Regierung — erst mit diesem Augenblicke tritt die soziale Revolution aus dem Reiche der Utopie in das Reich der Wirklichkeit. Jeder europäische Krieg aber, worin England verwickelt wird, ist ein Weltkrieg. Er wird geführt in Kanada wie in Italien, in Ostindien wie in Preußen, in Afrika wie an der Donau. Und der europäische Krieg ist die erste Folge der siegreichen Arbeiterevolution in Frankreich. England wird wie zu Napoleons Zeit an der Spitze der konterrevolutionären Armeen stehen, aber durch den Krieg selbst an die Spitze der revolutionären Bewegung geworfen werden und seine Schuld gegen die Revolution des 18. Jahrhunderts einlösen.

Selten ist die tiefreaktionäre Stellung des „demokratischen" England so scharf gekennzeichnet worden, wie in diesen Worten des großen Revolutionärs und Sozialisten. Seine geistvolle Prophezeiung, daß England einst wie zu Napoleons Zeiten an der Spitze der konterrevolutionären Armeen der Welt stehen wird, ist heute Wirklichkeit geworden. Die Zukunft wird erweisen, ob auch der zweite Teil der Prophezeiung eintreffen wird.

Ein Schrei nach dem Zensor

Von Lynceus

Ich beginne mit drei kleinen Begebenheiten, die zufällig einander an einem und demselben Abend ablösten:

Auf der Leipziger Straße in Berlin begegnete mir ein Bekannter, der mir sagte, er sei etwas müde und abgespannt und gehe darum nur noch in das Kino, um sich den neuen Kriegsfilm von der Somme anzusehen.

Am Leipziger Platz, von wo Trupps von Urlaubern nahezu den ganzen Tag hindurch in die Stadt oder zu den Bahnhöfen im Osten strömen, steht an einer Haltestelle einer dieser Urlauber, der eben von draußen kommt. Die Stiefel und Kleider sind von Schlamm bespritzt und in seinem Gesicht liegt noch das Grauen des Schlachtfeldes. Ein loyaler freundlicher Herr tritt auf ihn zu und fragt ihn teilnehmend-neugierig, woher er komme? Der Urlauber sieht ihn fremd an, als spreche er zu einem Menschen aus einer anderen Welt. Dann geht ein schmerzlicher verächtlicher Zug um seinen Mund, mit dem er nur das Wort „Somme" ausspricht, worauf der freundliche neugierige Herr bestürzt zurückschreckt, weil nun die Reihe des Fremdseins glücklicherweise an ihm ist.

Ich gehe von da in eines der großen Weinlokale. Es ist behaglich durchwärmt, hell erleuchtet, mit essenden, schwatzenden Menschen gefüllt. Ich habe eben Platz gefunden, als ich zwei Soldaten mit verlegenen Gesichtern durch die Helligkeit, die Musik und die essenden und schwatzenden Menschen hindurchgehen sehe. Auch die kommen von draußen. Sie haben sich verirrt. Vielleicht ist es also ihre Schuld, daß sich keiner von den gewandten Großstädtern in ihrer Behaglichkeit um die Verlegenheit dieser beiden Soldaten kümmert.

Digitized by Google

An diese paar Züge, die ich leicht vermehren könnte, mußte ich denken als ich am nächsten Tag einen Brief las, den ein Gefreiter aus dem Felde der „Deutschen Politik" geschrieben hat. Dieser Brief verwies zunächst auf folgenden Zeitungsausschnitt einer großen deutschen Zeitung:

„Sehr empfehlenswerte Einblicke in die schier übermenschlichen Leistungen unserer Heldentruppen vermitteln die „U.-T.-Lichtspiele Leipziger Straße 88" ihren Besuchern durch den Riesenfilm „Unsere Helden an der Somme", denn dieser Film hat den Vorzug, mit besonderer Genehmigung der Obersten Heeresleitung hergestellt zu sein und deshalb einen bisher unmöglichen Begriff zu geben von der Tapferkeit, der Ausdauer, dem Löwenmute, aber auch von dem Leiden unserer Krieger in dem noch nicht dagewesen Getümmel der Schlacht an der Somme! Um auch der anderen Seite des Geschmacks zu genügen, enthält die Vorführungsfolge ein an Komik reiches Lustspiel, das gleich dem Somme-Film allgemeinen Beifall findet."

Zu diesem Abschnitt schrieb der Gefreite: „In Ihrer Zeitschrift ist diese Art der Teilnahme für die Leistungen unserer Truppen schon mehrfach gegeißelt worden. Vielleicht haben Sie Gelegenheit, diese Anzeige in dieser Richtung zu verwerten. Ich wollte einiges darüber schreiben, wie man hier draußen, zumal an der Somme und bei den „Helden", die an „dem noch nicht dagewesenen Getümmel der Schlacht an der Somme" teilgenommen haben, über derartige Anzeigen und die dadurch gekennzeichneten Anschauungen mancher, leider vieler Geschäftsleute und solcher Leute, die von Hause zusehen, denken. Aber mir fehlen vor Empörung und Ekel die Worte. Den Herrschaften daheim sollte endlich einmal klar werden, daß wir hier draußen den „Geschmack" am Darstellen von Heldenrollen leicht verlieren können, wenn wir sehen, welch geringen Bildungseinfluß „Tapferkeit, Ausdauer und Löwenmut" auf den „Geschmack" des Volkes ausüben."

Die Gesinnung, die aus diesem Briefe spricht, ist so prächtig, daß sich jedes Wort der Erläuterung von selbst verbietet. Der Gefreite hat nur darum nicht recht, daß er den Geschmack des Volkes für solche Widerwärtigkeiten verantwortlich macht. Die Verantwortung liegt vielmehr allein an der Gedankenlosigkeit, mit der viele unserer Tagesschreiber mit der Sprache umgehen, an ihrer Unfähigkeit, mit der Sprache die Gefühle und Gedanken zu verbinden, die mit den Worten verknüpft sind, in der Aufdringlichkeit von Anpreisungen, die den Bombast und einen ungeheuren Wortschall zu brauchen glauben, um überhaupt noch zu wirken. So leblos, ausdruckslos halten sie die Sprache, daß sie meinen, mit Keulenschlägen dreinschlagen zu müssen, um sich vernehmlich zu machen. Als ob das Wort Mut nicht allein genüge. Als ob das Getümmel der Schlacht an der Somme noch nicht dagewesen sein müßte, um Eindruck zu machen. Als ob der furchtbare Ernst der Kämpfe nicht ausreichte, um dem Geschmack des Publikums zu genügen, und auch „ein an Komik reiches Lustspiel" hinzukommen müßte, um den U.-T.-Lichtspielen „allgemeinen Beifall" zu sichern.

Digitized by Google

Die Sache hat aber eine noch viel ernstere Kehrseite. Das Geschäft kann einen Charakter verderben. Warum nicht auch das Gefühl und den Geschmack und die Sprache? Für die U.-T.-Lichtspiele ist die Sommeschlacht eben nur ein Geschäft.

Schon schlimmer ist es, daß die U.-T.-Lichtspiele darauf rechnen dürfen, für einen „Riesenfilm von der Sommeschlacht" Liebhaber zu finden. Kinos sind Schaustellungen, von denen keiner ehrlichen Herzens wird sagen wollen, daß sie Bildungsstätten zu sein Anspruch machen dürfen. Ein Film von der Sommeschlacht wäre schon an einer Bildungsstätte eine Gefühlsroheit, wenn sie nicht ausschließlich militärischen Fachleuten diente, die daran etwas für ihr Fach lernen müssen und wollen. Ein Kriegsfilm in einem Lichtspieltheater ist eine Schaustellung zur Unterhaltung, also ein Hohn auf den Ernst des Kampfes, von dem man gesagt hat, er sei „heilig", eine Herabwürdigung der Majestät des Leidens und des Todes.

Am schlimmsten aber ist es, daß keine Zensur um diese Films und um diese Anzeigen sich kümmert. Weder, wenn draußen die Photographen der U.-T.-Lichtspiele das Schlachtfeld für geschäftliche Zwecke absuchen und kämpfende deutsche Männer zu Objekten ihrer Schaustellungen machen; noch im Lande, wenn ein geschäftiger Filialleiter für diese Objekte die Werbetrommel rührt oder rühren läßt.

Ein italienischer Schriftsteller hat vor kurzem im „Corriere della Sera" die Leistungen des deutschen Volkes im Kriege gerühmt. „Der „Vorwärts", das offizielle Organ der deutschen Sozialdemokratie, schreibt unter Billigung des unbeschränkten U-Bootkrieges folgende Worte, die unsere Leser sich gut einprägen mögen: ‚Am Schluß dieses schwersten aller Kriege wird niemand sagen können, daß die deutschen Soldaten, die deutschen Arbeiter und die deutschen Sozialisten nicht ihre Pflicht gegenüber der Gemeinschaft bis zu Ende, bis zum äußersten getan haben.' Das ist wahr. Niemand wird sagen können, daß das deutsche Volk, von dem vielleicht in Europa die größten Opfer gefordert wurden, nicht ein unvergeßliches Beispiel von Einigkeit, Disziplin und Hingebung gegenüber dem obersten Gesetz des öffentlichen Wohles gegeben hat. Die Soldaten kämpfen tapfer, die Arbeiter arbeiten angestrengt in den Werkstätten, die Sozialisten halten ihre Kritik an der Regierung in den Schranken einer Klugheit, die ihr unbestreitbares patriotisches Bewußtsein beweist."

Dieses deutsche Volk verlangt so wenig nach dem Kriegsfilm wie nach 500 Aufführungen des Schauspiels „Immer feste druff".

Die danach dennoch verlangen — uun, die mögen sich von der Somme ihre Kriegseindrücke gefälligst selbst holen.

Digitized by Google

Notizen

Das Kriegsende. Der Entschluß der Befehlshaber unserer Heere ist, daß der Krieg mit dem Sommer 1917 endet. (Mr. Hodge in einer Rede in „Walworths Baths".) — Die führenden Geldleute New Yorks glauben, daß dieses das letzte Kriegsjahr ist und die Entscheidung nicht lange nach der ursprünglich von Kitchener vorausgesagten Zeit von drei Jahren erfolgen werde. Das hieße also, daß am 1. August der Krieg ein Ende hätte und die Alliierten somit mit ihren Geldern, Mannschaften und übrigen Mitteln gerade auskommen würden. („Financial News".) — Die Petersburger Konferenz, welche alle Anzeichen eines Kriegsrates hat, ist zweifellos die letzte Versammlung der Alliierten vor dem Beginn der Entscheidung. („Journal de Genève".)

Das deutsche Friedensangebot. Vom deutschen Standpunkt waren die Friedenseröffnungen gerechtfertigt, ohne daß man darin ein Zeichen der Erschlaffung oder Schwäche sehen mußte, und folglich beunruhigen sie die Öffentlichkeit nicht. Sie tragen im Gegenteil einen Zug der Großmut, da sie im Anschluß an mehrere Siege über einen neuen Feind erfolgen. Ferner erfüllten sie die überwiegende Mehrheit des Volkes mit Befriedigung, denn seit mehr als zwei Jahren erzählt man demselben ohne Unterlaß von Triumphen, ohne jemals eine Aussicht auf Frieden zu gewähren. Dem besorgten hungerleidenden Deutschland mußte zum dritten Weihnachtsfest etwas anderes als Zeitungsartikel geboten werden. Die Note vom 12. Dezember ist in den Schützengräben und am heimatlichen Herd wie ein wunderbares Geschenk aufgenommen worden. (Albert Gauvain in „Revue de Paris".)

Die Friedensfrage behandelt Professor Kjellén in einer Artikelreihe der schwedischen Zeitung „Nya Daglight Allehanda": Nach der deutschen Blockadeerklärung habe die Reichsregierung sich mit dem preußischen Gedanken in bezug auf das Mittel zum Sieg solidarisch gemacht, was aber nicht bedeute, daß sie auch seine Ziele übernommen hat. — Es gibt drei Friedenstypen: Hubertusburg 1763, Frieden ohne Sieg; dies ist das Ideal Wilsons und Dagens Nyheter; der zweite ist der Typ Bukarest 1913, mit dem Losungswort: Vae Victis, das Ziel der Entente und der Alldeutschen; der dritte ist der Typ Nikolsburg 1866, der Schmerz der Niederlage durch einen Frieden gemildert, zwar unter Opfern, aber ohne Demütigung. Wenn das Geschick Deutschland den vollen Sieg vorbehält, müssen wir im Namen der Menschheit und im Namen Deutschlands hoffen, daß der letzte Typ das Friedensprogramm Deutschlands werde.

Gegen chauvinistische Kriegsziele wendet sich die russische Zeitung „Djen". Er erläutert ein chauvinistisches Programm der „Russkaja Walja", so: Weiter kann man wohl kaum gehen: höchstens noch durch die Verwirklichung der Politik der assyrischen Tyrannen: die ganze männliche Bevölkerung Deutschlands abzuschlachten und die Frauen und Kinder in die Sklaverei zu verschleppen. Herr Amphitheatrow, der Redakteur der „Russkaja Wolja" paßt sich jeder Lage an: es gab eine Zeit, da er sich in den Feuilletons als „old gentleman" über die Juden lustig machte; dann kam die Zeit des „roten Banners", und jetzt die des Quasi-Patriotismus und Kannibalismus.

„Deutsche Weisheit und Kultur" will der Genfer Korrespondent des „Telegraaf" in einer festen Rubrik behandeln. Als erste Beiträge liefert er Aussprüche von H. S. Chamberlain, J. L. Reimer, Friedrich Lange u. a., Christus sei ein Deutscher, die Germanen die Aristokratie der Menschheit, die lateinischen Völker gehörten dagegen zur Bande der Degenerierten usw.

Die Frage: Bern oder Haag? läßt sich sehr aussichtsreich in die Forderung formen: Bern und Haag. Es ist nicht allein die Parallele zu dem Frieden von Münster und Osnabrück, sondern die Wahrscheinlichkeit, daß für den kommenden Friedensschluß zwei zeitlich getrennte Aktionen zu erwarten sind, die dann sehr gut auch örtlich auseinanderfallen können... Es erscheint mir wichtig, den Ausweg aus dem gegenwärtigen Krieg von zwei getrennten Aktionen

Digitized by Google

zu erwarten, deren einer in erster Linie den Abschluß der Feindseligkeiten im sogenannten „Friedensschluß" obliegen wird, während die andere der Errichtung des künftigen wirklichen Friedens durch Grundlegung einer neuen europäischen Ordnung wird dienen müssen... Bern würde der Sitz jener Konferenz sein, die die Grundlagen der künftigen Friedensordnung beschließt. („Neue Züricher Zeitung".)

Wilson. Wenn Wilson neutral bliebe, würde er zu Friedensverhandlungen nicht eingeladen werden. Wenn er aber doch eingeladen würde, so hätte sein Wort keine volle Gültigkeit. Aber wenn er als Kriegführender und Verbündeter der Entente erscheint, dann ist es etwas anderes. Wilson wird als Feind edelmütig und wohlwollend sein. („Journal de Genève".)

Neuerscheinungen

Erziehung, Philosophie

Krieg und Schule. Vortrag, gehalten auf der Kriegs-Volks-Akademie in Diez, Okt. 1916, von Th. Bäuerle. (Zentralst. z. Verbreitung guter deutscher Literatur, Bad Nassau a. L.) 22 S.

E. von Sallwürk: Über Art und Gebrauch der Schulbücher. Heft 642 in Friedrich Manns Pädagogischem Magazin. (Langensalza, H. Beyer & S.) 19 S. 30 Pfg. Äußert den (berechtigten) Wunsch, daß die Schulbücher auch Haus- und Familienbücher werden.

Hans Offe: Ziele und Wege der Erdkunde an höheren Schulen. (G. Freytag, Leipzig.) 48 S. Ruft zum Ausbau des heute unzeitgemäßen geographischen Unterrichts auf.

Fritz G. Zwand: Die Juristische Fakultät der Universität Straßburg 1538—1870. (Straßburger Druckerei und Verl.-Anst., Straßburg i. E.) 69 S.

Dr. Else Hildebrandt: Die schwedische Volkshochschule. Ihre politischen und sozialen Grundlagen. (Heymanns Verl., Berlin.) XVI und 155 S. Verfolgt die Entstehung der schwedischen Volkshochschule aus den wirtschaftlichen sozial-politischen Grundlagen des Landes in der Geschichte der Organisation und ihrer Leistungen, ihre Ausdehnung auf Industriearbeiter, schildert Arbeitsweise und Wirkung. Die Frage, ob solche Volkshochschulen in Deutschland möglich sind, wird für die Gebiete mit bäuerlicher und vorzugsweise protestantischer Bevölkerung bejaht, Selbsterarbeitung der geistigen Werte gefordert.

Alfred Leopold Müller: Praktische Gedächtnispflege. (Frankhsche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.) Preis geh. M. 1.60, geb. M. 2.25. 108 S.

Deußen: Die Philosophie des Mittelalters. (F. A. Brockhaus, Leipzig.) 517 S. Im Anschluß an des Verfassers Philosophie der Bibel wird der Eingang des christlichen Gedankens in die griechisch-römische Welt, in die Völker des nördlichen Europa und schließlich in die Europas überhaupt, also Patristik und Scholastik bis zu ihrer Blüte im Thomas von Aquino, die Mystik des Meisters Eckart, die Philosophie des Nicolaus Cusanus, Bacons, Brunos dargestellt. Die allgemeine Geschichte der Philosophie des Verf. wird durch diesen Band abgeschlossen.

Landeskunde

Eugen Fehrle: Deutsche Feste und Volksbräuche. 518. Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt" B. G. Teubner, Leipzig. (107 Seiten mit 30 Abbildungen, geb. M. 1.50.) Entwicklung und Schilderung der deutschen Jahresfeste und Bräuche, die sich an den Werdegang des menschlichen Lebens anschließen. Beweis des einheitlichen deutschen Denkens vom Bodensee bis zur Nordsee.

Prof. Otto Lauser: Niederdeutsche Volkskunde. (Quelle & Meyer, Leipzig.) 132 S. Preis geb. M. 1.25. Mit zahlreicher Abbildungen. — Darstellung der Stammeskunde, Lebensformen, Sprache, Dichtung, des Glaubens und der Sitten. Ein gutes Handbuch für den Freund Fritz Reuters, Klaus Groths.

Märchen und Sagen aus den Baltischen Provinzen. (Ostsee und Ostland. Band 1. Felix Lehmann Verlag, G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg.) Preis br. M. 3.—. Die schönsten Märchen des Baltenlandes.

Wilhelm Hausenstein: Belgien. Verlag Georg Müller, München-Berlin. Mit 20 Abb. 48 S. 1915. Von 20 Abbildungen begleitete Notizen über Städte, Wirtschaft und Politik, Kunst, Volkscharakter.

Flandern wird in einem Sonderheft der Illustrierten Zeitung, Kriegsnummer 132, Verlag J. J. Weber in Leipzig, Preis M. 2.—, in seiner künstlerischen Eigenart an Hand zahlreicher schöner Abbildungen geschildert.

Geschichte

Hermann Schnell: Volkstümliche Geschichte des deutschen Liberalismus. (Reinhardt-Verl., München.) 87 S. Preis M. 1.—. Volkstümliche Geschichte der Entwicklung des Liberalismus seit seiner Geburtszeit (1806), Darstellung seiner Kampf-

Digitized by Google

jahre (1819—1858), seines Triumphzuges (1858—1878) und der danach einsetzenden Zersplitterung. „Liberalismus wird früher und später immer wieder sich durchringen."

Prof. D. Wilhelm Walter: Luthers Charakter. Eine Jubiläumsausgabe der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Konferenz. Mit Titelbild. 2. Aufl. A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Werner Scholl, Leipzig 1917. Geb. M. 5.—. 214 S. Volkstümliches Charakterbild, das aus den Grundzügen „einer vollendeten Offenheit und Wahrhaftigkeit" den Menschen Luther begreiflich macht.

Otto Beck: Das Herrscherhaus Hohenzollern. Etymologie des Namens Hohenzollern. (Druckerei Lehrlingshaus, Mainz.) 40 S. Preis M. 1.—.

Der Schwabenkönig und sein Haus. Eine Jubiläumsschrift von Wilh. Widmann. Uhlandsche Buchdruckerei, Stuttgart. Mit 14 Abb. 122 S. Preis M. —.75.

M. Berbig: Die Familienbeziehungen der kriegführenden Fürstenhäuser unter besonderer Berücksichtigung des Hauses Sachsen-Coburg und Gotha a. Verlag F. A. Perthes, A.-G., Gotha 1917. Entwicklungsgeschichte des vielverzweigten herzoglichen Hauses Sachsen-Coburg und Gotha auf 14 großen Stammtafeln mit gegenüberstehenden geschichtlichen Erläuterungen.

Karl Aspern: Geschichte der Polen. (Verl. Josef Habbel, Regensburg.) 132 S. Preis geb. 3.—. Volkstümlich geschriebene und gegliederte Darstellung der politischen Geschichte vom Jahre 1000 bis zum Ausbruch des europäischen Krieges.

W. Stein: Im Lande des weißen Adlers. Bilder aus Polens Vergangenheit und Gegenwart. Verlag Grethlein & Co., Leipzig-Berlin. Kurze geschichtliche Einleitung und etwa 100 Bildertafeln aus Geschichte und Volksleben mit erläuterndem Text.

Schöne Literatur

J. P. Eckermann, Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens. 1823 bis 1832. Kommentierte Ausgabe. Mit Einleitung, erläuternden und ergänzenden Anmerkungen, sowie mit einem Register versehen von Prof. Dr. Eduard Castle. Mit 48 Abb. und 2 Handschriftproben. (Bong & Co., Berlin.) Geb. M 8.—. Ausgezeichnetes Kommentar und ausführliches, zuverlässiges Register.

Türkische Erzählungen. R. M. Kaufmann hat für den Delphin-Verlag in München eine Reihe türkischer Erzählungen gesammelt, der zweiten Blütenlese aus der türkischen Literatur, die der Verlag veranstaltet. Die Sammlung vereinigt in gut lesbaren Übersetzungen Erzählungen, die die türkischen Anschauungen, Ideale und den Stand der Literatur kennzeichnen. (157 S., geh. M 1.80.)

Zeitschriften

Das junge Europa. Jährlich 12 Mark. Inhalt der letzten Nummer: Tagung der ungarischen waffenbrüderlichen Vereinigung. (Heft mit Beiträgen von Andrassy, Metropolit Mangra, Davis Trietsch und zahlreichen anderen ungarischen und türkischen Gelehrten.) Die Zeitschrift macht es sich zur Aufgabe, die Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland enger zu knüpfen und für das gegenseitige Verständnis feste Unterlagen zu schaffen.

Die bildende Kunst, Wiener Monatshefte, I. Jahrgang 1916, Heft 1/2. Kunstverlag Anton Schroll & Co., G. m. b. H., Wien. Unter Schriftleitung von Dr. H. Fleischer ist im Oktober 1916 eine neue österreichische Kunstzeitschrift ins Leben getreten, die von zeitgenössischer österreichischer Kunst Zeugnis abzulegen sich zur Aufgabe macht. Das erste Doppelheft (Bezugspreis 12 Hefte 25 Mark) erweckt mit der Biographie des ausdrucksstarken Plastikers A. Hanak, einem Wort der Erinnerung an M. Kurzweil, Betrachtungen zur inneren und äußeren Architektur des neuen Wien und einem Bericht über die staatliche Flüchtlingsfürsorge schöne Hoffnungen für die Zukunft und eine Gewähr für die überlegte zielbewußte Haltung des Blattes.

Kriegsliteratur

Kriegsberichte aus dem Großen Hauptquartier. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin. Preis pro Heft M. —.25. Heft 21: Die Schlacht vor Verdun. Die Schlacht an der Somme. Mit zwei Karten. 22 S. Heft 22: Der Dobrudscha-Feldzug. Mit einer Karte. 22 S. Heft 23: Aus den Kämpfen der deutschen Karpathentruppen (1916.) Die Ostfront im November 1916. Mit einer Karte. 22 S.

Benno Engelbert: Von den Kordillieren zur deutschen Front. Erlebnisse eines deutschen Seemanns. (E. S. Mittler & Sohn, Berlin. 80 S.) Schlichte ehrliche Schilderung mannhaft unternommener und bestandener Abenteuer eines jungen Deutschen zur Erfüllung der Pflicht.

Wilhelm Spengler: „Wir waren drei Kameraden". Mit einer Einführung von Prof. Philipp Witkop (XII und 160 S.) Freiburg 1917, Herder. Kart. M. 2.20). Eindringliche, lebensvolle Schilderungen aus den ersten Monaten des Krieges, von einem aufrichtigen gesunden Menschen mit der Einfachheit aufgezeichnet, die allein großem Geschehen gerecht zu werden vermag.

Walter Flex: Der Wanderer zwischen beiden Welten. C. H. Beck, München (106 S., geb. M. 2.50). Nachruf auf einen Gefallenen, dessen tiefe reine und edle Persönlichkeit als ein Idealbild deutschen Wesens liebevoll und nachdenklich festgehalten wird.

Digitized by Google

Andrés Jolles: Ausgelöste Klänge. Briefe aus dem Felde über antike Kunst. Berlin 1916. Weidmann. (101 S., geb. M. 2.50.) Gedankenreiche Skizzen über Sinn und Wert der antiken Kultur, die, getrennt von dem Gegenstand der Betrachtung, in der Ferne aus der Erinnerung eines Kämpfers im Felde mit außergewöhnlicher Schärfe und ungetrübter Eigenart gesehen und gewertet wird. Eines der gedankenreichsten Kulturbücher des Krieges.

Franz Schrönghamer-Heimdal: Helden der Heimat. Herdersche Verlagsbuchhandlung Freiburg i. Br. Preis M. 1.80, kart. M. 2.20. Stimmungsbilder, Erzählungen und Schilderungen aus den Kämpfen.

Fritz Segelken: Hans Ludwig der Spion. Seine Erlebnisse in England. (Vogel, Leipzig.) 186 S. Preis M. 1.—. Erlebnisse des Seeoffiziers Hans Lody, der im ersten Kriegsjahr in England erschossen wurde.

Briefe unserer Gefangenen. Eine Auswahl aus eingegangenen Dankbriefen. Herausg. von F. W. Brepohl und Pastor Gottl. Fiſcher. Mit drei Bildern. (Bad Nassau a. Lahn.) 56 S.

Der Kleine Führer durch Lille. Kalender auf das Jahr 1917. Verlag der Liller Kriegszeitung, Herbst 1916.

Die Liller Kriegszeitung läßt durch Hauptmann Höcker die vierte Ausleſe aus Text und Bildmaterial im Verlag der Liller Kriegszeitung erscheinen.

Die Deutsche Bücherei in Belgien, errichtet von der Bildungszentrale beim Generalgouvernement Brüſſel gibt in der Staatsdruckerei Brüſſel das erste Bücherverzeichnis heraus, ein erfreuliches Zeugnis der Wirksamkeit der Bücherei. Auf die gut gewählte Schöne Literatur (darunter englisch, französisch, flämisch) kommen 64 Seiten, auf belehrende Literatur ungefähr das Doppelte.

Victor Prätz: Gott, Heimat, Vaterland, Verlag der Stillerschen Hofbuchhandlung Schwerin (Mecklbg.). Preis M. —.40. 36 S. (Fünf Feldandachten).

Hermann Müßle: Wie sorgt das Vaterland für seine kriegsbeſchädigten Heldenſöhne? Mit einem Geleitwort von Dr. A. Ritſchl. Mit einem Titelbild und 19 Textabbildungen. Verl. der A.-G. „Badenia" Karlsruhe, 1917. 40 S.

K. A. Boetticher-Wechſungen: Die Grundlagen der natürlichen Kampf- und Lebensgemeinſchaft Deutſchlands und Öſterreich-Ungarns. (Puttkamer & Mühlbrecht, Berlin.) 151 S. Sucht die Berechtigung des mitteleuropäiſchen Gedankens von entwicklungsgeſchichtlichen Grundſätzen aus zu erweitern.

Emil Zimmermann: Kann uns Meſopotamien eigene Kolonien erſetzen? Verlag Kolonial-Wirtſchaftliches Komitee, Berlin NW 7, Preis 40 Pf. 12 S. Begründet die Notwendigkeit des Beſitzes von Kolonien.

Eduard Stadtler: Franzöſiſches Revolutionsideal und neudeutſche Staatsidee. Das deutſche Nationalbewußtſein und der Krieg. Zwei Abhandlungen zu 1789 und 1914. (Volksvereinsverl., M.-Gladbach.) 67 S. Preis M. 1.20.

Dr. Joſef Metzger: Vaterländiſche Friedensarbeit. Ein Rückblick und Ausblick. (Verlag „Volksheil", Graz.) 74 S. Preis M. 1.—. (Reinertrag zum Beſten des Katholiſchen Kreuzbündniſſes.) Tätigkeitsbericht der im Jahre 1916 begründeten Vereinigung.

Dr. Gerhard Albrecht: Übergangswirtſchaft und Arbeiterfrage. Aus dem Kaiſer Wilhelm-Inſtitut für Arbeitsphyſiologie. Sonderabdruck aus dem Preußiſchen Verwaltungsblatte. (Carl Heymanns Verlag, Berlin.) 24 S. Preis M. 0.60.

Prof. Dr. Wygodzinſki: Die Nationaliſierung der Volkswirtſchaft. Heft 8 der Kriegswirtſchaftlichen Zeitfragen. (Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen.) 68 S. M. 1.60. „Nicht eine abſolute, ſondern eine relative Nationaliſierung iſt das denkbare Ziel unſerer Wirtſchaftspolitik." Die Wirtſchaftspolitik mündet in die große Politik, deren Endziel die Achtung vor dem Rechte aller Völker iſt.

Dr. Hugo Lindemann: Die deutſche Stadtgemeinde im Kriege. Heft 6/7 der „Kriegswirtſchaftlichen Zeitfragen", herausgegeben von Dr. Franz Eulenburg. Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen. Preis M 2.—. 94 S. Begleitet die Gemeinden in ihrer Tätigkeit für die Kriegswohlfahrtspflege und verſucht ihre wichtigſten Seiten zu erfaſſen. Der Krieg hat dem Verfaſſer „den unſchätzbaren Wert einer freien, mit großen Rechten ausgeſtatteten Selbſtverwaltung gezeigt, mit der die Geſchicke unſeres Volkes unlösbar verbunden ſind".

W. Müller-Eberhart: Deutſchwerdung. — Ein Weckruf allen Deutſchen zur Zeitenwende. (Zentralſtelle zur Verbreitung guter deutſcher Literatur, Bad Naſſau a. L.) 31 S.

Albert Markmann: Kriegsklänge. Gedichte aus Deutſchlands Heldentagen. Xenien-Verlag zu Leipzig 1916. 35 S.

Carl Schmeltzer: Blätter der Zeit. Vom Krieg zum Frieden. Gedichte. Verlag A. W. Kafemann, G. m. b. H., Danzig. 31 S. Preis M —.75.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe geſtattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerſtr. 74 II. Für Anzeigen Guſtav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Guſtav Kiepenheuer, Abteilung „Deutſche Politik", Berlin W 50, Augsburgerſtr. 74 II. / Erſcheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Poſtanſtalt und durch Feldpoſt M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietſch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Kahl, Deutsches Strafrecht der Zukunft 297
Wilms, Der preußische Kommissar für Ernährungsfragen 304
Sieger, Die Geographie des Vaterlands auf deutschen Hochschulen 308
Ein französisches Flugblatt 311
Schiemann, Streiflichter zur Weltlage IV 314
Notizen / Neuerscheinungen 324

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 9. März 1917 Heft 10

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

Piraths Insel

Ein neuer Roman
von

Norbert Jacques

Auflage 10000

Dieser Roman, an Abenteuern, Menschen und Zuständen überreich, greift auf die modernsten Probleme, nicht nur eines einzelnen Menschen, sondern unserer ganzen seelischen, wirtschaftlichen und weltpolitischen Kultur über.

428 Seiten. Geh. M. 3.50, geb. M. 4.25

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

S. Fischer, Verlag, Berlin

Digitized by Google

2. Jahrgang · 9. März 1917 · Heft 10

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Deutsches Strafrecht der Zukunft

Von Wilhelm Kahl

Im Sommer 1914 schien eine neue Zukunft des deutschen Strafrechts schon recht nahe gerückt. Nach nahezu zwölfjähriger mühevoller und von Begeisterung zur Sache getragener Vorbereitung durch Wissenschaft und Praxis waren im Reichsjustizamt die amtlichen Entwürfe eines Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich und eines Einführungsgesetzes dazu fertiggestellt. Der wesentliche Inhalt der in Aussicht genommenen Reformen war fortlaufend schon während der Verhandlungen der Strafrechtskommission zwischen April 1911 und Oktober 1913 in der „Deutschen Juristenzeitung" zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Die vollständige Veröffentlichung von Text und Begründung konnte etwa an Ostern 1915 erwartet werden. Für ungefähr 1917 hatte der Staatssekretär die Vorlage der Entwürfe an den Reichstag in Aussicht gestellt. Das Ganze war als ein großzügiges Gesetzgebungswerk gedacht. Denn außer dem Strafrecht engeren Sinnes sollten auch Strafvollzug und Strafprozeß, jener neu, dieser in Wiederaufnahme früher gescheiterter Entwürfe, in die Reform einbezogen werden, da diese drei eine untrennbar in sich geschlossene Gedankeneinheit bilden und erst von ihrer gleichzeitigen Einführung ein voller Erfolg für die Zukunft des deutschen Strafrechts erwartet werden kann. Allen diesen Plänen und Hoffnungen hat der Krieg ein vorläufiges Ende bereitet.

Aber doch nur ein vorläufiges. Die Hand muß am Pfluge bleiben. Gewiß werden unmittelbar nach dem Kriege dringlichere Aufgaben an die Staatsgesetzgebung herantreten. Finanzielles und Wirtschaftliches, Heilung von Wunden, Verjüngung der Volkskraft werden voranstehen. Aber auch die Fortsetzung unterbrochener Kulturwerke bleibt Staatsnotwendigkeit. Die Strafrechtsreform wird dabei mit in erster Linie zu berücksichtigen sein. Denn ihre allgemeinen und zwingenden Gründe bestehen fort. Möglicherweise werden sie noch verstärkt auftreten. Man kann hier zwar nicht von einer geschichtlich sicher beglaubigten Erfahrung sprechen; aber es ist nicht ausgeschlossen, daß ein so lange andauernder und dergestalt an die tiefsten Wurzeln des Volkslebens reichender Krieg zunächst eher eine Steigerung als eine Verminderung der Krimina-

Digitized by Google

lität mit sich bringt. Auf den Inhalt des künftigen Strafrechts dürfte eine solche Erfahrung einen Einfluß freilich nicht üben. Denn das Strafrecht der Zukunft darf nicht auf vorübergehende Ausnahmezustände berechnet, sondern muß auf die Voraussetzung eines sozusagen normalen Ablaufs der Kriminalitätsbedingungen abgestellt sein. Damit ist aber andererseits doch nicht gesagt, daß, wenn die Reform wieder aufgenommen wird, es möglich oder auch nur ratsam sein werde, sie an allen Punkten da wieder anzuknüpfen, wo sie unterbrochen wurde. Die Kriegserfahrungen können unmöglich spurlos an ihr vorübergehen. Schon die von Grund aus veränderten sozialen Verhältnisse werden die Umprägung mancher Straftatbestände bedingen. Es wird ferner alles nachzuprüfen sein, was unmittelbar oder mittelbar mit dem Kriegswesen selbst in sachlichem Zusammenhange steht. Wieder anderes wird von dem Fortbestand oder Wegfall zahlreicher während des Krieges ergangener Strafgesetze abhängig sein. Auch das sogenannte internationale Strafrecht, d. h. das Fragengebiet über die Bestrafung von Inländern oder Ausländern wegen der im Ausland begangenen strafbaren Handlungen wird möglicherweise an entscheidenden Punkten durch Kriegserfahrungen beeinflußt werden. Endlich ist seit Anfang 1916 ein neues Problem in den Bestrebungen auf Einheit oder Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auch auf dem Gebiete des Strafrechts hinzugetreten. Von verschiedenen Seiten also wird der Anstoß gegeben sein, die Vorarbeiten zur Strafrechtsreform noch einmal aufzunehmen, ehe an die Verabschiedung eines Gesetzentwurfes gedacht werden kann. Eine Verzögerung ist unvermeidlich. Wie lange sie dauern werde, darüber orakelt man am besten nicht. Es darf keine Mühe gescheut werden, der Zukunft Deutschlands das denkbar beste Strafgesetzbuch zu sichern. Aber eine Verschleppung darf es nicht werden. Die Arbeit muß entschlossen wieder angefaßt werden, sobald es die Zeitlage irgendwie gestattet. Alle durch die Kriegseinwirkungen bedingten Änderungen des Kommissionsentwurfes betreffen und bedeuten gegenüber seinen führenden, aus einer langen Reihe von Erfahrungstatsachen gewonnenen Grundgedanken doch nur Einzelheiten. Von diesen Grundlagen kann nicht mehr abzuweichen sein, soll das deutsche Strafrecht der Zukunft den Dienst leisten, den Staat und Gesellschaft von ihm erwarten müssen.

Die Summa aller Erfahrungen ist eine dreifache. Die Bestrafung des Verbrechertums ist seiner psychologischen Eigenart schärfer anzupassen. Neben der Bestrafung ist als notwendig ergänzende Aufgabe die Sicherung in die Strafrechtspflege selbst organisch aufzunehmen. Die Freiheit des strafrichterlichen Ermessens bedarf der grundsätzlichen Erweiterung. Die beiden ersten Grundforderungen führen am Bilde des Lebens notwendig ineinander über. Ich fasse ihre Verwirklichung nach dem Plane der Kommission daher nachfolgend in kurzer Übersicht zusammen.

Einer schärferen psychologischen Individualisierung für die Zwecke der Strafe und

Digitized by Google

Sicherung bedürfen namentlich Jugendliche, geistig Minderwerte, Trunkenheitsverbrecher und Rückfällige.

Die Sorge um das jugendliche Verbrechertum liegt jedem auf dem Herzen. Der Krieg hat neue Bedingungen der Jugendkriminalität geschaffen. Aber gerade hier gilt, was oben allgemein gesagt ist: die Ausnahmeverhältnisse dürfen nicht zur Norm des Zukunftsstrafrechts gemacht werden. Die Regelerfahrungen des Friedenszustandes sind ihm zu Grunde zu legen. Eine Erfahrung tritt hier beherrschend in den Vordergrund. Das ist, bei der ganzen Behandlung des Problems sich gegenwärtig zu halten, daß Jugendlichen gegenüber dem staatlichen Strafrecht sehr bestimmte Grenzen der Leistungsfähigkeit gezogen sind. Nichts verkehrteres, als im Kampf gegen das jugendliche Verbrechertum in erster Linie nach dem Strafrichter zu rufen. Der Dienst, den ein verbessertes Strafrecht hier leisten kann, beschränkt sich im wesentlichen auf zwei Punkte. Zunächst ist das Alter der Strafmündigkeit überhaupt von 12 auf 14 Jahre zu erhöhen. Schulpflichtige Kinder gehören noch nicht in die staatliche Strafanstalt. Die härtesten Erziehungsmaßregeln in der richtigen Mischung von Strenge und Liebe, aber fern von Haftlokalen und Gefängnismauern. Dem Wesen staatlichen Strafvollzugs stehen sie noch verständnislos gegenüber. Nicht wenige haben von da den Keim zur Verbrecherlaufbahn mitgebracht. Eine in diesem jugendlichen Alter begangene Übeltat darf nicht infolge Verurteilung zu staatlicher Freiheitsstrafe eine Belastung für die ganze Zukunft werden. Zum anderen muß der Erziehungsgedanke mit viel größerer Wucht in das Jugendstrafrecht eintreten. Dies hat der Kommissionsentwurf durch eine Reihe sich steigernder Maßnahmen zu verwirklichen versucht. Er erweitert den Apparat der dem Strafrichter zur Verfügung zu stellenden Erziehungsmittel. Neu und grundlegend wichtig ist darunter namentlich die Einführung einer Schutzaufsicht über Jugendliche, d. h. Bestellung eines persönlichen Pflegers mit ausschließlich erziehlicher Aufgabe. Die Hauptsache aber ist der große neue Grundsatz: in geeigneten Fällen Erziehung „an Stelle der Strafe". Er beruht auf der Erfahrungstatsache, daß bei manchen jugendlichen Übeltätern die Nichtbestrafung retten, die erste Bestrafung zum zweiten Verbrechen führen kann.

Für die richtige Behandlung geistig minderwerter, sogen. vermindert zurechnungsfähiger Verbrecher ist im geltenden Strafrecht ganz ungenügende Vorsorge getroffen. Sie werden höchstens etwas milder bestraft. Einem Vorurteil ist hier zunächst zu begegnen. Nimmt die Öffentlichkeit an einem Verbrechen Interesse und es wird die Frage auch nur aufgeworfen, ob der Verbrecher zurechnungsfähig war, so erhebt sich weithin der entrüstete Verdacht, daß Mediziner und Juristen bestrebt sein werden, den Verbrecher der verdienten Strafe zu entziehen. So liegt die Sache nicht. Die Gewissenhaftigkeit der Rechtspflege darf man nicht antasten. Die Verwirklichung der Gerechtigkeit erfordert, daß den Schuldigen alles, aber hinwiederum nicht mehr und nichts anderes treffe, als er verdient. Tatsächlich sind nun die Zustände verminderter

Digitized by Google

Zurechnungsfähigkeit oder, wie richtiger zu sagen wäre, einer infolge geistiger Minderwertigkeit verminderten Schuld überaus zahlreich. Ihre Quellen sind mannigfaltiger Art: Neurasthenie, Hysterie, Epilepsie, Alkoholismus, Hypochondrie, Morphinismus und anderes. Alle derart Belasteten sind entweder im Intellekt oder in der Widerstandskraft gegen Versuchung oder in beidem erheblich herabgesetzt, ohne doch notwendig völlig geisteskrank und damit zurechnungsunfähig zu sein. Andererseits neigen gerade solche Leute leichter zu strafbarem Tun, als vollwertige Menschen; z. B. Melancholiker und Neurasthenische zu Verzweiflungstaten, Hysterische zu Beleidigungen, falschen Anschuldigungen, anonymen Briefen, falschen Aussagen, Alkoholiker zu Brutalitäten oder Sittlichkeitsverbrechen. Mit einfach milderer Bestrafung ist nichts getan, im Gegenteil geschadet. Es bedarf einer individuellen Behandlung. Die Hauptsache ist, daß solche Übeltäter nicht wieder unkontrolliert in die Freiheit entlassen werden. Die Harmlosen unter ihnen kann man wieder unter Schutzaufsicht bringen, für Frauen wären Frauen zu bestellen. Solche aber, die durch ihren Krankheitszustand der öffentlichen Sicherheit gefährlich sind, müssen nach der Strafverbüßung in einer Heil- oder Pflegeanstalt verwahrt werden. Nur davon kann ein wirksamer Schutz der Gesellschaft, vor allem auch eine Sicherung des geistig Minderwerten vor sich selbst, gegen Rückfall in das Verbrechen erwartet werden. Auf die Stimmen derer, die da sagen, die Heilung und Verwahrung habe mit dem Strafrecht nichts zu tun, ist nicht zu hören. In einem theoretisch eng gebundenen Horizont können die Aufgaben des Strafrechts der Zukunft nicht gelöst werden. Das Leben ist zu befragen, nicht die Theorie.

Einer grundsätzlich gesetzgeberischen Lösung bedarf ferner das Problem des alkoholischen Verbrechertums. Freilich muß auch hier der Strafgesetzgeber von vornherein seiner Schranken sich bewußt bleiben. Er hat nicht die Rolle des Moralisten zu übernehmen und nicht die Trinksitten zu regulieren. Ihn geht die Sache nur an, soweit sie mit dem Verbrechen zusammenhängt. Zwei Fragen sind scharf zu trennen: Begehung strafbarer Handlungen im krankhaften Zustande chronischer Trunksucht oder im Zustande akuter Trunkenheit ohne Krankheit. Im ersteren Falle wird in der Regel nicht Strafe, sondern Heilung und Sicherung in Frage kommen. Umgekehrt im zweiten Falle. Beim Rauschverbrechen des Gesunden handelt es sich nicht um Heilung und Sicherung, sondern um die Bestrafung. Hier liegen die Schwierigkeiten. Sie treten namentlich dann hervor, wenn der Täter sich sinnlos betrunken und in diesem Zustande eine Straftat verübt hat. Da er in solchem Falle total zurechnungsunfähig war, kann er wegen dieses Verbrechens nach allgemeinen Grundsätzen nicht bestraft werden. Mit Grund fühlt sich hierdurch das allgemeine Rechtsempfinden aufs tiefste verletzt. Es mußte ein Weg gesucht und gefunden werden, diese anstößige Lücke zu schließen, ohne die höchsten Prinzipien der Zurechnungsfähigkeitslehre zu verletzen. Die verschuldete Trunkenheit als solche ist zu bestrafen, wenn sie zum Ver-

Digitized by Google

brechen geführt hat. Diesen Weg hat der Kommissionsentwurf gewählt. Er bedroht mit Gefängnisstrafe den, der in selbstverschuldeter Trunkenheit ein Verbrechen begeht, für das er wegen fehlender Zurechnungsfähigkeit nicht bestraft werden kann. Es wird wenigen bekannt sein, daß schon der Kirchenvater Ambrosius dem weisen Richter diesen Weg empfohlen hat. Auch darüber hinaus ist das Trunkenheitsproblem sehr ernst angefaßt. Dazu ist es höchste Zeit. Der Alkohol spielt in der Kriminalität eine ernste Rolle. Es muß spürbar mit der weitverbreiteten verderblichen Vorstellung gebrochen werden, daß an sich der Rausch einen rechtlich privilegierten Zustand darstelle, mit dem man sich Strafmilderung verdienen könne oder müsse. Auch das Wirtshausverbot ist als Vorbeugungsmaßregel aufgenommen, falls jemand eine strafbare Handlung in selbstverschuldeter Trunkenheit begangen und auch sonst Neigung zu Ausschreitungen in Trunkenheit gezeigt hat. Manche haben das belächelt. Dazu besteht kein Grund. Ich gebe zu, daß man über den kriminalpolitischen Wert des Mittels rechten kann. Aber alles bleibt beachtenswert, was den Kampf gegen das Trunkenheitsverbrechen stärken kann.

Endlich sind es noch die Rückfälligen, deren verbrecherischer Eigenart in Strafe und Sicherung mehr Rechnung getragen werden muß. Die Rückfallsstatistik ergab vor dem Kriege eine beängstigend aufsteigende Linie. Das geltende Recht steht darin nicht auf der Höhe, daß es den Rückfall zu wenig in seiner allgemeinen Bedeutung für das verbrecherische Handeln in Betracht zieht, sondern ihn nur bei Diebstahl, Raub, Hehlerei und Betrug als besonderen Strafschärfungsgrund wirken läßt. Ebenso darin, daß es die schwersten Erscheinungsformen des Rückfalls, Gewerbs- und Gewohnheitsmäßigkeit der Verbrechensverübung, nur bei einzelnen Delikten, wie Glücksspiel, Unzucht, Kuppelei, Wucher, Hehlerei straferhöhend verwertet. Namentlich die letztere Beschränkung ist verhängnisvoll. Denn die gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Verbrecher sind, nicht immer und notwendig, aber zumeist gemeingefährliche Schwerverbrecher. Es gibt Spielarten unter ihnen selbst. Manche lassen sich in die soziale Ordnung wieder einfügen. Die Mehrzahl ist unverbesserlich. Mit Strafen allein ist es auch hier nicht getan. Der Entwurf hat zunächst gegen den Rückfall allgemein sehr ernste Strafsteigerungen vorgesehen. Gegen gewerbs- und gewohnheitsmäßige Verbrecher aber mußte zu dem einzigen Mittel gegriffen werden, das hier helfen kann. Neben der sechsten Verurteilung ist gegen sie auf eine Sicherungsverwahrung zu erkennen, die nach der Strafverbüßung in besonderen Anstalten zu bewirken und in ihrer Zeitdauer derart eine unbestimmte ist, daß sie unter richterlicher Kontrolle äußerstenfalls auch auf Lebenszeit erstreckt werden kann. Soll die Gesellschaft gegen unverbesserliche Verbrecher wirklich geschützt werden und soll es nicht täglich sich wieder ereignen, daß zehn- und mehrfach vorbestrafte Verbrecher von neuem die schwersten Straftaten begehen können, so gibt es eine andere Hilfe als das System der Verbindung der Strafe mit unbestimmter Sicherungsverwahrung nicht.

Digitized by Google

Neben den Reformen, die sich aus der sorgfältigeren Beachtung der Verbrecherpsychologie im Zusammenhang mit Strafe und Sicherung ergeben, hat die Erfahrung noch eine dritte Grundforderung gestellt, deren Erfüllung die oft vermißte aber unbedingt notwendige nähere Anpassung der Strafrechtspflege an das Rechtsempfinden des Volkes verbürgen soll und allein verbürgen kann: die Erweiterung der Freiheit des richterlichen Ermessens. Darunter ist in keinem Sinne Willkür, sondern vielmehr nur die dem Strafrichter vollkommener zu eröffnende Möglichkeit zu verstehen, bei der Strafbemessung der Eigenart und den Bedürfnissen des Einzelfalles Rechnung zu tragen. In vielen Beziehungen hat der Kommissionsentwurf nach sorgfältigsten Erwägungen für eine wohltätige größere Beweglichkeit des Strafrichters in diesem Sinne neue Wege betreten. Er hat die Fälle vermehrt, in denen dem Richter eine größere Auswahl unter mehreren Strafarten zur Verfügung gestellt wird. Er hat an Stelle der innerlich unbegründeten Abstufung der kleineren Geldstrafen ein für allemal, soweit nicht Ausnahmen vorbehalten sind, der Geldstrafe für Verbrechen und Vergehen den richterlichen Bewegungsraum zwischen 3 und 5000 Mark, für Übertretungen 1 und 500 Mark gegeben. Eine Ausnahme besteht z. B. bei Beleidigungen in der Höchstgrenze von 10 000 Mark. Bei Verbrechen oder Vergehen aus Gewinnsucht soll neben einer Freiheitsstrafe auf Geldstrafe bis zu 50 000 Mark erkannt werden können. Die Anwendbarkeit des Verweises ist ferner von Jugendlichen auf alle Erwachsenen erstreckt. Insbesondere aber kommt die erweiterte Freiheit an zwei Punkten zur praktischen Geltung: in möglichster Beseitigung der Kasuistik der Tatbestandsmerkmale und in der Skala der Strafmilderung. Jener dient die Einführung der „besonders schweren", dieser die Einfügung der „besonders leichten Fälle". Der Generalbegriff der besonders schweren Fälle ist geschaffen, um im Gesetz die umständliche Einzelaufzählung der verbrecherischen Mittel oder Folgen, die gegenüber dem Regelfall eine verschärfte Strafandrohung begründen, zu erübrigen und zu ersetzen. Solche Einzelaufzählung vermag doch niemals die Fülle des Lebens zu erschöpfen und birgt die Gefahr sinnwidriger Entscheidungen, indem aus dem Schweigen des Gesetzes über andere gleich verwerfliche Merkmale falsche Schlüsse gezogen werden können. Darum stellt der Entwurf bei 41 Verbrechen und Vergehen allgemein einen nach Art oder Maß erhöhten Strafrahmen zur Verfügung, „wenn der verbrecherische Wille des Täters ungewöhnlich stark und die Tat durch die besonderen Umstände ihrer Begehung oder durch ihre verschuldeten Folgen ungewöhnlich schwer ist". Ein besonders leichter Fall liegt aber vor, „wenn der verbrecherische Wille des Täters besonders gering und nach den Umständen des Falles entschuldbar ist und die Folgen der Tat unbedeutend sind, so daß auch die mildeste vom Gesetz angedrohte Strafe eine unbillige Härte enthalten würde". Die Vollmacht, die der Richter in diesen Fällen erhält, ist die, daß „er die Strafe nach freiem Ermessen mildern oder, wo es zugelassen ist, von Strafe absehen kann". Diese Vollmacht soll gegeben werden, weil

Digitized by Google

nach der Beobachtung bei vielen Verfehlungen des täglichen Lebens unter den gegebenen besonderen Umständen wohl die formale Begriffsbestimmung des Gesetzes zutrifft, nicht aber sein Geist, sein höchster Zweck und Gedanke. Da kann nur Freiheit des Richters im Sinne der vorgeschlägenen Vollmacht verhüten, daß höchstes Recht zum höchsten Unrecht werde. Daß diese Macht ihm bisher fehlte, hat oft genug zum Schaden des Ansehens der Strafrechtspflege eine tiefe Kluft zwischen Rechtsprechung und natürlichem Volksbewußtsein aufgetan. Wahrheit läßt sich nur in Freiheit gewinnen. Wir dürfen zum deutschen Richterstande das Vertrauen haben, daß er die ihm in die Hand zu legende Freiheit richtig verstehen und gebrauchen werde.

Hunderte von wichtigen Reformen habe ich bei dieser kurz gedrängten Übersicht natürlich nicht einmal andeuten können. Sämtliche Materien des Allgemeinen Teiles des Strafgesetzbuchs, wie das internationale Strafrecht, Zurechnungsfähigkeit, die Lehren von Schuld und Rechtswidrigkeit, Versuch, Teilnahme, das ganze Strafensystem und anderes sind von Grund aus nachgeprüft und, soweit erforderlich, umgestaltet. Neu aufgenommen sind die Institute der bedingten Strafaussetzung und der Rehabilitation. Alle einzelnen Tatbestände des besonderen Teiles sind nach den Ergebnissen der Rechtsprechung und der in einem halben Jahrhundert geleisteten Feinarbeit der kriminalistischen Wissenschaft zum Teil verbessert, zum Teil neu geprägt. So darf von der mit dem Kommissionsentwurf in die Wege geleiteten Reform ein segensreicher, weil organischer Fortschritt des deutschen Strafrechts erwartet werden. Denn sie bedeutet keinen Bruch mit der Vergangenheit, kein Verlassen bewährter geschichtlicher Grundlagen, keine Preisgabe unveräußerlicher Prinzipien. Den im tiefsten Rechts- und Sittlichkeitsbewußtsein des deutschen Volkes verankerten Ewigkeitswert der Gerechtigkeit, der Vergeltung und Sühne für Schuld kann und wird der Gesetzgeber nicht opfern. Aber schon das große Gesetzbuch Karls V., die Carolina, die Quelle und Grundlage des gemeinen deutschen Strafrechts, hat in Art. 104 zur „Liebe der Gerechtigkeit" den „gemeinen Nutzen" als die zweite Grundsäule des Strafrechts gefügt. Um ihren vollkommeneren Ausbau handelt es sich jetzt, nachdem die Grundsätze einer vernünftigen Kriminalpolitik durch den Einbruch des französischen Rechts lange verkümmert waren und in der Zwischenzeit Umwelt und Gestalt des Verbrechertums sich von Grund aus dergestalt geändert haben, daß die im Strafrecht darzubietende schützende Gewandung nicht mehr genügen kann. Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit schließen sich nicht aus, sondern bedingen und regulieren einander. Die Reform bedeutet daher nicht einen Neubau des deutschen Strafrechts, sondern An- und Umbau nach den praktischen Bedürfnissen einer neuen Zeit. Der trennende Streit der Strafrechtsschulen muß ihr fernbleiben, wie er ihr glücklicherweise auf allen bisher zurückgelegten Wegstrecken ferngeblieben ist. Denn Gesetzgebung und Wissenschaft haben je besonderen Beruf. Hier mag und muß der Streit um die letzten Gründe des Strafrechts seine Wahrheitswege weitergehen. Der Gesetzgeber kann nicht warten, bis er ausge-

Digitized by Google

tragen ist. Er muß sich auf Erreichbares beschränken und kann auch Kompromisse nicht vermeiden. Prinzipienfragen muß er nicht als generelle Probleme zum Austrag bringen wollen, sondern sie als Regulatoren und Maßstäbe für eine im großen und ganzen kongeniale Struktur der Einzelnormen behandeln. Wird in diesem Geiste die Reform weitergeführt, so wird sie trotz der durch den Krieg verschuldeten Unterbrechung zu einem guten Ende kommen.

Der preußische Kommissar für Ernährungsfragen

Von Oberbürgermeister Dr. Wilms, Posen

Als die ersten Nachrichten bekannt wurden über die Absichten der preußischen Regierung, die Bearbeitung der Ernährungsfragen, insoweit Preußen beteiligt, zusammenzufassen, dachte man wohl meist an die Errichtung eines besonderen Preußischen Kriegsernährungsamts. Diese Annahme lag nicht fern, zumal schon andere Bundesstaaten ihre Ernährungsorganisationen einheitlich zusammengefaßt hatten.

Die Möglichkeit solcher Sonderämter war von vornherein in den beschränkten Vollmachten begründet, die dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts bei seiner Berufung eingeräumt worden waren. Seine Abhängigkeit vom Bundesrat brachte ihn wohl mehr wie einmal in Meinungsverschiedenheiten mit widerstrebenden Interessen einzelner Bundesstaaten, die ihre Ernährungsorganisation möglichst selbständig zu gestalten bemüht waren. Wenn die Stellung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts sich als eine, wie anfangs vorgesehen, mit unbeschränkten Vollmachten versehene gestaltet hätte, stand er über der bundesrätlichen Genehmigung, seine Verordnungen und Sonderorganisationen der Einzelstaaten mit selbständigen Ämtern wären wohl kaum ins Leben getreten. Wenn diese Ämter sich nur als Teile der Reichsorganisation fühlen und mit ihr gemeinschaftlich die Ernährungsprobleme lösen würden, wären sie zu begrüßen. Aber leider gehen oft die Organisationen ihren eigenen Weg, stärken partikularistische Abschließungen und erschweren die Regelung der allgemeinen Fragen. Sollte man heute noch den Fall für möglich halten, daß in einem Bundesstaat für die heimische Verwaltungsbehörde die Lieferung vertraglich nach auswärts zu liefernder Stickstoffmengen durch Beschlagnahme unmöglich gemacht wird! Man darf die Erwartung hegen, daß die neue Kriegsernährungsstelle besonderen partikularistischen preußischen Bestrebungen keinen Ausdruck verleihen wird, sondern in Harmonie mit dem Präsidenten des Reichsamts zusammenarbeitet, und Meinungsverschiedenheiten durch eine gütliche Verständigung erledigt werden. Dazu würde auch der Eintritt des neuen Kommissars in das Kriegsernährungsamt dienen. Als Stütze des Reichsamts im größten Bundesstaat und dessen Vertreter kann er dem Amt von größtem Nutzen sein. Andererseits wird der Präsident des Kriegsernährungsamts bei der Bedeutung der preußischen Stimmen im Bundesrat auf das Urteil des preußischen Kommissars großes Gewicht zu legen haben.

Digitized by Google

Die Entwickelung besonderer Ämter für einzelne Zweige des Ernährungswesens hat sich übrigens auch in Preußen schon seit längerer Zeit vollzogen. Neben die Reichsgetreidestelle ist die Landesgetreidestelle getreten, neben die Reichsfuttermittelstelle die Landesfuttermittelstelle, neben die Reichsfettstelle die Landesfettstelle, neben das Reichsfleischamt das Landesfleischamt, neben die Reichszuckerstelle die Landeszuckerstelle, neben die Reichskartoffelstelle die Landeskartoffelstelle und dergl. Diese preußischen Stellen unter einer Spitze zusammenzufassen, lag nahe, sei es in Form eines Amtes, sei es in der Form der Unterstellung unter einen besonderen Kommissar. Man durfte sogar die Frage aufwerfen, wie es kam, daß diese Ämter solange neben den Reichsämtern arbeiteten, ohne daß Preußen Veranlassung nahm, seine Landesämter zusammenzufassen und Meinungsverschiedenheiten der verantwortlichen Männer auszugleichen; Meinungsverschiedenheiten hat man zwar dementiert. Die Tatsache des Dementis spricht aber wohl dafür und es wäre auffallend und nicht naturgemäß, wenn es anders wäre. Der Landwirtschaftsminister z. B. hat von Amtswegen, und jedenfalls auch aus Überzeugung, den Produktionsstandpunkt zu vertreten und wird für hohe Erzeugerpreise eintreten, selbstverständlich z. B. auch gegen eine Senkung der Viehpreise; der Minister des Innern wird nach seiner ganzen Stellung mehr den Konsumentenstandpunkt vertreten, und der Finanzminister ist meist sowohl beim Produzenten- wie beim Konsumentenstandpunkt der Leidtragende in der Zuschußgewährung zur Hebung der Produktion und Verbilligung des Konsumenpreises (Stickstoff-Fabriken, Nährhefe, Zuschuß zu der Kartoffelversorgung usw.). Eine Zusammenfassung der Meinungen der verschiedenen Minister in ihrer Vertretung gegenüber dem Reichsamt erschien erwünscht und geboten. Die Geschlossenheit der preußischen Regierung gegenüber dem Kriegsernährungsamt dürfte von erheblicher Bedeutung sein und, hoffen wir, von guter, damit die Kritik an der Arbeit des Kriegsernährungsamts mehr und mehr zurückgehe. Ein Zurückgehen der Kritik darf angenommen werden, wenn das neue Programm, das Herr von Batocki ausgesprochen hat, verwirklicht wird und noch größere Festigkeit und Konsequenz in den Maßnahmen des Amts in die Erscheinung tritt. Einen Beweis für zielbewußteres Vorgehen wie früher bei der Reichsregierung liefert die eine Tatsache allein, daß man einen Wirtschaftsplan aufstellt, ihn auch zeitig behandelt und bekannt gibt, hoffentlich auch durchhält. Während man früher die Kartoffelversorgung des Herbstes und Winters im Sommer, zuweilen sogar erst im Herbst zu beraten anfing, hat man jüngst schon die wichtige Kartoffelversorgungsfrage eingehend beraten. Gerade bei der Kartoffelversorgung wird, wenn es sich um die Ausführung des Programms handelt, der preußische Kommissar besonders große Aufgaben haben in der Regelung der Kartoffelabfuhr aus den östlichen Provinzen nach den Verbrauchsgebieten des Westens. Trotz des Landesfleischamts wird er auch der Tätigkeit der Viehhandelsverbände sein Augenmerk zuwenden müssen, da die Provisionen der Verbände unbedingt zu hoch sind.

Digitized by Google

Auch die preußischen Kommunalverbände werden mancherlei Wünsche haben, für die sie bei einem Reichsamt vielleicht weniger Gehör finden, als bei einer preußischen Stelle. Hier ist, um z. B. eins herauszugreifen, ein wichtiger Punkt, der einer liebevolleren Behandlung bedarf, die Hebung des Interesses der Produzenten und Verarbeiter an dem Ergebnis ihrer Arbeit. Wenn man z. B. für die stärkere Fettgewinnung Kommunalverwaltungen zur Anlage und zum Betriebe von Knochenverwertungsanlagen anregen will, muß man ihnen einen gewissen Prozentsatz des gewonnenen Fettes belassen. Mit einer vollen Beschlagnahme der Produktion fördert man nicht das Interesse an der Steigerung derselben. Ähnliches trifft auch für verschiedene landwirtschaftliche Produkte zu (Rübsen, Leinsaat usw.), deren Anbau mit beredten Worten den Landwirten von der Regierung empfohlen wird. Einen guten Anfang hat man jüngst gemacht mit der Freigabe eines kleinen Prozentsatzes bei den Erbsen.

In der dem neuen Staatskommissar besonders naheliegenden und bewährten Getreideversorgung kann man seinen Entschluß, zur 94 %igen Vermahlung überzugehen, bei der allgemeinen Knappheit der Nahrungsmittel nur begrüßen, selbst auf die Gefahr hin, daß in der Versorgung mit Kleie für eine gewisse Zeit Schwierigkeiten entstehen. In den Ernährungsfragen darf nicht va banque gespielt werden. Ein gewisser Sicherheitskoëffizient muß vorhanden bleiben. Diesen Eindruck gewinnt man unbedingt aus der bisherigen Arbeit des neuen Herrn Staatskommissars, gewinnt man auch, wenn man den Verhandlungen unter seiner Leitung beiwohnt.

Mit der stärkeren Ausmahlung allein wird die Frage aber noch nicht gelöst werden, wenn nicht unbedingt die Kohlenversorgung verbessert wird. Ohne Kohlen kann der Landwirt nicht dreschen, der Müller nicht mahlen, der Bäcker nicht backen, der Städter kein Brot bekommen. Hier gibt es nur eine Lösung: keine langen Beratungen, keine neuen Organisationen, sondern die Eisenbahnverwaltung muß beauftragt werden, die kleinen Stationen, an denen Großgrundbesitzer und bäuerliche Besitzer wohnen, mit Kohlen für Dreschzwecke zu versehen; der Landrat ruft die Kohlen ab, die Kohlen werden auf der Bahnstation gleich in Empfang genommen oder abgeladen und auf Abruf auf Lager genommen. Jetzt beraten vier oder fünf Stellen, und trotz der Beratungen kommt keine Kohle. Läßt sich nicht sofort helfen, so sollte man für 14 Tage in ganz Deutschland die Kaffees, die Restaurationen, Kientöppe, Theater, Vortragssäle, künstlerische Veranstaltungen (Malschulen, Konservatorien) und dergl. schließen. Das gäbe wenigstens eine große Entlastung, und brächte die Kohlenversorgung auch für die spätere Zeit wieder in die Reihe. Vielleicht prüft der neue Staatskommissar diesen Gedanken und befürwortet ihn.

Auch die Exekutive unserer Lebensmittelversorgung bedarf seiner Fürsorge. Keine neuen Behörden und Instanzen, sondern Vereinfachung. Die Kommunalverbände in Stadt und Land, die die Ausführenden sind, haben vorgesetzte Instanzen im Überfluß: Regierung, Oberpräsidium, Minister, Generalkommando, in Festungen Gou-

Digitized by Google

vernement, Kriegsämter, Kriegswirtschaftsämter, die provinziellen Stellen für Fleisch, Fett, Futter, die entsprechenden Landesstellen und Reichsstellen, dazwischen hineingeschoben noch Staatskommissare und dergl. Sitzungen und Beratungen reichlich, und dabei soll die Arbeit vorwärts gehen. Das geht nicht. Die mit der Lebensmittelversorgung beauftragten Herren müssen vor allen Dingen ihr Arbeitspensum erledigen können und sind so wenig wie möglich zu akademischen Beratungen heranzuziehen. Wollen Kommissare die Lebensmittelberatungen der Stadt prüfen, so kann das auch ohne lange Beratung durch die Inaugenscheinnahme der Betriebe in der Stadt selbst erfolgen, und vielleicht noch besser als durch die Aussprache in langen Sitzungen.

Der neue Kommissar möge die Komunen möglichst vor neuen Verordnungen schützen, der Bedarf ist voll gedeckt. Die verschiedenen Instanzen müssen mehr darauf Rücksicht nehmen, daß sie nicht die einzigen sind, die anordnen, sondern daß jede Instanz den gleichen Betätigungsdrang hat, und daß die Leidtragenden immer die ausführenden Kommunalverbände sind. Möge der neue Kommissar die Verordnungen, bevor sie durch seine Hand in die Tat umgesetzt werden, daraufhin einer genauen Prüfung unterziehen, ob nicht ohne die Verordnung ausgekommen werden kann, und wenn die Verordnung nötig, ob sie einfach und klar gefaßt und praktisch und gut durchführbar ist.

Auch der Auffassung, daß es nicht schlimm sei, wenn der einzelne sich über die Verordnungen hinwegsetzt, muß rücksichtsloser als bisher entgegengetreten werden. Es hat sich eine zu laxe Auffassung in dieser Hinsicht herausgebildet, der von Seiten der Zentralstellen nicht immer scharf genug entgegengetreten worden ist.

Der neue Staatskommissar gebe den Kommunalverwaltungen die Strafbefugnis für Verstöße gegen ihre Bestimmungen; man spart Zeit und Arbeitskraft. Nehmen wir den einfachen Fall, die Bäcker verkaufen Brot auf Marken, die noch nicht fällig sind. Die Kommune will einschreiten, sendet Kontrolleure, die noch nicht fällige Marken anbieten, die Bäcker verkaufen. Anzeige an die Polizei; polizeiliche Vernehmung der Bäcker und Kontrolleure; Abgabe an den Amts- oder Staatsanwalt, von diesem an das Gericht; Eröffnung des Strafverfahrens; Ansetzen eines Termins, Ladung der Zeugen und der Beschuldigten; langes Warten im Gerichtsflur, 1—1½ Stunden Verhandlung, wenn ein Anwalt beteiligt ist, länger; Urteilszustellung, Rechtsmittel; nach Rechtskraft des Urteils Einziehung der Strafen, Haftvollstreckung und dergl., eventuell, wie tatsächlich geschehen, Einleitung der Strafverfahrens gegen die städtischen Kontrolleure wegen Verausgabung noch nicht fälliger Marken, Vernehmung und schließlich Einstellung des Verfahrens. Warum nicht einfach Anzeige des Kontrolleurs beim Magistrat, Strafbescheid des letzteren, zunächst mit geringeren, bei Wiederholung größeren Geldstrafen und, wenn der Bestrafte sich zu Unrecht belastet fühlt, erst dann Widerspruch beim Gericht. Der Bestrafte denkt nicht daran, ans Gericht zu gehen, zahlt seinen Betrag, ist gewarnt, und viel Arbeitskraft, auf die es in der Kriegszeit besonders ankommt, ist gespart. Wie gesagt, die Durchführung der Ver-

Digitized by Google

ordnungen nicht nur bei den Gewerbetreibenden, sondern auch bei den einzelnen muß viel mehr wie bisher Gegenstand der Beachtung werden, damit die Auffassung allgemein wird, daß jeder für sich am Ganzen verantwortlich ist, wenn er nicht auch seinerseits den Bestimmungen entsprechend seine Lebenshaltung einrichtet.

Weit ist das Arbeitsfeld des neuen preußischen Kommissars für die Ernährungsfragen, aber auch dankbar, wenn es gelingt, den richtigen Weg für seine Arbeit zu finden. Seine bisherige Tätigkeit in den Getreideversorgungsfragen erweckt die besten Hoffnungen. Möge ein guter Stern auch über seiner neuen Arbeit leuchten!

Die Geographie des Vaterlands auf deutschen Hochschulen

Von Prof. Dr. Robert Sieger

Da, wie es scheint, kein deutscher Geograph auf die Ausführungen zurückgekommen ist, die in dem bemerkenswerten Aufsatze von Dr. Offe, „Deutsche Politik" 1916, Seite 2082, den deutschen Hochschullehrern unseres Faches gewidmet wurden, möchte ich mir dazu einige Bemerkungen erlauben. Obwohl ich an der Heidelberger Tagung deutscher Hochschulgeographen und deren Beschlüssen — sie sind in allen geographischen Fachblättern, insbesondere in „Petermanns Mitteilungen", der „Geographischen Zeitschrift", dem „Geographischen Anzeiger", der „Zeitschrift" der Berliner Gesellschaft für Erdkunde, den „Mitteilungen der k. k. geographischen Gesellschaft in Wien" usw. mitgeteilt und zumeist zustimmend besprochen — nicht teilgenommen habe, habe ich vorher und nachher ähnliche Ansichten ausgesprochen. Daß ich Österreicher bin, ist kein Grund zur Zurückhaltung; gilt doch für uns dasselbe, wie für das Deutsche Reich, wenn wir bei uns eben diejenige Stelle der Monarchie zuweisen, welche die reichsdeutschen Kollegen ihrem Vaterland in Vorlesungen und Übungen einräumen. Nach dem genannten Aufsatz sieht es aus, als wären wir verzopfte, rückständige, des Nationalgefühls bare Pedanten, welche vor zeitgemäßen Reformen „weitschallende Warnungssignale" geben, welche in einer ungehörigen Weise die „Objektivität" als den Stolz deutscher Wissenschaft erklären und das Vaterland gröblich vernachlässigen; haben doch im Sommersemester 1916 nur drei deutsche Universitätsvorlesungen sich mit Teilen oder besonderen Gesichtspunkten der deutschen Landeskunde beschäftigt und eine einzige mit Deutschland! Ich will nicht „polemisieren", lediglich berichtigen. Die übertriebenen Folgerungen, die manche aus den „Lehren des Krieges" für die Geographie gezogen haben, und denen gegenüber in Heidelberg vorsichtige Zurückhaltung beschlossen wurde, werden sich ja von selbst als Übertreibungen erweisen. Was an ihnen gesund ist, insbesondere das Verlangen nach Pflege der bisher weniger berücksichtigten, praktisch wichtigen Zweige des Fachs, ist schon vorher von uns nachdrücklich vertreten und in Heidelberg festgehalten worden. Es wird um so leichter erreichbar sein, wenn die zweite Lehrkanzel für Geographie, die wir für notwendig halten,

Digitized by Google

überall errichtet wird und somit neben den notwendigen grundlegenden Zweigen der allgemeinen Geographie auch für die Länderkunde der auch von uns für sie verlangte Raum gewonnen wird. Heutzutage bleibt für die gesamte Länderkunde nur etwa die Hälfte der dem geographischen Unterricht verfügbaren Zeit frei.

Der Satz, auf den sich Offes Wendung von der „Objektivität" bezieht, kann nur der folgende sein: „Unter Festhaltung ihrer rein wissenschaftlichen Aufgabe einer Natur und Menschen umfassenden Erforschung und Darstellung der Erdoberfläche muß die Geographie bestrebt sein, an den politischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben unseres Vaterlandes mitzuarbeiten." Mit der Art dieser Mitarbeit beschäftigen sich dann weitere Sätze; einer davon betont, daß das unsichere politische Urteil des deutschen Volks großenteils auf unzulänglichen geographischen Kenntnissen beruhe; weiterhin wird auch auf die Förderung politisch-geographischer und wirtschafts-geographischer Bildung und auf die Auslandskunde (die doch ein wesentlicher Teil der auch von Offe verlangten „Weltkunde" ist) Gewicht gelegt. Der zweite beanstandete Satz lautet wörtlich: „Wir sind ferner überzeugt, daß es gerade den heutigen Bedürfnissen nicht entspricht, wenn die Geographie von Deutschland auf Kosten der andern Länder Europas und der außereuropäischen Erdteile noch stärker betont wird. Auch die erwünschte Erweiterung des geographischen Unterrichts soll ebensowohl der Kenntnis der außerdeutschen Länder, wie der Deutschlands zu gute kommen." Dieses „noch stärker" stünde allerdings in einem lächerlichen Mißverhältnis zu der von Offe betonten Tatsache, daß in einem Sommersemester von 86 geographischen „Darbietungen" sich nur eine oder wenn man will, vier, mit dem Vaterland beschäftigten, wenn dies die Regel wäre. Herr Offe hätte noch ein anderes Semester heranziehen müssen, dann hätte er erkannt, daß im Sommer 1916 nur zufällig in dem mehrjährigen „Turnus" der einzelnen Hochschulen die Reihe seltener an Deutschland kam. Er hätte sich vielleicht auch aus seiner Studienzeit erinnern können, daß die umfassenderen und wichtigeren Kollegien in dem längeren Wintersemester gehalten zu werden pflegen und nicht im Sommer, besonders in einem so kurzen Sommersemester, wie es 1916 der späte Ostertermin (23. April) bedingte. Außerdem fassen „Petermanns Mitteilungen", auf Grund deren die Verhältniszahl 4:86 gegeben wird, den Begriff geographischer Vorlesungen sehr weit und beziehen die (zumeist allgemeinen) Kollegien aus Hilfs- und Nachbarwissenschaften mit ein, wodurch die Zahl der länderkundlichen „Darbietungen" überhaupt im Verhältnis zu gering erscheint. Endlich werden an allen Universitäten deutscher Zunge geographische Übungen („Seminar" und sonstige Übungen) und Lehrausflüge regelmäßig gehalten, aber die erstgenannten nur zum größeren Teil, die Ausflüge dagegen in der Regel nicht im Vorlesungsverzeichnis „angekündigt". In dem Verzeichnis der „Petermannschen Mitteilungen" fehlen beide. Daß ein gut Teil der Übungen sich mit dem Vaterland und der ihm gewidmeten Literatur beschäftigt, insbesondere aber die Ausflüge mit verschwindenden Ausnahmen der Kenntnis des hei-

Digitized by Google

mischen Bodens und seiner Bewohner dienen, sollte dem strengen Kritiker auch nicht unbekannt sein. Haben doch auch reichsdeutsche Geographen nach dem Vorbild, das Penck vor längerer Zeit in Wien gegeben, des öfteren wissenschaftliche Berichte über diese Lehrausflüge durch ihre Schüler veröffentlichen lassen oder selbst abgefaßt! Aber wir wollen Offe auf den Boden seiner, wie wohl einleuchtet, nicht einwandfreien Statistik (von kleineren Mängeln, wie nachträglichen Änderungen des Vorlesungsverzeichnisses u. dergl. sehe ich ab) folgen. „Petermanns Mitteilungen", 1916, 2. Halbband, S. 339, 365, 404 und 425 verzeichnen im Deutschen Reiche eine Unmasse von Vorlesungen im Wintersemester 1916/17; die Namen der Professoren und Dozenten der Geographie sind fettgedruckt. Ich beschränke mich auf deren Vorlesungen[1]; sind doch sie allein von Offe an den Pranger gestellt worden. Rechnen wir zu den Kollegien, die sich auf Deutschland beziehen, nur solche, in deren Titel es zum Ausdruck kommt, schließen wir also z. B. die zum Teil mehrfach vorkommenden Kollegien über die Länder Europas, historische Geographie von Europa, die Großmächte Europas oder der Erde, Mitteleuropa, die Alpen, spezielle Wirtschaftsgeographie und solche von Europa, „Repetitorium" für Kriegsteilnehmer u. a. aus, in denen sicher auch von dem Deutschen Reich in bedeutendem Umfang gesprochen wird, so ergibt sich, daß Geographen an 6 von den 21 Universitäten des Deutschen Reichs über „Deutschland" gelesen haben. Von 57 Vorlesungen sind ihm oder seinen Teilen 7, von 127 Vorlesungsstunden aber 18 gewidmet worden. Außerdem haben Geographen an 4 Handelshochschulen 14 Vorlesungen mit 27 Stunden gehalten, von denen zwei einstündige Vorlesungen sich auf das Deutsche Reich bezogen, und an 6 technischen Hochschulen 11 Vorlesungen mit 17 bis 18 Stunden, von denen ein einstündiges Kolleg das deutsche Klima behandelt. Diese Unterscheidung der verschiedenen Hochschularten ist deshalb notwendig, weil die Handelshochschulen die Auslandsgeographie, die technischen Hochschulen die allgemeine Geographie besonders zu pflegen haben, und an beiden die Länderkunde gegen die auf bestimmte praktische Ziele und Arbeitsgebiete angewandte Geographie zurücktreten muß. Auch ist hier die Stundenzahl so gering, daß man sich mit allgemeinen Abrissen der Erde begnügen muß, und das Vaterland wohl ausführlich, aber nicht selbständig behandeln kann. An den Universitäten aber, wo solche Bindungen in geringerem Maße auftreten, sind im laufenden Wintersemester für Deutschland und seine Teile folgende Vomhundertzahlen erreicht: 29 v. H. der Hochschulen, 12 v. H. der angekündigten Vorlesungen, 14 v. H. der Stundenzahl. Es sind also durchschnittlich die umfangreicheren Vorlesungen — die „Hauptkollegien" — diesem Gegenstand gewidmet. In anderen Wintersemestern mag sich ein noch günstigeres Bild ergeben. Jedenfalls weichen diese Zahlen von jenen, die Offe herausgriff, stark ab und sie sind — nach all den Ausscheidungen, die ich vornahm — „Minimalzahlen". Es ist neuerlich üblich geworden, über unsere Hochschulen leicht-

[1] Druckfehler habe ich zu ungunsten meiner Anschauung berichtigt.

Digitized by Google

herzig abzusprechen und auf Grund von Augenblickswünschen eine „Universitätsreform" zu verlangen. Wir deutsche Volksschullehrer brauchen eine eingehende Prüfung des akademischen Unterrichtsbetriebs nicht zu scheuen und erwägen seine Verbesserung selbst sorgfältig; aber wir müssen — und das gilt nicht nur auf geographischem Gebiet — mit Nachdruck verlangen, daß die Kritik von einer genauen Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ausgehe.

Ein französisches Flugblatt

(Lettre aux Abonnés de la Vie Ouvrière)

Die Regierungen riefen dem französischen Volke zu: „Das ist ein befreiender Krieg, — ein Krieg der Zivilisation gegen die Barbarei, ein Krieg der Rassen, ein Krieg des Rechts, ein notwendiger Krieg zur Niederschlagung des feindlichen Militarismus, ein Krieg für das Prinzip der Nationalitäten: für die Unabhängigkeit der kleinen Völkerschaften. Das sind jedoch nur Klischees, die die Regierungen bei Beginn jedes Krieges hervorziehen und deren sie sich gegeneinander bedienen. Auch die Parole vom letzten Kriege ist ein altes Klischee. In einem Schreiben an Clémenceau hat Georg Brandes schon daran erinnert, daß man im Jahre 1870 den Krieg für den letzten gehalten hatte. Die Arbeiter ließen sich jedoch durch das verfälschte Ideal betrügen. Sie nahmen es als echt an, und einer unserer Soldaten schrieb uns neulich: „Die Regierungen haben den Sinn des Krieges verfälscht." Nein! Die Regierungen haben ihn nicht verfälscht, denn sie wußten, daß der Krieg gar nicht diesen Sinn hat.

Die Verantwortlichkeiten für diesen Krieg.

„Die Syndikalisten, die seit Beginn der Feindseligkeiten sich auf die Seite der Regierung stellten, haben zwei Dinge entdeckt: sie behaupten, daß sie alles taten, um den Krieg zu verhindern und daß Deutschland allein die Verantwortung trage. Wahrhaftig, bequeme und nützliche Zugeständnisse. Man hat sich nichts vorzuwerfen, man hatte sich doch gegen einen langgeplanten Angriff zu verteidigen.

Nur sind leider die beiden Versicherungen falsch. Was haben die allzuleicht sich der Verantwortung entziehenden Syndikalisten denn zur Verhinderung des Krieges getan? Außer der bekannten Demonstration gab es fast täglich Sitzungen der Verbandsleitung. Die Geschichte dieser Sitzungen wird einmal geschrieben werden. Sie ist keine rühmliche gewesen. Schon allein die Prüfung der diplomatischen Akten der Verbündeten läßt die Behauptung nicht zu, daß nur Deutschland den Krieg wollte und heraufbeschwor. Der im August 1914 ausgebrochene Krieg schwebte über Europa in der Luft seit zehn Jahren. Und jedesmal, wenn er unmittelbar bedrohlich wurde, wie in den Jahren 1905, 1911, 1912, haben wir ihn als den Zusammenstoß des imperialistischen Wettbewerbes be-

Digitized by Google

zeichnet und riefen die Arbeiter Frankreichs zu internationalen Kundgebungen auf. Und heute, wo er trotz allem ausgebrochen ist, tut man so, als ob man dies alles nicht mehr anerkenne. Man gibt dem Krieg die Bedeutung eines brutalen Angriffes des preußischen Militarismus auf die Freiheit der Völker. Glaubt man damit die eigene Unfähigkeit zu bemänteln?

Ist dies der Vorwand, den man macht, so ist er erbärmlich und gefährlich. Denn er läßt zwei Schlußfolgerungen zu: eine für die Vergangenheit, die andere für die Zukunft.

Wenn Deutschland sich seit 40 Jahren rüstete, um sich zu der ihm genehmen Stunde auf Frankreich zu stürzen, so haben unsere Nationalisten recht gehabt, die wir aber immer der Kriegshetze beschuldigten. Und es war falsch von uns, sie zu bekämpfen. Und in Zukunft hätten die „Zerstückler" Deutschlands recht. Den Militarismus zerstören wollen, ist Unsinn; es kann nur heißen Deutschland schlagen und ihm Stück für Stück entreißen. Es ist sicher, daß ein des linken Rheinufers beraubtes Deutschland, wie es unsere Patrioten wünschen und es auf ihren Karten darstellen, die sie unter den Soldaten verteilen lassen zum Beweis dafür, daß Frankreich keinen Eroberungskrieg führt, militärisch geschwächt wäre. Es ginge geschwächt aus dem Krieg hervor und hätte lange Jahre zu seinem Wiederaufbau nötig. Aber das würde in keiner Weise den Militarismus schädigen. Die Verlegenheitserklärung, die plötzlich im Gegensatz zu allem, was wir vor dem Krieg sagten, aufgetaucht ist, hat auch noch die andere Gefahr: sie enthebt unsere Nationalisten und Chauvinisten jeder Verantwortung. Auch sie behaupten ja, daß dies der Krieg des Rechts und der Gerechtigkeit, der Krieg gegen die Barbarei sei. Sollten wir die deutschfeindliche Politik Delcassés vergessen, die Jaurès so oft an den Pranger stellte und die ihm die Wut der französisch-englischen Imperialisten zuzog! Sollten wir verschweigen, daß seit der Wahl Poincarés eine schlechtweg nationalistische Politik getrieben wurde!... Wir haben keine Neigung, Deutschlands Verantwortlichkeit zu mildern. Es hat seine Alldeutschen, die um so gefährlicher sind, als sie sich als Sieger fühlten und sich bewußt waren, sich auf eine größere Militärmacht zu stützen. Aber unsere und die englischen Nationalisten gaben sich alle Mühe, ihnen in nichts nachzustehen. Und nach allem, was wir erlebt und gesehen haben, ist die einzig mögliche Haltung, die wir dem Krieg gegenüber annehmen können, die, ihn als Ergebnis des Zusammenstoßes der imperialistischen Konkurrenten darzustellen ... Weil wir es ablehnen, die amtliche Deutung des Krieges anzunehmen, hält man uns für Deutschenfreunde.

Imperialismus

Der jetzige Krieg ist derselbe, der uns in den Jahren 1905, 1911 und 1912 bedrohte. Damals hätte man die Regierungen verpflichten müssen, sich zu einigen. Aber die Ursache des dauernden Konfliktes blieb bestehen. Der Friede von Agadir, so sorgfältig

Digitized by Google

er geschlossen wurde, war nur ein Waffenstillstand. Er entwaffnete die Imperialisten nicht. In Frankreich verjagten unsere Nationalisten das Ministerium, das ihn unterzeichnet hatte. In Deutschland beschuldigten die Alldeutschen ihren Kaiser der Feigheit. Tatsache ist, daß England dabei zum ersten Male klar erkennen ließ, welches seine Haltung im Falle eines deutsch-französischen Krieges wäre. Es entschied sich für Frankreich. Damit wurde das zwischen den beiden Ländern bestehende geheime militärische Abkommen bestätigt, dessen Vorhandensein die Minister jedesmal, wenn darüber befragt, geleugnet hatten. Der Zorn der Alldeutschen kühlte sich ab, aber unsere Nationalisten, die nunmehr der englischen Unterstützung sicher waren, wurden aggressiver. Die Lage klärte sich dahin auf, daß nunmehr Dreiverband gegen Dreibund stand. Diese Scheidung Europas in zwei Mächtegruppen brachte nicht den Frieden, sondern den Krieg. Und in Afrika, in Asien, im Balkan stießen sie aneinander. Wenn man heute den Ausdruck Imperialismus anwendet, gibt man ihm nicht seine moderne Bedeutung, sondern den alten Sinn, der jetzt jedes Interesse verloren hat. Imperialismus bedeutet den Wirtschaftskampf, den die Großmächte untereinander zum Zwecke der Eroberung neuer Märkte führen oder zur Gewinnung neuer Einflußsphären in nicht industrialisierten Ländern, wo man mit den eigenen Produkten handeln, Konzessionen erringen, eine Art Beschützerrolle spielen kann. Darauf beruhen fast alle modernen Kriege. Der Krieg der Vereinigten Staaten gegen Spanien wegen Kuba und Panama, Englands gegen Südafrika wegen Ausnutzung der Goldminen, Japans gegen Rußland wegen der Mandschurei und Korea. Selbst der Balkankrieg, der für kurzsichtige Leute ein Nationalitäts- und Rassenkampf ist, ist ein imperialistischer Krieg: die Balkanstaaten, Griechenland, Serbien, Bulgarien verbündeten sich nicht von sich aus gegen die Türkei; der Balkanbund war das Werk des russischen Gesandten Herrn von Hartwig in Belgrad. Es bezeichnete Rußlands Rückkehr nach Europa, nach dem unglückseligen Abenteuer im fernen Osten. Die Türkei sollte geschwächt werden, die ein Stützpunkt für Deutschland war. Ein Groß-Serbien sollte geschaffen werden, das Österreich-Deutschland den Weg nach Kleinasien und Mesopotamien verlegen sollte, den diese Länder im Begriff waren herzustellen. Das war die Lage Europas in den letzten Jahren. Die beiden Mächtegruppen stellten kein Gleichgewicht her, sie trugen im Gegenteil die Keime des Krieges, eines furchtbaren Krieges, in sich ..."

Die Verfasser des „Lettres" weisen noch darauf hin, daß dieser Krieg schon im Jahre 1911 von mehreren sozialistischen und anarchistischen Schriftstellern vorausgesagt worden sei. Sie bekämpfen die „Union Sacré" (Heilige Einigkeit) und verlangen eine Rückkehr der französischen Arbeiter zur Internationale und zur Friedenspolitik.

Digitized by Google

Streiflichter zur Weltlage IV

(28. Februar 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

Wenn wir von den sehr erfreulichen Erfolgen unserer Unterseekreuzer, unserer Torpedogeschwader und der „Möwe" II oder III absehen, hat die Kriegslage während der letzten vierzehn Tage sich nicht wesentlich geändert. Die große Frühjahrsoffensive der Entente-Verschwörung besteht nach wie vor als Drohung fort, und die geringe tatsächliche Kampftätigkeit unserer Feinde wird durch die Ungunst der Witterung entschuldigt und durch das Aufbauschen von Versuchen kleiner Truppenabteilungen, an unsere Schützengräben heranzukommen, verschleiert. Dagegen sind einige recht erfolgreiche Vorstöße gegen die Westfront unserer Feinde durchgeführt worden. Die Russen nehmen Truppenverschiebungen vor, von denen sehr zweifelhaft ist, ob sie Verbesserungen bedeuten, die Italiener mühen sich die Quadratur des Zirkels zu finden, d. h. Triest zu „befreien", wohl nach der Anweisung des Generals Nivelle, eines der vielen militärischen Lehrmeister, die Frankreich seinen Bundesbrüdern stellt; vielleicht hätte es sich mehr empfohlen, ihn zu Sarrail zu senden, der sich in Saloniki weder zu raten noch zu helfen weiß und, um doch etwas getan zu haben, die armen Griechen weiter peinigt. In Mesopotamien haben die Engländer in letzter Zeit sehr bedeutende Verluste erlitten, aber aller Wahrscheinlichkeit nach steht ein ungeheueres Triumphgeschrei ihrerseits bevor, da die Türken Kut el Amara geräumt haben. Es heißt, daß sie beträchtliche Verstärkungen zu erwarten haben. Wenn nun die Engländer in Kut einrücken, findet sich vielleicht für sie Gelegenheit, die Heldentaten des Generals Townshend zu wiederholen. Im übrigen zerbricht man sich in der feindlichen politischen Einheitsfront den Kopf darüber, welches die nächsten Pläne des deutschen Generalstabes seien, ob er beabsichtige in die Lombardei hinabzusteigen, oder aber Belfort anzugreifen und die Franzosen aus dem noch von ihnen besetzten Teil des Elsaß hinauszuwerfen, oder ob es gar diesesmal Calais gelten solle. In bezug auf Rußland schwankt man darüber, ob wir gegen Odessa oder gegen Petersburg vorgehen wollen, und für den Fall, daß eine dieser Mutmaßungen zutreffen sollte, kündigt man uns furchtbare Niederlagen und sich selber jenen endlichen Sieg an, dessen Termin auch die Allerzuversichtlichsten stetig weiter hinausschieben. Auch ist es charakteristisch, daß bereits erwogen wird, ob nicht diese Frühjahrsoffensive von deutscher Seite ausgehen werde und ob das nicht am Ende das vorteilhafteste wäre. Bei uns sieht man den kommenden Dingen mit Zuversicht und Vertrauen entgegen. Wir brauchen nicht nach einer einheitlichen Leitung zu suchen, wir haben sie und glauben nicht, daß sie besser sein könnte als sie ist. Was uns meist interessiert, sind die inneren Verhältnisse in Feindesland, die jetzt, da allseitig die Vorstellung um sich greift, daß ein Endstadium sich vorbereitet, wohl von besonderer Wichtigkeit sind.

Digitized by Google

Ausgehen wollen wir dabei von England selbst und vom Staatenkomplex seiner Dominien und Dependenzen. Sir Roger Casement, der von England so schmählich hingerichtete Märtyrer irischer Freiheitssehnsucht, hat wohl das treffendste an Charakteristik geliefert, was über das politische England geschrieben worden ist. „Das britische Weltreich — schreibt er[1] — ist kein nordischer Eichbaum. Es ist eine kriechende Kletterpflanze, die, um die Glieder anderer festgeringelt, von einem Safte groß wurde, der nicht ihr eigener war. Suchen wir nach einer Analogie in der pflanzlichen, nicht in der tierischen Welt, so müssen wir in die Dickichte der Tropen gehen, nicht in die nordischen Wälder. In den großen Sümpfen an der Mündung des Amazonenstromes beschreibt der Naturforscher Bates eine ungeheuerliche Liane, den „Sipo Matador" oder „kletternden Mörder" . . .: „Die Basis seines Stammes würde nicht imstande sein, die Schwere des oberen Wachstums zu tragen; er ist daher genötigt, sich auf irgendeinen Baum anderer Art zu stützen; hierin unterscheidet er sich nicht wesentlich von anderen kletternden Pflanzen und Bäumen, allein die Art wie der „Matador" dies bewerkstelligt, ist eigentümlich und macht einen peinlichen, abstoßenden Eindruck. Er wächst dicht an einem Baum empor, an den er sich klammern will, und das Holz seines Stammes wächst, indem es sich wie ein plastischer Abguß über eine Hälfte des Stammes seines stützenden Erhalters legt. Dann treibt er beiderseits einen armdicken Ast hervor, der rasch wächst und so aussieht, als flösse ein Saftstrom hindurch, der auf seinem Wege schon sich härtete. Dieser hält sich dicht an dem Stamm des Opfers, und beide Arme begegnen sich und verwachsen miteinander auf der anderen Seite. Diese Armepaare greifen beim Emporwachsen in ziemlich regelmäßigen Abständen vor, und das Opfer wird, wenn sein Erdrößler ausgewachsen ist, von einer Anzahl unlösbarer Ringe fest umklammert. Diese Ringe werden allmählich stärker, indem der Mörder gedeiht, während er seine Blätterkrone mit dem Laube des Gefährten gen Himmel sendet, das er im Laufe der Zeit tötet, indem er den Durchfluß seines Saftes unterbindet. Dann bleibt der seltsame Anblick des selbstsüchtigen Schmarotzers, der in seinen Armen den leblosen und verfallenden Körper seines Opfers hält, das ihm zum Wachstum verholfen. Sein Fortkommen wurde gesichert — er blühte und trug Früchte, erzeugte und verbreitete seine Art; und nur wenn der tote Körper seines Opfers verfault, naht auch seinem Ende heran; seine Stütze ist hin und so stürzt auch er zusammen." Die Analogie — bemerkt dazu Casement — ist fast die vollkommenste, die je geschrieben worden ist, und wenn wir sie nicht in der Geschichte vervollkommnet sehen wollen, müssen wir uns aus der parasitischen Klammer befreien — aus Englands Schmarotzergriff

[1] Sir Roger Casement. Gesammelte Schriften. Irland, Deutschland und die Freiheit der Meere und andere Aufsätze. Jos. C. Hubers Verlag, Dießen bei München. Eine vortreffliche Übersetzung in Deutschland bekannter und unbekannter politischer Schriften Casements, als Quelle für die Geschichte des Weltkrieges von größter Wichtigkeit.

Digitized by Google

losmachen, bevor wir ganz erdrosselt sind. Wollen wir das kommende Dunkel des Zusammensturzes nicht mit ihm teilen, so müssen wir des Mörders Griff abschütteln, ehe Mörder und Opfer zusammen fallen! Dieser Fall steht nahe bevor. Eine mutige Hand kann noch den „Sipo Matador" durchschneiden und so den Schlächter schlachten, bevor sein Opfer ganz erstickt wird.

„Wenn die kühne Hand keine europäische sein soll, dann mag sie kommen, bronzen, scharf und geschmeidig aus der tropischen Stille! Die Vögel des Waldes sind auf dem Fluge" ... So geschrieben im Februar 1914. Der Baum, an dessen Erdrosselung Casement dachte, war Irland — der „Sipo Matador" umarmt es noch immer, — aber seither dachte er ein neues Opfer zu umfassen, das stark genug ist, den Mörder abzuwehren und eben jetzt zu der scharfen Waffe gegriffen hat, die ihm an der Wurzel das Fundament seiner Kraft zu durchschneiden bestimmt ist. Die bronzefarbigen Knechte Englands mögen sich an die Nachlese halten und mit ihnen die andern heute von England umschmeichelten Insulaner des Großen Ozeans, die kaum noch an sich halten können, aus Gier das Erbe Englands anzutreten.

Die Opfer, aus deren Erdrosselung der englische „Sipo Matador" vor allem seine Kraft gesogen hat, sind Irland und Indien. Er hat während des Krieges alles daran gesetzt, um, was an wirtschaftlichen Hilfsmitteln und an Männerkraft in beiden Ländern noch vorhanden ist, in den Dienst der Kriegsziele der von England organisierten Verschwörung zu stellen. Iren und Inder haben auf allen Schlachtfeldern geblutet, auf denen englische Fahnen wehten: an Ancre und Somme, in Ägypten und Mesopotamien, an den Dardanellen und in Mazedonien. Als Soldaten haben sie tapfer ihre Pflicht erfüllt, das bringt der Instinkt der Selbsterhaltung ohnehin mit sich. Den Dank ihres Vaterlandes, das England nicht ist, ernten sie dafür nicht. In Irland hat der blutige Dubliner Aufstand gezeigt, daß die Gedanken des irischen Volkes auf ganz andere Ziele gerichtet sind, als den Engländern zu einem Siege zu verhelfen, der — wie sie wissen — für sie nur eine weitere Schmälerung des dürftigen Restes von Menschenrechten bringen würde, den die Tyrannei Englands ihnen gelassen hat. An das Home Rule-Phantom zu glauben, vermag heute kein ehrlicher Mann mehr in Irland. Man weiß dort und weiß heute auch in England, daß unser großer Geschichtschreiber, Berthold Georg Niebuhr, einen prophetischen Blick in die Zukunft tat, als er vor mehr als einem Jahrhundert schrieb: „Sollte England sein Verhalten Irland gegenüber nicht ändern, so mag das Land ihm noch eine lange Zeitperiode gehören, nicht aber für immer; und der Verlust Irlands ist der Todestag nicht nur der Größe, sondern der Existenz Englands." Die von Redmond geführte Partei der Nationalisten, die diesem Home Rule-Phantom nachjagt, begeht in Wirklichkeit einen Verrat am eigenen Volke. Wie heute die wirkliche Gesinnung der Irländer ist, zeigt wohl am besten die Tatsache, daß England es nicht wagt, die allgemeine Wehrpflicht auf Irland auszudehnen, und sich genötigt gesehen hat, ein Heer von 150000 Mann in Irland

Digitized by Google

unter Waffen zu halten, um zu verhindern, daß sie sich zu offenem Aufstand erheben. Die Parole „Dies ist kein irischer, sondern ein englischer Krieg" hat die Werbetätigkeit Redmonds für das englische Heer gelähmt, die Sinn Feiner-Bewegung erhebt wieder ihr Haupt, und eben jetzt hat der offizielle Kandidat der Redmond-Partei im irischen Wahlkreise North Rascommon eine Niederlage erlitten, die dem Sinn Feiner Grafen Plunkett den Sieg brachte. Von den Söhnen des Grafen aber ist einer von den Engländern hingerichtet worden, die andern schmachten noch in englischen Gefängnissen. Aber gerade deshalb haben die Iren den Vater zum Vertreter Irlands gewählt. Das ist die Stimmung! Dieser Tage ist in Berlin eine „Deutsch-Irische Gesellschaft" begründet worden, die mit einer eigenen Zeitschrift zur Pflege deutsch-irischer Bestrebungen hervortreten wird. Wir wünschen ihr besten Erfolg und verständnisvolle Unterstützung.

Nicht so vollkommen wie Irland hat der „Sipo Matador" es vermocht, die Lebenskraft Indiens aufzusaugen. Während die Bevölkerung Irlands um die Hälfte ihres Bestandes in dem letzten halben Jahrhundert zurückgegangen ist, sind aus den 316 Millionen Inder nicht 150 Millionen geworden, sondern die Kopfzahl des Landes ist seit langen Jahren so ziemlich die gleiche geblieben. Die fast jährlich wiederkehrenden Hungersnöte, die Millionen eines elenden Todes sterben lassen, regulieren die Normalzahl, für deren Erhöhung kein englisches Interesse spricht. Sir Charles Dilke in den „Problems of Greates Britain" stellt als die wichtigsten Aufgaben der englischen Politik in Indien hin: Verhütung von Invasionen und Rebellionen. Dilke schrieb 1890 und die Furcht vor Invasionen galt der russischen Gefahr, die Furcht vor Rebellionen aber hat seit der großen nationalen Erhebung Indiens 1857 nie geruht und ist heute für die Engländer in zweifacher Gestalt zu einer Gefahr geworden. Zu Ende der 80er Jahre hatte man in England erkannt, daß den nationalen Bestrebungen der Inder, die zu beseitigen unmöglich schien, ein Ventil geöffnet werden mußte, und so entschloß man sich auf den Rat des Vizekönigs Lord Dufferin im Jahre 1888, den ersten indischen Nationalkongreß zu berufen. Was dabei zutage trat, war die große Zahl europäisch gebildeter Inder, die, wie es schien, der englischen Herrschaft nicht feindselig gegenüberstanden, aber einen Anteil an der Regierung des Landes beanspruchten. Neben ihnen aber gab es auch eine Gruppe von Extremisten, die auf ihr Programm ein indisches Home Rule, Swaradasch, setzten, aber keinerlei Aussicht hatten, durchzudringen. Diese Nationalkongresse haben sich dann alljährlich unter überwiegender Teilnahme der gemäßigten Elemente wiederholt, aber die Zahl der jungen Inder, die nach England zogen, um sich dort eine Bildung zu holen, die ihnen die Voraussetzungen für Bekleidung einer höheren Stellung in der Beamtenhierarchie geben sollte, wuchs stetig, und allmählich haben drei Tatsachen den Geistern in Indien eine entschieden antienglische Richtung gegeben: die Teilung Bengalens in zwei Provinzen durch Lord Curzon, das englisch-japanische Bündnis und die russische Revolution. Er-

Digitized by Google

regte die bengalische Frage Haß, so erweckten die beiden anderen Ereignisse Hoffnungen. Weshalb sollte Indien nicht nachahmen, was in Rußland zu gelingen schien, und war nicht in Japan, das von England als gleichberechtigte Macht anerkannt war, der künftige Befreier Asiens von der englischen Fremdherrschaft zu erwarten? „Japan hat sich erhoben, wie lange noch wird Indien am Boden liegen bleiben?" So dachte man 1905 in Indien. Im folgenden Jahre schlug die indische Presse bereits direkt aufrührerische Töne an: „Die Tyrannen sollten sich dessen bewußt sein, daß, wenn Indien in seinem Kampf gegen den Despotismus siegreich sein sollte, sie schwerlich Zeit finden werden, aus dem Lande zu flüchten." Das war die Stimmung der indischen Patrioten, als der Nationalkongreß zu Kalkutta zusammentrat, der jedoch verhältnismäßig zahm auslief. Der einzige tiefer greifende Beschluß, der gefaßt —, aber nicht konsequent durchgeführt wurde, war, sich der englischen Industrie zu enthalten und die heimische Industrie an ihre Stelle zu setzen. Das ist die sogenannte Swadeschi-Bewegung. 1907 tagte der Nationalkongreß in Surat unter dem Eindruck revolutionärer Erhebungen und Hungersnot, die Bengalen heimsuchte. Danach gab es einen förmlichen Feldzug gegen die Leiter des aktiven Widerstandes. Prozesse, Verschickungen, Hinrichtungen folgten, aber gegen Ende des Jahres schlug die Regierung mildere Saiten an. Der ausschlaggebende Anlaß zu dieser Wendung war die englisch-russische Verständigung über Persien, die das Vorstadium der im Juni 1908 vor Reval perfekt gewordenen russisch-englischen Verschwörung war. Man brauchte für Indien von Rußland nichts mehr zu fürchten, griff aber sehr bald wieder zur Politik der Repression zurück, als seit 1908 die islamischen Inder unter dem Eindruck der Ereignisse in Tripolis und auf dem Balkan, sich den nationalen Bestrebungen der anderen indischen Gruppen zu nähern begannen, und in den sechs Jahren, die bis zum Ausbruch des Weltkrieges hingingen, tatsächlich die bestehenden Gegensätze fast völlig verwischten. Schon 1910 erhoben die englischen Zeitschriften Klagen über diese „bedauerliche" Tatsache. Man hatte sich zwar ein Jahr vorher entschlossen, indische Notabele in den Rat des Vizekönigs und der Gouverneure zu ziehen, aber wie wenig damit die Absicht verbunden war, dadurch die Nation zur Selbstverwaltung zu erziehen, zeigte eine Rede des Vizekönigs Lord Curzon, der am 8. Juni 1909 erklärte: koloniale Selbstregierung für Indien sei unvereinbar mit der Fortdauer der englischen Herrschaft in Indien. Es ist kaum möglich, drastischer die Existenz des englischen Regiments in dem unglücklichen Lande zu verurteilen. Wenige Wochen nach dieser Erklärung Curzons wurde auf englischem Boden der Oberst Sir William Curzon Willies von einem bereits anglisierten Inder erstochen, weil er einen seiner Verwandten einen Nigger genannt hatte. Der Mann wurde hingerichtet, und es hat sich an dieses Symptom der indischen Stimmung eine Reihe von Prozessen geknüpft, die zur lebenslänglichen Verbannung von vier der angesehensten Inder in die Andomanen, und von sechs anderen zu 7—10 Jahren führte. Das waren aber Männer, von denen die Engländer selbst sagten, es seien nicht

Digitized by Google

gewöhnliche Verbrecher, sondern Männer von guter Erziehung, von starken religiösen Instinkten und von bedeutender Charakterstärke. Aber sie hätten sich des Verbrechens schuldig gemacht, ihr Land vom britischen Königreiche trennen zu wollen! Dieses Königreich ist dann durch die Krönung Eduard VII. zum Kaizar i Hind noch enger an England gefesselt worden, es hat damit ein neuer Trieb des „Sipo Matador" den indischen Lebensbaum umklammert und die Verlegung der gesamten Verwaltung aus Kalkutta nach Delhi sollte dem Ausdruck geben. Die Inder empfanden die Degradierung Bengalens als eine Schmach, und dieser Empfindung gab das Attentat Ausdruck, das gleich nach der Kaiserproklamation gegen Lord Hardinge verübt wurde. Als dann der Krieg gegen Deutschland unmittelbar vor der Tür stand, traten die Engländer mit dem Plan hervor, ein Drittel des Rats von Indien mit eingeborenen indischen Notabeln zu besetzen. Ausgeführt haben sie diesen Plan nicht; es war, wie das Home Rule für Irland, ein Phantom, das sie den Indern vorspiegelten. Seither sind über zwei Jahre hingegangen, und als im Dezember 1916 wiederum ein indischer Nationalkongreß zusammentrat, fand er den Mut, Selbstregierung für Indien zu verlangen, und dieser Forderung schloß sich die All India Moslem League an. Wir ziehen aus alledem den Schluß, daß die Inder aus ihrer Waffenbrüderschaft mit den Engländern bitteren Haß heimbringen werden, und daß für sie wie für Irland, wenn die Stunde der deutschen Siege geschlagen haben wird, der Tag der Befreiung aufgehen kann.

Daß die großen und kleinen Dominien Englands: Kanada, Australien, Südafrika, Neufundland und Neuseeland an diesem Kriege mitgewirkt haben, als gelte es, ihr eigenes Haus zu verteidigen, ist eine nicht zu übersehende Tatsache; mit Ausnahme der beiden kleinsten, Neufundland und Neuseeland, hat es überall nicht unbeträchtliche Widerstände zu überwinden gegeben. In Kanada haben die Franzosen abseits gestanden, weil ihnen die gottlose französische Republik innerlich fremd geworden ist, in Australien haben die Iren und ein Teil der Deutschen nicht mitgemacht und hat schließlich die Majorität der Bevölkerung die Oktroyierung der allgemeinen Wehrpflicht mit großer Entschiedenheit abgelehnt, in Südafrika gibt es Hunderttausende, die den Krieg des Renegaten Botha beurteilen, wie er es verdient. Der Köder, durch den England die Dominien zu weiteren Leistungen anzuspornen sucht, ist die bevorstehende britische Reichskonferenz, deren Programm dahin zu gehen scheint, durch Heranziehung von ständigen Vertretern der Dominien diesen ein Mitbestimmungsrecht über die auswärtige Politik des Gesamtreiches zu gewähren, wofür sie dann ihrerseits den Chamberlainschen Gedanken gegenseitiger Zollbegünstigung zu verwirklichen und zugleich dem so entstehenden panbritischen „Commonwealth" ihre Wehrkraft zur Verfügung zu stellen hätten. Commonwealth ist bekanntlich der Titel, den die Cromwellsche Republik ohne König und Oberhaus führte, und es klingt nach den Ausführungen über Irland und Indien wie Spott, wenn auch diese beiden Ge-

Digitized by Google

biete des Greater Britain in die Reichskonferenz hineingezogen werden sollen, was übrigens noch keineswegs feststeht, und falls es geschehen sollte, jedenfalls in einer Form geplant ist, die diese beiden Stimmen „unschädlich" machen würde. Es liegt aber alle Ursache vor, anzunehmen, daß jener Commonwealth niemals Wirklichkeit werden kann. Einmal sprechen die ungeheueren wirtschaftlichen Gegensätze dagegen, welche die Dominien von einander und von England trennen, dann liegt die gewiß nicht unbegründete Befürchtung vor, daß die in London tagenden Reichsvertreter sehr bald so anglisiert sein würden, daß die besonderen Interessen des „Sipo Matador", die ihres speziellen Mutterlandes völlig absorbieren und ertöten würden, nota bene wenn diese Dominien bereit wären, es sich gefallen zu lassen. Sie haben aber alle sehr eigenwillige Sonderregierungen und Sonderparlamente, und wenn es auch, wie nicht unmöglich ist, gelänge, jener Regierungen Herr zu werden, ganze Volksvertretungen auf die Dauer auf Wege zu fahren, die ihren besonderen Interessen widersprechen, ist so gut wie unmöglich. Endlich, und das ist wohl das entscheidende, der babylonische Bau dieses Commonwealth steht und fällt mit der ungeheueren Illusion von dem sicheren schließlichen Erfolge der Ententemächte.

Von den englischen Dominien zu der großen Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist kein weiter Sprung. Das Regiment des Präsidenten Wilson hat während des Verlaufs dieses Krieges, mit einigen Modifikationen, gehandelt wie ein an England gebundener Vasall, der sich das Recht gewahrt hat, den Schein eigenen Willens aufrecht zu erhalten. Man hat nicht von ihm verlangt, daß er Truppen und Flotten übers Meer schicke, um die Mittelmächte zu bekriegen, aber man wußte, daß er seinen „Untertanen" kein Hindernis in den Weg legen werde, wenn sie ihren Kriegssport auf unsere Kosten zu befriedigen suchen werden.

Man nahm dem Präsidenten nicht übel, daß er gegen englische Völkerrechtsbrüche protestierte, da man wußte, daß damit alles erledigt war, was er brauchte, um sein zartes Gewissen zu beruhigen. Im übrigen billigte man es höchlich, daß er nicht nur England, sondern auch Franzosen, Russen, Italiener und Rumänen mit Munition, Kriegsgerät aller Art, Nahrungsmitteln und was sonst ihr Herz begehrte, versorgte, und daß er ihnen den Kredit seines reichen Landes ohne jede Beschränkung zur Verfügung stellte. Als aber die Wendung eintrat, da durch die Proklamierung des unbeschränkten U-Bootkrieges die englische Seetyrannei ernstlich gefährdet wurde, da brauchte England nicht einmal den Wunsch auszusprechen, daß er nunmehr den Schein der Unparteilichkeit aufgeben solle, sein Vasallenherz drängte ihn von selbst dahin, er brach die politischen Beziehungen mit uns ab und wird auch den letzten entscheidenden Schritt tun und die Kriegserklärung folgen lassen — wenn das amerikanische Volk es ihm erlaubt. Darüber zu prognostizieren, wollen wir nicht einmal versuchen. Aber einige nüchterne Tatsachen anzuführen, wird vielleicht nützlich sein. Mexiko gegenüber

Digitized by Google

sind die Vereinigten Staaten infolge der zugleich scheinheiligen Politik Wilsons in eine Lage geraten, wie sie unwürdiger nicht sein kann. Erst wurde die Regierung von Diaz durch Begünstigung amerikanischer Petroleum- und Silberinteressenten gestürzt, danach eine Revolution ins Leben gerufen, mit Krieg gedroht, die Drohung rückgängig gemacht, lange zwischen den einander bekämpfenden Prätendenten geschwankt, Carranza anerkannt, begünstigt, in Stich gelassen, ein Heer ins Land geschickt und wieder zurückgezogen und schließlich ruhig hingenommen, daß Carranza in einer höhnischen Note dem Präsidenten seinen Handschuh ins Gesicht warf — den Dank, Wilson, begehre ich nicht! Jetzt ist die kubanische Revolution hinzugekommen, die ernster ist als jene, die einst Roosevelt gebändigt zu haben für sich in Anspruch nimmt, und im Hintergrunde droht das unberechenbare Japan, dem gegenüber Wilson bereits einen Rückzug nach dem anderen angetreten hat. Gewiß ist er bereit, damit fortzufahren, aber es ist fraglich, ob Japan sich diesesmal mit geringen Abschlagszahlungen zufriedengeben wird. Es geht rücksichtslos seinen eigenen Interessen nach und wartet ohne Zweifel auf den rechten Augenblick, um, wenn Amerika sich so festgelegt hat, daß es nicht mehr zurück kann, sie zu befriedigen. Welches diese Ziele sind, ob Hawai oder Philippinen, ob Anschluß an Mexiko, oder ob es sich damit begnügen wird, auch die Amerikaner aus China hinauszudrängen, das zu entscheiden, muß man den Japanern überlassen, die für jede dieser Unternehmungen gewiß ein verbindliches Lächeln bereit halten. Sie er ist nur das eine, sie sind weder Freunde Englands, Rußlands und Frankreichs, noch auch Amerikas. Sie treiben, wie England, Piratenpolitik.

Wir wenden uns nunmehr Rußland zu, das ja heute zu den besten Freunden Japans gehört, aber, wie wir wissen, diese Freundschaft recht teuer bezahlen muß. Es ist jedoch charakteristisch, daß an der Petersburger Konferenz kein Japaner teilgenommen hat. Ob das Zufall oder Absicht war, läßt sich von hier aus nicht erkennen. Vielleicht wird damit angedeutet, daß Japan an der Offensivaktion nicht beteiligt ist. Die Delegierten der drei Mächte sind Ende Januar an der Murmanküste gelandet, und die letzte Nachricht, die bisher zu uns gelangt ist, besagt, daß ein Diner, das in Petersburg ihnen zu Ehren am 18. Februar stattfinden sollte, verschoben worden sei. Die Herren sind auf einer Reise, die sie über Moskau nach Kiew und wahrscheinlich auch die russische Front entlang führen sollte. Am 6. Februar wurden sie in Moskau gefeiert; darüber, wann sie ihre Rückreise anzutreten gedenken, verlautet bisher nichts, doch läßt sich annehmen, daß sie den Beginn der Dumaverhandlungen, der für Dienstag, den 27. Februar festgesetzt war, nicht versäumt haben. Auch in betreff der Tätigkeit der Konferenz ist uns nichts Zuverlässiges bekannt geworden. Trotzdem läßt sich mit Sicherheit behaupten, daß die Aufgabe der Delegierten der drei Ententemächte eine doppelte war: sie waren beauftragt, die mit Energie und Geschick von dem englischen Botschafter vertretene Politik der Einwirkung auf den Zaren nach liberaler Richtung zu unterstützen und die militärischen Vorbereitungen für die vereinbarte Frühjahrs-

Digitized by Google

offensive zu kontrollieren und nach Möglichkeit den Absichten der Westmächte anzupassen. Die politische Seite dieser Aufgaben ist wohl von den Führern der Delegation, Lord Milner, dem Kolonialminister Doumergue und dem italienischen Kabinettsminister Scialoia vertreten worden, die militärische von sechs englischen, zwei französischen und zwei italienischen Generalen, dazu von zahlreichen Militär- und Marineagenten der drei Nationen. Was nun zunächst die politische Arbeit der Delegierten betrifft, so sind sie zwar, wie selbstverständlich ist, vom Zaren in Zarskoje Selo empfangen worden, wo sie die Versicherung erhielten, daß ihm, dem Zaren, nichts erwünschter sei, als ein Zusammenarbeiten seiner Regierung mit der Duma, aber der Ministerpräsident Golitzyn bemerkte dazu, ob die Duma mit der Regierung werde zusammenarbeiten wollen, könne er nicht wissen. Einen Systemwechsel hat die Entente keinesfalls durchzusetzen vermocht, vielmehr weist alles darauf hin, daß der Kurs Protopopow bestimmt ist, bis auf weiteres der alte zu bleiben, d. h., daß Besiegung des Feindes durch die Machtmittel des „unbeschränkten" Zaren die Parole bleibt. Was sonst an die Öffentlichkeit gekommen ist, verdient kaum, wiederholt zu werden. Wenn es mehr als ein Kompliment sein sollte, wäre der Äußerung Castelnaus Bedeutung beizumessen, daß die Hauptlast des Angriffs jetzt Rußland zufalle. Der Generalstabschef Alexejew ist zurückgetreten (worden?), Kuropatkin zurzeit in Turkestan, wo, wie es scheint, schon längere Zeit gefährliche Erhebungen der Bevölkerung im Gange waren, an denen auch Chiwa und Buchara beteiligt waren. In Chiwa wurde der Aufstand schon im Februar 1916 unterdrückt, aber, wie es scheint, unter Mitwirkung des Khans, der, wie der Emir von Buchara, als russischer Pensionär treu zur Regierung stehen soll. Bis in den Sommer hinein blieb es danach in diesen Gebieten ruhig, danach aber wurde die zum Heeresdienst nicht verpflichtete Bevölkerung durch einen zarischen Ukas vom 25. Juli 1916, der die männliche Bevölkerung aller Fremdvölker Rußlands, die zwischen 19 und 43 Jahre zählte, zu den Waffen rief, auf das tiefste erregt, da der derzeitige Ministerpräsident Stürmer die Gesamtmobilisierung Turkestans anordnete. Es kam darüber wiederum zu Aufständen und Kämpfen in Ferghana, Taschkent, Syr Darja und Samarkand. Auch Transkaspien erhob sich, so daß europäische Truppen hingeschickt werden mußten. Diese Truppen hat Kuropatkin geführt, dem Land und Leute wohl bekannt sind. Er hat es verstanden, ohne all zu große Opfer die Ruhe wieder herzustellen, indem er an Stelle der Zwangsaushebung die Stellung von freiwilligen Arbeitern zu Kriegszwecken setzte. Nebenher haben die Kriegsgerichte gearbeitet, und in Dschizak im Samarkandschen sind nicht weniger als 32 Mann gehängt worden. Im Dezember interpellierten die Muselmanen in der Duma wegen der Hungersnot in Turkestan, wobei sie von den Trudowiki unterstützt wurden. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit folgende Debatte ist nicht bekannt gegeben, aber aus dem Wortlaut der Interpellation ergibt sich, daß heftige Angriffe auf Stürmer und auf den Kriegsminister stattgefunden haben

Digitized by Google

müssen. Überhaupt ist Russisch Zentralasien in Gärung. Die Russen behaupten, daß die Erregung der Bevölkerung von Zentralasien von dem chinesischen Turkestan ausgegangen sei, während diese islamischen Grenzgebiete Chinas des Glaubens sind, daß Rußland sich mit der Absicht trage, ihre Ländereien zu annektieren. Ganz unwahrscheinlich ist das im Hinblick auf den russisch-japanischen Vertrag keineswegs. In Moskau hat die dort tagende Adelsversammlung die folgende Resolution gefaßt und durch den Adelsmarschall A. D. Ssowarin dem Zaren überreichen lassen: „Die Moskauer Adelsversammlung hat bei Erwägung der Beschlüsse der bevollmächtigten vereinigten Adelsversammlungen vom 30. November 1916 über die innere Lage des Reichs, und in Anbetracht dessen, daß diese einmalig gefaßten Beschlüsse die Lage Rußlands ganz richtig darstellen und den Weg weisen, auf welchem unserem Vaterlande aus der schweren Lage geholfen werden kann, in der es sich befindet — ihrerseits beschlossen, sich der obigen Resolution vollständig anzuschließen. Zugleich kann die Moskauer Adelsversammlung nicht ohne große Beunruhigung und Erregung sich enthalten zu bemerken, daß alle traurigen Erscheinungen, auf welche die vereinigten Adelsversammlungen hinweisen, nicht nur nicht beseitigt sind, sondern daß auch keinerlei Anzeichen vorhanden sind, daß die Wünsche des Kongresses und die wesentlich mit ihnen übereinstimmenden Resolutionen der gesetzgebenden Institutionen, in absehbarer Zeit verwirklicht werden. Andererseits hat in allen Zweigen des Volkslebens die Lage sich auf äußerste zugespitzt, so daß die natürliche Befürchtung entsteht, daß die bedrohte Lage hinter der Front von verderblicher Wirkung auf die Gesamtentwicklung des Krieges sein werde. Unter solchen Verhältnissen, die davon Zeugnis ablegen, daß die Lage im Innern des Landes von Tag zu Tag drohender wird, muß auch des Moskauer Adel seine Stimme laut erheben und bestätigen, daß der einzige Ausweg zum Heil des Vaterlandes und zur Sicherung des Thrones zu finden ist in der unverzüglichen Durchführung der Prinzipien, die der Kongreß der vereinigten Adelsversammlungen bestimmt ausgesprochen hat."

Was nun die vereinigten Adelsversammlungen beschlossen haben, ergibt sich aus einer Erklärung, die der Fürst P. D. Dobzocukow im Namen vor 31 Edelleuten abgegeben hat. In dieser Erklärung schließt er sich den gefaßten Beschlüssen an, obgleich es nicht übereinstimmt mit einigen der ausgesprochenen Prinzipien „wie daß es notwendig sei, eine Regierung zu schaffen, die nur dem Monarchen verantwortlich sei".

Es handelt sich demnach um einen energischen Protest des Moskauer Adels und der vereinigten Adelsversammlung, mit Ausnahme jener 31, an deren Spitze der Fürst Dobzocukow steht, gegen die auf Konstituirung einer Regierung, die der Duma verantwortlich sein soll, gerichteten Bestrebungen der russischen Liberalen und Radikalen. Die Bestrebungen der letzteren aber unterstützte Buchanan, und wer die Delegation der Petersburger Konferenz ohne Zweifel zu unterstützen beauftragte, darüber kann nach den Äußerungen der englischen und französischen Presse heute nicht mehr gestritten werden.

Digitized by Google

Damit ist das lehrreichste Licht auf die innere Lage im heutigen Rußland geworfen.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß der russische Ministerrat beschlossen hat, daß ihm (dem Ministerrat) das Recht zu erteilen sei, die Aktien russischer Aktiengesellschaften, die Aktionären feindlicher Staatsangehörigkeit gehören, zu verkaufen, ohne daß jene Aktiengesellschaften deshalb geschlossen werden. Offenbar handelt es sich wiederum um einen ganz ungeheuerlichen Eingriff in private Eigentumsrechte. Der genauere Text ist in der „Nowoje Wremja" vom 1./14. Februar 1917 Nr. 14695 zu finden.

Notizen

Der Friede. „Je nüchterner sich die deutsche Regierung in ihrem Urteil und in ihren Zielen hält, je entschlossener sie zwischen sich und den Beutepolitikern und Weltmachtpredigern den Trennungsstrich zieht, desto rascher kann der Friede kommen und desto dauernder wird er sich bewähren." („Basler National-Zeitung".)

Die Bedeutung des Eintritts Amerikas in den Krieg. „Lloyd Georges Bemerkung, daß die letzten 100 Millionen Pfund den Krieg entscheiden würden, haben wir nicht, wie anscheinend die Deutschen, aus den Augen verloren. An dem Tage des Kriegseintritts Amerikas werden sich die wirtschaftlichen Hilfsquellen der Entente verdoppelt haben. Die Vereinigten Staaten könnten z. B. ganz die Sorge für Frankreich übernehmen, sowohl was Geld, Munition wie Nahrungsmittel anlangt. Wie die „New York World" richtig bemerkt, fordert Deutschland nicht gleich die Kriegsmacht von 100 000 amerikanischen Soldaten heraus, sondern diejenige von 40 Milliarden Pfund." („Daily Telegraph".)

Die Deutsch-Amerikaner werden in einem Aufsatz der „Neuen Züricher Zeitung" im Anschluß an den Ausfall der Präsidentenwahl so charakterisiert: Der Sieg Wilsons bezeugt, daß die große Masse der Deutsch-Amerikaner im stillen aber endgültig sich in zwei Lager getrennt hat. Die Mehrheit der in Deutschland geborenen stimmte für Hughes, die in Amerika geborenen Deutsch-Amerikaner dagegen im Sinne ihrer Parteien. Wie könnte es anders sein? Wie vermöchte der im Lande Geborene eine auf die Vorherrschaft Deutschlands gegründete Politik unterstützen, die als letzte Konsequenz eine Gefahr für die Vereinigten Staaten bedeutet? Tatsächlich ist der in Amerika geborene Deutsche ein echter republikanischer Amerikaner. Mag er aus sentimentalen Gründen für das Land seiner Vorfahren schwärmen und mit dessen Sitten und Gebräuchen sein Alltagsleben schmücken, so hat er doch weder Gemeinschaft mit den Rassen- noch den Kulturzielen der Deutschen in Europa, noch auch das geringste Interesse an den deutschen nationalen Aspirationen.

Wilson. „Warum hat der Präsident der Vereinigten Staaten drei Jahre gewartet, ehe er seine pazifistischen Ideale auseinandersetzte, und ist nicht gleich bei Kriegsausbruch eingeschritten? Das kommt daher, daß sich Wilson vor allem als der Vertreter des nordamerikanischen trustfrohen Bürgertums empfindet, und dessen heute schwer gefährdete Interessen veranlassen ihn zum Handeln. Während mehr als zwei Jahren verschaffte der Krieg allen Volksklassen Nordamerikas ungeheure Gewinne. Auch den Arbeitern ist der Krieg bemerkenswert zugute gekommen, so sehr, daß auf dem Kongreß der Trade-Unions in Toronto eine vage Tagesordnung, die das Ende des Krieges herbeiwünschte, abgelehnt wurde. Die Sorge um das eigene Wohlergehen verführte die Arbeiter dazu, alle Ideale zu vergessen. Aber die Situation beginnt sich zu ändern. Die Verteuerung der Lebenshaltung ist bereits unerträglich geworden und übersteigt die Erhöhung der Gehälter. Die Finanzleute beginnen an der Solvenz ihrer Schuldner

Digitized by Google

zu zweifeln, die wie die Wahnsinnigen Milliarden auf Milliarden vergeuden, die sie nicht leicht wieder beschaffen können. Auch in Amerika werden die Nahrungsmittel knapp, und Verbrauchsbeschränkungen sind unvermeidlich. Da kam Wilsons Botschaft, die gleichzeitig die Äußerung einer gewissen demokratischen Idealität ist, allerdings der Situation der Vereinigten Staaten angepaßt, und ein Ausdruck der Bedürfnisse und der Interessen der nordamerikanischen Bürgerschaft. Der einzige Teil darin, der wirklichen und unmittelbaren Wert hat, ist der, der den Zielen des nordamerikanischen Kapitalismus dient. Der Präsident der Vereinigten Staaten verlangt die Freiheit der Meere, die Internationalisierung der Meerengen und der Häfen. Diese Forderung scheint sich gegen England zu richten, das die erste Nation von Kolonisatoren war, und dem es gelang, sich zum Herrn der Schlüssel zu sämtlichen Meeren zu machen: Gibraltar, Suez, Malta, Mauritius. Darin besteht eine Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Amerika. Aber gleich darauf bricht der Konflikt aus. Deutschland, das die ihm von England auferlegte Hungereinkreisung sprengen will, nimmt seine Zuflucht zu den U-Booten und antwortet den Nationen, die ihm Bruch der internationalen Verträge vorwerfen, daß die Verträge aus der Zeit vor Erfindung der U-Boote stammen und daher keine Verfügungen betreffs dieser treffen konnten. So entsteht unversehens ein Konflikt zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten: letztere wollen die Freiheit der Meere für die Zukunft, ersteres will sie sogleich. Beide Nationen aber sind nur um ihre unmittelbaren Interessen besorgt." (Serrati, Direktor des „Avanti" in einer in Turin gehaltenen Rede.)

Wilson und die Neutralen. Es wäre sicher besser gewesen; wenn der Präsident davon Abstand genommen hätte, an Neutrale, die unter so ganz verschiedenen Bedingungen existieren, die Aufforderung zu einer gemeinsamen Politik mit den Vereinigten Staaten ergehen zu lassen. Wie konnten z. B., ohne ihren Untergang herbeizuführen und der Sache der Entente schweren Schaden zuzufügen, die Schweiz, Dänemark, Holland, Schweden und Norwegen alle diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abbrechen und ihm etwa morgen den Krieg erklären? („Gazzetta del Popolo".)

Die Neutralen und der U-Bootkrieg. Die Verbandsmächte haben kein Recht, die Neutralen daran zu hindern, auf den deutschen U-Bootkrieg so zu reagieren, wie sie es für notwendig und zweckmäßig halten. Die Verbandsdiplomatie müßte sie aber rechtzeitig davon in Kenntnis setzen, daß sie aktive Schritte nur auf eigene Gefahr und eigenes Risiko unternehmen können und daß die Verbandsmächte sich kaum in der Lage sehen werden, ihnen irgendwelche Unterstützung zuteil werden zu lassen. („Birshevija Wjidowoski".)

China und der Weltkrieg. Die japanischen Zeitungen weisen auf die Nachteile hin, die die Teilnahme chinesischer Delegierter an der Friedenskonferenz mit Stimmrecht für Japan haben kann, ebenso darauf, daß die Frage der Teilnahme Chinas am Kriege nur unter Zustimmung Japans entschieden werden darf. „Kokuminto" spricht sich offen gegen den Anschluß Chinas aus, da es mit dem gegenwärtigen Kriege nichts mehr zu tun hat, nachdem Japan Tsingtau besetzt und die deutsche Basis in China zerstört hat.

Die Ablehnung der Wehrpflichtvorlage in Australien ist dadurch begründet, daß Australien seine Männer braucht, um sich in Rassenkämpfen verteidigen zu können, die sich für eine nahe Zukunft im Gebiete des Atlantischen Ozeans ergeben werden. („Action Française".)

Japan und Sibirien. „Der europäische Krieg hat Rußland und Japan dadurch enger aneinander gebracht, daß es Rußland von Japan abhängig und Japan befähigt hat, bei der Deckung des russischen Bedarfs mitzuhelfen. Gegenseitige Dankbarkeit hat zu dem neuen Bündnis geführt. Japans kommerzielle und industrielle Interessen sind durch den europäischen Krieg gewaltig gefördert und entwickelt worden, denn er hat zahlreiche neue Gewerbezweige und Unternehmungen emporgebracht und Japans produktive Fähigkeit stark ausgedehnt. Einer der

Digitized by Google

Märkte, nach denen Japan voller Hoffnung ausblickt, ist Sibirien. Japan wird in Sibirien aber nicht nur ein Feld für seine gewaltige industrielle Entwicklung, die der Krieg gefördert hat, finden, sondern es kann wohl auch hoffen, die Auswanderung nach Sibirien zu leiten, um diesem Land zu einer stärkeren Bevölkerung zu verhelfen." („Japan Magazine" v. 2. Februar.)

Schiffsbau in Japan. Im Jahre 1916 wurden in Japan Handelsschiffe von insgesamt 250000 Tonnen gebaut, gegenüber nur 100000 Tonnen im Jahre 1915. („Economigta d'Italia".)

Charles M. Schwab, der Vorsitzende der amerikanischen Bethlehem-Steel Co., erwähnt in einer Rede, daß er gegenwärtig mit den neuen Anlagen seiner Werke 50 Proz. mehr liefere als die „berühmten Kruppwerke" in Essen.

Die Verarmung im Krieg. „Die Freiheit in Handel und Industrie wird allmählich zur Fiktion, denn Syndikate, Kartelle, Trusts, Verbände, Kompagnien beanspruchen den Nutzen aus den verbreitetsten und für die Allgemeinheit notwendigsten Betrieben, wie die Naphta-, Kohle-, Zucker-, Eisen- usw.-Industrien es schon vor dem Kriege bewiesen. Wir erleben augenblicklich eine elementar sich entwickelnde Abnahme des Volksreichtums, der ohnedies schon kärglich bei uns ist." (Menschikow in der „Nowoje Wremja".)

Petersburg an Stelle Leipzig zum Zentrum des Weltborstenhandels zu machen, mahnt die russische Presse. Jährlich sollen vier Messen stattfinden.

Die Utrechter Messe soll nach dem Bericht des niederländischen Generalkonsuls in London fortan jedes Jahr stattfinden.

Die französische Propaganda im Ausland. Aus dem Programm der öffentlichen und kostenlosen Kurse, die vom 12. Januar bis zum 14. März 1917 im großen Saal der Genfer Universität stattfinden, entnehmen wir folgende Vorlesungen: „Die Wiederherstellung der Prinzipien und der Grundlagen der Zivilisation"; „Das Nationalitätenprinzip"; „Die vlamische Frage"; „Die französischen Frauen während des Krieges" („Weltdamen und Bürgerinnen", „Arbeiterinnen und Bäuerinnen").

Die Zukunft der Schweiz. „Unsere Rolle in der Zukunft des europäischen Wirtschaftslebens kann und darf nicht diejenige des leidenden Abseitsstehen sein. Das wäre gleichbedeutend mit Aufgabe unseres Eigenlebens. Wir wollen nicht Gefahr laufen, eines Tages einem der großen Wirtschaftskörper Europas zugeschlagen zu werden, wie eine Ware dem Meistbietenden. Und nur deshalb, weil wir im richtigen Augenblick nicht den Ruf der Zeit verstanden haben. Heute, in den Wirren des Krieges, laden wir uns Beschränkungen, unserem Verkehr Belastungen aller Art auf. Morgen aber, im Augenblick, da die Tragödie endet, verlangt auch unser Wirtschaftsleben „freie Bahn allen Tüchtigen" nach innen und außen." („Bern. Int.-Bl.")

Der deutsche Imperialismus in der Literatur. Ein in Moskau erschienenes Buch des Professors W. M. Fritzsche sucht den deutschen Imperialismus aus der Literatur nachzuweisen. In Deutschland herrscht „die Religion des Willens, der Materialismus". „Der kategorische Imperativ Kants, der nach Verkörperung strebende Geist des Volkes Hegels, die Verkündigung der Herrenmoral Nietzsches sind die Hauptetappen der Entwicklung der Philosophie des Willens in Deutschland. Parallel läuft die romantische Idee von der Wiedergeburt des Deutschen Reiches und verbindet sich einigermaßen merkwürdig mit dem rein ästhetischen Programm der Schaffung einer allumfassenden Kunst — dieses sowohl wie jenes wurde in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts verwirklicht, als Richard Wagner vor dem Kaiser und den Bundesfürsten der deutschen Länder in Bayreuth den ‚Ring des Nibelungen' zur Aufführung brachte. In Stockholm schrieb der ‚französische Deutsche' Graf Gobineau sein Werk über die Ungleichheit der menschlichen Rassen, worin nur die Germanen als reine Arier anerkannt werden." Den deutschen Imperialismus beleuchteten die „Hermannsschlacht" von Kleist, das Drama Grabbes und Raupachs (die Presse fügt Freytags „Soll und Haben", Clara Viebigs „Wacht am Rhein"

Digitized by Google

hinzu). Der „Djen" bemerkt nach der Wiedergabe dieser hauptsächlichen Gesichtspunkte des Werkes: „Dennoch ist es erfreulich, daß sich auch in Deutschnnd selbst eine, wenn auch schwache, Opposition gegen die imperialistische Politik seiner Chauvaliisten bemerkbar macht. Die Weltbrände können diesen Funken des Widerspruchs leicht zu einer reinigenden Flamme entfachen, aus der wieder das Antlitz des ehemaligen Deutschlands hervorblicken wird, welches nicht nach der Weltherrschaft strebte, sondern nach der Erreichung des höchsten Menschheitsideals — nach der harmonischen Vereinigung der Religion der Vernunft, der Religion des Herzens und der Religion des Willens."

Die deutsche Zukunft. Generalleutnant Freiherr von Freytag-Loringhoven, Chef des Stellvertretenden Generalstabes der Armee, hat (in dem „Gruß der deutschen Hochschulen an ihre Bürger im Felde auf das Jahr 1917", Furcheverlag Berlin) den Studenten im Felde folgenden Gruß gesandt: „Die deutsche Studentenschaft, die 1813 die Abteilungen des freiwilligen Jägerkorps füllte, hat ihre Hingebung in so manchem heißen Kampfe bewiesen; weit Schwereres aber hat die heutige zu ertragen gehabt. Sie hat weit größere Opfer gebracht. Mit Stolz kann sie darum zurückblicken auf das, was sie, dem Heere zum Vorbild, geleistet hat. Mit Vertrauen mag sie der deutschen Zukunft entgegensehen, für die sie sich mit unserem gesamten Volksheer eingesetzt hat, einer schöneren Zukunft, als sie dem Geschlecht der Befreiungskriege beschieden war."

Französische Verdächtigung. Unter diesem Titel brachte Heft 5 der „Deutschen Politik" folgende Notiz: „Nach dem „Temps" soll der Berliner Pastor Philipp folgendes „Gebet" gesprochen haben: „Danket Gott, daß er den Ausbruch des Krieges zugelassen hat, danket Gott, daß er den Friedensschluß verhindert hat. Gelobt sei Gott, daß er diesen Krieg entfesselt hat, nichts auf der Welt, als der Krieg konnte dem deutschen Volke das Heil bringen!" Die „Deutsche Politik" erhielt dazu am 20. Februar folgendes Schreiben eines württembergischen Professors: „Unter Bezugnahme auf die Notiz S. 166 in Nr. 5 der „Deutschen Politik" „Französische Verdächtigung" erlaube ich mir, der Redaktion einen Ausschnitt der „Bremer Nachrichten" zu übersenden, aus dem hervorgeht, daß es sich hier nicht um eine grundlose Verdächtigung handelt, sondern daß das Zitat dem Sinne nach vollkommen richtig ist und der einzige Irrtum darin besteht, daß die Worte in einem „Gebet" enthalten sein sollen." Ein Pastor, dessen Beruf die Versöhnung ist, und der dennoch seine Aufgabe darin sieht, zum Krieg zu hetzen, muß solches „vaterländisches Tun" vor seinem Beruf und seinem Gott rechtfertigen. Mit der Gesinnung des deutschen Volkes hat ein solcher Mann nichts zu tun. Bedauerlich bleibt nun nur der Titel, unter dem wir die Notiz gebracht haben. Als der anständige Teil in dieser Angelegenheit steht diesmal der französische Tagesschreiber da, der solche Sätze an den Pranger gestellt hat.

Neuerscheinungen

Geschichte

Cl. Huart: Geschichte der Araber. Übersetzt von Seb. Beck und M. Färber. Band I und II. (K. F. Koehler, Leipzig.) IV u. 381 S. u. 396 S. Das berühmte Werk des französischen Konsuls Huart, das Land, Geschichte und Kultur der Araber von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart mit wissenschaftlicher Zuverlässigkeit und flüssiger Darstellung schildert. In einer autorisierten Übersetzung vorgelegt, die vor dem Kriege begonnen und im Jahre 1916 durch ein ausführliches Namen- und Sachregister ergänzt und fertiggestellt wurde.

Leop. Karl Goetz: Deutsch-russische Handelsverträge des Mittelalters. Abhandlungen des Hamburgischen Kolonialinstituts. Band 37. (L. Friederichsen & Co., Hamburg.) XV und 394 S. Preis M. 8.—. Untersuchung und Erklärung der deutsch-russischen Handelsverträge des Mittelalters „als der Grundlage für die deutsch-russische Handelsgeschichte im Mittelalter", „die in weiteren Arbeiten darzustellen sein wird".

Professor Hubert Bastgen: Dalbergs und Na-

Digitized by Google

poleons Kirchenpolitik in Deutschland. (Ferd. Schöningh, Paderborn.) X und 370 S. Preis M. 12.—. Auf den Aktenkorrespondenzen aufgebaute wissenschaftliche Untersuchungen.

Hohenzollern-Anekdoten bilden den 2. Band der Anekdoten-Bibliothek des Stuttgarter Verlages Robert Lutz. Gesammelt und herausgegeben von Hermann Jahnke. 285 S. Anekdoten aus der ältesten Zeit bis zu Wilhelm I.

Bismarck-Anekdoten. Heitere Szenen, Scherze, charakteristische Züge aus seinem Leben sind von Fr. Schmidt-Hennigker zu einem Buche vereinigt, das in dem Stuttgarter Verlage von Robert Lutz erschienen ist. 238 S.

Wirtschaft

W. Kleeberger: Unsere Kartoffel- und Gemüseversorgung in der Zukunft. — Unsere Öl- und Gespinstversorgung in der Zukunft. Kriegswirtschaftliche Arbeiten des Landwirtschaftlichen Vereins für die Provinz Oberhessen. Heft I und II. (Verlag Emil Roth, Gießen.) 42 Seiten. Preis M. —.50.

Die Rohstoffe des Wirtschaftsgebietes zwischen Nordsee und Persischem Golf. II. Heft. Herausgegeben von Prof. Dr. H. Binz. (Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig.) VI und 63 Seiten. Preis geh. M. 3.—. Feststellung der Waldbestände und Wasserkräfte des mitteleuropäischen Gebiets und ihrer Bedeutung für die Industrie.

Arthur Travers-Borgstroem: Der Triumph der Organisation und ihr Siegespreis. Übersetzt von Dr. Franz Heinemann. (Zürich, Art. Institut Orell Füßli.) 85 Seiten. Preis M. —.60. Vorschlag für Schutzvorkehrungen zur Überbrückung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit.

Friedrich Bendixen: Das Inflationsproblem. Finanzwirtschaftliche Zeitfragen Heft 31. (Verlag Ferd. Enke, Stuttgart.) 42 Seiten. Behandelt die Inflation „als einen Fehler der Geldschöpfung" und tritt für Befreiung des deutschen Geldwesens vom Zwange des Goldes ein.

Hans Dittrich: Der Kampf zwischen Gläubiger und Schuldner. (Verlag Alfred Metzner, Berlin.) 36 Seiten. Preis M. —.80. Lenkt die Aufmerksamkeit auf Mißstände der Rechtswege und des Vollstreckungswesens und macht Vorschläge zur Neuordnung.

Dr. rer. pol. W. Plügge: Innere Kolonisation in Neuseeland. Probleme der Weltwirtschaft. Schriften des Kgl. Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser-Wilhelm-Stiftung, herausgegeben von Professor Dr. Bernhard Harms. Jena (Gustav Fischer) 1916. 148 S., Preis br. M. 5.—.

Technik

Prof. Dr. Erich Giese: Schnellstraßenbahnen. Mit 100 Textabbildungen und 4 Tafeln. Preis M. 6.—. Verlag W. Moeser, Buchhandlung, Berlin S. 14. Vergleichende über den Verkehrswert der großstädtischen Bahnen, der Schnellbahnen und Straßenbahnen.

Joh. Schreiber: Altes und Neues von der Wünschelrute. Die Wünschelrute im Dienste der leidenden Menschheit. Kommissionsverlag der Körnerschen Buchhandlung, Erfurt, 1917. 24 S.

Schöne Literatur

Volkstümliche Bücher von Malern gibt der Delphin-Verlag, München, als „Delphin-Bücher" heraus. Zu niedlichen, kleinen Heften sind Abbildungen von Bildern von Spitzweg, Schwind, Waldmüller, Feuerbach, Richter und Oberländer vereinigt. Verse, Briefe und Erinnerungen sind beigegeben, so daß jedes Bändchen einen lebendigen Eindruck von dem Menschen und Künstler vermittelt. Die Preise (M. —.70) sind sehr wohlfeil.

Kriegsliteratur

Zwei Brüder. Feldpostbriefe und Tagebuchblätter der Leutnants Gotthold von Rohden und Heinz von Rohden. (Tübingen 1916. J. C. B. Mohr. 1. Bändchen, 101 Seiten, br. M. 1.—; 2. Bändchen, 212 Seiten, br. M. 2.—.) Briefe zweier Marburger Studenten aus dem Felde. Zeugnisse für die innere Teilnahme an den Geschehnissen, das starke Bewußtsein der Pflicht und ihrer geistigen Durchdringung durch zwei Menschen, in denen die besten Kräfte des deutschen Idealismus lebendigen Ausdruck gefunden haben. Die Tagebuchblätter Heinz von Rohdens verraten die tiefer unterrichtete, wohl auch die tiefer veranlagte Natur.

Hans Würtz: Lebensschicksale neu ertüchtigter Kriegsinvaliden. 1. Band der Beiträge zur Invalidenfürsorge. Erschienen bei Hermann Kalkhoff, Berlin. 140 S.

Wilhelm Breitenbach: England als Völkervernichter. (Selbstverlag des Verfassers, Bielefeld.) 63 S. Preis M. —.80.

Fr. Brie: Der irische Aufstand von 1916. (Kriegspolitische Einzelschriften, Heft 17. C. A. Schwetschke & S., Verlh., Berlin.) VIII u. 62 S.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Friedensfreunde über Krieg und Kriegsziele . . . 329
Hasenclever, England und der Sudan 335
*** Gesunder Menschenverstand tut not. 343
Stein, Unser System der Bewirtschaftung der Lebensmittel 345
Schneider, Neue Wege für die Landwirtschaft 349
Notizen / Neuerscheinungen. 356

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 16. März 1917 Heft 11

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh ◆ Paul Rohrbach ◆ Philipp Stein

unter ständiger Mitarbeit von:

Prof. Dr. Paul Arndt, Frankfurt a. M. Prof Dr. Auhagen, Dahlem-Berlin; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. H. Becker, Berlin; Professor D. Deißmann, Berlin; Prof. Dr. Rudolf Eucken, Jena; Prof. Dr. Eulenburg, Leipzig; Anton Fendrich, Freiburg-Zähringen; Prof. Dr. E. Franke, Berlin; Prof. Dr. O. Franke, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Geßler, Nürnberg; Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig; Prof. Dr. Harms, Kiel; Oberbürgermeister Dr. Külz, Zittau; Prof. Dr. Lampe, Berlin; Dr. Freiherr von Mackay, München; Wilhelm v. Massow, Berlin; Prof. Dr. F. Meinecke, Berlin; Dr. Adrian Molin, Stockholm; Geh. Reg.-Rat Dr. Muthesius, Berlin; Geh. Justizrat Prof. Dr. Niemeyer, Kiel; Prof. Dr. Oncken, Heidelberg; Dr. Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Prof. Dr. Pohl, Greifswald; Justizrat Dr. Rhode, Berlin; Prof. Dr. Roloff, Gießen; Prof. Dr. von Rümker, Berlin-Nikolassee; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann, Berlin; Axel Schmidt, Berlin; Wirkl. Geh. Rat Prof. G. v. Schmoller, Berlin; Geh. Rat Dr. Schneider, Frankfurt a. O.; Geh. Admiralitätsrat Dr. Schrameier, Berlin-Halensee; Prof. Dr. Schumacher, Bonn; Reichstagsabgeordneter Geh. Rat Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz, Freiburg; Geh. Regierungsrat Prof. Dr. M. Sering, Berlin-Grunewald; Dr. Somary, Berlin; Prof. Dr. Martin Spahn, Straßburg; Dr. Friedrich Thimme, Berlin; Dr. lic. theol. Gottfried Traub, Dortmund; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Troeltsch, Berlin; Admiral z. D. Gouverneur v. Truppel, Berlin; Prof. Dr. Georg Wegener, Berlin; Dr. Fritz Wertheimer, Berlin; Prof. Dr. Wiedenfeld, Halle; Geh. Rat Prof. Dr. Wohltmann, Halle; Kgl. Ministerialrat Zahn, München; Regierungsrat Zache, Hamburg

Einsendungen (mit Rückporto) für die Schriftleitung sind zu richten nach Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II. Telephon: Amt Lützow 5723. / Einsendungen, welche den Versand und Inseratenteil der Zeitschrift betreffen, dagegen nur an den Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburger Str. 74 II, Telephon: Amt Lützow 5723; oder Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar, Wörthstraße 43. Telephon: 53.

Gustav Kiepenheuer Verlag, Abt. „Deutsche Politik", Berlin

Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M 3.80, Ausland M 4.50.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 16. März 1917 · Heft 11

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Friedensfreunde über Krieg und Kriegsziele

Von Dr. Paul Rohrbach

Im Haag existiert der „Nederlandsche Anti-Oorlog-Raad", die niederländische Gesellschaft gegen den Krieg. Diese Vereinigung verschickt Berichte über Vorträge, Artikel und dergleichen, die sie im Interesse des Friedens veranlaßt. Die äußere Aufmachung soll neutral sein, d. h. für keine der beiden kriegführenden Gruppen Partei nehmen. An sich wäre auch vom deutschen Standpunkt nichts dagegen zu sagen, daß in den Ländern, die bisher nicht vom Weltkriege ergriffen sind, aufrichtige Freunde des Friedens sich zur Besprechung der Lage und um für den Friedensgedanken zu wirken, zusammentun. Sie könnten sicher sein, daß ihre Zuschriften auch in Deutschland mit Aufmerksamkeit und Sympathie gelesen werden — wenn nur diese Männer in Wahrheit neutral wären! Neutralität erschöpft sich aber nicht darin, daß man für keinen der Kriegführenden zu den Waffen greift — das kann äußere Gründe haben, von denen die Gemütsverfassung dieses oder jenes „Neutralen" weit abweicht — sondern wer im höheren Sinne neutral sein will, und das beansprucht der „Anti-Oorlog-Raad", der muß sich auch fähig zeigen, die Streitenden zu verstehen, und objektiv würdigen, was beide Teile vorbringen.

Nehmen wir die Berichte des „Anti-Oorlog-Raad" Nr. 210 vom 20. Februar und Nr. 212 vom 27. Februar des Jahres und sehen wir zu, wie sich die Gesellschaft hier gibt. Sie teilt zunächst einen Artikel von Professor Dr. C. van Vollenhoven aus Leiden über Wilson-Politik und U-Bootpolitik folgenden Inhalts mit:

Die zwei Methoden zur Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung stehen sich nun klar und deutlich gegenüber; eine dritte gibt es bis jetzt nicht. Die Wilson-Methode strebt danach, das Gemeinsame in den Lebensinteressen sämtlicher Völker zu erblicken und meint, die Sicherung gemeinsamer Interessen sei am besten zu erzielen durch die Begründung eines Völkerbundes. Sie versucht also die öffentliche Meinung auf den Gedanken zukünftiger Zusammenarbeit als ein Mittel zum Frieden, zu lenken. Die U-Bootmethode hingegen glaubt den Frieden beschleunigen zu können, nicht nur indem sie Gleiches mit Gleichem zu vergelten versucht, sondern auch indem sie das Leben und das Gut der ganzen Welt bedroht. Die Welt zu erschrecken

Digitized by Google

scheint ihr ein geeignetes Mittel zur Erzielung des Friedens. Der Gegensatz zwischen den beiden Methoden fällt um so mehr auf, wenn man sich klar macht, daß der Reichskanzler, nachdem er am 9. November 1916 erklärt hatte, dem Prinzip eines Völkerbundes beistimmen zu können, am 31. Januar 1917, als er eine Reihe von Anhaltspunkten zwischen Wilsons Wünschen und den Seinigen nannte, gerade über den Hauptpunkt der Wilsonschen Rede, den zukünftigen Völkerbund, schwieg. Wilson wünscht den Frieden durch Verständigung, Hohenzollern wünscht ihn — es scheint wenigstens so — durch Erschreckung, die Alliierten wünschen beide Methoden in Anwendung zu bringen.

Was soll ein ruhiger deutscher Beurteiler zu dieser Art von Neutralität sagen! Wilson, heißt es, will einen Frieden durch Verständigung zustande bringen, Deutschland einen solchen durch den U-Bootschrecken. Wer hat denn zuerst den Vorschlag gemacht, in Friedensverhandlungen ohne vorhergehende Anwendung des U-Bootschreckens einzutreten? War es der deutsche Reichskanzler oder war es der Präsident Wilson? Wenn wir nicht irren, so kam doch wohl Wilson hinter dem deutschen Verhandlungsvorschlag, nicht wahr? Und kam dann nicht eine Antwort der Entente auf unser Anerbieten? Lautete sie nicht, daß Deutschland und seine Verbündeten erst vollkommen niedergeworfen werden müßten, bevor an Frieden zu denken sei? Sollte nicht Österreich-Ungarn zerstückelt und Konstantinopel samt den Dardanellen russisch werden und noch einiges andere, was wenig nach einem Verständigungsfrieden aussah?

Was hat man uns und unseren Verbündeten angedroht? Den Schrecken der Niederwerfung, der Zertrümmerung, der Beraubung, und erst darauf, daß die Entente sich weigerte, mit uns überhaupt zu verhandeln, wenn wir uns nicht vorher besiegt ihrem Richterspruch überlieferten, haben wir mit dem scharfen U-Bootkrieg geantwortet. Geschah es, um den Krieg zu verlängern? Nein, sondern um endlich in absehbarer Zeit ein Ende zu machen. Der U-Bootkrieg soll eine Methode des Schreckens, der Bedrohung von Gut und Leben der ganzen Welt sein? Und was ist es, womit England das deutsche Volk vom Säugling und vom noch Ungeborenen bis zum Greisenalter bedroht? Ist es nicht der Schrecken des Hungers? Und wie verfährt England mit den Neutralen, Griechenland, Norwegen, Holland usw.? Vergewaltigt es nicht ihre Bewegungsfreiheit so sehr wie nur möglich, damit sie ihre Schiffe und ihre Lebensmittel einseitig in den Dienst der Entente stellen und mit der andern kriegführenden Partei keinen Verkehr unterhalten? Kann man noch voreingenommener gegen die Beweggründe des deutschen Handelns und der deutschen Stimmung sein, als Professor van Vollenhoven und der niederländische „Anti-Oorlog-Raad"? Begreifen die Herren nicht, daß es im Grunde nur wie blutiger Hohn von den Deutschen empfunden werden kann, denen sie ihre Blätter schicken, wenn es darin heißt: Hier Wilson, der Gute — dort Hohenzollern, das Böse — und zwischen beiden wird die Verkündigung der Entente, Mitteleuropa und der Orient müßten erst zerschlagen werden, bevor an Frieden zu denken sei, als nicht existierend behandelt?

Der U-Bootschrecken! England sagt: Neutrale Schiffe dürfen nicht nach deutschen

Digitized by Google

Häfen fahren, und damit sie es nicht zu tun versuchen, werden sie mit Gewalt daran verhindert; ja noch mehr, sie dürfen sogar nicht nach andern neutralen Häfen fahren, aus denen Zufuhr nach Deutschland gelangen könnte. Das ist nach den Begriffen der Art von Neutralität, wie sie der „Anti-Oorlog-Raad" vertritt, anscheinend in Ordnung. Es scheint für den „Raad" auch in der Ordnung zu sein, daß England so viele Deutsche durch Hunger und Not umkommen ließe, bis der Rest es nicht mehr aushielte und sich gebunden überliefert. Ganz und gar nicht in der Ordnung scheint es aber für den „Anti-Oorlog-Raad" zu sein, wenn Deutschland den Spieß umdreht und es sagt: es darf kein Schiff nach England fahren oder von England auslaufen, und wer es doch zu tun versucht, der muß die Folgen tragen!

Wenn die Herren vom „Anti-Oorlog-Raad" weiter bei dieser Art von Neutralität verbleiben wollen, dann werden wir Deutsche, denen sie ihre Schriften bisher geschickt haben, uns die weitere Zusendung höflich verbitten. Wir — wenigstens erkläre ich es für mein Teil — lehnen Gemeinschaft mit den alldeutschen Gewaltidealen und Mitverantwortlichkeit für sie ab, aber wir müssen die Herren Neutralen vom „Anti-Oorlog-Raad" und Genossen bitten, das nicht so zu verstehen, als ob wir freundlichst über den Sarg quittieren wollten, den man uns ins Haus schickt, damit wir uns und unsere nationale Zukunft hineinlegen. Wir stellen es jedem Neutralen frei, den U-Bootkrieg zu bedauern und sein Ende herbeizuwünschen. Es gibt keinen besonnenen Politiker in Deutschland, der nicht das gleiche täte und der nicht zufrieden wäre, wenn der Feind den Aushungerungsplan aufgäbe und uns damit vor die Möglichkeit neuer Entschlüsse stellte. Den Hungerkrieg aber gutheißen oder stillschweigend über ihn hinweggehen, den deutschen U-Bootkrieg aber als eine Methode des Schreckens beklagen, sie als die Schwärze der Nacht gegen den lichten Engel Wilson hinstellen — das ist entweder bewußter Hohn auf das mit allen seinen Kräften kämpfende Deutschland, oder wenn es das nicht sein soll, so zeugt es von viel Weltfremdheit oder Voreingenommenheit für die Entente, und eine Fortsetzung der Diskussion wäre dann ebenso zwecklos, wie bei bösem Willen. Wir bitten die Herren vom „Anti-Oorlog-Raad", wenn sie weder das eine noch das andere wahr haben wollen, uns zu erklären, was wir uns dann unter ihrem Verhalten denken sollen?

Das zweite Stück, Nr. 212, trägt die Überschrift: „Ein Franzose über Krieg und Frieden" und berichtet über eine Zusammenkunft im engern Kreise des „Anti-Oorlag-Raad", bei der ein französischer evangelischer Geistlicher, Pastor Edouard Soulier aus Paris, die französischen Anschauungen über den Krieg und den kommenden Frieden erörtert hat. Souliers Ausführungen werden folgendermaßen wiedergegeben:

Frankreich hat immer den Frieden gewollt; der Beweis dafür ist der Widerstand, auf den das Gesetz der dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich gestoßen ist. Wegen seiner Liebe zum Frieden hat Frankreich die Revanche-Idee in bezug auf Elsaß-Lothringen aufgegeben. Während

Digitized by Google

man im Anfang den Wunsch hegte, daß das Reichsland ein unabhängiger Pufferstaat zwischen Deutschland und Frankreich werden möge, forderte man vor dem Ausbruch des jetzigen Krieges nur noch, daß Elsaß-Lothringen ein autonomer Staat des Deutschen Reiches werde. In begeisterten Worten stellte Pastor Soulier die Gefühle, von denen ganz Frankreich gegenwärtig beseelt wird, dar und sprach von der Bereitschaft des ganzen Volkes jedes Opfer zu bringen, damit der Krieg vom Kriege getötet werde... Als das Kriegsziel der Alliierten nennt er die Festigung des „dauernden Friedens", zur Erreichung dessen in den neutralen Ländern so manche Bewegung tätig ist. Er wies darauf hin, daß drei Dokumente existieren, in denen dieses Kriegsziel ausführlich dargelegt ist, nämlich: die Antwortnote der Entente an Präsident Wilson, welche als das wichtigste der drei zu betrachten ist, und ferner der Brief Balfours an den englischen Botschafter in Washington und die Rede Bosellis...

Als Bedingungen, deren Erfüllung für das Zustandekommen eines dauernden Friedens unbedingt nötig sei, nannte Pastor Soulier vor allem die Vernichtung des Militarismus, die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten und zum Schlusse die Feststellung von besseren natürlichen Grenzen für jedes Land. Daraus geht hervor, daß es sich für Frankreich in diesem Kriege nicht nur um die Zurückgabe von Elsaß-Lothringen sondern obendrein um seine Ausdehnung bis an das linke Rheinufer handelt. Eine ähnliche, Änderung der Grenzen möge dem Anschein nach eine „Eroberung" sein, in Wirklichkeit ist sie einfach als eine Sicherheitsmaßnahme zur Verhütung künftiger Kriege zu betrachten. Dieses Ziel wird aber nur mittels der Waffen erreicht werden können. Aus dem Grund hat das Wort „Friede" in Frankreich keinen guten Klang, denn heute bedeutet es für den Franzosen nichts wie die Wiederherstellung des früheren Zustandes und eine ständige Drohung des Militarismus.. Die meisten Redner betonten nachdrücklich, daß sie auf der Seite der Entente stehen und daß sie, wie die Franzosen, nicht den Frieden um jeden Preis, sondern einen Frieden, der auf dem „Recht" begründet ist, wünschen. Keiner von ihnen konnte jedoch den von Pastor Soulier angeführten Kriegszielen beipflichten, denn man war einstimmig der Meinung, daß aus diesen der Geist eines „französischen Militarismus" hervorging und man fürchtete, daß gerade ein solcher Kriegsausgang Ursachen zu neuen Kriegen schaffen würde. Der Vorsitzende schloß die Sitzung, indem er dem Redner für seine Ausführungen dankte und an das Recht der Neutralen erinnerte, schon jetzt das Studium zur Lösung der Probleme des Dauerfriedens anzufangen. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß die französischen Kämpfer und die niederländischen Pazifisten, die alle die Einführung des Dauerfriedens erstreben und nur in betreff des zu diesem Ziele führenden Weges nicht einig sind, sich gegenseitig schätzen lernen mögen.

Es ist erfreulich, daß die Vereinigung den französischen Pastor, der in einem Atem das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Annexion des linken Rheinufers mit soundsoviel Millionen Deutschen an Frankreich fordert, darauf hinweist, daß dies französischer Militarismus sei. Trotzdem wird die Sympathie der Teilnehmer mit der Entente festgestellt und der Wunsch ausgedrückt, die französischen Kämpfer und die niederländischen Pazifisten, die beide über das Ziel des Dauerfriedens einig und nur über den Weg dazu verschiedener Meinung seien, mögen sich gegenseitig schätzen lernen! Wie würden sich wohl die Herren vom „Anti-Oorlog-Raad" ausdrücken, wenn ein deutscher Vertreter an der Zusammenkunft teilgenommen und als den deutschen Weg zum Dauerfrieden die Annexion Belgiens und der besetzten Teile Nordfrankreichs an Deutschland verkündet hätte? Dadurch würden ungefähr soviel Belgier

Digitized by Google

und Franzosen an Deutschland kommen, wie durch die Annexion des linken Rheinufers Deutsche an Frankreich. Würde der „Anti-Oorlog-Raad" dann auch sagen, die deutschen Kämpfer und die holländischen Pazifisten strebten auf verschiedenen Wegen nach demselben Ziel und sollten sich nur immer näher kennen lernen? Oder hat er dem Pastor Soulier am Ende gar geglaubt, Frankreich habe zuletzt nichts weiter mehr erstrebt, als daß Elsaß-Lothringen die Anerkennung als Bundesstaat fände? Sollten Herr Soulier und die niederländischen Pazifisten nicht wissen, was die Berichte der belgischen Gesandten in Berlin, Paris und London über die Bemühungen König Eduards um die französische Revanche enthalten? Sollten sie nicht wissen, daß Poincaré als Präsident der Revanche gewählt worden ist? Dann empfehlen wir ihnen die Lektüre des Artikels von Jules Duheme in der „Revue de Paris" vom 1. November 1916, wo offen herausgesagt ist, durch die Wahl des Lothringers Poincaré sei das Bekenntnis zur Auferweckung der alten nationalen Politik Frankreichs abgelegt worden, das Bekenntnis zur Formulierung des elsaß-lothringischen Problems mit den Worten: „Elsaß-Lothringen, das Frankreich mit Gewalt entrissen ist und unter dem Joche der Stärke festgehalten wird, ohne jemals germanisiert werden zu können, wenngleich Jahrhunderte dazu verwandt wurden, kann nur mit Gewalt zurückgenommen werden."

Glaubt der „Anti-Oorlog-Raad" auch an das Märchen vom „französischen" Elsaß-Lothringen? Weiß er, daß 1870 die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt noch kein Französisch sprach, und daß heute vielleicht nur 10 Prozent der Menschen, die in diesem alten Gebiet des Deutschen Reiches wohnen, das Ludwig XIV. geraubt hat, Französisch als Muttersprache sprechen? Weiß er, daß 1870 nicht Deutschland, sondern Frankreich den Krieg erklärt hat? Vielleicht wird er sagen, die Kriegserklärung beweise noch nichts dafür, wer den Krieg gewollt habe. Warum aber soll denn nach der Meinung so vieler „Neutraler" in diesem Weltkriege trotzdem gerade die Kriegserklärung Deutschlands beweiskräftig dafür sein, daß Deutschland der Teil war, der den Krieg wollte?

Wenn gar nichts mehr weiter anzuführen ist, dann kommen die Feinde und die Neutralen in Gänsefüßchen mit den Alldeutschen. Auch die Adlonkonferenz wird jetzt natürlich im Auslande so benutzt. Wir möchten zunächst dazu sagen: Jede Regierung hat die Alldeutschen, die sie verdient! Die alldeutsche Agitation hätte weder vor dem Kriege noch während des Krieges so stark werden können, wenn nicht auch die Regierung Fehler gemacht hätte. Zugegeben, daß die sogenannte Adlonkonferenz eine „alldeutsche" Sache war, denn hervorragende Vertreter dieser Richtung waren dabei. Zugegeben auch, daß dieser Streich, über den man spotten kann, wenn man will, uns neuen Schaden tun wird, weil er nicht nur bei den Feinden, sondern auch bei den „Neutralen" von der Art der Herren im „Anti-Oorlog-Raad" von neuem einen Vorwand gibt, den deutschen Friedenswillen zu verdächtigen. Das ge-

Digitized by Google

schieht sicher, indem der Kanzler, der das Angebot gemacht hat, man möge über den Frieden verhandeln, von den Alldeutschen — und in dieser Beziehung sind die Alldeutschen als nationale Partei und die Teilnehmer jener Versammlung gleich zu beurteilen — angegriffen wird, mit dem laut verkündeten Ziel, er müsse gestürzt werden. Dadurch werden unsere Feinde und die mit ihnen sympathisierenden Neutralen gestärkt, denn es wird dadurch der Glaube an unsere innere Uneinigkeit verbreitet. Beispiele aus der feindlichen Presse werden das zeigen:

„Der Streit zwischen den Alldeutschen und Bethmann tritt in ein akutes Stadium... Was nicht die Presse tut, das besorgen die politischen Konventikel, deren Widerhall ins Ausland herübertönt... Die Presse von der „Deutschen Tageszeitung" bis zur „Täglichen Rundschau" hat sich entschlossen in den Kampf gegen den Reichskanzler gestürzt, mit der festen Absicht, ihn zu stürzen und an seinen Platz einen Annexionisten zu setzen... In den Kreisen des Alldeutschtums hält man den Kanzler für erledigt." („Idea nazionale" vom 14. 7. 1916.)

„Mit derselben Freude, mit der man die glücklichen Resultate der Gesamtoffensive der Alliierten vernimmt, hört man von dem alldeutschen Kampf gegen den Reichskanzler. Es ist wahrhaftig ein großer Genuß, die Ausschnitte aus den teutonischen Blättern zu überblicken, die über den Führer der Regierung zu Gericht sitzen." („Parole" vom 25. 7. 16.)

„In dem teutonischen Felsen, nicht etwa im Vierverband zeigen sich Risse... Die Bannerträger des Alldeutschtums erheben sich gegen den Reichskanzler." („Gazzetta del Popolo" vom 27. 3. 16.)

„Die Alldeutschen wollen den Reichskanzler stürzen, und sie wissen gar nicht mehr, was sie noch ersinnen wollen, um den Kaiser zur Entlassung des Reichskanzlers zu zwingen." („Depêche de Toulouse" vom 19. 7. 16.)

„Schrittweise bereitet sich in Deutschland eine große politische Krise vor. Die Alldeutschen machen alle Anstrengungen,... um Bethmann Hollweg zu stürzen." („Petit Parisien" vom 25. 9. 16.)

Reinach im „Figaro" (2. 10. 16.) über „Wut der Alldeutschen": „Man muß ihre Reden, ihre Artikel lesen, die die Zensur nicht wagt, „„weiß zu machen"".. Sie wollen buchstäblich Bethmann Hollwegs Haut. „Man müßte ihn totschießen", hat einer von ihnen gedruckt... Man kann mit Sicherheit annehmen, daß die Alldeutschen binnen kurzer Frist mit ihrem Mann ans Ruder gelangen... Es ist erwiesen, daß der Kaiser immer noch ziemlich großen Einfluß besitzt: er wird ihn einbüßen... Wenn die Alldeutschen den großen Sturz Deutschlands, dessen Urheber sie waren, zu Ende geführt haben, wird der Kaiser..."

Gut also, wir geben dem „Anti-Oorlog-Raad" solche Politiker, aus deren Verhalten der Feind sich seine Waffen schmieden kann, wenn er uns mit ihnen zu erschlagen versuchen sollte, von vornherein als Gegner unserer Gesinnung zu und als Leute, die, in gutem Glauben, die Sache Deutschlands und die Sache des Friedens schädigen. Es wird uns auch nicht imponieren, wenn man uns noch mehr englische, französische und sonstige Zeugnisse darüber beibringt, daß Deutschtum und Alldeutschtum dasselbe sein soll. In Frankreich sagt André Chéradame:

„Der Alldeutsche Verband mit seiner methodischen Politik von Schriften und Versamm-

Digitized by Google

lungen hat die alldeutsche Flut entfesselt, bis endlich deren Gewalt drüben über dem Rhein vor dem Kriege unwiderstehlich geworden war."

In England sagten die „Oxford Pamphlets:

„Der Alldeutsche Verband hat das Ideal des Angriffskrieges in Deutschland heimisch gemacht und hat über die geschriebene Verfassung triumphiert, welche die höchste Gewalt des Landes Wilhelm dem Friedfertigen vorbehielt."

Was aber wird der „Anti-Oorlog-Raad" sagen, wenn wir ihm einen französischen Politiker nennen, Charles Albert, der in der „Bataille" vom 12. Oktober 1916 gegen den Chauvinismus seiner Landsleute polemisiert, die Deutschland vernichten und auf seinen Trümmern „die schönsten Blumen der Zivilisation hervorsprießen lassen wollen? Diese Art von Politikern nennt Albert einfach die „französischen Alldeutschen", und er sagt, es genüge, ihre Artikel zu lesen, um zu wissen, daß sie für Frankreich dasselbe bedeuteten, wie die deutschen Alldeutschen für Deutschland.

Genug, meine Herren vom „Anti-Orlog". Wir bitten Sie, einmal diese bescheidene Antwort auf Ihre Zusendungen auf einer Ihrer Konferenzen zu diskutieren. Aber — verschieben Sie die Diskussion nicht auf das Gebiet „alldeutscher" Kriegsziele, sondern bleiben Sie beim englischen Hungerkrieg und bei unserer U-Bootwehr!

England und der Sudan[1]

Von Professor Dr. Adolf Hasenclever, Halle a. S.

I.

Es wird stets ein merkwürdiges Zusammentreffen bleiben, daß zu derselben Zeit, als im Jahre 1881 in Ägypten der an den Namen Arabi Paschas geknüpfte nationale Aufstand losbrach, im fernen Sudan sich Muhammed Ahmed, der Mahdi, erhob, um die reine Lehre zu verkünden, um zugleich die drückende Herrschaft der im Dienste des Khediven stehenden türkischen Paschas abzuschütteln. Denn gegen diese richtete sich in erster Linie der Mahdismus, nicht gegen die im Sudan damals nur spärlich vertretenen Christen, wie es denn hervorgehoben zu werden verdient, daß der Mahdi und auch später sein Nachfolger, der Khalifa Abdullahi, Christen wohl lange Jahre gefangen gehalten haben, daß sie aber keinen dieser Christen trotz Fluchtversuchen und erwiesenem heimlichem Einverständnis mit ihren Gegnern haben töten lassen.

Ein unmittelbarer innerer Zusammenhang zwischen der Bewegung Arabi Paschas und des Mahdi besteht nicht, so sehr auch überscharfsinnige Beurteiler den Beweis haben erbringen wollen, daß hinter beiden die heimlich schürende Hand Englands

[1] Die in diesem Aufsatz zum Teil nur ganz kurz berührten Fragen habe ich eingehend behandelt in meinem demnächst im Verlag von Max Niemeyer, Halle, erscheinenden Buch: „Geschichte Ägyptens im 19. Jahrhundert (1798—1914)".

Digitized by Google

wirksam gewesen sei; ein mittelbarer Zusammenhang besteht jedoch insofern, als die durch den inneren Aufstand hervorgerufene Schwäche der Regierung in Kairo die rechtzeitige Entsendung von Truppen in den Sudan zur Unterdrückung der Erhebung verhindert und damit das schnelle Umsichgreifen der mahdistischen Bewegung erst ermöglicht hat.

Die Jahre 1883 und 1884 sind recht eigentlich die entscheidenden Jahre dieser gewaltigen Erhebung: nach allen Richtungen dehnte sich der Aufstand von Kordofan aus, nachdem im Januar 1883 el Obeid gefallen, nachdem im November desselben Jahres die große Armee General Hicks Paschas völlig vernichtet, ihr Führer, ein früherer englischer Offizier in ägyptischen Diensten, selbst gefallen war; die unmittelbare Folge war des Mahdi Vormarsch gegen Khartum, das Bollwerk der ägyptischen Herrschaft im Sudan, das nach zehnmonatlicher tapferer Verteidigung durch Gordon Pascha am 25. Januar 1885 mit stürmender Hand genommen wurde: Gordon selbst fiel unter den Streichen der fanatischen Mahdisten.

Seitdem war England aufs unaufslöslichste mit der Sudanfrage verknüpft; denn hatte Hicks Pascha ohne vorheriges Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt in London lediglich als Offizier der ägyptischen Regierung seinen nicht genügend vorbereiteten Vormarsch gegen Kordofan unternommen, so war Gordon von der Londoner Regierung oder richtiger von der Kriegspartei innerhalb des britischen Kabinetts in den Sudan geschickt und später im entscheidenden Augenblick von dem Ministerium Gladstone schmählich im Stiche gelassen worden. Die Ehre des englischen Volkes war verletzt: Rache für Gordon war die Losung selbst bei denjenigen, welche besonders im Hinblick auf die damaligen gespannten Beziehungen zu Rußland vor den großen Kosten einer innerafrikanischen Unternehmung zurückbebten. Und doch hat es noch mehr als 10 Jahre gedauert, bis das sonst so sehr auf die Wahrung seiner Würde bedachte englische Volk und seine Regierung sich aufgerafft haben, um diesen Makel auszutilgen. Wie ist das gekommen? Es hängt zusammen mit der eigenartigen Stellung, welche England seit dem Jahre 1882 in Ägypten einnahm: unter dem mehr oder weniger scharfen Einspruch der europäischen Mächte hielt es das Pharaonenland besetzt, lediglich unter dem Vorwande, die allgemeine Unsicherheit gestatte nicht, die Truppen zurückzuziehen; und als Ruhe und Ordnung einigermaßen hergestellt, als besonders die verwirrte Finanzfrage wenn auch nicht geregelt, so doch in sichere Bahnen gelenkt war, da mußte das an der Südgrenze Ägyptens entstandene Mahdistenreich zum Vorwand dienen, weshalb die englischen Truppen nicht zurückgezogen werden konnten.

So sehr sich die englische Regierung der Mahdistenherrschaft gegenüber auf die Verteidigung verlegt hat, aufgegeben hat sie niemals den Gedanken einer — um das englische Volksempfinden zu kennzeichnen — Rache für Gordon. Freilich das Bestimmende war für sie nicht dieses sentimentalen und unpolitischen Gedankengängen entspringende Gefühl, ausschlaggebend waren vielmehr imperialistische Erwägungen:

Digitized by Google

solange man in London nicht die Gewißheit hatte, daß es gelingen werde, Ägypten zu behaupten, wäre es töricht gewesen, dem Gedanken eines kostspieligen Sudan-Feldzuges näher zu treten; aber als man um die Mitte der neunziger Jahre diese Gewißheit erlangt hatte, als man gleichzeitig durch Slatin-Paschas berühmtes Buch: „Feuer und Schwert im Sudan" einen scheinbar zuverlässigen, freilich nicht kontrollierbaren Einblick in die morschen Zustände des Mahdistenreiches gewonnen hatte, da ist man in London und Kairo dem Gedanken einer Zurückgewinnung des für die europäische Kultur vor einem Jahrzehnt Verlorenen nähergetreten, und zwar aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus: es war ausgeschlossen, daß die Quellgebiete des Stromes, der von solch unendlicher Bedeutung für das gesamte Leben Ägyptens ist, auf die Dauer in feindlichen Händen waren: „die wirksame Kontrolle der Gewässer des Nils von den äquatorialen Seen bis zum Meere ist für die Existenz Ägyptens wesentlich", in diesen kurzen Worten hat Lord Cromer die damalige Zwangslage Englands im Hinblick auf die Fortdauer seiner Herrschaft im Pharaonenlande später treffend gekennzeichnet.

Vorgearbeitet hatte die britische Regierung bereits einer solchen Lösung der Dinge durch die Heranbildung eines nach europäischem Muster ausgebildeten ägyptischen Heeres unter englischer Führung, besonders aber durch eine weit vorausschauende, alle Möglichkeiten ins Auge fassende Kolonialpolitik, welche, allein in ihren einzelnen Maßnahmen betrachtet, bereits großartig wirkt, die jedoch ihre Krönung erst finden sollte, als ihr durch die Eroberung des Sudan der alles Einzelne zusammenfassende Mittelpunkt gegeben wurde.

II.

Wir reden so viel von jener Einkreisungspolitik König Eduards VII. gegenüber dem Deutschen Reiche; auch gegenüber der Herrschaft der Mahdisten im Sudan hat England in den 13 Jahren nach dem Falle von Khartum eine großartige Einkreisungspolitik verfolgt, welche weniger freilich darauf ausging, den Nachfolger des im Juni 1885 gestorbenen Mahdi, den Khalifa Abdullahi, politisch zu isolieren, als den vor Gott und den Menschen wohlgefälligen, gewissermaßen moralischen Untergrund herzurichten, auf dem sich der stolze Bau von Englands großem afrikanischem Kolonialreich, das schließlich in dem Programm Kap—Kairo sein für jedermann greifbares Endziel erhalten sollte, erheben konnte. Erst nach Erfüllung dieser Vorbedingungen, erst nach Einschnürung des Mahdistenreiches durch eine Reihe englischer Außenposten — Wadi-Halfa, Suakin, Zeila, Berbera, Uganda und Äquatorial-Afrika sind die Etappen dieser Einkreisungspolitik —, erst da ist der geistige Urheber und Leiter dieser großzügigen Politik, Sir Evelyn Baring, der spätere Lord Cromer, in Verbindung mit dem ihm kongenialen Sir Herbert Kitchener zum vernichtenden Angriff übergegangen, und als im entscheidendsten Augenblicke nach dem Siege bei Omdurman und der Eroberung Khartums im September 1898 die Franzosen durch den Vorstoß nach

Digitized by Google

Faschoda unter Hauptmann Marchand diese ganze mühsame Arbeit eines Jahrzehnts zu gefährden drohten, ist es der vor keinen äußersten Folgen zurückschreckende rücksichtslose Machtwille Englands gewesen, der sich hier geltend gemacht hat, vor dem sich Frankreich furchtsam verkrochen hat: seit dem Tage von Faschoda war die eine Tatsache unzweifelhaft entschieden, daß Frankreich niemals die vorwaltende Kolonialmacht in Afrika sein werde.

Wenn wir von Wadi-Halfa absehen, hat England mit seiner Einkreisungspolitik gegenüber dem Khalifen Abdullahi zuerst bei Suakin begonnen, dem in räumlicher Entfernung dem oberen Nil zunächst gelegenen Hafen. Indem es nach langen wechselnden Kämpfen schließlich im Jahre 1891 seine Hand auf Tokar, die Kornkammer des östlichen Sudan, legte, war es fortan nur noch eine Frage der Zeit, wann der Angriff auf das Mahdistenreich beginnen solle, sei es, falls England im ungestörten Besitz Ägyptens blieb, von Norden her unter Ausnutzung der Wasserstraße des Nils, sei es durch einen Vorstoß quer durch die Wüste von der Küste des Roten Meeres her; besonders aber — und darin erkennen wir das zielbewußt Vorausschauende der englischen Politik — beginnt durch diese Festsetzung sich das Sudanproblem loszulösen und unabhängig zu machen von seiner engen Verflechtung mit der ägyptischen Frage. Sollte England sich in Ägypten nicht behaupten können, so hatte es sich hier einen Stützpunkt erworben, von dem aus es gegen den Sudan gleichwohl vorgehen konnte, und einmal im sicheren Besitz dieser innerafrikanischen Gebiete, vermochte es alsdann kraft seiner zentralafrikanischen Stellung jederzeit auf die ägyptische Regierung einen empfindlichen Druck auszuüben.

Und weiter schritt Englands Einkreisungspolitik: Die Insel Sokotra war bereits seit 1876 britischer Besitz; im Jahre 1884 hatte die Londoner Regierung trotz des ägyptischen Einspruchs die Somali-Küste mit den beiden vortrefflichen Häfen Zeila und Berbera in Besitz genommen; in derselben Richtung bewegte sich die Tätigkeit Sir William Mackinnons, des Begründers der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft, die damals am Werk war, im Gegensatz zu den gleichartigen deutschen Bestrebungen, den englischen Einfluß an der ganzen ostafrikanischen Küste bis tief in das Binnenland hinein zu verbreiten, und derselbe Mackinnon war es, der sich an die Spitze des Emin-Pascha-Komitees stellte und damit unter dem Deckmantel humanitärer und zivilisatorischer Hilfsbereitschaft gegenüber einem von der Kulturwelt abgeschnittenen Europäer seine Hand ausstreckte nach dem innerafrikanischen Seengebiet. Es war ein kritischer Augenblick für die britische Afrikapolitik, denn schon waren deutsche Pioniere, an ihrer Spitze Karl Peters, an der Arbeit, jene weiten Länderstrecken für das junge Deutsche Reich zu erwerben: wie nun, wenn der Deutsche Emin Pascha[1] die ihm unterstehende Äquatorialprovinz unter den Schutz seines neu geeinten Vaterlandes stellte? da hat es der Anglo-Amerikaner Stanley — eine typische Mischung des rücksichtslos

[1] Vgl. die Literaturnotiz auf S. 359.

Digitized by Google

brutalen Engländertums und des gewissenlosen, nur auf seinen Vorteil bedachten Amerikanertums, beides jedoch für ferner Stehende glücklich verschleiert durch jederzeit sich vordrängendes salbungsvolles Christentum —, da hat es Stanley durch recht zweideutige Mittel nicht ohne Anwendung von Zwang durchzusetzen gewußt, daß dieser unbequeme Beobachter Emin Pascha aus seiner Provinz entfernt wurde; vieles spricht dafür, daß man damals englischerseits darauf ausgegangen ist, in Fortsetzung der auf die Erwerbung von Uganda eingeleiteten Politik dieser Kolonie die Äquatorialprovinz anzugliedern; ein solcher Vorschlag ist Emin Pascha nahegelegt worden, und bereits im Jahre 1895, drei Jahre vor der Zertrümmerung des Mahdistenreiches, hat das englische Parlament auf Anregung des späteren Lord Curzon die Mittel für einen Eisenbahnbau von der ostafrikanischen Küste bis zum innerafrikanischen Seengebiet bewilligt.

Ihre völkerrechtliche Weihe hat diese Gewaltpolitik durch den sogenannten Helgolandvertrag zwischen Deutschland und England vom 1. Juli 1890 erhalten: was der Besitz Helgolands heute für uns bedeutet, braucht nicht gesagt zu werden; vom Standpunkt des Kolonialpolitikers aus jedoch, der freilich nicht maßgebend sein darf bei einem Staat mit den geographischen Grenzen des Deutschen Reiches, begreift man sehr wohl die tiefe Erregung, welche damals weite Kreise ergriffen hatte. Wohl hatte Deutschland in Einzelfragen manches erreicht, aber das Entscheidende war doch, daß es gegen eine genaue Festsetzung der Grenzen seiner afrikanischen Kolonien auf wesentliche Zukunftshoffnungen verzichtete, besonders daß es sich verpflichtete, der Ausdehnung Englands bis zu den Quellen des Nils hin keine Hindernisse in den Weg zu legen. In dem Helgolandvertrag haben wir die Grundlage für des britischen Reiches innerafrikanische Politik zu erblicken; erst durch ihn blieb Kitcheners Marsch auf Khartum nicht eine Episode, nicht ein Kriegszug wie so viele andere, nicht lediglich ein Racheunternehmen wegen Gordons Tod, sondern wurde der wuchtige Schlußstein einer über lange Jahre hin sich erstreckenden, trotz mancher Rückschläge zielbewußt durchgreifenden innerafrikanischen Politik.

Seine ganz besondere Bedeutung erhielt jedoch der Helgolandvertrag wenige Wochen nach dem Siege bei Omdurman: als damals — im September 1898 — wegen des sogenannten Faschoda-Zwischenfalles die Beziehungen zwischen England und Frankreich äußerst gespannte wurden, da durfte die Londoner Regierung sicher sein, daß Deutschland in Afrika ihr keine Schwierigkeiten bereiten werde. Seine territoriale Entschädigung für Englands jetzige Eroberungen hatte das Deutsche Reich bereits erhalten; der wohl kaum zu vermeiden gewesene Fehler der britischen Diplomatie, in dem großen Einkreisungssystem gegen das Mahdistenreich von Westen her eine Lücke gelassen zu haben, wurde glücklich beseitigt, als auch Frankreich in dem Londoner Abkommen vom 21. März 1899 sich unter Verzicht auf bereits in Besitz genommene wichtige Gebiete Innerafrikas mit England über die beiderseitigen zentralafrikanischen Besitzungen einigte. Es war zugleich die erste nach außen hin sichtbare, freilich von

Digitized by Google

den Zeitgenossen damals als solche kaum empfundene Etappe auf dem Wege zur entente cordiale.

III.

Als dieser Vertrag in London unterzeichnet wurde, war der Sudan seit zwei Monaten in friedlicher, wenn auch keineswegs völkerrechtlich gültiger Form erklärter englischer, richtiger englisch-ägyptischer Besitz durch die am 19. Januar 1899 in Kairo erfolgte Unterzeichnung des anglo-ägyptischen Sudanvertrages.

In zweiundeinhalbjährigem Feldzuge, von März 1896 bis September 1898, war es Sir Herbert Kitchener gelungen, von Wadi-Halfa aus nach Süden immer weiter vorzudringen, bis am 2. September 1898 bei Omdurman der entscheidende Schlag fiel, Khartum zurückerobert und das Mahdistenreich an einem Tage für immer zertrümmert wurde.

Ein ägyptisches Heer unter englischer Führung, im letzten Stadium des Krieges besonders noch verstärkt durch britische Truppen, hatte die Entscheidung herbeigeführt. Die Frage war, wem diese Eroberung gehöre. Rein rechtlich betrachtet, unzweifelhaft dem Khediven und in letzter Instanz dem Sultan als Oberlehensherrn Ägyptens. Denn wenn auch im Jahre 1884 der Sudan von ägyptischen Truppen geräumt worden war, so war eine rechtlich gültige Verzichtleistung auf diese weiten Gebiete von seiten des früheren Besitzers niemals ausgesprochen worden. Der Sudan war keineswegs, wie wohl behauptet worden ist, herrenloses Land, res nullius. Andererseits hatte Ägypten nur zu deutlich bewiesen, daß es außerstande sei, mit seinen materiellen Mitteln und geistigen Hilfskräften diese weiten zukunftreichen Ländermassen zu behaupten und für die Kultur zu erschließen. Es ist deshalb englischerseits der Gedanke aufgetaucht, den Sudan dem britischen Weltreich einzuverleiben, aber Gründe innerpolitischer finanzieller Natur, vornehmlich jedoch die Rücksicht auf die eigene auswärtige politische Lage ließen eine derartige Herausforderung der öffentlichen Meinung Europas im damaligen Augenblicke, als bereits die südafrikanische Frage ihre düsteren Schatten vorauswarf, nicht ratsam erscheinen.

Deshalb entschied man sich in London durch die Begründung des sogenannten Kondominiums von England und Ägypten im Sudan zu einer geschickten Verschleierung des wirklichen Sachverhalts. Das Wesen der Macht hatte England freilich gerettet: was schadete es daher, daß man dem doch machtlosen Khediven scheinbar die Gleichberechtigung mit der Beherrscherin des britischen Weltreiches zugestand? Allerdings auch dieser Schein von Gleichberechtigung bestand in der Tat gar nicht, denn in Wirklichkeit hatte der Herrscher Ägyptens als Vasall der Hohen Pforte gar nicht das Recht, einen derartigen reinpolitischen Vertrag abzuschließen; er konnte sich deshalb als souveräner Herr des Sudan neben England nur betrachten, solange dieses ihn gegenüber den Einsprüchen des Sultans und der europäischen Mächte schützte; zudem war die Souveränität zwischen beiden Parteien keineswegs gleichmäßig verteilt, insofern

Digitized by Google

England sich das Recht vorbehalten hatte, von sich aus die leitende Persönlichkeit in dem neuen Herrschaftsbereich zu bestimmen: durch Erlaß des Khediven wird der Generalgouverneur zwar ernannt, aber nur auf Vorschlag der englischen Regierung, und, wenn dies auch nicht ausdrücklich erwähnt wird, es steht Ägypten kein Recht zu, einen derartigen Vorschlag abzulehnen und einen ihm nicht genehmen Generalgouverneur abzuberufen.

Wie sehr es sich bei diesem ganzen Vertrag um eine Machtfrage, nicht um eine Rechtsfrage handelt, zeigen die vereinbarten handelspolitischen Bestimmungen: das Zollwesen wird auf ganz anderer Grundlage aufgebaut, als das bisher für den Sudan in Kraft gewesene ägyptische; die Zulassung fremder Konsularvertreter wurde an die zuvor einzuholende Genehmigung der englischen Regierung geknüpft, für einen selbständigen Staat eine völlig unmögliche Bedingung; damit stand in engstem Zusammenhang, daß die Kapitulationen für den Sudan willkürlich aufgehoben wurden, so daß die Untertanen fremder Nationen sich in diesem unzivilisierten Lande ohne rechtlichen Schutz befanden, und da die in Ägypten eingeführten sogenannten „Gemischten Gerichtshöfe" auf den Sudan nicht erstreckt wurden, sahen sich die Nicht-Engländer in all ihren rechtlichen Streitigkeiten auf die Eingeborenen- oder auf die englischen Gerichte angewiesen.

Aus allem geht hervor, daß England seine kolonisatorische Tätigkeit im Sudan zu verschleiern, fremden Beobachtern den Einblick in die dortigen Verhältnisse, eine unmittelbare Beteiligung am dortigen Handel erschweren wollte. Die Erschließung des Landes erfolgte auf Kosten des ägyptischen Staates, wie auch bereits die Kosten für seine Eroberung dem ägyptischen Staate zum weitaus größten Teile aufgebürdet worden waren, aber den Nutzen hatte doch vornehmlich England. Das tritt besonders zutage, wenn man sich die britische Verkehrspolitik in Ägypten und im Sudan vergegenwärtigt: während das ägyptische Eisenbahnnetz nur bis Assuan ausgedehnt wurde, von dort aus bis Wadi-Halfa jeglicher Personen- und Warenverkehr auf den Nil angewiesen war — eine merkwürdige Verwirklichung des imperialistischen Programms Kap—Kairo! —, ist der Sudan durch den in den Jahren 1904—1906 erfolgten Bau der Bahn Port Sudan—Berber und von dort aus weiter nach Khartum und neuerdings nach el Obeid in Kordofan, unmittelbar auf dem kürzesten Wege mit dem Roten Meere verbunden; damit ist aber zugleich Ägypten zu einem wesentlichen Teile um eine Haupteinnahmequelle, um die Zolleinkünfte für Waren aus dem Sudan und in den Sudan, durch England betrogen. Nicht mehr an die durch den wechselnden Wasserstand und die gefährlichen Stromschnellen erschwerte Nilschiffahrt ist das wirtschaftliche Emporblühen jener zukunftreichen Gebiete geknüpft, sondern an die gesicherte Durchfahrt durch den Suezkanal: *nicht die Eroberung Ägyptens, sondern bereits die Sperrung des Suezkanals wäre deshalb der furchtbarste Schlag für die handelspolitische Entwicklung dieser neuesten britischen Erwerbungen.*

Digitized by Google

So schnell, wie Optimisten wohl gehofft haben, ist der wirtschaftliche Aufbau des Sudan nicht erfolgt. Hemmend wirkte in den ersten Jahrzehnten der starke Menschenmangel, eine Folge der furchtbaren Menschenverluste durch Krieg und Seuchen während der Mahdistenzeit, ein Mißstand, der infolge der weisen Eingeborenenpolitik Englands, zumal die Sklavenjagden jetzt wirklich aufgehört haben, und Sicherheit und Ordnung je länger je mehr vorwaltet, von Jahr zu Jahr besser wird. Richtschnur dieser Eingeborenenpolitik ist die geistige und wirtschaftliche Hebung der gesamten Bevölkerung: wie die Sudanesen nicht englisiert oder ägyptisiert werden sollen, sondern man darauf ausgeht, ihnen nach Möglichkeit ihre Eigenart zu belassen, so richtet sich auf der anderen Seite das Bestreben dahin, die Besteuerung möglichst gelinde zu gestalten, unter Beibehaltung und Anlehnung an die zur Mahdistenzeit gültigen Normen, und indem die Regierung in durchaus berechtigter kluger Weise jegliche christliche Mission unter dem muhamedanischen Teil der Bevölkerung aufs strengste verbot — ein Verbot, das wir Deutsche bei dem Wiederaufbau unseres Kolonialreiches nach dem Weltkriege uns zur Richtschnur dienen lassen sollten —, wußte sie einer wesentlichen Quelle von Beunruhigung in diesem von Fanatismus noch so sehr zerwühlten Lande von Anfang an vorzubeugen.

Noch steht die Entwicklung des Landes in ihren Anfängen, noch sind die ungeheuren Schätze, welche sein überreicher Boden birgt, nur zum allerkleinsten Teil erschlossen und gehoben, noch ist unendlich viel zu tun durch den Bau von Eisenbahnen und Verkehrswegen, durch die Schiffbarmachung der großen Wasserstraße, des Nils; besonders aber mit einem großzügigen Unternehmen ist man über Vorarbeiten noch nicht hinausgelangt: was die Staudämme Ägyptens bei Kairo, Siut und Assuan für seine gesamte Wirtschaft bedeuten, braucht hier im einzelnen nicht ausgeführt zu werden. Die Absicht besteht, auch die ungeheuren bisher nutzlos dahinflutenden Wassermassen des oberen Nil in Staudämmen aufzufangen, um weite Gebiete einer intensiven und besonders einer gesicherten Kulturarbeit teilhaftig werden zu lassen. Und hier eröffnet sich eine Zukunftsaussicht so gewaltiger, freilich auch von so dämonischer Natur, daß man wohl begreift, weshalb England so skrupellos nach dem Besitz des Sudan gestrebt hat: bestimmend war nicht allein der Wunsch, bei dem immerhin möglichen Verlust Ägyptens sogleich einen Ersatz zu haben für die dort verlorenen Kulturwerte, sondern der Beherrscher des Sudan wollte es nach der Durchführung der großartigen Stauanlagen im Stromgebiet des Blauen und Weißen Nil in der Hand haben, auf Ägypten einen wirtschaftlichen und besonders auch einen politischen Druck auszuüben, indem er durch zeitweise Absperrung des oberen Nillaufes einem unbotmäßigen und feindlichen Ägypten die Quelle seines Reichtums, den jahraus jahrein geregelten und sicheren Zufluß von Wasser in genügender Menge während der für eine erfolgreiche Bebauung geeigneten Monate verschloß: das Land der Pharaonen wäre wieder wie in früheren Jahrhunderten in seiner gesamten wirtschaftlichen Entwicklung von

Digitized by Google

dem rechtzeitigen Steigen und Fallen des Nils abhängig geworden, nur daß jetzt nicht — und das ist das Entscheidende — eine wenn auch unerforschliche, so doch allgütige Natur, welche in dem einen Jahre um so reichlicher spendet, was sie in dem anderen versagt hat, sondern ein erbarmungsloser politischer Gegner, der geistige Urheber und Organisator des Hungerkrieges gegen Deutschlands Frauen und Kinder, der in allem, was er tut, nur auf seinen materiellen Vorteil ausgeht, der entscheidende Faktor für Gedeihen und Verderben des ganzen Landes geworden wäre.

Gesunder Menschenverstand ist Not

Eine Philippika von Jedermann und für Jedermann

Das alte, dem schwedischen Kanzler Oxenstierna zugeschriebene Wort von der geringen Weisheit, mit der die Welt regiert werde, wird gern von allen, die noch nicht oder nicht mehr im Regimente sitzen, im Munde geführt. Das Wort ist an und für sich richtig, es irrt aber in der Voraussetzung, daß zum Regieren überhaupt viel Weisheit erforderlich sei. Wenn dem so wäre, dann wäre die Auswahl der Regierenden verhältnismäßig leicht, dann brauchte man nur die Leute, die durch irgendein strenges, umfassendes Examen sich als die Männer des größten Wissens erwiesen hätten, zu Ministern zu ernennen, oder man könnte, noch einfacher, aus der Reihe der Professoren, für die das Wissen Beruf ist, die Staatslenker erwählen oder wählen lassen.

Von dieser Voraussetzung aus hat schon Plato die Staatsleitung für die Philosophen beansprucht und in seinem Idealstaat die Leitung des Staats einem Rat von Philosophen übertragen. Ich glaube, wir brauchen nicht auf das Versagen der Hoffnungen Platos auf „Dionys von Syrakus" zurückzugehen. Lebendige Beispiele liegen uns näher, daß es nicht notwendigerweise zum Heil der Völker dient, wenn Professoren, zumal solche der Philosphie, zur obersten Stellung im Staat emporsteigen. Auf der Weisheit, dem Wissen und der Bildung der Staatslenker ruht wahrlich nicht das Wohl der Staaten, oft ist ihnen deren Gelehrsamkeit und Geistreichigkeit eher eine Gefahr als ein Nutzen gewesen. Die unerläßliche Eigenschaft zum Regieren ist wesentlich einfacher und wesentlich seltener: Gesunder Menschenverstand. Deshalb weist auch die Geschichte eine verhältnismäßig große Anzahl hervorragender Königinnen auf. Der Frauen gesunder Menschenverstand ist naturwüchsiger, weniger durch Intellekt beeinträchtigt und durch Wissen verbildet, als der des stärkeren Geschlechts, das vielmehr das gelehrte heißen sollte. Gesunder Menschenverstand und entschlossener Wille machen den Staatsmann, sie verleihen ihm die unerschütterliche Ruhe und Heiterkeit des Gemüts, geben ihm die schlafwandelnde Sicherheit des Handelns, machen ihn frei von dem jähen Auf und Ab der schwankenden Stimmungen der Schwachnervigen und von den gesuchten Künsteleien der Geistreichen. Alles Große ist einfach.

Im Krieg ist der gesunde Menschenverstand, um so notwendiger er ist, um so selte-

Digitized by Google

ner geworden, wenigstens in den Amtsstuben und in den Sitzungssälen. Wer draußen an den Fronten kämpft, oder an der inneren Front des Wirtschaftskrieges in praktischem Wirken arbeitet, hat weder Zeit noch Gelegenheit zu Grillen, Theorien und Ängsten. Man kann fast den Satz aufstellen: der gesunde Menschenverstand wächst mit dem Quadrat der Entfernung von den Zentralsitzen des Regiments. Das wäre beispielsweise bei uns in Deutschland Berlin. Ich habe Respekt — Liebe wäre ein verkehrtes Wort für die Bezeichnung der Gefühle des Deutschen gegen seine Hauptstadt — vor Berlin, bewundere die ungeheure Arbeitskraft, den raschen Umtrieb Berlins als des sozialen und geschäftlichen Zentralorgans Deutschlands. Davon ist schon im Frieden, aber erst recht im Krieg zu unterscheiden das andere „Berlin", dieses ungefüge wirre Durcheinander und Gegeneinander von Ressorts, Zentralstellen, Redaktionen, Zirkeln, Cliquen, Konventikeln, von Hofleuten, Exzellenzen und Journalisten, Geheimräten und Geschäftsleuten, Politikern und Neugierigen, Geschichtemachern und Geschichtenerzählern, Plänemachern und Strebern. In dieser Atmosphäre gedeiht alles andere eher als gesunder Menschenverstand und entschlossener Wille.

Dieses „Berlin" ist der Sitz des Hauptquartiers unserer Politik und unserer Lebensmittelversorgung; man bedenke dem gegenüber: Hindenburg und Ludendorff säßen dauernd, statt mit ihrem Stabe, mit einem Beirat von 75 Sachverständigen in „Berlin" — ein in seiner Hoffnungslosigkeit gar nicht auszudenkender Gedanke.

Wer pflichtmäßig unsere Zeitungen, die Berichte über die Verhandlungen der Reichs-, Staats- und Stadtparlamente liest, wird sich nicht selten die Augen reiben und fragen: „Gegen wen kämpfen wir eigentlich? Bisher habe ich angenommen, daß die Engländer, die Franzosen, Russen usw. unsere Feinde seien. Jetzt steht aber der Feind im eigenen Land, bald heißt er Agrarier, bald Hamster, bald Wucherer oder Alldeutscher oder Pazifist, und es ist nur zu verwundern, daß ein anderer Lissauer nicht schon längst einen Haßgesang ‚Gegen den deutschen Feind' gedichtet hat." Wir schimpfen und schelten uns, schlagen uns die Köpfe wund, andere haben Zeit, sich über kühne Theorien die Köpfe zu zerbrechen, als wären wir allein auf der Welt, als herrschte ringsum Friede. Ich war im letzten Herbst längere Zeit im Ausland. Stolz empfand ich mich als Deutscher, wenn ich mit kühlen Kritikern oder glühenden Bewunderern über Deutschlands militärische und wirtschaftliche Kraft sprach, und jedesmal mußte ich in heißer Scham verstummen, wenn die Rede auf unsere inneren Streitigkeiten kam. Der deutsche Streit klang hinüber ins Ausland, wie das wüste Schelten und Keifen wilder Weiber, die in einer Mietkaserne über die Benutzung der Waschküche sich in die Haare geraten sind. Dieser Streit aber schädigt uns nicht bloß im Innern, sondern er beeinträchtigt im Ausland unser politisches Ansehen, erschwert unsere wirtschaftliche Stellung auf den ausländischen Märkten. Unsere Lebensmittelerörterungen kommen uns in den Auslandspreisen sehr, sehr teuer zu stehen. Dabei geht der Streit, — das ist unser Glück, aber deswegen ist dieser häusliche Zank doppelt widerwärtig und un-

Digitized by Google

nötig, — nicht ans Mark und nicht an die Wurzel. Der Wortstreit, dieses alte deutsche Erbübel, ist das Laute, das Wirksame aber ist die deutsche Arbeit, und die geht unerschüttert ihren Gang weiter trotz Zank und Streit, trotz Ressortzwistigkeiten, trotz viel zu vieler Sitzungen und Beratungen, trotz aller Rederei und Schreiberei.

Unser System der Bewirtschaftung der Lebensmittel

Von Prof. Philipp Stein

Aufbau und Gefüge unserer Lebensmittelversorgung sind weder gut noch schlecht. Sie sind da, und wir haben uns mit ihnen abzufinden. Ob man es von Anfang an anders und besser hätte machen können und sollen, wird das Thema vieler der Tausende von Doktor- und Habilitationsschriften sein, die den wissenschaftlichen Ertrag des Weltkrieges einmal darstellen werden. Heute haben wir Dringenderes zu tun. An Plänen zur „großzügigen" Umgestaltung unserer Lebensmittelversorgung fehlt es nicht; es gibt auch nichts Einfacheres. Wer die Reihe „großzügiger" Pläne verfolgt, wird mit Bedauern feststellen, daß das Wort großzügig in der Regel sich dann einzustellen pflegt, wenn dem Verfasser der Atem oder das Wissen ausgegangen ist.

Wir können heute nicht mehr das System der Bewirtschaftung unserer einheimisch erzeugten Lebensmittel wie das System des zentralisierten Einkaufs im Ausland umstürzen. Wir können es verbessern, verfeinern, elastischer machen, geschäftlich durchorganisieren. Das sind Aufgaben, an denen die besten Köpfe unseres Volkes in der Arbeit mitwirken können und sollten.

Unser System der Lebensmittelversorgung ruht auf zwei untrennbar miteinander verbundenen Pfeilern: dem zentralisierten Einkauf im Auslande durch die Z. E. G., den Kriegsausschuß für tierische und pflanzliche Öle und Fette u. a. und der Bewirtschaftung und Verteilung der Auslandswaren wie der inländischen Erzeugnisse durch behördliche Stellen, die ihre Spitze im Kriegsernährungsamt haben. Der Oberbau ist nahezu restlos durchgeführt und das Arbeitsbereich der Reichszentralen und Gesellschaften einigermaßen sicher umgrenzt. Die Z. E. G. ist ausschließlich auf den Einkauf im Ausland und die Einfuhr beschränkt. Sie vertreibt weder, noch verteilt sie ihre Waren, wie dies noch bis in den vorigen Sommer hinein geschehen ist. Heute ist sie im Inland nichts anderes mehr als ein Lagerei- und Speditionsbetrieb, der seine Waren nach den Weisungen der Reichsstellen, insbesondere des Kriegsernährungsamts zu versenden hat. Die Reichsstellen haben sowohl die Erfassung der inländischen Erzeugung wie die Verteilung der gesamten aus Auslandskäufen und Inlandserzeugung verfügbaren Mengen zur Aufgabe. Sie sind nach den großen Warengruppen: Fleisch, Getreide, Fette, Gemüse, Obst und Zucker geschieden. In der Reichsverteilungsstelle für Nährmittel und Eier ist, wie es bei dem Reichsamt des Innern oder den philosophischen Fakultäten unserer Universitäten für andere Gebiete gilt, an Nahrungsmitteln vereinigt, was sonst nicht unterzubringen war.

Digitized by Google

Die Reichsstellen zerfallen in Verwaltungsabteilungen, die die behördliche Tätigkeit ausüben, während für die geschäftlichen Aufgaben besondere Gesellschaften in der Regel in der Form der G. m. b. H. errichtet sind.

Auf der Gegenseite war das Fundament des Systems in den Gemeinden und Gemeindeverbänden gegeben, aber hier zunächst nur für die Verteilung, nicht auch für die Erfassung der heimischen Erzeugung. Zwischen dem Unterbau der Gemeinden und dem Oberbau der Reichsstellen stehen als Zwischenglieder unsere Landes-, Provinzial- und Bezirksbehörden, die sich zum Teil schon besondere, den Reichsstellen entsprechende kriegswirtschaftliche Organe geschaffen haben. Sowohl behördliche Lebensmittelstellen, die mit der Erfassung wie mit der Verteilung betraut sind, als auch Einkaufsgesellschaften, die sogenannten Bezirkszentralen, die anfänglich nach dem Muster und in Verbindung mit den Z. E. G.-Waren für ihren Geschäftsbezirk einkaufen und verkaufen oder verteilen sollten, die aber ebenso wie die Z. E. G. heute zu den Geschäftsabteilungen der Behörden ihres Gebietes geworden sind und die die Waren zu lagern, zu spedieren und nach den Anweisungen der Behörden zu verteilen haben. Am frühesten, zum Teil schon vor der Errichtung des K. E. A. und der Reichsstellen, hatten die mittleren und kleineren Bundesstaaten die behördliche Organisation der Erfassung und der Verteilung durchgeführt, am spätesten hat Preußen diesen Weg beschritten und sich erst in der allerjüngsten Zeit in dem neuen Amt des Staatskommissars für Ernährungsfragen, das die verschiedenen den Reichsstellen entsprechenden preußischen Landesstellen umfassende oberste einheitliche Organ, geschaffen. Damit hat diese Entwicklung einen gewissen Abschluß erreicht. Die Aufgaben der nächsten Zeit sind gegeben:

1. Die behördliche und geschäftliche Durchbildung des Systems der Verteilung in den Mittelstellen der Bundesstaaten, der Provinzen und Bezirke zwischen Reich und Gemeinden.
2. Die Schaffung eines behördlich wie geschäftlich leistungs- und arbeitsfähigen Unter- und Mittelbaues für die Erfassung unserer einheimischen Erzeugnisse.

Dabei liegt das Entscheidende gleichermaßen in dem klaren Aufbau der Arbeitsgebiete der behördlichen und der geschäftlichen Organisation und der Abgrenzung ihrer Arbeitsgebiete, wie in der durchgehenden Anwendnng der kaufmännischen Mittel und der Arbeitsweisen bei allen geschäftlichen Stellen, damit sowohl die Erfassung wie die Verteilung sich nach kaufmännisch-geschäftlichen Gesichtspunkten, geringster Kosten, raschester Erledigung und kleinsten Verlustes vollziehe.

Die Verbesserung des Systems der Verteilung ist verhältnismäßig einfach. Es handelt sich in der Hauptsache darum, die Verteilung zu beschleunigen und sicherzustellen, damit die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Zuweisungen in Waren und nicht auf dem Papier erhalten, und zum anderen in der Aufstellung von Verteilungsplänen für längere, mehrmonatliche Zeiträume, die den Gemeinden ein vorsorgliches Haus-

Digitized by Google

halten ermöglichen und die, was nicht minder wichtig iſt, das Entſtehen von unwirtſchaftlichen Reſerven unnötig machen. Die behördliche Verwaltungsarbeit der Verteilung geht in der Weiſe vor ſich, daß die Reichsſtellen Verteilungsplan und Verteilungsſchlüſſel nach den Bundesſtaaten aufſtellen. Die bundesſtaatlichen Stellen ſtellen ſodann für ihr Gebiet und die ihnen zugewieſenen Mengen Verteilungsplan und Schlüſſel nach Provinzen, den Bezirken auf, und dieſe haben für ihre Gebiete die Unterverteilung vorzunehmen, bis dann ſchließlich die Gemeindeverbände den letzten Verteilungsplan auf die einzelnen Verbraucher und Verbrauchergruppen auslegen. Bei dieſer Verwaltungsorganiſation iſt die Wahl des Syſtems und des Schlüſſels der ſchwierigſte Teil der Arbeit. Iſt beides erſt gelöſt und eingerichtet, ſo iſt die Erledigung im gewiſſen Sinne Sache des Schemas. Der geſchäftliche Ablauf der Verteilung vollzieht ſich in der Regel in der Weiſe, daß die den Reichsſtellen unterſtellten Kriegsgeſellſchaften und die von ihnen verpflichteten Fabriken die Waren entweder an die Bezirkszentralen liefern, die ſie an die Gemeinden weiterverteilen oder ſie nach deren Anweiſungen unmittelbar an die Gemeinden liefern. Bei dem geſchäftlichen Ablauf iſt z. T. der Großhandel, für die letzte Warenverteilung an den Verbraucher faſt durchweg der gemeindliche Kleinhandel beteiligt.

Eine weſentliche Verbeſſerung unſeres Verteilungsſyſtems wäre erreicht, wenn, nachdem für ſämtliche Bundesſtaaten Bezirkszentralen beſtehen, dieſen die geſchäftliche Erledigung aller ihren Bezirk betreffenden Verteilungen übertragen würden. Dann hätten wir auch für den Geſchäftsablauf der Verteilung ein von oben bis unten einheitliches Syſtem von kaufmänniſchen Organiſationen, die ſich in ihren Maßnahmen und in ihrer Arbeitsweiſe ebenſo aufeinander einzuſtellen und einzuſpielen hätten, wie es für den behördlichen Verteilungsapparat gilt. Die Verteilung muß raſch und mit dem mindeſten Aufwand an Reibungen und Störungen ſich vollziehen. Der Verteilungsplan muß zudem für längere Zeiträume gelten und den unterſten Verteilungsſtellen, den Gemeinden, bekannt ſein. Die Gemeinden ſind heute große Haushaltungen. Wirtſchaften und Haushalten, das lernt jeder Student der Nationalökonomie und das weiß und übt jede Hausfrau, heißt Vorſorgen. Heute müſſen aber unſere Gemeinden und unſere Hausfrauen von der Hand in den Mund wirtſchaften; dadurch geht einmal jede Überſicht verloren, aber nicht minder ſchädlich iſt, daß dadurch alle, von der Hausfrau bis zur oberſten Reichsſtelle, in der Sorge für den kommenden Tag zum Vorratanſammeln genötigt werden. Auf dieſe Weiſe bilden ſich in den Haushaltungen, Gemeinden, Bezirken, Provinzen, Staaten und ſchließlich bei den Reichsſtellen Reſerven von einem Umfang, den wir uns nicht bei freiem Wirtſchaftsverkehr, geſchweige in der geſchloſſenen Kriegswirtſchaft geſtatten können. Vorräte ſind notwendig, aber bei dem heutigen Syſtem der Unſicherheit über künftige Zuteilungen entſtehen an allen möglichen und unmöglichen Stellen Reſerven, die die allgemeine Ration für den einzelnen Verbraucher herabdrücken, zur Bildung von „vergeſſenen Lägern", zu un-

Digitized by Google

nötigen Verlusten und Unkosten führen, die Übersicht erschweren und die, und das ist nicht die geringste Gefahr, zu Sonderzuweisungen führen. Gleichmäßige Zuweisungen sind notwendig zur klaren, vorsorglichen Wirtschaftsführung, aber ebenso zur Aufrechterhaltung der gleichmäßigen Stimmung. Stimmung und psychologische Momente spielen im Wirtschaftsleben eine viel größere Rolle als gemeinhin geglaubt und beachtet wird. Nicht bloß, weil durch Sonderzuweisungen an den einen der Neid des anderen geweckt wird, sondern weil ebenso verhängnisvoll, dadurch die Neigung hervorgerufen und verstärkt wird, durch noch lauteres Schreien, durch noch stärkeres Ausmalen der Not ebenfalls einen Anteil an den Sonderzuweisungen zu erhaschen. Damit wird das wirkliche Bild der Verhältnisse für die entscheidenden Stellen verzerrt und geschwärzt, und die Verteilung erfolgt nicht nach objektiven Maßstäben höheren Bedarfs sondern, wie der Berliner so derb bildhaft sagt, „nach Schnauze". Wir leiden heute schon mehr als gut und notwendig an Sonderzuweisungen, je enger wir den Kreis der Bevorrechtigten wieder ziehen, um so höher können wir die allgemeinen Rationen erhöhen und um so besser wird die allgemeine Stimmung werden. Der Neid ist größer und ein stärker aufreizender Geselle als die Not.

Wesentlich schwieriger und ungeordneter liegen die Dinge für die Erfassung unserer einheimischen Lebensmittel. Am einfachsten und besten ist sie noch geordnet für Getreide. Hier haben wir aber auch mit einem in einer Ernte verhältnismäßig einfach zu erfassenden, zu lagernden und zu transportierenden Erzeugnis zu tun. Die Kartoffel ist schon ein viel heikleres, empfindlicheres Ding. Wie vorsichtig wollen aber erst Schweine, Butter, Eier, Gemüse und Obst angefaßt werden. Ein Lieferungszwang ist ebenso wirkungslos und schädlich wie ein Produktionszwang, darüber sollte unter Menschen, die das Abc der Nationalökonomie und der Psychologie gelernt haben und die das Land nicht bloß von einem Aufenthalt im Dorfwirtshaus „Zur schönen Aussicht" kennen, kein Wort mehr verloren werden. Unser heutiges System der behördlichen Erfassung des halben Zwangs und der halben Überredung führt von unseren einheimischen Erzeugnissen nur einen größeren oder geringeren Bruchteil in die behördliche Hand. Selbst bei Getreide erfaßt die Behörde nicht den gesamten zur allgemeinen Verteilung verfügbaren Überschuß. Unsere Reichsstellen sind daher mehr oder minder Restverwaltungen, der andere Teil des Produktionsüberschusses geht Schleichwege. Der innere Schmuggel ist die natürliche und notwendige Ergänzung unseres Systems. Die Polizei ertappt manchen Schmuggler. Sowie aber Tausende und Abertausende diese Wege gehen, sowie sich dieser geheime Geschäftsverkehr in tausenderlei Formen des Alltags vollzieht, ergeht es der Polizei, deren Tätigkeit und Macht ich im übrigen durchaus nicht unterschätze, wie in den anderen Fällen, bei denen Tausende und Abertausende sonst friedliche Staatsbürger beteiligt gewesen sind. Sie faßt ab und zu den richtigen, häufig den verkehrten, chikaniert viele, ärgert alle und erreicht das Gegenteil des Gewollten. Daran ist nicht die Polizei schuld, sondern die,

Digitized by Google

die ihr Unmögliches zumuten, und nicht selten haben die Gegner des polizeilichen Systems die übertriebenste Vorstellung von der Macht der Polizei.

Unser System der Erfassung sollte die Konsequenz aus der Tatsache ziehen, daß sie Restverwaltung ist und bleibt. Sie sollte mit andern Worten die Erfassung dieses Restes geschäftlich richtig organisieren, auf daß die den Behörden zufließenden Mengen möglichst gesteigert, möglichst rasch und billig und mit den geringsten Verlusten erfaßt und gesammelt werden. Den anderen Teil dagegen dem offenen freien Markt überlassen. Das bedeutet, daß wir in den Erzeugergebieten eine neben der Behörde und unter deren Aufsicht arbeitende geschäftliche Organisation schaffen, die Ankauf, Sammlung, Verpackung, Lagerung und Versendung der Überschüsse übernimmt und zwar in einen bis in den Kreis oder gegebenenfalls in die einzelnen Gemeinden hinein sich erstreckenden Unterbau. In letzter Zeit haben Württemberg und Preußen eine solche Organisation in die Wege geleitet. Das Entscheidende für den Erfolg dieses Vorgehens wird sein, daß, wie es in dem Erlaß vom 15. Februar des preußischen Ministeriums des Innern vorgeschrieben ist, „in jedem Kreis eine finanzkräftige, bewegliche, nach kaufmännischen Grundsätzen geleitete Organisation" ins Leben gerufen wird, die mit den Erzeugern und ihren Genossenschaften und unter Heranziehung des Fachhandels geschäftlichlich denkt und geschäftlich arbeitet.

Das Wirtschaftsleben besteht scheinbar aus tausenderlei Kleinig- und Kleinlichkeiten. Nicht Zwang, sondern nur mit Vorsicht und Maßen angewendeter Zwang, wenn und wo es nicht anders geht, und im wesentlichen Elastizität der Bewegung, Beweglichkeit der Formen und Methoden hält die Maschine des wirtschaftlichen Lebens im Gang.

Neue Wege für die Landwirtschaft

Von Domänenpächter K. Schneider, Hof Kleeberg b. Hachenburg (Westerwald)

Der gegenwärtige Weltkrieg veranlaßt uns in ganz besonderem Maße Betrachtungen darüber anzustellen, ob unsere Landwirtschaft zukünftig auf den alten Bahnen weiter wandeln kann oder neue Wege einschlagen muß.

Durch den jetzigen Weltkrieg ist die deutsche Landwirtschaft in eine Lage gebracht, die man kaum voraussehen konnte. Nicht nur während des Krieges, sondern voraussichtlich noch lange darüber hinaus muß die Landwirtschaft allein die Nahrungsmittel für Mensch und Vieh, sowie viele Rohstoffe für die Industrie produzieren. Sollen diese Aufgaben gelingen, dann ist eine Neuordnung auf vielen Gebieten der landwirtschaftlichen Tätigkeit notwendig.

Neue Wege werden wir vor allem auf dem Gebiete der Viehzucht einschlagen müssen, weil wir von Jahr zu Jahr in eine größere Abhängigkeit vom Ausland geraten waren. Der deutsche Viehbestand betrug vor Kriegsausbruch 22 Millionen Stück Rindvieh und 25½ Millionen Schweine. Die Einfuhr von lebendem Vieh war zwar auf eine

Digitized by Google

verschwindend geringe Zahl gesunken, dagegen betrug der Wert der Einfuhr von Futtermitteln aller Art im Jahre 1½ Milliarden Mark. Sowohl die Abmelk- als auch Mastwirtschaften waren auf die ungeheure Futtereinfuhr aufgebaut. Die Milchwirtschaftsbetriebe in der Nähe der großen Städte sind zurzeit sozusagen kaltgestellt, weil ihnen das ausländische Kraftfutter fehlt. Die großen Schweinemästereien, welche nur mit russischer Futtergerste mästeten, sind verschwunden. Unser Viehstand hat bereits eine beträchtliche Verminderung erfahren, welche zum großen Teil allerdings durch das futterarme Jahr 1915 bedingt war. Auch der Pferdebestand erleidet durch den Krieg eine wesentliche Verringerung. Der Viehstand ist aber die letzte Reserve für die Volksernährung; es gilt deshalb alle Mittel zu ergreifen, um einem weiteren Zurückgang unserer Viehbestände Einhalt zu gebieten. Zur Viehhaltung fehlen vor allen Dingen eiweißhaltige Futterstoffe, nicht nur für die Milchproduktion, sondern auch für Jungviehaufzucht und Mast. Mir will scheinen, daß für die Zukunft in der gesamten Viehhaltung die Parole: „Rückkehr zur Natur" den besten Ausweg aus der Notlage zeigt. Wir können dem Vieh Eiweiß genug schaffen, wenn wir es zunächst von Frühjahr bis Herbst mit Grünfutter in möglichst jungem Zustande ernähren. Das geschieht am besten auf Viehweiden, welche nach neuzeitlichen Grundsätzen bewirtschaftet werden. Die Weidewirtschaft wird im ganzen Lande an Ausdehnung sehr gewinnen. Im letzten Jahrzehnt vor Kriegsausbruch ist in dieser Hinsicht schon gute Vorarbeit geleistet worden, so daß wir nicht mehr als Neulinge dieser Forderung der Zeit gegenüberstehen. Auf einer gut gepflegten und gedüngten Viehweide findet alles Vieh, sowohl Rindvieh als auch Pferde und Schweine eine so eiweißreiche Ernährung, daß jede Zufütterung, speziell Zukauf von Kraftfutter überflüssig ist. Je jünger Gras, Klee und anderes Grünfutter sind, um so höher ist auch ihr Eiweißgehalt. Das Vieh frißt auf der Weide sozusagen lebendes Eiweiß, während es im Stalle totes Eiweiß bekommt. Allerdings ist die Zeit des extensiven Weidebetriebs vorbei, weil man bei demselben eine zu große Bodenfläche zur kärglichen Ernährung von einem Stück Vieh benötigt. Seit wir gelernt haben durch intensive Bodenkultur und rationelle Düngung unter besonders reichlicher Verwendung von Kunstdünger neben Stallmist die Ernteträge fortdauernd zu erhöhen, hat man diese Grundsätze auch auf die moderne Weidewirtschaft übertragen. In Zukunft gilt es die Weiden so intensiv zu bewirtschaften, daß zur reichlichsten Ernährung von einem Stück Vieh nur eine verhältnismäßig kleine Bodenfläche erforderlich ist. Wir können auf den Hektar berechnet 4 bis 5000 Liter Milch oder 600 kg Fleisch erzeugen. Dabei bringt der Weidegang eine Gesundung unserer Viehbestände von selber mit sich, er bedeutet aber auch eine Verbilligung der gesamten Viehproduktion des landwirtschaftlichen Betriebs. Allerdings ist die Möglichkeit des neuzeitlich intensiven Weidebetriebs an gewisse Voraussetzungen gebunden. Genügend atmosphärische Niederschläge und graswüchsiger Boden müssen vorhanden sein. Eine weitergehende

Digitized by Google

Arbeitsteilung in der Landwirtschaft wird sich voraussichtlich in der Weise herausbilden, daß diejenigen Gebiete, welche für Weidewirtschaft sich eignen, dieser sich mehr und mehr zuwenden, während die anderen den Getreide- und Hackfruchtbau pflegen. Die Großstädte, überhaupt Konsumenten für Milch und Fleisch, werden ihren Bedarf nicht mehr in ihrer direkten Umgebung, sondern aus den Weidedistrikten beziehen müssen. Die Technik der Tiefkühlung ist so weit ausgebildet, daß durch dieselbe alle Transportschwierigkeiten überwunden werden können. Für die Jungviehaufzucht wurde schon lange von der Praxis der Grundsatz aufgestellt: „Jungviehaufzucht ohne Weidegang ist ein Unding." Jetzt wo uns die Kraftfuttermittel fehlen, werden die Viehzüchter geradezu gezwungen, dieser Parole zu folgen, denn es ist längst erwiesen, daß Rinder nach dem 6. Lebensmonat und Fohlen nach dem ersten Lebensjahre in rationell geleiteten Weidewirtschaften kein Kraftfutter mehr nötig haben. Sogar in der Schweinezucht wird man wieder zur Ernährung der Zuchtschweine auf besonderen Schweineweiden zurückkehren, denn etwa vom fünften Lebensmonat ab können sie bei guter Entwicklung ausschließlich auf der Weide ernährt werden. Der Weidegang kann je nach den klimatischen Verhältnissen einer Gegend verschieden lang ausgedehnt werden; die Weidezeit kann sechs bis neun Monate dauern. Fohlen und Jungrinder können sogar unter Umständen auch den Winter hindurch geweidet werden, solange nicht eine Schneedecke das Grasen verhindert. Allerdings müssen in manchen Gegenden Deutschlands mit vorherrschend bäuerlichem Besitz noch manche Vorurteile aus der Welt geschafft werden. Durch die seit einem Jahrhundert übliche Stallhaltung sind die meisten Viehzüchter soweit von einer naturgemäßen Haltung des Viehs abgekommen, daß sie sich zunächst gar nicht vorstellen können, ihr Vieh könnte bei jeder Witterung Tag und Nacht unter freiem Himmel leben. Es ist deshalb noch viel Aufklärungsarbeit nötig, bis die Viehzüchter gelernt haben, wie man das Jungvieh für den Weidegang naturgemäß aufzieht.

Wo keine Dauerweiden infolge der Boden- und klimatischen Verhältnisse geschaffen werden können, müssen Wechselweiden angelegt werden, auf denen das Vieh getüdert wird. Dieses Weideverfahren ist in Ostholstein und Dänemark seit langer Zeit üblich. Beim Tüdern wird das Vieh an ein etwa 5 m langes Tau angepflöckt. An einem 60 cm langen eisernen Pflock befindet sich oben ein Doppelkopf, in welchem sich ein Ring frei dreht. Sobald ein Stück Vieh den Platz, soweit das Tüderseil reicht, abgegrast hat, muß es weiter gepflöckt werden. Die Anhänger der Tüdermethode behaupten, die Ausnutzung der Weide sei dabei besser als beim freien Weidegang. Mag dem sein wie ihm wolle, Hauptsache ist, daß bei Anwendung des Tüderns jeder Viehhalter in der Lage ist, sein Vieh draußen im Freien zu ernähren und ihm die Vorteile des Weidegangs zu verschaffen. Zur Tüderweide eignen sich nicht nur süße Wiesen und andere Grasflächen, sondern vor allen Dingen auch Kleegrasfelder, welche besonders zu diesem Zweck angelegt werden.

Digitized by Google

Häufig kann man gegen das Ausdehnen des Weidegangs das Bedenken hören, wir kämen dadurch mit unserer Landwirtschaft auf englische Verhältnisse. Das ist aber durchaus nicht zu befürchten. Hier dreht es sich nur um die Frage, ist es vorteilhafter den vorhandenen Viehbestand im Stall zu füttern oder auf der Weide zu ernähren. Die Futteranbaufläche für einen bestimmten Viehbestand ist im intensiven Weidebetrieb durchaus nicht größer, als wenn man Grünfutter baut und dieses im Stall füttert. Es soll durch die Ernährung des Viehs auf der Weide weder der Getreide-, noch der Hackfruchtbau in Deutschland eingeschränkt werden, wie dies in England geschehen ist.

Im engsten Zusammenhang mit der Zunahme des Viehbestandes steht die Ertragssteigernng unserer Kulturböden. Der Mist läßt sich nicht durch künstliche Dünger ersetzen. Je mehr Mist eine Wirtschaft produziert, um so mehr wird auch die Fruchtbarkeit ihres Ackers steigen. Viehlose Wirtschaften sind in Deutschland ganz vereinzelt geblieben, und manche sind nach jahrzehntelangem künstlichem Hochhalten wieder zu Viehwirtschaft zurückgekehrt. So werden wir voraussichtlich nach dem Kriege bestrebt sein müssen, unsere Viehbestände wieder zu vermehren. Dabei wird uns die moderne Weidewirtschaft den gangbarsten Weg bieten.

Können wir durch die Einführung des Weidebetriebs in den Sommermonaten den Kraftfutterzukauf ausschalten, so bietet uns die künstliche Trocknung für die Zukunft einen neuen Weg, um auch für die Winterfütterung uns von der ausländischen Zufuhr unabhängig zu machen. Der Kriegszeit blieb es vorbehalten, die deutsche Landwirtschaft auf die enormen Vorteile hinzuweisen, welche die künstliche Trocknung ihr noch bringen kann. Sie wird uns wahrscheinlich bei entsprechender Ausdehnung von der ausländischen Futtermittelzufuhr vollständig unabhängig machen; sie wird infolgedessen unsere gesamte Viehhaltung und Viehernährung wesentlich beeinflussen. Zunächst sei auf folgende Punkte hingewiesen. Wenn es uns gelingen würde, alle Ernteprodukte vor Verlusten, welche durch die Ungunst der Witterung entstehen, zu bewahren, dann würde auch unsere Volksernährung in ganz anderem Maße gesichert sein. Wie oft kommt es vor, daß eine reiche Ernte durch anhaltende Regenperioden auf dem Felde verdirbt, oder daß man im Herbst bei der Hackfruchternte vom Frost überrascht wird. Ich brauche nur an den nassen Sommer 1912 zu erinnern, wo eine vorzügliche Ernte auf den Feldern stand und zu einem sehr großen Teil durch anhaltendes Regenwetter verloren ging. Wie häufig kommt es vor, daß eine Heu- oder Grummeternte total verregnet, daß die Kartoffeln infolge anhaltender Nässe massenhaft verfaulen. Der Krieg hat sich in dieser Hinsicht als guter Lehrmeister bewiesen, indem er die Technik veranlaßt hat, der Landwirtschaft Allestrockner zur Verfügung zu stellen, mit Hilfe deren, sowohl im Groß- wie im Kleinbetrieb, sämtliche landwirtschaftlichen und gärtnerischen Produkte getrocknet werden können. In normalen Jahren werden in Deutschland 50 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet. Davon

Digitized by Google

gehen nach praktischer Erfahrung durch Fäulnis und Schwund rund 10 Prozent verloren, also 5 Millionen Tonnen. Kann dieser Verlust durch künstliche Trocknung vermieden werden, dann können wir z. B. die gesamte Maiseinfuhr entbehren. Man schätzt den Gesamtertrag an Zuckerrübenblättern in Deutschland auf rund 100 Millionen Doppelzentner. Durch künstliche Trocknung lassen sich daraus etwa 20 Millionen Doppelzentner Trockenblätter herstellen, welche ein vorzügliches Kraftfutter für alle Viehgattungen sind. In vielen Wirtschaften wird ein Teil der Blätter noch untergepflügt; die Blätter der Runkelrüben, Kohlrüben, Möhren, Stoppelrüben und dergl. werden nur zu einem ganz geringen Teil durch Fütterung ausgenutzt, weil ihre Konservierung nicht überall zweckmäßig durchzuführen ist. Zuerst wurde die künstliche Trocknung im Anschluß an die Zuckerfabrikation zur Trocknung der Schnitzel eingeführt. Sodann entwickelte sich im letzten Jahrzehnt eine große Kartoffeltrocknungsindustrie. Der hohe Wert der Trockenkartoffeln und der Kartoffelflocken ist gerade jetzt zur Kriegszeit auch von der Landwirtschaft allgemein anerkannt worden. Auch zur Trocknung von feucht geerntetem Getreide sind bereits große Trockenanlagen seit längerer Zeit in Betrieb. Der Hauptfortschritt der Trocknungstechnik, welchen uns die Kriegszeit gebracht hat, besteht darin, daß sie Trockenapparate, sog. „Allestrockner", auch für die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe herstellt. Infolgedessen kann sich in Zukunft auch jeder kleine Bauer die Vorteile der künstlichen Trocknung zunutze machen. Es liegt in der Beschaffenheit der zu trocknenden wasserreichen Materialien begründet, daß sie keine weite Achsenfracht nach einer Trocknerei vertragen. Deshalb lautet die Forderung für die Zukunft: möglichst viele kleine Trockenanlagen zu errichten, nach denen jeder Produzent seine Produkte bequem hinbringen und wegholen kann. Die Parole lautet also Dezentralisation und nicht Zentralisation. Die Darretrockner in Verbindung mit Trockenluftgeneratoren, bei welchen durch Koksofenheizung heiße Luft erzeugt und durch ein starkes Windgebläse durch das auf den Darrfeldern ausgebreitete Naßgut geblasen wird, haben eine große Zukunft. Ihre Anschaffungskosten sind im Vergleich zu den durch sie erreichten Vorteilen so mäßig, daß sie bei der Verbreitung der künstlichen Trocknung kein nennenswertes Hindernis sind. Die wichtigsten Vorteile der künstlichen Trocknung sind folgende: Wasserhaltige Stoffe erleiden sofern sie bald nach der Aberntung getrocknet werden, keine Zersetzungsverluste weil die chemische Zersetzung abgeschnitten ist. Jeder praktische Landwirt weiß wie sehr die Qualität des Futters durch Verregnen, durch Pilzbefall und durch Fäulnis leidet. Bei der künstlichen Trocknung werden die grünen wasserhaltigen Stoffe mit heißer Luft von 100 bis 160 Grad Celsius durchströmt, so daß nicht nur ein sehr schnelles Trocknen, sondern auch eine Sterilisation bewirkt wird. Viele seither fast wertlose Stoffe, wie Rübenblätter, Herbstgrünfutter, Kartoffelkraut ja sogar Unkraut, können durch Trocknung in ein wertvolles Dauerfutter umgewandelt werden. Die Trockenware hat einen höheren Futterwert als das nasse Produkt,

Digitized by Google

weil die Nährstoffe in konzentrierter Form und ihre Wirkung nicht durch einen zu großen Wasserballast behindert werden. In Zeiten des Futterüberflusses, wenn in der Regel Futterverschwendung getrieben wird, kann ein Teil des Grünfutters in Dauerware verarbeitet werden. Wenn z. B. infolge nasser Herbstwitterung die Kartoffeln leicht faulen, dann wird man sie direkt nach der Ernte sortieren und den anfälligen Teil in Trockenware verarbeiten, um Fäulnisverluste zu verhüten. Wie sehr die künstliche Trocknung die Futterstoffe für die Viehhaltung zu vermehren vermag, beweist die Tatsache, daß in einer ganzen Reihe von Großstädten die Küchen- und Haushaltungsabfälle getrocknet und dadurch in ein vorzügliches Kraftfutter verwandelt werden. In manchen Städten werden täglich 1000 Zentner Haushaltungsabfälle getrocknet. In einigen Schlachthöfen wird Panseninhalt sowie Fleischabfälle durch Trocknen und Vermahlen in ein wertvolles Viehfutter verwandelt. In den norddeutschen Heidedistrikten wird Heidekraut künstlich getrocknet, nachher abgedroschen, um aus den Blättern und Blüten das Heidemehl als ein gutes Futter zu gewinnen. Man kann einen Allestrockner in jedem landwirtschaftlichen Betrieb das ganze Jahr hindurch ausnutzen. Bei Regenwetter in der Heuernte wird man Gras und Klee darauf trocknen, bei Regen in der Getreideernte das Getreide, bei nasser Herbstwitterung das Grummet und alles sogenanntes Herbstgrünfutter. Ferner kommen Kartoffeln, Rüben, Rübenkraut, Eicheln, Bucheckern, Obst, Gemüse usw. in Betracht. Wenn Klee und Luzerne in jugendlichem Zustande vor der Blüte künstlich getrocknet und zu Mehl vermahlen werden, kann man damit auch in der Schweinefütterung die ausländische Futtergerste ersetzen. Alle Leguminosen enthalten in ihrem jugendlichen Zustande sehr hohe Mengen leicht verdaulichen Eiweißes. Daß ein Allestrockner sich sicher rentiert, leuchtet schon aus dem Umstande ein, daß enorme Werte in der Landwirtschaft und Gärtnerei, welche mit viel Mühe und Schweiß erzeugt worden sind, vor dem Untergang gerettet werden können. Kann man z. B. Tausende von Tonnen Getreide, welche dem Verderben durch anhaltendes Regenwetter ausgesetzt sind, durch künstliche Trocknung retten, so spielt es gar keine Rolle, ob der Zentner 10, 20, oder gar 50 Pfg. Trocknungskosten verursacht. In Gegenden mit vorherrschendem Kleingrundbesitz kann eine Trockenanlage zur gemeinsamen Benutzung für ein ganzes Dorf errichtet werden. Hier bietet sich für das Genossenschaftswesen noch ein weites Tätigkeitsfeld. Ganz besonders möchte ich hierbei nochmals auf die Beschaffung des notwendigen Eiweißbedarfes für die tierische Ernährung hinweisen. Ich sagte oben schon, daß der Eiweißgehalt jeder Futterpflanze um so größer ist, in je jüngerem Zustande sie geerntet wird. Nun ist es aber ein bekannte Tatsache, daß junges Gras, junger Klee usw. sehr lange Zeit zum Dürrwerden bei natürlicher Trocknung auf der Erde gebrauchen. Auch sind die Verluste durch Blätterabfall beim natürlichen Trocknen durch Wind und Sonne zu groß. Die Kleeblätter z. B. enthalten etwa viermal so viel Eiweiß als der Stengel. Können wir die genannten Grünfutterstoffe direkt nach dem Mähen auf einem Alles-

Digitized by Google

trockner künstlich trocknen, so bleiben alle verdaulichen Eiweißstoffe unverändert darin enthalten, es finden auch keine Futterverluste durch Verkrümeln statt, und das Futter behält seine grüne Farbe. Man kann z. B. auf einer Normaldarre von Dr. O. Zimmermann-Ludwigshafen a. Rh. in 24 Stunden 100 bis 150 Zentner Heu gewinnen. Der Zentner künstlich getrocknet ist für die Fütterung bedeutend mehr wert, als die Trockenkosten betragen gegenüber der natürlichen Trocknung auf der Erde. Durch die künstliche Trocknung von Futterstoffen sind wir aber auch in die Lage gesetzt, andere Futterstoffe, welche fehlen, zu ersetzen. So kann man z. B. bei der Pferdefütterung den Hafer vollständig durch Trockenkartoffeln oder getrocknete Kohlrüben und andere Knollengewächse ersetzen. Die Kartoffelerträge können in Deutschland noch um 40 bis 50 Prozent gesteigert werden. Wird der Überschuß über den gewöhnlichen Bedarf in Trockenkartoffeln verwandelt, dann kann dadurch auch die seitherige Hafereinfuhr aus dem Auslande überflüssig werden. Einen neuen Weg zur Vermehrung eiweißreichen Futters im einzelnen Betrieb zeigen uns auch Versuche, welche an der Versuchsstation in Bonn ausgeführt worden sind. Es ist dort nachgewiesen worden, daß durch stärkere Düngung namentlich mit stickstoffhaltigen Düngemitteln der Eiweißgehalt aller Futterpflanzen außerordentlich gesteigert wurde. Sind unsere Fabriken zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft erst einmal voll ausgebaut, dann wird der Landwirtschaft soviel Stickstoffdünger zur Verfügung stehen, daß sie mit Hilfe desselben bedeutend mehr, und vor allen Dingen eiweißreicheres Futter produzieren kann ... Daß Futterpflanzen nach reichlicher Düngung besser nähren als ohne Düngung, ist auch dem einfachsten Landwirt längst bekannt. Arbeiten also in Zukunft die künstliche Trocknung und stärkere Düngung Hand in Hand, dann wird die Eiweißnot ein Ende haben.

Die obigen Ausführungen mögen genügen als Beweis dafür, daß der landwirtschaftlichen Produktion durch den Krieg manch neue Wege gezeigt worden sind. Selbstverlich wird auch auf anderen als den besprochenen Gebieten eine „Umwertung aller Werte" kommen. Besonders erwähne ich die Notwendigkeit der Förderung einer höheren Allgemeinbildung unter der heranwachsenden ländlichen Jugend, sowie die Neugestaltung der Landarbeiterfrage. Die Not der Zeit wird die Landwirtschaft lehren, daß sie sich mehr als seither mit diesen wichtigen Fragen beschäftigen muß.

Große weltgeschichtliche Ereignisse bringen stets eine Fülle neuer Probleme mit sich. Der Wert einer blühenden Landwirtschaft für das Leben und Gedeihen eines Volkes ist in diesem Kriege wie selten erwiesen worden. Möge die Zukunft ein Geschlecht von Landwirten finden, welches nie rückwärts wie Lots Weib schaut, sondern mit Geschick und Ausdauer die neuen Bahnen betritt, welche uns das Geschick zuweist.

Digitized by Google

Notizen

Deutschlands Kriegsziele. Prof. Erich Brandenburg versucht in einer bei Quelle & Meyer in Leipzig erschienenen Schrift dieses Titels zusammenzufassen, was nach seiner Meinung erreicht werden kann und muß. Er will damit den Illusionen die Wirklichkeit entgegenstellen. Die erste Illusion besteht nach seiner Meinung darin: daß man die Wiederherstellung des alten Zustandes vor dem Weltkriege ohne nennenswerte Veränderung für möglich hält. Die zweite Illusion besteht in der Hoffnung, daß die furchtbaren Leiden dieses Krieges die Neigung zu künftigen Kämpfen beseitigen und den Boden für einen neuen Zustand bilden würden, indem der Weltfriede durch internationale Abmachungen, Schiedsgerichte oder Abrüstung gewährleistet sei. Die dritte Illusion besteht in der Überzeugung, daß die Völker, denen wir zu einer selbständigen staatlichen Existenz verhelfen, uns dafür unendlich dankbar sein und ihre Anhänglichkeit durch freiwilliges festes Zusammenstehen mit uns gegen unsere Feinde beweisen würden. Die vierte Illusion besteht in der Hoffnung, daß ein dauernder politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß mit Österreich-Ungarn und vielleicht auch mit den übrigen verbündeten Staaten, ein neues Staatengebilde „Mitteleuropa", uns für die Zukunft dauernd gegen Angriffe sichern und im wirtschaftlichen Kampf zu einem selbständigen, vom Ausland unabhängigen Wirtschaftsgebiet machen werde. Die fünfte Illusion besteht in dem Glauben, daß Deutschland um so stärker werden würde, je mehr Gebiete es seinem Reich einverleibte. Annexion volksfremder Bevölkerung bedeutet in Wahrheit Schwächung, nicht Stärkung eines Staates, der auf nationaler Grundlage ruht. Die sechste Illusion besteht in der Erwartung, daß dieser Krieg uns ohne volle Niederwerfung Englands einen Zugang zum offenen Weltmeer und die Freiheit der Meere von der englischen Oberherrschaft bringen könne.

„Neutralität zur See". „Die Art der Kultur, die seit Generationen Millionen menschlicher Wesen eingeflößt ist, kann nicht in wenigen Tagen ausgemerzt werden. Bemerkenswert ist gerade jetzt ein Gesetzbuch über die Neutralität zur See, wie es auf Anregung von Sekretär Lansing vorbereitet und bei der gegenwärtigen Sitzung des amerikanischen „Institute of Intern. Law." in Havanna vorgelegt wurde. Dieses Gesetzbuch soll im nächsten Jahre von den Gesellschaften für internationales Recht in jeder der 21 amerikanischen Republiken aufgenommen werden. Es tritt für das Prinzip ein, daß, wenn ein Konflikt von den Neutralen nicht verhindert werden kann, alles geschehen muß, um ihn zu beenden und daß eine der Obliegenheiten der Neutralität „die menschliche Pflicht der Friedensstiftung" ist. Das Buch behandelt auch die Freiheit der Meere. Handelsblockaden würden untersagt und Postsendungen unverletzlich erklärt werden; Handelsschiffe ohne Bannware, einerlei ob sie den Kriegführenden oder Neutralen angehören, sollten unbelästigt bleiben, wenn sie beglaubigte Papiere führen; das Recht der Untersuchung auf See wäre abzuschaffen: Nach Annahme dieses vorgeschlagenen Gesetzbuches könnten die Neutralen eine „internationale Gewalt" anrufen, um Neutralitätsverletzungen zu bestrafen." („Boston Transcription".)

Schutzzollpolitik. Lord Sheffield drückte in einer am 24. Februar in Manchester abgehaltenen Versammlung seine schwere Besorgnis über die Zollpolitik aus, in welche England unter dem Vorwande, daß der Krieg sie erfordere, verwickelt werde. Es berge schwere Gefahren in sich, daß man Leuten wie dem Arbeiteminister John Hodge erlaube eine derartig extreme und unsinnige Art von Schutzzollpolitik zu vertreten. Aber auch in ihrer Wirkung auf den Krieg sei diese von keiner Sachkenntnis getrübte Art und Weise, mit dem Handel umzuspringen, geradezu verrückt, da auf diese Weise die Verpflichtungen Englands gegenüber seinen Verbündeten in Frage gestellt würden.

Nationalisierung der Volkswirtschaft. „Eine strenge Nationalisierung in dem Sinne,

Digitized by Google

daß Produktion und Konsumtion sich völlig im Rahmen eines Staates wie Deutschland vollziehen, ist deshalb unmöglich, weil uns wichtige Staatsquellen und Rohstoffe entweder ganz fehlen oder in nicht genügendem Maße zur Verfügung stehen, weil die Produktionsfähigkeit des deutschen Bodens ebenso begrenzt ist, wie die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und Kapitalien, weil der Konsum nicht fähig ist, sich in allen Fällen mit den in der heimischen Produktion gebotenen Gütern zu befriedigen. Eine solche Nationalisierung, selbst wenn sie möglich wäre, würde unsere weltwirtschaftlichen Beziehungen lahmlegen und damit nicht nur wichtige Glieder unserer Wirtschaftsorganisation, wie Ausfuhrhandel und Seeschiffahrt sowie die Ausfuhrgewerbe vernichten, sondern uns auch von der Weltkultur abschließen. Es ist also nicht eine absolute, sondern nur eine relative Nationalisierung ein denkbares Ziel unserer Wirtschaftspolitik." Wygodzinski in einer bei J. C. B. Mohr (Tübingen) erschienenen Schrift „Nationalisierung der Volkswirtschaft".

Haßpropaganda. Gegen die Ausführungen Romolo Murris im „Giornale del Mattino" von Bologna, daß man die Italiener von dem Verdacht, nicht hassen zu können, befreien müsse, wendet Marchese Filippo Crispolti im „Corriere d'Italia" vom 25. Februar ein: Das Angriffsprinzip des Feindes selbst darf man hassen, aber es ist unzulässig, diesen Haß auf die Personen zu übertragen, die Urheber oder Werkzeuge dieses Prinzips sind. Das Christentum erlaubt den Abscheu vor der Sünde, nicht vor dem Sünder. Es ist zum mindesten ein Zeichen historischer Unerfahrenheit, diesen Krieg so anzusehen, als ob das Christentum, das von ihm überrascht sei, nicht Anwendung finden könne. Es ist ein Irrtum, die Vaterlandsliebe zum Haß gegen den Feind stempeln zu wollen. Eine Haßpropaganda mit Ausdehnung auf die persönlichen Abneigungen gegen andere Menschen anzufachen, könnte den Verdacht hervorrufen, als ob die Vaterlandsliebe als Ansporn für unseren Krieg und für den Sieg nicht ausreichte. Eine solche Propaganda würde vergessen, daß der Haß, was man auch immer sagen mag, nach dem Kriege aufhören muß. Gott sei Dank stirbt ein Haß zwischen Völkern schnell, wenn er auch einmal als unsterblich gepredigt wird. Laßt uns daher lieber etwas Lebenskräftigeres predigen. Neulich sagte mir noch ein hervorragender Spanier: In den Jahren 1808 bis 1814 haben die Franzosen jede Grausamkeit gegen uns begangen, und wir haben ihnen dafür mit gleichem vergolten. Es schien, daß der Haß Jahrhunderte dauern müsse. Und 1825 waren wir wieder die besten Freunde.

Deutschland und die französische Kunst. Ein erstaunliches Erzeugnis der deutschen Kriegsliteratur legt ein deutsches Reservekorps vor: Ein Monographie La Tours, des Pastellmalers Ludwig XV. Ein Oberarzt hat für den größten Teil der 89 Nachbildungen von Kunstwerken in St. Quentin die Aufnahmen angefertigt. Die Erläuterungen zu den einzelnen Bildern und die Einleitung sind von Hermann Erhardt geschrieben. Sie sind darin vorbildlich, daß sie den Maler eines fremden Landes aus der fremden Volksart verstehen und doch den allgemein menschlichen Gehalt seiner Kunstwerke darüber nicht übersehen. La Tour ist einer der großen französischen Malerpsychologen, eine reizbare, empfindliche, gesellige Natur, die mitten in der „geschmackvollen Frivolität" des Rokokos nirgends den Ernst verleugnet, mit dem er seiner Kunst gedient hat. „Neben dem geistreich-heiteren La Tour, der sich dem Rokoko anpaßt, bleibt der unerbittliche Wahrheitssucher bestehen, der die Wirklichkeit ohne Rücksicht aufdeckt. Vor La Tours Kunst sind alle Menschen gleich. Als La Reynière ihm eines Tages absagte, behielt La Tour den Diener da, zeichnete ihn und ließ den Herrn wissen, daß er dieses Modell entschieden geistreicher finde." Die Nachbildungen, die zum großen Teil sogar die Farbigkeit des Pastells wiedergeben, sind ausgezeichnet und in jeder Beziehung einwandfrei, nicht minder der Druck. Das ungenannte deutsche Reservekorps kann auf diese Leistung stolz sein, der König Wilhelm II., dem das Werk gewidmet ist, wird mit uns allen die Energie und die Verein-

Digitized by Google

genommenheit des Willens schätzen, mitten im Kriege fremdes Wesen zu verstehen und zu würdigen. Der Band erscheint als erster einer geplanten Sammlung über die französische Kunst überhaupt. Als Verleger zeichnet die Korpsverlagsbuchhandlung Bapaume; der buchhändlerische Vertrieb geschieht durch R. Piper in München.

Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung. Neben die Vereinigungen, die sich die Reform der Schulerziehung als Ziel gesetzt haben, ist in jüngster Zeit die Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung getreten. Ihre Gründung wird man als ein neues Anzeichen dafür begrüßen können, daß die Erkenntnis von der Bedeutung einer zeitgemäßen Erziehung weitere Kreise erfaßt. In der Tat hat hier bisher eine Lücke bestanden; es gab kein Gegengewicht gegen die lauten Gegner der vermeintlich „veralteten" Familienerziehung, es gab andererseits auch wenig Stimmen, die die zahlreichen Gleichgültigen und Lauen in der Elternwelt aufrüttelten. Was auf dem Gebiet der Familienerziehung vor allem nottut, habe ich in der Deutschen Politik (Heft 38, September 1916) bereits gesagt und kann es jetzt nach der Gründung der neuen Vereinigung nur wiederholen: Verinnerlichung und Vergeistigung des Familienlebens, bewußte erzieherische Einwirkung auf Grund wenigstens elementarer Kenntnisse von Wesen, Zweck und Mitteln der Erziehung. Das Programm der Deutschen Gesellschaft z. T. der häuslichen Erziehung stimmt damit überein; es wäre zu wünschen, daß die Arbeit der Gesellschaft wirklich darauf hinauskäme, an die Stelle der vielgepriesenen, innerlich gedanken- und wertlosen Gemütlichkeit des deutschen Familienlebens besonders der höheren Schichten, Verantwortlichkeitsgefühl und das ehrliche Bemühen um die strenge Geistigkeit zu setzen, die eine Vorbedingung für die schweren Zukunftsaufgaben unsers Volkes ist. Von den Mitteln, deren sich die Gesellschaft zur Förderung ihrer Zwecke bedienen will, sei die Einrichtung von Elternberatungsstellen besonders hervorgehoben. Sie erinnert an den Vorschlag, regelmäßige „Pädagogische Wochen für Eltern und für Studierende" einzurichten, der nach Beendigung des Krieges zuerst an der Dürerschule Hochwaldhausen durchgeführt werden soll.

G. F. Neuendorf

Neuerscheinungen

Landeskunde

Deutschkunde. Ein Buch von deutscher Art und Kunst mit 2 Karten, 32 Tafeln und 8 Abbildungen, herausgegeben von Walther Hofstaetter. (B. G. Teubner, Leipzig. 1917. 169 S., geb. M. 2.70.) Versucht die Entwicklungslinien der Geschichte, der Volks- und Kulturkunde, d. h. der Literatur der Kunst, der Musik usw. zu einem kurzen Überblick über die gesamte Entwicklung zusammenzufassen und dadurch in Wort und Bild von deutscher Art und Kunst eine lebhafte Vorstellung zu geben. Man möchte wünschen, daß dieses Buch ergänzend zu den üblichen geschichtlichen und Literaturbüchern der Schule tritt und ein deutsches Hausbuch wird.

Hans Besser: Natur- und Jagdstudien in Deutsch-Ostafrika. (Franckhsche Verlh., Stuttgart.) 79 S. Preis M. 1.—.

A. Ischirkoff: Bulgarien, Land und Leute. 1. und 2. Teil. Verl. Dr. J. Parlapanoff, Leipzig. 129 und 124 S. Mit diesem Werke wird eine bulgarische Bibliothek eröffnet, die dem Deutschen über alle Gebiete des öffentlichen Lebens, über Geschichte und Volkskunde Auskunft geben soll. Es enthält ein durch zahlreiche Abbildungen veranschaulichtes geographisches Bild, danach eine Schilderung der Bevölkerung und der volkswirtschaftlichen Siedelungsverhältnisse.

Emile Guillaume: Ein Kampf um die Scholle. Eugen Diederichs Verlag, Jena. 1916, M. 3.—, geb. 4.20, 233 S. Getreue Schilderung des Seelenzustandes des kleinen französischen Bauern. Gegeben von einem französischen Bauer. Ein Seitenstück zu Reymonts „Polnischen Bauern".

Geschichte

Heinrich Margulies: Der Kampf zwischen Bagdad und Suez im Altertum. Deutsche Orient-Bücherei, Heft 21. Verl. Gustav Kiepenheuer, Weimar. 54 S. Preis M. 1.30. Merkwürdige Zeugnisse von der Wiederkehr der großen politischen Probleme der Weltpolitik, die in den Namen Suez und Bagdad sich konzentrieren.

Dr. Walther Lehmann: Die Kapitulationen. Deutsche Orient-Bücherei. Bd. 22. Verl. Gustav Kiepenheuer, Weimar. Geschichtlicher Überblick über Einführung, Wesen und Wirkungen der Kapitulationen; Darstellung der rechtlichen Bedeutung ihrer Aufhebung. In einem Anhang der

Digitized by Google

Wortlaut der preußischen Kapitulationen von 1761 und der Note der Worte vom 9. Sept. 1914.
Richard Feller: Polen und die Schweiz. Ein geschichtlicher Rückblick. Mit 4 Abbild. (Bern, A. Francke.) 40 S. Preis M. —.50.
Karl Goetz: Die Deutsch-Russischen Handelsverträge 1189—1904. Ein geschichtlicher Überblick. Verl. der Grenzboten, Berlin. 24 S. Preis M. 1.25.

Biographien

Die Tagebücher von Dr. Emin Pascha. Herausgegeben mit Unterstützung des Hamburgischen Staates und der Hamburgischen wissenschaftlichen Stiftung von Dr. Franz Stuhlmann. Verlag von George Westermann, Hamburg-Braunschweig-Berlin 1917. 128 S. Preis M. 9.—. Seinem Verdienst, die Tagebücher Emin Paschas, welche bereits den Weg über den großen Teich gefunden hatten, wieder für Deutschland zu erwerben, läßt der Hamburgische Staat jetzt die Herausgabe dieses höchst wertvollen Materials folgen. Das vorliegende Heft I des ersten Bandes enthält neben dem ersten Teil der Tagebücher vom 28. Oktober 1875 bis 24. Juli 1910 vorbereitendes Material aus der Feder des verdienstvollen Herausgebers, das zum Verständnis der Tagebücher selbst notwendig ist: eine Übersicht über das Material der Tagebücher und ihre Geschichte, einen kurzen Überblick über die Geschichte und Entwickelung der Äquatorialprovinz und eine Übersicht der Völkerstämme der Umgegend der früheren Äquatorialprovinz, sowie eine Liste der im Nachlaß von Emin Pascha aufgefundenen arabischen Dokumente und eine ausführliche Literaturübersicht über Emin Pascha.
Max Ludewig: Erinnerungen eines alten Stettiners. Nationalverlag G. m. b. H., Stettin 1917. Preis M. 1.50. 144 S. Biographie eines Mannes, der die Schicksale Stettins nach 1850 bis zu unserer Zeit miterlebt hat.

Philosophie — Erziehung

Felix Löwy-Cleve: Die Philosophie des Anaxagoras. (Verlag Carl Konegen, Wien. 101 S. brosch. M. 5.—.) Versuch einer zusammenfassenden Darstellung des Philosophen, der ein Freund des Perikles, der „genialen Republik" zugerechnet werden darf, die die großen griechischen Denker vor Sokrates darstellen.
Dr. Martin Meyer: Nietzsches Zukunftsmenschheit. Das Wertproblem und die Rangordnungsidee. (Bibliothek für Philosophie. 13. Band, Beilage zu Heft 4, Berlin, L. Simeon. 78 S. M. 2.50.) Entwirft aus geschichtsphilosophischem Grund und der Kritik des Zeitgeistes durch Nietzsche seine Forderungen an die kommende Menschheit als das positive Gegenbild zu ihrer historisch gewordenen Auffassung.
Walter Rathenau: Von kommenden Dingen. (1917. S. Fischers Verlag, Berlin. 355 S. Geh. M. 5.—.) Ein Mann der praktischen Arbeit geht der Entwicklung nach, die der große Krieg zu bringen scheint: der Mechanisierung als dem Wollen zur Einheit, die „transzendente Weltanschauung, die Andacht der Seele, den Glauben zum Absoluten" an die Seite zu setzen, weil sie diesen Einheitswillen durchseelen, von der Herrschaft enthronen und zum Dienste zwingen. Ein Buch, das eine Brücke zwischen Weimar und Potsdam, zwischen dem Deutschtum des Idealismus und der schaffenden Arbeit schlägt.
Ernst Proelsch: Humanismus und Nationalismus in unserem Bildungswesen. Vortrag in der Versammlung der Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums in Berlin und der Provinz Brandenburg. (Berlin, Weidmann, 1917. 42 S. M. —.80.)
Herm. Muckermann: Der biologische Wert der mütterlichen Stillpflicht. (Herdersche Verlagshandlung, Freiburg.) IIV und 70 S. Preis M. 1.20.
Heinrich Pudor: Das Familienrecht und die deutsche Jugenderziehung. (Herm. Beyer & Sohn Verlag, Langensalza. 20 S.) Empfiehlt Einrichtung von Elternabenden, um das Familienprinzip innerhalb der Staatsschule wieder zur Geltung zu bringen.
Ernst Hering: Die Seele des sechsjährigen Kindes. (Verlag Beyer & Söhne, Langensalza. 73 S.) Zeigt die Probleme und Methoden der Erforschung der seelischen Entwicklung des Weltbildes, der Sprache, des Spiels des sechsjährigen Kindes auf.
Bruno Clemens: Beobachtung und Berücksichtigung der Eigenart der Schüler. (Herm. Beyer & Söhne, Langensalza. 42 S.) „Fassen wir das Kind als künftige Persönlichkeit auf, so verbietet sich das Schematisieren von selbst. Dem Vorwurf, die Natur schafft Persönlichkeiten, die Erziehung hebt sie wieder auf, soll die Schule keine Unterlage bieten."
Reinhard Strecker: Die Neuordnung des deutschen Unterrichts an höheren Schulen. (Herm. Beyer & Söhne, Langensalza. 32 S.) „Es soll bei der vermehrten deutschen Lektüre nicht eigentlich mehr gelernt, sondern mehr erlebt werden."
H. E. Timerding: Naturwissenschaft und Mathematik in unserem höheren Bildungswesen. (Herm. Beyer & Söhne, Langensalza. 65 S.) Aus der äußeren Stellung für Naturwissenschaft und Mathematik und der Bedeutung der naturwissenschaftlichen Fächer für das Bildungswesen werden Wege und Ziele der Mathematik, Physik, Chemie, der Erdkunde aufgezeigt.
G. Weiß: Der Sinn der nationalen Einheitsschule. (Verlag Herm. Beyer & Söhne, Langensalza. 24 S.) Im ganzen pädagogischen Aufbau unseres gesamten Schulwesens soll endlich der Gedanke seine Wirkung ausüben, daß die

Digitized by Google

sicherste Grundlage aller Humanität das Humane bildet, das in unserem Volkstume niedergelegt ist. Die Höhen seiner Entwicklung sollen als die Ziele für die zukünftige Arbeit des ganzen Volkes praktische Bedeutung erlangen.

E. von Krmàn: Ein kriminalpädagogisches Institut. (41 S. Verlag Herm. Beyer & Söhne, Langensalza.) Skizze über Plan und Einrichtungen eines kriminalpädagogischen Instituts und die Anwendung der Grundgedanken der Pestalozzi-Herbartschen Pädagogik auf das Jugendgerichtsverfahren.

Schöne Literatur — Bildende Kunst

Norbert Jacques: Piraths Insel. Roman (S. Fischer Verlag, Berlin.) Geh. M. 3.50, geb. M. 4.25. Ein Werk, das ein Einzelschicksal in ein universales Bild der seelischen, wirtschaftlichen und weltpolitischen Kultur Europas verwebt und die seelischen Forderungen des Einzelmenschen mit den wirtschaftlichen, politischen Forderungen des Typus des Europäers zu vereinigen sucht.

Münchener Jahrbuch der bildenden Kunst. X. Band 1916/17. Heft 1 und 2. Verlag G. D. W. Callwey, München. 177 S. Mit vielen Abbildungen im Text. Enthält Aufsätze über die Münchener Michaelskirche, Süddeutsche Freskomalerei, die deutsche Plastik in Würzburg.

Kriegsliteratur

Generalleutnant z. D. Baron von Ardenne und Dr. Hans Helmolt: „Das Buch vom großen Krieg". 1. Band mit 234 Abbildungen im Text, 19 Kunstblättern, 5 Kartenbeilagen. (Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart. 204 S. M. 12.—.) enthält Darstellung der Vorgeschichte des Krieges, Schilderung der ersten Kämpfe zu Land, See und in der Luft, bis zum Eintritt Italiens in den Krieg. Volkstümliches, mit zahlreichen Bild- und Kartenbeigaben versehenes, Buch für das deutsche Haus.

Oberst Karl Egli: Zwei Jahre Weltkrieg. (Verlag Schulheß & Co., Zürich. 224 S. Geb. M. 6.—.) Ausgezeichnete kurze Kriegsgeschichte des schweizerischen Generalstabsoffiziers und Mitarbeiters der Basler Nachrichten mit 22 ausgezeichneten Skizzen vom Aufmarsch, den Gefechten usw. und ausführlichen zuverlässigen Namen- und Sachregistern.

W. v. Seidlitz: Das zweite Jahr des Kulturkrieges. 162. Flugschrift des Dürerbundes. Verl. G. D. W. Callwey, München. 30 S. Preis M. —.50.

Sebastian v. Oer: Ohne Furcht und Tadel. Ein Wort von einem alten Kameraden an unsere jungen Offiziere. (Herdersche Verlagsbuchhandlung, Freiburg.) VI und 80 S. Preis geb. M. 1.—.

Siegfried Jakobsohn: Die ersten Tage. (Reuß & Itta, Konstanz.) 73 S. M. —.50. Sammlung von Stimmungsbildern aus den ersten Tagen des Krieges.

Max Schippel: England und wir. („Kriegsbetrachtungen eines Neutralen".) 1917. S. Fischer Verlag, Berlin. 197 S. Geb. M. 2.—. Aufsätze aus den Sozialistischen Monatsheften über die englische Weltpolitik, Zeugnis für die antienglische Orientierung der sozialdemokratischen Auffassung.

Die russische Gefahr. Beiträge und Urkunden zur Zeitgeschichte. Herausgegeben von Paul Rohrbach. (J. Engelhorn Nachf., Stuttgart.) Heft 5. Die nordische Brücke. Von R. Nordlander und S. Sario. 79 S. Br. M. 1.50. Stellung Finnlands im Kriege und als gedachter Hauptpfeiler der zukünftigen russisch-englischen Verbindungsbrücke über Skandinavien und das Nordmeer und geplanter Hauptstützpunkt der englischen Zukunftspolitik. Heft 6. Die russische Gefahr im deutschen Hause. Von Professor Dr. J. Haller. 94 S. Br. M. 1.50. Kritische Auseinandersetzung mit den „Russophilen" von der Art des Professor Hoetzsch.

Conrad Bornhak: Belgiens Vergangenheit und Zukunft. Verlag „Der Grenzboten", Berlin. Preis M. 1.25.

Dr. Franz Rothenfelder: Casement in Deutschland. Verlag Gebr. Reichel, Augsburg. 124 S. Erinnerungen und Briefe Casements mit zahlreichen Photographien und Faksimiles. Ein Erinnerungszeichen für Casements freundschaftliche Stellung zu Deutschland.

H. N. Reichl: Die weibliche Kampfesart der Gegner Deutschlands im Weltkrieg. (Verlagsbuchhandlung für Lebenswissenschaft, Nürnberg.) 28 S. Preis M. —.50.

Feld. Avenarius: Das Bild als Verleumder. Bemerkungen zur Technik der Völkerverhetzung. Mit 72 Abbildungen. 151. Flugschrift des Dürerbundes. Verlag G. D. Callwey, München. 78 S. Preis M. —.75.

G. Stählers: Erhebendes aus dem Weltkrieg. (Holland & Josenhaus, Stuttgart.) 190 S. Preis M. 1.50. Anekdoten und Erzählungen, die von der ethischen Größe im Felde und in der Heimat erzählen.

Reinhold Zellmann: Der Weltkrieg. Niederschriften und Unterrichtsergebnisse. (Herm. Beyer & S., Langensalza.) 64 S. Darstellungen von der Hand der Lehrer und der Schüler über die Anteilnahme an den Ereignissen des Krieges.

Georg Haberland: Das Mieterverhältnis im Kriege. Vorschläge zur wirtschaftlichen Erhaltung des Hausbesitzes. Verlag A. Unger, Berlin. 24 S. Preis M. —.60.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Zeichnet die sechste Kriegsanleihe 361
Thimme, Revolution und Neuorientierung 361
Schmidt, Wetterleuchten im Osten 366
Offensivgeist 371
Kolbe, Die britische „Siegesanleihe" und die Mitwirkung der Lebensversicherungsgesellschaften 372
Schiemann, Streiflichter zur Weltlage V 379
Notizen / Neuerscheinungen 386

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 23. März 1917 Heft 12

Gustav Diepenheuer Verlag Weimar Berlin

Digitized by Google

Sechste Kriegsanleihe

5% Deutsche Reichsanleihe

4½% Deutsche Reichsschatzanweisungen,

auslosbar mit 110% bis 120%.

Zur Bestreitung der durch den Krieg erwachsenen Ausgaben werden weitere 5% Schuldverschreibungen des Reichs und 4½% Reichsschatzanweisungen hiermit zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

Das Reich darf die Schuldverschreibungen frühestens zum 1. Oktober 1924 kündigen und kann daher auch ihren Zinsfuß vorher nicht herabsetzen. Sollte das Reich nach diesem Zeitpunkt eine Ermäßigung des Zinsfußes beabsichtigen, so muß es die Schuldverschreibungen kündigen und den Inhabern die Rückzahlung zum vollen Nennwert anbieten. Das gleiche gilt auch hinsichtlich der früheren Anleihen. Die Inhaber können über die Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen wie über jedes andere Wertpapier jederzeit (durch Verkauf, Verpfändung usw.) verfügen.

Die Bestimmungen über die Schuldverschreibungen finden auf die Schuldbuchforderungen entsprechende Anwendung.

Bedingungen

1. Annahmestellen.

Zeichnungsstelle ist die Reichsbank. Zeichnungen werden

von Donnerstag, den 15. März, bis Montag, den 16. April 1917, mittags 1 Uhr

bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin (Postscheckkonto Berlin Nr. 99) und bei allen Zweiganstalten der Reichsbank mit Kasseneinrichtung entgegengenommen. Die Zeichnungen können auch durch Vermittlung der Königlichen Seehandlung (Preußischen Staatsbank), der Preußischen Central-Genossenschaftskasse in Berlin, der Königlichen Hauptbank in Nürnberg und ihrer Zweiganstalten, sowie sämtlicher Banken, Bankiers und ihrer Filialen, sämtlicher öffentlichen Sparkassen und ihrer Verbände, jeder Lebensversicherungsgesellschaft, jeder Kreditgenossenschaft und jeder Postanstalt erfolgen. Wegen der Postzeichnungen siehe Ziffer 7.

Zeichnungsscheine sind bei allen vorgenannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen.

2. Einteilung. Zinsenlauf.

Die Schuldverschreibungen sind in Stücken zu 20000, 10000, 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Mark mit Zinsscheinen, zahlbar am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres, ausgefertigt. Der Zinsenlauf beginnt am 1. Juli 1917, der erste Zinsschein ist am 2. Januar 1918 fällig.

Die Schatzanweisungen sind in Gruppen eingeteilt und in Stücken zu 20000, 10000, 5000, 2000 und 1000 Mark mit dem gleichen Zinsenlauf und den gleichen Zinsterminen wie die Schuldverschreibungen ausgefertigt. Welcher Gruppe die einzelne Schatzanweisung angehört, ist aus ihrem Text ersichtlich.

3. Einlösung der Schatzanweisungen.

Die Schatzanweisungen werden zur Einlösung in Gruppen im Januar und Juli jedes

2. Jahrgang • 23. März 1917 • Heft 12

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Zeichnet die sechste Kriegsanleihe

Die Kriegsopfer für alle Völker abzukürzen, hat kaiserliche Großmut angeregt. Nun die Friedenshand verschmäht ist, sei das deutsche Volk aufgerufen, den verblendeten Feinden mit neuem Kraftbeweis zu offenbaren, daß deutsche Wirtschaftsstärke, deutscher Opferwille unzerbrechlich sind und bleiben.

Deutschlands heldenhafte Söhne und Waffenbrüder halten unerschütterlich die Wacht. An ihrer Tapferkeit wird der frevelhafte Vernichtungswille unserer Feinde zerschellen. Deren Hoffen auf ein Müdewerden daheim aber muß jetzt durch die neue Kriegsanleihe vernichtet werden.

Fest und sicher ruhen unsere Kriegsanleihen auf dem ehernen Grunde des deutschen Volksvermögens und Einkommens, auf der deutschen Wirtschafts- und Gestaltungskraft, dem deutschen Fleiß, dem Geist von Heer, Flotte und Heimat, nicht zuletzt auf der von unseren Truppen erkämpften Kriegslage.

Was das deutsche Volk bisher in kraftbewußter Darbietung der Kriegsgelder vollbrachte, war eine Großtat von weltgeschichtlich strahlender Höhe.

Und wieder wird einträchtig und wetteifernd Stadt und Land, arm und reich, groß und klein Geld zu Geld und damit Kraft zu Kraft fügen — zu neuen wuchtigen Schlägen.

Unbeschränkter Einsatz aller Waffen draußen,
aller Geldgewalt im Innern.

Machtvoll und hoffnungsfroh der Entscheidung entgegen!

Revolution und Neuorientierung

Von Friedrich Thimme

In Rußland herrscht die Revolution!

Die Triebkräfte der russischen Umwälzung sind heute für uns noch in Dunkel gehüllt. Die Tatsache allein aber, daß an der Spitze des zwölfgliedrigen Exekutivausschusses, der die Macht in Petersburg an sich gerissen hat, der Dumapräsident Rodzianko, der nahe Vertraute des großbritannischen Botschafters Buchanan steht

Digitized by Google

läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß England, das von je der Fluch seiner Verbündeten war, auch hier seine ränkevolle Hand im Spiele gehabt hat.

Ob Englands Beweggründe darin zu suchen sind, daß die russischen Liberalen die ärgsten Kriegsfanatiker sind, oder ob die Berechnung dahin geht, daß eine Umgestaltung des autokratischen russischen Regiments in revolutionärem Sinne den Weg frei machen werde, um die geschlossene Demokratie des Weltalls gegen die allein noch „reaktionär" regierten Mittelmächte zum Sturm zu führen, und um vor allem auch dem demokratischen Amerika, das wenigstens im ersten Stadium des Krieges noch an dem Bündnis des zaristischen Rußlands und der liberalen Westmächte Anstoß nahm, den Kampf gegen Deutschland vollends als ein Gebot freiheitlichen Menschentums erscheinen zu lassen, das mag dahingestellt bleiben; sicher ist nur, daß England der Hauptinteressent und Nutznießer der russischen Revolution ist.

Umgekehrt könnte unserem Todfeind England zurzeit gar nichts Schlimmeres passieren, als wenn wir ihm durch eine freiheitlichere Gestaltung unserer Verhältnisse die demokratische Waffe aus der Hand zu winden suchten. Daß es einen „akuten Triumph" Englands bedeuten würde, wenn wir unsere Institutionen nach dem westeuropäischen Freiheitsbegriff modelten, wie es jüngst in einer viel zitierten Herrenhausrede hieß, das ist, mindestens vom englischen Standpunkte aus, vollkommen falsch gedacht. Nein, Englands Kriegsziel ist es gewiß nicht, uns mit jenen demokratischen Freiheiten zu beglücken, die sich ja in Frankreich und neuerdings auch in England selbst mit dem ausgeprägtesten Militarismus nur zu gut vertragen; das hieße ja, immer vom englischen Standpunkt aus, uns neue moralische Kräfte zuführen! Englands einziges Ziel ist vielmehr, uns und unsere Bundesgenossen vernichtend zu schlagen; erst wenn wir am Boden liegen, sollen uns Demokratie und Völkerrecht gleichsam als Zwangsjacke angezogen werden, damit wir uns nie wieder zu erheben vermögen.

Wenn wir also die Pläne unserer Gegner vereiteln wollen, so können wir gar nichts Besseres tun, als ihnen nach Möglichkeit den demokratischen Wind aus den Segeln zu nehmen. Hat nicht auch Bismarck in der Krise des Jahres 1866 die Trumpfkarte des allgemeinen gleichen Wahlrechts, das noch heute das freieste Wahlrecht in der ganzen Welt bedeutet, ausgespielt? Hat er nicht auf der Höhe der Erfolge von 1866 „unter Einfluß von Erwägungen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik" sich entschlossen, jeden Schachzug im Innern danach einzurichten, ob der Eindruck der Solidität unserer Staatskraft dadurch gefördert oder geschädigt werden könne?[1] Hat er nicht allezeit neben Preußens Stellung in Deutschland seine europäische Aktionsfähigkeit im Auge gehabt? Und vergeben wir uns, die wir dieses klassische Beispiel unseres größten Staatsmanns vor Augen haben, das geringste, wenn wir in der gewaltigen Krise des Weltkrieges, wo unsere ganze Existenz und unsere Zukunft auf Sein oder Nichtsein

[1] Gedanken und Erinnerungen II, 56.

Digitized by Google

gestellt ist, wie unser außenpolitisches, so auch unser innerpolitisches Tun und Lassen danach prüfen und abmessen, wie es auf unsere weltpolitische Aktionsfähigkeit im Kriege und über den Krieg hinaus wirkt.

Davon kann natürlich auch nicht entfernt die Rede sein, daß wir unsererseits sozusagen in Wettbewerb mit den russischen Umstürzlern träten. Ob die russische Revolution wirklich die Folgen zeitigen wird, die die Engländer von ihr erhoffen, steht doch noch sehr dahin; leicht möglich, daß sie anstatt einer Befestigung des Kriegswillens und der Kriegszuversicht die Vollendung des Chaos und der Anarchie herbeiführt. Unsere Stärke aber im Weltkrieg hat von Anfang an die unerschütterliche Geschlossenheit des ganzen deutschen Volkes, die Einheit und das Ineinanderaufgehen von Kaiser, oberster Heeres- und Reichsleitung und Volk ausgemacht. Bei allen unseren Gegnern haben die Regierungen gewechselt. Kaum noch einer von den Machthabern, die in den Jahren 1914—1916 uns den Krieg ankündigten, ist im Amt geblieben, und jetzt ist gar der russische Zar als erster unter den Herrschern selbst entthront worden, oder er hat sich der Entthronung durch die Abdankung entzogen! Mit den Regierenden hat auch das Regierungssystem überall mehr oder minder tief einschneidende Veränderungen, ja Umwälzungen erfahren, in Frankreich sowohl wie in England, und nun gar in Rußland! Wir dagegen sind noch immer der feste Pol in der Erscheinungen Flucht geblieben. Bei uns beschränkt sich der Wechsel der leitenden Persönlichkeiten auf ein Mindestmaß; nur das Kriegsministerium, das Reichsmarineamt und zwei Staatssekretariate haben ihren Inhaber gewechselt. Auch unser Regierungssystem haben wir nur auf die Bedürfnisse und den Geist des Krieges einzustellen brauchen, im übrigen aber fast unverändert lassen können. Jene Parole, die unser Kaiser gleich zu Beginn des Krieges als ein Symbol unserer Einheit und Geschlossenheit ausgab „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" ist bis heute das Zeichen geblieben, in dem wir siegen. Alle Hoffnungen unserer Feinde auf unsere innere Zerrissenheit, auf den Abfall der Sozialdemokratie, auf eine fortschreitende Entnervung der Volksmassen infolge der Entbehrungen und Nöte des Hungerkrieges sind schmählich zuschanden geworden; ungebeugt wie am ersten Tage des Krieges ist der Wille zum Durchhalten nur noch gestiegen, trotz des drohenden Eingreifens Amerikas in den Weltkrieg, die Zuversicht auf den endlichen Sieg. Mag auch der innere Friede des deutschen Volkes im langen Lauf des Krieges durch die verschiedenen Ansichten über Kriegsmethoden und Friedensziele, über Organisationsfragen und einzelne gesetzgeberische Maßnahmen beeinträchtigt sein, mag das Urteil über unsere leitenden Persönlichkeiten mehr als wünschenswert auseinandergehen: unsere geschlossene nationale Front besteht dennoch. Keine Streiks, keine Revolte haben sie auch nur einen Augenblick ernstlich bedroht. Der Gedanke an Revolution, der in Rußland so jäh zur Tat und Vollendung gediehen ist, hat bei uns wohl kaum in den Köpfen der wil-

Digitized by Google

besten Sozialdemokraten gespukt. Uns ist es vielmehr zum schönsten Erlebnis des Weltkrieges geworden, daß der ärmste Sohn unseres Volkes auch sein getreuester war!

Wir dürfen vertrauen, daß gerade der sich aufdrängende Vergleich zwischen Rußland und uns, zwischen der „Solidität unserer Staatskraft" und dem jähen Zusammensturz des russischen Staatssystems, zwischen unserer Neuorientierung und der russischen Revolution aller Welt und nicht zuletzt den Neutralen eindrucksvoll aufzeigen wird, auf welcher Seite die tieferen und sittlicheren Kräfte des Volkes und des Staates, und damit auch die größere Gewähr des endlichen Sieges zu suchen ist. Es trifft sich eigen, daß der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident just in dem Augenblick, wo uns die ersten Nachrichten von den Erfolgen der russischen Revolution erreichten, im Abgeordnetenhause die eindringlichste und wirkungsvollste aller seiner bisherigen Reden über die Neuorientierung hielt. Eine stärkere Folie konnte seinen Ausführungen über die Erneuerung unseres deutschen Volkes überhaupt nicht geboten werden als durch den blutigen Umsturz in Rußland. Der äußere Anlaß der Rede des Herrn von Bethmann Hollweg, die Ablehnung der Diätenvorlage durch das Herrenhaus, tritt trotz der wichtigen innerpolitischen Folgerungen, zu denen diese Ablehnung führen zu wollen scheint, im Moment ganz zurück. Wichtiger erscheint uns heute, daß gerade in dem Moment, wo Rußland zu einer freiheitlichen Verfassung übergeht: ein Umstand, der alsbald aufs stärkste von unseren Feinden gegen uns ausgespielt werden wird, der Reichskanzler vor aller Welt von neuem in den eindrucksvollsten Tönen nicht bloß seine unerschütterliche Überzeugung kund gibt, daß das Erleben dieses Krieges zu einer Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens in freiheitlichem Sinne führen muß und wird, allen Widerständen zum Trotz, sondern auch seinen festen und unbeugsamen, mit Unrecht hier und da bezweifelten Willen diese Reformen durchzuführen. „Ich will diese Gedanken und ich werde sie durchführen. Und ich werde mein Letztes daran setzen."

In einer Stunde also, wo der russische Staatskörper von konvulsivischen Zuckungen erschüttert wird, wo er nicht etwa aus eigener Kraft, sondern unter der eigennützigen Nachhilfe seiner Bundesgenossen durch ein Blutbad hindurch zu neuen Staatsformen schreitet, kündigen wir eine Politik der Stärke, eine starke auswärtige Politik, wie eine Politik der inneren Stärke an, die beruhen soll auf der vollberechtigten und freudigen Mitwirkung des ganzen Volkes, auch der breiten Massen an der staatlichen Arbeit, und folglich auch auf der vollen Teilnahme an den staatlichen und politischen Rechten. Der Reichskanzler spricht nicht von der Einführung des parlamentarischen oder des demokratischen Systems, nicht von Volkssouveränität und ähnlichen Schlagwörtern, deren Hohlheit der Krieg gerade in den Ententeländern enthüllt hat, wo doch wahrlich heute nicht mehr Freiheit als bei uns herrscht. Nicht nach westmächtlichem oder gar nach neuestem russischen Muster, am wenigsten mit freundlicher Nachhilfe

Digitized by Google

der Ententestaaten wollen wir das Verhältnis zwischen Volk und Staat neugestalten. „Wo wir von etwas zu befreien sind, da wollen wir es selbst besorgen," hat der Kanzler schon neulich mit einem stolzen Wort gesagt. Ja, aus eigenem Willen, aus eigener Kraft wollen wir uns von den uns anhaftenden Schwächen und Unvollkommenheiten befreien. Wir brauchen, um das zu erreichen, nichts von dem aufzugeben, was unsere Stärke ausmacht: nicht die kraftvoll führende Monarchie die längst ihre eigenste Aufgabe darin erkannt hat, auch den breiten Massen des Volkes ihr Recht, ihr volles Recht zu geben; nicht unser unüberwindliches Heer, das doch nicht bloß ein monarchisches, sondern zugleich ein Volksheer ist, auch nicht unseren ureigensten Freiheitsbegriff, der nicht auf Ungebundenheit, sondern auf freigewollte Hingabe in Pflicht und Ordnung gestellt ist. Wir brauchen bloß aus den Erfahrungen des Weltkriegs heraus, der uns als schönste Frucht die Wiedergeburt und die Steigerung der Staatsgesinnung vor allem auch unserer Arbeiterschaft beschert hat, den Bund zwischen Kaiser und Volk, zwischen Macht, Ordnung und Freiheit immer inniger zu flechten. Ein deutsches Kaisertum, ein preußisches Königtum, das eingedenk des ungeheuren Erlebens dieser Zeit, seine Kraft aus der Liebe des freien Mannes zieht, das vermag nahezu alles, das wird alle Parteien des Reichstages und des preußischen Landtages, nicht zuletzt das Herrenhaus, das sein Dasein und seine Zusammensetzung doch nur von Königs Gnaden hat, mit sich fortreißen!

Aus den Worten des Kanzlers aber dürfen wir neue und freudigste Gewißheit schöpfen, daß unser Kaiser und sein verantwortlicher Ratgeber sich der Größe der Aufgabe wie des einzuschlagenden Weges durchaus bewußt sind. Mit voller Sicherheit greift der Kanzler die Gebiete heraus, auf denen vor allem die Reformen großen Stiles einzusetzen haben: eine Regelung des Arbeitsrechts, eine Regelung des preußischen Wahlrechts, eine Neuordnung des Landtages im ganzen. Mit allem Nachdruck hebt der Kanzler auch wieder die arbeiterfreundliche Tendenz der geplanten Reformen hervor. Warnend, wie mit einem vorahnenden Hinweis auf die russischen Ereignisse, mahnt er die Parteien: „Wenn wir nicht entschlossen sind, diese Folgerungen zu ziehen, dann gingen wir inneren Erschütterungen entgegen, deren Tragweite kein Mensch übersehen kann." Er weist es weit von sich, solche Schuld auf sich zu laden. Ist auch nur eine unter unseren Parteien, die es kann und will, ohne für ihren Bestand zu zittern?

Wir sind überzeugt, daß die von tiefster Bewegung getragenen Worte des Kanzlers forttönen werden, nicht nur über Tag und Stunde, sondern auch über die Grenzen Deutschlands hinaus. Sie werden dazu beitragen, unsere Feinde um den moralischen Erfolg zu bringen, den sie aus der russischen Revolution zu ziehen suchen werden. Sie werden unsere innere Front, nicht zuletzt das Vertrauen unserer Arbeiterschaft zu dem Staate stärken, und sie werden so zu dem Siege beitragen, der unser allerheißester Wunsch ist!

Digitized by Google

Wetterleuchten im Osten

Von Axel Schmidt

Will man die augenblicklichen Vorgänge in Rußland verstehen, so muß man einen Überblick über das Kräfteverhältnis im Lande besitzen. Der führende Kopf in der Regierung ist Protopopow, mit dem Ministerpräsidenten Golitzyn, Justizminister Dobrowolski und Unterrichtsminister Kultschiski gehen. Die älteren Kabinettsglieder wie Bark, Fürst Schachowskoi und Pokrowski machten dagegen dem Minister des Innern Opposition, die so weit ging, daß sie dem Bankett Protopopows zu Ehren der Petersburger Konferenz fernblieben. In Rußlands Oberhause, dem Reichsrate, war die oppositionelle Stimmung in den letzten Monaten des vorigen Jahres soweit gestiegen, daß der Zar zu Neujahr zu einem bedeutenden Pairsschub griff und außerdem noch zum Vorsitzenden den früheren Justizminister Schtscheglowitow machte, dessen brutaler Energie die Bändigung des Oberhauses anvertraut wurde. In der Duma waren seit Beginn des Krieges drei größere Gruppen entstanden: die Rechte, der Block und die Linke. Die Majorität besaß der fortschrittliche Dumablock, den ursprünglich sechs Parteien (die fortschrittlichen Nationalisten, das Zentrum, die Semstwo- und Links-Oktobristen, die Progressisten und die Kadetten) bildeten. Ihr geistiges Haupt ist der Führer der Kadetten Prof. Miljukow, der sich mit dem größten Teil der Liberalen von einem pazifistischen Demokraten zu einem nationalistischen Imperialisten entwickelt hat. Der Einfluß des Blockes war im Lande sehr groß; er hatte nicht nur Industrie und Handel hinter sich, sondern auch große Teile des Großgrundbesitzes und der Bildung. Dazu kam, daß er in dem Städte- und Landschaftsbunde zwei riesige Organisationen zur Verfügung hat, die jederzeit bereit sind, den Block politisch zu unterstützen. Einen weiteren Rückhalt besitzt er bei den Botschaftern der Bundesgenossen, die offen mit der Dumaopposition sympatisieren. Dieses Fraternisieren der Vertreter der Ententemächte mit dem Dumablock trat besonders während der Petersburger Konferenz zutage. Waren doch die Repräsentanten der Westmächte mit den Blockführern häufiger zusammen, wie mit den Gliedern des russischen Kabinetts. Als kürzlich noch die Adelsorganisationen, die bisher die festeste Stütze der Reaktion waren, auf ihren provinziellen Versammlungen sich auf die Seite der Duma stellten, löste das in der liberalen Presse ungeheuren Jubel aus. Die meisten Versammlungen schlossen sich nämlich der Resolution des Vorstandes des Adelsverbandes an, in der der Sorge um die Lage des Landes offen Ausdruck gegeben wurde. Die Adelsversammlung in Moskau sandte sogar ihren Vorsitzenden direkt zum Zaren, um ihm die Bedenken der Versammlung über die jetzige Regierung bekannt zu geben. Die liberale Presse schwamm über diese Schwenkung im Adel in eitel Wonne, weil, wie ein liberales Blatt erklärte, das ganze Land, soweit es unabhängig sei, sich jetzt der Opposition angeschlossen hätte. Selbst

Digitized by Google

das rechtsstehende „Now. Wr." hob hervor, daß die Stimme des russischen Adels jetzt zur Stimme des ganzen Landes geworden sei. Diese Verstärkung des rechten Flügels des Blockes war freilich nur zustande gekommen, weil seine linken Elemente immer wieder Teile des ursprünglichen Programms fallen lassen mußten. Dieses ewige Anschlußsuchen nach rechts ging schließlich den Progressisten zu weit und sie schieden aus dem Blocke aus, weil sie sich die Forderung nach einer parlamentarischen Regierung nicht in das Verlangen nach einem Kabinett des öffentlichen Vertrauens verwässern lassen wollten. Ganz froh wurde der Block jedoch seiner Erfolge in der Oberschicht nicht. Denn die Linke fing in letzter Zeit an sie energischer an ihre alte Forderungen zu gemahnen und diese Mahnungen wurden von den breiten Massen des Volkes beifällig aufgenommen. Bevor ich auf diese Auseinandersetzungen zwischen der Linken und dem Blocke eingehe, sei noch mit einigen Worten die Rechte und Linke skizziert. Die Rechte zerfällt in zwei Gruppen: Erstens die eigentlichen Reaktionäre unter Markow II und Lewaschew in der Duma und Maklakow und Schtscheglowitow im Reichsrat, die lieber einen faulen Frieden, als Konzessionen im Innern wollen und deshalb in den Geruch der Deutschfreundlichkeit gekommen sind. Zweitens die rechten Nationalisten mit Balaschow in der Duma und Trepow im Reichsrat an der Spitze, die zwar kriegsfanatisch sind, aber die Forderungen des Blockes in innerpolitischen Fragen nicht mitmachen. Die Linke besteht aus der Arbeitsgruppe unter Kerenski (Kleinbauern und Kleinbürgern) und den Sozialisten, die in Kriegsgegner (Maximalisten) und Kriegsförderer (Minimalisten) zerfallen.

Zu Anfang des Krieges, als noch die Wogen des Deutschenhasses hoch gingen, war der Einfluß der Linken nicht groß, zumal seit sie die Unvorsichtigkeit begangen hatte, zu erklären, daß sie eine Niederlage herbeisehnte, weil nur solche Rußland Fortschritte gebracht hätte. Sie wiesen dabei auf die Reformen nach dem Krimkriege und dem japanischen hin. Des Sozialisten Suchanow Broschüre „Warum führen wir Krieg", die in Deutschland viel zu hoch eingeschätzt worden ist, war ein Beleg für die damals in der Linken herrschende Strömung. Seit jener Zeit hat diese Gruppe ihre Taktik geändert. Sie „spekuliert nicht mehr auf die Niederlage", sondern hat sich die Wilsonsche Losung „Krieg ohne Sieg" zu eigen gemacht. Derselbe Suchanow hat diesem Thema einen langen Aufsatz gewidmet, und die annexionswütigen Pläne Miljukows wurden von dem Blatt der Arbeitsgruppe, „Djen", schroff abgelehnt, weil auf diese Weise der Krieg zur Befreiung der kleinen Völker zu einem reinen Annexionskrieg entarten würde. Diese neue Taktik der Linken sagte dem Blocke wenig zu. Er begann heftig über die „vaterlandslose Gesellschaft" herzufallen und scheute nicht davor zurück, die Linke zu beschuldigen, um den Dumablock zu schädigen, mit der Regierung unter einer Decke zu stecken. Die Diskussion wurde immer heftiger, so daß Protopopow an diesem Kampfe der Opposition untereinander seine helle Freude

Digitized by Google

zu haben begann. Als dann der Ministerpräsident Golitzyn die Schlauheit besaß, die Duma ohne Erklärung zu eröffnen und den Landwirtschaftsminister Rittich vorzuschicken, um die Diskussion von der Politik auf das Gebiet der Wirtschaftsfragen abzulenken, gerieten sich die beiden Oppositionsparteien in die Haare. Selbst liberale Blätter mußten zugeben, daß der erste Tag der Duma „blaß" gewesen sei. In ihrem Mittelpunkt stand eine Anklagerede des Sozialistenführers Tschcheidse, der jedoch seine Angriffe nicht gegen die Regierung richtete, sondern gegen den Block. Sie gipfelten in dem Vorwurfe, daß der Block gar nicht ernsthaft gegen die Regierung ankämpfe, weil zu einem wirklichen Kampfe Bewegung gehöre, die freilich zu einer Revolution führen könne. Das aber wolle der Block unter keinen Umständen, weil er nur an seine imperialistischen Tendenzen denke. Deshalb habe auch der Block der hochmütigen Ablehnung des Friedensvorschlages der Mittelmächte seitens der Entente zugestimmt. Er könne sich daher jetzt darüber nicht beklagen, daß es in Rußland „so bleibe, wie es immer gewesen sei".

Der zweite Tag verlief viel interessanter. An ihm kamen der Führer des Blockes und der Linken zum Wort. Der Spiritus rector des Blockes, Miljukow, lehnte strikt den Vorschlag Wilsons, „Krieg ohne Sieg", ab. Dann ging er zu einem scharfen Angriff auf die Regierung und insbesondere auf Rittichs Wirtschaftspolitik über, die für das Land ruinös sei. Er beschwor noch einmal die Regierung, die Kräfte des Landes nicht durch Polizei, die besser an die Front gehöre, zu fesseln, sondern endlich den großen Verbänden im Lande die Freiheit zu geben, den Sieg zu organisieren. Er schloß mit der Warnung an die Regierung, nicht wie bei den Dumawahlen zu glauben, die Bauernschaft auf ihrer Seite zu haben. Der Linken gegenüber betonte er dagegen, daß, da das Volk alles von dem Parlament erwarte es Vertrauen zur Dumamajorität besitze.

Der Führer der Linken Kerinski blieb Miljukow die Antwort nicht schuldig. Er warnte davor, allzusehr auf den Kräfteverfall der Mittelmächte zu spekulieren, weil sich auch Rußland immer mehr erschöpfe und die Stimmung der Volksmassen in immer stärkerer Progression falle. Die russischen Zustände begannen immer mehr denen vor der Französischen Revolution zu ähneln. Zum Schluß warnte er, über den imperialistischen Träumen den richtigen Moment zu versäumen, um den europäischen Konflikt zu liquidieren. Als Grundlage dazu könne aber nicht das Prinzip imperialistischer Eroberungen hingestellt werden, sondern die Freiheit aller Völker. Wenn auch dank dem russischen beschränkten Wahlrecht nicht, wie in England und Deutschland, die Stimme der Demokratie sich Gehör zu verschaffen imstande sei, so stehe es doch fest, daß die russischen Volksmassen nicht für uferlose Annexionsziele zu haben seien.

Dann kam die Sensation des Tages. Die Partei der Semstwo-Oktobristen, zu der auch der Vorsitzende der Duma Rodzianko gehört, erklärte, daß sie als Glied des

Digitized by Google

Blockes zwar den politischen Ausführungen Miljukows zustimme, nicht aber seiner Kritik der Pläne des Landwirtschaftsministers Rittich. Der Regiernng war es damit geglückt, durch einseitige Begünstigung der Agrarier einen Keil in den Dumablock zwischen die Produzenten (Semstwo-Oktobristen) und die Verbraucher (Kadetten) zu treiben. Nach diesem für die Regierung so erfolgreichen Anfang scheint es auf den ersten Blick nicht erklärlich, warum sie bald darauf zur Vertagung gegriffen hat. Wenn auch die russischen Preßstimmen darüber noch nicht eingetroffen und die Telegramme wenig zuverlässig sind, so bietet doch die Bemerkung der „Rjetsch", daß die Ausführungen Kerenskis starken Eindruck gemacht hätten und die Strömung, die die innerpolitischen Fragen unabhängig von der Duma gelöst sehen will, an Anhängern gewinnt, einen Fingerzeig für die letzten Vorgänge. Solange die Opposition von dem Blocke geführt wurde, konnte sich die Regierung die scharfen Kritiken schließlich gefallen lassen. Denn der Block als Träger des Kriegsgedankeus konnte nicht von Worten zu Taten übergehen, weil er sich damit zu seiner Losung „*Alles für den Krieg*" in Widerspruch gesetzt hätte. Anders würde sich aber die Lage für die Regierung gestalten, wenn die Elemente die Führung im innerpolitischen Kampfe an sich zu reißen im Begriffe wären, denen innerpolitische Fragen viel wichtiger sind als der ganze Krieg. Diese könnten sehr gut von Worten zu revolutionären Taten übergehen. Hatten sie damit doch in ihren letzten Reden bereits gedroht, und wie der Draht meldet, ist auch bereits das *erste Blut auf den Straßen Petersburgs und Moskaus* geflossen. Die ständigen Vorwürfe der Linken, als ob es dem Blocke mit seinem innerpolitischen Programm nicht ernst sei, sind ein sehr geschickter taktischer Kniff, um ihn zu zwingen, immer radikalere Töne anzuschlagen, damit er die Fühlung mit den breiten Volksmassen nicht verliere. Allem Anscheine nach hat die *Episode mit dem falschen Miljukow*, der die Arbeiter zu Arbeitseinstellungen überredet hatte, den Zweck, den Keil zwischen Block und Linken noch tiefer hineinzutreiben. Daß diese *Provokation* von seiten der Regierung ausging, ist anzunehmen, weil Protopopow sonst kaum mehrere Tage lang das Miljukowsche Dementi zu veröffentlichen verboten hätte. Andererseits stehen natürlich die Arbeiterunruhen auch mit der Arretierung der Arbeitervertreter in den Kriegsindustrie-Komitees zusammen, was große Erbitterung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen hat.

Noch wäre es zu früh, von dem Beginn der Revolution in Rußland zu sprechen. Das *erste Wetterleuchten* aber ist am politischen Himmel Rußlands erschienen. Die augenblickliche Situation spitzt sich immer mehr auf die Frage zu: *Wer ist der Stärkere, Protopopow oder Kerenski?* Der Block, der, abgesehen von der Unterstützung der Entente, nach dem Anschluß des Adels so gut wie ganz Rußland unter seiner Fahne versammelt hatte, würde, sobald es zur Kraftprobe käme, zur Ohnmacht verurteilt sein. Schon vor Jahren hat Professor Miljukow den Ausspruch getan, daß „*die nächste Revolution in Rußland sich gegen den guten Rock*

Digitized by Google

richten werde". Damit hat er andeuten wollen, daß die Volksmasse zwischen Regierung und oppositioneller Bourgeoisie keinen Unterschied machen werde. In diesem Falle würden sich die Kadetten ohne Zweifel ebenso unter die Flügel der reaktionären Regierung retten, wie 1905 der oppositionelle Grundbesitz unter Stolypins Schild flüchtete, als die Bauern die Gutshöfe anzuzünden begannen. Die Lage der Kadetten ähnelt der der Girondisten. Mehrfach waren sie nahe daran, die Macht an sich reißen zu können, jetzt aber würden sie, falls die Volksbewegung nicht im Keime erstickt werden sollte, von den Linken unter Kerenski und Tschcheidse ebenso überrannt werden, wie seinerzeit die Girondisten durch die Partei des Berges.

*

Nachwort. Diese Zeilen waren am Mittwoch, also vor Eintreffen der Nachrichten von der russischen Revolution, geschrieben. Jetzt ist dem Wetterleuchten das Gewitter gefolgt. Nikolai der Zweite hat das Kriegsabenteuer, das ihm von den Liberalen aufgezwungen war, mit dem Throne büßen müssen.

Soweit aus den spärlichen und sich widersprechenden Nachrichten zu erkennen, ist die Revolution von der Petersburger Arbeiterschaft gemacht worden. Die vor kurzem durch die Blätter gehende sonderbare Nachricht, daß die streikenden Arbeiter in Petersburg dem Militär zugejubelt hätten, klärt sich jetzt dahin auf, daß das Militär mit der Arbeiterschaft fraterniſiert hat und zu ihr übergegangen ist. Viel zu diesem Umschwung im Militär dürften der Städte- und der Landschaftsverband beigetragen haben, die seit Ausbruch des Krieges das gesamte Sanitätswesen leiteten. Der heftige Kampf, den Protopopow gegen diese beiden Verbände führte, erklärt sich eben daraus, daß die Regierung fühlte, die Arbeit dieser Organisationen verfolge nicht nur charitative Zwecke, sondern auch politische Ziele.

Wie im Jahre 1905 hat auch dieses Mal die liberale Bourgeoisie die Früchte der Arbeiterbewegung gepflückt. Damals freilich brach bald der Gegensatz zwischen dem liberalen Bürgertum und den Arbeitern auf. Letztere begannen, wie erinnerlich, nach Erlangung der politischen Rechte (Duma) soziale Forderungen zu stellen (höhere Löhne und achtstündiger Arbeitstag), worauf die Bourgeoisie unter Stolypins Schutz flüchtete und um Hilfe gegen die Bundesgenossen von gestern flehte. Wie wird es dieses Mal werden? — Das ist die große Frage. Ist doch zum Gegensatz sozialer Natur noch der von Krieg und Frieden gekommen. Während die Liberalen die Revolution benutzen, um den Krieg besser fortsetzen zu können, sind die Arbeiter nichts weniger wie kriegsbegeistert, sondern verfolgen innerpolitische Ziele. Siegen wird, wer das Heer für sich zu gewinnen versteht. Eins hat aber der bisherige Verlauf der Revolution schon gezeigt, Protopopow ist nicht der starke Mann, für den ihn z. B. die „Vossische Zeitung" auszuposaunen liebte. Für uns ist es natürlich viel wichtiger, daß endlich völlige Klarheit darüber geschaffen ist, daß das ewige Gerede von einem russischen Sonderfrieden nicht nur müßig, sondern schäd-

Digitized by Google

lich war; nur zu geeignet, um unsern festen Siegeswillen bei Feind und Neutralen in Zweifel zu bringen. Der Zwölferausschuß der Duma mit Rodzianko an der Spitze wird fürs erste natürlich für unbeugsame Fortsetzung des Krieges alle Kräfte anspannen. Freilich ist nicht zu übersehen, daß die Kadetten, wie oben ausgeführt, nicht fester im Volke wurzeln, wie seinerzeit die Girondisten. Daher kann es leicht dazu kommen, daß die Arbeiter, die die Revolution auf ihren Schultern getragen haben, auch dieses Mal auf Erfüllung ihrer speziellen Forderungen bestehen werden. Das Revolutionsdrama kann also leicht noch einen neuen blutigen Akt erhalten. Nur eins ist ausgeschlossen: die Rückkehr zu den alten Zuständen. Die Selbstherrschaft ist in diesen Tagen in Rußland zu Grabe getragen.

Trotzdem der Kriegswille (nicht die militärische Stoßkraft) durch den Umsturz unzweifelhaft gestärkt worden ist, so ist die Bewegung im deutschen Interesse den noch zu begrüßen. Die Zustände in Rußland dürften nämlich so zerfahren sein, daß auch der beste Wille der neuen Männer nicht imstande sein wird, das Chaos während des Krieges zu beseitigen. Den schlechten Frieden werden also die Liberalen unterzeichnen müssen, und damit werden sie sich im Auge des Volkes derartig kompromittiert haben, daß es ihnen unmöglich sein dürfte, ihr altes Spiel der Kriegsverhetzung wieder aufzunehmen. Das aber wäre ein großer Gewinn für uns. Denn da der Dumablock ziemlich die ganze Bildungsschicht in Rußland umfaßt, so werden diese Männer stets auf die geistigen Strömungen von großem Einfluß sein, selbst wenn sie politisch nicht am Ruder bleiben sollten.

Offensivgeist

Unsere Kriegslasten stehen erst dann im rechten Licht, wenn wir sie in Vergleich setzen mit unseren Kraftquellen und den Lasten der Feinde. Unsere Geldwirtschaft hat den Stürmen des Kriegs getrotzt, sie wird auch den künftigen Anforderungen standhalten.

Zwar steht dahin, ob Begeisterung und Opferfreude der ersten Kriegszeit, das trutzige Zusammenstehen aus der Stunde der Gefahr hinüberzuretten seien in die Zeit des Friedens. Aber was zweifellos als Gewinn aus schwerer Heimsuchung uns bewahrt bleiben wird, das ist der geläuterte Ernst der Lebensauffassung, die Arbeitsamkeit und Betriebsamkeit, die gespornte deutsche Erfindungsgabe und Organisationskunst, das deutsche Volksvermögen mit seinen reichen Einkommensquellen, von denen freilich manche neu erschlossen und neu gefaßt werden müssen.

Eine ausreichende Kriegsentschädigung wird uns die Neuordnung der wirtschaftlichen Dinge erleichtern. Mit ihr werden wir reicher, ohne sie ärmer, aber nicht wirtschaftsunfähig sein. Die Aussichten für eine solche Entschädigung steigen natürlicherweise in dem Maße, als wir unsere Überlegenheit, unseren Sieg vollständig machen,

Digitized by Google

indem wir zu den militärischen Erfolgen den geldwirtschaftlichen Sieg fügen. Können wir das? Die neue englische Anleihe war als Kraftprobe gedacht; sie schließt, wobei nichts verkleinert werden soll, jedenfalls nicht so ab, daß sich die Hoffnungen jenseits des Kanals auch nur halbwegs erfüllt hätten. Das neue Geld deckt knapp den Bedarf von 5 bis 6 Monaten, die ersehnte Umwandlung der schwebenden kurzfristigen in eine langfristige Anleihe aber ist so gut wie völlig mißlungen. Und das, obwohl der englische Markt eine Schonzeit von mehr als 1½ Jahren genossen hatte! Dabei ist England, dessen Schwierigkeiten sich häufen (U-Bootkrieg, Ernährungssorgen, Beeinträchtigung der Einfuhr und der Ausfuhr), eine Hauptstütze der Entente, oder sollte sie doch sein. Daß die Stütze brüchig wird, ist um so beachtlicher, als das Zusammenraffen langfristiger Kapitalien im eigenen Lande der Bundesgenossen nachgerade auf bedrohliche Schwierigkeiten stößt. Zudem wachsen die Verschuldungen ans Ausland (Amerika übte von Anfang an eine zärtlich wohlwollende Neutralität, während es für uns nur Neutralitäts-„Ersatz" hatte), und die Kriegsaufwendungen geldlicher Art sind ungefähr doppelt so hoch wie die unsrigen.

Demgemäß ergibt sich beim Abmessen der beiderseitigen Widerstandskraft ein mehrfaches Mißverhältnis zuungunsten der Feinde. Also wird der Sieg auf dem Gebiete der Finanzen unser sein, wenn die Einsicht in die eigene Kraft und die Erkenntnis der feindlichen Lage bei uns daheim jenen hochgemuten Offensivgeist wecken, den Hindenburg kündet: „Das deutsche Volk wird seine Feinde nicht nur mit den Waffen, sondern auch mit dem Gelde schlagen." Und einmal muß da drüben die Erkenntnis aufdämmern, daß ein Weiterkämpfen nur die Opfer — und den deutschen Vorsprung steigert.

Die britische „Siegesanleihe" und die Mitwirkung der Lebensversicherungsgesellschaften

Von Franz Kolbe

Zum dritten Male seit Beginn des Krieges rief im Januar 1917 der britische Schatzkanzler die Nation zur Zeichnung einer Kriegsanleihe auf. Der Erfolg der beiden ersten Kriegsanleihen war nur ein mäßiger gewesen — die 3½ prozentige Kriegsanleihe vom November 1914 hatte nur 63 000 000 £, die 4½ prozentige vom Juli 1915 nur 900 000 000 £[1] ergeben. Seitdem hatte man sich — abgesehen von den äußeren Anleihen in Amerika, die 210 000 000 £, und einer japanischen Anleihe, die 10 000 000 £ ergab — mit der Ausgabe von Schatzwechseln und hochverzinslichen Schatzscheinen — zuletzt 6 Proz. — beholfen. Insgesamt waren Anfang dieses Jahres 170 000 000 £ 5prozentige Schatzscheine, 365 000 000 £ 6prozentige Schatzscheine 1 100 000 000 £ Schatzwechsel, schließlich 35 000 000 £ Schuldscheine und ähnliche schwebende innere Schuldentitel, insgesamt 2 813 000 000 £ im Umlauf.

[1] Davon war aber nur der kleinere Teil neues Geld, das meiste bestand aus Konvertierungen.

Digitized by Google

Länger aber als bis zum Januar 1917 konnte man mit Auflegung der neuen Anleihe nicht warten. Nach einer Aufstellung des „Manchester Guardian“ waren für das Finanzjahr vom 1. April 1916 bis 31. März 1917 2 100 000 000 £ aufzubringen. Durch Steuern und ähnliche Einnahmen waren nach dem Voranschlage gedeckt 560 000 000 £, so daß 1 540 000 000 £ im Anleihewege zu beschaffen waren. Am 3. Februar betrug die auf diesem Wege beschaffte Summe 1 354 000 000 £, wovon aber Vorschüsse (wahrscheinlich an die Verbündeten) in Höhe von 380 000 000 £ abzurechnen waren. Die zu beschaffende Summe betrug also 566 000 000 £, wovon in Japan (10 000 000 £) und in den Vereinigten Staaten (50 000 000 £) 60 000 000 £ bereits durch äußere Anleihen gedeckt waren, so daß also ein Betrag von 506 000 000 £ bis zum 31. März zu beschaffen war, wenn England nicht in Zahlungsschwierigkeiten kommen sollte.

Nun ist es natürlich so gut wie undenkbar, daß ein Land von dem Reichtum Englands wirklich zahlungsunfähig werden sollte. Als ultima ratio (letztes Mittel) blieb immer noch die Erhebung einer Zwangsanleihe übrig, an eine solche hat man aber sehr ernstlich gedacht, denn der Schatzsekretär Mr. Bonar Law hat offen damit gedroht für den Fall, daß die freiwillige Anleihe die nötigen Mittel nicht ergeben sollte. Nach dem Mißerfolg der beiden ersten Anleihen war ein solches Ergebnis nicht gerade unwahrscheinlich. Eine Zwanganleihe aber wäre zum mindesten eine moralische Bankerotterklärung gewesen, denn die Notwendigkeit zu einer solchen hätte den Nachweis erbracht, daß die Nation sich weigerte, ihrer Regierung die zur Führung des Krieges notwendigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen, welche das Parlament anstandslos bewilligt hatte.

Es ist daher kein Wunder, daß ganz Großbritannien dem Ergebnis der dritten Kriegsanleihe mit fieberhafter Erwartung entgegensah. Mit ungeheuren Mitteln — nach einer Mitteilung des Schatzkanzlers im Parlament sind nicht weniger als 1½ Millionen Mark für die Propaganda ausgegeben worden — und mit einem Riesenaufwande von Reden, Umzügen, Flugblättern, Zeitungsinseraten usw. wurde für die Anleihe Stimmung gemacht. Besonderer Wert wurde von vornherein darauf gelegt, daß nicht nur die reichere, sondern gerade auch die ärmere Bevölkerung sich an der Anleihe beteiligen sollte. Um dieser die Beteiligung zu ermöglichen, bediente man sich in der Hauptsache der Postsparkassen, welche zum Preise von 15 s 6 d (15.50 Mark) einen Anleiheschein über 1 £ = rund 20 Mark verkauften. Die Versicherungsgesellschaften wurden mit ausdrücklicher Zustimmung des Premierministers aufgefordert, bei ihren Versicherten anzufragen, ob sie damit einverstanden wären, daß ihnen im Falle der Auszahlung der Versicherungssumme der Betrag in Kriegsanleihe anstatt in bar ausgehändigt werde. Von ganz besonderem Einfluß auf die Propagierung der Anleihe war die Arbeit des National War Savings Committee, welches allein in England und Wales 22697 War Savings Associations für je einen größeren Be-

Digitized by Google

zirk und 1073 War Savings Local Committees gründete. Von diesen Gesellschaften und Komitees wurde nun besonders bei der Arbeiterbevölkerung eine außerordentlich intensive Propaganda betrieben, deren Erfolg denn auch nicht ausblieb. Das War Saving Committee arrangierte Tausende von öffentlichen Versammlungen und Umzügen, besonders aber auch eine Preßpropaganda durch Inserate, wie sie die Welt bisher noch nicht gesehen hatte.

Am 19. Februar konnte Mr. Bonar Law im Unterhause mitteilen, daß das Anleiheergebnis mindestens 700 000 000 £ betrage, daß davon genügend neues Geld da sei und daß eine Zwangsanleihe nicht notwendig werden würde. Endlich, am 26. Februar, konnte der Schatzkanzler dem Unterhaus die Mitteilung machen, daß das Gesamtergebnis ein bedeutend höheres sei, als er es geschätzt habe und sich auf 1 000 312 950 £ stelle. Hiervon seien

bei Banken gezeichnet	819 586 000 £
Schatzscheine konvertiert	130 711 950 „
Zeichnungen durch die Postämter . .	30 715 000 „
Kriegssparscheine-Verkauf	19 300 000 „

Unter dem jubelnden Beifall der Abgeordneten rühmte sich der Schatzkanzler, weil er dieses Ergebnis bei einem Zinsfuß von nur 5 Proz. erzielt habe, obwohl ihm von Sachverständigen geraten worden sei, den Zinsfuß unter keinen Umständen unter 6 Proz. zu halten. Ein weiterer Erfolg sei darin zu erblicken, daß fast alles Geld von den Zeichnern selbst aufgebracht sei, während bei der Anleihe von 1915 die Banken rund ein Drittel selber zugesteuert hatten.

Welches ist nun das Gesamtergebnis der Anleihe? Was zunächst die Zeichnungen selbst betrifft, so gingen bei den Banken 1 089 000 ein, bei den Postämter 1 Million, von den Kriegssparscheinen im Betrage von 12 £ und darüber wurden 400 000, von den Sparscheinen zu 15 s 6 d 2 800 000 (diese Zahl geschätzt) gezeichnet, schließlich an kleineren Beträgen 2 711 000. Die Gesamtzahl der Anleihezeichner betrug also rund 8 Millionen. Von den rund 11 Millionen Schatzwechseln wurden 130 711 950 £ konvertiert, ebenso 233 000 000 £ Schatzscheine, über den Betrag der konvertierten früheren Anleihen — sämtliche Kriegsanleihen hatten das Recht, bei Ausgabe höher verzinslicher Anleihen eine Konvertierung auf diesen Zinsfuß zu verlangen — nähme er an, daß wohl alle konvertiert seien, obwohl die Bank von England ihm noch keine bestimmten Zahlen darüber habe geben können. Jedenfalls sei das Ergebnis der Anleihe dahin zu schätzen, daß die schwebende Schuld jetzt nicht mehr als 994 000 000 £ betrage. Da die Schatzscheine dreijährige Laufzeit haben, seien sie eigentlich nicht schwebende Schuld, und deren Betrag nur noch 718 000 000 £.

994 Millionen schwebende Schuld, also etwa 20 Milliarden Mark als Endergebnis einer mit noch nie dagewesenen Mitteln der Propaganda unternommenen Anleiheswerbung! Und mit diesem Ergebnis erklärte sich der Schatzkanzler nicht nur befrie-

Digitized by Google

digt, sondern entzückt davon und behauptete, es sei ein Beweis davon, daß England auch auf finanziellem Gebiete Deutschland nunmehr wieder geschlagen habe. Denn das Ergebnis der beiden letzten deutschen Anleihen habe jedesmal nur etwas über 10 Milliarden betragen, während England mit einem Male über 20 Milliarden aufgebracht habe, auch hätten sich im ganzen 8 Millionen Zeichner an der Anleihe beteiligt, während die Zahl der Zeichner bei der letzten deutschen Anleihe von 5 280 000 auf 3 810 000 zurückgegangen sei. Dabei sei die englische Bevölkerung nur ungefähr halb so groß wie die deutsche.

Auch diese Mitteilung wurde natürlich laut bejubelt, obwohl sie ebenso unzuverlässig ist, wie viele andere Mitteilungen des Herrn Schatzkanzlers. Während Bonar Law die Zeichnungen durch das Postamt mit etwa 30 000 000 £ angab, erklärte bereits am 3. Februar der Generalpostmeister, es seien 59 000 000 Zeichnungen über 125 000 000 £ bei der Post erfolgt. Vor allem geht aus ihnen noch immer nicht klar hervor, welches in Wirklichkeit das Ergebnis der Anleihe ist. Was nun den Vergleich mit der deutschen Anleihe anbetrifft, so macht Herr Bonar Law sich die Sache leicht, indem er die letzte englische mit der letzten deutschen Anleihe vergleicht. Er übersieht dabei aber gänzlich, daß seit Juni 1915 England keine feste Anleihe mehr begeben hatte, Deutschland aber drei mit über 33 Milliarden Mark neuem Geld. Berücksichtigt man, daß von den 20 Milliarden Mark der dritten englischen Kriegsanleihe wohl mindestens eine Milliarde in Konvertierungen besteht, so ist das Ergebnis der deutschen Anleihen innerhalb desselben Zeitraumes um mehr als 50 Proz. höher. Und was die Zahl der Zeichnungen anbetrifft, so würde die Zahl der deutschen Zeichnungen bedeutend höher sein, wenn wir ebenfalls kleine Beträge von 15.50 Mark und darunter in Sparscheinen ausgegeben hätten.

Was diese Sparscheine anbetrifft, so antwortete der Schatzkanzler auf eine im Parlament an ihn gestellte Anfrage, daß sie allerdings während der fünf Jahre Laufzeit keine Zinsen erhielten, aber nach einem Jahre seien sie zu 15 s 9 d und von da an jeden Monat um 1 d mehr verkäuflich. Der Besitzer eines derartigen Schatzscheines könne ihn also jederzeit zu Geld machen. Auch die anderen Anleihescheine dürfen zu Zahlungen benutzt werden. In vielen Verkaufsanzeigen in den Zeitungen befindet sich die Bemerkung, daß Kriegsanleihe an Stelle von Bargeld in Zahlung genommen werde.

Wenn auch, wie wir eben auseinandergesetzt haben, der Gesamterfolg der englischen „Siegesanleihe", nach deutschem Maßstab gemessen, nichts weniger als den Namen eines „Riesenerfolges" verdient, so wollen wir doch gerne zugeben, daß das englische Volk sich zu einer ganz außerordentlichen Kraftanstrengung aufgerafft hat. Insbesondere muß dies anerkannt werden, wenn man den Erfolg der dritten Anleihe = 1000 Millionen £ mit dem Erfolg der zweiten = 900 Millionen £, oder gar mit dem Erfolg der ersten Anleihe = 63 Millionen £ vergleicht.

Die Größe des Erfolges ist drei verschiedenen Umständen zuzuschreiben: 1. der

Digitized by Google

gründlichen Bearbeitung des ganzen Landes durch die War Savings Committees, 2. — und zwar betrifft dies hauptsächlich die Zahl der kleinen Zeichner — durch die War Savings Certificates (Kriegssparscheine) es sind nicht weniger als 5 600 000 zu 15 s 6 d und 400 000 zu 12 £ verkauft worden, — schließlich ein Umstand, den der Herr Schatzkanzler in seiner Rede überhaupt nicht erwähnt hat — das ist die Beteiligung und Arbeit der Lebensversicherungsgesellschaften.

Einzelne Gesellschaften haben Summen bis zur Höhe von 110 Millionen Mark, davon 80 Millionen Mark neues Kapital gezeichnet. Daß sie dies nicht mit Hilfe ihrer eigenen Mittel erzielen konnten — obwohl ja gerade bei den Lebensversicherungen die Zahl der hohen Versicherungen und die Versicherungssummen der hohen Versicherungen bedeutend höher zu sein pflegen als in Deutschland, liegt auf der Hand. Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß mit Genehmigung des Premierministers die Versicherungsgesellschaften aufgefordert worden sind, ihre Versicherten darüber zu befragen, ob sie bei Auszahlung der Policen mit der Zahlung der Kriegsanleihe anstatt in Bargeld einverstanden seien. Aber auch das allein hätte noch nicht genügt. Einen ganz bedeutenden Erfolg scheint dagegen eine speziell für die Zwecke der Erhöhung der Zeichnungsergebnisse eingeführte neue Versicherungsart, eine Verbindung von Lebensversicherung mit Anleihezeichnung gehabt zu haben.

Wenn man während des Offenstehens der Anleihezeichnung die großen englischen Zeitungen durchsah, so fand man darin eine große Anzahl von Anzeigen von Lebensversicherungsgesellschaften, welche zum Ankauf einer War Loan Policy aufforderten. Es wurden drei Arten der Versicherung empfohlen: eine Versicherung, die nur auf 1, 2 oder 3 Jahre laufen und keinen andern Zweck haben sollte, als der versicherten Person ihrer Bank gegenüber die Rückzahlung des von dieser Bank entliehenen Betrages für den Fall zu verbürgen, daß der Versicherte während dieser Zeit sterben würde. Diese Versicherung war als reine Risikoversicherung gedacht — eine Rückzahlung der eingezahlten Prämie, falls der Versicherte nach Ablauf der Versicherungsdauer noch am Leben sein würde, war nicht in Aussicht genommen. Die zweite Form entsprach unserer deutschen Lebensversicherung auf den Todesfall mit Auszahlung des Versicherungsbetrages im Todesfall oder bei Erreichung eines bestimmten Alters. Auch diese Versicherung verlangte, wie unsere deutsche Lebensversicherung, eine ärztliche Untersuchung der zu versichernden Person. Die Anleihe wird in diesem Falle von der Versicherungsgesellschaft selbst gezeichnet, welche im Todesfall bezw. nach 5, 10 oder 15 Jahren (je nach der Versicherungsdauer) den Versicherten das Anleihepapier aushändigt. Der dritte Modus entspricht der deutschen Versicherung auf den Erlebensfall, auch vielfach Aussteuerversicherung genannt. Die Prämien sind 5, 10 oder 15 Jahre zu zahlen, eine ärztliche Untersuchung findet nicht statt. Bei Ablauf der Versicherung erhält der Versicherte sein Anleihepapier, stirbt er vorher, so werden seinen Erben entweder die eingezahlten Prämien zurückgezahlt, oder sie können durch

Digitized by Google

Weiterzahlung bis zum Fälligkeitsjahre der Police ihren Anspruch auf Aushändigung des Anleihepapieres aufrecht erhalten.

Eine besondere Abart der zweiten Versicherungsart wird von der großen englischen Versicherungsagentur Maurice Dering & Co. in London, die für mehrere der größten englischen Versicherungsgesellschaften arbeitet, empfohlen: durch Zahlung einer Zusatzprämie erhält der Versicherte das Recht, vom Ablauf des ersten Jahres an jährlich auf seine Einzahlung 5 % Zinsen ausgezahlt zu erhalten. Es ist also in Wirklichkeit weiter nichts als eine alljährliche Verminderung der Einzahlung, macht aber auf den Versicherten den Eindruck, als ob er sein Geld auf Zinsen ausgeliehen hätte und ist insofern außerordentlich bestechend.

Alle diese englischen Versicherungsmethoden mit Ausnahme der letzten, haben einen Fehler: die Prämie bleibt während der ganzen Versicherungsdauer die gleiche. Nun werden gerade aus den mittleren und unteren Volksklassen viele während der Kriegszeit große Ersparnisse gemacht und Einkünfte in Gestalt von Gehältern und Arbeitslohn bezogen haben, die sich nach Friedensschluß bedeutend ermäßigen. Werden diese Leute in der Lage sein, ihre Versicherung bis zum Fälligkeitstermin fortzusetzen?

Empfehlenswerter ist in diesem Falle eine von der Niederösterreichischen Landes-, Lebens-, und Renten-Versicherungsanstalt im vorigen November eingeführte Versicherungsart. In einem höchst lesenswerten Aufsatze in Nr. 65 der „Frankfurter Zeitung" vom 7. März berichtet Stadtrat Bleicher, Frankfurt, darüber, daß „sich bei derselben Männer und Frauen bis zum 55. Lebensjahr mit Beträgen von 1000, 2000, 3000 und 4000 Kronen an den Kriegsanleihezeichnungen beteiligten können, unter der Bedingung, daß eine Abzahlung in 12 Jahren in vierteljährlichen Raten erfolgt. Für eine Kriegsanleihe von 1000 Kronen nebst Versicherung ist eine Anzahlung von 201 Kronen und weiter 47 Vierteljahresraten zu je 11 Kronen zu leisten. Nach 12 Jahren (1928) oder bei eventuell früher eintretendem Tode wird die Kriegsanleihe ausgefolgt. Ärztliche Untersuchung und Wartezeit kommen nicht in Betracht; die Police ist unter gewissen Voraussetzungen unanfechtbar. Bei Unterlassung der Ratenzahlungen ist ein entsprechendes Abrechnungsverfahren vorgesehen." (Näheres darüber siehe österreichische Versicherungszeitung Nr. 50 vom 9. 12. 1916.)

Auch bei uns ist jetzt eine neue, die 6. Kriegsanleihezeichnung ausgeschrieben. Es ist von der äußersten Wichtigkeit, daß diese einen vollen Erfolg zeitigt und daß ihr Ergebnis hinter den früheren nicht zurückbleibt, sondern sie möglichst übertrifft. Erzielen wir auch hier einen vollen Erfolg, einen neuen finanziellen Sieg, so muß England einsehen, daß auch im Kampfe mit den silbernen Kugeln der Sieg auf unserer Seite ist. Deshalb sollte alles aufgeboten werden, um auch den letzten Zeichner, der dazu imstande ist, zur Zeichnung des höchstmöglichen Betrages heranzuziehen. Das hier geschilderte österreichische Versicherungsverfahren empfiehlt sich hier ganz besonders. In Nr. 9 des „Archiv für Versicherungswirtschaft" vom 3. März 1917 hat der Schrei-

Digitized by Google

ber dieser Zeilen unter dem Titel „Kriegsanleihe-Lebensversicherung, ein Mittel zur Erhöhung der nächsten Kriegsanleihezeichnung" die englischen Versicherungsmethoden und ihre Tarife ausführlich besprochen, sich aber für das österreichisch-ungarische Verfahren als das bei uns empfehlenswerte entschieden, weil es Gelegenheit bietet, die großen Ersparnisse der Kriegszeit als Anzahlung zu verwerten und die späteren Zahlungen verhältnismäßig recht gering sind. Welcher Segen z. B. für einen jetzt dem Sparzwang unterliegenden Jugendlichen, wenn er mit vielleicht 400 Mark Ersparnissen Mark 2000.— Anleihe zeichnen könnte und dafür später alle Vierteljahre nur noch Mark 22.— noch nicht einmal Mark 2.— wöchentlich — nachzuzahlen hätte. Im Alter von 28—30 Jahren würde er dann über ein Kapital von Mark 2000.— verfügen. Aber auch für erwachsene Arbeiter, Landwirte und dergleichen, die jetzt große Ersparnisse gemacht haben, ist diese Versicherungsform dringend zu empfehlen, noch mehr vielleicht, wenn sie mit dem Maurice Dering-System kombiniert würde, das dem Zeichner den regelmäßigen Zinsgenuß seiner eingelegten Gelder sichert.

Herr Stadtrat Bleichert empfiehlt neben dieser österreichischen Versicherungsform eine Art Volksversicherung mit einmaligen Prämien, für eine einfache oder gemischte Todesfall Versicherung. Mit steigendem Eintrittsalter wird die Summe, die durch eine einmalige Einlage für den Fall des Todes in Aussicht gestellt werden kann, geringer. Ein 25jähriger hätte also für Mark 100.— Versicherungssumme Mark 40.— anzulegen, ein 50jähriger dagegen Mark 60.— und ein 60jähriger Mark 75.—.

Auch diese Versicherungsform kann nur entschieden empfohlen werden und würde die englischen War Savings Certificates ersetzen. Jedenfalls ist es dringend wünschenswert, daß die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften ebenfalls eine Form der Kriegsanleiheversicherung einführen und sich so in den Dienst der Anleiheverbung stellen. Nach dem österreichischen Verfahren kann ein Versicherer rund das Fünffache des ihm zur Einzahlung zur Verfügung stehenden Betrages versichern. Auf diese Art könnten wir den Gesamtbetrag der englischen Anleihezeichnung nicht nur erreichen, sondern möglicherweise sogar übersteigen.

Nachtrag. Erfreulicherweise ist der Appell an die Lebensversicherungsgesellschaften nicht erfolglos gewesen: bereits unter dem 15. März hat die Arminia, Deutsche Lebensversicherungsbank A.-G. München die Versicherung von Kriegsanleihen nach einem dem österreichischen Verfahren nachgebildeten System aufgenommen. Mögen ihr andere Lebensversicherungsgesellschaften folgen! Die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften haben sich zwar auch an den früheren Anleihen mit namhaften Beträgen beteiligt, aber an Summen wie die 80 Millionen Mark (4000000 £) der Eagle and British Dominions Insurance Companies, der 64 Millionen der Sun Fire and Life Offices, der 60 Millionen Mark der Refuge Assurance Company (Manchester) und die 110 Millionen Mark der Scottish Widows' Fund and Life As-

Digitized by Google

surance Society usw. reichten ihre Zeichnungen auch nicht entfernt heran. Jetzt haben sie es in der Hand, ihre Zeichnungsbeiträge ganz gewaltig zu steigern. Möge das Beispiel der Arminia viele Nachfolger finden!

Streiflichter zur Weltlage V

(14. März 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

Der große Pazifist und Humanitätstheoretiker Woodrow Wilson ist seinem Ziel, die gesamte Welt in den Feuerbrand des europäischen Krieges hineinzuziehen, erheblich näher gekommen. Zwar ist es ihm nicht geglückt, wie er schon im Frühjahr 1916 versicherte, die neutralen Staaten Europas zu bewegen, sich seiner Leitung zu unterstellen. Spanien hat schon damals abgelehnt, sich als Dependenz der Vereinigten Staaten von Wilson in den Krieg drängen zu lassen, den er schon damals geplant hat. Und ebenso haben die südamerikanischen Republiken daran festgehalten, daß sie eine eigene Politik verfolgen dürfen, die nicht unbedingt mit den angelsächsischen Interessen identisch zu sein braucht. Die zweieinhalb Jahre dieses Krieges haben die Enthusiasten panamerikanischer Ideale sehr merklich ernüchtert. Nicht nur der Blick in die Vergangenheit ist schärfer geworden, auch der Ausblick in die Zukunft zeigt eine neue Färbung, die jedenfalls nicht die der Jingos und Yankees ist. Die Blicke wenden sich dem spanisch-lateinischen Mutterlande zu, ganz wie dieses den geistigen Zusammenhang mit Süd- und Mittelamerika wieder lebhafter empfindet. Auf diesem Boden war demnach für Wilson keine politische Ernte einzuheimsen. Da haben sich seine Blicke China zugewandt, dem klassischen Lande pazifistischer Ideale, und wirklich scheint es ihm gelungen, dank der Mithilfe der Entente, zu der im Gebiet des Großen Ozeans ja auch Japan gehört, China seiner Gefolgschaft anzureihen. Wir sagen „scheint", denn entschieden ist es noch keineswegs, daß der Präsident der chinesischen Republik zu gewinnen ist. Er wehrt sich, so weit seine Kräfte reichen, und vielleicht — denn Bestimmtes läßt sich nicht erkennen — reichen sie zur Aufrechterhaltung einer lavierenden Neutralität. Von einer Neutralität der Vereinigten Staaten kann ja im Grunde schon lange keine Rede sein. Sie hörte in dem Augenblick auf, da die Protestpolitik Wilsons darauf verzichtete, sich England gegenüber durchzusetzen und eine nur gegen Deutschland gerichtete Wendung annahm. Sie wurde zu einer Unwahrheit, seit den Amerikanern freigegeben ward, die Ententemächte einseitig mit Kriegsbedarf jeder Art zu versorgen, und seit Amerika darauf ausging, dem System der Schwarzen Listen Englands sich zu fügen, das jeden wirtschaftlichen Verkehr mit den Mittelmächten unmöglich machte, sie wurde zu einer Politik offener Feindseligkeit, seit Amerika, wie uns Lord Northcliffe mitgeteilt hat, 50000 Mann nach Frankreich ziehen ließ, um uns zu bekämpfen. Die Kundgebung, durch die Wilson am

Digitized by Google

26. Februar vom Kongreß die Ermächtigung erbat, die amerikanischen Kauffahrteischiffe zu bewaffnen, ist ihm inzwischen, nachdem die 13 Mann der Opposition ihren Rückzug angetreten haben, wie zu erwarten war, erteilt worden, und jetzt rüstet Amerika, bereit, den Krieg zu erklären, sobald eines dieser harmlosen bewaffneten Handelsschiffe versenkt sein wird. Der Reichskanzler hat am 27. alle die Fallstricke der Politik des Präsidenten bloßgelegt und zugleich in nicht mißverständlicher Weise das Programm formuliert, das wir in diesem Kriege verfolgen und durchzusetzen fest entschlossen sind: Entschädigung für alle erlittene Unbill und Sicherung für Dasein und Zukunft eines starken Deutschland. Nun ist uns soeben eine Schrift des Professor der Columbia-Universität Monroe Smith zugegangen, die Ende vorigen Jahres im „Political Science Quarterly" unter dem Titel „Amerikanische Diplomatie im europäischen Kriege" veröffentlicht worden ist. Der Verfasser ist kein Bewunderer der Diplomatie des Präsidenten und seines Staatssekretärs und geht von der richtigen Anschauung aus, daß, wenn Wilson bei Beginn des Krieges den Kongreß zusammengerufen und sich die Genehmigung erwirkt hätte, die amerikanische Flotte zu mobilisieren und einen ökonomischen Druck auf diejenigen auszuüben, welche die Rechte der amerikanischen Bürger und die Freiheit der Meere verletzen, zugleich aber Verhandlungen mit den neutralen Mächten angeknüpft hätte, um die Aufrechterhaltung neutraler Rechte auf den Meeren zu behaupten, der Verlauf des Krieges ein anderer gewesen wäre. Statt dessen hätte Wilson nur mit Noten agiert und dadurch nicht nur eine Mitwirkung der Neutralen verspielt, sondern auch die Gelegenheit versäumt, der Welt einen wichtigen Dienst zu erweisen und den moralischen Einfluß der Vereinigten Staaten zu steigern. Über diese einleitende Beobachtung aber geht unsere Zustimmung zu den Ausführungen von Monroe Smith nicht hinaus. Er spricht den Engländern das Recht zu, Minenfelder anzulegen, bestreitet es aber uns; die Hungerblockade, die England über Deutschland verhängt hat, findet er völkerrechtlich erlaubt, für den neuen Typus der Blockade, den die Order in Council vom 11. März 1915 aufbrachte, hat er zwar Tadel, aber schließlich doch Bewunderung, und zur Rechtfertigung der Duldung der weiteren Rechtsbrüche Englands hat er den Satz vorzubringen, daß Amerika als ein demokratisches Staatswesen der Unterstützung der öffentlichen Meinung des Landes sicher sein müsse, Repressalien wegen der Anhaltung und Prüfung der Postsendung und wegen der Schwarzen Listen würden jedoch keine Billigung gefunden haben „not have received general support among the American people", weil, wie er eingehend ausführt, materielle Verluste und ausfallende Gewinne die Folge gewesen wären. Wenn er diesen Abschnitt mit der Erklärung schließt: „Die Haltung unserer Diplomatie, soweit Großbritannien und seine Alliierten in Frage kommen, ist vollkommen zu verteidigen", „is fairly defensible", so hört für uns jede Diskussion um so mehr auf, als aus dem steten Entschuldigen auf der einen Seite ein stetes Anklagen wird, wo die andere, die deutsche Seite, behan-

Digitized by Google

delt wird. Das Argument, mit dem er alle Gründe, die für uns sprechen, zu widerlegen meint, ist, daß England nur neutralen Handel, Deutschland aber neutrales Leben zerstöre, wobei er einen besonderen Abschnitt der Frage der amerikanischen Munitionslieferungen widmet und sie dadurch rechtfertigen will, daß wir weniger der Zusendung von Waffen und Munition bedürftig gewesen seien, als England, Frankreich, Rußland und Italien (the [Central Powers] stood in no such need of arms and munitions as did the Entente Allies). Es ist dieselbe Logik, die ihn zum Schluß führt, daß die englische Hungerblockade nicht ernst zu nehmen sei, da in Deutschland noch niemand verhungert wäre!

Die Schrift von Smith ist geschrieben, bevor wir den unbeschränkten U-Bootkrieg wieder aufgenommen hatten, aber offenbar in Erwartung desselben und, wie nicht unwahrscheinlich ist, im offenen oder geheimen Einverständnis mit den auf eine schließliche Kriegserklärung hinarbeitenden Plänen Woodrow Wilsons, der sich um seine Landsleute noch das weitere Verdienst erworben hat, ihnen das ungeheure Geschäft zu vermitteln, das mit jenen 1340 Millionen Dollar verbunden ist, die den Entente-Alliierten als Anleihe gewährt wurden. Der letzte Trumpf, den der Präsident ausspielte, war die auf noch nicht erklärte Weise in seine Hände gelangte, an den deutschen Gesandten in Mexiko gerichtete Depesche, die diesen beauftragte für den Fall eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko dem letzteren Vorschläge zum Anschluß eines Bündnisses zu machen. Die Entrüstung darüber ist um so lächerlicher, als diese Vorschläge erst jetzt, und zwar durch Amerika, zur Kenntnis Mexikos gelangt sind, und nur in Kraft treten sollten, wenn die Vereinigten Staaten durch einen offenkundigen Bruch uns die Pflicht auferlegten, nach Bundesgenossen in Amerika auszuschauen. Es ist uns in diesem Zusammenhang von Interesse gewesen, daß der „Economist“ nach Aufzählung der südamerikanischen Staaten, die gegen den U-Bootkrieg protestiert haben (Brasilien und Chile, nachdrücklich, mit weniger Energie Uruguay, Bolivien und Argentinien), seinen Lesern vorführt, wo in Amerika die Sympathien für Deutschland sprächen. In Südbrasilien und Chile seien große Teile der Bevölkerung deutscher Abstammung (das gilt bekanntlich in noch weit höherem Grade von den Vereinigten Staaten). In Mittel- und Südamerika seien die Vereinigten Staaten nirgends populär, in Kolumbien und Ecuador sei ganz das Gegenteil der Fall. Die Armee in Paraguay trage deutsche Uniform und werde von deutschen Offizieren geschult. In Panama und Nicaragua überwiegen deutsche Sympathien, u. die Absicht des Washington-Kabinetts, in den Galopagos-Inseln eine Marinestation zu errichten, um den Panamakanal stärker zu schützen, habe die Antiyankeestimmung noch weiter gesteigert. Auch sei es offenbar ein Fehler gewesen, daß in Kolumbien und Venezuela alteingesessene Firmen von England auf die Schwarze Liste gesetzt worden seien. Am gefährlichsten aber erscheint dem „Economist“ Mexiko und darin darf man wohl hoffen, daß er recht behalten wird. Unter der Überschrift „Der Exodus der

Digitized by Google

Deutschen" bringt das „Journal des Débats" vom 10. März die folgende, nicht zu kontrollierende Nachricht: „Man schätzt die Zahl der Deutschen, welche die Vereinigten Staaten verlassen und die mexikanische Grenze überschritten haben, auf 50000 Mann. Dieser Exodus macht der Regierung Sorge, da sie Beweise hat, daß Aufstandspläne von den Deutschen in den drei an Mexiko grenzenden Staaten beraten wurden, die von der famosen Zimmermannschen Note den Mexikanern versprochen wurden. Dagegen protestiert Kolumbien gegen jede unloyale Absicht, und die kolumbische Regierung hat soeben eine Militärmission beauftragt, die Küsten nach Niederlagen deutscher U-Boote zu durchsuchen." Falls die erste dieser Nachrichten richtig sein sollte, kann es sich wohl nur um deutsche Staatsangehörige handeln, die einer Internierung entgehen wollen. Die Aufstandspläne gehören ohne jeden Zweifel der Phantasie des „Journal des Débats".

Als wir vor vierzehn Tagen die Lage in den großen Dominien Englands besprachen, bot sich noch nicht die Möglichkeit, eingehender von Australien zu reden. Inzwischen ist hier die „Los Angelos-Zeitung" vom 7. Januar eingetroffen, die Berichte wiedergibt, die sie von australischen Auswanderern und von einem deutschen Kriegsschiff (wahrscheinlich der „Möwe" II) empfangen hat, das den Pazifischen Ozean unsicher mache. Ein sehr eingehender Artikel des Blattes berichtet über „die Krisis in den Antipoden und die furchtbare Lage, die sich aus der Berührung mit den Eingeborenen Ägyptens ergeben hat". Beides steht in innerem Zusammenhang. „Australien ist in voller Anarchie. Unter Ausnutzung der durch den Krieg hervorgerufenen Krisis haben die Arbeiterverbände (Labor Unions) und die I. W. W. (Internationalen Weltarbeiter) eine Schreckensherrschaft aufgebracht, und durch die Drohung, die Städte niederzubrennen, die Regierung gezwungen, die gefangenen Mitglieder der I. W. W. (International Workers of the World) wieder in Freiheit zu setzen. Die Arbeiter revoltieren gegen Absendung des australischen Truppenkontingents nach Frankreich, wo zurzeit 50000 Australier stehen. Das traurigste, was diese Auswanderer erzählen, ist die Ausbreitung der Syphilis durch Soldaten, die in Ägypten und an anderer Stelle angesteckt wurden. Alle stimmen darin überein, daß der Haß gegen die Amerikaner in Australien sehr heftig ist. Amerikanische Preisfechter werden verhöhnt, wenn sie siegen. Ein Australier, der aufgefordert wurde, an der Bibelstunde eines amerikanischen Geistlichen teilzunehmen, ließ ihm antworten, er wolle lieber in die Hölle gehen, als die Seligkeit kennen lernen, die aus der Hand eines Amerikaners stamme." Mit diesen Worten beginnt jener „Los Angelos-Zeitung"-Artikel. Aus dem weiteren Inhalt ergibt sich, daß die Unruhen begannen, als der Premierminister Hughes aus England mit der Nachricht heimkehrte, daß für 75000 gefallene Australier Ersatz geschafft werden müsse, da Australien und Neuseeland verpflichtet seien, 120000 Mann dauernd an der Schlachtfront zu haben. Hughes schrieb Wahlen aus, um die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durchzusetzen, die Wahlkampagne dauerte sechs Wochen und

Digitized by Google

wurde mit großer Erbitterung geführt. Sie brachte u. a. zutage, welche furchtbare Gefahr die geschlechtskranken Soldaten für Australien bedeuteten. In Sydney stellte ein Komitee 3000 Erkrankungen in sechs Monaten fest, in Melbourne, daß 25 Prozent der Kinder mit erblicher Syphilis belastet seien usw. Der Eindruck dieser Tatsachen war erschütternd. Den Ausschlag bei den Wahlen gab aber die Erwägung, daß die allgemeine Wehrpflicht das „weiße Australien" gefährden würde. Der ungeheure Verlust an Männern würde den Import von Hindus und Japanern zur Folge haben. Da die englische Regierung sich verpflichtet habe, entlassene Soldaten nach dem Kriege mit Land auszustatten, frage man, was sie mit den Indern tun werde? Sie in Kanada oder Australien anzusiedeln, werde eine Revolution zur Folge haben. Das waren die Schlagworte der Agitation. Als deshalb einer der Führer der I. W. W., Barker, festgenommen wurde, drohten die Arbeiter, Sydney in Brand zu stecken, wenn er nicht freigelassen werde, und in der Tat brachen nun Nacht für Nacht Feuersbrünste in der Stadt aus. Als der Schaden die Höhe von drei Millionen Dollar erreicht hatte, ward Barker freigegeben, bald danach aber zehn bis zwölf I. W. W. festgenommen unter der Anschuldigung, Hochverrat begangen zu haben, auch sie mußten freigegeben werden. Als nunmehr die Abstimmung über die allgemeine Wehrpflicht erfolgte, blieb die Regierung mit 60000 Stimmen in der Minorität. Nun verlangte man von Hughes, daß die von ihm bereits ausgehobenen 30000 Mann demobilisiert würden, und als er sich dessen weigerte, legten alle Arbeiter der Kohlenminen in Nordaustralien die Arbeit nieder und stellten die Forderung, daß ihre Arbeitszeit auf $6^1/_2$ Stunden herabgesetzt werden. Sie haben alle ihre Forderungen durchgesetzt und Australien steht jetzt tatsächlich unter der Diktatur der I. W. W.

An diese Dinge knüpft die „Los Angelos-Zeitung" noch folgende Mitteilung einiger „Britisher", die erst vor kurzem England verlassen hatten. Sie sagten, daß auf dem Übungsplatz von Salisbury Plain 2—3 Millionen Mann ausgebildet würden, die noch niemals an der Front gewesen seien. Man nehme an, daß sie bestimmt seien, die Reserven zu bilden, um, wenn Frankreich völlig erschöpft sei, allein den Krieg zu gewinnen, und dadurch in die Lage zu kommen, den Frieden ohne Rücksicht auf Frankreich so zu diktieren, wie das englische Interesse es verlange. Daß dies vom englischen Standpunkt aus eine wahrhaft ideale Lösung wäre, ist nicht zu bezweifeln. Ausgeführt wird sie wohl nur so weit werden, als die völlige Erschöpfung Frankreichs, jenes „seigner à blanc", von dem es nicht mehr allzuweit entfernt ist, in der Tat erreicht wird, dann aber könnten die Engländer selbst an die Reihe kommen und ihr ruchloses Spiel den verdienten Lohn finden.

Daß übrigens England über die Verhältnisse in Australien wohl orientiert ist, zeigt eine Betrachtung des „New Statesman", die bereits damit rechnet, daß, falls Hughes zur Reichskonferenz nach London kommen sollte, keine vernünftige Hoffnung bestehe, daß Verpflichtungen, die er im Namen Australiens eingehe, von den gesetzgebenden

Digitized by Google

Körperschaften Australiens eingelöst würden. Sein Prestige sei völlig vernichtet, er habe nicht einmal einen Sitz im Parlament, den er zu behalten Hoffnung hätte.

Kurz, diese australische Frage wird zu einem Gegenstück des irischen Problems, von dem wir das letztemal gesprochen haben. Die Debatten im Unterhause lassen kaum Zweifel, daß die Lage sich stetig verschärft und die Zahl der Sinn Feiner in einer für England gefährlichen Weise wächst. Daß Redmond mit seinen Anhängern mit dem Unterhause ernstlich gebrochen hat, glauben wir nicht. Er geht auf ein Kompromiß aus und wird mit sich handeln lassen, daß er aber dann das Vertrauen seiner Landsleute zurückerobern kann, darf wohl als ausgeschlossen gelten. Der „Gaelic American", von dem uns Nummern bis gegen Ende Januar zugegangen sind, zeigt deutlich, wie tief das Mißtrauen sitzt, das seine Volksgenossen gegen ihn hegen. Wir können die hartnäckige Verblendung, mit der England sich den an der Wurzel seiner Weltstellung nagenden Problemen verschließt, nicht gerade bewundern. Das ist in der Tat Bulldogg-Temperament, nur haben sie sich festgebissen im Fleisch ihrer Alliierten der Russen und der Franzosen, und es beginnt zweifelhaft zu werden, wie lange diese noch den Charakter der ihnen erwiesenen Freundschaftsdienste als Liebkosungen empfinden werden. „Fair Play", eines der gehässigsten und unwahrsten englischen Blätter, hat sich kürzlich zu der Behauptung verstiegen, die Westfront werde „Deutschlands Kirchhof" werden. Man befrage die Franzosen danach, sie werden diesem Kirchhof einen andern Namen geben, und England wird ihnen dazu helfen, den anderen Namen zur Wahrheit zu machen. General French hat schon am 10. November vorigen Jahres angekündigt, daß die größte Schlacht der Weltgeschichte sich vorbereite, und jetzt kündigen die Franzosen auch den Beginn ihrer großen Offensive an. Sie wagen es nicht, die Engländer darauf hinzuweisen, daß sie noch immer nicht den Entschluß fanden, ihre Hauptwaffe, die Schlachtflotte, auszuspielen, um „die Ratten aus ihrem Loch zu locken", aber die Franzosen beginnen es doch zu empfinden, daß sie dem Untergang geweihte Werkzeuge englischer Selbstsucht sind. Hat doch Carson am 9. März im Klub von Alwich nicht nur erklärt, daß das Problem der Bekämpfung der U-Boote noch nicht gelöst sei, sondern mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die englische Hochseeflotte sich nicht hervorwagen könne. „Ich sage euch, wir dürfen unsere Flotte keinem Risiko aussetzen!" So spricht das meerbeherrschende England. Lloyd Georges Rede am 23. Februar hat in Frankreich schon vorher erschütternd gewirkt, weil sie zum erstenmal das richtige von Sorgen durchfurchte Gesicht Englands zeigte. Es ist ein gekünstelter Optimismus, den die Residenzpresse noch aufrecht zu erhalten sucht und an dem die Kammern sich aufrichten. Die immer erneuten Vertrauensvoten, die sie, um sich nicht selber bloß zu stellen, Briand erteilen, sind der Ausdruck steigender Angst vor einer Zukunft, die sie kommen sehen, und die eine Abrechnung des enttäuschten Volkes auch für sie bringen wird. Diese Abrechnung bereitet sich gleichzeitig auch in Rußland vor. Man soll sich darüber nicht täuschen. Pa-

Digitized by Google

rallel mit der offiziellen Geschichte Rußlands während dieses Krieges geht eine geheime, die wir nur aus ihren Symptomen erkennen und die sich als eine fortlaufende innere Revolutionierung bezeichnen läßt. Eine Revolution von oben leitet mit wechselndem Erfolge der Zar selbst, eine Revolution gegen ihn organisierten die Kreise des Hofes und der Petersburger Gesellschaft, ein dauerndes Revolutionieren gegen die wechselnden offiziellen Regierungskreise zeigt die Tätigkeit der Duma, und daneben verpufften bisher ziemlich wirkungslos die bald hier, bald dort auftauchenden revolutionären Regungen der Arbeiter und, seit sie zu hungern beginnen, auch der Bauern. Zu diesen revolutionierenden Elementen sind nun die Männer der Petersburger Konferenz gekommen, die kein Hehl daraus gemacht haben, daß sie darauf ausgingen, den Zaren der Duma zu unterwerfen und Rußland in einen parlamentarischen Staat umzuwandeln. Was in der englischen und französischen Presse über den Aufenthalt der Delegierten in Rußland bekannt geworden ist — die russischen Blätter haben natürlich schweigen müssen — läßt keinen Zweifel darüber, daß dieses einer der wesentlichsten Gründe ihrer Anwesenheit auf russischem Boden gewesen ist. Nur dadurch erklärt sich auch der überaus kühle Empfang, den sie am in Zarskoje Sselo bei Nikolaus II. fanden. Die Herren haben noch die Wiedereröffnung der Duma am 27. Februar mitgemacht und sind wahrscheinlich gleich danach auf der Murmanbahn nach Romanow gefahren und von dort, von Kriegsschiffen geleitet, nach England zurückgefahren, wo sie am 3. März eintrafen. Es war ihnen nicht gelungen, Protopopow und Golitzyn zu stürzen, aber vorbereitet haben sie nicht nur den Sturz der Regierung, sondern auch den des Zaren, auch haben sie sehr wichtige geschäftliche Abmachungen getroffen und sich mit Rußland über die gemeinsame große Offensive verständigt. Ob auch eine Vereinbarung über die Teilung Persiens stattgefunden hat, steht nicht fest. Doch ist das gleichzeitige Vorrücken der Russen und Engländer gegen Bagdad wohl auf feste militärische Abmachungen zurückzuführen. Daß dabei die Engländer den Russen in Bagdad zuvor kamen, hat entschieden verstimmt. Gleich nach Abreise der Delegation haben in der Duma wie im Reichsrat stürmische Debatten stattgefunden, die wohl als Beweis dafür dienen können, daß die von der Konferenz ausgegangenen Einflüsse der liberalen und radikalen Opposition den Nacken gesteift haben. Der Zar hat darauf hin die Duma für die Zeit vom 11. März bis zu einem unbestimmten Datum des April in die Ferien geschickt, er selbst aber wollte am Tage vor Veröffentlichung des Vertagungsbefehls in seinem Hauptquartier Sicherheit finden. Man hat ihn jedoch unterwegs aufgebracht und als Gefangenen nach Petersburg gebracht. Auch seine Minister fielen der inzwischen organisierten Revolution als Beute in die Hand, sie sind heute Gefangene in den Kasematten der Peter Pauls-Festung.

Aus eigener Initiative hat Miljukow, in frecher Fälschung, die Abdankung des Zaren und die Thronbesteigung Alexej Nikolajewitschs unter der Regentschaft des Großfürsten Michail Alexandrowitsch proklamiert. Dieser Fälschung schloß sich ein

Digitized by Google

improvisierter Wohlfahrtsausschuß (das Exekutivkomitee) und ein ebenfalls improvisiertes Ministerium an. Danach hat man Nikolaus II. gezwungen, für sich und seinen Sohn wirklich abzudanken und Michael zum Regenten, Nikolai Nikolajewitsch zum Oberkommandierenden der Truppen zu ernennen, d. h. man hat den Zaren genötigt, ein Manifest dieses Inhalts zu unterzeichnen. Auch der darauf folgende Verzicht Michails stammt aus der politischen Küche des Wohlfahrtsausschusses. Die Garden in Petersburg sind zur Revolution übergegangen, alle großen Städte haben sich ihr angeschlossen. Doch sind Anzeichen vorhanden, daß eine Gegenbewegung im Gang ist. In Moskau wird noch gekämpft, die Männer der Rechten und die Geistlichkeit sind noch nicht zu Wort gekommen. Aber ihnen fehlt der Zar, für den sie streiten könnten, denn in Rußland gibt es zurzeit keinen Zaren. Der große Anwärter für die Zukunft ist die Republik.

Alles kommt auf die Haltung an, welche die Armee an den Kampffronten einnehmen wird. In ihrer Hand liegt die Entscheidung.

Zeichnet die sechste Kriegsanleihe!

Notizen

Die Verschuldung Europas. Der Finanzattaché der russischen Botschaft in Paris Artur Raffalovich führt in der „Revue des Economistes" vom 15. 1. in seinem Jahresbericht über das Finanzjahr 1916 aus: Zweiundeinhalb Jahre Krieg haben sämtliche Staaten Europas, die neutralen inbegriffen, in bezug auf Getreide, Fleisch, Metalle, Munition, Kriegsbedarf und Ersatz, von den überseeischen Ländern abhängig gemacht. Die Neutralen sehen einen Goldstrom sich über sie ergießen, der in Holland, Schweden und Dänemark, vor allem aber in Nordamerika, das ganze Finanzsystem und jede Berechnung auf den Kopf stellt. Alle kriegführenden Staaten sehen sich gezwungen, höher verzinsliche Anleihen von längerer Dauer und kurzfristige Schatzbons aufzunehmen. Zweiundeinhalb Jahr Weltkrieg haben Milliarden verschlungen und ein wirtschaftliches Chaos und Unheil angerichtet, dessen Größe allen Ländern erst klar werden wird, wenn es heißt, „die Last zu zahlen und zu tragen, welche wir uns aufgebürdet haben" Bei allen Staaten hat sich eine bisher ungeahnte Finanzkraft gezeigt, welche ihren Grund in der Notwendigkeit, die Ersparnisse anzulegen, ferner in den erhöhten Löhnen und in dem Mangel anderer Anlagemöglichkeiten als gerade in neuen Kriegsanleihen zu höherem Zinsfuß, findet. Die Erhöhung der Löhne ist jedoch überall nicht etwa von dem steigenden Hang zur Sparsamkeit begleitet, im Gegenteil, die hartarbeitende Bevölkerung lebt mehr als je von der Hand in den Mund! Das Problem der Währung, der Wechselkurse und der Valuta ist augenblicklich für alle Staaten, zumal für England, ein Sorgenkind. Gegenüber einem Europa, das ein langer, grausamer Krieg zerfleischt, dessen Werte er zerstört hat und dessen normale Produktion er hemmt, sehen wir ein Nordamerika, das plötzlich zu einem kaum jemals erträumten Grade von Wohlstand gelangt ist.

Krieg und Vernunft. Leonhard Nelson schreibt in der Einleitung zum ersten Bande seiner Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik („Kritik der praktischen Vernunft", Verlag Veit & Co. Leipzig): „Unter Verhältnissen wie den gegenwärtigen mit einer Ehrenrettung der mensch-

Digitized by Google

lichen Vernunft hervorzutreten, möchte zwar nicht eben zeitgemäß erscheinen. Sollte indessen, angesichts der Zertrümmerung einer ganzen Gesellschaftsordnung, dieser oder jener sich einfallen lassen, nicht sowohl an der Vernunft irre zu werden, als vielmehr an der Vernünftigkeit dieser Gesellschaftsordnung, so wird er bei der Ausschau nach den Maßstäben für den Wert einer neuen Ordnung nicht umhin können, zu den Quellen hinabzusteigen, aus denen die letzten Urteile über menschliches Treiben entspringen, womit er dann unvermeidlich auf eine Untersuchung des Vermögens praktischer Urteile überhaupt geführt wird. Wer immer so denkt, dem wird ein Unternehmen wie das hier eingeleitete den Anforderungen der Zeit um so angemessener erscheinen. Im übrigen erprobt echte Wissenschaft ihren Wert nicht daran, wie weit sie dem Bedürfnis der Zeit entgegenkommt. Und so gilt auch mir der Trost, der in den Worten liegt, mit denen Kepler inmitten der Zerrüttungen des Dreißigjährigen Krieges seine Weltharmonik hinaussandte: „Si ignoscitis, gaudebo, si succensetis, feram; jacio en aleam librumque scribo seu praesentibus seu posteris legendum, nihil interest; expectet ille suum lectorem per annos centum." (Wenn ihr mir verzeiht, will ich mich freuen; wenn man ihr zürnt, will ich es ertragen; ich habe mich entschieden und das Buch geschrieben, möge die Gegenwart oder die Zukunft es lesen, das ist mir gleich viel; es kann 100 Jahre auf seinen Leser warten.)

Vier Kardinalpunkte für den kommenden Frieden stellt die Pariser Korrespondenz des „Journal de Genève" auf: 1. Belgien. Über die von den zukünftigen Friedensfragen an erster Stelle stehende belgische Frage besteht eine vollständige und absolute Übereinstimmung, was Deutschland durch seine Note an die Alliierten bestätigt, in welcher es sagt, daß es Belgien in seiner Unabhängigkeit und in seinen Rechten völlig wiederherstellen wolle. 2. Nordfrankreich. Deutschland hat offiziell anerkannt, daß es Nordfrankreich ebensowenig behalten will, als es Belgien behalten wird. 3. Polen. Das unglückliche Polenvolk wird nicht Eigentum Deutschlands und Österreichs bleiben, wird auch nicht wieder Rußland in die Hände fallen, sondern es wird seine endgültige Unabhängigkeit erhalten, die bei den zukünftigen Friedensverhandlungen sanktioniert werden wird. 4. Völkervereinigung. Das bedeutet heute das Hauptproblem, und galt noch vor drei Jahren als größte Utopie. Sie ist die alleinige praktische Lösung zur Entwirrung des Konfliktes, wodurch den gegnerischen Völkern Garantien für ihre Zukunftssicherheit gegeben werden kann.

Der deutsch-österreichische Ausgleich. Der „Sole" meldet vom 28. Februar halbamtlich aus Wien: Alle bisherigen in deutschen und österreichischen Zeitungen erschienenen Nachrichten über den Ausgleich und die Handelsvertragsverhandlungen sind reine Vermutungen. Als Grundforderungen werden die Sätze aufgestellt: 1. Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen müssen festgestellt werden, da man über einen bloßen Handelsvertrag hinausgehen und der Form und dem Wesen nach ein Zoll- und Handelsbündnis schließen will. 2. Eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber den heute neutralen und feindlichen Staaten ist festzusetzen, damit die vertragschließenden Teile sich gegenseitig eine Vorzugsbehandlung auch gegenüber den am meisten begünstigten Nationen sichern.

Deutsche Arbeit in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Für das Ineinandergeben der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches, wie es der Krieg gebracht hat, hat es bis jetzt an literarischen Denkmälern nicht gefehlt. Das weiteste umfassende wird ihm jetzt in einem großen Sammelwerk gesetzt, das Adam Müller-Guttenbrunn für die Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin, herausgegeben hat. Die Bilder vom Ineinandergreifen der deutschen und österreichisch-ungarischen Geschichte von den Zeiten Karls des Großen an bilden die Eckpfeiler, zwischen denen die Betätigung deutschen Gewerbefleißes und Kunstschaffens durch Wort und Bild veranschaulicht wird. Was deutsches Siedelungswesen, Baukunst, Kulturarbeit, was die Wissenschaft, die Technik, das Kunsthandwerk und die Künste in

Digitized by Google

Österreich nach deutschem Vorbild im Laufe der Geschichte geleistet haben, wird aufgezeigt. Dabei kommt ein sehr bedeutender Anteil Österreich Ungarns an der Entwicklung der deutschen Kultur heraus. Vor allem in dem Österreich des 18. Jahrhunderts finden Geistesrichtungen und Kulturwille des gleichzeitigen Deutschland so selbständigen, die Entwicklung fördernden Ausdruck, daß reichsdeutsche und österreichische Arbeit am Aufbau des Geistes des 19. Jahrhunderts fortan nicht voneinander zu trennen sind. Der Krieg hat das nur festgestellt und ins Bewußtsein gerufen, aber es ist gut, daß er als Zeit der Selbstbesinnung auch diese inneren und innersten Beziehungen zwischen beiden Reichen zum lebendigen Allgemeingut hat machen helfen.

Die Zukunft der deutschen Wissenschaft. In einem Artikel der „Italia" vom 7. März schreibt der Professor des Verfassungsrechts in Rom, Carmelio Caristia: „Was nach diesem Kriege geschehen wird, weiß ich nicht, es ist aber keineswegs ausgeschlossen, daß diejenigen, welche jetzt den meisten Lärm gegen das Übergewicht der deutschen Wissenschaft in Italien erheben, zu einem gegebenen politischen Augenblick auf das, was früher war, zurückkommen und mit einer schnellen Versöhnung ihre alten Lieblingsautoren wieder vornehmen werden. Gegen die politische Wut der akademischen und außerakademischen Revolution von heute steht eine noch sehr junge Vergangenheit, die weder die Irrtümer noch die Schrecken des Krieges vergessen lassen dürfte: Ein Deutscher gab uns die ersten Unterrichtsgrundlagen der Sprache Virgils und Cäsars, ein Deutscher gab die ersten Elemente des Griechischen, Deutsche waren es, die uns mit den beliebtesten Ausgaben der literarischen Meisterwerke, belastet mit philosophischer Pedanterie nach deutschem Modell, versorgten. Das gelehrte Deutschland übte so im Reflex auch auf die unreife Intelligenz unserer Knabenzeit einen wundersamen Reiz aus, und die Namen, die wir aus dem Mund der Lehrer hörten, und die wir in unseren mechanischen Wiederholungen verstümmelten, schienen uns mit magischer Kraft ohne eigenes Zutun zum Palladium der Wissenschaft führen zu können. Wenig anders war es auf der Universität. An diesen Tatsachen kann der Krieg gewiß nichts ändern, trotz aller langen und tönenden Reden in Akademien und anderwärts. Man denkt an nichts weniger als an einen intellektuellen Vierverband, der zunächst, um bessere Resultate als der politische zu erzielen, versuchen müßte, sich mit einiger Genauigkeit über seine eigene Bedeutung anderen gegenüber klar zu werden. Die sehr verehrungswürdigen Herren Professoren, die heute mit jugendlichem Enthusiasmus und mit dem Eifer von Neophyten über die nationale Kultur reden, sollten gewisse Tatsachen im Auge behalten, die auch die Kanonen aller Armeen und alle Parlamentsreden zusammen nicht aus der Welt schaffen."

Buchpflege im Krieg. Eine der erfreulichen Erscheinungen für das geistige Leben in der Kriegszeit ist die Fürsorge, die Verleger und Künstler nach wie vor der Herstellung schöner Bücher angedeihen lassen. Zuletzt ist es der Münchner Verlag Hans von Weber gewesen, der seine Sammlung „Dreiangeldrucke" um drei weitere Bände vermehrt hat. Heinrich von Kleists „Michael Kohlhaas" ist von Bruno Goldschmitt mit Holzschnitten geschmückt, die dem Charakter der Dichtung und der Wahl der kräftigen herben Fraktur angepaßt sind. Georg Büchners Drama „Dantons Tod", das durch Reinhardts Aufführung wieder dem Leben zugeführt wurde, ist von Walo von May mit phantastisch erregten Steinzeichnungen geschmückt. Ganz in das Reich phantastischer Dichtung führt E. T. A. Hoffmanns Nachtstück „Der Sandmann" mit Ursteinzeichnungen von G. Königer.

Humanismus und Nationalismus. Ernst Troeltsch hat einen in der Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums in Berlin gehaltenen Vortrag bei Weidmann, Berlin, herausgegeben. Die Ausführungen sind typisch für einen Gesinnungswandel, der sich in der Frage der deutschen Bildung durch den Krieg vollzogen zu haben scheint. Den ersten Ausdruck davon gab eine Arbeit von Eduard Spranger („Das humanistische und politische Bildungsideal im

Digitized by Google

heutigen Deutschland", Berlin 1916.) Der Kenner und Darsteller Wilhelm von Humboldts erkennt in dem humanistischen Ideal die Züge der beschaulichen Innerlichkeit und ein wesentlich auf die Vollendung der Persönlichkeit gerichtetes Bildungsziel. Das scheint ihm in der furchtbaren Härte der gegenwärtigen und kommenden Zeit ein „allzu genießerisches und selbstbezogenes Ideal", weshalb er ihm das politische gegenüberstellt, worunter er die Erziehung des Individuums zur Hingabe an den staatlichen Gesamtwillen und zur freiwilligen Einordnung in die organisatorischen Bedürfnisse des Ganzen versteht. Troeltsch nimmt nicht die Beweismittel, aber die Ziele die er Ausführungen auf. Auch ihm hat der Krieg „den Gedanken eines nationalen Bildungswesens und nationaler Bildungsquellen" heute mit schrofferen Forderungen als je auftreten lassen. „Die nationalistischen und imperialistischen Weltspannungen in den letzten Jahrzehnten, die die wirtschaftliche und politische Verteilung des Planeten bedeuten, haben den nationalen Gedanken vertieft, und die gesteigerte internationale Berührung und Verflechtung hat in Wahrheit die Unterschiede betont und herausgearbeitet statt sie zu verwischen. So ist auch in das Bildungswesen die Forderung nationaler Erziehung, der Nährung des Geistes aus den nationalen Schätzen und Überlieferungen eingedrungen und hat hier in dem antikischen Humanismus eine dem nordisch-deutschen Wesen doch innerlich fremde Welt empfunden." Wohl sieht Troeltsch nicht wie Spranger die Aufgabe der Erziehung des Individuums in der „Hingabe an den staatlichen Gesamtwillen und der freiwilligen Einordnung in die organisatorischen Bedürfnisse des Ganzen". Aber er verlangt, daß sie statt wesentlich aus antiken Quellen auch aus deutschen genährt und gebildet werden, daß statt des Ideals des griechischen Menschens das des deutschen Menschen dargestellt wird. „Ruhe und Beschaulichkeit ist zu Ende, die Einheit des Lebensstiles zertrümmert; neue Klassen dringen in den Besitz der nationalen Bildung ein und wollen sie ihren Bedürfnissen anpassen; tausend neue Interessen und Reizungen der Phantasie, Belebung alter phantastisch bewegter deutscher Formenwelt und ganz andere praktische Bedürfnisse des Lebens tauchen auf. Da ist das humanistische Bildungsideal trotz aller Größe und Schönheit von innen heraus entleert und entkräftet worden." Damit wird Troeltsch zu einem anderen Ideal geführt. Vor ihm steigt „als die eigentliche große Mutterschicht unseres Wesens das Mittelalter empor oder besser gesagt, der gotische Mensch, dessen Geist und Wirken in unserem Vaterland durch tausend Denkmäler unserer schaffensfrohesten Zeit sich allenthalben im großen und kleinen offenbart, an dessen Kundgebungen aber der akademische Italienfahrer und seine minder gebildeten Nachahmer rasch vorübereilen. Es ist gewiß richtig, daß der gotische Mensch sich mit dem deutschen nicht deckt, sondern seine Anregungen von Frankreich her erfahren hat. Aber es war das alte mittelalterliche, noch stark vom Germanentum durchtränkte und noch nicht von der Renaissance im tiefsten Grunde umgeformte Frankreich, und eben diese Gotik hat doch erst in Deutschland ihre reichste und phantasievollste Entfaltung gefunden." „Erst mit der mittelalterlichen Stadt kommt die deutsche Sondergotik auf ihre Höhe, und diese Stadt ist in Institutionen, sozialen Verhältnissen und geistigen Leistungen vor allem der Ausgangspunkt deutschen Wesens, wie das Fichte in seinen „Reden an die deutsche Nation" an einer berühmten Stelle mit Recht hervorhebt und der Forschung zu näherer Aufklärung empfiehlt." „Eine solche nationale Bildung kann in den Volksschulen mit der Heimatkunde, Geographie und Geschichte verbunden werden, und vielleicht wäre ein bißchen künstlerische Schulung auch hier nicht unmöglich; vom deutschen Lied könnte man vielleicht einen Weg zur deutschen Kunst überhaupt finden. Die modernsprachlichen Schulen könnten gerade das Wechselverhältnis deutscher und westeuropäischer Kultur nach der positiven und negativen Seite erläutern und dabei eines durch das andere klar machen, wenn sie die kostbaren, in ihren Händen befindlichen Literaturwerke auch nach der Seite des humanen Inhalts ausbeuten lernen. Gerade von da aus könnten sie dann auch ihr schwierigstes Problem bewältigen, ein inneres und grundsätz-

Digitized by Google

liches Verhältnis naturwissenschaftlicher und humanistischer Bildung zu schaffen. Sie können das ganz gut auch ohne Antike dann erreichen, wenn an diese der Humanismus nicht gebunden ist. Freilich den fruchtbarsten Boden für eine solche Bildung böte dann gerade das Gymnasium als Stätte historischer Bildung, die von der Aneignung der alten Sprache und Kultur her überhaupt den Sinn für die unendlichen Feinheiten und Tiefen des historischen Geistes eröffnet und damit einem echten deutschen Unterricht die beste Empfänglichkeit und Schulung entgegenbrächte. Seine hohe Kraft als eigentlichste Bildungsschule könnte dann einen neuen Aufschwung nehmen, und es könnte mit seinen alten Mitteln neuesten und lebendigsten Bedürfnissen genügen."

Neuerscheinungen

Geschichte.

J. Schmieder: D. Martin Luther, der deutsche Reformator. Mit Buchschmuck und einem Titelbild. Verlag Ernst Wunderlich, Leipzig. 180 S. Preis geb. M. 3.—. Sammlung von Stellen aus Luther-Werken und von Briefen zur Form einer selbsterzählten Biographie.

D. L. Schneller: Lutherstätten. Verlag H. G. Wallmann, Leipzig. 305 S. Preis M. 4.—. Wanderungen durch die Lutherstätten nach der Zeitfolge in Luthers Leben, also eine Biographie Luthers nach Örtlichkeiten.

Hans Joachim von Zieten. 2 Bände. (Felix Lehmann, Berlin.) 400 S. Ein Neudruck der 1797 in Berlin erschienenen Lebensbeschreibung, die von dem großen Mann „eine genaue Erzählung" auf die Nachwelt zu bringen unternommen hat. In schlichter Sprache werden zum Teil aus persönlichen Erinnerungen Leben und Persönlichkeit des Mannes geschildert.

Ed. Wilh. Mayer: Das Retablissement Ost- und Westpreußens unter der Mitwirkung und Leitung Theodors von Schön. (G. Fischer, Jena.) IX und 124 S. Preis M. 3.60. Zusammenfassung der Maßnahmen, die der Amtsvorgänger des Herrn von Batocki nach den napoleonischen Kriegen getroffen hat. Auf Sammlungen beruhend, die Verfasser in den preußischen Archiven für das Buch gesammelt hat.

Die ersten Deutschen in der Fremdenlegion. Selbsterlebnisse eines Tübinger Studenten 1831—1833. Verlag Oskar Gerschel, Stuttgart. 159 S. Preis geb. M. 2.—. Neudruck einer der ersten deutschen Schriften (1839 in Stuttgart anonym erschienen) über das Wesen der Fremdenlegion und das Los der Legionäre. Ein Student, der sich hat anwerben lassen, schildert seine Erlebnisse.

Norddeutscher Lloyd - Bremen. 1857 bis 1917. Sechzig Jahre der Entwicklung. (Hofbuchdruckerei M. Hausschild, Bremen.) 191 S.

Schriften des Deutsch-Chinesischen Verbandes E. V. Heft 3. Beiträge zur neuesten Geschichte Chinas. Von Dr. Pysu Ling. Dolmetscher bei der chinesischen Gesandtschaft Berlin. (Verlag Karl Curtius, Berlin.) 157 S. Rein chinesische Betrachtung und Auffassung der Ereignisse in China vor dem europäischen Kriege.

Karl Stählin: Weltgeschichte des letzten Menschenalters. (Karl Winter, Heidelberg). 48. S. Preis M. —.50. Kurz zusammenfassender Überblick von dem Bismarckschen Zeitalter bis in unsere Zeit.

Wirtschaft.

Alfred Gürtler: Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsleben. (Ulrich Moser's Buchhdlg., Graz.) 58 S. Preis M. 1.60. Theoretische Auseinandersetzung über die wechselseitigen Forderungen.

Dr. A. Ruppin: Syrien als Wirtschaftsgebiet. (E. S. Mittler & S., Berlin.) IV und 418 S. Br. M. 8.—. Einführung in den geographischen und wirtschaftlichen Aufbau, in Produktion, Verkehr, Industrie des Landes.

Recht

A. Romen: Vereins- und Versammlungsrecht der Gewerkschaften und Gewerkvereine. Mit einem Anhang: Das gewerbliche Koalitionsrecht. (Guttentag Verlh. G. m. b. H., Berlin.) 117 S.

Philosophie

Fritz Fleiner: Politik als Wissenschaft. (Art. Inst. Orell Füßli, Zürich.) 27 S. Preis M 1.—. „Im Ergebnis bleibt es sich gleich, ob der politisch Handelnde auf dem Wege der Affektion die notwendigen Einsichten erwirbt oder wie das politische Genie durch die Kraft der Intuitionen". „Die Politik als Wissenschaft entwirft ihre lebendige Wirkung am Lernenden, am einfachen Bürger, indem sie ihn lehrt, daß die Hingabe an das Gemeinwesen, in dem die Wurzeln unserer Kraft ruhen, der politischen Tugenden größte ist."

Digitized by Google

Leonhard Nelson: Kritik der praktischen Vernunft. 1. Bd. der Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik. (Veit & Co., Leipzig.) XXXIV und 710 S. Preis geh. M 16.—. Breit angelegte wissenschaftliche Untersuchung zur Kritik der praktischen Vernunft als der Propädeutik zur Ethik, d. h. Voruntersuchungen für einen systematischen Aufbau der Ethik. Durch ausführliches Register ein Nachschlagewerk über die Probleme der Kritik der praktischen Vernunft.

Vorgeschichte und Jugend der mittelalterlichen Scholastik. Eine kirchenhistorische Vorlesung von Franz Overbeck. Aus dem Nachlaß herausgegeben von C. A. Bernoulli. (B. Schwabe & Co., Basel.) XII und 315 S. Sachverständiger Bericht eines fremden, aber durchaus legitimen Beobachters, eines „kirchenfernen protestantischen Theologie-Professors", der als Amtsgenosse Nietzsches in Basel bekannt geworden ist, über die Theologie als Kampfmittel der mittelalterlichen Kirche zur Wahrung ihrer irdischen Macht. Von allgemeinem Interesse wegen des Einschlags von Gedanken Nietzsches bei Lösung des Problems.

Deußen: Philosophie des Mittelalters. In der Anzeige dieses bei F. A. Brockhaus, Leipzig, erschienenen Werkes ist ein Irrtum unterlaufen. Mit diesem Teil ist die allgemeine Geschichte der Philosophie dieses Verfassers noch nicht abgeschlossen. Sie wird erst durch einen noch in diesem Jahr zu erscheinenden Band abgeschlossen, der die Geschichte der neueren Philosophie behandelt.

Schöne Literatur — Kunst

Das neue Bühnenwerk von Georg Kaiser, „Die Sorina", dessen Erstaufführung im Berliner Lessing-Theater stattgefunden hat, ist bei S. Fischer Verlag, Berlin, als Buch erschienen.

Felix Salten: Kinder der Freude. Drei Einakter des Wiener Schriftstellers (S. Fischer Verlag, Berlin).

J. P. Jakobsen: Gedichte. Übertragen von E. L. Schellenberg. Verlag Morawe & Scheffelt, Berlin. Die erste vollständige Ausgabe der Gedichte des nordischen Lyrikers. 143 S. Preis M. 1.20. Sigbjörn Obstfelder: Tagebuch eines Pfarrers. Verlag Morawe & Scheffelt, Berlin. 156 S. Preis M 1.20. Ein einsamer Mensch gibt die Selbstbeichte eines schwer und nachdenklich verbrachten Lebens.

Jakob B. Bull: Lichte Rache. (Morawe & Scheffelt Verlag, Berlin.) 158 S. Preis M 1.20. Bull ist der norwegische Rosegger, ein Dichter humorvoller Bauernromane, von denen hier nach zwei anderen Büchern ein dritter übersetzt vorgelegt wird.

E. Lindberg-Dovlette: Konstantinopel. Aus dem Tagebuch einer jungen Türkin. (Verlag Morawe & Scheffelt, Berlin.) 115 S. Preis M 1.20. Eine schwedische Schriftstellerin, die als Gattin des persischen Gesandten in Konstantinopel das orientalische Leben genau kennen lernte, schildert Stadt und Lebenshaltung Konstantinopels.

Rudolf Metzger: Die dynamische Empfindung in der angewandten Kunst. Mit 50 Abb. (Eugen Diederichs Verlag, Jena.) 72 S. Br. M 2.—. „Von dem Moment an, wo man auch die Maschine sich sozial untertan machen kann, wird man Möglichkeiten suchen, Persönliches auszudrücken." „Dieser Moment scheint für die Technik gekommen zu sein, den Werkbundströmungen und anderen nach zu schließen." Die Schrift sucht in zahlreichen Bildern diese Entwicklung und ihre Prinzipien zu demonstrieren.

Kriegsliteratur

Emil Berger: Wer ist an dem Weltkriege schuld? (Zürich, 1917, Art. Inst. Orell Füßli.) 16 S. Preis M. —.50. Vertritt den Standpunkt, daß die Schuldfrage eine sehr verwickelte und darum heute noch nicht lösbare Frage ist, und wirft die Gegenfrage auf, ob für den Augenblick nicht die Frage der Schuld für die weitere Fortsetzung des Krieges eine wesentlich wichtigere sei.

M. v. Sartor: Kriegsatlas. Chronologischer Atlas der Kämpfe des Weltkrieges in Europa und an den Grenzen der asiatischen Türkei. (Velhagen & Klasing, Bielefeld.) Auf 21 Tafeln werden mit kurzen Begleitworten die Geschehnisse des Krieges in einfachen übersichtlichen Faustskizzen chronologisch dargestellt.

Kriegsatlas. 52 Karten von allen Schauplätzen des Weltkrieges. (Ullstein & Co., Berlin.) Preis M. 1.—.

In Ost und West. 730 unveröffentlichte authentische Kriegsbilder der 47. Reserve-Division. Nebst einer Einleitung und einer Übersichtskarte. (Verlag F. Bruckmann, A.-G., München.) Preis geb. M. 6.—. Gut wiedergegebene Photographien aus dem Leben hinter der Front und an der Front.

Eberhard Buchner: Kriegsdokumente. (Der Weltkrieg 1914/16 in der Darstellung der zeitgenössischen Presse. VII. Band: Vom 18. Februar bis zur Befreiung Memels. Geh. M. 4.—, geb. M. 6.—. Albert Langen, München.) Fortsetzung des gut gesichteten zuverlässigen Werkes.

Der Vatikan. Märzheft der Süddeutschen Monatshefte (einzeln M. 1.50) mit Beiträgen von Paul Maria Baumgarten; Hartmann Grisar S. J.; Franz Ehrle S. J.; J. B. Sägmüller; Ignaz Seipel; Philipp Dengel; Heinz Brauweiler; Josef Hofmiller; Josef Sauer, Th. Frhr. von Cramer-Klett.

Carl Worms: Schloß Mitau. Bilder aus Kurlands Vergangenheit. (Cottasche Buchhandlung,

Digitized by Google

Stuttgart.) 249 S. Preis brosch. M. 2.50. Bilder aus dem alten Leben Mitaus von der Zeit der Könige bis in den Weltkrieg. Geschichte der Ostseeprovinzen in darstellenden Einzelbildern.

Die Fäulnis Rumäniens, im Lichte rumänischer Dichter und Schriftsteller. Herausgegeben von Herm. Kienzl. (Georg Müller, München.) 749 S. Dichter und Schriftsteller Rumäniens schildern den Zustand ihrer Heimat „nicht mit anklagenden Worten, aber mit realistischen Darstellungen".

W. Kapp: Das innerpolitische Deutschland und der Krieg. 90. Heft der Sammlung „Der Deutsche Krieg". Herausgegeben von Prof. Ernst Jäckh. (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.) 35 S. Preis M. —.50.

Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Erschienen in der Sammlung deutscher Reichsgesetze der Guttentagschen Verlagshandlung, Berlin. 31 S.

Karl Bälz: Beamtenrecht und Familie. 89. Heft der Sammlung „Der Deutsche Krieg". Politische Flugschriften, herausgegeben von Prof. Ernst Jäckh (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart). 28 S. Preis M. —.50.

August Winnig: Die deutschen Gewerkschaften im Kriege. (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.) 78. Heft der Sammlung „Der Deutsche Krieg", Herausgeber Ernst Jäckh. 36 S. Preis M. —.50.

Arbeiterfürsorge 1916. Vereinigte Königs- und Laurahütte, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb. (Verlag Gebr. Böhm, Kattowitz.) 11 S.

J. Hohmann und E. Reichel: Die Dienstpflicht der deutschen Frauen. (Mathilde Zimmer-Haus. Berlin-Zehlendorf.) 364 S.

Dr. Hans Schippel: Bargeldloser Verkehr, unsere Reichsbank und der Krieg. (Deutsche Verlags Anstalt, Stuttgart. 78. Heft der Sammlung „Der Deutsche Krieg", Herausgeber Ernst Jäckh.) 50 S. Preis M. —.50.

Dr. Josef Redlich: Bericht über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der österreichischen Finanzverwaltung, sowie Vorschläge der Kommission zur Reform dieser Verwaltung. (Hof- und Staatsdruckerei, Wien.) 193 S.

Neue Wege zur Förderung der Lebensmittelproduktion und -Versorgung. Von Reg.-Rat Risch und Dr. v. Wagner. (Veit & Co., Leipzig.) 32 S. Versucht Anregungen zur Vermehrung der Produktion und richtigen Verteilung „unter Berücksichtigung der natürlichen Voraussetzung und Zusammenhänge" zu geben.

Erich Brandenburg: Deutschlands Kriegsziele. (Leipzig 1917, Verlag Quelle & Meyer.) 98 S. Zeichnet „allgemeine Richtlinien", die bei den Friedensverhandlungen maßgebend sein sollen, um Fühlung zwischen der Regierung und der öffentlichen Meinung herzustellen und versucht, Mindestforderungen zu ermitteln.

Labor und Löwe: Wirtschaftliche Demobilisation. (Verlag der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung, Berlin.) 69 S. Preis M. 2.—. Die Schrift behandelt systematisch die Fragen der Übergangswirtschaft.

M. Kloß: Potsdam und Weimar, die Wurzeln deutscher Kraft. Rede. Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin. 29 S.

Karl O. Erdmann: Besinnliches zum Fremdwörterstreit. 165. Flugschrift d. Dürerbundes. (Verlag Callwey, München.) 23 S. Preis M. —.50. Bekämpft mit guten Gründen die Übertreibungen und Unklarheiten der Fremdwörterbewegung.

Davis Trietsch: Deutsch als Weltsprache. Grundlagen und Ziele. Mit zwei farbigen Karten. (Ostlandverlag, Charlottenburg.) 63 S. Preis brosch. M. 1.—.

Oskar Büttner: Der Weltkrieg und die Liebe Gottes. (Joh. Schergens, Bonn.) 300 S. Preis geh. M. 3.—.

Bruno Wille: Und gib uns Frieden. (Deutsches Verlagsh. Bong & Co., Berlin.) Preis M. 2.60. Eine Gedichtsammlung, die zur Selbstoesinnung und inneren Einkehr führen will.

Zum neuen Deutschland! Zehn Vaterlandslieder in Wort und Weise von Friedr. Schön. (Xenien-Verlag, Leipzig.) 15 S. Preis M. —.50.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kobe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politik

Herausgeber

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Inhalt:

Rohrbach, Die russische Revolution 393
Wertheimer, China? 399
Versluys, Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg 401
Schneider, Die Änderung des Wahlrechts 407
Giesberts, Staatsmonopole und Sozialpolitik 411
Lynceus, „Vorwärts und aufwärts" 415
Notizen / Neuerscheinungen 419

Preis 30 Pfennig

2. Jahrgang 30. März 1917 Heft 13

Gustav Kiepenheuer-Verlag-Weimar-Berlin

Helft uns siegen!

zeichnet die Kriegsanleihe

Digitized by Google

2. Jahrgang • 30. März 1917 • Heft 13

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Die russische Revolution

Von Dr. Paul Rohrbach

Das lange erwartete und oft vorausgesagte Ereignis, die russische Revolution, ist nun also Tatsache geworden. In Deutschland hat man die Revolution erst zu früh erwartet und dann, als sie nicht zu kommen schien, in weiten Kreisen voreilig den Glauben, daß sie kommen würde, verloren. Das war ein Fehler, der sich wie vieles andere in unseren Vorstellungen über Rußland aus den Schwierigkeiten erklärt, die sich namentlich jetzt während des Krieges dem Verständnis der russischen Verhältnisse entgegenstellen. Unsere Politiker konnten sich zu schwer denken, daß die Autorität nicht bei einer Regierung sein sollte, die äußerlich so stark dazustehen schien. Die meisten in Deutschland hielten die Regierung des Zaren für stark und rechneten daher auch bei dem Gedanken eines Sonderfriedens mit Rußland immer nur mit dieser Regierung, mochte sie nun von Stürmer, Protopopow oder sonst jemandem vertreten sein. Namentlich Protopopow galt als der starke Mann, der imstande sei, die Opposition in der Duma und auf der Straße zu meistern.

In Rußland ist nun nach mehr als zweieinhalb Jahren Krieg das Merkwürdige geschehen, daß eigentlich zwei miteinander konkurrierende Revolutionen gleichzeitig von verschiedenen Kräften unternommen wurden. Die eine kann man eine Revolution für den Krieg nennen, und die andere, wenn auch nicht direkt eine Revolution gegen den Krieg, so doch eine solche, bei der nicht die Kriegsfrage, sondern innerpolitische Dinge die Hauptsache sind. Wir müssen, um das zu verstehen, auf die erste russische Revolution von 1905 zurückgehen.

Damals wurde der Sieg der freiheitlichen Bewegung über den alten Zarismus durch das Zusammengehen der gebildeten und besitzenden Schichten mit der Masse, den Radikalen, entschieden. Der Druck der Rechtlosigkeit unter dem Absolutismus wurde im ganzen Volke so stark empfunden, daß alle in dem Verlangen einig waren: es muß besser werden, so geht es nicht weiter! Der allgemeine große Verkehrsstreik im Herbst 1905 brachte die Regierung zum Nachgeben, und in dem sogenannten Oktobermanifest wurde der Eintritt Rußlands in die Reihe der Verfassungsstaaten verkündet.

Digitized by Google

Als aber das erreicht und die Volksvertretung vom Zaren zugestanden war, gingen die Interessen der oberen Stände und der Masse nicht mehr zusammen. Die Bauern verlangten Land und die Arbeiter verlangten den Achtstundentag, gute Löhne, unbeschränktes Streikrecht usw. Daran lag den Besitzenden und Gebildeten nichts, und infolge dieses Mangels an Teilnahme für die Arbeiterforderungen gelang es der Regierung, der Revolution Herr zu werden. Die Entscheidung fiel in der blutigen Straßenschlacht in Moskau, die vom 22. bis zum 28. Dezember 1905 dauerte und mit der Niederlage der Arbeiter durch die aus Petersburg geschickten Gardetruppen endete.

Dieser Ausgang der Revolution wurde in der Arbeiterschaft als Verrat der oberen Stände an den wirklichen Volksinteressen empfunden. In der ersten und zweiten Duma war aber, neben den mehr oder weniger „liberalen" bürgerlichen Mittelparteien, infolge des ursprünglich gewährten umfassenden Wahlrechts auch eine sehr starke radikale Linke vorhanden, und diese beherrschte die Duma. Die Regierung hatte den von ihrem Standpunkt aus verhängnisvollen Fehler gemacht, die Bauern für „zarentreu" zu halten und ein Wahlrecht einzuführen, bei dem sie mit Hilfe der bäuerlichen Stimmen eine sichere Mehrheit zu erhalten hoffte. Daß dies eine falsche Spekulation war, erkannte schon bei der berühmten Peterhofer Beratung, die vom 19. bis 26. Juli 1905 unter dem persönlichen Vorsitz des Zaren stattfand, der damalige Finanzminister Kokowzew. Über diesen merkwürdigen und lehrreichen Vorgang verweise ich auf die Schrift „Aus den Geheimprotokollen des Zaren", Heft 3, der von mir herausgegebenen Sammlung „Die russische Gefahr" (Stuttgart, Engelhorns Nachf., 1916). Bei der Beratung über das Wahlrecht, das für die Duma bestimmt werden sollte, antwortete Kokowzew denen, die an die „widerstandsfähige Mauer" der konservativen Bauern glaubten, an der sich „die Wellen der fortschrittlichen Beredtsamkeit" zerschlagen sollten, folgendes: „Ich kann in keiner Weise den Vergleich des bäuerlichen Elementes mit einer Mauer, welche die Duma vor unerwünschten Strömungen beschirmt, als der Wirklichkeit entsprechend anerkennen. Die Bauern sind eher Wachs, aus welchem man die herrlichsten Dinge, oder auch ganz untaugliches Kram herstellen kann, je nachdem, in wessen Händen sich dieses weiche Material befinden wird. Ich fürchte sehr, daß die Stimmen der Bauern von den unzuverlässigen Elementen ausgenutzt werden würden, die auf diese oder jene Weise in die Duma gelangen werden."

Dieser Minister kannte die russischen Bauern gut, denn es kam genau so, wie er vorausgesagt hatte. Die „unzuverlässigen Elemente" in seinem Sinn waren die Radikalen, die aufs Land gingen und zu den Bauern sprachen: wählt uns, wir werden dafür sorgen, daß ihr mehr Land bekommt und weniger Steuern zu zahlen habt! Die Folge war, daß die heute sogenannte „Arbeitsgruppe", russisch „Trudowiki", deren Führer der Saratower Rechtsanwalt Kerensky ist, in der ersten Duma, die am

Digitized by Google

10. Mai 1906 zusammentrat, die stärkste Partei war. Der Ausdruck „Trudowiki" würde im Deutschen ungefähr soviel heißen wie die Mühseligen, von Arbeit Beladenen. Es ist die graue Masse, die unter dem Druck der täglichen Arbeit ohne Lebensfreude und ohne Rechte ans Dasein seufzt, die Masse, von der man gesagt hat, sie habe bisher in Rußland den Staat nicht getragen, sondern ertragen. Die im Deutschen eingeführte Übersetzung „Arbeitsgruppe" (Trud russisch = Arbeit) ist ganz irreführend; eher könnte man übersetzen „Kreuzträger". Die Trudowiki sind nicht Sozialdemokraten oder Sozialisten, sondern Kleinbürger und Kleinbauern, die sich von ihren Führern das unverstandene Ideal der demokratischen Republik vorpredigen lassen.

Die erste Duma fiel so radikal aus, sowohl in der Forderung nach weiteren politischen Freiheiten als auch nach der Aufteilung aller Staatsdomänen, der Apanagengüter und des privaten Großgrundbesitzes an die Bauern, daß der Zar sie schon am 21. Juli auflöste. Die zweite am 5. März 1907 zusammengetretene Duma war aber vom Standpunkt der Regierung aus nicht viel besser. Auch die konstitutionell-demokratische Partei, die sogenannten Kadetten, zumal ihr linker Flügel, war damals noch sehr radikal gesinnt. Die Kadetten schienen entschlossen, die Landverteilung an die Bauern auch zu ihrer Forderung zu machen und der kadettische Abgeordnete Herzenstein, den die Regierung später in Finnland durch einen Gendarmen ermorden ließ, rief der Rechten höhnisch zu: macht euch auf die Bauernstimmen keine Hoffnung, der Bauer gehört uns, denn bei uns riecht es nach Land!

Die Moskauer Straßenschlacht vom Dezember 1905 und die Tausende von den Bauern in Brand gesteckten Gutshöfe auf dem flachen Lande wirkten aber doch so weit nach, daß die Regierung, als sie auch mit der zweiten Duma nicht fertig wurde, den Staatsstreich wagen und ein neues Wahlgesetz erlassen konnte, durch das die Bauernstimmen ausgeschaltet wurden. Der Mann des Staatsstreichs war der Minister Stolypin. Die dritte Duma, nach der neuen Wahlordnung gewählt, trat am 14. November 1907 zusammen und war regierungsfreundlich. Die Trudowiki und die Sozialdemokraten waren eine kleine Minderheit geworden. Stolypin wandte die beiden politischen Bändigungsmittel an, daß er den Bauern durch die Abschaffung der Gemeinwirtschaft und die Einführung des bäuerlichen privaten Landbesitzes eine Landreform gab, die in absehbarer Zeit durchgreifend zu wirken versprach, und daß er die mehr oder weniger liberalen Mittelparteien, Oktobristen, Kadetten usw. durch die Erhebung der Fahne des Nationalismus gewann. Der Nationalismus wandte sich einerseits gegen die „Fremdvölker" in Rußland, Polen, Deutsche, Finnländer, Armenier, Juden usw.; andererseits übernahm er unter der Firma des Neoslawismus die alten panslawistischen Eroberungsziele nach außen, vor allem gegen Österreich-Ungarn (Ostgalizien) und gegen die Türkei. Konstantinopel und die Dardanellen wurden nach dem Scheitern der russischen Weltpolitik in Ostasien und nachdem Rußland dem System der gegen Deutschland gerichteten Einkreisung durch den englisch-russischen

Digitized by Google

Vertrag von 1907 beigetreten war, um so stärker das Ziel der in der inneren Politik liberal interessierten Mittelparteien, als sich mittlerweile ein außerordentlich starkes Wirtschaftsinteresse an der Beherrschung der Meerengen durch Rußland erhoben hatte. Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands, der Getreidebau, die Großindustrie, der Handel haben sich seit dem Beginn der Ära Witte mehr und mehr im Süden, im Gebiet des Schwarzen Meeres konzentriert — zum mindesten gilt das für alle mit dem Bergbau zusammenhängenden Industrien — und gerade die Liberalen waren Träger dieses modernen russischen Wirtschaftslebens.

Damit war die politisch-ökonomische Lage hergestellt, in der Rußland, was seine innern Verhältnisse betraf, in den Krieg ging. Die Liberalen waren die eigentliche Kriegspartei, zumal auch sie, in Gestalt der von ihnen vertretenen russisch-industriellen Interessen und eines großen Teils der Landwirtschaft, lebhaft unzufrieden mit dem Handelsvertrage mit Deutschland waren, der von ihnen als das über Rußland aufgerichtete deutsche Joch dargestellt wurde. Der Fehler in der Kriegsrechnung der Regierung wie der Parteien war aber der, daß jedermann glaubte, der Krieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn würde mit Hilfe der verbündeten Engländer und Franzosen schnell gewonnen werden — während in Wirklichkeit das Gegenteil eintrat. Nun zeigte sich, daß Rußland doch nicht imstande war, die notwendigen organisatorischen Leistungen dauernd zu verwirklichen, namentlich unter so erschwerten Umständen, wie der Absperrung des gesamten Verkehrs mit dem Auslande ausgenommen die Wege über den hohen Norden und die weit entlegene ostasiatische Küste. Das größte Verhängnis war die Sperre der Dardanellen, durch die sonst die Versorgung des ganzen Südens mit Kriegsmaterial und sonstigem Bedarf hätte gehen können. Die Zurückschlagung der englisch-französischen Angriffe gegen die Befestigungen an der Meerenge war im Grunde entscheidend dafür, daß die Zustände in Rußland auf dem Gebiet des Verkehrs, der Verpflegung und der Lieferung des Heeresbedarfs sich immer kritischer entwickelten — bis zur Revolution.

Der Beginn der Revolution oder der zur Revolution führenden Bewegung ist eigentlich schon mit der Bildung des „progressiven Blocks" in der Duma, im Frühjahr 1915, gegeben. Der Block umfaßte die sechs „Mittelparteien" der Duma, von den Kadetten auf der linken bis zu den sogenannten fortschrittlichen Nationalisten auf der rechten Seite. Die stärksten Blockparteien waren Kadetten und Oktobristen. Links vom Block standen die Trudowiki und die Sozialdemokraten, rechts vom Block die äußerste Rechte, die zaristisch-reaktionäre Grundsätze vertrat.

Der Durchbruch der russischen Front bei Gorlice, der Verlust Galiziens bis auf einen geringen Rest und die deutschen Siege in Polen verstärkten den vom Block erhobenen Ruf: diese Regierung ist unfähig, alles für den Krieg Notwendige zu tun, der Zar soll ein Ministerium des nationalen Vertrauens, d. h. des Vertrauens der Blockmehrheit in der Duma, ernennen und alle freien Kräfte Rußlands, die Semstwos, die

Digitized by Google

kriegsindustriellen Komitees, die Kaufmannschaft, die Universitäten zur Selbstorganisation im Dienste des Krieges aufrufen. So, aber auch nur so, würde es gelingen, die Verkehrsnot zu bemeistern, die Volksverpflegung zu sichern und das Heer zu versorgen.

Dem gegenüber nahmen der Zar und die Leute seines Vertrauens den Standpunkt ein, daß sie, wenn es zum äußersten kam, eher bereit waren, auf den Krieg als auf den Absolutismus zu verzichten. Die Dumamehrheit dagegen sagte: kommt es dazu, daß zwischen Krieg und Beseitigung des reaktionären Systems mit revolutionären Mitteln gewählt werden muß, dann lieber die Revolution als den Verzicht auf den Krieg! Die Triebfedern zum Kriege waren dabei gleichermaßen der Haß gegen Deutschland, die Furcht vor der Niederlage, das Vertrauen, mit Englands Hilfe schließlich doch noch das ausgehungerte Deutschland zu besiegen, und über dem allen der leidenschaftliche Wille der Liberalen von Miljukow bis zu Gutschkow und darüber hinaus, aus den oben genannten wirtschaftspolitischen Gründen Konstantinopel und die Meerengen zu besitzen.

Ein enges Bündnis bestand, wie begreiflich, zwischen dem Block und England. Der englische Botschafter war der Hausfreund der Blockpartei. Rasputins Ermordung, die letzte scharfe Warnung an den Zaren vor dem geplanten Staatsstreich, geschah mit Vorwissen und Billigung Englands. Aus englischer Quelle stammten auch die Geldmittel, über die der Block verfügte. Im Sinne Englands und der Blockmehrheit lag aber begreiflicherweise nur ein unblutiger Staatsstreich oder eine unblutige Revolution. Ob man glaubte, sich mit Nikolaus II. weiter behelfen zu können, nachdem ihm ein Ministerium des Blocks und ein Wechsel des politischen Kurses im Innern, alles natürlich unter scharfer englischer Kontrolle, aufgezwungen war, oder ob man von Anfang an auch einen Personenwechsel an der obersten Stelle geplant hat, das läßt sich zurzeit schwer sagen. Für den Block und für England aber kam es darauf an, daß der Regierungsapparat nicht erschüttert oder zerstört wurde und daß sofort nach dem Siege über den Zaren und die Reaktion die gesammelte Kraft der neuen Männer und des neuen Systems zur Besiegung der drei Notstände verwendet werden konnte, in deren Gefolge die Niederlage drohte: Verkehrsnot, Lebensmittelnot, mangelhafte Versorgung des Heeres mit Kriegsmaterial.

An diesem Punkte nun setzt die zweite Revolution ein, von der wir eingangs sprachen. Die Parteien der Masse, die Trudowiki und die Sozialdemokraten, getrieben durch Hunger, Kälte und sonstige materielle Mißstände, und getrieben durch die Besorgnis, sie würden, sobald die „Revolution der Leute im guten Rock" geglückt war und diese im Besitz der Gewalt waren, wiederum die Betrogenen sein wie 1905/06, erhoben sich und führten ihre Anhänger zum Kampf um Brot und Volksrechte auf die Straße. Der äußere Hergang der Ereignisse war dieser: Während die Blockparteien und die englische Botschaft den Staatsstreich vorbereiteten,

Digitized by Google

die Aufregung aufs höchste stieg und jedermann fühlte, daß die Krisis nahte, brachen plötzlich, von den Parteiführern Kerenſky und Tſchcheidſe und ihrem Anhang organiſiert, die blutigen Straßenaufſtände aus, die der Regierung den Entſchluß eingaben, die Duma zu einer langen Vertagung nach Hauſe zu ſchicken. Nun mußten auch die Verbündeten, der Block und der Botſchafter Buchanan, handeln. Es war aber zu ſpät, die revolutionäre Straße hatte die Truppen der St. Petersburger Garniſon gewonnen, und damit hielten nicht die Blockparteien, ſondern die beiden Gruppen der radikalen Linken die Macht in der Hand. Um überhaupt noch etwas zu erreichen, mußten Miljukow, Rodzianko und die übrigen Führer des Blocks ein Kompromiß mit Kerenſky, Tſchcheidſe und ihren Leuten ſchließen, und es war von Anfang an klar, daß dabei die größere Stärke nicht bei den Blockvertretern, ſondern bei den Radikalen war.

Dieſes Kräfteverhältnis tritt auch bei der weiteren Entwicklung der Dinge immer deutlicher hervor. Der Block iſt Kriegspartei, die Trudowiki und die Sozialdemokraten, unter denen die Stellung der einzelnen zu dem akuten vorhandenen Krieg nicht einheitlich ſein mag, wollen vor allen Dingen materielle Verbeſſerungen für die Lebenshaltung der Maſſe und ein bis zum Überfluß gefülltes Maß von Volksrechten radikaldemokratiſcher Natur. Es kann nicht ausbleiben, daß ſich hieraus, wie auch ſchon geſchieht, Konflikte zwiſchen dem Block und den Radikalen ergeben. Die Trudowiki und die Sozialdemokraten haben durchgeſetzt, daß die Monarchie, wenn nicht grundſätzlich abgeſchafft, ſo doch zeitweilig ſuspendiert iſt (etwas was ganz und gar gegen den Wunſch des Blocks und Englands iſt!) und ſie verlangen die ſchleunige Wahl einer konſtituierenden Volksvertretung nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht. Damit aber würden die Parteiverhältniſſe der erſten und zweiten Duma wiederkehren. Die Mittelparteien oder der Block würden in die Minderheit kommen, links von ihnen würde der Radikalismus wahrſcheinlich für ſich allein die Dumamehrheit bilden und rechts würde eine unbeſtimmt große, wahrſcheinlich nicht allzu geringe Zahl reaktionärer „echt ruſſiſcher Leute“ ſitzen. Mit einem ſolchen Parlament kann Rußland natürlich keine Verfaſſung und keine Regierung im Sinne der Oktobriſten und Kadetten bekommen, vielmehr ſtatt deſſen die demokratiſche Republik und der den Bürgerkrieg, aber vielleicht auch ſo kommt, ohne daß die Conſtituante erſt zuſammentritt.

Politiſche Vorausſagungen im einzelnen ſind natürlich nicht möglich. Unwahrſcheinlich im höchſten Grade erſcheint es, daß es den Kriegsparteien gelingen ſollte, die Schwierigkeiten, die der Kriegführung entgegenſtehen, zu beſiegen. Die Maſſe wird ganz entſchieden auf das Aufhören der Lebensmittelnot ſtärker drängen als auf die Fortführung des Krieges. Der Trumpf, den England und der Dumablock jetzt in das Kriegsſpiel werfen, iſt der, daß ſie ſagen: wir müſſen ſiegen, nicht nur wir vom Block, ſondern auch ihr Radikalen, denn wenn unſere Heere geſchlagen werden, ſo bringen uns die

Digitized by Google

Preußen den Zaren, den Absolutismus und die Knechtschaft wieder! Nachdem nun auch Rußland ein Land der Volksfreiheit geworden ist, ist Preußen-Deutschland als die einzige reaktionäre Macht übrig geblieben und diese muß nieder, falls die Freiheit in Rußland sicher sein soll!

Alles was an Einzelnachrichten kommt, zeigt, daß die Radikalen den Block zu zwingen imstande sind, ihre Forderungen von Regierungswegen zu verkünden. Das aber ist einstweilen mehr eine Zwangsanerkennung der politischen Theorie der Radikalen, als eine praktische und endgültige Entscheidung. Es frage sich: 1. wird es dem Block glücken, die Radikalen vorläufig beim Kriege zu halten? 2. wird es den Radikalen glücken, schleunige Wahlen nach dem verkündeten weitgehenden Wahlrecht durchzusetzen? 3. Wie lange wird sich unter den jetzigen Umständen die Versorgung der Armee und die Abwendung der zunehmenden Hungersnot bewirken lassen? Davon hängen die nächsten Entscheidungen ab.

China?

Von Dr. Fritz Wertheimer

China hat die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Das Fehlen des eigenen Nachrichtendienstes macht uns völlig von den Nachrichten der feindlichen und der neutralen Presse abhängig, aber es besteht wohl kein Zweifel, daß chinesische Soldaten die deutschen Niederlassungen, Hankau und Tientsin, besetzt haben. Von weiteren unmittelbar feindseligen Handlungen, die über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen hinaus den Übergang in den Kriegszustand erkennen ließen, ist bis jetzt nichts bekannt geworden, wir dürfen uns aber darüber keinen allzu rosigen Hoffnungen hingeben. Es wird jetzt viel von der Ähnlichkeit der Lage Chinas und Amerikas gesprochen und davon, daß das in dem Jungchinesentum amerikanisch gesinnte und erzogene China das amerikanische Beispiel einfach nachahme. Man muß sich aber hüten, die chinesische Politik mit allzu europäischen Augen zu betrachten — was schon bei der amerikanischen ein schwerer Fehler war! Wilson hat immerhin mit einer recht stark entwickelten öffentlichen Meinung zu rechnen, weniger mit Iren und Deutsch-Amerikanern, als mit verdienenden Banken, immer reicher gewordenen Stahlmagnaten, auch einer organisierten Friedenspartei. Seine Kriegsdiplomatie erfordert Taktik und Strategie, will er die Entscheidung so lenken, daß er das gesamte Volk zu ihr hinter sich hat. China aber kann sich der Entente nicht erwehren. Japaner sind durch chinesisches Gebiet gezogen, unbekümmert um alle Proteste Chinas, um das deutsche Tsingtau zu belagern und zu erobern. Die Entente hat das natürlich gebilligt. Wo aber war der patentierte Beschützer der Rechte der Neutralen, Herr Wilson? Wer hat etwa von seiner Unterstützung Chinas gehört? Was ist von einer Bewegung des amerikanisierenden Jungchinas bekannt geworden, um Amerika auf diese Verletzung chinesischer Interessen hinzuweisen? Nichts, nichts, nichts.

Digitized by Google

Wenn je die egoistisch-amerikanische Interessenpolitik Wilsons eine Beleuchtung nötig hätte, das chinesische Beispiel würde es am besten liefern. Amerika hat China nicht unterstützt, so lange seine eigenen Interessen es nicht erforderten. Aber es ist wahrscheinlich, daß Amerika China seine Unterstützung *versprochen* hat, im Moment, wo die eigenen Interessen es erwünscht erscheinen ließen.

Was wir heute über Chinas Beteiligung am Weltkrieg und über die vermutlichen Ursachen und Folgen sagen können, das ist alles Hypothese und Vermutung. Es erscheint uns heute so, als ob Japan, trotz des wütenden Drängens seiner „Bundesgenossen", trotz der Lockungen und Drohungen Englands und der bissigen Fragen des Herrn Clemenceau, seine Kriegsbeteiligung nach dem kriegerischen Intermezzo von Tsingtau nur noch als eine Geschäftsbeteiligung auffasse. Es denkt nicht daran — und denkt jetzt nach dem „Eingreifen" Chinas sicher weniger als je daran — Truppen nach dem europäischen Kriegsschauplatz zu senden. Es baut seine Industrie und seine Schiffahrt aus. Es sammelt Gold an und es verdient. (Wobei an die möglichen Folgen der russischen Revolution auf die japanische Haltung nur ganz andeutungsweise gedacht werden soll!), es hat seine Pläne in China und Südost-Asien, die es in stetem diplomatischem Kampf mit seinen Bundesgenossen fördert und stützt. Der Eintritt Chinas in die Reihe ihrer Verbündeten macht aus einem unterlegenen und geführten Lande plötzlich einen Bundesgenossen, dem die Hilfe der übrigen Ententegenossen gleichermaßen zur Verfügung steht. Daraus mögen Gefahren für Japan entstehen, über deren Einschätzung im Mikadoreiche selbst uns die nächsten Reichstagswahlen schätzenswerte Aufschlüsse geben können. Terautschi ist ein guter Soldat; ob er ein geschickter innerer Politiker ist, mag er jetzt beweisen. Das Eingreifen Chinas bringt aber auch für Japan Vorteile. Die Chinesierung der deutschen Konzessionen in China nützt, wie die ganze Hereinziehung Ostasiens in den Krieg, beileibe nicht den Engländern, sondern den Japanern, das etwaige Ausscheiden der Deutschen aus der Handelskonkurrenz stärkt nur die japanische Stellung. Die Rohstoff-Hilfsquellen eines verbündeten China wird Japan zu eigenen Gunsten noch viel rücksichtsloser auszunutzen verstehen als das bisher möglich war, eine völlige Japanisierung der Jangtse-Schiffahrt und des Erzhandels wird die nächste Folge sein. Japan wird sich das Geschäft schon gut überrechnet haben, ehe es seine Zustimmung zum Eingreifen Chinas gab — und ohne japanische Zustimmung ist dieses Eingreifen sicherlich nicht erfolgt. England liegt zunächst nur an einer weiteren Schwächung seines grimmigsten europäischen Gegners durch Handelsstörungen und Unterbindung von Handels- und Absatzmöglichkeiten nach dem Kriege. Gerade jetzt nach dem Einsetzen des scharfen U-Bootskampfes und der zu erwartenden gewaltigen Vernichtung der englischen Tonnage mit der auf dem Fuße folgenden Schwächung des englischen Handels nach dem Kriege spielt dieser Vernichtungswille in England eine größere Rolle, weil die Gedanken schon immer mehr zur künftigen

Digitized by Google

Friedenskonkurrenz hinüberschweifen. England wünscht ferner eine möglichste Unterstützung seines russischen Freundes mit Waffen und militärischer Rüstung und gestattet deshalb gern die Ausnutzung chinesischer Möglichkeiten durch Japan. Wilson hat nun endlich einen bisher noch neutralen Staat, bei dem sein Vorgehen Nachahmung gefunden hat, und diese Folge mag die persönliche Eitelkeit Herrn Wilsons kitzeln. Sicherlich hofft er auch, durch das Eintreten Chinas in die Kreise der Verbündeten künftigen japanischen Versuchen der Schröpfung, Schwächung und Landverkleinerung Chinas besser entgegentreten zu können und dadurch den eigentlichen Gegner Amerikas, nämlich Japan, im Schach zu halten. Gleiche Hoffnungen mag China nähren, das doch sicherlich von Amerika und von der Entente größere Versprechungen erhalten hat, als es nur die Schenkung der Restschuld aus der Boxerentschädigung bedeutet. Über alle diese Dinge aber sehen wir nur unklar.

Tatsache ist, daß die deutschen Konzessionen in China von China nun übernommen sind, daß der Abbruch der Beziehungen zu Deutschland das sofortige Einsetzen deutscher Handelsbetätigung in China nach dem Kriege erschwert. Ob China noch weiter geht und im Gegensatz zu Amerika nun auch gleich zur Liquidation der deutschen Unternehmungen in China schreitet, ob es zur Kriegserklärung und zu offenen Feindseligkeiten kommt, die natürlich nur in Handelsstörungen und indirekter Kriegseinwirkung bestehen können, das muß die Zukunft lehren, das hängt vom Druck der Entente und von der englisch-amerikanisch-japanischen Verständigung ab. Allzu sehr soll uns das nicht kümmern. Wir schätzen die Störung des deutschen Handels nicht gering ein, aber wir vertrauen doch darauf, daß uns das wichtigste vom ostasiatischen Handelsgeschäft, die Kaufleute, die persönlichen Träger des deutschen Handels und Kulturgedankens, erhalten geblieben sind. Nach dem Kriege wird ihre verdoppelte Energie und die im Kriege gefestigte Erkenntnis in ganz Deutschland über den Wert der Chinabeziehungen schon wieder zu unserer Stellung verhelfen. Der Krieg wird in Europa und auf seinen Schlachtfeldern entschieden!

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg

Von Prof. Dr. W. A. Versluys, Haag. Übersetzt von Adolf Teutenberg, Weimar

Sowie England am Kriege teilzunehmen begann, hat es, unter Hintansetzung des Völkerrechtes, durch Ausdehnung des Begriffes Bannware (Kontrebande) das geltende Blockaderecht zu einem Aushungerungsmittel gegen die Mittelmächte gemacht. Es war nun merkwürdig zu sehen, wie die öffentliche Meinung diese Maßregel hinnahm.

*

Rußland konnte die Einführung der neuen Kampfmethode gleichgültig lassen; denn Rußland wird niemals auszuhungern sein. Wenn aber England später einmal Frank-

Digitized by Google

reich durch Aushungerung niederzuringen bestrebt sein sollte, so hätte dieses immer noch Aussichten auf Zufuhr über Land aus Rumänien, aus Rußland und vielleicht auch aus Amerika: und zwar über Deutschland, das nicht so einfach auf Rationen zu setzen sein würde wie heute Holland und die skandinavischen Länder, da Deutschland die neue Lehre von der fortgesetzten Reise nicht so leicht als Recht zu erkennen geneigt sein dürfte. Nur wenn Frankreich nicht nur gegen England, sondern auch noch gegen Deutschland und gegen Österreich kämpfen müßte, könnte die Abschließung vollständig sein, aber in diesem letzteren Falle wäre ein Widerstand Frankreichs sowieso hoffnungslos. Frankreich also kann das neue Recht auch annehmen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben das englische Einfuhrverbot von Lebensmitteln und Baumwolle nach den Mittelmächten, geschehe sie nun direkt oder indirekt, ruhig hingenommen. Die Verminderung der Zahl ihrer Abnehmer war sicher kein wirtschaftlicher Vorteil für die Vereinigten Staaten, aber Deutschland selber machte die Sache von sich aus zum Teil wieder gut, indem es dennoch Einkäufe machte und die erstandene Ware in Amerika einlagerte, um über die Vorräte nach Beendigung des Krieges sogleich verfügen zu können. Im übrigen war jenseits des Ozeans keine Spur von Aufregung über die Unmenschlichkeit der neuen, von England eingeführten Kampfmethode zu bemerken. Hoffen wir zugunsten der Amerikaner, daß sie das Mißlingen des englischen Aushungerungsplanes vorhersahen. Sie werden weiter auch wohl in Rechnung gezogen haben, daß die Vereinigten Staaten mit ihrer blühenden Landwirtschaft jeder Bedrohung mit Aushungerung immer würden spotten können, während umgekehrt das neue Kampfmittel mit guter Aussicht auf Erfolg sich würde anwenden lassen auf Japan, Mexiko und England selber! Die Einführung des Aushungerungskrieges in Brauch und Recht ist ein amerikanisches Interesse.

Deutschland beantwortete den Aushungerungskrieg mit dem Tauchbootkrieg. Jedes Kriegsschiff und also auch jedes Tauchboot hatte das Recht, ein erbeutetes Fahrzeug, das nicht aufgebracht werden konnte, zu vernichten, aber mit dem Beding, daß für Leben und Sicherheit der Fahrgäste gehörige Sorge getragen würde. Da aber ein Tauchboot die Bemannung des Beuteschiffes unmöglich aufnehmen konnte, so wurde diese genötigt, in die Rettungsboote zu gehen, und diese Notwendigkeit brachte gelegentlich Gefahren mit sich. Wohl führten die Tauchboote diese Gefahr auf ein Kleinstmaß zurück, indem sie die Boote regelmäßig bis in die Nähe einer Küste schleppten, oder indem sie ein Fischerboot oder ein neutrales Handelsschiff anriefen und dieses um Aufnahme der Bemannung angingen, aber gleichwohl verschob nun Deutschland seinerseits die Grenzen des Erlaubten. Diese so ausgeübte erste Phase des U-Boot-Krieges kostete indessen nur sehr wenigen Menschen das Leben. Die Ententepresse aber war voll von suggestiv wirkender Entrüstung, während die englische Regierung die U-Boote-Leute als Seeräuber behandeln wollte.

Dann wurde die Sache verwickelter. England bewaffnete die Handelsschiffe, und

Digitized by Google

diese beschossen die so leicht zu verletzenden U-Boote. Einige von ihnen wurden dann durch Kauffahrer gerammt. Das aber war der Franktireurkrieg zur See, und kein kriegführender Staat wird unterlassen, dieses Verbrechen aufs schärfste zu bekämpfen. Die deutschen U-Boote gingen nun dazu über, in allen Fällen, wo sie es mit einem bewaffneten englischen Kauffahrer zu tun zu haben glaubten, ohne Warnung zu torpedieren, und hierbei konnten Irrtümer nicht ausgeschlossen sein. Sicher ist es gelegentlich vorgekommen, daß ein torpedierter Kauffahrer nicht bewaffnet war und auch nicht beabsichtigte, das U-Boot zu rammen, und ebenso ist gelegentlich ein nichtenglisches Schiff torpediert worden, wie unsere „Katwyk". Die deutsche Regierung verschob abermals die Grenze des Erlaubten, und die Entente folgte dem Beispiel: in der Ostsee und im Adriatischen Meer wurden Kauffahrteischiffe und Passagierdampfer der Mittelmächte ohne Warnung torpediert, und auch hierbei gingen Menschenleben zugrunde. Und das, obwohl weder deutsche noch auch österreichische Kauffahrer jemals als Franktireurs aufgetreten wären, so daß für diese Kampfweise der Entente-Tauchboote keinerlei Notwendigkeit vorhanden war.

Die deutsche Regierung scheint nun die Handelsschiffe der Entente, die Kriegshandlungen begehen, nicht mehr als Franktireurs behandeln zu wollen, sondern sie als Kriegsschiffe anzusehen. Sie werden deshalb ohne Warnung torpediert werden, und die Engländer suchen diesem ihrem Schicksal dadurch zu entgehen, daß sie gemäß Befehl unter falscher Flagge fahren, was wieder die Gefahren für die neutrale Schiffahrt sehr stark vermehren muß.

Im Januar d. J. glaubte nun die deutsche Regierung genug Tauchboote zu besitzen, um über England, Frankreich und Italien eine Art von Blockade verhängen zu können. Deutschland glaubt, nachdem sein Friedensangebot auf eine so kränkende Art abgeschlagen wurde, in dem verschärften U-Boot-Krieg ein Mittel in der Hand zu haben, das einen gerechten Frieden erzwingen kann. Es wendet nun auf drei seiner Gegner die Aushungerungsmethode an, und wenn diese Erfolg haben sollte, so wird die Ententepresse vielleicht einsehen, daß dieses von England erfundene und zuerst angewandte Kampfmittel durchaus verwerflich ist. Vielleicht aber verläßt sich Deutschland nicht so sehr auf die Waffe des Hungers, als vielmehr auf die Möglichkeit, alle Zufuhr von Grundstoffen, die für die Munitionsherstellung unentbehrlich sind, nach England hin abzuschneiden und gleichzeitig die Transporte von England nach Frankreich stark zu belästigen. Den Ententeheeren an der Westfront könnte dadurch mit der Zeit die Schlagkraft ertötet werden.

Nun aber können die Tauchboote ein solches Ergebnis nur durch einen verschärften oder „rücksichtslosen" U-Boot-Krieg erreichen, womit gemeint ist, daß jedes Fahrzeug innerhalb eines als gefährlich bezeichneten Gebietes ohne Warnung vernichtet werden kann. In der Anwendung dieser Maßregel liegen einige unangenehm berührende Härten. Schon die bloße Ankündigung, daß eine Kriegswaffe auch gegen Neu-

Digitized by Google

trale zur Verwendung gelangt, wirkt verstimmend, und den sowieso schon in der Klemme sitzenden Neutralen kann eine Verschärfung welcher Art Kriegführung auch immer nur unwillkommen sein; und niemand bewundert „Rücksichtslosigkeit", während Vernichtung an und für sich sicher kein Mittel zur Kulturmehrung ist. Denn wenn ein Schiff mit kostbarer Ladung auf den Grund des Meeres hinabgesandt wird, so ist es für den Besitzer nur ein karger Trost, daß Schiff und Ladung nun auch dem Feinde nicht zugute kommen kann, während diese Art von sinnlos scheinender Vernichtung in den heutigen Tagen überall herrschender Not auf den Rest der Menschheit einen peinlichen Eindruck machen muß. Das alles aber schließt die Anerkennung der Tatsache nicht aus, daß die Deutschen auf diese Vernichtungsarbeit ein ebenso großes Recht haben wie die Engländer es hatten auf die Zerstörung der Petroleumquellen in Rumänien oder auf die Verbrennung der Vorräte in Antwerpen — wenn schon Antwerpen, da zum Vernichten großer Vorräte Zeit gehört, eigens deswegen einer Beschießung ausgesetzt werden mußte.

Das Torpedieren ohne Warnung schleppt obendrein noch den traurigen Folgezustand mit sich, daß Leben von Nichtkämpfenden verloren gehen können. Um die Möglichkeit solcher Verluste zu verringern, hat die deutsche Regierung den Neutralen angeraten, das als gefährlich bezeichnete Seegebiet zu vermeiden, was soviel wie eine Forderung ist, keine Bannware — in der neuen englischen Bedeutung des Wortes — mehr fahren zu wollen. Nicht aber bedeutet diese Forderung eine Stillegung der neutralen Handelsflotten, denn theoretisch ist die Fahrt nach allen neutralen Ländern und sogar nach einigen kriegführenden Ländern noch frei. Und wenn diese Fahrt praktisch unmöglich sein wird, so ist das alsdann eine Folge englischer und nicht deutscher Maßregeln.

Die deutsche Forderung hat gewiß ihre Konsequenzen, denn wenn ihr willfahrt wird, so werden große Gewinne, die bisher mit dem Fahren von Bannware für die Entente gemacht werden konnten, preisgegeben werden müssen. Von der Verfrachtung von Nahrungsmitteln für die Mittelmächte, mit der auch Riesengewinne zu machen gewesen wären, haben die Neutralen bereits Abstand genommen. Aber sollte Deutschland nicht recht haben mit der Behauptung, daß es der Unparteilichkeit im eigentlichen Wortsinne mehr entsprechen würde, wenn nun auch für die Entente nicht mehr Seefrachten geführt würden?

Die deutsche Forderung scheint ungewöhnlich, aber wenn es einmal gewöhnlich geworden sein wird, nicht mehr durch Kriegssperrgebiete oder gefährliche Zonen hindurch Seeschiffahrt zu treiben, so wird ein Versuch, dennoch durch solche Gebiete zu dringen, ebenso ungewöhnlich geworden sein wie heute etwa ein Versuch wäre, durch einen Einschließungsgürtel in eine belagerte Festung zu dringen. Insbesondere die Verkündiger der Lehre, Deutschland sei eine belagerte Festung, werden nicht leugnen können daß die Seefahrt nach dem heute weit wirklicher als Deutschland „belagerten" England mit dem Eindringenwollen in eine belagerte Festung einige Ähnlichkeit hat.

Digitized by Google

Führt der verschärfte Tauchbootkrieg zu dem von Deutschland erhofften Ziel, so wird er sicherlich Brauch und darnach auch Recht. Alsdann aber wird eine offizielle Mitteilung, daß ein gewisses Gebiet auf dem Meere durch U-Boot-Gefahr für Handelsschiffe unzugänglich geworden ist, ebenso Beachtung und Folgeleistung finden, wie heute ein Schuß vor den Bug. Und würde es zugleich auch nicht würdevoller sein, ein durch den Krieg bedingtes Verbot zu beachten, ohne daß ein Kreuzer als leibhaftiger Polizist sich einmischen muß? Gewiß wird es Reeder geben, die dies durchaus nicht werden einsehen wollen; es steht indessen zu hoffen, daß diese Leute durch die Schiffsmannschaften, die ihr Leben nicht leichtsinnig aufs Spiel werden setzen wollen, zu andern Ansichten erzogen werden. Sobald das Fahren von Bannware den Verlust von Menschenleben im Gefolge haben kann, wird es bald als ungehörig angesehen werden, so wie heute etwa der Schmuggelhandel. Dann aber wird das Fahren von Bannware ungebräuchlich und höchstwahrscheinlich so wenig zurückersehnt werden wie heute der Sklavenhandel oder die Freibeuterei auf Grund von Kaperbriefen. Die Gewinne, die durch das Verfrachten von Bannware erzielt werden, erwachsen nicht aus Diensten, die der Menschheit erwiesen werden, sondern vielmehr aus künstlichen Verlängerungen dieses jammervollen Krieges. Sicher würde es einen Schritt vorwärts bedeuten, wenn man aus solchen Quellen keine Gewinne mehr schöpfen wollte. Und je geringer die Möglichkeiten großer Kriegsgewinne werden, um desto weniger geneigt dürften die Geldbesitzer werden, fremden Staaten zu Anleihen zu verhelfen, die Kriegsrüstungen dienen sollen, und um so mehr dürften die Aussichten auf Krieg in weite Ferne rücken.

Die Vereinigten Staaten leisten dem verschärften U-Boot-Krieg Widerstand. Das war von dem Lande, in dem der Dollar König ist, zu erwarten, denn es konnte den Ententemächten für Milliarden Munition und anderes Kriegsgerät liefern. Eine Behinderung dieses „friedsamen Handels" in Kriegsgerät mußte mächtigen Interessen, die auch in der hohen Politik eine Rolle spielen, zuwiderlaufen. Es gibt aber mehr Gründe für Wilsons Antipathie gegen den U-Boot-Krieg. Das Tauchboot kann einmal eine starke Waffe gegen den amerikanischen Handel — in der Hand von Mexiko werden. Auch England würde zu seiner Zeit das Tauchboot mit Nutzen von Kanada oder Britisch-West-Indien aus gegen Uncle Sams Handelsschiffe verwenden können, während es umgekehrt den Vereinigten Staaten an Stützpunkten fehlen würde, um eine Tauchbootblockade gegen England mit Erfolg durchführen zu können. Und dann meint Wilson ja, ein dauerhafter Friede werde nur möglich sein, wenn es nach diesem Kriege keine Besiegten gäbe. Sollte der praktische Amerikaner in dem verschärften U-Boot-Krieg das Mittel erblicken, durch das Deutschland England besiegen wird? Aber Wilson protestiert ja aus Gründen der Menschlichkeit... Nun verlangt eine humane Kriegführung in der Tat, daß man das Leben von Nichtkämpfenden so wenig wie möglich in Gefahr bringe. Aber jene amerikanischen Bürger, die als wirkliche

Digitized by Google

oder als geheuerte Schiffsgäste oder als Matrosen ihr Leben in die Schanze schlagen, nehmen denn doch sicher tätiger teil an der Kriegführung, als die durch den englischen Aushungerungskrieg zum Tode verurteilten deutschen Säuglinge. Die amerikanische Regierung aber hat nichts getan gegen die nur durch Rechtsbeugungen möglichen und unmenschlichen Versuche, das deutsche Volk auszuhungern, und ebensowenig gegen die Verwendung von Schwarzen gegen die Deutschen, die in amerikanischen Augen sicher sehr verabscheuenswert sein muß. Die Vereinigten Staaten haben kein Recht, im Namen der Menschlichkeit zu sprechen, da mit der von ihnen der Entente gelieferten Munition Hunderttausende von Bürgern der Mittelmächte getötet und verstümmelt wurden, während andererseits ohne ihre Hilfe die Entente schon längst derartig aufs Haupt geschlagen worden wäre, daß sie ihre Eroberungspläne hätte aufgeben müssen und der Friede inzwischen längst wiederhergestellt worden wäre.

Wenn Holland dem deutschen Ersuchen Folge gibt und seine Schiffahrt nach England unterbricht, so werden englische Schiffe den Güterverkehr zwischen Holland und England aufrecht erhalten müssen. Die Abführung der bei uns von England gekauften Lebensmittel ist ja auch sicher mehr ein englisches als ein holländisches Interesse. Unsere Produzenten werden vom Ausfall der englischen Bestellungen wenig bemerken, da wir an der Landseite unserer Grenzen noch einen guten Abnehmer haben. Sollten die Preise dennoch fallen, so wird das dem holländischen Konsumenten keineswegs unangenehm sein. Unsere Reeder werden die Gewinne, die sie mit der Schiffahrt nach den drei Ententeländern machten, einbüßen, aber die Frachten sind nach allen Punkten der Welt so hoch, daß sie ihr Geschäft dennoch werden gewinnbringend machen können, so daß auch sie letzten Endes wohl bereit sein werden, die als gefährlich erklärten Gebiete zu meiden. Aber England zwingt unsere Schiffe, einen bezeichneten englischen Hafen anzulaufen, um dort ihre Ladung untersuchen zu lassen, ihre Post auszuliefern und sogar liegen zu bleiben, wenn die englische Regierung das als ihren Zwecken nützlich erkennt. Erzeigen sich unsere Schiffe nicht willig, so werden sie aufgebracht, und da der Aufenthalt bei freiwilliger Gestellung noch jedesmal kürzer war als bei gewaltsamem Aufgebrachtwerden, so war das erste dieser beiden Übel immer noch das erträglichere. Das Anlaufen eines englischen Hafens ist nun aber unmöglich geworden. Noch können die englischen Kreuzer, wenn auch auf Kosten großer Vorräte der jetzt so teuren Kohle und nur unter ständiger Gefahr des Torpediertwerdens, unsere Schiffe nach England zu bringen versuchen, aber die Aussichten sind in diesem Betracht nicht eben groß. Auf die Gefahren, die unsern Schiffen dann von deutscher Seite droht, ist von unserer Regierung schon hingewiesen worden. Wir dürfen hoffen, daß die deutsche Marine ihr Bestes tun wird, um diese Gefahr auf ein Kleinstmaß herabzumindern.

Aber es gibt nun noch eine Schwierigkeit, die sich aus dem englischen Steinkohle-Monopol ergibt. Unsere Dampfer können in englischen Kohlenstationen nur unter

Digitized by Google

der Bedingung Kohle erhalten, daß die Reederei England den Laderaum zur Verfügung stellt, was so viel heißen will, daß unsere Schiffe Frachten von und nach England bringen müssen. Weigern wir uns, so bekommen wir keine Steinkohle von England mehr. Und da deutsche Kohlen als Bannware gelten, so müssen also unsere Dampfer mit indischer oder mit amerikanischer Kohle fahren oder aber unsere Schiffe müssen derart eingerichtet werden, daß sie mit Rückständen von Petroleum geheizt werden können. Gelingt die Tauchboot-Blockade, so werden übrigens schon bald keine Kohlen in den englischen Stationen mehr vorrätig sein, und auch in Anbetracht dieser Möglichkeit wird es gut sein, wenn wir uns ohne englische Kohle behelfen lernen. Zugleich verfügen wir dann über mehr Laderaum für nationale Eigenzwecke — wenigstens so lange, bis die englische Regierung ein neues Mittel gefunden hat, das uns zwingen kann, unsere Schiffe und Mannschaften wieder für England einzusetzen.

Gelingt es, uns von der englischen Kohle; durch Not gedrungen, unabhängig zu machen, so brauchen unsere Dampfer keine englischen Kohlenstationen mehr anzulaufen. Je weniger aber unsere Schiffe England anlaufen müssen, um so schwerer wird es England werden, unsere Schiffahrt zu kontrollieren und unser Volk auf Nahrungsrationen zu setzen, und um so weniger Faustpfandgut wird es in der Hand haben, womit es uns zwingen kann, jede peinliche Maßregel hinzunehmen.

Der verschärfte U-Boot-Krieg kann also, neben Ungemach und Gefahren, für Holland doch auch unmittelbar gute Folgen haben. Es gibt aber noch einen andern Grund, der es Hollands Regierung nicht geraten erscheinen lassen kann, der Entwickelung der U-Boot-Waffe Hindernisse in den Weg zu legen. Das U-Boot ist nämlich eine Kriegswaffe, die finanziell durchaus im Bereich unserer Möglichkeiten liegt, und die zur Bemannung einer ansehnlichen Tauchbootflotte nötigen Menschen haben wir auch.

Je kräftiger und vielseitiger diese neue Waffe ist, um so größer wird unsere defensive Macht sein. Gelingt es Deutschland heute, das sehr umfangreiche Sperrgebiet mit seinen U-Booten zu beherrschen, so dürfen wir mit gutem Grund erwarten, daß unsere zukünftigen U-Boote imstande sein werden, wenn nötig die deutsche Bucht oder den englischen Kanal zu schließen. Wir werden dann unsern großen Nachbarn nicht mehr so wehrlos ausgeliefert sein. Es ist ein niederländisches Nationalinteresse, daß der verschärfte U-Boot-Krieg der Deutschen von Erfolg gekrönt sei, und eben darum müssen wir die Unannehmlichkeiten, die er mit sich führen wird, als Unvermeidlichkeiten hinnehmen.

Die Änderung des Wahlrechts

Von Dr. Karl Schneider

Vorbemerkung der Redaktion: Nachdem das Thema von der Wahlrechtsänderung in der „Deutschen Politik" angeschnitten worden ist, geben wir unserem geehrten Mitarbeiter gern Gelegenheit, zu der nachfolgenden persönlichen Meinungsäußerung:

Digitized by Google

Als bei Beginn des Krieges unter allgemeiner Zustimmung beschlossen wurde, den Burgfrieden zu wahren, verstand man darunter das Fernhalten jeder Erörterung über Fragen der inneren Staatsgestaltung, die vor dem Kriege zu leidenschaftlichen Kämpfen Anlaß gegeben hatten. Dazu rechneten weite Kreise in allererster Reihe die Frage des preußischen Wahlrechts. Die Grundanschauungen über die Staatsnotwendigkeiten werden immer verschiedene bleiben. In dem Wesen des Verfassungsstaates liegt der Anspruch an das Wahlrecht begründet, den unverfälschten Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Auf der anderen Seite ist es unbestritten, daß der Wähler eine gewisse Bürgschaft für eine verständige Ausübung dieses Wahlrechtes bieten muß. Endlich soll ihm unbedingt die Möglichkeit gewahrt bleiben, unbeeinflußt von jeder Art des Zwanges nach seiner eigenen Überzeugung zu wählen. Die Verfassung des Deutschen Reiches wie die des Preußischen Staates haben beide das Recht, zu wählen und gewählt zu werden von einem bestimmten Lebensalter abhängig gemacht. Das gleiche Wahlrecht des Reiches kennt keine weiteren Unterscheidungen zwischen den nicht auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Wählern. Seine stillschweigende Voraussetzung ist es, daß alle Wähler das gleiche Interesse am Reiche haben, und daß bei der allgemeinen Volksbildung jedermann imstande sei, sich ein eigenes und selbständiges Urteil zu bilden. Das preußische Wahlrecht hat in der Klasseneinteilung und in dem indirekten Wahlverfahren Sicherungen eingeschaltet, die von dem einen als notwendig und segensreich gepriesen, von dem andern als ungerecht und schädlich bekämpft werden.

So standen sich die Ansichten vor dem Kriege gegenüber. Dem gepriesenen Burgfrieden zum Trotz setzten die Angreifer des preußischen Wahlrechts durch, daß in der Thronrede seine Änderung in Aussicht gestellt, und daß auch während des Krieges die Erörterung darüber niemals zur Ruhe kam. Der Hinweis auf die geschichtlichen Erfahrungen: darauf, daß bei demselben Wahlrecht sehr verschiedene Parteien die Mehrheit erlangt haben; daß der Preußische Staat nicht nur ein geordnetes Finanzwesen aufweist, sondern auch durch Schulgeldfreiheit und durch Steuererlaß für alle Einkommen unter 900 Mark in sozialer Beziehung gerechten Ansprüchen genügt; daß er unter dieser Verfassung die Kraft gewonnen hat, das Deutsche Reich zu neuem Leben zu erwecken; daß endlich die Staatsmänner des Auslandes, denen der Haß die Augen schärft, in dem Preußentum, das auf diesem Wahlrecht erstarkt ist, das Rückgrat des Deutschen Reiches erblicken, hat nicht weiter geführt. Mit Eifer stellt man es so hin, als sei die Notwendigkeit, gerade das preußische Wahlrecht grundlegend zu ändern, unbestritten, und als ob es nur zum Vorteil einer kleinen Schicht, die ihre Sonderrechte bedroht fühle, verteidigt werde.

Mit dem Hinweise darauf, daß auch der Reichstag große und unbestreitbare Verdienste habe, und mit der nicht ohne weiteres abweisbaren Behauptung, daß in Preußen unter einem anderen Wahlrechte Gleiches oder Besseres geleistet worden wäre, verschiebt man den Standpunkt.

Digitized by Google

Wer das Wahlrecht ändern will, muß ohne Rücksicht auf Parteien, auf rechts oder links fest im Auge behalten, worauf es ankommt. Es gilt, dasjenige Wahlrecht zu finden, bei dem das Staatswohl am besten gedeiht.

Der Wunsch, dem einfachen Manne einen freien und maßgebenden Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstags zu verschaffen, wird durch das allgemeine gleiche Wahlrecht in Wirklichkeit nicht erfüllt. Die Kosten des Wahlverfahrens sind sehr groß und steigern sich von Wahl zu Wahl. Die Herstellung und Verbreitung von Drucksachen, die Bereitstellung und Besoldung von Berufsrednern, der Kampf um die Säle, die Beschaffung von Lichtbildern und das Schleppverfahren verlangen große Geldmittel und einheitliche Leitung. Dadurch bekommt der, der beides zur Verfügung stellen kann, den entscheidenden Einfluß auf die Aufstellung des Wahlbewerbers. Das geschieht um so mehr, je sorgfältiger der Einfluß der von jener Geldmacht unabhängigen Regierung ausgeschaltet wird. Wenn auch die Entwicklung im Deutschen Reiche noch nicht so weit gekommen ist wie z. B. in Amerika, so führt doch aus innerer Notwendigkeit dieses Wahlrecht, das gerade dem Unbemittelten den gleichen Anspruch gewähren will wie dem Reichen, zur Entrechtung der Vermögenslosen und zur Herrschaft der Geldfürsten. Daran ändert auch die kluge Vorsicht nichts, mit der die entscheidenden Männer politische Führer vorschieben und ihren eigenen Einfluß verschleiern.

Dieser Entwicklung wirken im preußischen Wahlrecht drei Hemmnisse entgegen: die Verteilung der Wahlkreise, die Klassenwahl und das indirekte Verfahren. Die Massenbeeinflussung erfolgt am leichtesten in den größeren Städten, deren Bewohner zwar regsamen Geistes, aber zumeist wirtschaftlich abhängig sind und in geringerer Zahl Gelegenheit haben, die letzten Grundlagen eines jeden Staatswesens aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Durch Handel und Verkehr verwöhnt, täuschen sich sehr viele von ihnen über die Bedeutung einer blühenden Landwirtschaft, die doch, wie der jetzige Krieg zeigt, allein imstande ist, das Weiterbestehen eines Staates auch dann zu gewährleisten, wenn er ringsum von Feinden bedroht ist. Die ländlichen Kreise, deren Bewohner im Sommer nicht selten überhaupt keine Zeitung lesen und Versammlungen selten besuchen, unterliegen weniger der Gefahr, fremden Interessen dienstbar gemacht zu werden. Das preußische Wahlrecht hat diesen Kreisen im Verhältnis mehr Sitze zugewiesen als den Städten. Die Klasseneinteilung hat den Zweck, den Besitz zu bevorzugen aus dem Gedanken heraus, daß der Besitzende, dem in der Regel auch weitere Bildungsmöglichkeiten offen gestanden haben, nicht nur ein größeres Interesse am Staate haben muß, der ihn schützt, sondern auch über größere Einsicht in die Lebensbedingungen der staatlichen Gemeinschaft verfügt. Das Wahlmännerverfahren gab den kleinen Kreisen die Möglichkeit, den in langjährigem Zusammenleben erprobten Vertrauensmann mit der Auswahl des geeigneten Abgeordneten zu beauftragen. Es zielte also dahin, in den Landtag ähnlich wie in die

Digitized by Google

Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage nicht Parteimänner, sondern anerkannte Vertrauensmänner des Wahlkreises zu führen. Aus dieser Absicht erklärt sich auch die Forderung offener Stimmabgabe.

Diese Schutzwehren, die das preußische Wahlrecht im Interesse des Staates gezogen hat, werden als solche nicht anerkannt und namentlich in großstädtischen Kreisen als unerträgliche Ungerechtigkeit empfunden. Tatsächlich haben sich auch im Laufe der Jahre Mißstände entwickelt, die zu einer Prüfung nötigen, ob diese Hemmnisse nicht besser beseitigt werden. Die offene Stimmabgabe hat zur Folge gehabt, daß Wähler von gegnerischen Parteien wirtschaftlich geschädigt wurden, oder aus Furcht vor solcher Schädigung gegen ihre Überzeugung wählten, oder sich ganz der Stimmabgabe enthielten. Das Wahlmännerverfahren hat seinen Zweck verloren, seit die Parteien von vornherein bestimmte Bewerber aufstellten, und die Wahlmänner auf die Wahl dieser Bewerber verpflichtet wurden. Seine Berechtigung könnte heute nur noch aus der Vereinfachung hergeleitet werden, die es bei Ersatzwahlen mit sich bringt. Die Klassenwahl bringt keine gleichmäßige Bevorzugung der besitzenden und gebildeten Stände, weil wir sehen, daß Minister in der dritten Klasse und in anderen Bezirken herzlich ungebildete Leute in der ersten Klasse wählen. Die Einteilung der Wahlkreise endlich hat bei dem schnellen Wachstum der Großstädte die Benachteiligung der städtischen Wähler ein hohes Maß erreichen lassen. Diese Mißstände haben die im Anfang des Aufsatzes gekennzeichnete Strömung verursacht. Es wäre aber gefährlich, das Kind mit dem Bade auszuschütten, und es dürfte ratsam sein, auch die dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht innewohnenden Gefahren nicht aus dem Auge zu verlieren. Nur wenn sich ein Weg findet, ihnen auf andere Weise zu begegnen, kann man es wagen, jene Sicherungen ganz oder teilweise fortzuräumen. Ein solcher Weg bietet sich vielleicht bezüglich der Klassenwahl und des Wahlmännerverfahrens in der Einschränkung der Wählbarkeit, während bezüglich der Wahlkreiseinteilung nichts anderes übrig bleiben dürfte, als die größten Wahlkreise allmählich zu teilen.

Die Wählbarkeit eignet nach dem heutigen Gesetze einem jeden, der bürgerliche Ehre genießt, keine Armenunterstützung erhält und das dreißigste Jahr vollendet hat. Darüber, ob er sich für sein hohes Amt eignet oder nicht, wird allein nach Parteirücksichten entschieden. Das hat zur Folge, daß sich der Abgeordnete vielfach allein der Partei und nicht den Wählern verantwortlich fühlt, und daß jene auch darüber entscheidet, was er von seiner Betätigung im Landtage im Wahlkreise bekannt geben darf. Und doch schickt niemand seine Stiefel zum Glaser und seine Uhren zum Tischler. Es ist aber wahrlich nicht leichter, über die entscheidenden Fragen im Reichstage oder im Landtage zu beschließen, als Stiefel oder Uhren zu verfertigen. Man sollte daher niemand dorthin entsenden, der nicht seine Befähigung bewiesen hat, an der Leitung eines Organismus mitzuarbeiten, von dessen Gedeihen das Wohl und Wehe einer größeren Zahl von Menschen abhängt, und der nicht

Digitized by Google

gelernt hat, in gemeinsamer Beratung mit Leuten anderer Ansicht auszukommen und sich zum gemeinen Nutzen von seinen Parteiansichten im einzelnen Falle loszumachen. Eine solche Schule für die Betätigung im öffentlichen Leben ist in erster Reihe in den Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen, dann aber auch in den Beschlußversammlungen der verschiedenartigen Berufsverbände gegeben. Wer sich dort in mehrjähriger Arbeit bewährt hat, hat auch die Erfahrungen gesammelt, die in größerem Kreise unentbehrlich sind. Er weiß, daß man nicht Zahlungen aus öffentlichen Mitteln beschließen oder auch versprechen darf, ehe für sichere Deckung gesorgt ist. Er weiß auch, daß die wirtschaftlichen und staatlichen Lebensbedingungen aller Stände so innig ineinander verflochten sind, daß jede einseitige Begünstigung auf der anderen Seite empfindlichen Schaden zur Folge hat, und wird daher von vornherein zu einer gerechten Abwägung widerstreitender Ansprüche eher geneigt sein als der unerfahrene Parteimann, dem die Wirkung auf die Masse bei allen Entscheidungen den Ausschlag gibt. Wie im einzelnen die Begrenzung der Wählbarkeit erfolgen müßte, und inwieweit verantwortliche Mitarbeit an der Leitung großer Betriebe als ausreichende Vorbildung für den hohen Beruf des Gesetzgebers anzusehen ist, darüber kann erst dann entschieden werden, wenn ein solcher Vorschlag von maßgebender Seite dem Landtage unterbreitet werden sollte. Einen Vorteil kann man sich für die Verhandlungen in den hohen Häusern sicherlich davon versprechen, daß ungeeignete Männer sich schon in den engeren Körperschaften selbst des Vertrauens berauben würden, das ihnen die Tür zur gesetzgebenden Körperschaft aufschließen müßte.

Ob dieser Weg gangbar erscheint, und ob auf ihm die großen Schwierigkeiten umgangen werden können, die bei einer Änderung des preußischen Wahlrechts überwunden werden müssen, das kann sich erst bei einer Erörterung im öffentlichen Kreise herausstellen. Wenn der Vorschlag dazu dienen könnte, die sich leidenschaftlich widerstreitenden Ansichten in etwas auszugleichen, so wäre dem gefährdeten Burgfrieden damit gedient. Jedenfalls sehe ich keinen besseren Weg, die Gefahren zu vermindern, die bei jedem Wahlrechte von der Übermacht des Großkapitals drohen als den, die Wählbarkeit nur erprobten verständigen Männern zuzusprechen.

Staatsmonopole und Sozialpolitik

Von J. Giesberts, M. d. R.

Infolge der Schwierigkeiten, neue Steuerquellen zu erschließen, um die steigenden Finanzbedürfnisse des Reichs zu befriedigen, ist schon vor dem Krieg der Gedanke erwogen, durch Schaffung von Reichsmonopolen neue Einnahmequellen zu schaffen, aber die Frage blieb vorläufig ungelöst. Das Branntweinmonopol, wie auch das Petroleummonopol scheiterten, weil in allen bürgerlichen Parteien neben Freunden

Digitized by Google

der Monopolbildung auch grundsätzliche Gegner sitzen. Vielfach schreckte man auch zurück vor den praktischen und technischen Schwierigkeiten. Solange man deshalb einigermaßen sich helfen konnte, ist auch mit Einverständnis der Reichsregierung die Monopolfrage zurückgestellt. Indessen, die ungeheuren Anforderungen an die Finanzen des Reichs, die der Krieg gebracht hat, schieben sie erneut wieder in den Vordergrund. Die Reichsregierung hat zwar bei ihrer jetzigen Steuervorlage, die rund eine Milliarde zweihundert Millionen Mark neue Einnahmen erschließen soll, von Monopolen abgesehen. Die Zeit ist dafür gegenwärtig nicht günstig. Die deutsche Volkswirtschaft ist durch den Krieg vollständig umgestellt und es fehlt somit eigentlich die sichere Grundlage für eine Monopolbildung. Aber nach dem Krieg wird man sicher damit rechnen können, daß der Versuch unternommen wird, auf dem Wege der Monopole Reichseinnahmen zu schaffen. Es wird eine sehr umfangreiche und schwierige Gesetzgebungsarbeit werden. Selbst wenn man von allen grundsätzlichen Bedenken absieht, bietet die Materie in sich große Schwierigkeiten, besonders in den Produktionsmonopolen. Zündhölzer und Zigaretten werden sich verhältnismäßig einfach in Reichsbetrieben herstellen lassen, weil ihre Fabrikation wenig kompliziert ist und im Verhältnis zum Produktionswert geringe Arbeitskräfte erfordert. Schwieriger würde schon ein Zigarrenmonopol werden, doch auch dies könnte unter Umständen technisch noch leicht gemacht werden. Ganz anders liegen die Verhältnisse schon bei einer Monopolisierung des Bergbaues oder der Beleuchtungsindustrie. Schließlich werden auch die Erfahrungen der Kriegswirtschaft mitsprechen. So steht zu befürchten, daß aus diesen Erfahrungen heraus kaum begeisterte Anhänger der Reichsmonopole entstehen werden. Dazu aber kommt eine Frage, von deren richtiger Lösung es wesentlich abhängen wird, ob überhaupt eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag für die Monopole sich bilden wird, das ist die Erfüllung von bestimmten sozialpolitischen Forderungen, die zum Teil aus den Erfahrungen der Kriegswirtschaft mit herauswachsen. Die im Vaterländischen Hilfsdienstgesetz niedergelegten sozialpolitischen Errungenschaften wird man zum mindesten auf die zu schaffenden Monopolbetriebe in geeigneter Form übertragen müssen.

Mit dieser Frage der Erfüllung von sozialpolitischen Mindestforderungen bei der künftigen Monopolisierung industrieller Betriebe beschäftigt sich eine Eingabe der deutschen Gewerkschaftsverbände an den Reichstag. Dieselbe ist von allen Gewerkschaftsgruppen, den sozialdemokratischen, christlichen, Hirsch-Dunckerschen und der polnischen Berufsvereinigungen gemeinsam abgefaßt und dem Reichskanzler zugesandt. Die in der Eingabe aufgestellten Mindestforderungen, die in zwanzig Punkten zusammengefaßt sind, verdienen ernste Beachtung.

Die erste Gruppe umfaßt das Koalitionsrecht. Der § 152 der Gewerbeordnung soll für die zu schaffenden Monopolbetriebe aller Art, gleichgültig ob es sich um Gemeinde-, Staats- oder Reichsmonopol, oder um solche privatwirtschaftlichen Charak-

Digitized by Google

ters handelt, gelten. — Selbstverständlich auch alle übrigen Bestimmungen der Gewerbeordnung. Die Arbeiter der Monopolbetriebe sollen in keinem Punkt minderen Rechtes sein als die in Privatbetrieben und die Sozialversicherung in vollstem Umfange gelten. So einfach diese Forderung auf den ersten Augenblick erscheint, so bedingt sie doch den Bruch mit einer bisherigen Praxis. Soweit der § 152 der Gewerbeordnung das Organisationsrecht der Arbeiter enthält, wird er von allen Staatsverwaltungen nicht beanstandet. Sowie aber das Streikrecht damit verbunden ist, ist er von sämtlichen deutschen Eisenbahnverwaltungen ausgeschlossen worden. Man wird es den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nachfühlen müssen, daß sie nicht eine ähnliche Praxis für die zu schaffenden neuen Monopolbetriebe dulden wollen. Aktuell würde diese Frage hauptsächlich werden bei Schaffung eines Reichseisenbahnmonopols, welches allerdings die allergeringste Aussicht unter allen Monopolplänen haben dürfte. In der Begründung weist die Eingabe auf die Gefahr hin, daß in den künftigen Monopolbetrieben sich ähnliche Verhältnisse entwickeln könnten, wie in der Bergbau- und Großeisenindustrie, diese schon jetzt privatwirtschaftlich stark kartellierte Industrie lehnt nach wie vor grundsätzlich die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisation bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ab. Das dürfte bei den künftigen Monopolbetrieben des Reichs unter keinen Umständen eintreten. Die Eingabe verlangt deshalb in Ziffer 13, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in monopolisierten Industrien durch Vereinbarungen mit den „von den Unternehmern unabhängigen" gewerkschaftlichen Berufsvereinen der Arbeiter und Angestellten zu regeln sind.

Die zweite Gruppe von Forderungen umfaßt die Vertretung der Arbeiter in den Monopolverwaltungen selbst. In dieselben sollen Vertreter der Arbeiter gewählt werden, die als vollberechtigte Mitglieder an der Verwaltung mitwirken. Unter der Voraussetzung, daß ein Reichsarbeitsamt oder Reichswirtschaftsamt geschaffen wird, verlangt die Eingabe innerhalb eines solchen Amtes einen Beirat, in dem der Reichstag und die wirtschaftlichen Interessengruppen — also auch die Gewerkschaften — vertreten sein müssen. Diesem Beirat sind wichtige Funktionen vorbehalten. Er soll das Recht haben, Revisionen der Monopole anzuordnen und die mit der Ausführung betrauten Personen zu bestimmen. Die Revision soll sich erstrecken auf die Quotisierung der Produktion; der Festsetzung der Richtpreise und der Verrechnungsart, sowie der Lohn und Arbeitsbedingungen der Angestellten und Arbeiter und der Verteilung der erzielten Gewinne.

Diese Forderungen stellen also sowohl eine Mitverwaltung des Reichstags, wie auch die wirtschaftlichen Interessengruppen dar, d. h. der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Der Gedanke kann auf den ersten Augenblick mancherlei Bedenken erregen. Wenigstens steht er im Widerspruch mit der bisherigen geübten Verwaltungspraxis. Er erscheint aber erklärlich, wenn man sich die große Bedeutung vorstellt,

Digitized by Google

welche künftig die Monopolbetriebe für die Gesamtwirtschaft haben würden. An sich kann nur ein Staat mit einer gesunden, auf historischer Erziehung beruhenden Verwaltungspraxis Monopole durchführen. Wo diese Voraussetzung fehlt, ist die Gefahr der Korruption erheblich groß. Deutschland kann sich auf eine solche gute Verwaltungspraxis berufen. So sehr sich der deutsche Staatsbürger angewöhnt hat die „Bureaukraten" für alles verantwortlich zu machen, wenn er in unangenehmer Weise mit den komplizierten Gesetzesapparaten Bekanntschaft macht, so steht andererseits fest, daß unser deutsches Beamtentum in allen Zweigen der Staatsverwaltung an treuer und sittlicher Stärke in Erfüllung seiner Berufspflichten in der ganzen Welt nicht übertroffen wird. Deshalb können wir von diesem Gesichtspunkt aus ruhig die Monopolwirtschaft einführen. Aber diese Tatsache wird nicht beeinträchtigt, wenn der Reichstag und die wirtschaftlichen Interessengruppen gewissermaßen zur kontrollierenden Verwaltung herangezogen werden. Nachdem wir im Kriege diese Bahn beschritten haben, bei der Einrichtung des Kriegsernährungsamts und des Kriegsamts liegt kein Grund vor, dieselbe zu verlassen und nicht die gleiche Praxis auf die Monopolbetriebe zu übertragen. Es wird das Vertrauen beim Volke und vor allem auch bei den Arbeitern in erheblichem Umfange stärken, und die politischen Angriffsflächen auf die Monopolwirtschaft selbst verringern. Für viele wird es ja ein grundsätzliches Umlernen sein, aber ein Umlernen, das durch die vorausgegangenen Erfahrungen des Krieges doch ganz erheblich erleichtert wird.

Die dritte Gruppe von Forderungen bezieht sich auf die Schaffung gesetzlicher Arbeitervertretung, Arbeiterkammern (oder Arbeitskammern) und Errichtung eines Reichswirtschaftsamts. Ein Arbeitskammergesetz soll schleunigst erlassen werden und unter anderm auch die Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten (Arbeitersekretariate) enthalten. Bekanntlich ist das Arbeitskammergesetz vor einigen Jahren gescheitert, weil die Regierung der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre glaubte nicht zustimmen zu können. Beide Gedanken, sowohl die Arbeitskammern wie das Reichsarbeitsamt, sind ja nicht neu und dürften wohl mit zu den sozialpolitischen Aufgaben gehören, die zuerst nach dem Krieg zu lösen sind, unabhängig davon ob Monopole geschaffen werden oder nicht. Sie werden in die Eingabe der Gewerkschaften auch wohl nur deshalb einbezogen, weil durch die Arbeitskammern die Vertreter in den Monopolverwaltungen gewählt werden sollen und durch das Reichsarbeitsamt diejenigen Personen, welche im Beirat die Kontrolle der Monopole durchführen sollen. Organisatorisch ist diese Lösung zweckmäßig und dürfte erheblichen Bedenken kaum begegnen.

Eine vierte Gruppe der Forderungen bezieht sich auf verschiedene allgemeine Fragen. In den Monopolen sollen Maßregelungen von Arbeitern wegen Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften nicht erfolgen dürfen und unter Strafe gestellt werden. Die Arbeitsvermittelung soll durch die paritätischen Arbeitsnachweise erfolgen, Führung von

Digitized by Google

Schwarzen Listen soll als Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen des § 253 des Strafgesetzbuches bestraft und die Konkurrenzklausel soll in den Verträgen der Angestellten und Arbeiter in Monopolbetrieben verboten werden.

Ferner verlangt die Eingabe, daß die Arbeiter und Angestellten in Industrien, die durch die Monopolisierung geschädigt werden — arbeitslos werden — eine Entschädigung erhalten. Vor Einbringung der Monopolgesetze an die gesetzgebenden Körperschaften soll man den Gewerkschaften Gelegenheit geben zur gutachtlichen Äußerung. Für die beiden letzteren Forderungen gibt es ja gute Vorbilder.

Am Schlusse der Begründung dieser Forderungen sagt die Gewerkschaftseingabe: „daß die Gewerkschaft gegen die Monopolisierung der Industrie in Deutschland grundsätzlich Bedenken nicht erhebe. Das staatlich organisierte Monopol kann dazu beitragen, den Arbeitsmarkt stabiler zu gestalten, was im Interesse der Arbeiter liegen würde, oder es kommt auf die Ausführung an. Wird die Monopolgesetzgebung vom rein fiskalischen und privatwirtschaftlichen Standpunkt unter Ausschaltung des sozialen Ausgleichs durchgeführt, müßten die Arbeiter den schärfsten Widerspruch dagegen erheben." Die Darlegung bezieht sich also wesentlich auf die Industriemonopole. Bei Schaffung von Handelsmonopolen, die im wesentlichen reine Verwaltungseinrichtungen darstellen, würde der größte Teil der Gewerkschaftsforderungen weniger in Betracht kommen. Im übrigen würde die Mitwirkung und Mitarbeit in der Verwaltung auch für solche Monopole gefördert werden. Soviel ist sicher, daß eine künftige Monopolgesetzgebung vom sozialen Geist getragen werden muß, sonst wird sie nicht marschieren können. Die rechtzeitige Aufstellung dieser Forderungen seitens der Gewerkschaften ist deshalb zweckdienlich, weil sie bei den zu erwartenden Entwürfen mit berücksichtigt werden können und die Parteien in der Lage sind, dazu Stellung nehmen zu können.

„Vorwärts und aufwärts"

Von Lynceus

Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann hat in der Reichstagssitzung vom 27. Februar seine Rede mit den Sätzen beschlossen: „Wozu wäre all das kostbare Blut geflossen, hülfe es uns nicht zu einem neuen großen Fortschritt der Menschheit? Keiner von uns sollte mehr sein als ein Stück dieses Volkes, keiner sollte eine andere Aufgabe kennen als die, mit unserem Volk den schweren und harten Weg zu gehen, durch Not und Tod, vorwärts und aufwärts." Das Stenogramm verzeichnet (für die gesamte Rede) „Beifall links". Diese Sätze aber, allein und für sich betrachtet, verdienen den Beifall des ganzen Hauses und des ganzen Volkes.

Der erste Satz wiederholt oft Gesagtes in neuer Form. An Stelle des leeren Schlagwortes „Neuorientierung" spricht er mit alltäglich einfachen und ruhigen Worten von

Digitized by Google

einem „neuen großen Fortschritt". Statt von uns allein erwartet er ihn von der Menschheit. Die Menschheitsfrage des Friedens, die vom Reichskanzler am 12. Dezember gestellt wurde, hat den Weg zu dem Gedanken an die Fortschritte geöffnet, die nicht nur das einzelne Volk, die vielleicht die ganze Menschheit aus dem Kriege zieht, der sie in ihrer Gesamtheit getroffen hat.

„Vorwärts und aufwärts" soll dieser Weg gehen, sagte Scheidemann. Übernommenes und Neues steht auch in diesem Satz beisammen.

Vom Marschall Blücher hat heute wieder Hindenburg als seinen Beitrag für das Sammelwerk des Berliner Goethebundes „Das Land Goethes 1914—1916" den Schlachtruf „Vorwärts" übernommen. Denn dieser Ruf peitscht alle Energie des Daseins im Kriege zu dem Ziel jedes Krieges auf. Aber der Krieg überbrüllt mit seinem Ruf „Vorwärts" gar leicht die stillere, besinnlichere Mahnung zum „Aufwärts".

Der Mann, der nicht als Militär, sondern aus politischer Überlegung den Krieg überschaut, fügt darum das unbedeutende Wörtchen „und aufwärts" hinzu. Mit dem Schlachtruf „Vorwärts" haben Hindenburg und seine Heere die Heimat gerettet. Wer über den Krieg hinaus denkt, muß seine Blicke aufwärts richten. Alles menschliche Wollen, jede Sehnsucht und jede Erfüllung, der ganze Sinn und Reichtum des menschlichen Daseins liegt in dem „Aufwärts".

Die Debatten im Preußischen Abgeordnetenhaus über Erziehung und Unterricht haben gezeigt, daß es dunkel den Weg ahnte, der zu dem „Aufwärts" führt. Dunkel — denn dieser Weg hat nichts mit dem Mehr an fremden Sprachen, an naturwissenschaftlichen Kenntnissen und all dem anderen zu tun, was man dort verlangte; auch nichts mit dem „zu viel Goethe". Wir haben uns zu viel mit Goethe beschäftigt, weil wir zu viel Biographien, Kommentare, Erläuterungen, Vor-, Nach- und Unterworte (zuletzt gar ein „Goethe-Handbuch") geschrieben haben. Zu wenig, wenn wir uns erst einmal darauf besinnen, was wir von Goethes Lebensanschauung uns zu eigen gemacht haben. Der wahre Weg ist auch noch nicht durch „die Vorbildung für Auslandstätigkeit, die Bürgerkunde und die Frage der Politisierung der oberen Klassen höherer Schulen" gesichert, die gefordert werden. Das sind alles — dazu noch unaufgeklärte — Mittel zum Ziel, und es blieb zu befürchten, daß die Mittel zu eifrig diskutiert würden, ehe das Ziel feststand.

Auf dieses Ziel wies in Heft 11 der „Deutschen Politik" die „Philippika für Jedermann" hin, indem sie den Satz aufstellte: „Gesunder Menschenverstand tut not." Dieser Aufsatz verlangt „statt des wirren Durcheinanders und Gegeneinanders von Ressorts, Zentralstellen, Redaktionen, Zirkeln, Kliquen, Konventikeln, von Hofleuten, Exzellenzen und Journalisten, Geheimräten und Geschäftsleuten, Politikern und Neugierigen, Geschichtenmachern und Geschichtenerzählern, Plänemachern und Strebern eine Atmosphäre des gesunden Menschenverstandes und des entschlossenen Willens". Die Zukunftsfrage liegt also darin, wie sich künftighin der Staatsbürger dem Bildungsgang

Digitized by Google

zum Trotz seinen gesunden Menschenverstand und entschlossenen Willen bewahrt. Wir sagen dem Bildungsgang zum Trotz: denn es war zum großen Teil eine Folge der Überlastung der jetzigen Bildungswege, des Überwiegens des Wissens und Lernens, daß die Meisten in der Schablone stecken blieben, in die sie Schule, Universität, Beruf hineingepreßt haben. Die Debatten im Preußischen Abgeordnetenhaus haben trotzdem statt Entlastung von dem überreichen Wissensstoff größtenteils eine weitere Belastung verlangt. Auch das Abgeordnetenhaus stürmte nur „vorwärts“ und kam darüber nicht zur Selbstbesinnung, zu dem „Aufwärts“. Daß seine Forderungen nicht auf klarer Einsicht in das beruhen, was uns nottut, zeigt jetzt erst recht ein Buch von Eduard Spranger: „Begabung und Studium“ (erschienen im Verlag B. G. Teubner, Leipzig-Berlin, 1917, 99 S., br. 2 M.). Diese Schrift kann uns weiter bringen, weil sie von einem Mann stammt, der lange und ernst über die Bildungsfragen nachgedacht hat, die die Wurzeln für den inneren Frontwechsel sind, auf den wir nach dem Krieg hoffen, und weil dieser Mann trotz allen Wissens und Könnens sich den engen Zusammenhang mit dem Leben nicht verbaut hat.

Die Schrift ist eine Veröffentlichung des Deutschen Ausschusses für Erziehung und Unterricht, der sich die Förderung des „Aufstieges der Begabten ausdrücklich zum Problem gemacht hat“. Der Aufstieg der Begabten aber ist ein politisches Problem. „Denn nur durch Staatskunst und Gesetzgebung kann planmäßig dahin gewirkt werden, daß die hervorragenden Einzelleistungen dem Ganzen, der Einheit, ihrem Gedeihen und ihrer Macht, zugute kommen.“

Spranger stellt sich darum — als Universitätslehrer — die Frage: „Wie erreichen wir es, das möglichst die Begabten in die Universität hineinkommen und die Unbegabten von ihr fern gehalten werden?“ Denn, so sagt er freimütig: „Es ist zweifelhaft, ob für die Auffindung der Talente bisher alles geschehen ist, was im Interesse der Wissenschaft hätte geschehen sollen.“ „Gaben des Geistes und Gaben des Geldes aber stehen in keiner inneren Beziehung.“

Daraus folgert Spranger: „Es ist eine Aufgabe unserer Bildungspolitik, wenigstens die äußeren Beziehungen zwischen Geist und Geld einzuschränken.“ „Kämen wir dahin, daß, wie im Staate Platos oder der katholischen Hierarchie, die Könige im Geist wirklich den Thron besteigen, der ihnen gebührt, dann wäre das Band zwischen Nation und Universität, zwischen Volksleben und Bildungsaristokratie von neuem tief und schön geschlungen.“

Spranger regt, um den Begabten den Zugang zu den Bildungsmitteln zu öffnen, die ihnen gebühren, Auslese der Tüchtigen und, soweit sie ihrer bedürfen, materielle Unterstützung durch den Staat an. Diese Unterstützung soll dem begabten Studenten ebenso zukommen wie dem begabten Privatdozenten. Freilich bleibt selbst dann, wenn der Staat dem Nachwuchs der Begabten fortan diese Fürsorge widmen würde, noch immer die Schwierigkeit der Auslese. Daß sie nicht von der Zufälligkeit und Einsei-

Digitized by Google

tigkeit des Examens abhängen kann, ist selbstverständlich. Man brauchte an den bestehenden Einrichtungen nichts zu ändern, wenn man die Examina als die einzigen Prüfsteine betrachten könnte. Das hat auch Spranger gesehen, wenn er sagt: „Nicht verkürzen, sondern verlängern, vertiefen und verfeinern möchte ich das Verfahren; nicht einstellen auf diese oder jene vereinzelte Fähigkeit, sondern jede Fähigkeit im Zusammenhang des ganzen Menschen suchen; kurz „ich möchte das Technische aus dem Ganzen möglichst beseitigen und das lebendig Geistige zur Wirkung gebracht wissen, wie denn Individualität immer nur in lebendiger Intuition aufgefaßt werden kann."

Von diesem Standpunkt aus muß Spranger überhaupt in dem „allzu engen Spezialistentum die Gefahr der Routine oder Verödung sehen". „In allen Fakultäten besteht ja heute die Neigung den Kandidaten zu einem kleinen Tausendkünstler zu machen." Statt den Einzelnen mit Wissensstoff also noch mehr zu bepacken, als es bis jetzt der Fall war, fordert Spranger eine Entlastung nach der Seite hin, daß „das lebendig Geistige" in Wirkung bleibt. Die Universität soll nicht aufhören, die Einrichtung zu bleiben, die der Erkenntnis und Befruchtung der wissenschaftlichen Begabung dient. „Aber eines muß allgemein, auch für die Begabtesten gefordert werden; die Universität muß sie in die elementaren Hilfsmittel, in die grundlegende Arbeitstechnik und die fruchtbaren Kunstgriffe wirklich einführen. Es hat keinen Sinn, den Begriff der Selbsttätigkeit so zu überspannen, daß jeder Anfänger sich dieses alles von neuem entdecken soll. Das gibt Zeitverlust an der unrechten Stelle. Wollen und können die produktiven Forscher, die dauernd auf der höheren Stufe verweilen, dies nicht übermitteln, so müssen jüngere Hilfskräfte das pädagogische Moment in ihrer Wirksamkeit umso stärker betonen. Berufskunde, mindestens als Vorlesung, noch besser als Elementarübung gehört in alle Fakultäten." Bis jetzt hat in der Universität zu sehr „das Gesetz von einseitiger Herkunft, das Gesetz der reinen Erkenntnis" geherrscht. Für sehr viele höhere Berufe aber ist die streng wissenschaftliche Schulung nur eine Stufe des Hindurchgehens, und Gelehrtenleistung gibt noch kein Maß der künftigen Berufsleistung ab.

Die Universität hat bis heute in der Abkehr von dem praktischen Leben gern eines ihrer Ideale gesehen. „Nach dem Kriege werden für die deutsche Universität Zeiten kommen, wo sie von den gewohnten Formen abgehen muß, um denen wirksam zu helfen, die eine ehrenvolle Pflicht auf nur zu lange Jahre ihren Hallen fernhielt." Aber auch ohne diesen Zwang sollte die Universität die Lehre hören und aufnehmen, die einer ihrer begabtesten und treuesten Angehörigen in diesem Buche gibt: „Daß dem bewegten Leben Leben entgegenkommen muß", nicht nur „als Empfänglichkeit, sondern als fortzeugender Eifer und also als Arbeitsenergie."

Der Universität wird es dann nach den stürmischen Jahren nicht schwerer, sondern leichter werden „sich auf der alten Höhe des Geistes und der Wissenschaft wieder-

Digitized by Google

zufinden". Spranger spricht den richtigen Satz aus: „Es ist ein irreführendes Wort: Man solle den Fortschritt organisieren, das eigentlich Produktive läßt sich nicht in vorgebildete Formen fassen; es gedeiht allein in ungehinderter Freiheit." Die freie Form der Universität wird also nicht geschmälert, sondern gefördert, wenn sie sich den Neuerungen nicht verschließt, zu denen Spranger mahnt.

Mitten in den Tagen, in denen das Wort „Vorwärts" Parole ist, erklingt so aus den Kreisen der konservativsten Einrichtungen des Staates der Ruf nach Besinnung auf neue Formen und neue Wege. Die liberalen Elemente der deutschen Universität haben sich wieder einmal frei gerungen (denn die Universität ist auf Selbsthilfe und Selbstbestimmung, auf freie Berufswahl und Freizügigkeit, auf Selbstverantwortung und innere und äußere Freiheit aufgebaut). Dieses gewichtige Zeichen läßt vielleicht darauf schließen, daß auch im übrigen unser künftiger Weg nicht nur „Vorwärts", sondern auch „Aufwärts" geht.

Die Kriegsanleihe ist die Waffe der Daheimgebliebenen!

Notizen

Asien nach dem Krieg. Während noch kein Ende des Krieges abzusehen ist, wenden doch einige der europäischen Mächte bereits der Zukunft Asiens ihr Interesse zu. Seit 300 Jahren haben die Europäer Asien als das Land betrachtet, in dem man reich werden und das man willkürlich treten kann. Hätte Japan den Weißen nicht im russischen Krieg einen Schlag versetzt, so hätte ganz Asien unter ihre Herrschaft geraten können. Jener Krieg aber hat die Völker Asiens dazu aufgeweckt, der Leitung Japans zu folgen. Mit Schrecken sehen viele Weiße dem Erwachen Chinas und Indiens entgegen. China entwickelt sich besonders auf industriellem Gebiet jährlich mehr; nicht lange, und die Weißen werden aus dem Innern Chinas verdrängt sein. Die Inder sind entrüstet über das englische Regiment, das aus dem armen Land jährlich 300 Millionen herauszieht. Die grausamen Briten aber können sich gegen die Tatsache nicht verschließen, daß Indien erwacht ist. Wird Asien auch ferner unter der Herrschaft der Weißen stehen, oder wird es nach dem Krieg von den Asiaten selbst zu eigenem Nutzen entwickelt werden? Das ist die Frage, die von uns Asiaten gründlicher als von den Europäern und Amerikanern studiert werden sollte. Wir helfen jetzt der Entente so viel als möglich, den Militarismus der Zentralstaaten niederzuschlagen. Aber nach dem Krieg müssen wir uns darauf vorbereiten, unsere eigenen Ansprüche zu verteidigen. Besteht etwa kein Grund zu solcher Besorgnis? Manche denken, die erschöpften europäischen Nationen würden nicht mehr fähig sein, etwas in Asien zu unternehmen. Ist das richtig? Es werden große Wandlungen eintreten in den Beziehungen von Asien zu Europa. Aber werden diese Wandlungen hervorgehen aus dem Erwachen der Asiaten oder aus dem erneuten Druck der europäischen Mächte? Sollen wir Japaner müßig diese Entwicklung abwarten, oder sollen wir positive Maßregeln ergreifen, um eine für uns vorteilhafte Lage herbeizuführen? („Japan Advertiser".)

Europa und Japan. Nach einem Bericht des japanischen Ackerbau- und Handelsministeriums konnten, infolge des Krieges, in Japan chemische Fabriken gegründet werden. Mangels Erfahrung konnten nur kapitalkräftige Firmen gangbare Artikel herstellen. Die Preise sind

Digitized by Google

aber so hoch, daß auch kleinere Firmen angespornt werden, ihre Artikel zu vervollkommnen. Als erfolgreiche Firmen werden genannt: Tokyo Gas Company. Misiu Mining Co., Japan Dye Stuff Co.... Sämtliche Farbstoffe, aber auch Karbolsäure, Salizylsäure und Glyzerin werden jetzt in Japan selbst hergestellt. Infolge Einstellung der Anfuhr von Glaswaren aus Deutschland und Belgien sind jetzt u. a. Britisch-Indien, Holländisch-Indien und Australien Käufer auf dem japanischen Markt geworden. Während früher die Asahi Glass Company nur kleine Mengen Fensterglas herstellte, hat sie ihre Leistungsfähigkeit dermaßen steigern können, daß sie jetzt jährlich 7 Millionen Kisten dieser Glassorte liefern kann. Von Zelluloidartikeln, die früher unter der Konkurrenz Deutschlands litten, können jetzt kaum die vielen Bestellungen aus England, Frankreich, Rußland, Amerika, Australien, Holländisch-Indien und China ausgeführt werden. Die Papierindustrie blüht, ebenso die Phosphorindustrie. („Nieuwe Rotterd. Conrant".)

„Pazifistische Schlupfwinkel". Unter diesem Stichwort schrieb die „Unabhängige Nationalkorrespondenz" vom 27. Februar 1917: „Einer der ganz modernen „Dichter", mit Namen Leonhard Frank, hat die deutsche Leserwelt mit einem Werk „Der Vater" beglückt, auf dessen Inhalt und Tendenz wir die Kreise, die es angeht, aufmerksam machen möchten. Besagter „Vater" ist aus Gram um seinen im Felde gefallenen Sohn so aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht worden, daß er zum neurasthenischen Pazifisten wird, dessen an Landesverrat grenzende Tiraden den wirksamsten Teil des Stückes bilden. Nicht der Feind sei schuld am Kriege, sondern wir selbst, die wir in unseren Kindern die Freude am soldatischen Spiel, an der Jungmannschaftsbewegung und damit den Militarismus einpflanzen. Damit nicht genug: Der Kunstsalon Cassirer stellt diese Dichtung in den Mittelpunkt eines Vortragsabends vor geladenen Zuhörern. Frau Tilla-Durieux-Cassirer hilft der merkwürdigen Friedenspropaganda mit allem Glanze ihrer schauspielerischen Begabung zum vollen Erfolge.

Die „Unabhängige Nationalkorrespondenz" hat damit die allgemeine Aufmerksamkeit auf die kleine Arbeit des Dichters gelenkt, die in dem ziemlich entlegenen Sammelbuch „Almanach der Neuen Jugend auf das Jahr 1917" erschienen ist. Der Leser urteilt am besten, wenn er die „Tiraden" des Vaters, um die der Streit geht, selbst kennt. Der Schriftsteller läßt den Vater in einer Versammlung sprechen:

Unsere Männer und unsere Söhne erschießen Männer und Söhne. Und jene Männer und Söhne erschießen unsere Männer und Söhne. Und jeder Daheimgebliebene hofft: mein Mann, mein Sohn kommt zurück. Mögen die andern fallen und sterben. Solches kann nur ein Wahnsinniger wünschen. Ich frage euch, ist der kein Mörder, der ein unschuldiges Kind so erzieht, daß es erst zum Mörder werden muß, bevor es selbst ermordet wird? Wird der so erzogene Unschuldige, wenn er einen gleichfalls schlechtberatenen Unschuldigen erschießt, nicht zum Mörder? Es gibt heute in Europa keinen Menschen mehr, der nicht ein Mörder ist!... Wir sind verblendet und Mörder, weil wir den Gegner außer uns suchen und zu finden glauben. Nicht der Engländer, Franzose, Russe und für diese nicht der Deutsche, sondern in uns selbst ist der Feind. Und wir stempeln deshalb andere Menschen zum Feind, weil der tatsächliche Feind in uns etwas ist, was nicht da ist. Das Nichtvorhandensein der Liebe ist der Feind und die Ursache aller Kriege. Ganz Europa weint, weil ganz Europa nicht mehr lieben kann. Ganz Europa ist wahnsinnig, weil es nicht lieben kann. Oder ist es nicht Wahnsinn, wenn ihr euch freut über die Notiz: zweitausend französische Leichen lagen vor unserer Linie? Ist die Einwohnerschaft von Paris nicht wahnsinnig, wenn sie sich freut über die Notiz: zweitausend deutsche Leichen lagen vor unserer Linie? Wir schreien vor Schmerz oder die Augen bleiben trocken vor Schmerz, wenn unser Sohn fällt. Solange wir nicht ebenso vor Schmerz schreien, wenn ein Franzose fällt, lieben wir nicht. Solange wir nicht fühlen: ein Mensch, der

Digitized by Google

uns nichts getan hat, fiel und starb, so lange sind wir Wahnsinnige. Denn dieser Mensch, der fiel und starb, hat eine Mutter, einen Vater, eine Frau, die vor Schmerz schreien. Ist ein Mensch. Wollte so gerne leben. Und mußte sterben. Wofür? Warum? Er mußte sterben, weil er nicht liebte. Und wir, seine Mörder, ließen ihn sterben, weil wir nicht liebten... Man braucht ja nur zu lieben, dann fällt kein Schuß mehr. Dann ist der Friede da. Kinder sind wir dann auf unserer Erde... Der ganze Erdteil weint. Daran merkt man doch, daß der Erdteil fähig ist zur Liebe. Ganz hoffnungslos wäre erst dann alles, wenn Europa lachen würde, weil ganz Europa blutet. Aber es gibt kein Haus in Europa, in dem nicht die Tränen fließen. Das ist die Liebe, die aus den Menschenaugen heraus weint, weil sie vertrieben worden ist aus den Herzen der Menschen. — Die Menschen sind wahnsinnig, wirklich und wahrhaftig wahnsinnig, weil sie die Liebe vergessen haben. Und weil sie die Liebe vergessen haben, glauben sie, es müsse alles so sein, wie es ist. Wenn man jetzt noch die Arme und Beine, die losgetrennten Menschenköpfe, die Millionen zerrissnen Leichen, unter denen auch eure Söhne und Männer sind, von den Schlachtfeldern holen und auf eure Straßen werfen würde, euch vor die Augen, würdet ihr auch dann noch sagen, man muß sich halt damit abfinden? Oder würdet ihr endlich hinknien, bereit zum Lieben, was auch dabei herauskomme? Würdet ihr dann endlich sagen: ich will nicht leben, wenn ich nicht lieben darf? Würdet ihr einsehen, daß diejenigen, die euch das Lieben verbieten, Feinde sind? Feinde des Menschen. Volksfeinde! Seht ihr nicht die Berge von zerrissenen Menschenleibern? Sie liegen auf euren Straßen, daß kein Wagen mehr fahren kann und ihr keinen Schritt mehr machen könnt. Eure Söhne! Eure Söhne! Eure Männer! Väter! Blutig! Zerrissen! Unkenntlich! — Wir dürfen uns nicht länger belügen und sagen: der Zar, der Kaiser, der Engländer ist schuld. — Ich bin schuld. Und du bist schuld. Und du und du, nicht mehr und nicht weniger als der Zar, der Engländer, der Kaiser und der Milliardär. Denn auch die nur hatten, ebenso wie wir, die Liebe vergessen. Nehmt die Schuld auf euch, damit ihr der Liebe wieder teilhaftig werden könnt. Denn nur, wer hier sich schuldig fühlt, kann entsündigt werden und wieder lieben. Und jetzt wisset: die Liebe trägt in sich ein hartes Gebot. Die Liebe sagt: wer nicht liebt, ist schuldig und böse und soll weichen, damit der Liebe auf Erden keine Schranken mehr gesetzt werden können. Wir wollen fallen und sterben dafür, daß der Liebe die Regierung Europas übergeben werde. Die Menschengesichter unten im Saale waren aufgelöst. Weitersprechend stieg Robert vom Podium herunter. Alle waren aufgestanden, drängten ihm nach. — Die Nachricht hatte sich schon verbreitet, als sie durch die Straßen zogen. „Die wollen Frieden machen. Die wollen Frieden machen.“ Verkäuferinnen — verwaiste Bräute — verließen den Ladentisch und schlossen sich an. Zwei Schaufensterreiniger — alte Männer — ließen die Leiter stehen und schlossen sich an. Der Wagenführer der Elektrischen hörte das Wort „Friede“, erstarrte und sprang vom Wagen herunter, schloß sich an. Die Fahrgäste schlossen sich an. In wenigen Minuten hatte sich die Menge verdreifacht. Und verzehnfachte sich, als Robert, auf dem Platze angelangt, auf der Brunnenschale stand und sprach. Sein Mund zeichnete den letzten Satz in meterhohen Buchstaben an den Himmel: „Es ist schon die Art an die Wurzel gelegt. Darum, welcher Baum nicht gute Frucht bringt, wird abgehauen und ins Feuer geworfen.“ Eine junge Frau stand da und tat nichts als lächeln und „Friede“ sagen. Reisende, die vom Bahnhof kamen, vergaßen alles und schlossen sich an, als die Menge weiterzog. Flammend. Schnell. Entzündet vom Glauben. Eine Schar Urlauber, feldmarschmäßig ausgerüstet, das Gewehr quer über dem Rücken und das Grauen des Schlachtfeldes in den Augen, schloß sich an. Alte Mütterchen kamen kaum mit. Kinder bekamen schmale Gesichter vor Staunen und ahnten das Große. Ein alter Polizeiwachtmeister mit grauem Spitzbart, das Trauerband am rechten Arm, bekam fanatische Augen und schloß sich an, Menschen, die dem Zug entgegenkamen, machten kehrt,

Digitized by Google

vom Feuer ergriffen. Radfahrer sausten durch die Straßen. „Die wollen Frieden machen!“ Die Wirtshäuser entleerten sich. Werkstätten, Baustellen entleerten sich. Transmissionen standen still. Eine Abteilung Soldaten unter Gewehr wurde mitgerissen. Gesänge der Liebe ertönten im Marschtempo. Kranke stiegen aus den Betten, schleppten sich ans Fenster. Kilometerlange Linien von Frauen, schräg bewegt, trieben aufeinander zu, fließen zum Zuge. Ein Zwanzigjähriger — Fanatismus und Geist auf der Stirn — sprang aus einer menschengefüllten Seitengasse heraus, auf den Kellner zu, küßte ihn. Und sein heißer Blick öffnete die Herzen. Die ganze Stadt war aufgestanden und schrie ein Wort: Friede. Das so gesprochene Wort wurde zu vieltausendstimmigem gewaltigem Gesange. Alle Kirchenglocken läuteten.“

Wir haben das Recht, Betrachtungen wie diese in das Reich der Dichtung zu verweisen, aus dem sie stammen. Die Gegenwart stellt andere Forderungen als „der Vater“ sie erhebt, aber wir haben kein Recht, einem Dichter zu verbieten, sich in dem Gebiet der reinen Idee zu bewegen, vor allem keinen Grund ihn darum herabzuwürdigen. Lassen wir auch in einer Zeit, wo die Dinge im Raume so hart aufeinanderstoßen, den Dichter die Wege gehen, auf die sein Gefühl ihn treibt!

Die Handelsfeindschaft nach dem Kriege. In einem Artikel schreibt der englische Abgeordnete J. M. Robertson: „Die sehr unklaren Vorschläge der Anhänger des Handelskrieges vergessen, daß in jedem Fall der deutsche Handel im Frieden aufblühen wird wie der französische nach 1871. Das Ergebnis eines englischen Boykotts gegen Deutschland wäre dann nicht nur Verlust des deutschen Geschäfts für England, sondern auch gefährlichster deutscher Wettbewerb mit England im neutralen Markt. Wenn die Anhänger des Handelskriegs allgemein ihre Politik auf die Form bringen: „Würden wir nicht gut tun, die Ausdehnung des deutschen Handels nach unseren Kräften zu verhindern, selbst auf die Gefahr unseres eigenen Schadens?“ — so ist die Antwort darauf dreifach. Erstens ist der Vorschlag schlechtes Geschäft. Zweitens ist er schlechte Kriegspolitik. Es gibt nur ein Mittel, Deutschland unschädlich zu machen, das ist, sich Sicherheiten für seine angemessene Entwaffnung geben zu lassen, wobei jeder Vertragsbruch in Zukunft ein Kriegsfall wäre und eine Liga der Völker entsprechend eingreifen müßte. Der Gedanke, daß Sicherheit gegen Deutschland durch eine Zollpolitik erreicht werden kann, die es in Armut erhalten soll, ist die Torheit der Torheiten und übertrifft weit die Utopien der Pazifisten. Drittens ist der Plan auch schlechte Politik. Sie würde Deutschland berechtigen, beständig Rachsucht zu fühlen und den künftigen Krieg vorzubereiten.“

Neuerscheinungen

Geschichte

Hauser: Der Mensch vor 100000 Jahren. (Leipzig 1917. F. A. Brockhaus.) 142 S. 96 Abb. 3 Karten. Preis M 3 —. O. Hauser, der bei Ausbruch des Weltkrieges die Stätte seiner Forschungen in Südfrankreich hatte verlassen müssen, legt die Ergebnisse seiner Erforschungen des Urmenschen in einer Veröffentlichung vor, die von dem Ausgangspunkt derselben und den Früchten seiner Forschungen allgemein verständlichen und überzeugenden Eindruck gibt.

Franz Thöne: Versuch einer kurzgefaßten Weltgeschichte auf stammesgeschichtlicher Grundlage. (G. J. Manz, Regensburg.) 96 S. Preis brosch. M 2.—. Versuch einer Stammesgeschichte der Völker auf Grund der vergleichenden Sprachwissenschaft, vergleichenden Urgeschichte und Kulturgeschichte.

Philosophie, Erziehung

A. J. Schilling: Welt- und Staatsbürgertum in deutscher Freimaurerei. (Falken-Verlag, Darmstadt.) 35 S. Preis M. — .60.

H. Scherer: Deutsches Reich, deutsche Schule, deutsche Bildung. (Falken-Verlag, Darmstadt) 22 S. Preis M —.40.

Staatsbürgerliche Belehrungen in der

Digitized by Google

Kriegszeit. 2. Band. (Carl Heymanns Verlag, Berlin) 342 S. Behandlung einzelner aus dem Verlauf des Krieges erwachsener politischer und staatsbürgerlicher Einzelfragen, die dem Leser Stoff und Anregung für den Unterricht bieten sollen, aber auch ein allgemein beachtenswertes Bildungsmittel darstellen.

Joseph Fröbes: S. J. Lehrbuch der experimentellen Psychologie. Erster Band. Mit 59 Textfiguren und einer farbigen Tafel. (Herdersche Verlagshandl., Freiburg.) XXIV und 605 S. Preis brosch M 12.60. Bringt das Material der experimentellen Wissenschaft in dem augenblicklichen Stand in einer aus langjährigem Unterricht entwickelten, leicht verständlichen schulgemäßen Weise zur Darstellung.

Ernst Moering: Kirche und Männer. („Eine grundsätzliche Untersuchung über die Unkirchlichkeit der Männer und die Mittel zu ihrer Überwindung.") (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.) 125 S. Preis geh. M. 2.40.

Schöne Literatur

Alt-Göttinger Stammbuch. Die Georgia Augusta sandte ihren Angehörigen im Felde Weihnachten 1916 ein jetzt bei Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen erschienenes Stammbuch mit alten Ansichten von Göttingen und Worten der Lehrer an die Schüler im Felde.

Altfränkische Bilder. Kalender mit Bildern aus der Kunst und Landschaft in Würzburg. Erschienen im Verlag der Kgl. Universitäts-Druckerei H. Stürtz, A.-G., Würzburg.

Land an der Weichsel. Novellen aus Westpreußen. Herausgegeben von Paul Enderling. (Reuß & Itta, Konstanz.) 75 S. Proben der wenigen Dichter Westpreußens, das Max Halbe für die Literatur entdeckt hat.

Karl Spieß: Das deutsche Volksmärchen. Aus Natur und Geistesleben. 587. Bändchen. B. G. Teubner, Leipzig. Geb. M 1.50. Behandelt das Märchen nach der philologisch literarischen und volkskundlichen Seite hin, nach Stoff und Gestalt, Alter, Herkunft, Gehalt, Deutung.

Poggfred. Kunterbuntes Epos. Von Detlev von Liliencron. (Schuster & Loeffler, Berlin) 329 S. Feldausgabe des berühmtesten Werkes Liliencrons.

Die Standarde. Balladen und Lieder des Freiherrn Börries von Münchhausen (Egon Fleischel & Co., Berlin) 200 S. Preis M 3.50. Balladen (zum Teil über den Dreißigjährigen Krieg und Friedrich den Großen) und lyrische Gedichte, die eine neue Seite in der Begabung des Balladendichters offenbaren.

Viktor Wendel: Die Schalmei der Scholle. Gedichte. (Xenien-Verlag, Leipzig) 25 S.

Paul Ilg: „Der starke Mann." Eine schweizerische Offiziersgeschichte. (Verlag Huber, Frauenfeld.) Geb. M. 5.—. Ein stark erzähltes Bild vom Widerstand der Schweizer gegen militaristische Einflüsse.

Kriegsliteratur

Carl Hagemann: Der deutsche Feldsoldat. (Reuß & Itta, Konstanz.) 55 S. Tagebuchblätter vom ersten Winterfeldzug in den Karpathen.

Als Schipper an der Front. Aufzeichnungen des Armierungssoldaten Otto Rickert. (Creutzsche Verlagshg., Magdeburg.) 119 S. Preis M. 1.—.

Joh. Gressken: Deutschlands akademische Jugend. 1813, 1870, 1914. (H. Warkentiens Buchhandlung, Rostock.) 30 S.

Wilhelm Schmidtbonn: Das kleine Kriegsbuch. (Reuß & Itta, Konstanz.) 87 S. Auswahl aus den Kriegsbüchern des Verfassers.

Kriegsgefangen in Afrika. Von dem Kriegsgefangenen E. Braner aus Beerfelden, in die Schweiz ausgetauscht im Mai 1916. Bericht in Briefen. (Falken-Verlag, Darmstadt.) 115 S. Preis M. 1.50.

Ludwig von Pastor: Konrad von Hötzendorff. Ein Lebensbild. (104 S. kart. Preis M. 1.40) und Viktor Dankl. (77 S. kart. Preis M. 1.20.) Wien und Freiburg, Herder. Zwei Musterbeispiele für volkstümliche, gediegene und verständige Lebensbeschreibungen.

Gesetz über den Kriegszustand. Bearbeitet von M. Hahn. (Emil Roth, Gießen.) 15 S. Preis M. —.20.

Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst. Bearbeitet von M. Hahn. (Emil Roth, Gießen.) 21 S. Preis M. —.20.

J. Lebenbaum: Der Großhandel im Kriege. Ein Vortrag. (Verlag C. Boysen, Hamburg.) 26 S. Preis M. —.20.

Die Versorgung der Westmächte mit Nahrungs- und Futtermitteln in der Zeit vom 1. August 1916 bis zum Übergang der Herbsternten 1917 in den Verbrauch. Dritter Abschnitt: Fleisch. (Broschek & Co., Hamburg.) 32 S.

Paul Schütze: Küchenabfälle und andere Ersatzstoffe als Viehfutter. (Reichenbachsche Verlagshandlung, Leipzig.) 25 S. Preis M. —.80.

Dr. Fritz Elsas: Verordnungen der Stadtgemeinde Stuttgart über Kriegsernährungsfragen. (Stuttgart 1917, Carl Grüninger.) 490 S. Preis M. 5.—. Umfangreicher Band, der typisch ist für die Fürsorge der Kommunen und des Staates vom Beginn des Krieges bis auf den heutigen Tag.

Annie Ackerhielm: Von Stockholm nach Berlin und Brüssel. (Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin) 91 S.

Eduard Bernstein: Sozialdemokratische Völkerpolitik. (Verlag Naturwissenschaften, G. m. b. H., Leipzig.) Sammlung von Aufsätzen über: Die Demokratie und die auswärtige Politik. Die

Digitized by Google

Demokratisierung der Diplomatie. Völkerpolitik und Staatenpolitik. Der Parlamentarismus und die auswärtige Politik. Brauchen wir eine andere Internationale? Vom geschichtlichen Recht der kleinen Staaten. Die sogenannten nationalen Lebensfragen. Patriotismus und Klassenkampf. Der Streit um die große Politik. Handelspolitik und Völkerbeziehungen. Das kommende Europa usw. 222 S. Preis broschiert M. 3.60.

Julian Borchardt: England und die Sozialdemokratie. (Max Kittein, Berlin.) XII und 318 S. Preis brosch. M. 4.—. Geißelt den Umfall der Sozialdemokratie fast aller Länder (mit Ausnahme der russischen, der serbischen der italienischen und eines leider nur kleinen Teils der englischen Genossen) zu Beginn des Krieges.

Carl Peters: Zum Weltkrieg. (Rüsch'sche Verlagsh., Hamburg.) 237 Seiten. Aufsätze aus der Kriegszeit über innerpolitische und außerpolitische, kolonialpolitische Fragen.

Georg Stein: Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat. (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.) 87 S. Begründet die Zweckmäßigkeit des von den Mittelmächten getanen Schrittes und fordert die Gründung eines Nationalitätenstaates aus Polen, Kurland, Litauen, der seine wirtschaftliche und politische Anlehnung an die Zentralmächte nimmt.

M. Nachimson: Die Wirtschaftslage der Schweiz im Weltkriege. (Unionsdruckerei, Bern 1917.) 77 S. Untersuchungen über Handel, Industrie, Finanzen, Teuerung, Lebensmittelversorgung. „Der Staat muß zum Wirtschaftsorganisator der Zukunft werden."

Wilh. von Wannisch: Österreich-Ungarn nach dem Kriege. (Deutsche Verl.-Anst., Stuttgart.) 84 S. „In einem erweiterten Mitteleuropa bildet Österreich-Ungarn die Brücke zu einem Südost-Europa. Die Interessengemeinschaft mit dem Südosten zu erhalten ist seine Aufgabe." „Diese Aufgabe erstreckt sich auf die politischen, wirtschaftlichen, militärischen Beziehungen der Verbandstaaten und die Neugestaltung der inneren Politik, für die ein der Gesamtmonarchie opferwillig ergebener Dualismus gefordert wird."

Nach dem Weltkrieg. Schriften zur Neuorientierung der auswärtigen Politik. Heft 1: „Völkerrechtsgeist" von Dr. Hugo Sinzheimer; Heft 2: „Der Weltfriedensbund und die Wiedergeburt des Völkerrechts" von Dr. Walter Schücking. Preis je 80 Pfg. Die Sammlung wird fortgesetzt. — Sinzheimer zeigt, daß die Beziehungen zwischen den Völkern den gleichen ethischen und rechtlichen Gesetzen folgen müssen, wie die Beziehungen zwischen den Einzelpersonen und daß nur ein starker Ausbau der Haager Bestrebungen Europa gegenüber der amerikanischen und ostasiatischen Gefahr vor dem Untergang zu bewahren vermag. — Schücking stellt den erhofften Weltfriedensbund als erreichbares realpolitisches Ziel hin.

Richard Bahr: Von der Schicksals- zur Lebensgemeinschaft. (Reichsverlag Herm. Kalkoff, Berlin.) 45 S. Unterrichtet über die politische nationale Schichtung in Österreich-Ungarn.

Edgar Landauer: Unsere Rohstoffversorgung nach dem Kriege. (Veit & Co., Leipzig.) 40 S. Rohstoffeinfuhr vor dem Kriege, Organisationen der Rohstoffversorgung im Kriege, Vorschlag für die Organisationen nach dem Kriege.

Der deutsche Landarbeiter nach dem Weltkriege. Ursachen der Landflucht und Vorschläge zu ihrer Beseitigung. Von einem Landarbeiter. (Reichenbach'sche Verlagshandlung, Leipzig.) 31 S. Preis M. —.80.

Moritz Loeb: Schürer des Weltbrandes. Neue Folge: Eduards unselige Erben. (Verlag Haas & Grabherr, Augsburg.) 150 S.

Ernst Wenzel: Der Kreuzzug?! Heft 5 von „Das neue Zeitalter". (Verlag des Evangelischen Volksbundes, Godesberg.) Preis M. —.30.

Paul Althaus: Um Glauben und Vaterland. (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.) 111 S. Preis M. 1.20.

J. K. Viktor: Wie kann es besser werden? „Das neue Zeitalter", Heft 6. (Verlag des Deutsch-evangelischen Volksbundes, Godesberg.) 24 S.

Wir müssen durch! Ein Osterparolebuch von Heinr. Stuhrmann. (E. Biermann, Barmen.) 30 S.

Du sollst leben! Ein fröhlicher Ostergruß von Gottlieb Fischer. (E. Biermann, Barmen.) 32 S.

Theodor Krausbauer: Lieder, Blumen, Eichenreiser. Geschichten aus dem Kriege. (Buchhandlung des Nass. Kolportagevereins, Herborn.) 287 S.

Viktor Wendel: Wo die Kanonen stehen. Gedichte. (Xenien-Verlag, Leipzig.) 15 S.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

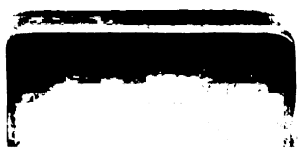
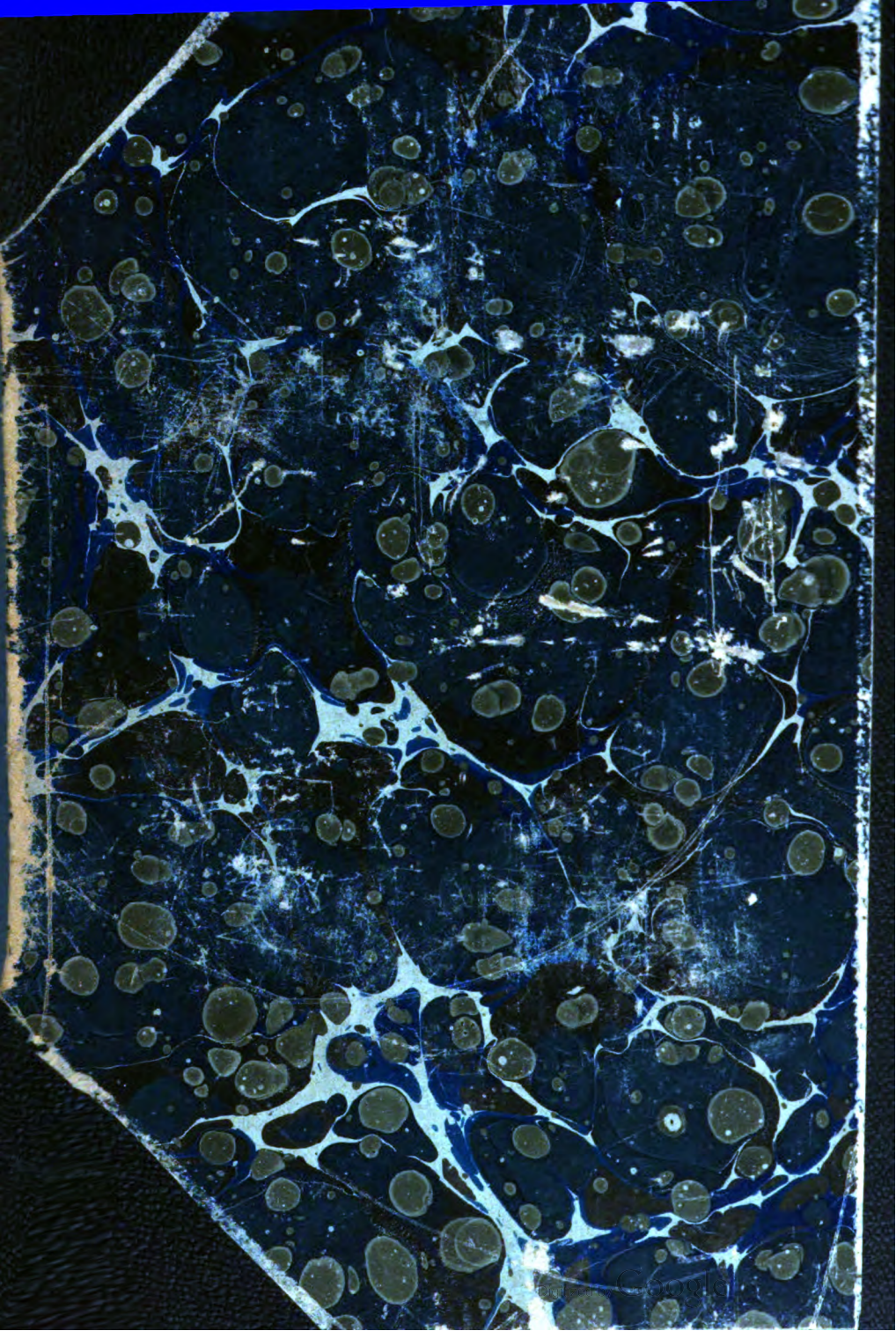
Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.70, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

3 0000 116 451 992



Digitized by Google